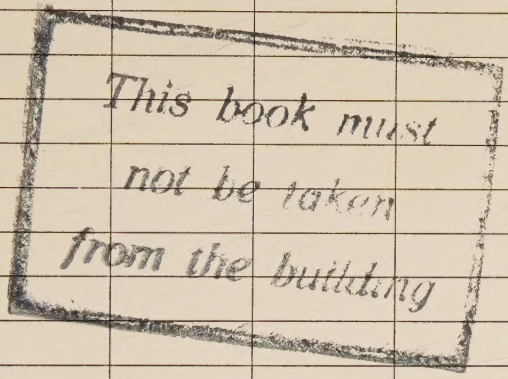
3 0510 02784681

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G37g
v.33

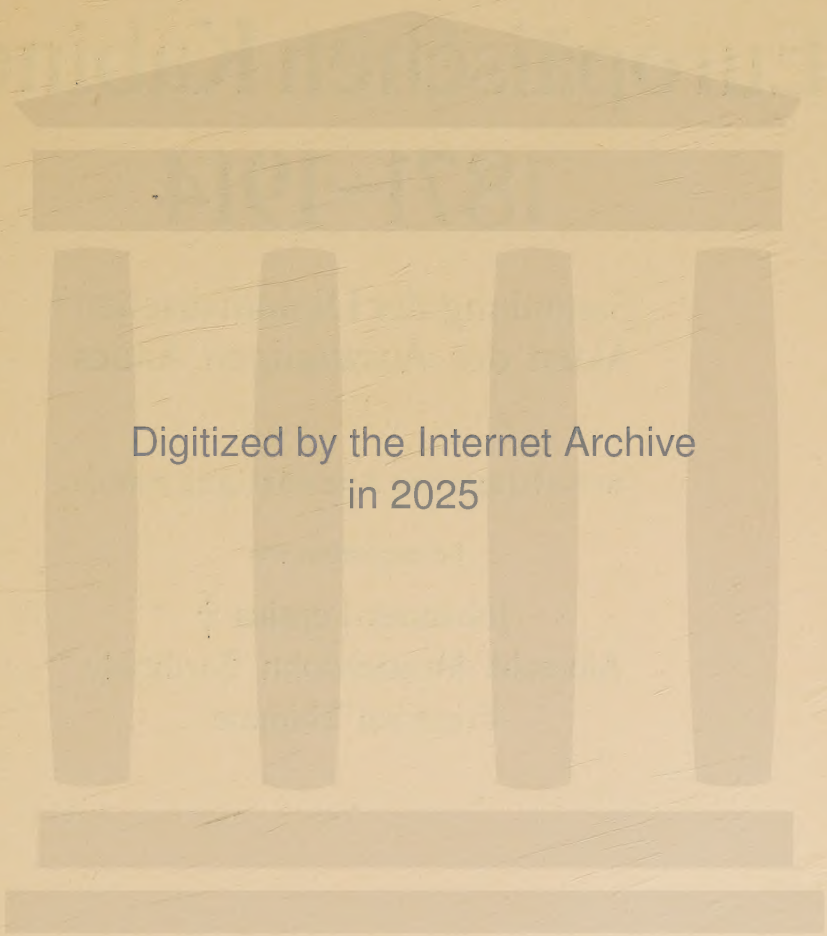
Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes


Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/greatpoliticsofe0033joha

D
394
G4
v.33

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius †
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

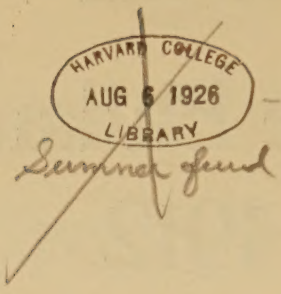
33. Band

Der erste Balkankrieg 1912

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Ger 2330.5



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1926 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Ohlenroth'schen Buchdruckerei in Erfurt

G940.28
G37g
v.33

Inhaltsübersicht des dreiunddreissigsten Bandes

KAPITEL CCLXI

Die Genesis des Krieges. Oktober 1911 bis August 1912 1

KAPITEL CCLXII

Bestrebungen zur Verhinderung des Kriegsausbruchs. Graf Berchtolds Projekt und Sasonows Gegenprojekt. August bis September 1912 47

KAPITEL CCLXIII

Der Kriegsausbruch. September bis Oktober 1912 137

KAPITEL CCLXIV

Die Erfolge der Alliierten. Die Interventionsfrage. Oktober bis November 1912 251

KAPITEL CCLXV

Der Serbisch-Österreichische Konflikt und die Gefahr eines Russisch-Österreichischen Konflikts. November bis Dezember 1912 351

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI–XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes, ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192560

Kapitel CCLXI

Die Genesis des Krieges
Oktober 1911 bis August 1912

Nr. 12033

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Sofia, den 30. September 1911

Italienischer Gesandter* hat heute hiesiger Regierung von der seitens Italiens an die Türkei erfolgten Kriegserklärung** offiziell Kenntnis gegeben.

In Vertretung Geschows*** erklärte Finanzminister Theodorow dem Grafen Bosdari, daß die bulgarische Regierung die tripolitanische Frage als außerhalb ihres Interessenkreises liegend betrachte, und daß in dem Verhältnis Bulgariens zur Türkei gegenwärtig keine Änderung eintrete.

Below

---

* Graf Bosdari.

** Vgl. dazu Bd. XXX.

*** Der bulgarische Ministerpräsident und Minister des Äußern Geschow, der beim Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges in Vichy weilte, nahm auf der sofort angetretenen Rückreise die Gelegenheit wahr, um sich am 4. Oktober bei dem französischen Außenminister de Selves und am 7. Oktober in Wien bei Graf Aehrenthal zu erkundigen, ob der Krieg lokalisiert bleiben und nicht Komplikationen auf dem Balkan zur Folge haben würde. Auf die Mahnung des Grafen Aehrenthal, daß Bulgarien das Beispiel der großen Mächte befolgen und sein möglichstes tun möge, um den Frieden zu bewahren, erging sich Geschow in Versicherungen der bulgarischen Friedensliebe. Das hinderte ihn jedoch nicht, noch in Wien einen tätigen Anteil an den Verhandlungen zu nehmen, die inzwischen sein Stellvertreter Theodorow mit Serbien behufs Bildung eines Balkanblocks begonnen hatte, und zwar, wie Geschow am 8. Oktober zu dem russischen Botschafter in Wien Nikolaus von Giers sagte, auf energisches Betreiben der russischen Vertreter in Sofia und Belgrad hin. Über Geschows Stellungnahme meldete Giers am 8. Oktober nach Petersburg (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre ed. B. v. Siebert, S. 152): „Geschow gibt sich vollkommen Rechenschaft, daß ein derartiger Balkanblock, in diesen unruhigen Zeiten gebildet, Österreich gegen Bulgarien und Serbien aufbringen muß, und hinter Österreich würden in diesem Falle Rumänien und die Türkei stehen. Ehe er sich zu einem solchen Schritt entschließt, möchte Geschow wissen, auf welche Garantie von seiten Rußlands Bulgarien rechnen könne." Die Antwort Giers', die zwar die Beobachtung der strengsten Neutralität als das allgemeine Interesse Rußlands hinstellte, aber doch jede Annäherung der Balkanstaaten begrüßte und wegen der Frage der Garantien

Nr. 12034

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 271 Wien, den 5. Oktober 1911

Bulgarischer Gesandter* sagte mir bei einem Besuche, den er mir machte, seine Regierung habe auf die von Wien aus erfolgten freundlichen Ratschläge, Ruhe zu bewahren, geantwortet, Bulgarien wolle nach wie vor gutes Verhältnis zur Türkei unterhalten und werde ruhige, friedliche Politik verfolgen. Nur für den Fall, daß der Status quo am Balkan erschüttert werden sollte, müsse Bulgaren sich die Wahrung seiner Interessen vorbehalten. Herr Sallabaschew sprach weiterhin die Hoffnung aus, daß in Mazedonien keine Gewaltakte gegen Bulgaren geschehen, da sonst die Einhaltung des friedlichen Programms seitens seiner Regierung unmöglich werden würde.

Meinem russischen Kollegen hat er dazu noch bemerkt, daß Nachricht der „Frankfurter Zeitung", die bulgarische Antwort sei zweideutig gewesen, nicht zutreffend sei. Herr von Giers sagte mir, die Antworten Bulgariens, Serbiens und Griechenlands seien ungefähr gleichlautend gewesen. Von Montenegro hätte er noch keine Nachricht.

von Tschirschky

---

auf die russischen Vertreter am Balkan als die kompetenten Organe für solche Verhandlungen verwies, scheint von Geschow als eine Ermutigung zu weiterem Vorgehen aufgefaßt worden zu sein. Jedenfalls trat er auf seiner Weiterreise am 11. Oktober selbst in Verhandlungen mit dem serbischen Ministerpräsidenten Milowanowitsch über den Abschluß eines bulgarisch-serbischen Vertrages, der unter anderem eine „alliance offensive contre la Turquie en vue d'affranchir la Macédoine et la Vieille-Serbie dans les circonstances jugées propices par les deux parties" in Aussicht nahm. Der serbische Ministerpräsident verlangte in dieser Unterredung ungeniert die Aufteilung der befreiten Gebiete unter Serbien und Bulgarien und die Liquidation der Türkei überhaupt; ja er zog bereits den Zerfall Österreich-Ungarns in den Kreis seiner Berechnungen: „Ah! oui! Si, en même temps que la liquidation de la Turquie, la désagrégation de l'Autriche-Hongrie pouvait survenir, la solution serait grandement simplifiée: la Serbie obtiendrait la Bosnie et l'Herzégovine, comme la Roumanie obtiendrait la Transylvanie." Aber gerade die großen Ansprüche Serbiens verhinderten, daß die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien, mit deren Fortführung Geschow von König Ferdinand beauftragt wurde, so bald zum Abschluß kamen. Erst als die russischen Vertreter in Sofia, die immer wieder zum Abschluß drängten, damit drohten, daß Rußland sich sonst das Recht wahren müsse, nach seinen Interessen zu handeln, kam es am 13. März 1912 zur Unterzeichnung des Vertrages, der die Grundlage des späteren Balkanbundes wurde. Vgl. für die ganze Genesis des Vertrags vom 13. März das aufschlußreiche Werk von Geschow (Guéchoff) L'Alliance Balkanique, p. 14ss.

* Sallabaschew.

Nr. 12035

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 93 Sofia, den 6. Oktober 1911

Bei Besprechung der von der europäischen Presse erörterten Befürchtungen, daß infolge der Tripolisfrage in der Türkei und auf der Balkanhalbinsel höchst bedenkliche Verwickelungen entstehen könnten, vertritt der bulgarische Offiziosus „Mir" die Ansicht, daß es kaum eine türkische Regierung geben werde, die imstande wäre, durch ungeschicktes Vorgehen und durch Kurzsichtigkeit zu den bereits bestehenden Schwierigkeiten neue heraufzubeschwören. Man könne nicht gut annehmen, daß die Türken, die durch die Vergangenheit hinlänglich gewitzigt seien, abermals zu Ausschreitungen und Verfolgungen gegen christliche Nationalitäten ihres Reiches Zuflucht nehmen würden. Die Türken wüßten ganz gut, daß es kein gefährlicheres Spiel geben könne. Aber auch die Griechen seien sich dessen wohl bewußt, daß sie den Anschluß Kretas an ihr Vaterland jetzt nicht durchsetzen könnten, weil ihnen die Niederlage, die sie durch Edhem Pascha* seinerzeit erlitten hätten, noch in frischer Erinnerung sei. Die Griechen seien sich darüber vollkommen im klaren, daß eine Einmischung ihrerseits nur die Aufgabe Italiens erleichtern würde, ohne der griechischen Nation irgendeinen Nutzen zu bringen.

Die mobilisierten türkischen Truppen, die ohnehin nicht nach Tripolis ziehen könnten, würden in Griechenland Entgelt für ihre afrikanischen Verluste suchen. Griechenland, das beizeiten keine Verbündeten für eine gemeinsame Aktion zu gewinnen vermocht habe, stehe isoliert da und sei gezwungen, sich ruhig zu verhalten.

Allen Balkanländern sei bekannt, daß ohne Zustimmung Europas keine territorialen Veränderungen im nahen Osten eintreten könnten. Der serbisch-bulgarische und der griechisch-türkische Krieg hätten dies deutlich bewiesen. Trotzdem aber gebe man sich auf dem Balkan großen Illusionen hin und bilde sich ein, eine große Rolle spielen zu können. Wenn nicht diese Einbildungen und Vorurteile bestünden, so wären wohl viele der Hoffnungen, welche die jungtürkische Revolution von 1908 wachgerufen habe, zur Verwirklichung gelangt.

Der „Mir" schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Nach einer telegraphischen Meldung aus Konstantinopel hat sich die serbische Regierung beeilt, in einer Note an die Pforte zu erklären, daß Serbien ebenso wie während der albanischen Ereignisse auch jetzt volle Neutralität bewahren werde, und zugleich die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die anderen Balkanländer die gleiche Haltung beobachten werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die bulgarische Re-

* Türkischer General, Sieger im Kriege gegen Griechenland 1898.

gierung nicht die Absicht haben kann, den Frieden auf der Balkanhalb insel zu stören. Sie wird aber mit besonderer Aufmerksamkeit die Ereignisse verfolgen und nicht zulassen, daß den bulgarischen Interessen irgendwelcher Schaden zugefügt werde. Wie früher so hat auch jetzt die Türkei die Möglichkeit, sich nicht nur die Neutralität der Nachbarländer, sondern auch deren Freundschaft zu sichern; indessen müssen bei ihr der Verdacht und das Mißtrauen, die sie selbst bei den friedfertigsten Verhandlungen an den Tag legt, verschwinden."

von Below

Nr. 12036

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 199 Berlin, den 9. Oktober 1911

Der bulgarische Gesandte* hat mitgeteilt, daß seine Regierung sich durch türkische militärische Maßnahmen im Wilajet Adrianopel beunruhigt fühle und um entsprechende Vorstellung bei Pforte bitte. Wir haben erwidert, daß wir von Loyalität der Türkei gegenüber Bulgarien überzeugt sind, der Pforte jedoch von der bulgarischen Sorge Kenntnis geben werden. Bitte dies dort verwerten.

Kiderlen

Nr. 12037

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Lucius

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 145 Berlin, 14. Oktober 1911

Der Kaiserliche Gesandte in Sofia telegraphiert**: „Ministerpräsident Geschow sagt mir soeben, daß Beunruhigung über türkische Mobilisierung in Adrianopel und an bulgarischer Grenze im Zunehmen begriffen. Im gestrigen Ministerrat sei bereits über teilweise Mobilisierung bulgarischer Armee Beschluß gefaßt worden, doch sei es ihm gelungen, trotz lebhafter Opposition Kriegsministers*** Ausführung vorläufig hinauszuschieben.

---

* J. S. Geschow.
** Telegramm Nr. 25 vom 13. Oktober.
*** Generalmajor Nikyphorow.

Die vom türkischen Geschäftsträger* gegebenen beruhigenden Zusicherungen allein könnten ihn nicht befriedigen. Diese Wirkung sei im wesentlichen durch eine von den Großmächten gemeinschaftlich zu übernehmende formelle Bürgschaft dafür zu erreichen, daß die Türkei Bulgarien nicht angreifen werde. Ähnliches Verfahren sei bereits 1908/09 mit Erfolg angewendet worden. Dieser Gedanke ist von meinem französischen Kollegen** dem Ministerpräsidenten suggeriert worden, und bittet mich letzterer, in diesem Sinne bei Euerer Exzellenz vorstellig zu werden.

Habe den Eindruck, daß Herr Geschow zurzeit nicht vollkommen Herr der bei seiner gestrigen Rückkehr hier vorgefundenen politischen Situation ist und es ihm ohne starke moralische Unterstützung auf die Dauer vielleicht nicht gelingen könnte, sich dem Drängen der öffentlichen Meinung und Militärpartei auf Mobilisierung erfolgreich zu widersetzen***.

Mein österreichischer† sowie französischer Kollege haben im gleichen Sinne an ihre Regierungen gedrahtet."

Sagen Sie Herrn Neratow bei Verwertung des Vorstehenden, wir würden uns gern jedem Schritte anschließen, der geeignet wäre, Herrn Geschow gegen öffentliche Meinung in Bulgarien Rücken zu stärken. Eine formelle Garantie würden Mächte wohl kaum übernehmen können, vielleicht könnten sie sich von Türkei Versprechen geben lassen, Bulgarien nicht anzugreifen, und Mächte dies Versprechen an Bulgarien als glaubwürdig weitergeben. Wir wollen aber Rußland in der Sache gern den Vortritt lassen.

Kiderlen

---

* Refik Bey.

** M. Paléologue.

*** Vgl. dazu Guéchoff (Geschow), L'Alliance Balkanique p. 28, der die Situation bei seiner Rückkehr folgendermaßen schildert: „La situation que je trouvai à Sofia, à mon retour de Vichy, était assez inquiétante, pour ne pas dire critique. Mes collègues du conseil des ministres, pris de peur à la suite des renseignements que l'on avait reçus de la Thrace au sujet de la mobilisation turque contre nous, avaient sérieusement mis à l'ordre du jour la question d'une contre-mobilisation bulgare. Leurs dispositions belliqueuses étaient pour moi une vraie révélation. Frappé de ce changement, je me demendais ce que je devais attendre de mes autres compatriotes, de l'opinion publique, si mes camarades, d'ordinaire si prudents et économes, ne pouvaient plus souffrir les provocations turques et étaient prêts à dépenser des dizaines de millions pour mettre à la raison nos voisins turbulents. Et, de fait, l'opinion publique était déjà tellement alarmée et tous les journaux, sans en excepter les semi-officieux ‚Den' et ‚Retch', étaient tellement belliqueux, qu'un correspondant étranger put écrire à cette époque que je n'étais pas à la hauteur de mon poste, puisque, au lieu de profiter de la crise, j'avais, au contraire, tout fait pour l'étouffer. Je l'étouffai, en effet, par mes démarches auprès des gouvernements des grandes puissances, mais en même temps, je décidai de conclure sans tarder une alliance et avec la Serbie et avec la Grèce, car la guerre italo-turque, qui dès son début avait si profondément ébranlé nos rapports avec la Turquie, pouvait réserver à la Bulgarie des surprises décisives."

† Graf Tarnowski.

Nr. 12038

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 St. Petersburg, den 16. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 145 vom 14. Oktober*.

Herr Neratow ist ganz der Ansicht, daß etwas geschehen müsse, um Geschow gegenüber der öffentlichen Meinung und Militärpartei zu stärken. Dies könne am besten durch eine gemeinsame Demarche aller Großmächte in Sofia geschehen, an der sich Rußland natürlich beteiligen würde**. Er denke hierbei allerdings nicht an Italien, das sich aber auf seinen eigenen Wunsch auch anschließen könne. Falls, wie Herr Neratow glaubt, die Türkei allen Großmächten bereits die Versicherung gegeben habe, Bulgarien nicht anzugreifen, würde es vielleicht genügen, wenn die Großmächte diese Versicherung der Türkei gemeinsam in Sofia übermitteln und von dem Geschehenen der türkischen Regierung in Konstantinopel etwa mit dem Bemerken Kenntnis geben würden, daß die Demarche nötig gewesen sei, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Falls eine der Mächte von der Türkei noch nicht die Versicherung erhalten habe, daß ein Angriff auf Bulgarien nicht beabsichtigt sei, so müsse entsprechend unserer Auffassung allerdings eine nochmalige Anfrage in Konstantinopel gestellt werden. Wenn die Mächte übrigens der Ansicht seien, daß jedenfalls die Abgabe des neuen Versprechens der Türkei erforderlich sei, so

---

* Siehe Nr. 12037.

** Diese Stellungnahme des stellvertretenden russischen Außenministers bestätigt, worauf auch sonst alles hindeutet, daß die russische Politik die Entstehung eines Balkanbrandes aus Anlaß des italienisch-türkischen Krieges nicht wünschte. Auch Iswolsky hatte ja geraten, den italienisch-türkischen Konflikt möglichst zu lokalisieren, freilich nicht aus Friedensliebe, sondern weil er sich von einer solchen Lokalisierung „unbestreitbarer Vorteile für uns" versah; sie „würde," meinte er, „Deutschland und den ganzen Dreibund in eine überaus schwierige Lage versetzen und der Türkei den Irrtum ihrer Politik des Mißtrauens uns und den Mächten des Dreiverbandes gegenüber vor Augen führen." Iswolsky an Neratow 26. September 1911, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. F. Stieve, I, 150. Ein anderes Motiv berührt der Bericht des serbischen Geschäftsträgers in London Gruitsch vom 21. September 1911, und zwar auf Grund von Äußerungen des französischen Botschafters Paul Cambon: „Frankreich sowohl als auch seine Verbündeten sind der Ansicht, daß selbst um den Preis größerer Opfer der Krieg auf einen entfernteren Zeitraum verschoben werden müsse, d. h. auf 1914 bis 1915. Die Notwendigkeit dieses Aufschubs diktiert nicht so sehr die materielle militärische Vorbereitung Frankreichs — die vorzüglich ist — als die Reorganisation des Oberkommandos, welche noch nicht durchgeführt ist. Diese Frist ist auch für Rußland notwendig." Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 101. Vgl. auch Kap. CCLXIII, Nr. 12258.

würde sich Rußland auch dieser Ansicht anschließen. Die Übermittelung eines derartigen Versprechens der Türkei in Sofia sei jedenfalls genügend, um Geschow eine mächtige Stütze zu geben.

Mit Eurer Exzellenz glaubt Herr Neratow, daß von einer formellen Garantie der Großmächte abzusehen sei.

Lucius

Nr. 12039

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 148 Berlin, den 16. Oktober 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 219*.

Wir sind mit dem von Herrn Neratow eingeschlagenen modus procedendi einverstanden und halten, sofern dies nicht von anderer Seite verlangt wird, unsererseits einen besonderen vorherigen Schritt in Konstantinopel nicht für notwendig.

Kiderlen

Nr. 12040

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 94 Wien, den 18. Oktober 1911

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 13. Oktober Nr. 515**.

Russischer Botschafter hat hier den von Neratow proponierten Text für eine von den fünf Großmächten in Sofia zu übergebende Note vorgelegt.

Graf Aehrenthal hat Herrn von Giers geantwortet, er sei gewiß bereit, Herrn Geschow in seinen Bestrebungen, gute Beziehungen zu unterhalten, zu unterstützen und demgemäß eine Erklärung in Sofia des Inhalts abzugeben, daß die friedlichen Erklärungen der Pforte den Mächten als durchaus ernst gemeint erscheinen und nach ihrer Ansicht deshalb kein Anlaß zu Besorgnissen für Bulgarien bestehe. Wenn Rußland eine solche Mitteilung aber in Form einer Note vorschlage, so scheine ihm dies für

* Siehe Nr. 12038.

** Durch Erlaß Nr. 515 vom 13. Oktober war das Telegramm nach Petersburg Nr. 145 vom 14. Oktober (siehe Nr. 12037) nach Wien mitgeteilt worden.

jetzt zu weit zu gehen. Einen solchen schriftlichen Schritt könne man sich aufsparen für den Fall, daß sich die Situation noch weiter zuspitzen sollte.

Übrigens glaubt der Minister, daß auch eine mündliche Erklärung der Mächte in Sofia nicht mehr notwendig sei. Graf Tarnowski habe telegraphiert, daß Assim Bey bereits die bündigsten Versicherungen nach Sofia habe gelangen lassen, infolge deren die Stimmung sich dort völlig beruhigt habe. Wenn das bulgarische Kabinett noch einige Skepsis zeige, so sei das nur, um nach außen hin den Umschlag der Stimmung nicht zu plötzlich erscheinen zu lassen*.

Tschirschky

Nr. 12041

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 87 Berlin, den 19. Oktober 1911

Zu Telegramm Nr. 94**.

Wir halten Schritt der Mächte in Sofia für nützlich, selbst wenn er nicht absolut notwendig sein sollte, und haben Beteiligung an russischer Demarche im Falle Zustimmung anderer Mächte schon deshalb zugesagt, um nicht in den Verdacht zu kommen, Sonderzwecke zu verfolgen. Teilen Sie dies Graf Aehrenthal mit.

Kiderlen

---

* Die Beruhigung in Sofia wird bestätigt durch ein Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel Tscharykow vom 15. Oktober 1911 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 304). Nach diesem Telegramm hätte der neue türkische Außenminister im Kabinett Said Pascha, Assim Bey, bisher Gesandter in Sofia, nicht nur bündige Versicherungen nach Sofia im Hinblick auf die türkischen militärischen Maßregeln gelangen lassen, sondern zu verstehen gegeben, daß er „den Posten nur unter der Bedingung angenommen habe, daß die türkische Regierung versuchen wird, ein besonderes Abkommen mit Bulgarien abzuschließen." Derselbe Assim Bey versuchte eben damals eine Annäherung an die Tripelententemächte unter der Voraussetzung, daß diese der Türkei ihre tatkräftige Unterstützung zur Wahrung ihrer Souveränitätsrechte in Tripolis liehen. Vgl. dazu das Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel vom 14. Oktober 1911, ferner das Telegramm Graf Benckendorffs an Neratow vom 3. November und den nachfolgenden Brief vom 8. November. v. Siebert, a. a. O., S. 303, 304, 682f. Die Versuche Assim Beys scheiterten an der englischen Weigerung, auf die türkische Bedingung einzugehen; sie wären aber auch ohnedem aussichtslos gewesen, da Rußland seinerseits die Gegenbedingung stellte, daß den russischen Schiffen die freie Durchfahrt durch die Meerengen eingeräumt werden müsse, was für die Türkei unannehmbar war (vgl. Bd. XXX, Kap. CCXXXVI), und da auch England als Preis für eine eventuelle Annäherung zwischen ihm und der Türkei die „Regelung verschiedener offener Fragen, so z. B. der Bagdadbahn" verlangte.

** Siehe Nr. 12040.

Nr. 12042

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Legationsrats von Rosenberg

Nr. 229 Berlin, den 20. Oktober 1911

Meldungen aus Sofia lassen befürchten, daß es Geschow ohne moralische Unterstützung der Mächte nicht gelingen würde, sich dem Drängen öffentlicher Meinung und Militärpartei auf Mobilisierung dauernd erfolgreich zu widersetzen. Um Geschow Rücken zu stärken, hat Rußland vorgeschlagen, Großmächte sollten die ihnen erteilten friedlichen Versicherungen der Türkei gemeinsam an Bulgarien weitergeben und Pforte vom Geschehenen mit Bemerken in Kenntnis setzen, daß Demarche zur Aufrechterhaltung Friedens nötig gewesen sei. Kaiserlicher Gesandter Sofia ist demzufolge beauftragt worden, gleichzeitig mit russischem* und österreichischem Kollegen nachstehende Erklärung abzugeben:

„Le soussigné d'ordre de son Gouvernement a l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement Royal que le Gouvernement Impérial ayant reçu de la Sublime Porte l'assurance positive que le Gouvernement Ottoman ne nourrit aucune pensée agressive contre la Bulgarie, exprime la conviction que la Bulgarie ne sera pas attaquée par la Turquie. Il croit devoir ajouter qu'en portant la présente démarche à la connaissance de la Sublime Porte le Gouvernement Impérial prendra acte des assurances pacifiques extérieures du Gouvernement Ottoman."

Bitte im Benehmen mit russischem Botschafter Pforte entsprechend benachrichtigen.

Kiderlen

Nr. 12043

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 Wien, den 20. Oktober 1911

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 87** und Erlaß vom 17. Oktober Nr. 521***.

Ersteres noch gestern Graf Aehrenthal mitgeteilt. Minister sagte mir, er halte bulgarische Gefahr als für jetzt beseitigt. Sollten die anderen

* Nekljudow.

** Siehe Nr. 12041.

*** Durch Erlaß Nr. 521 vom 17. Oktober war das Petersburger Telegramm Nr. 219 (siehe Nr. 12038) und das Telegramm nach Petersburg Nr. 148 (siehe Nr. 12039) nach Wien mitgeteilt worden.

Mächte russische Demarche doch noch in Sofia machen, so habe er österreichisch-ungarischen Vertreter dahin instruiert, sich mündlich anzuschließen. Schriftliche Demarche betrachte er zurzeit nicht für opportun, besonders auch angesichts unsicherer Stellung türkischen Kabinetts, da das folgende, welches wohl eine schärfere Note gegenüber Italien anschlagen werde, sich kaum durch Erklärungen seines Vorgängers für gebunden erachten würde. „Ich glaube," fügte Minister hinzu, „wir müssen uns energischere Vorstellungen für etwaige zukünftige Notwendigkeiten noch aufsparen. Dann müßte auch gleichzeitig der Türkei nochmals bedeutet werden, daß sie aus einem Krieg mit Bulgarien keinerlei Vorteil ziehen könne."

Assim Bey habe er außerdem noch wissen lassen, daß die Türkei durch ihre Erklärung, Bulgarien nicht angreifen zu wollen, damit auch den Mächten gegenüber eine Verpflichtung eingegangen sei. Auf Wunsch des türkischen Ministers habe er die offiziöse Notiz über die loyalen Erklärungen der Türkei in dem gestrigen Abendblatt des „Fremdenblatts" erscheinen lassen als offenen Wink für alle Balkanstaaten.

Graf Tarnowski halte die Lage in Sofia für derart gesichert, daß er um Urlaub gebeten habe.

Tschirschky

Nr. 12044

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 330 Therapia, den 23. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 229*.

Assim Bey, dem ich heute die befohlene Erklärung gemacht habe, sprach mir dafür seinen Dank aus und bemerkte dabei: der österreichische Botschafter** habe ihm gestern eine analoge Mitteilung gemacht und er — Assim Bey — demselben erwidert: er wiederhole, die den Mächten bezüglich der türkischen Haltung zu Bulgarien gemachten friedlichen Versicherungen werden in dieser Beziehung ein persönliches Engagement sein, setze aber dabei voraus, daß die Mächte reziprok auch von Bulgarien die Zusage verlangten, daß dieses seinerseits sich jeden Angriffs auf die Türkei enthalten werde. Man werde die Billigkeit eines solchen Verlangens nicht bestreiten können.

---

* Siehe Nr. 12042.
** Markgraf Pallavicini.

Der Minister fügte bei, er strebe nach einer „Entente“ der Türkei mit allen Balkanstaaten einschließlich Rumäniens auf der Basis der gegenseitigen Zusage, sich einer Aggressivität zu enthalten. Der Zweck dieser Entente sei, daß alle diese Staaten auf Grund von noch abzuschließenden Handelsverträgen Hand in Hand miteinander ihre ganze Aufmerksamkeit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung widmen können. Auf den von Rußland gewünschten „Balkanbund“* dagegen werde er nicht eingehen, weil bei .....** die politische und nicht die ökonomische Entwicklung im Vordergrund stehe. Ein solcher „Balkanbund“ werde unter russischer Direktive stehen und Österreich-Ungarn zum unversöhnlichen Gegner haben.

Marschall

Nr. 12045

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 100 Sofia, den 29. Oktober 1911

Wie ich Euerer Exzellenz bereits an anderer Stelle zu melden*** die Ehre hatte, habe ich gestern nachmittag Gelegenheit genommen, die mir aufgetragene Erklärung† über die durchaus friedlichen Absichten der türkischen Regierung gegenüber Bulgarien bei Herrn Geschow abzugeben.

Die Demarche hatte zunächst eine Verzögerung dadurch erlitten, daß mein österreichisch-ungarischer Kollege ohne Instruktionen war. Nachdem dieselben dann endlich eingetroffen waren, erklärte sich plötzlich Herr Nekljudow zum allgemeinen Verdruß für nicht solvent und genötigt, noch einmal entscheidende Weisungen aus St. Petersburg einzuholen. Mein englischer Kollege†† blieb gänzlich im Hintertreffen, und Herr Paléologue mußte sich entschließen, ohne ihn vorzugehen.

Herr Geschow nahm meine Mitteilung mit sichtlicher Befriedigung entgegen und bat mich, Euerer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für die ihm in schwieriger Lage zuteil gewordene wertvolle Unterstützung aussprechen zu wollen. Der Ministerpräsident hob hierbei noch einmal die starke Erregung hervor, die er infolge der türkischen Rüstungen sogar

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCX.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Es war durch ein kurzes Telegramm (Nr. 28) vom 28. Oktober geschehen.
† Vgl. Nr. 12042.
†† Sir S. Bax-Ironside.

bei seinen ministeriellen Kollegen vorgefunden*, und der gegenüber er nur mit Mühe zu Ruhe und Besonnenheit habe mahnen können. Die dann — besonders seit Assim Beys Anwesenheit in Konstantinopel — von dort hierher gelangenden Zusicherungen hätten eine beruhigende Wirkung nicht verfehlt, und für die ihm soeben gemachten Eröffnungen der großmächtlichen Vertreter sei er um so dankbarer, als dadurch seine Politik des Friedens manch unruhigen Elementen gegenüber eine wesentliche Stärkung erfahren habe.

Man kann hiernach wohl die Krise als überstanden bezeichnen, und die maßvolle Haltung, die Staatsoberhaupt sowie Regierung während derselben an den Tage gelegt haben, berechtigt zu der schönen Hoffnung, daß der Balkanfrieden, wenigstens soweit es auf Bulgarien ankommt, in nächster Zeit keine Störung erfahren dürfte. Daß die Opposition fortfährt, die Regierung wegen ihrer „schlappen" Haltung zu schmähen und ihr die „occasion perdue" unter die Nase zu reiben, ist natürlich nicht zu verwundern, und am verständlichsten erscheint dieses Gebaren bei der stambulowistischen Presse, die es im gegenwärtigen Augenblick recht gern gesehen hätte, wenn die bulgarischen Kanonen die Skandalosa des schmutzigen Prozesses** ihrer Parteigänger zum Schweigen gebracht haben würden.

von Below

Nr. 12046

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 344 Wien, den 27. November 1911

Graf Aehrenthal erzählte mir heute, er habe dieser Tage den König von Bulgarien gesprochen, der wieder einmal hier weile und auch von seinem kaiserlichen Herrn empfangen werden würde. Der König sei sehr friedlich gestimmt. Der Widerstand der Türken in Tripolis habe scheinbar doch einen kalmierenden Eindruck auf die Bulgaren gemacht. Weil er, der Minister, wisse, daß Fäden von Sofia nach Montenegro hinüber gesponnen worden seien, habe er dem König Ferdinand auch in dieser Richtung äußerste Vorsicht angeraten.

In Konstantinopel scheine man übrigens jetzt einzusehen, daß man den Albanesen gegenüber eine falsche Politik verfolgt habe. Wenigstens habe ihm Assim Bey Erklärungen in diesem Sinne machen lassen und hinzugefügt, die Türkei werde dafür sorgen, daß alle Zusicherungen, die den Albanesen gemacht worden seien, auch tatsächlich zur Ausführung gelangen. Assim Bey habe ihn bitten lassen, durch die katholische Geist-

* Vgl. dazu Nr. 12037, S. 7, Fußnote ***.
** Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 525.

lichkeit beruhigend auf die Albanesen einzuwirken, damit diese wieder Vertrauen zur türkischen Regierung gewönnen. Graf Aehrenthal hat Erfüllung dieser Bitte zugesagt.

Der Minister fügte noch hinzu: „Ich versuche, durch Freundlichkeiten mich mit König Nikita gut zu stellen. Ich glaube, das wirkt besser wie Grobheit, mit der es von anderer Seite versucht worden ist." Der Minister spielte mit dieser Bemerkung wohl auf die in Wien auf sein Betreiben gewährte Anleihe an, von der der kaiserliche Vertreter in Cetinje* kürzlich berichtete**.

von Tschirschky

Nr. 12047

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 113 Berlin, den 21. Dezember 1911

Freiherr von Marschall meldet***:

„Assim Bey sagt mir, der König von Montenegro habe türkischem Gesandten† gesagt, die einzige Möglichkeit zur Erhaltung der Ruhe im Frühjahr beruhe darauf, daß Pforte die von Grenzkommission vorgeschlagene Grenzberichtigung definitiv annehme. Geschehe dies nicht, so

---

* von Eckardt.

** Ein ganz anderes Bild von Österreichs Beziehungen zu den Balkanstaaten entwirft Iswolsky in einem Brief an Neratow vom 23. November 1911 auf Grund von Äußerungen des serbischen Ministerpräsidenten Milowanowitsch (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 183f.), der an weitgehende Pläne Graf Aehrenthals auf Schaffung eines autonomen albanischen Staates unter dem Protektorat Österreichs glaubte. Nach Milowanowitsch wäre nur Montenegro geneigt, Österreich auf diesem Wege zu folgen; der Lohn dafür sollte in einem Teil des Sandschak und in einigen albanischen Gebieten mit Skutari bestehen. Dagegen hätte man in Bulgarien endlich begriffen, welche Gefahr dem Slawentum von seiten Österreichs drohe. Als Beweis für die österreichfeindliche Gesinnung Bulgariens führte Milowanowitsch die weit geförderten Verhandlungen über eine bulgarisch-serbische Annäherung (vgl. Nr. 12033, Fußnote ***) an, über die Rußland auf das genaueste unterrichtet sei. Auch an ein Zusammengehen Rumäniens mit Österreich im Fall, daß die serbisch-bulgarischen Interessen mit denen Österreichs zusammenstießen, wollte Milowanowitsch nicht glauben. Das von Milowanowitsch ausgesprochene Mißtrauen gegen Österreichs albanische Pläne wurde übrigens von Sasonow keineswegs geteilt, der den serbischen Ministerpräsidenten durch den Gesandten Popowitsch auf das zwischen Österreich-Ungarn und Italien bestehende albanische Abkommen aufmerksam machen ließ, das ein österreichisches Vorgehen unwahrscheinlich mache. Bericht des serbischen Gesandten in Petersburg Popowitsch vom 17. Dezember 1911. Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 103.

*** Telegramm Nr. 425 vom 20. Dezember 1911.

† Rustem Bey.

würden diejenigen, die daran schuld seien, schwere Verantwortung tragen. Ton des Königs bei Mitteilung sei derartig gewesen, daß Gesandter in sehr besorgter Weise hierher telegraphiert habe. Nun sei die von gemischter Grenzkommission entworfene und von türkischen Delegierten ad referendum genommene Auswechselung zweier Gebietsteile für Pforte unannehmbar, da Albaner dagegen aufs schärfste protestiert hätten.

Der Minister fragte, ob nicht Kaiserliche Regierung geneigt wäre, in Montenegro, das vermutlich von Italien oder Rußland getrieben werde, zur Mäßigung zu raten? Ich habe Assim erwidert, daß ich seine Mitteilung nach Berlin melden würde."

Ich bin zu angeregter Demarche in Cetinje geneigt, lege aber Wert darauf, tunlichst mit Wien Hand in Hand zu gehen.

Bitte Graf Aehrenthal entsprechend verständigen und dessen Antwort drahten.

Bethmann Hollweg

Nr. 12048

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 294 Berlin, den 23. Dezember 1911

Zu Ew. Exzellenz Orientierung.

Der Inhalt Ihres Telegramms Nr. 425* ist in Wien mit dem Bemerken verwertet worden, daß wir zu der türkischerseits gewünschten Demarche in Montenegro geneigt sind, indes mit Österreich-Ungarn tunlichst identisch handeln möchten.

Herr von Tschirschky meldet** über die Ausführung seines Auftrages:

„Österreichischer Geschäftsträger in Cetinje***, den Graf Aehrenthal zunächst über Angelegenheit befragt hat, berichtet, daß nach seiner Ansicht betreffender Gebietsaustausch durchaus auch in türkischem Interesse gelegen sein würde. Der Minister hat dies nach Konstantinopel gegeben mit dem Ratschlag, die Türkei möge sich die Sache doch noch einmal genauer ansehen und prüfen, ob sie den Gebietsaustausch, der für die Erhaltung der Ruhe in jenen Gegenden von großem Wert sein würde, nicht doch akzeptieren könne. Sobald er eine Antwort aus Konstantinopel erhalte, werde er sie nach Berlin mitteilen; dann könnten wir uns weiter besprechen, ob und was eventuell unsererseits getan werden könne. Gegenwärtig sei auch der Gesandte Baron Giesl nicht in Cetinje; auch deswegen würde er eine eventuelle Aktion lieber noch aufschieben."

Zimmermann

* Siehe Nr. 12047 nebst Fußnote***.

** Telegramm Nr. 126 vom 22. Dezember.

*** Weinzetl.

Nr. 12049

Der Geschäftsträger in Belgrad Graf von Kanitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 88 Belgrad, den 28. Dezember 1911

Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, haben verschiedene Albanesenhäuptlinge bei der hiesigen Regierung angefragt, ob sie im Frühjahr nötigenfalls in Serbien Asyl finden würden. Man hat ihnen geantwortet, sie könnten einer gastlichen Aufnahme sicher sein. Man würde sie aber entwaffnen und — solange die Unruhen andauerten — an der Rückkehr nach Albanien hindern.

Der russische Gesandte, Herr von Hartwig, bestätigte mir die Richtigkeit dieser Nachricht. Nach seiner Ansicht wäre dieses Mal Italien der Störenfried, der die Albanesen über Montenegro mit Waffen versorge, während Österreich daran arbeite, den Ausbruch von Unruhen zu hindern*. Rußland sei ebenfalls aufs lebhafteste an der Erhaltung der Ruhe auf dem Balkan interessiert und habe, wie er mir aufs bestimmteste versichern könne, die Parole ausgegeben, auf dem ganzen Balkan in diesem Sinne zu arbeiten. In Cetinje habe das bereits wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt**.

Graf Kanitz

---

* Anders urteilte in einem Briefe an Sasonow vom 15. Januar 1912 (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 307) der russische Botschafter in Konstantinopel Tscharykow, der aus einer von Montenegro in Wien betriebenen Anleihe den Schluß zog, daß Österreich die russischen Verlegenheiten in China und Persien ausnutzen wolle, um wieder aktiv auf dem Balkan aufzutreten: „Wie dem aber auch sei, die unmittelbare Gefahr muß man in der kriegerischen Stimmung Montenegros erblicken."

** Daß Rußland damals wirklich bestrebt war, Montenegro von unbedachtem Vorgehen zurückzuhalten, wird bestätigt durch die Berichterstattung des serbischen Gesandten in Petersburg Popowitsch. Am 16. Dezember sagte Sasonow nach einem Berichte Popowitschs vom 17. Dezember (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 103): „Er fürchte, daß zum Frühjahr wiederum ungeordnete Zustände in Albanien und Mazedonien Platz greifen. Er fürchte die ‚kleinen Intriganten' wie Montenegro, das schon aus Eifersucht gegenüber Serbien und in dem Wunsche, dieses zu überflügeln, auf die Möglichkeit eines Vorteils lauern und zu diesem Behufe Verwicklungen in Albanien hervorrufen könne. Natürlich habe Rußland Mittel und Wege, dem Könige Nikolaus derartige Gelüste zu verleiden, aber es sei nicht ausgeschlossen, daß von einer anderen Seite Versuchungen an Montenegro herantreten." In einem weiteren Berichte Popowitschs vom 2. März 1912 heißt es, dem König Nikolaus, der kurz zuvor in Petersburg geweilt hatte, seien energische Ratschläge erteilt, sich ruhig zu verhalten und sich nicht in irgendwelche Abenteuer einzulassen. „Der König versprach, den Rat zu befolgen, und gab die Versicherung, nichts gegen die Interessen Rußlands zu tun. Er sagte Herrn Sasonow, er stehe Rußland wie der Soldat seinem Vorgesetzten gegenüber, und wiederholte einige Male auf russisch das Wort, Verstanden'. Ich bin — sagte er — in Montenegro König, aber Rußland gegenüber der Vollstrecker von dessen Anordnungen." (A. a. O. S. 106.) Ganz ebenso hatte sich übrigens auch Geschow gegenüber dem russischen Botschafter von Giers in Wien am 8. Oktober 1911 aus-

Nr. 12050

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Konstantinopel, den 25. Januar 1912

Assim Bey, der gegenwärtig an Stelle des erkrankten Said Pascha auch die Geschäfte des Großwesirs führt, sagte mir heute vertraulich, der neu ernannte Minister des Innern Hadschi Adil Bey werde sich in den nächsten Tagen in Begleitung einer Kommission nach Albanien begeben, um dort die bestehenden Beschwerden zu prüfen und einen Ausgleich herbeizuführen. Hadschi habe von verschiedenen Ministerien, unter anderem dem der öffentlichen Arbeiten und des Unterrichts, unbeschränkte Vollmacht, den Albanesen bezüglich der Schulen und des Baus von Kommunikationsmitteln Konzessionen zu machen, auch nehme er eine erhebliche Geldsumme mit, um dringende Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Der Minister ist überzeugt, daß es auf diese Weise gelingen werde, die albanesische Gefahr, auf die ich ihn wiederholt aufmerksam gemacht habe, zu beschwören.

Marschall

---

gedrückt: „Auf der Balkanhalbinsel werden wir jedenfalls nichts tun, ohne Rußland vorher in Kenntnis zu setzen." (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 153.) Obgleich Rußland also sicher sein konnte, die Balkanstaaten jederzeit zügeln zu können, wenn es nur wollte, hielt es doch für geboten, sich mit dem alliierten Frankreich ins Einvernehmen zu setzen, „dans la prévision de complications prochaines en Orient." Am 31. Januar 1912 sagte Sasonow nach einem Telegramme Botschafter Louis' vom 1. Februar zu diesem: „Le danger est dans les Balkans. Il est visible en Macédoine; il va sans doute le devenir en Albanie. Il n'est que temps d'agir si nous voulons prévenir des conflagrations qui pourront s'étendre rapidement et soulever les plus graves questions. Les Turcs ont été aussi imprévoyants en Albanie qu'en Macédoine. Ils n'ont pu venir à bout de l'insurrection de l'année dernière qu'en promettant aux tribus certains avantages, mais, sauf quelques secours en argent, ils n'ont rien fait de ce qu'ils avaient promis. Ne pourrions-nous pas signaler au Gouvernement ottoman les inquiétudes que cette situation nous fait concevoir?" Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 5s. In Frankreich ging man bereitwilligst auf die „Konversation" ein, während Sir E. Grey sich einer solchen zwar nicht versagen wollte, aber einen Meinungsaustausch ohne Deutschland und Österreich für bedeutungslos erklärte (Telegramm Paul Cambons an Poincaré vom 3. Februar, Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 7). Am 14. Februar überreichte dann Sasonow dem französischen Botschafter Louis einen Fragebogen, der eine Verständigung über die Eventualitäten 1. einer inneren Krisis in der Türkei, 2. eines aktiven Vorgehens Österreich-Ungarns im Sandschak bzw. in Albanien, 3. eines kriegerischen Konfliktes zwischen der Türkei und einem der Balkanstaaten (Montenegro, Serbien, Griechenland, Bulgarien) für erwünscht erklärte. Die Diskussion über den Fragebogen (siehe dessen Wortlaut im französischen Gelbbuch a. a. O., I, 9) zog sich zwischen Petersburg und Paris bis in den Spätfrühling hin; sie blieb ohne wesentliches Ergebnis, weil Sasonow, der den französischen Alliierten auch über die sehr aktive Rolle, die Rußland bei dem Zustandekommen des bulgarisch-serbischen Bündnisses vom 13. März 1912 spielte, erst nachträglich aufklärte, sich über seine letzten Absichten ausschwieg. Am 12. April äußerte sich Botschafter Louis darüber in einem Schreiben an Poincaré

Nr. 12051

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Konstantinopel, den 6. Februar 1912

Wie ich höre, wird die Kommission, welche sich in den nächsten Tagen unter Vorsitz des Ministers des Innern Hadschi Adil nach Albanien begibt, von dem englischen Mitgliede der hiesigen Finanzkommission Mr. Graves begleitet sein. Graves ist lange Zeit belgischer Generalkonsul in Salonik und dann Mitglied der mazedonischen Finanzkommission gewesen. Er ist ein ruhiger, intelligenter Mann und gilt als vorzüglicher Kenner der mazedonischen und albanesischen Verhältnisse.

Die Teilnahme Graves' an der Versöhnungsaktion ist bedeutsam. Sie zeigt, daß es den Türken dabei ernst ist und sie Wert darauf legen, der in England wiederum beginnenden Agitation für mazedonische und albanesische Beschwerden zu steuern. Marschall

---

(Ernest Judet, Georges Louis, p. 180) nicht ohne Bitterkeit: „La Russie ouvre la conversation sur ses visées secrètes, lorsqu'elle entrevoit des possibilités d'action, et elle rentre dans le silence lorsqu'elle a constaté qu'il y a peu de chances d'entente." Auch Poincaré, empfindlich verletzt darüber, daß Sasonow ihn bezüglich der Balkanverhandlungen nicht von vornherein eingeweiht hatte (vgl. sein Telegramm an Louis vom 8. April, Französisches Gelbbuch a. a. O., I, 20), sah sich zu einer kategorischen Sprache gegenüber dem Alliierten genötigt. Ein Telegramm an Louis vom 21. April (Französisches Gelbbuch a. a. O., I, 23) besagte: „Ainsi que vous l'indiquait mon télégramme du 9 avril, il est indispensable que le Gouvernement russe formule ses vues sur les diverses hypothèses specifiées dans son questionnaire du 14 février. La conclusion de l'accord serbo-bulgare et la récente démonstration de l'escadre italienne devant les Dardanelles ne nous permettent pas d'accepter que M. Sazonoff se dérobe davantage à une conversation dont il a pris lui-même l'initiative." Es kam dann noch zu einer Erörterung der Frage, was die beiden Alliierten tun sollten, falls Österreich-Ungarn zu einer Wiederbesetzung des Sandschaks schreite; doch wurde selbst russischerseits anerkannt, daß kein Grund zum Verdacht bestehe, daß Österreich zurzeit ein solches Projekt verfolge. Poincaré konnte nicht umhin, bei diesem Anlasse zu betonen: „Il ne suffit pas que la vigilance des Agents français et russes s'exerce à Vienne; il n'est pas moins nécessaire qu'elle s'applique à dépister les intrigues des Etats balkaniques, dont l'activité turbulente risque d'entraîner, par contre-coup, une action de l'Autriche-Hongrie dans le Sandjak. L'appel à l'Europe devrait se produire aussitôt que le statu quo de la Péninsule serait menacé par le fait d'un des États slaves; ce serait trop tard de n'en appeler à l'Europe que, pour répondre à une action subséquente du Cabinet de Vienne." (Telegramm an Louis vom 13. Mai 1912, Französisches Gelbbuch a. a. O., I, 25.) Die Richtigkeit dieser Bemerkungen vermochte Sasonow nicht abzustreiten, aber er zeigte deutlich, daß ihn die Haltung des französischen Alliierten nicht befriedigte (Telegramm Louis' vom 24. Mai, Französisches Gelbbuch a. a. O. I, 27), und so setzte er den Meinungsaustausch nicht weiter fort. An seine Stelle trat ein neuer Meinungsaustausch zwischen Frankreich, Rußland und England über die Berufung einer Konferenz zum Zweck der Beendigung des türkisch-italienischen Krieges. Auch diese Konversation (vgl. darüber Bd. XXX, Kap. CCXXXIX) ließ zunächst lebhafte Meinungsverschiedenheiten zwischen Sasonow und Poincaré erkennen, führte aber doch zu dem Akkord vom 25. Juni 1912.

Nr. 12052

Der Konsul in Saloniki Schwörbel
an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 601 Salonik, den 6. März 1912

Der zurzeit als Leiter der Reformkommission in Ipek befindliche Minister des Innern Hadschi Adil Bey berichtete gestern telegraphisch an den Großwesir wie folgt:

„Sowohl die Fremden als auch die Zeitungen schieben den Albanesen Aufstandsgedanken zu und sprechen davon, daß dieselben sich nächster Zeit erheben werden. Ich habe nun die Seele der braven Arnauten studiert und die Überzeugung gewonnen, daß sie ewig treu bleiben werden.

Als ich dieser Tage nach Ipek kam, erschienen 12000 Albanesen zu meiner Begrüßung. Sie schrieen ‚Hoch der Sultan', erhoben betend die Hände und erklärten, daß sie volles Vertrauen zur Regierung hätten und dem Sultan ewig treu bleiben würden. Im Falle eines Krieges würde jeder Arnaut sein Blut für den Padischah vergießen."

Das Telegramm Hadschi Adil Beys schließt mit den Worten:

„Seien Sie überzeugt wie ich, daß in Albanien keinerlei Hintergedanke herrscht."

Auf diese und ähnliche beruhigende Nachrichten Hadschi Adil Beys hin hat der Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha heute folgendermaßen geantwortet:

„Wie ich bereits den treuen und ergebenen Kindern des Sultans versprochen habe, habe ich nunmehr beschlossen, der getreuen Bevölkerung Nordalbaniens Waffen zu verteilen und sende 16000 Flinten nebst Munition nach Pristina, 12000 nach Ipek und 10000 nach Diakowa. Diese Waffen werden in besonderen Depots nicht weit von den Kasernen untergebracht werden. Im Falle von Komplikationen sollen die Waffen an die treuen Arnauten verteilt werden."

Auch hier in Salonik hält man die derzeitige Lage in Albanien für durchaus ruhig und zufriedenstellend. Nach Ansicht der maßgebenden Kreise ist auf irgendwelche neue Aufstände im albanesischen Gebiet für das Frühjahr nicht zu rechnen.

Dr. Schwörbel

Nr. 12053

Der Konsul in Saloniki Schwörbel
an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 948 Salonik, den 1. April 1912

Nach den mir vorliegenden Nachrichten scheint die derzeitige Lage in Albanien keine sehr gute zu sein. Es sind hauptsächlich die katholischen Albanesen, die trotz aller ihnen durch die Regierung gewährten

Zugeständnisse und Geschenke in ihrer Unzufriedenheit beharren und durch ständige kleine Aufstände und Putsche von sich reden machen. Auf Rechnung der katholischen Albanesen ist auch der am 17. v. Mts. erfolgte Überfall auf den beim Wegebau zwischen Mitrowitza und Ipek beschäftigten deutschen Ingenieur Grubhoffer zu setzen. Die Behörden schweigen sich amtlich aus, treffen jedoch im stillen ihre Vorkehrungen. Die Ansammlungen von Redifs aus Kleinasien dauern fort; dieselben werden teils in Üsküb, teils in Mitrowitza und Ferisowitsch untergebracht. Auffallend ist, daß die Soldaten diesmal alle unbewaffnet reisen und Waffen und Munition getrennt transportiert werden.

Seitens des Kriegsministeriums ist der Befehl ergangen, in Üsküb, Mitrowitza und Ipek für den Bedarfsfall größere Vorräte an Lebensmitteln bereit zu stellen.

Dr. Schwörbel

Nr. 12054

Der Geschäftsträger in Sofia Prinz zu Sayn-Wittgenstein an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 26 Sofia, den 20. April 1912

Die Meldung von der erfolgten Beschießung der Einfahrt zu den Dardanellen durch italienische Kriegschiffe* ist hier verhältnismäßig kühl aufgenommen worden, und die weiteren Nachrichten, denen zufolge sich das italienische Geschwader nach Einstellung des Feuers auf hohe See begeben habe, vermochten selbst auf die fanatischsten Anhänger der Aktionsparteien ernüchternd einzuwirken.

Nur vereinzelte sensationssüchtige Blätter glaubten, der günstige Augenblick sei gekommen, wo Bulgarien zugunsten Mazedoniens eintreten und seine Ansprüche auf diese türkische Provinz geltend machen könnte**. Eine solche Zeitung warf denn auch gleich die folgenden zwei Fragen auf: Wird Bulgarien mit gekreuzten Händen dastehen, wenn die österreichisch-ungarischen Truppen nach der Türkei eindringen sollten, um Beute zu holen? — Werden die Großmächte, insbesondere Rußland,

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVIII, Nr. 11099 ff.

** Vgl. dazu die Äußerungen des russischen Geschäftsträgers in Sofia Fürsten Urussow zu dem französischen Gesandten de Panafieu von Anfang April. Danach rechnete Fürst Urussow für den Fall eines italienischen Vorstoßes gegen die Dardanellen geradezu mit dem Ausbruch des Balkankrieges und mit dem Eingreifen Rußlands in diesen: „Si cette dernière éventualité se produisait, le Prince Ouroussoff est d'avis que la Bulgarie et la Serbie, considérant que cette action romprait le statu quo, n'hésiteraient pas à prendre leurs précautions, c'est-à-dire à franchir la frontière ottomane, et à avancer dans les vilayets macédoniens. La Grèce et le Montenegro les imiteraient, et, devant cette attitude, la Turquie se verrait vraisemblablement obligée de céder. La rupture du statu quo n'étant pas de leur fait, la Russie ne pourrait pas abandonner à leur sort les peuples slaves qu'elle a libérés il y a trente-cinq ans; elle devrait même, si une menace leur était adressée de Vienne, dire au Gouvernement austro-hongrois que, dans le cas où des mesures militaires seraient prises par lui, à l'égard du Sandjak

Bulgarien anraten, sich friedlich zu verhalten, wenn sich andere anschicken, Salonik und Mazedonien zu erobern?

Die Minister traten wiederholt zu Beratungen zusammen, die zu der Verbreitung von Gerüchten führten, daß Bulgarien angesichts der veränderten Verhältnisse zu einer allgemeinen Mobilmachung schreiten werde.

Diesen Gerüchten tritt aber der heute erschienene „Mir", das Organ der Partei Geschows, mit aller Entschiedenheit entgegen und stellt sie als grundlos hin.

Wie ich auch von einigen Militärattachés höre, liegen bis zur Stunde keinerlei Anzeichen dafür vor, daß irgendwelche vorbereitenden Maßnahmen zu einer auch nur teilweisen Mobilmachung des bulgarischen Heeres getroffen worden seien. Im Gegenteil, der allgemeine Eindruck ist nach wie vor der, daß die gegenwärtige bulgarische Regierung ihre bisherige korrekte Haltung der Türkei gegenüber nur dann aufgeben wird, wenn sie durch ganz ungewöhnliche Umstände hierzu gezwungen werden sollte.

i. V. Wittgenstein

Nr. 12055

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 31 Cetinje, den 30. April 1912

pp. Die Beziehungen zur Pforte, die den hiesigen Vorgängen eine außerordentliche Aufmerksamkeit schenkt, stehen im Begriffe sich zu trüben. Auf Wunsch des Königs traf die ottomanische Delegation zur Regulierung der Grenze ein. Kaum war sie hier, als Seine Majestät mir und anderen erklärte, die Verhandlungen würden wieder zu keinem Resultate führen. Das hat genügt, um die montenegrinischen Delegierten intransigent zu stimmen. Gelegentlich der diesbezüglichen Gespräche des Königs bemühe ich mich vermittelnd zu wirken, wofür mir Rustem Bey dankbar ist, der übrigens bis jetzt noch das Wohlwollen des Königs genießt und das volle Vertrauen des Ministers des Äußern Assim Bey. Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß Seiner Majestät ein Scheitern der Grenzverhandlungen willkommen wäre, weil sich dann die Grenzzwischenfälle mehren und dadurch Gelegenheiten zu Intrigen aller Art bieten würden, welche die Aufmerksamkeit der Mächte auf das in normalen Zeiten unwichtige Montenegro lenken könnten.

Eckardt

---

par exemple, il devrait compter sur son opposition. Dans l'esprit du Chargé d'Affaires de Russie, par le fait même qu'une des Puissances de la Triple Alliance est en guerre avec la Turquie, l'Autriche et l'Allemagne se trouveraient dans l'impossibilité d'agir efficacement pour venir au secours de la Turquie et la situation des Puissances de la Triple Entente se trouverait très avantagée." (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques I, 16 s.)

Nr. 12056

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 120 Konstantinopel, den 10. Mai 1912

Nachrichten über aufständische Bewegungen in Nordalbanien bereiten der Pforte ernste Sorge.

Mutius

Nr. 12057

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 190 Rom, den 15. Mai 1912

Ich frug heute den Minister des Äußern*, welche Nachrichten er aus Albanien habe. Marquis San Giuliano entgegnete, der dortige Aufstand sei nur die Wiederkehr einer alljährlichen Erscheinung, die auch nicht aufhören werde, solange die Jungtürken in ihrer Verblendung fortführen, ihre reformatorischen zentralisierenden Tendenzen auf jenes wilde Gebirgsland auszudehnen. Die jetzigen Unruhen schienen allerdings etwas tiefergehend als die der vergangenen Jahre, trotzdem glaube er nicht, daß sie weitere Komplikationen für den Balkan nach sich ziehen würden. Ein günstiger Umstand sei, daß Montenegro sich still verhalte**. Italien hätte in Cetinje dringend zur Ruhe ermahnt, wirksamer aber sei jedenfalls noch der Druck, den Rußland dort ausübe.

v. Jagow

Nr. 12058

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 155 St. Petersburg, den 17. Mai 1912

pp.*** Wegen Albaniens erklärte Herr Sasonow vorläufig nicht besorgt zu sein. Er glaubt, daß die dortigen Unruhen nur lokalen Charakter

* Marchese di San Giuliano.

** Vgl. dazu das Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad von Hartwig an Sasonow vom 11. Mai: „Die in meinen früheren Berichten erwähnten Gerüchte über Vorbereitungen eines albanischen Aufstandes bestätigen sich. Nach hiesigen Informationen findet die Bewegung in Montenegro Unterstützung, und von dort aus werden viel Waffen und Geld verteilt." (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 520.)

*** Den Anfang des Berichts, der eine Unterredung des Botschafters mit Sasonow vom 16. Mai über die Frage der Beendigung des italienisch-türkischen Krieges wiedergibt, siehe in Bd. XXX, Kap. CCXXXVIII, Nr. 11113.

haben, und daß die Türken vorläufig Herren der Situation sind. Der Minister erzählte dann, daß er mit den Herren der bulgarischen Deputation, die zur Begrüßung des Zaren nach Livadia gekommen sei*, sehr ernst

---

*Am 6. Mai war eine bulgarische Sondergesandtschaft, bestehend aus dem Präsidenten der Sobranje Danew, dem Generaladjutanten Markow, dem Oberstleutnant Lukow und dem Chef des Protokolls im Außenministerium Miltschew, in Livadia zur Begrüßung des Zaren erschienen. Näheres darüber in dem Briefe Sasonows an den Gesandten in Sofia Nekljudow vom 30. Mai (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 522ff. und bei Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 73ss.). An die Entsendung der Mission wurden in der gesamten Presse weitgehende Kommentare geknüpft; so wurde sie vielfach als ein Mittel zur Anbahnung eines unter russischer Patronanz stehenden Balkanbundes ausgelegt. Die bulgarische wie die serbische Regierung sahen sich damals veranlaßt, solchen Gerüchten entgegenzutreten; so wurde der deutschen Botschaft in Wien eine angebliche serbische Zirkularnote in die Hände gespielt, worin die Mutmaßung, als ob von seiten der russischen Regierung die Kreierung eines slawischen Staatenbundes auf der Balkanhalbinsel unter dem Protektorate Rußlands gefördert werde, als völlig unbegründet zurückgewiesen wurde: „Weder wird die Schaffung eines slawischen Balkanbundes von uns geplant, noch sind auch die Vorbedingungen und Grundlagen für einen solchen engen Zusammenschluß Serbiens, Bulgariens und Montenegros tatsächlich vorhanden." (Bericht Tschirschkys Nr. 182 vom 25. Juni.) In Wirklichkeit war bereits am 13. März unter russischer Ägide ein serbisch-bulgarisches Bündnis zustande gekommen, dem am 11. Mai eine serbisch-bulgarische Militärkonvention, am 29. Mai ein Bündnisvertrag zwischen Bulgarien und Griechenland und Anfang Oktober eine Militärkonvention zwischen Bulgarien und Griechenland folgte. Siehe den Text der Dokumente bei Guéchoff, a. a. O., p. 191 ss.; der amtliche russische Text der serbisch-bulgarischen Verträge auch im deutschen Weißbuche: Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, S. 31ff. und daraus abgedruckt bei Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 225ff. Von besonderer Wichtigkeit ist die Geheimanlage zu dem serbisch-bulgarischen Vertrage. Ihr erster Artikel lautet: „Wenn in der Türkei innere Unruhen ausbrechen sollten, welche die staatlichen und nationalen Interessen beider vertragschließenden Parteien oder einer von ihnen bedrohen, und in dem Falle, daß infolge des Eintretens von inneren oder äußeren Schwierigkeiten in der Türkei der Status quo auf der Balkanhalbinsel erschüttert sein sollte, wendet sich die vertragschließende Partei, die als erste von der Notwendigkeit des bewaffneten Eingreifens überzeugt ist, in einem motivierten Vorschlag an die andere Partei, die ihrerseits verpflichtet ist, sofort in Meinungsaustausch zu treten und im Falle der Uneinigkeit mit der anderen verbündeten Partei letzterer ausführliche Antwort zu geben. Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres keine Hindernisse in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den verabredeten kriegerischen Operationen, wobei sie sich in allem vom Gefühl der Solidarität leiten lassen und die beiderseitigen Interessen wahren. Im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt; die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich. Falls Rußland seine Meinung nicht zu äußern wünschen und deshalb eine Verständigung zwischen den vertragschließenden Parteien nicht zustande kommen sollte, und falls dann die Partei, die sich für bewaffnete Einmischung entschieden hat, die Feindseligkeiten gegen die Türkei trotzdem allein eröffnen sollte, so ist die andere Partei verpflichtet, ihrem Verbündeten gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren, sofort zu der in der Militärkonvention vorgesehenen Mobilisierung zu schreiten und mit allen Kräften dem Verbündeten zu Hilfe zu eilen, wenn eine dritte Macht auf die Seite der Türkei treten sollte." Artikel II der Geheimanlage regelte die Ansprüche Serbiens und

gesprochen habe und sie dringend ersucht habe, die Banden in Bulgarien zu überwachen, den Komitees zur Mäßigung zu raten und alles zu vermeiden, was als Unterstützung der Bandenbewegung erscheinen

---

Bulgariens auf die zu befreienden Gebiete, wobei der Zar als oberster Schiedsrichter in Aussicht genommen wurde, dessen Entscheidung sich beide vertragschließenden Staaten zu unterwerfen verpflichteten. Artikel III bestimmte, daß eine Kopie des Vertrages nebst Geheimanlage sowie der noch abzuschließenden Militärkonvention der russischen Regierung in aller Form überreicht werden solle (was dann mittels der Mission Danew, siehe oben, geschah). Der folgende Artikel (IV) besagte: „Jeder Streit, der bei der Auslegung und Erfüllung irgendeines Artikels dieses Vertrages, der Geheimanlage und der Militärkonvention entstehen sollte, wird der endgültigen Entscheidung Rußlands anheimgestellt, sobald die eine oder die andere Partei es für unmöglich erklären sollte, eine Einigung durch unmittelbare Verhandlungen zu erzielen."
Die maßgebende Rolle, die dem Zaren und der russischen Regierung in diesen Artikeln zugewiesen wurde, und die das Petersburger Kabinett in den Stand setzte, auf dem Umwege über die Balkanstaaten jederzeit die orientalische Frage aufzurollen, beweist schon, daß der serbisch-bulgarische Vertrag nicht ohne Vorwissen und tätige Mitwirkung Rußlands zustande gekommen sein kann. Diese aktive Mitwirkung ist auch von amtlicher russischer Seite ganz offen dargelegt worden. Vgl. zunächst Sasonows Telegramme an Iswolsky und Graf Benckendorff vom 30. März (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 154; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 76 f.), in denen es übereinstimmend heißt: „Zwischen Serbien und Bulgarien ist mit unserm Wissen ein Bündnis abgeschlossen worden zu gegenseitiger Verteidigung und zum Schutze der gemeinsamen Interessen für den Fall der Veränderung des Status quo auf dem Balkan oder des Angriffes einer dritten Macht auf eine der vertragschließenden Parteien", ferner die sehr offenherzigen Mitteilungen des russischen Geschäftsträgers in Sofia Fürsten Urussow zu dem französischen Gesandten de Panafieu (siehe dessen Bericht vom 3. April, Französisches Gelbbuch, Les Affaires Balkaniques, I, 16), aus denen hervorgeht, daß der bulgarische Ministerpräsident Geschow dem russischen Drängen auf Abschluß eines bulgarisch-serbischen Bündnisses lange widerstanden hatte; schließlich die Angaben Geschows selbst (vgl. auch Nr. 12033, Fußnote***). Aus den bei Iswolsky und im französischen Gelbbuch mitgeteilten Schriftstücken ersieht man, daß der Abschluß des grundlegenden serbisch-bulgarischen Bündnisses dem französischen Alliierten von Rußland am 1. April mitgeteilt wurde. Auch England erhielt nach einem Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 30. März (a. a. O., II, 76) schon damals, sowohl von offizieller bulgarischer wie serbischer Seite Kenntnis von dem Abschluß des Vertrages. Vor den Mittelmächten dagegen wurde der Vertragsabschluß auf das sorgfältigste geheimgehalten; auch Österreich-Ungarn, das doch in freundschaftlichen Beziehungen zu Bulgarien stand, erhielt keinerlei Wink. Das hat freilich nicht gehindert, daß die deutsche Regierung schon Mitte April (vgl. den Brief des Staatssekretärs von Kiderlen an König Karl von Rumänien vom 15. April, E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 185 ff.) über das serbisch-bulgarische Bündnis, ohne den Wortlaut zu kennen, genau orientiert war. Anfang Juni wurde die Tatsache eines geheimen serbisch-bulgarischen Abkommens offen von den französischen Zeitungen zugegeben, sehr zur Beunruhigung Poincarés. (Geschäftsträger Hermite-Berlin an Poincaré, 8. Juni, Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 28; Iswolsky an Sasonow 20. Juni, Botschaftsrat Sewastopulo in Paris an Sasonow 5. August, Stieve a. a. O., II, 164, 206). Später ließ sich Kiderlen in der Sitzung des Bundesratsausschusses vom 28. November 1912 über die deutsche Kenntnis von den Vorgängen dahin aus: „Bereits zu Beginn des Sommers hatten wir erfahren — und es wurde dies dann durch Indiskretion der französischen Presse bestätigt —, daß sich zunächst Bulgarien und Serbien und danach die anderen Balkanstaaten zur Erreichung

könnte[1]*. Seine Worte, versicherte der Minister, schienen auf die Bulgaren Eindruck gemacht zu haben[2]. Herr Danew habe versprochen, die Ratschläge des Herrn Sasonow zu beherzigen. Wenn er dieses Versprechen hielte, so sei dies immerhin von einigem Wert, da Herr Danew in Bulgarien großen Einfluß besäße. Danew habe allerdings darauf hingewiesen, daß Umstände eintreten könnten, die es unmöglich machen würden, die Komitees im Zaume zu halten[3], so zum Beispiel, wenn von den Türken bei Niederdrückung der Bewegung in Albanien Greueltaten verübt werden sollten.

---

ihrer Ziele zusammengeschlossen hatten. Der Zusammenschluß hatte unter dem Patronat Rußlands stattgefunden. Dieses hatte sich ausdrücklich ausbedungen, daß Gewaltmaßregeln nur im äußersten Notfall und nicht ohne Rußlands Zustimmung ergriffen werden sollten. Die Balkanstaaten, die offenbar über die derzeitige Schwäche der Türkei gut informiert waren, haben sich daran nicht gekehrt. Ich lasse dahingestellt, wie weit russische Vertreter hierzu beigetragen haben, die unter der Hand eine andere Sprache führten als die ihnen amtlich vorgeschriebene." (Jäckh, a. a. O., II, 194.) Aus dem oben angezogenen Schreiben Kiderlens an König Karl scheint hervorzugehen, daß der Staatssekretär sich nicht von vornherein über den bedrohlichen Charakter des serbisch-bulgarischen Bündnisses im klaren gewesen ist: „Ich nehme an, daß auch diese Abmachungen von Rußland nur als Mittel gedacht sind, die Balkanstaaten in der Hand zu behalten und deren eigenmächtiges Vorgehen zu verhindern." Die spätere Äußerung Kiderlens im Bundesratsausschuß läßt aber darauf schließen, daß er inzwischen die Gefahr erkannt hatte, die darin lag, daß Rußland durch den unter seinen direkten „Auspizien" abgeschlossenen Vertrag in den Stand gesetzt war, jederzeit die Balkanstaaten gegen die Türkei oder gegen Österreich vorzuschieben. Ganz deutlich hat es der französische Botschafter in Petersburg Georges Louis als den eigentlichen Zweck der russischen Förderung des Balkanbundes erkannt, Österreich-Ungarn und die Türkei auf diese Weise in Schach zu halten. (Louis an Poincaré, 5. April, Französisches Gelbbuch, a. a. O., I,19.) Auch Poincaré hat die aggressive Bedeutung des serbisch-bulgarischen Bündnisses sofort durchschaut, als er bei seinem Aufenthalt in Petersburg im August 1912 dessen vollen Text kennen lernte. In seinem „Compte rendu d'un entretien avec M. Sazonoff, écrit le jour même" (Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 38), faßt er seine Eindrücke über den Text des serbisch-bulgarischen Vertrages dahin zusammen: „Le traité contient donc en germe non seulement une guerre contre la Turquie, mais une guerre contre l'Autriche." Sasonow gegenüber nannte Poincaré das Bündnis rund heraus „une convention de guerre". In demselben Sinne äußert sich Poincaré in einem retrospektiven Erlaß an Botschafter Paul Cambon vom 15. Oktober 1912 (Französisches Gelbbuch, a. a. O. I, 111ss.). Vgl. auch das Eingeständnis Sasonows in seinem dem Zaren erstatteten Bericht über die Unterredungen mit Poincaré: „Poincaré verhehlte mir nicht eine gewisse Besorgnis über den Abschluß des serbisch-bulgarischen Vertrages. Obwohl er den Vertrag als einen Faktor zur Erhöhung der Militärmacht der Balkanstaaten begrüßt, hält er ihn für mehr aggressiven als defensiven Charakters und erblickt in diesem Umstande eine schwere Gefahr, da jeden Augenblick Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel möglich sind." (Stieve a. a. O., II, 223.)

* Vgl. auch den vertraulichen Brief, den Sasonow am 30. Mai an den russischen Gesandten in Sofia Nekljudow über seine Gespräche mit Danew richtete (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a.a.O., S.522ff.). Aus dem Briefe ergibt sich, daß Sasonow dem Sobranjepräsidenten, der ungeduldig die sofortige Lösung der mazedonischen Frage verlangte, wohl von einem aktiven Vorgehen Bulgariens als zurzeit nicht erfolgversprechend abriet, daß er aber im übrigen mit ihm hinsichtlich des Bündnisses Bulgariens mit Serbien und Griechenland völlig d'accord war. Auch in der Frage, ob Montenegro zur Teilnahme an dem Bündnis zugelassen werden sollte, ergab sich ein volles Einvernehmen zwischen Sasonow und Danew und zwar in negativem Sinne.

Über die Lage der Dinge in der Kretafrage konnte Herr Sasonow seine Verstimmung nicht verbergen. Neuerdings verlange Veniselos*, daß die von den Schutzmächten gefangen gehaltenen kretischen Abgeordneten, die sich nach Griechenland begeben wollten, mit Rücksicht darauf, daß sie seine Parteifreunde seien, freigelassen würden. Da Rußland nicht gut griechischer sein könne als der griechische Minister, so habe es im Prinzip seine Zustimmung erteilt[4], England scheine sich aber weigern zu wollen. Übrigens sei das Betreten griechischen Bodens durch die kretensischen Abgeordneten jetzt weniger gefährlich, seitdem in Griechenland beschlossen worden sei, die Wahlen dieser Abgeordneten durch gerichtlichen Spruch annullieren zu lassen.

Im allgemeinen gewann ich aus meiner Unterredung mit Herrn Sasonow von neuem den Eindruck, daß Rußland jetzt vor allem darauf bedacht ist, tunlichst allen Komplikationen vorzubeugen, welche es in nächster Zeit zu einer aktiveren Rolle im nahen Orient drängen könnten[5].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Etwas bedingt!
[2] ? hoffentlich
[3] aha! Reservatio mentalis
[4] gut!
[5] richtig. Sehr erfreulich

Nr. 12059

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 164 Paris, den 22. Mai 1912

Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat sich die bulgarische Regierung mit der französischen über eine hier aufzulegende Anleihe in Höhe von 200 Millionen Franken verständigt. Der Betrag sei teilweise für Konversionszwecke bestimmt. Besondere Sicherheiten gewähre Bulgarien nicht. Die Zurückhaltung, mit der man hier zunächst den bulgarischen Wünschen begegnete, sei durch russisches Eintreten für dieselben behoben worden**.

v. Schoen

---

* Griechischer Ministerpräsident seit Oktober 1910.

** Vgl. dazu das Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Sofia Fürsten Urussow an Sasonow vom 4. April (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 155), wonach „die erste Bedingung des französischen Kabinettes, diese Finanzoperation zu gestatten, die kategorische Erklärung der bulgarischen Regierung sei, daß von jetzt an Bulgarien sich dem Kreislaufe der Politik der drei Ententemächte anschließe." Einige Zeit darauf, am 20. Juni, sagte Poincaré selbst zu Iswolsky: „Sie wissen,

Nr. 12060

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 157 Konstantinopel, den 25. Juni 1912

Nachrichten aus Albanien lauten wieder ungünstiger. Sowohl aus Norden wie aus Süden Albaniens werden Erfolge der Aufständischen gemeldet. Vor einigen Tagen in Monastir erfolgte Desertion von mehreren türkischen Offizieren und zirka 100 Mann, angeblich nur Albanesen, wird von der Regierung mit albanesischer aufständischer Bewegung in Verbindung gebracht.

Mutius

---

daß die französische Regierung die bulgarische Anleihe in Paris nur deswegen zu erleichtern geneigt war, weil die russische Regierung ihr erklärte, daß Bulgarien, nachdem es ein geheimes Übereinkommen mit Serbien getroffen habe, fest entschlossen sei, sich an die Seite der Entente zu stellen." (Iswolsky an Sasonow, 20. Juni, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 164.) In einem streng vertraulichen Briefe an Sasonow vom 6. Juni (daselbst 139ff.) führt Iswolsky aus, daß er den bulgarischen Finanzminister Theodorow, der zur Vorbereitung der Anleihe Anfang Juni in Paris weilte, gemäß den von Petersburg erhaltenen Weisungen nachdrücklichst unterstützt habe. Er gibt bei dieser Gelegenheit Auslassungen Theodorows wieder, die ihn durch ihre Wichtigkeit und Offenheit betroffen gemacht hätten. Die Äußerungen des bulgarischen Finanzministers, die ihr Pendant in den Äußerungen des Sobranjepräsidenten Danew zu Sasonow (vgl. Nr. 12058, S. 24, Fußnote*) fanden, liefen in ihrer Gesamtheit darauf hinaus, daß Bulgarien die unvergleichlich günstige Gelegenheit, die sich ihm durch den italienisch-türkischen Krieg biete, unter allen Umständen zur Erreichung seiner historischen Ziele benutzen müsse, und daß Bulgarien seine unmittelbare Aufgabe darin sehe, einen Aktionsplan gemeinsam mit den anderen Balkanstaaten aufzustellen, um im gegebenen Momente loszubrechen: „Die bulgarische Regierung sei fest entschlossen, keine Schritte zu tun, die Rußland gegen seinen Willen zu militärischen Maßnahmen veranlassen würden, aber andererseits müsse Rußland Bulgarien die Freiheit lassen, gemäß dem Lauf der Ereignisse und etwa sich bietenden günstigen Umständen diesen oder jenen Beschluß zu fassen, ohne die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Italien auszuschließen, das bereits Andeutungen in diesem Sinne gemacht habe." Die Auslassungen Theodorows zeigen, wie sicher die bulgarische Regierung für den Fall eines von ihr herbeizuführenden Balkankrieges mit der russischen Hilfeleistung rechnete. Der bulgarische Finanzminister zog allerdings die Möglichkeit in Betracht, daß Rußland sich so lange fern halten könnte, wie der spezielle Interessenkreis Rußlands — Konstantinopel und die Dardanellen — nicht berührt werde; das werde sogar für Bulgarien vorteilhaft sein, weil eine abwartende Haltung Rußlands auch Österreich verhindern würde, sich in die Angelegenheit zu mischen; die allgemeine Klärung der Lage würde Sache Europas sein, voraussichtlich auf einem Kongreß oder einer Konferenz, wo Rußland nicht nur von Frankreich und England, sondern auch von Italien unterstützt werden würde.

Über den Fortgang der bulgarischen Anleiheverhandlungen in Paris, die von der französischen Regierung im Hinblick auf die kriegerischen Tendenzen Bulgariens hinausgeschoben wurden, vergleiche die zusammenfassende Darstellung in Poincarés Erlaß an Botschafter Paul Cambon vom 15. Oktober (Französisches Gelbbuch, Les Affaires Balkaniques, I, 111 ss.). Aus ihr ergibt sich die Tatsache, daß Poincaré bei seinem Aufenthalt in Petersburg, als ihm der Text der serbisch-bulgarischen „convention de guerre"

Nr. 12061

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 Konstantinopel, den 25. Juni 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 157*.

Militärunruhen in Monastir haben bedeutenden Umfang angenommen. 200 Offiziere sollen sich mit Deserteuren solidarisch erklärt haben. Zum Teil sind es Namen, die bei der Revolution 1908 hervorgetreten sind. Sie verfügen angeblich über sechs Bataillone.

Aus Skutari in Albanien kommen gleichfalls beunruhigende Meldungen. In Djumabala sollen sich Soldaten Munitionsdepots bemächtigt haben und in die Berge geflüchtet sein.

Aus Smyrna wird gleichfalls zunehmende Bewegung unter Offizieren gemeldet.

Ministerrat tagt heute abend ohne den Großwesir. Präsidium will angeblich demissionieren, um Bewegung nicht zu vergrößern. Andere Minister sind für Widerstand, wollen aber Gewalt vermeiden.

Bewegung scheint gegen Übergriffe Komiteepartei gerichtet.

Mutius

Nr. 12062

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 159 Konstantinopel, den 26. Juni 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 158**.

Markgraf Pallavicini sieht die Lage in Monastir auf Grund dortiger Konsulatsberichte sehr ernst an und glaubt, daß Rücktritt des Kabinetts geeignet wäre, die Einigkeit in der Armee zu erhalten. Bewegung nach

---

bekannt gegeben wurde, Sasonow einen Vorwurf daraus machte, ihn zu der Zulassung der bulgarischen Anleihe auf den französischen Markt verleitet zu haben: „Dès que j'ai eu pris connaissance de la convention, dans le cabinet de M. Sazonoff, je n'ai pu m'empêcher de m'écrier: ‚Mais c'est là une convention de guerre!' Le Ministre russe n'a pas paru étonné de ma remarque; il m'a même répondu: ‚Vous vous servez exactement de l'expression qu'a employée notre Ministre à Sofia, lorsqu'il nous a communiqué ce document.' ‚Mais alors', ai-je dit, ‚comment nous avez-vous présenté cet accord comme pacifique et comment nous avez-vous demandé de le sanctionner par l'admission d'un emprunt bulgare sur le marché français?'

* Siehe Nr. 12060.

** Siehe Nr. 12061.

seinen Nachrichten albanischen Ursprungs, an die sich Unzufriedenheit anderer, auch alttürkischer Kreise angeschlossen hat; nicht unpatriotisch, sondern gegen Machthaber des Komitees gerichtet. Auch Assim Bey hat dem Markgrafen Pallavicini nach einigem Zögern Ernst der Lage zugegeben. Kriegsminister und Chef des Generalstabs* haben sich hingegen dem Militärattaché** gegenüber zuversichtlich ausgesprochen und die Lage als nicht so bedrohlich geschildert. Mutius

Nr. 12063

*Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Zimmermann****

Eigenhändig

Berlin, den 1. Juli 1912

Nach unseren amtlichen Nachrichten sind bisher 15 Offiziere und 200 Mann der albanischen Truppen desertiert. Wir halten die Lage ebenfalls für ernst, da sich die Bewegung wohl zweifellos gegen das jungtürkische Komitee und damit gegen die derzeitigen Machthaber richtet. Andererseits wird zu berücksichtigen sein, daß das jungtürkische Regiment in der Behandlung der Albanesen ganz andere Wege eingeschlagen hat als seinerzeit Abdul Hamid. Ein Einlenken in die Bahnen des letzteren wird dem gegenwärtigen Regime wohl erleichtern, der Situation Herr zu werden. Daß die Jungtürken den Ernst der Situation nicht verkennen, unterliegt keinem Zweifel. Wir hoffen daher, daß sie auch diese Schwierigkeiten überwinden werden, und zwar um so eher, je mehr der Herrscher von Montenegro zur Aufrechterhaltung der Ruhe angehalten wird. Rußland hat in dieser Beziehung dem Weltfrieden durch Geltendmachung seines starken Einflusses in Cetinje ja bereits große Dienste geleistet.

Im übrigen glauben wir uns eins zu wissen mit Rußland, wenn wir einer neuen inneren Revolution in der Türkei nach Möglichkeit vorbeugen, und falls sie dennoch ausbrechen sollte, jede Einmischung vermeiden wollen. Denn daß eine solche Revolution die ganze Aufrollung der türkischen Frage und damit die ernsteste Gefährdung des Weltfriedens bedeuten würde, erscheine uns sicher. Vielleicht empfehle es sich daher, daß die Großmächte durch schleunige Mahnungen in Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje Vorkehrungen treffen gegen etwa vorhandene Neigungen dieser Nachbarn der Türkei, deren innere Schwierigkeiten kriegerisch auszunutzen. Zimmermann

* Izzet Pascha.

** Major von Strempel.

*** Die Aufzeichnung sollte der Vorbereitung der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren in Baltischport (vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVII) dienen, woraus sich die starke Betonung der Einigkeit mit Rußland erklärt.

Nr. 12064

Der Konsul in Saloniki Walter an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 2060

Salonik, den 30. Juni 1912
[pr. 2. Juli]

Die offenbar mit dem Aufstand in Albanien zusammenhängende Meuterei und Desertion von Offizieren und Soldaten des VI. Armeekorps in Monastir und an anderen Orten wie Prilip, Dibra, Ochrida scheint der Anfang einer gegen die bestehende Regierung gerichteten Militärrevolution zu sein, und die hiesigen Behörden legen diesen Ereignissen eine schwerwiegende Bedeutung bei, obwohl sie letztere als vereinzelte Insubordinationen nach außen hin darstellen. Die Militärs haben gegen die Order des Kriegsministers Mahmud Schewket Pascha fortgesetzt Politik getrieben, und es hat sich gegen ihn infolge der äußeren und inneren politischen Lage eine Partei gebildet, die den jetzigen Zeitpunkt zum Handeln benutzt. Die Aktion ist vorbereitet worden, wie festgestellt zu sein scheint, durch eine geheime Gesellschaft, Hifz i Vatan, Garde des Vaterlands genannt, deren Mitglieder fast ausschließlich Offiziere sind. Diese Gesellschaft ist gegen das Komitee Iktihad ve Terekki und will gegen Korruption und Antiliberalismus in den leitenden Kreisen kämpfen.

Ihr Programm ist aus folgenden vier Punkten zu entnehmen:

1. Annullation der letzten, mit den Gesetzen und dem durch die Verfassung garantierten Liberalismus unvereinbaren Wahlen,
2. Vornahme neuer Wahlen,
3. Demission des gegenwärtigen Kabinetts mit dem formellen Versprechen, Mahmud Schewket Pascha, Talaat Bey und Dschawid Bey in kein neues hinüberzunehmen,
4. Dezentralisation der Verwaltung, mit anderen Worten Autonomie in der Provinzialverwaltung.

Ein Teil dieser Forderungen wird auch von den aufständischen Albanern geltend gemacht. Die beiden Organisationen im Heere und in Albanien haben sich nun zu einem gemeinsamen Handeln zusammenverbunden, und die jüngsten Entweichungen und Desertionen, die unter Teilnahme und Mithilfe der ortsangesessenen albanischen (Zivil-) Notabeln erfolgt sein sollen, sind das Zeichen zum Anfang der Aktion gewesen.

Der Generalinspekteur Zeki Pascha scheint ein Vorgehen gegen die Meuterer nicht für tunlich zu halten, da er befürchtet, daß die regulären Truppen die Verfolgung verweigern werden.

Walter

Nr. 12065

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Petersburg an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Konzept

St. Petersburg, den 8. Juli 1912
[aufgegeben am 9. Juli]

Sasonow teilt mir mit, daß nach den ihm gestern und heute aus Konstantinopel zugegangenen Nachrichten „republikanische" Bewegung innerhalb türkischer Armee bemerkbar werde. Nach Sofioter Nachrichten, die er erhalten, sei infolgedessen dort Gärung entstanden. Sasonow hat in Sofia dringend zur Ruhe gemahnt** und bittet mich, das gleiche zu tun.

Bitte Gesandten Sofia entsprechend instruieren***.

Bethmann-Hollweg

Nr. 12066

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 482 Berlin, den 10. Juli 1912

Der Kaiserliche Gesandte in Cetinje meldet†:

„Die türkisch-montenegrinischen Grenzzwischenfälle mehren sich. Aus den mir in letzten Tagen und besonders heute vom König gemachten Ausführungen habe ich die Überzeugung gewonnen, daß ernste Komplikationen eintreten werden, wenn die Pforte die Ratifikation des von der türkisch-montenegrinischen Kommission unterzeichneten, die Grenze festlegenden Protokolls noch weiter verweigert."

* Über den Aufenthalt des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg in Petersburg, der im Anschluß an die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltischport erfolgte, vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLVII.

** Vgl. dazu das Telegramm Sasonows an den russischen Gesandten in Sofia Nekljudow vom 8. Juli (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 528), das diesen anweist, seine Aufmerksamkeit „nach wie vor der Entwicklung der kriegerischen Stimmung in Sofia zuzuwenden", dabei aber doch die Bulgaren warnend auf die Möglichkeit unmittelbarer Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei hinzuweisen. „Dieser Umstand würde einem bulgarischen Vorgehen die praktische Grundlage entziehen und müßte die jetzige Grundlage sehr zu Ungunsten Bulgariens verändern." (Siehe auch das Telegramm des französischen Botschafters Louis an Poincaré vom 8. Juli, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 30.)

*** Das Telegramm des Reichskanzlers wurde noch am 9. Juli an die Gesandtschaft in Sofia mit der Instruktion: „Anheimstelle weiteres" mitgeteilt. Auch der serbischen Regierung ließ die deutsche durch den serbischen Geschäftsträger Boghitschewitsch Ruhe und Besonnenheit anempfehlen. (Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel Michael von Giers an Sasonow vom 20. Juli, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 528f.) Vgl. dazu die Angaben bei Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 40f. Boghitschewitsch will danach dem Unterstaatssekretär Zimmermann nicht „kriegerische Erklärungen" abgegeben, sondern vor den kriegerischen Absichten Bulgariens gewarnt haben.

† Telegramm vom 8. Juli.

Ich habe den hiesigen türkischen Botschafter* entsprechend verständigt und den Kaiserlichen Geschäftsträger in Konstantinopel ersucht, den Inhalt der Meldung ebenfalls der Pforte gegenüber zu verwerten**.

Zimmermann

Nr. 12067

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 173 Konstantinopel, den 10. Juli 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 96***.

Assim Bey, dem ich die Meldung des Kaiserlichen Gesandten in Cetinje vertraulich mitteilte, erwiderte, er lege Wert darauf, den türkischen Standpunkt zur Kenntnis Euerer Exzellenz zu bringen. Danach sei die Ratifikation des Grenzprotokolls zurzeit deswegen unmöglich, weil dieselbe wie eine Preisgabe bisher treu gebliebener albanesischer Untertanen wirken und ganz Albanien zum Aufstand veranlassen würde.

Zwischen einem albanesischen Aufstand und einem Krieg mit Montenegro würde er sich aber unbedingt für das letztere entscheiden†.

Mutius

Nr. 12068

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 209 Therapia, den 9. Juli 1912
[pr. 13. Juli]

Die innerpolitische Krise, in welcher sich die Türkei seit den Truppendesertionen in Monastir befindet, scheint nicht nur dem Ausländer schwer zu beurteilen. Auch an den maßgebenden hiesigen Stellen und bei gut informierten Türken herrscht eine gewisse Unklarheit in der Auffassung der Lage. Von den unzähligen kursierenden Gerüchten ist nur ein ganz kleiner Teil nachweisbar zutreffend. An greifbaren Tatsachen liegen bisher nur die gemeldeten Desertionen in Monastir vor. Alles übrige sind Stimmungen und Nachrichten über solche. Innerhalb des Kabinetts ist man wohl einige Tage sehr besorgt gewesen, um sich nachher wieder einer zuversichtlichen Stimmung hinzugeben. Neuerdings scheint dieselbe

* Osman Nisami Pascha.

** Es geschah durch Telegramm Nr. 96 vom 10. Juli.

*** Vgl. die voraufgehende Fußnote zu Nr. 12066.

† Das obige Telegramm wurde durch Telegramm Nr. 3 vom 11. Juli nach Cetinje, durch Erlaß Nr. 486 nach Wien mitgeteilt. Der Gesandte in Cetinje erhielt dabei den Auftrag, unter vorsichtiger Verwertung der Konstantinopeler Meldung dem Könige Nikita nachdrücklich die Vermeidung von Komplikationen zu empfehlen.

wieder zu weichen, und die Gerüchte über eine notwendig werdende teilweise oder völlige Umbildung des Kabinetts treten bestimmter auf. Nach der einen Version ist vor allem Mahmud Schewket Pascha unmöglich geworden, und es würde zunächst genügen, ihn und einige seiner unbeliebten Kollegen der unzufriedenen Armee zu opfern. Nach einer anderen Meinung wäre es im Interesse des inneren Friedens erforderlich, daß das ganze Kabinett zurücktrete und einem anderen Ministerium, als dessen Haupt meist Kiamil Pascha genannt wird, Platz machte*.

Kiamil würde, so verlautet hier, bei der Neubildung des Ministeriums die Brücken zum Komitee nicht abbrechen und den früheren Finanzminister Nail Bey und den jetzigen Minister des Innern Hadschi Adil aus dem Kabinett Said Pascha übernehmen. Man glaubt, daß bei einem derartigen Kompromiß die Auflösung der Kammer nicht erforderlich sein würde.

Auch unter den hiesigen Botschaftern ist die Meinung vorwiegend, daß eine Neubildung des Kabinetts unvermeidlich sei. Und in der Tat sprechen manche Gründe dafür, daß das Komitee (es mag dahingestellt sein, inwieweit freiwillig oder gezwungen) sich zu einer solchen Politik entschließt. Nachdem das Komitee namentlich bei den Wahlen den Bogen überspannt hatte, könnte es ihm nunmehr nützlich erscheinen, für eine gewisse Zeit wieder mehr in den Hintergrund zu treten, zumal bei einem Friedensschluß, der doch einmal kommen muß, wenig Dank zu verdienen sein wird. Eine solche Politik würde dem Lande die innere Ruhe sichern, ohne doch der Stellung des Komitees für die Zukunft zu präjudizieren.

Wie dem aber auch sei, der Umstand, daß den nunmehr schon über zwei Wochen zurückliegenden Truppendesertionen in Monastir bisher keine weiteren Ereignisse gefolgt sind, legt den Schluß nahe, daß die zahlreichen unzufriedenen Elemente bisher noch nicht einheitlich organisiert und geleitet sind, und daß man andererseits trotz der vorhandenen Mißstimmung sich den Luxus einer Revolution während des Krieges nicht leisten will. Mit dem Zeitverlauf müssen auch die besonneneren patriotischen Elemente zu Wort kommen. Es gewinnt den Anschein, als suchte man von beiden Seiten nach einem Kompromiß, welcher die Widerstandskraft der Türkei dem Ausland gegenüber unvermindert erhielte.

Gelingt eine solche Lösung, so bedeutet sie einen Fortschritt der jungen Türkei. Mangels anderer bestimmender Faktoren wird die Armee immer hier eine gewisse politische Rolle spielen. Aber es wäre ein Zeichen der Disziplin und Besonnenheit, wenn eine derartige politische Verschiebung sich ohne Gewalt, auf sozusagen legalem Wege vollziehen könnte.

Mutius

* Tatsächlich erfolgte, nachdem Mahmud Schewket Pascha schon am 10. Juli zurückgetreten war, am 17. Juli die Demission des Gesamtkabinetts Said Pascha. Am 23. wurde unter dem Großwesirat Ghasi Achmed Muchtar Paschas ein neues Kabinett gebildet, dem Gabriel Effendi Noradunghian als Außenminister und Nasim Pascha als Kriegsminister angehörten.

Nr. 12069

Der Geschäftsträger in Sofia Prinz zu Sayn-Wittgenstein an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 51 Sofia, den 13. Juli 1912

Vertraulich

Infolge der in der Türkei ausgebrochenen Militärrevolte und der hierdurch dort hervorgerufenen Wirren hat sich der hiesigen öffentlichen Meinung und, wenn auch in geringerem Maße, der Regierung eine gewisse Nervosität bemächtigt, eine Erscheinung, die in der Presse vielfach stark aufgebauscht wird.

Wie ich aus zuverlässiger Quelle höre, trat am 9. d. Mts. das Kabinett zusammen, um über etwa zu treffende besondere Maßnahmen zu beraten. Nach längerer Verhandlung soll beschlossen worden sein, den im Auslande weilenden König auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und seine hohen Entschlüsse zu erbitten. Eine in der Presse verbreitete Nachricht, wonach der Generalstabschef Fitschew sich zu diesem Zweck im Auftrage des Kabinetts zum König begeben haben soll, hat sich als unwahr erwiesen.

Gestern hatte ich Gelegenheit, mit Herrn Geschow über die politische Lage zu sprechen. Der Ministerpräsident gab die hier herrschende Beunruhigung zu, erklärte mir aber ausdrücklich, er wolle in seiner der Türkei gegenüber bisher befolgten wohlwollenden Haltung verharren, da er in den jetzigen Ereignissen keine Veranlassung für eine diesbezügliche Änderung seines politischen Programms erblicke; immerhin äußerte er sich recht besorgt über die Lage der Türkei und meinte, es sei unmöglich vorherzusehen, welche Wendung die dortigen Ereignisse nehmen würden, und ob sich die bulgarische Regierung nicht doch einmal gezwungen sehen könnte, ihren jetzigen Standpunkt zu ändern*.

In Anbetracht der obigen Zusicherung hielt ich es für unangebracht, Herrn Geschow noch besonders zur Besonnenheit zu mahnen. Auch die übrigen Missionschefs haben sich, soweit ich dies feststellen konnte, mit den Erklärungen des Ministerpräsidenten zufrieden gegeben.

Gelegentlich einer Unterredung, die ich mit dem russischen Gesandten, Herrn Nekljudow, hatte, teilte mir dieser mit, er habe vor kurzem seiner Regierung über die hier bemerkbar werdende Nervosität berichtet, sei aber jetzt zur Überzeugung gelangt, daß diese Meldung in Petersburg mißverstanden wurde und Herrn Sasonow dazu verleitet habe, die hiesige

---

* In demselben Sinne hatte sich Geschow bereits am 9. Juli zu dem französischen Gesandten de Panafieu geäußert. (Telegramm Panafieus an Poincaré vom 9. Juli. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques I, 31.)

Lage für viel beunruhigender anzusehen, als sie in Wirklichkeit sei*. Dieselbe Mitteilung machte Herr Nekljudow auch dem österreichisch-ungarischen Gesandten und fügte hierbei noch hinzu, er wolle das entstandene Mißverständnis durch einen nachträglichen Bericht beseitigen.

Im Zusammenhang mit der mir kürzlich von Euerer Exzellenz zugegangenen Äußerung des Herrn Sasonow** dürften die vorstehenden Mitteilungen des russischen Gesandten nicht ohne Interesse sein.

Wittgenstein

Nr. 12070

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 203 Wien, den 17. Juli 1912

Im Anschluß an Erlaß vom 11. Juli Nr. 486***.

Der stellvertretende Erste Sektionschef im Ministerium des Äußern†, den ich, obigem Erlaß entsprechend, verständigt, sagte mir, daß hier analoge Nachrichten vorliegen. Markgraf Pallavicini sei beauftragt worden, bei der Pforte auf eine prinzipielle Zustimmungserklärung zum Grenzprotokoll hinzuwirken, jedoch erfolglos. Der österreichisch-ungarische Botschafter habe darauf aus eigener Initiative versucht, die Pforte zu bewegen, daß sie, um den König von Montenegro zu beruhigen, wenigstens dem Punkte des Protokolls zustimmen möge, durch den ein dem König besonders am Herzen liegendes Gebiet dem Königreich Montenegro zugesprochen wird. Das Ergebnis dieses Schrittes sei noch nicht bekannt. Übrigens habe man auch neuerdings wieder den König Nikolaus von hier aus mit ernsten Worten zur Ruhe gemahnt.

von Tschirschky

Nr. 12071

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Cetinje, den 18. Juli 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 3 vom 11. Juli***

Meine Demarche hat Erfolg gehabt; ein gestriger ernster Grenzzwischenfall unweit Tuzi, bei welchem neun Montenegriner getötet wurden,

* Auch der französische Gesandte de Panafieu urteilte am 9. Juli: „A mon avis, les craintes exprimées par mon collègue de Russie sont actuellement exagérées." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques I, 31.

** Vgl. Nr. 12065.

*** Vgl. Nr. 12067, Fußnote †.

† Freiherr von Macchio.

hat jedoch den König und die Bevölkerung von neuem in begreifliche Erregung versetzt. Der Pforte werden auch nach Ansicht meines türkischen Kollegen aus der Verweigerung oder Verzögerung der Ratifikation ernste Gefahren erwachsen.

Eckardt

Nr. 12072

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Konstantinopel, den 19. Juli 1912

Vertrauensmann teilt mir mit Bitte um völlige Geheimhaltung mit, daß er von einem Mitglied der hiesigen österreichischen Botschaft gehört habe, Bulgarien habe kürzlich in Petersburg sondiert, ob die russische Regierung Einwendungen erheben werde, wenn Bulgarien jetzt gegen die Türkei losschlüge.

Die Antwort Rußlands sei der kategorische Rat gewesen, von diesem Plan abzustehen.

Mutius

Nr. 12073

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190 Konstantinopel, den 22. Juli 1912

Kabinettsbildung beinahe beendigt.

Es übernehmen Kiamil Pascha Äußeres, Zia Finanzen, Noradunghian öffentliche Arbeiten, Hüssein Hilmi Justiz, Nasim Krieg, Mahmed Muchtar Marine und voraussichtlich Ferid Pascha Inneres*.

Kabinett ist ein konservatives Ministerium der alten Männer mit anglophiler Tendenz.

Für albanische Frage bedeutet die Wahl Ghasi Muchtars zum Großwesir eine erhebliche Entspannung, da dieser, wie ich vertraulich höre, schon seit Wochen mit albanesischen Führern über das Albanien zu gewährende Regime verhandelt, wobei Waffentragen der Albanesen durch

* In das am 23. Juli zustandekommende Kabinett Ghasi Achmed Muchtar Pascha trat Kiamil Pascha, der Präsident des Staatsrats wurde, überhaupt nicht, Noradunghian als Minister des Äußern ein.

Bildung einer albanischen Landwehr ermöglicht werden soll. Albanien dürfte tatsächlich eine Spezialautonomie erhalten, wenngleich diese Bezeichnung wohl vermieden werden wird*.

Mutius

Nr. 12074

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 196 Konstantinopel, den 27. Juli 1912

Auswärtiger Minister sagte mir, neues Ministerium werde zunächst zwei Aufgaben zu erfüllen haben, die Wiederherstellung der Disziplin in der Armee und die Lösung der albanischen Schwierigkeiten. Nasim Pascha habe bereits eine Enquete über die Stimmung in den Offiziers-

* Über die Bedeutung der türkischen Kabinettsbildung ließ sich auch der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Berchtold am 26. Juli gegenüber dem deutschen Geschäftsträger Prinzen Stolberg aus. Es heißt darüber in dem Berichte Prinz Stolbergs Nr. 213 vom 26. Juli (siehe Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11154):

„Graf Berchtold sagte mir anläßlich meines heutigen Besuches, es seien drei Fragen, die ihn bestimmt hätten, vorläufig auf seinen Urlaub zu verzichten und in Wien zu bleiben: die innere Krise in der Türkei, der albanische Aufstand und der türkisch-italienische Krieg.

Der Verlauf der ersteren hänge davon ab, ob sich das neue Kabinett halten könne, und ob es mit Erfolg zu arbeiten imstande sein würde; eine gewisse Hoffnung liege ja in der Zusammensetzung des Ministeriums, das aus den besten Leuten bestehe, über die die Türkei augenblicklich verfüge. Wichtig sei, daß das gesamte Offizierkorps einig in der Opposition gegen das bisherige Regime zu sein scheine; es frage sich nun, wer stärker sei, dieses oder das Komitee. Da das jungtürkische System gezeigt habe, daß es nicht lebensfähig sei, würde man es auch kaum bedauern können, wenn es durch die neue Bewegung fortgefegt werden würde.

Bezüglich der Lage in Albanien erzählte der Minister, daß heute eine Kommission von Konstantinopel dorthin reise, und daß man nun abwarten müsse, ob die Verhandlungen mit den Albanesen von Erfolg begleitet sein würden. Er las mir ein Telegramm des österreichisch-ungarischen Konsuls in Mitrowitza vor, wonach die aufständische Bewegung sich nach Norden auszudehnen scheint, und verhehlte nicht, daß die Frage damit eine größere Bedeutung für Österreich-Ungarn gewinnt. Auch seien die Albanesen des Nordens viel hitzköpfiger als die des Südens.

Bei allen diesen Schwierigkeiten, mit denen die Türkei zu kämpfen habe, hoffe er, der Minister, trotz nicht allzu großem Optimismus aber doch, daß man nicht am Anfang der Auflösung des osmanischen Reiches stehe. Denn keine Großmacht, in erster Linie Österreich-Ungarn und auch Rußland nicht, wünschte zurzeit, diese heikle Frage aufzurollen. In Montenegro habe er erneut zur Ruhe gemahnt, und auch den Äußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten in Sofia habe er entnommen, daß man dort ernstlich gewillt sei, Frieden zu halten. Glücklicherweise hätten sich ja auch die von dem russischen Gesandten in Sofia stammenden alarmierenden Nachrichten nachträglich als übertrieben herausgestellt. Um so mehr habe es ihn frappiert, heute ein Telegramm aus Budapest zu erhalten, wonach in dortigen Banken angestellte junge Bulgaren plötzlich zu den Waffen einberufen worden seien."

kreisen eröffnet. Dabei sei festgestellt worden, daß fast alle Offiziere gegen das Komitee tief erbittert gewesen seien. Die extremsten Elemente hätten eine zu Gewaltmaßregeln entschlossene Liga gebildet. Diese Liga müsse aufgelöst werden. Aus Albanien lauteten die Nachrichten nicht ungünstig. Viele einflußreiche Häuptlinge hätten der neuen Regierung Sympathietelegramme geschickt. Nötigenfalls werde Ghasi Muchtar selbst nach Albanien reisen. Die Regierung sei entschlossen, alle spezifisch albanischen Wünsche in largester Weise zu befriedigen, vorausgesetzt, daß die Struktur des Reichs unangetastet bleibe. Dasselbe Regime werde sie später auf andere Gebietsteile, zum Beispiel Mazedonien, vielleicht auch Arabien, anwenden. Beschränkende Zentralisation, aber kein Demembrement.

Vom Krieg sei in dem neuen Kabinett bisher überhaupt nicht geredet worden. Die Besprechungen in Lausanne* seien durch den Regierungswechsel zum Stillstand gebracht. Es könne selbstverständlich nicht durch Organe der früheren Komiteeregierung weiter verhandelt werden. Auch sei es nicht ausgeschlossen, daß die Stellung der neuen Regierung zur Friedensfrage sich von der ihrer Vorgängerin entfernen werde. Bisher sei er ohne jede Nachricht über das, was in Lausanne besprochen worden sei.

Wangenheim

Nr. 12075

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Mutius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 239 Therapia, den 24. Juli 1912
[pr. 29. Juli]

Das Komitee „Union et Progrès" ist wesentlich an seiner albanischen Politik gescheitert. Es erhebt sich nun die Frage, wie die neue Regierung diese Aufgabe zu lösen gedenkt. Allem Anschein nach durch weitgehendes Entgegenkommen! Der neue Minister des Innern Ferid Pascha ist Albanese, und von dem Großwesir Achmed Muchtar ist bekannt, daß er schon seit einiger Zeit mit den albanischen Führern verhandelt. Es bleibt auch kaum ein anderer Ausweg übrig. Die Erlaubnis zum Waffentragen soll in der Form der Bildung einer albanesischen Landwehr gewährt werden. — Wenn auch nicht dem Namen, so doch der Sache nach wird die Entwicklung schließlich wohl zu einer Art Autonomie Albaniens führen.

Damit aber dürfte die allgemeine Lage auf dem Balkan um ein neues schwieriges Problem bereichert sein. Wenn nämlich Albanien ein Sonderregime, gleichviel unter welchem Namen, erhalten soll, so muß es eine feste Grenze haben. Die Ostgrenze Albaniens aber ist keineswegs klargelegt. Die Albanesen werden, durch den errungenen Erfolg ermutigt, so ziemlich

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX.

die ganzen Wilajets Kossowo und Monastir für sich beanspruchen, während andererseits Serbien auf die sogenannten altserbischen Gebiete im Wilajet Kossowo und Bulgarien auf die stark mit Bulgaren durchsetzten Landstrecken um Monastir nicht ohne weiteres werden verzichten wollen. Auch Österreich kann das künftige Schicksal dieser Territorien nicht gleichgültig sein. Gelingt es daher der Türkei jetzt — und auch das ist nicht sicher —, durch Gewährung einer Art Autonomie den Aufruhr in Albanien zu dämpfen, so liegt doch die andere Gefahr vor, daß damit ein neuer Grund zu Reibungen mit Serbien und Bulgarien geschaffen wird. Mutius

Nr. 12076

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 202 Therapia, den 1. August 1912

Großwesir sagte mir, die Nachrichten aus Albanien lauteten höchst beunruhigend. Die Albanesen drohten, falls nicht die Kammerauflösung binnen kürzester Frist erfolge, nach Salonik zu marschieren und Abdul Hamid zu befreien. Die Regierung sei entschlossen, energisch zu handeln, ohne jedoch dabei den Boden der Verfassung zu verlassen. Falls die Kammer die Abänderung des Artikels VII* nicht annehme, werde die Regierung gemäß Artikel XXXV** verfahren. Binnen acht Tagen werde sie dann in der Lage sein, die Auflösung zu verkünden***.

Ich glaube kaum, daß das Kabinett die Auflösung verfassungsgemäß binnen so kurzer Frist wird durchführen können. Es ist aber die größte Eile nötig, damit die Albanesen beruhigt und das Komitee verhindert wird, seinen Widerstand zu organisieren. In letzterer Richtung werden von dem Komitee die größten Anstrengungen gemacht. Zwei Führer des Komitees sind kürzlich mit 140000 Pfund Türkisch, die bisher in Salonik deponiert waren, nach Adrianopel gereist, um die dortige Garnison gegen die Regierung zu gewinnen. Der Versuch ist fehlgeschlagen, könnte aber, wenn der erste Elan vorüber ist, dort oder anderswo mit Erfolg wiederholt werden.

Ich tue mein möglichstes, um den auch bei der jetzigen Regierung vorauszusetzenden türkischen Tendenzen, zu verhandeln anstatt zu handeln, entgegenzuarbeiten. Selbstverständlich kann ich der Regierung nicht zu einem Staatsstreich raten, obwohl die Gefahren eines solchen geringer wären als die hinausgeschobenen Entscheidungen.

Wangenheim

* Die Regierung wünschte eine Abänderung des Artikels VII der türkischen Verfassung, der die Rechte des Sultans betraf, dahingehend, daß dieser das Recht erhalten sollte, die Kammer mit Zustimmung des Senats aufzulösen.

** Nach Artikel XXXV hatte der Sultan in Kriegszeiten auch ohne Zustimmung des Senats das Recht der Kammerauflösung.

*** Die Verkündigung der Kammerauflösung erfolgte am 5. August.

Nr. 12077

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 204 Konstantinopel, den 1. August 1912

Berichte aus Albanien, welche mir der österreichische Botschafter zu lesen gab, lassen erkennen, daß die Lage in Albanien nach wie vor bedrohlich ist — die Desertionen dauern an —, daß dabei im Norden des Landes die Stämme uneinig sind, während der Süden ausgesprochen antihamidisch ist. Ein gemeinsamer albanesischer Beschluß zugunsten Abdul Hamids kann also nicht vorliegen. Immerhin müssen auf der Pforte Meldungen der nach Albanien geschickten Missionen .....*, in welchen auf die Möglichkeit eines Vormarsches auf Salonik hingewiesen wird.

Der früher albanesenfreundliche Thronfolger** tritt plötzlich für eine gewaltsame Unterwerfung Albaniens ein. Dies bedeutet einen Erfolg, welchen das Komitee durch seine Vertrauensleute am Hofe des Thronfolgers davongetragen hat.

Markgraf Pallavicini hat die türkische Regierung bereits auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die aus einer Verzögerung der Kammerauflösung entstehen könnten, und wird nunmehr noch energischer zu entschlossenem Handeln raten.

Wangenheim

Nr. 12078

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 107 Berlin, den 2. August 1912

Auf Telegramme Nr. 202 und 204***.

Mit Ew. Exzellenz Standpunkt einverstanden. Bitte auch weiterhin Zurückhaltung beobachten trotz Vorgehens des Markgraf Pallavicini.

Zimmermann

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Prinz Yussuf Izzedin.
*** Siehe Nr. 12076 und 12077.

Nr. 12079

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Swinemünde

Telegramm. Entzifferung

Nr. 55 Berlin, den 4. August 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Gesandter in Cetinje meldet*:

„Seit heute früh findet bei Prwiceste unweit Moikowatz an der Tara ein heftiger Kampf statt zwischen Montenegrinern und Türken. Zwei türkische Karakols sind bereits von Montenegrinern genommen.

Anlaß: Auf einer diesseitigen Wiese, deren Nutzrecht Montenegriner zu besitzen behaupten, haben Türken eine Schanze errichtet. Als heute montenegrinische Bauern, von Militär begleitet, Wiese betraten, entstand Kampf. Der türkische Gesandte hat der Pforte und außerdem Nasim Pascha telegraphiert, daß seiner Ansicht nach Abbruch der Beziehungen erfolgen muß."

Mit Rücksicht auf die huldreichen Intentionen Euerer Majestät, kriegerischen Verwickelungen auf dem Balkan nach Möglichkeit vorzubeugen, glaube ich alleruntertänigst mich für ermächtigt halten zu dürfen[1], durch Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel vorstehende Meldung unverzüglich der Pforte gegenüber verwerten, dabei tunlichst auf friedliche Beilegung des Konflikts hinwirken zu lassen und gleichzeitig Euerer Majestät Gesandten in Cetinje zu entsprechenden Vorstellungen bei der montenegrinischen Regierung anzuweisen**.

Zimmermann

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II:

[1] Nein warten.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Das halte ich nicht für nöthig! Was Montenegro macht ist mir gleichgültig. Das in Ordnung zu halten ist Oesterreichs und Italiens Sache! Wir wollen nicht frühzeitig wegen jeder Kleinigkeit auf dem Balkan die Finger hineinstecken. Ruhig abwarten und nicht gleich Schutzmann spielen W.

Nr. 12080

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Cetinje, den 5. August 1912

Der türkische Gesandte hat der Regierung angezeigt, daß er Cetinje verlassen wird, wenn bis Dienstag abend montenegrinische Truppen

* Telegramm Nr. 10 vom 3. August.

** In diesem Sinne ergingen am 4. August Telegramme nach Konstantinopel (Nr. 109) und Cetinje (Nr. 6). Auf die Randbemerkungen des Kaisers hin erhielten die dortigen

türkisches Territorium nicht verlassen und wegen des Vorfalls nicht Bedauern ausgedrückt wird. Kampf dauerte gestern fort. Der König sagte mir heute vor Kenntnisnahme der Note, daß er sich strikt auf Defensive beschränke, und daß seine Truppen Grenze nicht überschreiten werden.

Eckardt

Nr. 12081

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann
an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 111 Berlin, den 7. August 1912

Der Kaiserliche Gesandte in Cetinje meldet*:

„Der türkische Gesandte teilte mir mit, daß die montenegrinische Antwortnote auf seine Ultimatumnote unbefriedigend sei und er abreise**. Kampf dauerte gestern, teilweise auch auf türkischem Gebiete, fort."

Anheimstelle, Pforte freundschaftlich auf Gefahr Abbruchs diplomatischer Beziehungen zu Montenegro hinzuweisen***.

Zimmermann

Nr. 12082

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. auf der Fahrt nach Essen†, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 1 Eilsleben, den 7. August 1912
[aufgegeben am 8. August]

Nachdem Rußland uns in Baltischport erklärt hat, daß es gesonnen sei, Balkankonflikt durch Druck auf Balkanstaaten zu verhüten††, und

Vertreter jedoch am 5. die Anweisung, die Instruktion vorläufig nicht auszuführen. Darauf lief noch am 5. von Konstantinopel die telegraphische Antwort Wangenheims ein: „Auftrag war bereits durch Dragoman bei Unterstaatssekretär ausgeführt, aber in mildester Form freundschaftlichen Ratschlags, so daß Widerruf kaum nötig."

* Telegramm Nr. 13 vom 6. August.

** In einem weiteren Telegramm (Nr. 14) vom 8. August meldete von Eckardt: „Die Pforte scheint ihren Gesandten, der noch hier ist, desavouieren zu wollen. Infolge Nichteintreffens seiner Telegramme blieb er ohne Instruktionen und faßte das Schweigen als Zustimmung auf." Ein zweites Telegramm vom 8. August (Nr. 15) fügte hinzu: „Die Pforte telegraphierte heute Gesandtem, hier zu bleiben. Er telegraphierte Demission und Abreise, die erfolgte."

*** Im gleichen Sinne erhob der russische Botschafter bei der Pforte Vorstellungen. Vgl. das Telegramm von Giers' vom 6. August (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 520 f.).

† Reichskanzler von Bethmann Hollweg nahm ebenso wie Kaiser Wilhelm II. an der Hundertjahrfeier der Firma Friedrich Krupp-Essen (8. August) teil.

†† Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVII, Nr. 11542.

uns damals und auch jetzt wiederholt um unsere Mitwirkung gebeten hat, Österreich auch, soweit bekannt, ähnliche Tendenzen verfolgt, scheint es mir darauf anzukommen, daß wir drei jetzt eine energische Aktion in diesem Sinne in Cetinje, Konstantinopel, eventuell auch Sofia und Belgrad einsetzen. Zu diesem Zweck müßte zunächst Stolberg das Terrain in Wien sondieren, wonächst Pourtalès in Petersburg unsere Bereitwilligkeit erklären könnte, jeden entsprechenden Schritt Rußlands bei den Balkanstaaten nachhaltig zu unterstützen. Allerdings müßte er dabei durchblicken lassen können, daß wir der Kooperation Österreichs gewiß seien.

Erbitte telegraphisch Ihre Ansicht, eventuell abgeänderte Vorschläge.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 12083

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Essen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Berlin, den 8. August 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 1*.

Zu einer gemeinschaftlichen Aktion mit Rußland und Österreich-Ungarn dürfte es zu spät sein, da nach den mir vom russischen Geschäftsträger** gewordenen Mitteilungen Rußland unverzüglich energische Vorstellungen namentlich in Cetinje, aber auch in Konstantinopel, Sofia und Belgrad erhoben hat. Daß Österreich-Ungarn dies Beispiel bereits befolgt hat, möchte ich auf Grund der Mitteilungen des Herrn von Flotow*** annehmen. Gleichwohl darf ich diese Frage wohl noch durch Stolberg aufklären lassen† und gegebenenfalls unsere Vertreter an den oben genannten

* Siehe Nr. 12082.

** Bronewsky.

*** Österreich-ungarischer Geschäftsträger in Berlin.

† Eine solche Aufklärung hat, nach dem Schweigen der Akten zu schließen, nicht stattgefunden. Es ist auch angesichts des Schritts, mit dem Graf Berchtold am 14. August hervortrat (vgl. dazu Kap. CCLXII, Nr. 12087 ff.) unwahrscheinlich, daß die österreich-ungarische Regierung schon vorher eine Aktion eingeleitet haben sollte. Was es mit dem angeblichen Vorschlag der rumänischen Regierung an Österreich, durch eine gemeinsame ultimative Note an die kriegslustigen Regierungen der Balkanländer den Ausbruch des Balkankrieges zu unterbinden, auf sich hat, von dem der frühere Privatsekretär des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand Paul Nikitsch-Boulles in seinem Erinnerungsbuche „Vor dem Sturm" (S. 133 ff.) ein Langes und Breites zu erzählen weiß, läßt sich an der Hand der deutschen Akten nicht aufklären. Nach Nikitsch hätte die österreichische Regierung den mittels einer förmlichen Note vorgebrachten rumänischen Vorschlag dem Berliner Kabinett unterbreitet, dieses aber rundweg erklärt, Rumänien sehe viel zu schwarz; dem deutschen Nachrichtendienst seien keinerlei beunruhigende Meldungen zugekommen, und in weiser Voraussicht etwa später einmal sich ergebender Komplikationen habe Deutschland ja die Neuorganisation der türkischen Armee unter sein Protektorat genommen. In dem gleichen negativen Sinne habe das Berliner Kabinett geantwortet, als Rumänien bald darauf seinen Schritt in noch dringenderer Form wiederholt habe. In den deutschen Akten findet sich über diese

Plätzen anweisen, sich der österreichischen und russischen Demarche anzuschließen?*

Die Angelegenheit scheint übrigens aus akutem Stadium herauszukommen, da Freiherr von Wangenheim soeben folgendes meldet**:

„Russischer Botschafter verbürgte sich der Pforte gegenüber für das vom montenegrinischen Gesandten gegebene Versprechen, daß montenegrinische Truppen an Überschreitung der Grenze gehindert werden würden. Botschafter und Gesandter baten, die nach der Grenze in Marsch befindlichen türkischen Bataillone zurückzuhalten."

Zimmermann

Nr. 12084

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Essen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Berlin, den 9. August 1912

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel meldet***:

„Der Minister des Auswärtigen sagt mir, daß der Zwischenfall mit Montenegro so gut wie erledigt sei.

Die Türkei freue sich, gegenüber Entgegenkommen Montenegros einlenken zu können. Die streitigen Grenzfragen würden durch eine gemischte Kommission erledigt werden.

Auch die Nachrichten aus Albanien lauteten überraschend günstig. Fast sämtliche desertierten Offiziere hätten loyale Erklärungen abgegeben, und auch die Albanesenchefs begännen vernünftig zu werden."

Zimmermann

Nr. 12085

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 55 Cetinje, den 10. August 1912

Unter gehorsamer Überreichung der Anlagen beehre ich mich zu meinen anderweitigen Meldungen betreffend den montenegrinisch-türkischen Konflikt noch folgendes zu berichten:

Vorgänge nicht eine Spur. Der Hinweis in der angeblichen deutschen Antwort auf die Mission Liman Sanders läßt darauf schließen, daß irgendwelche Vorgänge aus der zweiten Hälfte des Jahres 1913, die mit der Besorgnis König Karls von Rumänien vor einer seitens des einen und des anderen Balkanstaates erstrebten Revision des Bukarester Friedens zusammenhängen, von Nikitsch auf den Frühsommer 1912 übertragen worden sind.

* Am 8. August erklärte Reichskanzler von Bethmann Hollweg telegraphisch sein Einverständnis.

** Telegramm Freiherrn von Wangenheims Nr. 221 vom 7. August.

*** Telegramm Freiherrn von Wangenheims Nr. 225 vom 8. August.

Es ist zweifellos, daß der König die montenegrinischen Bauern in der Voraussicht, daß es dadurch zu einem blutigen Zusammenstoß kommen werde, von Militärs begleiten ließ. Daß er zu diplomatischen Verhandlungen kein Vertrauen hatte, ist nach den neuesten Erfahrungen, die man hier in der Grenzregulierungsfrage machte, begreiflich. Rustem Bey hatte das formelle Recht in dem Umstande, daß die Verhandlungen nicht abgeschlossen waren, auf seiner Seite. Daß die Verschanzungen auf montenegrinischem Gebiete errichtet worden waren, hat er nicht bezweifelt. Er wollte die langersehnte Gelegenheit ergreifen, Revanche zu nehmen für die vorjährige Malissorenbegünstigung und hielt den Moment für geeignet. Er sagte sich, „ich sichere mir diplomatisch die Vorteile der Offensive und werde, da die Kammer aufgelöst ist, die zufriedengestellten Albanesen und Malissoren auf meiner Seite haben und dem Könige eklatant beweisen, daß seine Expansionskombinationen von falschen Voraussetzungen ausgehen." Daß die Malissoren versagen und außerdem die Pforte ihn desavouieren könnte, hielt der Gesandte für ausgeschlossen. — Der König war geneigt, durch eine teilweise entgegenkommende Note den Konflikt beizulegen, der russische* und italienische Gesandte** hatten in diesem Sinne gewirkt. Als jedoch der Ministerpräsident*** und der Minister des Innern† für den Fall des Nachgebens ihre Entlassung verlangten, trat Seine Majestät ihnen bei. Ich selbst wurde vom Könige vielfach konsultiert und versuchte schließlich noch in der Nacht vor der Abfassung der montenegrinischen Antwort, Rustem Bey zur Zurückziehung seiner Ultimatumnote und zur Wiederaufnahme diplomatischer Verhandlungen zu bewegen.

Eckardt

Nr. 12086

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt
an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Cetinje, den 14. August 1912

Regierung trifft an Grenze Vorbereitungen, die trotz offizieller Ableugnung als Mobilisation aufzufassen sind.

Eckardt

* A. A. von Giers.
** Tommasini.
*** Martinowitsch.
† Plamenatz.

Kapitel CCLXII

Bestrebungen zur Verhinderung des Kriegsausbruchs

Graf Berchtolds Projekt und Sasonows Gegenprojekt

August bis September 1912

Nr. 12087

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 15. August 1912

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat mich gestern aufgesucht, um mir ein langes Telegramm des Grafen Berchtold* vorzulesen. Der wesentliche Inhalt desselben war der folgende:

Nach den Nachrichten der Wiener Regierung scheinen die Balkanstaaten beunruhigt durch die Konzessionen des türkischen Kabinetts an die Albaner. Offenbar hielten sie dadurch die Interessen ihrer Konnationalen auf türkischem Gebiete für gefährdet. Graf Berchtold möchte nun einen Meinungsaustausch der Mächte darüber anregen, ob es nicht nützlich wäre, Bulgaren, Serben und Griechen darauf aufmerksam zu machen, daß gerade die von dem jetzigen türkischen Kabinett inaugurierte Berücksichtigung der nationalen Individualitäten und die damit zusammenhängende Abschaffung der übertriebenen jungtürkischen Zentralisation auch den anderen Nationalitäten ebensogut wie den Albanern vorteilhaft sein wird. Graf Berchtold würde es deshalb für nützlich halten, die Balkanstaaten darauf hinzuweisen, sie sollten dem Kabinett Muchtar Pascha Zeit zu seiner dezentralisierenden Aktion lassen. Zugleich will Graf Berchtold eine Aktion der Mächte in Konstantinopel anregen[1], um die türkische Regierung in ihrer Aktion einer Berücksichtigung der Nationalitäten zu ermutigen[2].

Ich habe dem Geschäftsträger gesagt, wir würden, si omnes, uns einer solchen Aktion gern anschließen. Bei der Aktion in Konstantinopel schiene mir jedoch eine gewisse Vorsicht geboten[3], solange Intention und Solidität[4] der neuen türkischen Regierung noch nicht genau zu übersehen**.

* Das Zirkulartelegramm des Grafen Berchtold vom 13. August, das auch den k. u. k. Botschaften in London, Paris, Rom und Petersburg mitgeteilt wurde, ist gedruckt im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 1f.

** Vgl. dazu die Meldung Graf Szögyénys an Graf Berchtold vom 15. August: „Der Herr Staatssekretär ließ mich heute zu sich bitten und ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er nach reiflicher Überlegung der letzten Anregung des Wiener Kabinettes Euer Exzellenz die Erklärung abgeben wolle, daß die deutsche Regierung selbst in dem Falle, wenn nicht alle anderen Mächte Euer Exzellenz Demarche zustimmen sollten, gern bereit wäre, im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung in dem von Euer Exzellenz ins Auge gefaßten Sinne einerseits freundschaftlich auf die Pforte, andererseits auf die Balkanstaaten einzuwirken." Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August

Die Aktion des Grafen machte mir unwillkürlich den Eindruck einer gewissen Wichtigtuerei[5-6]. Vielleicht entspringt sie dem Wunsche, sich irgendwie zu betätigen, nachdem dem Minister in letzter Zeit von seiner Presse der Vorwurf des Geschehenlassens wiederholt gemacht worden ist. Ich glaubte jedoch, daß wir uns als Bundesgenosse einer so anodinen[7] Aktion gegenüber nicht unfreundlich stellen sollten, falls die anderen Mächte dazu geneigt wären. Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift der Aufzeichnung:
[1] Na? na?
[2] kann leicht als Mächteeinmischung aufgefaßt werden! und Aergernis in der Türkischen Bevölkerung erregen.
[3] unbedingt ja
[4] sie ist zweifelhaft
[5] ja
[7] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden!
Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Kopf einer zweiten Abschrift der Aufzeichnung:
Ganz einverstanden 16. VIII. v. B. H.
Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:
[6] Das scheint mir auch.

Nr. 12088

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 231 Wien, den 15. August 1912

Heute früh brachten einige hiesige Blätter die Nachricht, Graf Berchtold beabsichtige, die Initiative zu einem Gedankenaustausch zwischen den Mächten zu ergreifen, der das Ziel verfolgen solle, die Pforte in der von ihr eingeschlagenen dezentralistischen Richtung zu bestärken und für ihre gegenwärtige Politik auch alle Balkanvölker zu gewinnen.

Wie ich höre, ist die betreffende Demarche bei den einzelnen Mächten bereits erfolgt.

Im Ministerium des Äußern bezeichnet man als unmittelbaren Anlaß zu diesem Schritt die beunruhigenden Nachrichten über die in Bul-

1912 bis 6. November 1913, S. 4. Es fällt auf, daß in dem Telegramm Graf Szögyényis im Gegensatz zu Staatssekretär Kiderlens ausdrücklicher Bevorwortung „si omnes" von einem deutschen Einverständnis „selbst in dem Falle, wenn nicht alle anderen Mächte Euer Exzellenz Demarche zustimmen sollten," die Rede ist, und weiterhin, daß der ausdrücklichen Mahnung Kiderlens zu vorsichtigem Vorgehen in Konstantinopel nicht Erwähnung geschieht. Der wesentliche Unterschied zwischen den Erklärungen Kiderlens vom 14. und 15. August findet in den Akten keine Erklärung. Man würde auf eine ja auch sonst nicht seltene ungenaue Berichterstattung Graf Szögyényis schließen, wenn das Auswärtige Amt nicht die Danksagung Graf Berchtolds für die uneingeschränkte deutsche Zustimmung zu seiner Anregung (vgl. Nr. 12101) unwidersprochen hingenommen hätte. So bleibt nur die Annahme, daß Kiderlen sich über Nacht zu einer dezidierteren Stellungnahme aufgeschwungen hat.

garien herrschende erregte und kriegerische Stimmung. Dort befürchte man offenbar, daß die Pforte den Albanesen weitgehende Konzessionen machen, die bulgarischen Konnationalen aber leer ausgehen lassen werde, und sei deshalb sehr aufgebracht. Dadurch, daß man die türkische Regierung zum Weitergehen auf dem nun beschrittenen dezentralistischen Wege ermutige, solle den Balkanvölkern der Beweis gegeben werden, daß man sich ihrer tatkräftig annehme. Es sei zu hoffen, daß sie sich von der Übereinstimmung ihrer Interessen mit der von der Pforte eingeschlagenen entgegenkommenden Haltung überzeugen würden, und daß es dadurch gelingen werde, die Ruhe unter ihnen aufrechtzuerhalten.

W. Prz. Stolberg

Nr. 12089

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Wilhelmshöhe, den 16. August 1912

Zu Euerer Exzellenz Aufzeichnung vom 15. August A 14175*.

Seine Majestät der Kaiser mit Euerer Exzellenz Antwort einverstanden.

Weiteres, Bemerkungen Seiner Majestät über Vorschlag Graf Berchtolds darf ich morgen mündlich** mitteilen. Jenisch

Nr. 12090

*Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg****

Ausfertigung

Nr. 238 St. Petersburg, den 12. August 1912

Im Laufe des langen Gespräches, das ich vorigen Freitag mit Herrn Sasonow hatte†, brachte dieser auch die Rede auf die Lage im nahen Orient. Der Minister wiederholte dabei seine bereits mehrfach geäußerte

* Siehe Nr. 12087.

** Am 17. traf Staatssekretär von Kiderlen im Hoflager in Wilhelmshöhe zum Vortrag ein; am 19. kehrte er nach Berlin zurück. Über die in Wilhelmshöhe zwischen dem Kaiser und dem Staatssekretär stattgehabten Erörterungen liegt eine Aufzeichnung nicht vor; aus einer Randbemerkung des Monarchen vom 20. August (vgl. Nr. 12098 und 12100) ist zu schließen, daß er mit der Demarche Graf Berchtolds nicht eben einverstanden war. Nach einem Telegramm des Freiherrn von Jenisch an Kiderlen vom 20. August (vgl. Nr. 12100) hätte der Kaiser den Schritt Graf Berchtolds „als inopportun angesichts der höchst bedrohlichen Lage in Albanien" bezeichnet.

*** Der Bericht des Grafen Pourtalès vom 12. August nimmt zwar noch nicht auf den Vorschlag Graf Berchtolds Bezug, wird aber zweckmäßig hier eingereiht, weil er zeigt, wie groß das Mißtrauen war, das man in Petersburg jedem Schritte Österreich-Ungarns in der Orientfrage entgegenbrachte.

† Vgl. dazu den Bericht Graf Pourtalès' Nr. 235 vom 11. August in Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11587.

Genugtuung darüber, daß begründete Hoffnung vorhanden sei, die Mächte gemeinsam handeln zu sehen, falls durch irgendwelche Verwicklungen der Status quo bedroht würde. Der Minister kam dann auf ein Gespräch, welches der Herr Unterstaatssekretär Zimmermann in der vorigen Woche mit dem russischen Geschäftsträger gehabt habe. Die Art, wie der Herr Unterstaatssekretär sich geäußert habe, sei ihm ganz aus dem Herzen gesprochen. Er sehe daraus, wie sehr auch uns an der Ruhe auf der Balkanhalbinsel und an der Aufrechterhaltung des Bestehenden gelegen sei. Aus der weisen Haltung Deutschlands glaube er auch den Schluß ziehen zu dürfen, daß wir eintretendenfalls beschwichtigend auf Österreich-Ungarn einwirken würden[1]. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich von neuem, wie mißtrauisch der Minister noch heute gegenüber den Plänen des Wiener Kabinetts ist.

Herr Sasonow erwähnte sodann die sehr befriedigenden Unterredungen, die er mit Euerer Exzellenz gehabt habe*. Euere Exzellenz hätten ihn versichert, daß wir an der in Potsdam erteilten Zusage festhielten, nach der wir weder verpflichtet noch gewillt seien, Österreich-Ungarn bei einer expansiven Politik im nahen Orient zu unterstützen. „Wie würde es aber sein," bemerkte Herr Sasonow, „wenn Österreich-Ungarn ohne Deutschlands Wissen und gegen seine Ratschläge auf der Balkanhalbinsel vorginge? Würde Herr von Bethmann Hollweg dieselbe pharisäische Antwort geben wie Fürst Bülow gelegentlich der Annexionskrise, er habe nichts vorher gewußt und sei froh, daß man ihn nicht gefragt habe? Es würde mich sehr interessieren, die Ansichten des Herrn von Bethmann Hollweg in dieser Beziehung kennen zu lernen."

Ich konnte nicht umhin, mich einigermaßen zu wundern, daß Herr Sasonow, der es kurz vorher aus sehr weitgetriebener Rücksicht für den Verbündeten Rußlands abgelehnt hatte, eine zum Vorteil der französischen Politik und zu unserem Nachteil verbreitete tendenziöse Version über die Marinekonvention öffentlich zu dementieren**, mit einem Ansinnen hervortrat, in welchem uns offenbar eine Erweiterung früher gegebener Zusagen in einem mehr oder weniger gegen unseren österreichischen Verbündeten gerichteten Sinne zugemutet wurde. Ich hielt es aber, um der Unterredung keinen unfreundlichen Charakter zu geben[2], zunächst nicht für angezeigt, diese Verwunderung zum Ausdruck zu bringen, tat vielmehr so, als ob ich die ganze Erörterung mehr als eine theoretische ansehe. Ich erwiderte, ich glaubte, die vom Minister ins Auge gefaßte Eventualität sei so unwahrscheinlich, daß es mir überflüssig erscheine, sich mit ihr zu beschäftigen. An Expansionspläne Österreich-Ungarns glaubte ich nicht. Im übrigen sei es schwer vorauszusagen, wie sich eventuell die Verhältnisse entwickeln würden, und was man in jedem Falle tun würde. Nur eines glaubte ich sagen zu können, daß nach meiner Ansicht unser

* Gemeint sind die Unterredungen Bethmann Hollwegs und Sasonows gelegentlich der Entrevue von Baltischport. Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVII, Nr. 11542.
** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.

Verhalten wahrscheinlich auch wesentlich von der Haltung abhängen würde, die Rußland in anderen Fragen uns gegenüber einnehmen werde. Ich hätte seinen Herrn Amtsvorgänger während der bosnischen Krisis, wenn dieser sich über die „steife" Haltung Deutschlands beschwerte, öfters darauf hingewiesen, daß, wenn wir auch in der Frage der Annexion wohl immer so gehandelt haben würden, wie wir es getan hätten, der Grad der „Steifheit" doch auch auf die griefs, die wir damals gegen Rußland hatten, zurückzuführen gewesen sei.

Obgleich ich damit die Frage abgetan wissen wollte und auf ein anderes Gesprächsthema überging, kam Herr Sasonow, als ich von ihm Abschied nahm, nochmals auf die Sache zurück und sagte: „Nicht wahr, Sie schreiben dem Herrn Reichskanzler ein Wort über das, was ich Ihnen vorhin sagte bezüglich der Haltung Deutschlands im Falle einer Abenteuerpolitik Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel." F. Pourtalès

Randbemerkungen von Kiderlens auf einer Abschrift:

[1] Zunächst soll einmal Rußland auf die Franzosen einwirken.

[2] Wir haben gar keinen Grund, dem Russen nicht zu sagen: Wir waren zu schriftlichem Abkommen bereit, Du hast das abgelehnt; wir werden Dir auf weitere indiskrete Fragen nicht antworten, sondern uns unsere Aktionsfreiheit wahren. Es ist eine etwas starke Zumutung, daß wir in dem Augenblick, in welchem Rußland den französischen Hetzereien gegen uns durch sein Stillschweigen direkt Vorschub leistet*, uns durch Äußerungen über einen eventuellen Druck auf unsern Bundesgenossen festlegen sollen. Rußland geht dann womöglich damit in Wien krebsen. K.

Nr. 12091

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 241 Therapia, den 17. August 1912

Marineminister Mahmed Muchtar besuchte mich heute zum zweiten Male in dieser Woche. Zweck des Besuchs war offenbar, mich über die Besorgnisse zu informieren, die im türkischen Kabinett wegen der von Österreich angeregten Demarche der Mächte in den Balkanstaaten und hier herrschen. Der Minister meinte, die Mahnung der Mächte werde vom türkischen Volke als ein Interventionsversuch aufgefaßt werden ....** Das Experiment sei bei der gegenwärtigen inneren und äußeren Lage gefährlich. Wangenheim

Schlußbemerkung von Kiderlens:

Es wäre gut zu wissen, was der Herr Botschafter geantwortet hat! Nun müssen wir durchhalten. Da Szögyényi morgen abend erst reisen will, bitte ich, ihm sagen zu lassen, daß er morgen noch zum Empfang kömmen möge. Bitte mir dazu eine Umstellung (aber ganz unkenntlich) von diesem Telegramm und A 14376***, die vielleicht in eins zusammengezogen werden können, vorzulegen. — Wangenheim hätte sich übrigens mit Pallavicini über Beschwichtigung der Türken verständigen können.

K. 19./8.

* Vgl. dazu Bd. XXXIII, Kap. CCXLVIII.

** Zifferngruppe unverständlich.

*** Siehe Nr. 12093.

Nr. 12092

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 239 Paris, den 18. August 1912

Herr Paléologue* äußerte sich über Graf Berchtoldsche Anregung zu dem ihm befreundeten hiesigen rumänischen Gesandten**, wie mir vertraulich mitgeteilt, folgendermaßen: Frankreich stehe Initiative durchaus freundlich gegenüber. Besonders angenehm berührt habe hier, daß österreichisch-ungarische Demarchen so rechtzeitig erfolgten, daß Poincaré noch persönlich mit Sasonow und Kokowzow konferieren konnte***. Hiesigem österreichischen Geschäftsträger†, als dieser gestern politischem Direktor Graf Berchtolds Dank für günstige Preßkommentare überbrachte (ein Schritt, der Herrn Paléologue etwas erstaunte), habe er mitgeteilt, nach vorläufigem Telegramm Poincarés sei dieser mit russischen Ministern einig darin, daß Vorschläge wohlwollendste Prüfung verdienten. Alliierte seien überzeugt, daß England ebenso denkt.

Auf skeptische Äußerungen Lahovarys über österreichisch-ungarische Anregung hat Paléologue gemeint, rein persönlich findet er, man solle sich an ihrem Augenblickswert genügen lassen, der darin liege, daß sie auf bulgarische Heißsporne beruhigend einwirken müsse. Übrigens habe sie Bedeutung wohl auch insofern, als sie Einigkeit zwischen europäischen Mächtegruppen fördern werde.

Lahovary will Eindruck gewonnen haben, als sei für hiesige freundliche Stellungnahme Gefühl mitbestimmend, daß Initiative in Berlin nicht sehr angenehm berührte[1].

Rifaat Pascha†† hat sich zu Lahovary sehr bestimmt dahin ausge-

* Direktor für Politische Angelegenheiten im franz. Ministerium des Äußern.

** A. E. Lahovary.

*** Poincaré weilte vom 9. bis 16. August in Rußland. Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII. Am Tage seiner Abreise telegraphierte er an seinen Stellvertreter Briand: „M. Sazonoff et moi, nous sommes d'accord pour penser qu'il est possible d'accepter la suggestion autrichienne et de donner des conseils conformes par voie separée et non collective au Gouvernement turc, en même temps que l'on recommandera le calme aux Etats balkaniques." Französisches Gelbbuch, Les Affaires Balkaniques, I, 35. Als der französische Geschäftsträger de Fleuriau diese Stellungnahme im Auftrage Briands in London mitteilte, erfuhr er von dem Hilfsstaatssekretär Sir L. Mallet, daß Sir E. Grey bereits nach Paris und Petersburg den Vorschlag gerichtet habe, die Botschafter der Tripelentente dahin zu instruieren, „d'adopter une attitude sympathique à la politique de réformes de la Porte, en évitant de donner à leurs conseils une forme qui puisse éveiller les susceptibilités de l'opinion et de l'armée ottomanes." Ausdrücklich betonte Sir L. Mallet, daß dieser Vorschlag Sir E. Greys sehr wohl vereinbar sei mit den Auffassungen der französischen Regierung und dienen könne „à l'établissement d'une entente des trois Cabinets sur la suite à donner à la suggestion du Comte Berchtold." Französisches Gelbbuch a. a. O., I, 36. Vgl. nun auch Poincaré, Au Service de la France II, 160ss.

† Somssich de Sáard.

†† Türkischer Botschafter in Paris.

sprochen, Graf Berchtoldsche Vorschläge würden bei jeder türkischen Regierung auf schärfsten Widerstand stoßen, wenn sie Einmischung in innere Angelegenheiten bezwecken sollten.

Lancken

Randbemerkung Zimmermanns:

[1] In unserer Presse wird wiederholt betont, daß wir sehr gern auf die Anregung Wiens eingegangen sind. Gleichzeitig wird auch die Haltung der französischen Presse ironisiert werden, soweit sie den „Eindruck" Lahovarys bestätigt.

Nr. 12093

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 242 Konstantinopel, den 18. August 1912

Es liegen mir bereits zahlreiche Meldungen vor, welche übereinstimmend bekunden, daß die von Österreich angeregte Demarche hier und bei den Balkanstaaten Beunruhigung und Mißstimmung gegen Österreich und Deutschland im türkischen Volk begegnet. Die Türken sind nicht reif genug, um zu verstehen, daß Österreich vor allem Rußland zu einer gemeinsamen Vorstellung bei den Balkanstaaten dadurch gewinnen will, daß es eine gleichzeitige Demarche in Konstantinopel vorschlägt. Die Türken glauben, daß eine neue Ära der Interventionen durch Vorschlag eingeleitet werden solle; dieser Glaube würde für sie zur Gewißheit werden, wenn die Demarche wirklich erfolgen sollte.

Grunwald* meldet, daß in den Redaktionen der türkischen Blätter Bestürzung herrscht. Die Redaktionen hätten sich geeinigt, vorläufig zu schweigen. Von den französischen Blättern greift „Le jeune Turc" Österreich heftig an. Assim Bey riet in meiner Gegenwart dem österreichischen Botschafter, im Interesse Österreich-Ungarns und Deutschlands sofort dementieren zu lassen, daß ein Schritt der Mächte in Konstantinopel bevorstehe. Rußland werde sonst nicht zögern, die Vertauschung der Rollen zwischen Rußland und Österreich zu relevieren.

Wangenheim

Randbemerkung Zimmermanns:

Darauf deutete eine heutige Äußerung des russischen Geschäftsträgers hin. Herr Bronewsky meinte, daß die Türkei diesen „Interventionsversuch" wohl sehr empfinden werde. Ich wies natürlich die Annahme, daß Intervention beabsichtigt sei, scharf zurück. Z. 19./8.

* Herausgeber des „Osmanischen Lloyd".

Nr. 12094

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim**

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 121 Berlin, den 20. August 1912

Auf Telegramm Nr. 242**.

Mit Rücksicht auf unsere der Türkei gegenüber stets beobachtete freundliche Haltung kann die Pforte nicht im Zweifel darüber sein, daß wir für eine Interventionspolitik nicht zu haben sind. Wir können daher erwarten, daß die Pforte von sich aus energisch der im Volk bemerkbaren Mißstimmung gegen Deutschland entgegentritt. Bitte, falls nicht schon geschehen, in diesem Sinn nachdrücklich bei Pforte vorstellig werden.

Kiderlen

Nr. 12095

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 57 Cetinje, den 15. August 1912

Es tritt immer deutlicher zutage, daß der König unter allen Umständen eine Intervention der Mächte herbeiführen will. Gelingt es nicht auf Grund der Note***, so wird man alles tun, um ernstere Zwischenfälle zu provozieren, auf die man sich durch militärische Maßnahmen an der Grenze, die mit einer montenegrinischen Mobilisation identisch sind, vorbereitet hat. Bisher wurden drei Kanonen nach Podgorica, zehn nach Antivari geschickt, nach Nikšić und Kolašin gingen für die dortigen Artilleriebestände Pferde ab, in Andrijevica und Kolašin ist Infanterie konzentriert worden. Weitere Maßnahmen sind zu erwarten†. Auf türkischer Seite

* Hier eingereiht des Zusammenhanges halber.

** Siehe Nr. 12093.

*** Am 10. August hatte die montenegrische Regierung den Vertretern der Großmächte eine Note übergeben, in der deren Intervention behufs endlicher Regulierung der montenegrisch-türkischen Grenze erbeten wurde. Wie der Gesandte von Eckardt in einem Bericht von diesem Tage (Nr. 56) ausführte, hielt er die Grenzregulierung für unerläßlich: „Die endliche Regulierung der montenegrinisch-türkischen Grenze würde die chronischen Grenzfüsilladen zum mindesten reduzieren, sie würde einen eventuell gefährlichen Zündstoff beseitigen und schließlich die gewiß erwünschte Wirkung haben, daß von Montenegro weniger häufig die Rede wäre."

† Vgl. dazu das Telegramm des russischen Gesandten in Cetinje A. von Giers an Sasonow vom 19. August: „Unser hiesiger Militäragent telegraphiert heute an

stehen gleichfalls Truppenzusammenziehungen, vor allem in Tuzi, bevor. Im Lande herrscht eine kriegerische Stimmung. Der König bemerkte mir, „man sagte hier, ich sei ein vieux ramolli; — so kann ich es nicht weitergehen lassen — mit der Türkei ist erneutes Verhandeln und Kooperieren ausgeschlossen, nur die Mächte können Wandel schaffen." Ich gab Seiner Majestät, die mich fragte, ob ich dem nicht beistimme, in Gegenwart des italienischen Gesandten* zur Antwort, daß mich diese Haltung sehr überrasche, daß ich angenommen hätte, eine Ratifikation des Grenzprotokolls und eine Delimitation durch die türkisch-montenegrinische Kommission müßten Seine Majestät vollkommen zufriedenstellen.

Der russische und österreichische Vertreter haben bisher noch keine Instruktionen erhalten. Ob Ermahnungen und Drohungen bei der hier heute herrschenden Erbitterung die zu erwünschende Wirkung haben würden, erscheint mir sehr fraglich.

Eckardt

Nr. 12096

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Cetinje, den 18. August 1912

Ein auf türkischem Territorium Freitag zwischen dem zum Teil diesseits zum Teil jenseits ansässigen orthodoxen Stamm der Vassiovitsch und den muselmanischen Rugova entstandener Streit ist in heftigen Kampf zehn Kilometer von Berani degeneriert. Fünf türkische Karakols wurden verbrannt, 15 Türken entwaffnet nach dem montenegrinischen Andrijevica gebracht; gestern sollen Orthodoxe Angriff auf Berani unternommen haben und zurückgeschlagen sein, wobei angeblich vier ihrer Dörfer verbrannt wurden. Kampf dauert fort, der König zeigte dem türkischen Geschäftsträger große Beunruhigung, vielleicht in dem Bewußtsein, Zwischenfall angestiftet zu haben.

Eckardt

---

den Generalstab, daß Montenegro die Aufständischen mit Waffen, Patronen und Soldaten unterstützt. Dieselben Nachrichten habe ich von dem österreichischen Gesandten Giesl, der befürchtet, daß Montenegro noch zu weiteren aktiven Maßnahmen greifen wird. Ich teile diese Befürchtungen, da Montenegro in den letzten Tagen unbestreitbar militärisch rüstet und der montenegrinische Thronfolger mir neulich unzweideutige Anspielungen auf die kriegerische Stimmung der montenegrinischen Regierung gemacht hat." Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 521.

* N. Squitti Baron di Palermiti.

Nr. 12097

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Gesandten in Cetinje von Eckardt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 8 Berlin, den 19. August 1912

Auf Telegramm Nr. 20*.

Der türkische Botschafter hat wegen der von Euer Hochwohlgeboren gemeldeten Vorgänge neue ernste Friedensmahnungen in Cetinje erbeten. Euer Hochwohlgeboren sind zu entsprechender Vorstellung ermächtigt, falls Ihre Kollegen von Österreich-Ungarn und Rußland gleiche Demarche bereits gemacht haben oder dazu angewiesen sind.

Zimmermann

Nr. 12098

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 243 Konstantinopel, den 19. August 1912

Bisher ungeklärte Frage, warum die Regierung gegen die wenigen Demonstranten in Üsküb nicht eingeschritten ist, sondern größere Truppenmassen eiligst nach Albanien schickt, findet jetzt ihre Erklärung in den der österreichischen Botschaft zugegangenen Nachrichten, wonach die Haltung der Truppen in Albanien noch immer zweifelhaft ist. Die Truppen wollen nicht gegen Glaubensgenossen kämpfen, während ihre Kameraden in Tripolitanien von Christen bedrängt werden. Die von der Regierung verbreitete Anschauung, daß alle Albanesen mit Ausnahme der Leute in Üsküb zufriedengestellt seien, ist zweifellos unrichtig. Wahrscheinlich steht hinter den Üskübleuten ein großer Teil der übrigen Albanesen. Ihre Beschwerden richten sich hauptsächlich gegen die Weigerung der Regierung, sie mit neuen Mausergewehren zu versehen. Sie fühlen sich benachteiligt gegenüber den Malissoren, denen im vorigen Jahr infolge österreichischen Drucks erlaubt worden ist, bewaffnet aus Montenegro zurückzukehren. Die Regierung andererseits zögert, in der Waffenfrage nachzugeben, weil sie besorgt, daß dann auch die Serben und Bulgaren Gewehre verlangen würden.

Die Situation sieht heute ziemlich bedenklich aus. Einige Trupps sind bereits bis Salonik gelangt. Auch in Mitrowitza sind Insurgenten ein-

* Siehe Nr. 12096.

gerückt und haben das Gefängnis geöffnet. Die Truppen verhielten sich passiv. Mein österreichischer Kollege beurteilt die Lage trotzdem noch optimistisch, bemerkte aber, daß binnen acht Tagen ebensowohl eine Beruhigung der Albanesen als der Ausbruch eines Krieges mit Montenegro und vielleicht sogar mit Bulgarien möglich sei. An montenegrinischer Grenze werde seit gestern wieder heftig gekämpft.

Wenn jetzt der Türkei von den Mächten geraten würde, in der Dezentralisation fortzufahren, so würde dies von den Albanesen als eine Aufforderung aufgefaßt, in ihrem Widerstand zu beharren[1].

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das habe ich in W[ilhelms]höhe schon an Kiderlen als meine Befürchtung gesagt*.

Nr. 12099

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Cetinje von Eckardt

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 9 Berlin, den 20. August 1912

Freiherr von Wangenheim meldet**:

„Auswärtiger Minister mitteilt, daß nach einem soeben eingetroffenen amtlichen Telegramm die Montenegriner gestern nacht die auf türkischem Gebiet fünf Kilometer von der Grenze liegende Stadt Berani angegriffen und besetzt hätten. Die Pforte werde sofort in Cetinje um Aufklärung bitten und die sofortige Räumung des Platzes verlangen. Werde dieser Forderung nicht entsprochen, so würden die türkischen Truppen zum Angriff vorgehen. Die Türkei sei zehnmal stärker als Montenegro und kann jetzt mit Leichtigkeit die albanesische Frage lösen, indem sie die Insurgenten gegen Montenegro loslasse. Sie wünsche aber durch Mäßigung vor Europa ihre Friedensliebe zu beweisen. Dabei erwarte sie, daß die Mächte schleunigst durch energische Mittel Montenegro zur Vernunft bringen würden."

Der türkische Botschafter ist im Sinne des Schlußsatzes hier soeben dringend vorstellig geworden.

Euer Hochwohlgeboren ermächtige ich, dort unter Hinweis auf Ernst der Situation nachdrücklich für schleunige Räumung von Berani einzutreten, falls Mehrzahl Ihrer Kollegen gleiche Instruktion hat.

Kiderlen

* Vgl. dazu die Bemerkungen Staatssekretär von Kiderlens zu Nr. 12100.
** Telegramm Nr. 245 vom 19. August.

Nr. 12100

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Kronberg, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Schloß Friedrichshof, den 20. August 1912

Privat für den Herrn Staatssekretär.

Allerhöchster Randvermerk zum letzten Absatz des Telegramms Nr. 243 vom 19. August aus Konstantinopel*:

„Das habe ich in Wilhelmshöhe schon an Herrn von Kiderlen als meine Befürchtung gesagt."

Im Gespräch mit mir bezeichneten Seine Majestät die Demarche Graf Berchtolds als inopportun angesichts der höchst bedrohlichen Lage in Albanien.

Jenisch

Randbemerkung von Kiderlens:

Mir nicht erinnerlich. Ich bitte mir jede an Seine Majestät gehende Sache vorzulegen. Der Schlußsatz des Telegramms von Wangenheims zeigt, daß er gegen die von uns gebilligte österreichische Demarche angeht.

Nr. 12101

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 236 Wien, den 18. August 1912

Vertraulich [pr. 20. August]

Als ich gestern dem Grafen Berchtold einen Besuch abstattete, um mich vor seiner in den nächsten Tagen erfolgenden Abreise nach Ungarn von ihm zu verabschieden, fand ich den Minister in aufgeräumtester Stimmung. Nach einigen Bemerkungen über seine Tags zuvor stattgehabte Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph in Ischl und über die ihm hierbei durch die Verleihung des Goldenen Vließes zuteil gewordene Auszeichnung brachte er sofort das Gespräch auf seine, wie er sich ausdrückte, „kleine Aktion" und sagte, er freue sich zu sehen, daß sein Vorschlag, einen Gedankenaustausch der Mächte über die Lage am Balkan herbeizuführen, im allgemeinen eine günstige Aufnahme gefunden habe. Große Genugtuung bereitet es ihm, daß die Kaiserliche Regierung nicht nur „si omnes", sondern ohne jede Einschränkung seiner

* Siehe Nr. 12098.

Anregung zugestimmt hat*, und er bat mich, dem Herrn Staatssekretär hierfür seinen aufrichtigen Dank zu übermitteln.

Auch die vorläufigen Antworten der anderen Mächte seien im großen und ganzen zustimmend ausgefallen, wenn sie auch teilweise gewisse Vorbehalte enthielten. So habe zum Beispiel Rußland die Befürchtung durchblicken lassen, als habe er einen Kollektivschritt der Mächte in Konstantinopel im Sinne**; dieser Gedanke liege ihm aber gänzlich fern; er habe sich über die Art, wie das eventuelle Ergebnis der Konversationen unter den Mächten später bei der Hohen Pforte zur Sprache gebracht werden solle, überhaupt kein bestimmtes Bild gemacht, und es müsse jeder einzelnen Macht überlassen bleiben, diejenigen Schritte in Konstantinopel zu tun, die ihr zu einer erfolgreichen Einwirkung auf die türkische Regierung am geeignetsten erschienen. Italien könne sich unter den obwaltenden Umständen selbstverständlich an den in Konstantinopel etwa zu unternehmenden Schritten nicht beteiligen, doch habe er bei seiner Einladung das römische Kabinett nicht umgehen können; dieses werde indessen seine Mitwirkung bei den den einzelnen Balkanstaaten zu erteilenden Ratschlägen gewiß nicht versagen.

Der Minister erläuterte im übrigen seinen Vorschlag in derselben Weise, wie neulich Baron Macchio und hob besonders hervor, daß er an eine Intervention oder gar an die Möglichkeit einer Konferenz nicht im entferntesten denke. Auch die Insinuation einiger französischer Blätter, als beabsichtige er, eine Abgrenzung Albaniens und Mazedoniens im autonomen Sinne herbeizuführen, wies er mit Nachdruck zurück; seine Idee sei ja gerade, daß die von der Pforte jetzt inaugurierte Dezentralisation allen ottomanischen Untertanen in den verschiedenen Wilajets in gleicher Weise zustatten kommen solle.

Als Motiv zu seinem Schritt bezeichnete auch Graf Berchtold die bedenkliche Erregung in Bulgarien sowie die sich verschiedentlich bemerkbar machenden Bandenbewegungen und fügte dann noch, wie er ausdrücklich bemerkte, vertraulich folgendes hinzu:

Anläßlich der Reise Herrn Poincarés nach Rußland sei in der Presse allgemein die Ansicht vertreten gewesen, als würde man sich dort in weitgehender Weise über „les affaires de l'Orient" unterhalten und zu ge-

* Vgl. dazu Nr. 12087, Fußnote **.

** Vgl. das Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an den Geschäftsträger in Wien Kudaschow vom 18. August: „Völlig einverstanden mit der Möglichkeit obiger Ratschläge in Konstantinopel, soweit große autonome Grundlagen nicht betroffen werden, sagte Hofmeister Sasonow dem [österreich-ungarischen] Botschafter, daß solche Ratschläge nicht den Charakter von Kollektivvorstellungen, die der Türkei unangenehm seien, tragen dürften. Was aber ein Vorgehen in den Balkanresidenzen betreffe, so hätten sie nach den jüngst erteilten Ratschlägen unserer Meinung nach keine besonders praktische Bedeutung, könnten unter Umständen sogar zu entgegengesetzten Resultaten führen und die Stellung der Regierungen schwächen. Dieser Teil der Wiener Vorschläge bedürfe daher besonders aufmerksamer Prüfung." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 229.

wissen Abmachungen darüber kommen. Wenn er auch persönlich nicht an etwas Ernstes in dieser Richtung geglaubt habe*, so sei es ihm doch wünschenswert erschienen, den Nachrichten hiervon die Spitze abzubrechen und selbst mit einer auf die Beruhigung am Balkan hinzielenden Aktion hervorzutreten. Er habe verhindern wollen, daß vielleicht doch irgendeine Macht der Tripelentente sich an die Spitze einer Aktion stellte auf einem Gebiete, das doch in erster Linie Österreich-Ungarn berühre; deshalb habe er die Initiative ergriffen.

Der Minister kam schließlich noch auf die Aufnahme seiner Anregung in der hiesigen Presse zu sprechen, die ja im allgemeinen günstig ist. Der kritische Ton einiger Zeitungen, wie zum Beispiel der „Zeit" und des „Neuen Wiener Journals", sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß diese Blätter, die nicht in Beziehungen zum Ministerium des Äußern stehen, sich darüber geärgert hätten, keine Mitteilung von dort erhalten zu haben. An Anrempelungen von dieser Seite sei er bereits gewöhnt.

W. Prz. Stolberg

Nr. 12102

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 242 St. Petersburg, den 18. August 1912
[pr. 20. August]

Graf Thurn, welcher Herrn Sasonow kurz vor dessen Abreise aufs Land einen Augenblick gesehen hat, sagt mir, der Minister habe den Vorschlag des Wiener Kabinetts betreffend einen Gedankenaustausch unter den Mächten über die Lage im nahen Orient günstig aufgenommen**. Der Botschafter hat den Eindruck, als ob der Schritt des Grafen Berchtold das bei Sasonow noch immer gegen die österreichisch-ungarische Politik bestehende Mißtrauen einigermaßen beschwichtigt habe***.

---

* Zu eigentlichen Abmachungen über den Balkan ist es während Poincarés Anwesenheit in Rußland nicht gekommen. In Sasonows Immediatbericht an den Zaren vom 17. August (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve II, 223) heißt es über die getroffenen Abreden: „Nachdem wir uns gegenseitig die Absicht bestätigt hatten, mit Aufmerksamkeit die Vorgänge auf dem Balkan zu verfolgen und andauernd unsere Nachrichten und Meinungen hierüber auszutauschen, einigte ich mich aufs neue mit Poincaré dahin, im Falle von irgendwelchen Verwicklungen sofort gemäß der Lage gemeinsam die Art unseres Verhaltens zu bestimmen, um auf diplomatischem Wege eine weitere Verschärfung zu verhindern."

** Vgl. auch das Telegramm des österreich-ungarischen Botschafters in Petersburg Graf Thurn an Graf Berchtold vom 16. August. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 4f.

*** Zu der Beruhigung Sasonows mochte der vertrauliche Bericht des russischen Geschäftsträgers in Wien vom 15. August beigetragen haben, der die absolute Friedfertig-

Zu den Einzelheiten des Vorschlags, hat Sasonow bemerkt, erscheine ihm nützlich, um die Eigenliebe der Türken zu schonen, daß in Konstantinopel alles vermieden werde, was den Charakter einer Kollektivdemarche haben könnte. Was den an die Balkanvölker zu richtenden Rat betreffe, zunächst abzuwarten, so hat Herr Sasonow Befürchtung ausgesprochen, daß dieser Rat bei den schon oft enttäuschten Balkanvölkern mit Mißtrauen werde aufgenommen werden. Auf die Erwiderung des Botschafters, daß ein solcher Rat nichts anderes bezwecke als eine in freundliche Form gekleidete Aufforderung, Ruhe zu halten, hat Herr Sasonow zugegeben, daß, von diesem Gesichtspunkt betrachtet, der Vorschlag wert wäre, erwogen zu werden.

Der Minister hat darauf meinem österreichischen Kollegen ähnlich, wie er es mir gegenüber in letzter Zeit wiederholt getan hat, ausgeführt, die Lage im nahen Orient gebe zwar im Augenblick zu ernsten Besorgnissen Anlaß, die Verhältnisse hätten sich aber gegen früher insofern erheblich gebessert, als bei allen Mächten der Wunsch bestehe, bei Eintritt von Verwicklungen gemeinsam vorzugehen, um den Status quo tunlichst zu erhalten. Pourtalès

Nr. 12103

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 806 Berlin, den 21. August 1912

Auf die Berichte Nr. 235* und 238** vom 11. bzw. 12. d. Mts.

Euere Exzellenz wollen Herrn Sasonow gegenüber zwar nicht aus eigener Initiative auf das Thema betreffend Österreich-Ungarns Balkanpolitik zurückkommen; sollte indessen der Minister von sich aus seinem Mißtrauen gegenüber der Politik des Wiener Kabinetts erneut Ausdruck geben, so bitte ich, dem Gespräch nicht auszuweichen, sondern Herrn Sasonow selbst auf die Gefahr hin, daß die Unterhaltung die Form schärferer Diskussion annehmen könnte, an der Hand nachstehender Ausführungen zu replizieren.

---

keit Österreich-Ungarns und seinen Wunsch, den Konflikt zu lokalisieren, betonte: „Obwohl hier ohne Zweifel eine unruhige Militärpartei besteht, und obwohl Österreich vorbereitende Maßregeln getroffen hat, so bin ich doch überzeugt, daß kein ernster Grund zur Befürchtung vorliegt, daß Österreich im jetzigen Zeitpunkte aggressive Ziele auf dem Balkan verfolgt. Man weiß hier wohl, zu welchen Folgen eine solche Politik führen kann; sie wäre das Signal zum europäischen Kriege. Und ein solcher Krieg ist für Österreich zu gefährlich, als daß es ebenso wie irgendein anderes Land mit vollem Bewußtsein eine solche Katastrophe hervorrufen würde." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 535f.

* Siehe Bd. XXXI, Kap. CCLXVIII, Nr. 11587.

** Siehe Nr. 12090.

Nach der Potsdamer Entrevue seien wir bekanntlich zu schriftlichen Abmachungen durchaus bereit gewesen; Rußland aber habe sie ablehnen zu sollen geglaubt, nicht allein in Rücksichtnahme auf seinen französischen Verbündeten, sondern auch auf seinen englischen Freund, und wir hätten uns mit Rußlands Wort zufrieden gegeben.

Nach jenen Vorgängen ist es eine etwas starke Zumutung, wenn Rußland jetzt an uns das Ansinnen stellt, wir sollten auf unsern östereichisch-ungarischen Verbündeten einen formellen Druck ausüben. Dieses Ansinnen ist um so befremdlicher im gegenwärtigen Augenblick, da Rußland den chauvinistischen Hetzereien seines Bundesgenossen gegen uns durch sein Stillschweigen geradezu Vorschub geleistet, zum mindesten aber sehr lange Zeit gebraucht hat, ehe es sich zu einigermaßen abschwächenden Kommentaren zu den russisch-französischen Marineabmachungen bereit gefunden hat.

Eine von uns auf Österreich-Ungarn geübte Einwirkung, wie sie Herrn Sasonow vorzuschweben scheint, würde nur zu geeignet sein, das Bundesverhältnis in unerwünschter Weise zu beeinflussen, und dies in einem Moment, wo wir im Gegenteil — dem Beispiele Rußlands folgend — alle Veranlassung haben, den Beziehungen zu unserem Verbündeten besonders sorgfältige Pflege angedeihen zu lassen.

Euer pp. werden weiterhin darauf hinweisen können, daß es kaum üblich sei, ein auf rein theoretischer Basis gegründetes Mißtrauen, wie es Herr Sasonow geäußert hat, zum Gegenstande irgendwelcher positiver Vorhaltungen zu machen. Denn wir seien nach wie vor der Überzeugung, daß Österreich-Ungarn eine aggressive Politik auf dem Balkan nicht plane. Die erneute mündliche Wiederholung dieser schon des öfteren zum Ausdruck gebrachten Überzeugung müsse Rußland genügen.

An geeigneter Stelle werden Euer pp. auch einfließen lassen können, daß Zeitungsnachrichten zufolge zwischen den Mächten der sogenannten Tripelentente angeblich ein Meinungsaustausch über das Problem der Meerengenfrage stattgefunden habe, ohne daß indessen den Dreibundmächten über das eventuelle Ergebnis jener für die Balkan- wie für die allgemeine Politik gleich wichtigen Konversationen Mitteilungen oder Andeutungen gemacht worden wären*.

Kiderlen

* Vgl. dazu den streng vertraulichen Brief des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo an Sasonow vom 14. August (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 215f.). Nach Sewastopulo hätten sich sowohl der deutsche und der österreichische Geschäftsträger wie der türkische Botschafter auf Grund der Zeitungsenthüllungen bei dem Politischen Direktor am Quai d'Orsay Paléologue nach den Besprechungen erkundigt, „die kürzlich zwischen den Mitgliedern des Dreiverbandes hinsichtlich der orientalischen Angelegenheiten stattgefunden haben." Namentlich bezeigte der türkische Botschafter Rifaat Pascha große Wißbegierde, ob bei jenen Besprechungen auch die Meerengenfrage berührt sei. Paléologue habe darauf bemerkt, daß er es nicht für angängig erachte, den Botschafter in die Einzelheiten der Unterhandlungen zwischen den Mächten der Tripelentente einzuweihen; im übrigen

Nr. 12104

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 244 St. Petersburg, den 19. August 1912
[pr. 21. August]

Bei Besprechung des Vorschlags des Grafen Berchtold hat sich Herr Neratow meinem österreichischen Kollegen gegenüber dahin geäußert, daß der an die Balkanstaaten zu richtende Rat, sich während der türkischen Reformen in Albanien friedfertig zu verhalten, dadurch wesentlich an Wirkung gewinnen würde, wenn damit die Versicherung verbunden werden könnte, daß das Reformwerk seinerzeit auch auf die Konnationalen dieser Staaten ausgedehnt werden solle.

Graf Thurn steht dieser Anregung sympathisch gegenüber.

Pourtalès

Nr. 12105

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 245 Paris, den 21. August 1912

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 906 und unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 183*.

Hiesige Regierung hat auf analoge Schritte in Cetinje und Konstantinopel zu Mäßigung geraten. Neuerdings nachdrücklich Cetinje aufgefordert, Berani zu räumen. Aus türkisch-montenegrinischem Grenzkonflikt befürchtet Paléologue nicht ernstliche Balkangefahren, selbst wenn Türkei unter Mitwirkung Albaner Montenegro erdrückt. Dagegen äußerte Politischer Direktor Besorgnis hinsichtlich Wirkung Graf Berchtoldscher Anregung. Er frage sich, ob nicht daraus erst recht Unruhen,

---

aber habe er die Besorgnisse Rifaat Paschas zu zerstreuen gesucht. Über das Gespräch Paléologues mit dem deutschen Geschäftsträger Freiherrn von der Lancken siehe dessen Bericht vom 9. August (Nr. 293) in Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11588. Dem deutschen Geschäftsträger bestätigte Paléologue geradezu, daß die Tripelententemächte in den letzten Monaten in intimstem Meinungsaustausch über den nahen Orient gestanden hätten, ohne daß jedoch besondere Abmachungen getroffen worden wären. Tatsächlich hatte dieser Meinungsaustausch zu dem Abkommen vom 25. Juni 1912 (vgl. Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11136, S. 428, Fußnote) geführt, in dem allerdings von den Meerengen speziell nicht die Rede war.

* Durch Erlaß Nr. 906 vom 17. August war der Botschaft in Paris die montenegrinische Note vom 10. August (vgl. Nr. 12095, Fußnote***), durch Telegramm Nr. 183 vom 20. August das Konstantinopeler Telegramm Nr. 245 vom 19. August (vgl. Nr. 12099) mitgeteilt worden.

Schutzansuchen an Österreich-Ungarn, gar dessen moralische Verpflichtung zu weiterer Aktion entstehen können*. Nach heut aus Wien telegraphiertem Gerücht habe dortiger türkischer Botschafter** Grafen Berchtold gesagt, das beste Mittel zu von Minister gewollter Beruhigung wäre Zurückziehung seiner Anregung.

* Die Besorgnis in Frankreich, daß die Anregung Graf Berchtolds auf die Einleitung einer großen und den Frieden gefährdenden Aktion hinauslaufe, war so stark, daß das französische Kabinett seinen militärischen Beratern am 22. August einen Fragebogen vorlegte, der von der Voraussetzung ausging, daß Österreich bei einer Balkankrise mit den Waffen intervenieren würde. Siehe diesen Fragebogen im Rapport de la Commission d'Enquête sur les Faits de la Guerre, p. 370s. In den Fragebogen sind einige Sätze eingeschaltet, nach denen die französische Regierung angenommen zu haben scheint, daß im Falle eines österreichischen Einmarsches in Serbien das Petersburger Kabinett aus höheren Gründen „ne prendrait pas la décision immédiate d'un recours aux armes pour sauvegarder les intérêts traditionnels du slavisme dans la péninsule balkanique." Welches diese „höheren Gründe" waren, ergibt sich sehr deutlich aus den Erörterungen, die Poincaré bei seinem Besuch in Rußland (9. bis 16. August) mit Sasanow über die „möglichen Verwicklungen auf dem Balkan" gepflogen hatte. In Sasonows Immediatbericht vom 17. August heißt es darüber: „H. Poincaré hielt es für seine Pflicht hervorzuheben, daß die öffentliche Meinung in Frankreich der französischen Regierung nicht gestatten würde, sich in reinen Balkanangelegenheiten für ein militärisches Vorgehen zu entscheiden, wenn nicht Deutschland daran beteiligt sei und durch seine eigene Initiative einen casus foederis schaffe. In letzterem Falle könnten wir selbstredend auf die genaue und restlose Erfüllung der Pflichten Frankreichs uns gegenüber rechnen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 223f. Ob danach die Rückschlüsse, die Emile Bourgeois aus dem „Questionnaire" auf die Friedensliebe Frankreichs und Rußlands ziehen will, als zwingend angesehen werden können, ist dahinzustellen. Wenn Rußland bei einem kriegerischen Auftreten Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht gleich „la décision immédiate d'un recours aux armes" nehmen wollte und sollte, so konnte immerhin der tiefere Sinn der sein: den Dingen erst eine solche Wendung zu geben, daß Deutschland als Angreifer dastand und Frankreich de jure Rußland zu unterstützen hatte.
Die wirkliche Auffassung der französischen Regierung tritt mit besonderer Klarheit in dem Bericht heraus, den Iswolsky am 12. September brieflich über eine kurz vorher stattgefundene Unterredung mit Poincaré erstattete. Danach setzte der französische Ministerpräsident allerdings voraus, daß ein kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland „selbstverständlich" nicht gleichgültig lassen und wahrscheinlich zu einem allgemeinen Kriege führen werde. Poincaré gab sich, wie er sagte, vollste Rechenschaft darüber, daß das eine oder andere Ereignis, z. B. die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien, Rußland zwingen könne, seine passive Rolle aufzugeben und zunächst seine Zuflucht zu einer diplomatischen Aktion und dann zu einer militärischen Intervention gegen die Türkei oder Österreich zu nehmen. In derartigem Fall werde Frankreich seinem Bundesgenossen die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen; aktive militärische Maßregeln freilich könne in dieser Phase der Ereignisse die französische Regierung im Hinblick auf Parlament und öffentliche Meinung nicht versprechen. „Wenn aber der Konflikt mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen würde, so erkenne die französische Regierung dies im voraus als casus foederis an und würde nicht einen Augenblick zögern, die Verpflichtungen, die sie Rußland gegenüber auf sich genommen hat, zu erfüllen." Stieve, a. a. O., II, 250f. Poincaré selbst sucht freilich in seinem jüngst erschienenen Buch: Au Service de la France II, 198ss. den Bericht Iswolskys, den er „pittoresque et un peu chargé de couleurs" nennt, nach Möglichkeit zu entkräften.
** Mavrogeni Pascha.

Ganz vertraulich mitteilt ferner Paléologue Gerücht aus Konstantinopel, wonach russischer Botschafter bereits Demarche bei der Pforte „im Sinne des Grafen Berchtold" gemacht habe. Nach Paléologue würde Rußland damit bezwecken, nunmehr erklären zu können, daß es alles in seiner Macht Stehende getan habe und bitten dürfe, hinfort unbehelligt zu bleiben. Lancken

Randbemerkung von Kiderlens:
Österreich hat ja gar keine Demarche, sondern Gedankenaustausch beantragt.
K.

Nr. 12106

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Wien, den 21. August 1912

Wie Baron Macchio mir sagt, haben gestern Nachrichten aus Cetinje sehr beunruhigend gelautet, da österreichisch-ungarischer Gesandter befürchtet, König Nikolaus könnte Drängen Kriegspartei nachgeben und auf Inanspruchnahme türkischer Truppen durch Albanesen bauend losschlagen. Auch Markgraf Pallavicini hat anläßlich Besetzung von Berani alarmierend berichtet. Baron Giesl, der allgemeine Weisung hat, König von Montenegro zur Ruhe zu mahnen, ist daher gestern beauftragt worden, sich eventuell energischen Schritten russischen Gesandten wegen Berani anzuschließen.* Da infolge friedlichen Abzugs der Albanesen von Üsküb türkische Truppen für Verwendung gegen Montenegro frei geworden, hofft hiesige Regierung, daß König Nikolaus klein beigeben wird, zumal nunmehr Arnauten gemeinsame Sache mit türkischen Truppen gegen ihn machen würden. Stolberg

Nr. 12107

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Cetinje, den 21. August 1912

Der bulgarische Gesandte** ist plötzlich nach Sofia gereist. Ich habe Grund zu Annahme, daß der König durch ihn wegen gemeinsamer Aktion

* Vgl. das Telegramm des russischen Gesandten in Cetinje A. von Giers an Sasonow vom 19. August. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 521.

** Koluschew. Näheres über die Mission Koluschews nach Sofia und die Stellungnahme der bulgarischen Regierung bei Iv. E. Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 84. Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident mißt der Mission Koluschews und der im Anschluß an sie gefaßten zustimmenden Entschließung des bulgarischen Minister-

gegen die Türkei sondieren läßt. Der serbische Gesandte* sagte mir, ein analoger Versuch in Belgrad sei mißlungen**.[1] Eckardt

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Letzteres hat mir der hiesige serbische Geschäftsträger streng vertraulich bestätigt.

Nr. 12108

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 184 Berlin, den 23. August 1912

Auf Telegramm Nr. 245***.

Bitte gelegentlich in geeignet scheinender Form bei Minister des Äußern auf Paléologues Äußerungen zu Berchtoldscher Anregung zurückkommen unter Hinweis, daß bloßen Gerüchten — anscheinend nur Berchtoldscher Aktion ungünstigen — unverhältnismäßige Beachtung geschenkt werde. Insbesondere nicht ganz erfindlich, wie Auffassung möglich, daß Rußland durch „Demarche im Sinne des Grafen Berchtold" in Konstantinopel Prävenire spielen könnte, da österreichischer Vorschlag bekanntlich eben nicht „Demarche" sondern „Gedankenaustausch" unter den Mächten bezwecke. Bitte auch durchblicken lassen, daß Versuche französischer Blätter, uns als Gegner oder mindestens sehr laue Anhänger Berchtoldschen Vorschlags hinzustellen†, hier nicht unbemerkt geblieben.

rats, die in einem Konseil beim Könige am 26. August bestätigt wurde, entscheidende Bedeutung bei: „Et nous décidâmes à l'unanimité ce que le conseil des ministres avait déjà décidé, c'est à savoir d'accepter la proposition du Monténégro et de nous aboucher rapidement avec la Serbie et la Grèce dans le but d'arriver à une entente pour une intervention immédiate des alliés en faveur de la population chrétienne de la Turquie d'Europe." Den weiteren Verlauf der Dinge, nachdem Koluschew mit der Autorisation, den mündlichen Akkord mit Montenegro abzuschließen, nach Cetinje zurückgekehrt sei, schildert Geschow (a. a. O., p. 85 s.) folgendermaßen: „De mon côté j'engageai des pourparlers avec les ministres de Serbie et de Grèce, MM. Spalaïkovitch et Panas, dont le premier partit immédiatement pour Belgrade, d'où il rentra le 18/31 août. M. Tocheff, notre ministre à Belgrade, le suivit à Sofia. Tandis que l'échange d'idées avec la Serbie se faisait par l'entremise de nos ministres plénipotentiaires, les pourparlers avec la Grèce se poursuivaient par télégrammes. Le 8/21 septembre, M. Daneff se rendit à Nisch. La peur des Serbes d'une intervention éventuelle de l'Autriche était très justifiée, et nous dûmes nous en occuper aussi sérieusement que des conseils amicaux que M. Sazonoff nous prodiguait de ne pas pousser l'affaire jusqu'à la guerre. Après un examen bien mûri de la situation, nous nous étions rapprochés de l'entente désirée avec nos alliés quand, tout à coup, le 16/29 septembre, je reçus de Constantinople l'avis que la Turquie avait décrété la mobilisation générale. A cette mobilisation turque nous répondîmes, le 17 septembre/1 octobre, par la mobilisation des forces armées des quatre Etats alliés."

* Gawrilowitsch.

** Das obige Telegramm wurde durch Telegramm Nr. 78 vom 23. August nach Wien mitgeteilt.

*** Siehe Nr. 12105.

† Vgl. Nr. 12092.

Ganz vorsichtig läßt sich vielleicht andeuten, daß der von Politischem Direktor anscheinend eingenommene Standpunkt doch wohl nicht ganz mit amtlicher Antwort französischer Regierung auf Berchtoldsche Anregung übereinstimme.

Kiderlen

Nr. 12109

Der Gesandte in Bern Alfred von Bülow, z. Z. in Bad-Gastein, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen*

Eigenhändiger Privatbrief

Bad-Gastein, den 22. August 1912

Der Herr Reichskanzler beauftragt mich, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß es ihm im Hinblick auf seinen bevorstehenden Besuch beim Grafen Berchtold in Buchlau (Anfang September) erwünscht wäre, eine etwas ausführlicher abgefaßte Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes zu erhalten, die ihn über die jüngsten politischen Vorgänge informierte, und deren er sich als Grundlage für seine Besprechungen mit dem Grafen bedienen könnte.

Der Herr Reichskanzler möchte ferner Euerer Exzellenz Ansicht darüber erfahren, ob es angezeigt ist, daß ich ihn nach Buchlau begleite. Seiner Exzellenz wäre dies an sich aus dienstlichen Gründen angenehm; er hegt nur das Bedenken, daß hierdurch der Besuch vielleicht einen offizielleren Charakter erhält, als wie er ihn ursprünglich der Buchlauer Zusammenkunft zu geben beabsichtigte.

Mit Rücksicht auf meine eventuelle vorherige Anmeldung beim Grafen Berchtold würde Seine Exzellenz eine tunlichst baldige Beantwortung dieser Frage mit Dank erkennen.

Der Herr Reichskanzler wünscht diese Gelegenheit noch zu benutzen, um Euere Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß er durch Vermittelung des Grafen Pourtalès von Ludwig Stein** einen vom 16. August datierten Privatbrief aus Petersburg erhalten habe, worin dieser ihm unter anderem Mitteilungen über eine politische Unterredung mit Kokowzow macht. Dieses an demselben Tage (16. August) stattgehabte Gespräch gipfelt darin, bei allen Besprechungen mit Poincaré habe man strenge daran festgehalten, daß an den Abmachungen in Potsdam und Baltischport nicht gerüttelt werden könne. Auch Sasonow sei als Träger der Potsdamer Unterredungen „nicht um Haaresbreite" von der mit dem Herrn Reichskanzler vereinbarten Linie abgewichen.

* Der Gesandte in Bern Alfred von Bülow war dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der am 10. August zur Kur in Bad-Gastein eingetroffen war, zur Erledigung von Dienstgeschäften attachiert.

** Professor Ludwig Stein, Herausgeber der Zeitschrift „Nord und Süd".

Kokowzow habe somit Wert auf die Versicherung gelegt, daß durch den Besuch Poincarés in Petersburg in der russischen Gesinnung und Haltung Deutschland gegenüber nichts geändert worden sei.

Stein behält sich vor, den weiteren Inhalt dieser seiner Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten dem Herrn Reichskanzler gelegentlich in Berlin mitzuteilen.

Da Stein seinen Brief behufs Weiterbeförderung dem Grafen Pourtalès offen zugestellt hat, so ist dieser bereits über den Inhalt informiert.

Der Herr Reichskanzler hat sich Herrn Stein gegenüber darauf beschränkt, ihm den Empfang des Schreibens mit einigen farblosen Dankesworten in einem Privatbriefe zu bestätigen, der ihm an seine deutsche Adresse durch das Auswärtige Amt zugestellt werden soll.

Bülow

Nr. 12110

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 840 London, den 22. August 1912

Das Reuterbüro erfährt, daß man in Bulgarien mit Ungeduld darauf warte, Näheres über die Punkte zu erfahren, auf die sich der Meinungsaustausch zwischen den Großmächten beziehen werde. Die farblos gehaltene Anregung Österreichs habe Befürchtungen erregt, da sie darauf hinauszulaufen scheine, den Status quo zu erhalten und der türkischen Politik der Dezentralisation das Rückgrat zu steifen, die nur den Albaniern zugute kommen werde*.

Man habe in ganz Europa die Empörung Bulgariens über das Blutbad von Kotschana** durchaus nicht richtig eingeschätzt.

* Auch das zeitlich annähernde Zusammenfallen des Berchtoldschen Vorschlages (15. August) mit dem Vorstoß der Montenegriner auf Berani (17. August) und der Mission Koluschews nach Sofia (26. August) deutet auf einen Zusammenhang. Etwas anders stellte allerdings später der griechische Gesandte in Wien Streit die Wirkung des Berchtoldschen Schrittes auf die Balkanstaaten dar: „Die allerseits bereits bestehende hochgradige Spannung habe dazu geführt, daß man in allen vier Balkanstaaten die größten Erwartungen an diesen Schritt geknüpft habe. Und als dann Woche auf Woche verstrichen sei, ohne daß irgendein greifbares Ergebnis sich gezeigt habe, sei man zu der Erkenntnis gelangt, daß den Balkanstaaten, die völlig im dunkeln gelassen worden seien über die eigentlichen Absichten der Mächte wie über den Umfang und die Natur eventueller von der Pforte zu gewährender Reformen, nichts anderes übrig bleibe, als sich selbst zu helfen." Vgl. Kap. CCLXIII, Nr. 12254.

** Am 1. August waren durch die Explosion von zwei Höllenmaschinen im Basar von Kotschana im Wilajet Kossowo 47 Personen getötet und noch weit mehr verwundet worden. In einem Bericht des Gesandten von Below vom 9. August (Nr. 55) heißt es darüber: „Das jüngste Bombenattentat in Kotschana ist ein Glied mehr in der Kette trauriger Verbrechen, die von Zeit zu Zeit von mazedonischen Desperados in der Hoffnung verübt werden, die nationalen Leidenschaften zu entfesseln, um dann für eigene Rechnung bzw. für diejenige ihrer Auftraggeber im trüben zu fischen, ohne

Für Bulgarien gebe es nur noch zwei Lösungen der Frage: entweder lokale Selbstverwaltung für Mazedonien unter europäischer Kontrolle, wie im Artikel XXIII des Berliner Vertrages festgelegt, oder Krieg mit der Türkei.

Wie ich verschiedentlich aus Journalistenkreisen höre, soll der hiesige bulgarische Gesandte* eine kriegerische Sprache führen. Das Reuter-Interview stammt zweifellos aus der bulgarischen Gesandtschaft.

R. v. Kühlmann

Nr. 12111

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 Cetinje, den 23. August 1912

Österreichischer Gesandter empfahl nach Besprechung mit mir seiner Regierung, dahin zu wirken, daß Mächte hier erklärten, sie würden Grenzregulierung wohlwollendes Interesse schenken, wenn Montenegro sofort demobilisiere.

Meines Dafürhaltens würde König dann seine kriegerischen Minister, die er mir heute als „fous" bezeichnete, lahmlegen.

Eckardt

Nr. 12112

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Legationsrats von Rosenberg

Nr. 122 Berlin, den 23. August 1912

Ew. pp. sind ermächtigt, nach Rücksprache mit Pallavicini Pforte unter Hinweis auf unsere Vorstellungen in Cetinje von übereilten Maßnahmen abzuraten.

Kiderlen

---

viel danach zu fragen, wie viele Unschuldige dabei zugrunde gehen. Aus dieser nüchternen Erkenntnis der Sachlage heraus hat der an sich so bedauerliche Vorfall in hiesigen amtlichen Kreisen einen verhältnismäßig geringen Eindruck gemacht. Herr Geschow sprach mir darüber ohne viel innere Erregung, wie jemand, der weiß, daß so etwas eben vorkommt, und daß der politische Verdruß, der aus einer solchen Untat erwächst, für die türkische Regierung und für die bulgarische ungefähr der gleiche ist. Man hat von hier aus natürlich in Konstantinopel protestiert und strengste Bestrafung der Schuldigen verlangt, aber wohl ohne irgendwelche Illusionen hinsichtlich der Wirkung einer solchen Demarche. Denn der Ministerpräsident und sein Kabinett dürften ja selbst keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, wo die Bomben gewachsen sind, und auf wessen Geheiß bzw. durch wen sie geschleudert wurden. Aber trotz ehrlichen Bemühens ist es der jetzigen Regierung nicht möglich, dem Unfug gänzlich zu steuern, und sie kann nur ihren Einfluß dahin geltend machen, zu verhindern, daß derartige Machenschaften eine ernstliche Trübung der Beziehungen zur Türkei im Gefolge haben."

* Madjarow.

Nr. 12113

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Cetinje, den 23. August 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 9*.

Meine Kollegen von Rußland, Österreich, Frankreich** und ich machten heute Demarche. Der König bat mich als Antwort zu übermitteln, er wünsche rückhaltlos Erhaltung des Friedens und wäre der Kaiserlichen Regierung zu Dank verpflichtet, wenn sie dies in Konstantinopel zum Ausdruck bringe. Strengste Maßregeln seien getroffen, daß auch künftig kein Montenegriner an etwaigen jenseitigen Kämpfen teilnehme. Betreffs der Frage der Grenzregulierung erbittet er das hohe Wohlwollen der Kaiserlichen Regierung***.

Eckardt

Nr. 12114

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Wien, den 24. August 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 78†.

Wie Baron Macchio mir von sich aus sagt, hat auch Baron Giesl plötzliche Abreise dortigen bulgarischen Gesandten nach Sofia gemeldet und Vermutung ausgesprochen, daß es sich um Sondierung wegen gemeinsamer Aktion gegen Türkei handle. Letzteres sei zwar nur Kombination, aber nach Lage der Dinge nicht unwahrscheinlich. Bestätigung aus Sofia liegt noch nicht vor.

Man hat hier Vertrauen in friedliche Haltung Bulgariens und hält eventuelles Zusammengehen Serbiens mit Montenegro wegen gegenseitiger unfreundlicher Beziehungen für fast ausgeschlossen.

Österreichischer Konsul Mitrowitza hat noch am 22. August über ununterbrochene Kämpfe bei Berani berichtet.

Stolberg

---

* Siehe Nr. 12099.

** Aynard.

*** Das obige Telegramm wurde durch Telegramm Nr. 125 vom 24. August nach Konstantinopel, durch Telegramm Nr. 79 vom gleichen Tage nach Wien mitgeteilt.

† Vgl. Nr. 12107 S. 68, Fußnote **.

Nr. 12115

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 252 St. Petersburg, den 22. August 1912
[pr. 24. August]

pp.* Der Zar ging dann auf die Lage im nahen Orient über und kam zunächst auf Montenegro zu sprechen. Seine Majestät erklärte, er habe in Cetinje keinen Zweifel darüber gelassen, daß Montenegro im Falle einer aggressiven Haltung auf keine Unterstützung von Rußland zu rechnen haben werde. Seine Majestät bemerkte, die Lage sehe augenblicklich einigermaßen kritisch aus, da montenegrinische Streitkräfte den unzweifelhaft auf türkischem Gebiet liegenden Ort Berani besetzt hätten. Er höre auch aus Cetinje, daß gegenwärtig dort die Militärpartei Oberwasser habe. Russischerseits würden jedenfalls fortwährend dringende Ratschläge zur Mäßigung erteilt. Es sei nur zu hoffen, daß die Türken nicht gleich ihrerseits zum Angriff übergingen.

Wegen Bulgarien äußerte sich Seine Majestät weniger besorgt, alles komme allerdings darauf an, daß sich Zwischenfälle wie der von Kotschana nicht wiederholten.

Die heute hier eingetroffenen besseren Nachrichten über die Lage in Albanien begrüßte Seine Majestät. Der Kaiser fügte hinzu, es könnten allerdings neue Schwierigkeiten entstehen, falls die Türkei den Albanesen sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht haben sollte, welche die kleinen Balkanstaaten alsdann auch für die anderen Nationalitäten beanspruchen würden.

Angesichts der gegenwärtigen schwierigen Lage im nahen Orient bezeichnete der Monarch als erfreulichen Umstand den bei allen Großmächten erkennbaren Wunsch, sich untereinander für den Fall des Eintritts größerer Verwicklungen zu verständigen. Seine Majestät sprach sich dabei im Sinne der im Interesse des europäischen Friedens wünschenswerten Annäherung der Mächtegruppierungen aneinander aus. In Baltischport sei ja auch in dieser Richtung gearbeitet worden.

Den Vorschlag des Grafen Berchtold berührte der Kaiser nicht.

Den italienisch-türkischen Krieg streifte Seine Majestät nur mit einigen verächtlichen Worten.

F. Pourtalès

---

* Der Anfang des Berichts, der eine Audienz des Grafen Pourtalès bei dem Zaren vom 22. August 1912 behandelt, gibt Äußerungen Nikolaus' II. über einen bevorstehenden Besuch des Prinzen Heinrich in Spala und über die Zusammenkunft in Baltischport wieder.

Nr. 12116

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 252 Konstantinopel, den 25. August 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 125*.

Auswärtiger Minister erwiderte, die Pforte tue alles, um den Konflikt zu vermeiden. Gefahr liege in der kriegerischen Stimmung der keiner Einwirkung zugängigen albanischen Grenzstämme, deren Erregung durch Mobilisierung Montenegros aufs höchste gestiegen. Frieden sei gesichert, wenn Mächte, anstatt allgemeine Ratschläge zu geben, auf sofortiger Demobilisierung in Cetinje bestünden. Wangenheim

Nr. 12117

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 Wien, den 26. August 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 79 vom 24. d. Mts*.

Laut Bericht des österreichisch-ungarischen Gesandten Cetinje haben sämtliche dortigen Gesandten gleichlautende Demarche gemacht. König hat darauf dem russischen Gesandten eine für alle Kollegen bestimmte schriftliche Antwort erteilt, worin er aufrichtigste Friedensabsichten beteuert und Unterlassung jeglicher aggressiver Maßnahmen verspricht. Man hofft hier, daß Demarche dem König festen Rückhalt gegen Vorwärtsdrängen des Ministeriums bieten wird.

Baron Macchio beurteilt im allgemeinen Lage heute günstiger. Nach Telegramm österreichisch-ungarischen Konsulats Üsküb von heute früh sind türkische Truppen von montenegrinischer Grenze zurückberufen, teilweise bereits nach Üsküb zurückgekehrt. Stolberg

Nr. 12118

Der Geschäftsträger in Bukarest Graf von Waldburg, z.Z. in Sinaia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Sinaia, den 26. August 1912

Graf Berchtold** teilte mir streng vertraulich mit, Herr Neratow habe gesprächsweise österreichischem Botschafter gesagt, Rußland

* Vgl. Nr. 12113, Fußnote ***.

** Der österreich-ungarische Außenminister hatte am 24. August dem rumänischen Hofe einen Besuch in Sinaia abgestattet.

wünsche Privilegien, die Albanesen etwa erteilt werden sollten, auch auf die anderen christlichen Nationalitäten ausgedehnt*. Französischer Botschafter Wien** hat gestern offizielle Antwort Anregung des Grafen Berchtold in gleichem Sinne erteilt***.

Waldburg

Nr. 12119

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 273 Therapia, den 24. August 1912
[pr. 27. August]

Die Anregung des Grafen Berchtold erscheint hier als ein Zug auf dem Schachbrett der hohen Politik und als eine Folge der Petersburger Verkündung, daß zwischen Rußland und Frankreich volles Einvernehmen über alle auswärtigen Fragen und also auch über die Balkanfragen erzielt worden sei. Österreich, nimmt man an, hat mit einem Programm zur Lösung der Balkanschwierigkeiten auf den Plan treten wollen, noch bevor das vermutete Projekt der Tripelentente der Öffentlichkeit übergeben wird†. Der rasche Entschluß des Leiters der österreichischen Politik mag auch durch die Berichte des Markgrafen Pallavicini beeinflußt gewesen sein. Mein österreichischer Kollege hat zweifellos von den Unterhaltungen Meldung erstattet, welche er in der letzten Zeit wiederholt mit Herrn von Giers über die Beziehungen der Türkei zu Bulgarien und Montenegro geführt hat. Bei einer dieser Konversationen, welcher ich zufällig beiwohnte, platzten die Ansichten meiner Kollegen ziemlich hart aufeinander. Herr von Giers forderte, daß wegen der Vorgänge in Kotschana ein ernstes Wort mit der Türkei geredet werde, während Markgraf Pallavicini die Bulgaren anklagte und die Türken entschuldigte. Auch für die Zwischenfälle an der montenegrinischen Grenze machte Herr von Giers die Türken verantwortlich. Die Schilderung dieses und anderer Gespräche mag in Wien wohl den Eindruck hervorgerufen haben, als ob ein slawophiler Schritt Rußlands mit oder ohne Unterstützung anderer Mächte hier bevorstände. Es galt also, die dezentralistische Neigung der türkischen Regierung zugunsten Albaniens auszunutzen, noch bevor diese Neigung an einer russischen Forderung zugunsten der slawischen Balkanländer erlahmte. Dieses Resultat ist praktisch erreicht. Die Albanesen sind

* Vgl. Nr. 12104.
** Dumaine.
*** Siehe das Telegramm Poincarés vom 22. August an den französischen Botschafter in Wien. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 41s.
† Das wird bestätigt durch die Äußerungen Graf Berchtolds zu Prinz Stolberg vom 17. August. Vgl. dazu Nr. 12101.

wenigstens vorläufig zufriedengestellt und werden Österreich dafür Dank wissen. Rußland kann aber unmöglich eine größere Aktion zugunsten Bulgariens und Montenegros einleiten, solange nicht über den Berchtoldschen Vorschlag entschieden ist, welcher eine Mahnung an Serbien, Bulgarien und Montenegro und eine Art von Belobigung der Türkei vorsieht.

Bei diplomatischen Aktionen entscheidet noch mehr als bei anderen Dingen ausschließlich der Erfolg. Einen solchen hat Österreich zweifellos davongetragen[1]. Außer den Österreichern und Ungarn wird aber wohl niemand über die Methode des österreichischen Vorgehens eine besondere Freude empfunden haben. Das Exposé des Grafen Berchtold*, welches mir mein österreichischer Kollege zu lesen gab, ist zwar stilistisch glänzend redigiert. Unter der diplomatischen Lupe aber erkennt man nur allzu leicht die spezifisch österreichische Tendenz des Elaborats. Man fühlt deutlich heraus, daß es Österreich hauptsächlich auf eine Dämpfung der aggressiven Tendenzen der kleinen Balkanstaaten ankommt, und daß die der Türkei zu erteilenden Ratschläge die Nebensache sind. Trotzdem bildet gerade der Vorschlag einer médiation amicale bei der Türkei einen Fehler der Anregung. An ihn knüpft die Kritik der Gegner an, und an ihm stoßen sich die Türken. Von den Kabinetten der Großmächte ist zwar der Vorschlag mit einer höflichen Verbeugung entgegengenommen worden. Von den Alliierten Österreichs war das selbstverständlich, und die Courtoisie der Ententemächte erklärt sich damit, daß dieselben kein Interesse haben, Österreich zu kränken und noch näher an Deutschland heranzudrängen. Wie anders würde das Urteil der Ententemächte lauten, wenn die Initiative von uns ausgegangen wäre! In Wirklichkeit ist keine der beteiligten Mächte, soweit es wenigstens die Sprache der hiesigen Vertreter derselben erkennen läßt, mit dem Grafen Berchtold einverstanden. Von den Balkanstaaten, die abgekanzelt werden sollen, ist dies begreiflich. Ebenso von Rußland, das durch den Zug Österreichs vorläufig außer Gefecht gesetzt ist. In der Tat läßt denn auch ein längeres Telegramm, welches Herr von Giers aus St. Petersburg erhalten und welches er dem Markgrafen Pallavicini zu lesen gegeben hat, die Mißstimmung der russischen Regierung deutlich erkennen. Unter anderem heißt es in dem Telegramm, es sei dem österreichischen Vertreter in Petersburg erwidert worden, daß Rußland Pressionen auf die Balkanstaaten, wie sie Graf Berchtold wünsche, schon seit langem allein ausgeübt habe. Der englische Geschäftsträger** ist gleichfalls nicht zufrieden, und Herr Bompard bezeichnete sowohl mir als auch dem Markgrafen Pallavicini den österreichischen Vorschlag als unverständlich. Es sei im höchsten Grade bedenklich, der schon an und für sich schwachen türkischen Regierung Belehrungen zu geben, die nach einer Intervention aussähen und sicherlich auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen würden. Die Ratschläge seien aber auch sonst verfehlt. Die Mahnung zur

* Vgl. Nr. 12087, Fußnote *.
** C. M. Marling.

Fortsetzung der Dezentralisierung sei gleichbedeutend mit einer Aufforderung an die Balkanvölker, ihre gefährlichen Treibereien fortzusetzen.

Über den Eindruck der Kundgebung auf die Türken habe ich anderweitig Meldung erstattet*. Die Äußerungen der hiesigen Presse sind in einem besonderen Berichte zusammengestellt**. Diese Auslassungen geben indessen die Stimmung nicht vollständig wieder. Von der Regierung, die kein Interesse hat, in den gegenwärtigen Zeitläuften sich mit Österreich zu überwerfen, wird auf die Presse beruhigend eingewirkt. Die türkischen Staatsmänner aber, die ich in den letzten Tagen gesprochen habe, lassen sich mit Ausnahme des vorsichtigen Ministers des Auswärtigen recht erbittert über die angebliche Absicht des Grafen Berchtold aus, die Großmächte in die Auseinandersetzungen der Türkei mit ihren Nachbarn einzumischen. Immer wieder höre ich das Wort „Reval". Österreich, meint man, will eine neue Ära der Interventionen einleiten, welche die Türkei an den Rand des Abgrunds und zu ihrer Zerstückelung führen werde. Diese übertriebenen Besorgnisse hätten sicherlich keine Wurzeln schlagen können, wenn in dem österreichischen Projekt nicht zu wiederholten Malen das Wort Dezentralisation vorkäme. Dieser Ausdruck, welchen die türkische Sprache nicht einmal richtig wiedergeben kann, gestattet die verschiedensten Interpretationen. Selbstverständlich rechnen die Türken zunächst mit der für sie gefährlichsten Auslegung. Würde tatsächlich von den Mächten die Erteilung von Ratschlägen im Sinne des österreichischen Antrags an die Türkei beschlossen, so würde der jetzt schon latente Widerstand der Türken gegen eine solche Bevormundung offen zutage treten. Sie würden sich die fremde Einmischung wahrscheinlich energisch verbitten. So weit wird es aber kaum kommen. Denn wenn nicht alles trügt, wird die Initiative Berchtolds sich nicht zu einer gemeinsamen Aktion der Mächte auswachsen. Österreich selbst kann es ziemlich gleichgültig sein, was aus der Sache wird, nachdem es die spezifisch österreichischen Ziele seiner Demarche erreicht hat[1].

Vom deutschen Standpunkt aus betrachtet gibt das österreichische Vorgehen noch zu folgender Bemerkung Anlaß. Die Mächte der Tripelentente pflegen sich über ihre politischen Ziele zu verständigen, so daß sie den Eindruck der Geschlossenheit machen, wenn eine von ihnen mit einem Vorschlag an die Gesamtheit der Mächte herantritt. Unter unseren Bundesgenossen hat sich dagegen mehr und mehr die Gewohnheit eingebürgert, wichtige Beschlüsse auf internationalem Gebiete zu fassen und in Taten umzusetzen, ohne die Kaiserliche Regierung davon vorher zu orientieren und ohne ihr Einverständnis nachzusuchen. Viele gewagte Unternehmungen Italiens und Österreichs wären überhaupt nicht möglich gewesen, wenn diese Länder nicht fest auf den Rückhalt der Tripelallianz hätten bauen können. Es wird mit Deutschlands Machtstellung gearbeitet, ohne uns zu fragen, ob wir geneigt sind, unsere Kräfte für die

* Vgl. Nr. 12093.
** Bericht Nr. 271 vom 22. August.

Spezialinteressen unserer Alliierten einzusetzen. Hinterher bleibt uns nichts übrig, als die Unternehmungen unserer Freunde zu unterstützen. Ein Zögern Deutschlands würde den Anschein erwecken, als ob die Tripelallianz in die Brüche ginge[2]. Weder vor der Annexion Bosniens sind wir von Österreich noch vor Ausbruch des tripolitanischen Krieges von Italien konsultiert worden. Auch jetzt glaube ich nicht fehlzugehen in der Annahme, daß Graf Berchtold, auf den Fußtapfen seines Vorgängers wandelnd, es unterlassen hat, sich unseres Einverständnisses zu versichern, bevor er seine Anregung der Gesamtheit der Mächte unterbreitete. Nun ist aber Deutschland hier durch das Projekt Berchtold in eine recht schwierige Lage gebracht worden[3]. Denn die Türken sind durch vielfache Erfahrungen — zuletzt noch bei der Frage der Eröffnung der Meerengen* — so sehr an das Zusammengehen Deutschlands und Österreichs gewöhnt, daß sie diese beiden Länder beinahe als eine einzige Macht betrachten. Infolgedessen ist auch bei ihnen der Glaube nicht zu zerstören, daß die Berchtoldsche Demarche von uns gebilligt sei und einen gemeinsamen Schachzug der deutsch-österreichischen Politik darstelle. Deshalb wendet sich das türkische Mißvergnügen mit Österreich auch gegen uns. In der Presse ist dies bisher zwar nicht zum Ausdruck gekommen. Dafür geht es aber deutlich aus den Gesprächen hervor, die ich mit den maßgebenden türkischen Persönlichkeiten über die Sache geführt habe. Es war natürlich für mich ausgeschlossen, bei diesen Konversationen irgendeine abfällige Kritik an dem Vorgehen unseres Alliierten zu üben[4]. An unserer Solidarität mit Österreich darf hier kein Zweifel entstehen. Darum habe ich zur Beruhigung der Türken den umgekehrten Weg gewählt, das heißt, ich habe ihnen gesagt, weil Deutschland, dessen Abneigung gegen jede Interventionspolitik den Türken bekannt sei, den Berchtoldschen Vorschlag gutheiße, sei es gänzlich ausgeschlossen, daß Österreich auch nur im entferntesten an eine Einmischung in die innern türkischen Verhältnisse gedacht habe.

Seit gestern macht sich eine beruhigtere Stimmung unter den Türken bemerkbar. Dem Ersten Dragoman der Botschaft wurde auf der Pforte gesagt, es sei dem österreichischen Botschafter gelungen, die Interventionsbesorgnisse der Regierung so ziemlich zu zerstreuen. Die Sache wird also voraussichtlich auch hier ebenso wie zwischen den Mächten im Sande verlaufen. Trotzdem würde der Fall — vorausgesetzt, daß wir tatsächlich von Wien nicht befragt worden sind — sich vielleicht eignen, gelegentlich bei der österreichischen Regierung zur Sprache gebracht zu werden[5].

Wangenheim

Randbemerkungen von Kiderlens:

[1] ?

[2] Ist doch nicht Wangenheims Sache.

[3] !?

[4] hoffentlich!

[5] Der Botschafter hätte, statt uns Lehren zu erteilen, besser getan, den Türken so zu antworten, wie er es nachher auf diesseitige Weisung tat.

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXVI, CCXXXVIII.

Nr. 12120

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 251 Paris, den 28. August 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 184*.

Gelegentlich des Diplomatenempfangs aussprach mich zu Minister des Auswärtigen in befohlenem Sinne über vertrauliche Äußerungen Paléologues und gleichzeitig unfreundliche Stimmen französischer Blätter zu Graf Berchtoldscher Anregung. Erwiderungen Herrn Poincarés gipfelten in folgendem: 1. er sei sich mit Herrn Sasonow von Anfang an völlig einig gewesen, daß auf angeregten Meinungsaustausch bereitwillig einzugehen sei; 2. seine Politik sei dahin gerichtet, daß Dreibund und Tripelentente in ähnlichen Fragen nicht suchen sollten, sich gegenseitig Rang abzulaufen, sondern auf Herstellung europäischen Konzerts hinzuarbeiten**; 3. er äußerte sich befriedigt über türkischerseits ausgesprochene Bereitwilligkeit, christlichen Balkannationen gleiche Zugeständnisse wie Albanern zu machen.

Letzte Stimmungsberichte aus den verschiedenen kleinen Balkanländern beunruhigten ihn etwas. Neuen Verwicklungen durch Kretenser würde energisch entgegengearbeitet werden.

Lancken

---

* Siehe Nr. 12108.

** Diese Äußerung Poincarés steht nicht ganz in Einklang mit seinem Handeln. An demselben 28. August, wo er gegenüber Freiherrn von der Lancken ein getrenntes Vorgehen von Dreibund und Tripelentente perhorreszierte, telegraphierte er an den französischen Geschäftsträger in London de Fleuriau: „Il me paraît désirable qu'une entente intervienne entre la France, l'Angleterre et la Russie pour que des conseils tout à fait amicaux soient donnés à la Sublime Porte en vue de l'extension aux Chrétiens des Balkans des avantages faits aux Albanais." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 45. Am 29. regte Poincaré in Petersburg und London eine Verständigung dahin an, daß die Mächte der Tripelentente Österreich-Ungarn nicht die Initiative bei der Anregung einer Konferenz lassen sollten. Am 30. August betonte er in einem Telegramm an den Botschafter in Petersburg: „Il demeure entendu que le concert des trois Puissances est nécessaire pour toute action collective." Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 51. Am 1. September wies er den Wiener Botschafter Dumaine an, der österreichischen Regierung bemerklich zu machen „que le Gouvernement de la République, fermement attaché à la Triple Entente, ne poursuit en Orient aucun objet d'intérêt exclusif." Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 54. Vgl. dazu die Äußerungen des russischen Geschäftsträgers in Paris Sewastopulo vom 7. September, der bei dem Streben des französischen Ministeriums, sich bei der Aktion der Tripelentente auf Einberufung einer Konferenz in den Vordergrund zu schieben, eigensüchtige Motive witterte. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 246.

Nr. 12121

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Wien, den 28. August 1912

Baron Macchio bat mich heute zu sich und sagte, Graf Berchtold wünsche mir schon jetzt mitzuteilen, daß er, nachdem alle Mächte prinzipiell seinem Vorschlag zugestimmt, nunmehr Rückäußerung an Regierungen zu richten beabsichtige. Diese Mitteilung, deren Wortlaut mir erster Sektionschef vorlas*, erläutert nochmals die Anregung unter Berücksichtigung der teilweise veränderten Lage am Balkan, betont Charakter ausschließlich freundschaftlicher Ratschläge, zurückweist Gedanken an Kollektivschritt, Konferenz, Intervention, hinweist darauf, daß Großwesir dem Markgrafen Pallavicini Ausdehnung der den Albanern gemachten Zugeständnisse auf alle ottomanischen Untertanen anderer Nationalität in Aussicht gestellt hat, und vorschlägt beispielsweise Einwirkung auf die Pforte behufs Sicherung unparteiischer Wahlen zu Parlament und Wilajetkonseil[1]. Ferner enthielt Mitteilung Vorschläge über Modus der der Pforte und den Balkanstaaten von Fall zu Fall zu erteilenden Ratschläge.

Graf Berchtold ließ mir auch sagen, daß er im Hinblick auf Mißdeutungen, denen Vorschläge bereits infolge von Besprechungen in Presse ausgesetzt gewesen, und im Interesse des ersprießlichen Fortgangs der Besprechungen zwischen Kabinetten der hiesigen Presse keine Mitteilungen mehr über weiteren Verlauf machen werde. Entnehme Äußerungen Baron Macchios, daß Minister dankbar wäre, wenn auch ausländischer Presse gegenüber tunlichst Geheimhaltung gewahrt würde.

Stolberg

Randbemerkung von Kiderlens:

[1] Respondeatur, daß wir eine Einwirkung auf Wahlen für bedenklich hielten und eventuell nicht mitmachen würden.

Nr. 12122

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 62 Sofia, den 26. August 1912
[pr. 29. August]

Angeblich um den Volkswillen in energischerer Weise zum Ausdruck zu bringen, ist gestern hier ein aus Delegierten aller politischen

* Siehe den Wortlaut des Berchtoldschen Zirkularerlasses vom 29. August im Österreich-Ungarischen Rotbuche: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan 13. August 1912 bis 6. November 1913. Vgl. auch Nr. 12133.

Parteien und aller Städte des Königreichs bestehender Kongreß zusammengetreten. Nachdem zunächst in öffentlicher Sitzung die traurige Lage der Stammesgenossen in Mazedonien und im Wilajet Adrianopel geschildert worden war, wurde eine geheime Sitzung abgehalten, in welcher über gewisse Eventualitäten beraten worden ist.

Der Kongreß faßte folgenden Beschluß:

1. Er bestehe darauf, daß die bulgarische Regierung die Armee mobilisiere und gleichzeitig bei den Großmächten zu dem Zwecke Schritte unternehme, daß Mazedonien und dem Wilajet Adrianopel eine volle Autonomie gewährt werde, und zwar mit einer nationalen Provinzialversammlung, einer Volksmiliz und einem christlichen Gouverneur an der Spitze, der von der Ortsbevölkerung zu wählen und von den Großmächten zu bestätigen wäre.

2. Sollte in der kürzesten Zeit diese nationale Forderung nicht erfüllt werden, so bestehe der Kongreß darauf, daß der Befreiungskrieg an die Türkei seitens der bulgarischen Regierung erklärt werde, falls dieselbe Erschütterungen von unabsehbaren Folgen im Lande vermeiden wolle.

Nach Verlesung dieses Beschlusses begaben sich die Kongreßmitglieder in Begleitung der mazedonischen Vereinigungen nach dem Zarbefreiermonument, wo gleichfalls kriegerische Reden gehalten worden sind.

Das Regierungsorgan „Mir" kommentiert die gestrige Manifestation in folgender Weise:

„Wir mißbilligen nicht nur die scharfe Sprache und die ungehörigen Auslassungen der Redner bei diesem Kongreß, sondern fordern auch die Staatsanwaltschaft auf, ihre Pflicht zu tun. Aber wir können die gestrigen Kundgebungen nicht unbeachtet lassen. Trotz aller in der letzten Zeit vorgekommenen kriegerischen Manifestationen garantieren wir jedoch, daß der Krieg vermieden werden wird, wenn unverzüglich Maßnahmen zur Schaffung einer leidlichen Verwaltung in Mazedonien und im Wilajet Adrianopel ergriffen werden."

Auch die obenerwähnte Resolution gibt wohl keinesfalls die Auffassung des bulgarischen Volkes in seiner Gesamtheit wieder, das durchaus friedlich gesinnt ist und wohl nur ganz gegen seinen Willen in einen leichtfertigen Angriffskrieg gegen die Türkei getrieben werden könnte, der es um die saüer erworbenen Früchte jahrzehntelanger stiller Arbeit bringen würde. Die Mehrzahl der Teilnehmer an dem Kongreß sowie der größeren Masse des Publikums verhielten sich, wie mir Augenzeugen berichten, auch diesmal durchaus indifferent, was die Überzeugung bestärkt, daß die ganze Vorstellung eigennützigen Zwecken einiger weniger dienen sollte.

von Below

Nr. 12123

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 621 Berlin, den 30. August 1912

Euerer Exzellenz gefälliger Bericht Nr. 273 vom 24. d. Mts.* gibt mir zu nachstehenden Bemerkungen Anlaß.

Zunächst wäre es erwünscht gewesen und hätte sich den Euer pp. bekannten allgemeinen Richtlinien unserer Politik besser angepaßt, wenn Euer pp. bei den maßgebenden türkischen Persönlichkeiten in bestimmterer und eindringlicherer Form für die Berchtoldsche Anregung eingetreten wären.

Sodann dürften die Betrachtungen allgemein-politischer Natur, welche Euere pp. am Schlusse Ihres Berichts an die Berchtoldsche Aktion knüpfen, und die Vorschläge, welche Sie bezüglich einer eventuellen Aussprache mit dem Wiener Kabinett anregen, über den Rahmen der Euerer pp. zufallenden speziellen Berichterstattung einigermaßen hinausgehen.

Es kann nicht die Aufgabe eines Missionschefs bilden, in seinen Berichten auch außerhalb seines Geschäftsberichts liegende politische Themata zu behandeln, beziehungsweise sich an den von der Zentralleitung zu fassenden Entschließungen in beratender Form zu beteiligen.

Erwägungen der gedachten Art und die aus der jeweiligen politischen Situation sich ergebenden Schlußfolgerungen werden vielmehr grundsätzlich der Zentralstelle ausschließlich vorbehalten bleiben müssen.

Euer pp. bitte ich, bezüglich der Berchtoldschen Anregung in enger Fühlung mit Markgraf Pallavicini zu bleiben und Ihre diesbezügliche Sprache türkischen Persönlichkeiten gegenüber tunlichst nach derjenigen Ihres österreichisch-ungarischen Kollegen zu regeln.

Kiderlen

Nr. 12124

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Bad-Gastein

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 4 Berlin, den 30. August 1912

Euerer pp. beehre ich mich beifolgend zwei Berichte des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel vom 22. bzw. 24. d. Mts.**, Abschrift

* Siehe Nr. 12119.

** Bericht Freiherrn von Wangenheims Nr. 271 vom 22. August gab türkische Presseäußerungen über Graf Berchtolds Schritt wieder (vgl. Nr. 12119, S. 77, Fußnote **). Bericht Nr. 273 vom 24. August siehe Nr. 12119.

eines daraufhin an Freiherrn von Wangenheim gerichteten Erlasses* sowie eine telegraphische Instruktion, welche dem Botschafter bereits früher zugegangen war**, in Vorlage zu bringen.

Wie in dem vorerwähnten Erlaß ausgeführt ist, konnte es nicht Freiherrn von Wangenheims Aufgabe sein, der Zentralstelle bezüglich der Österreich-Ungarn gegenüber einzunehmenden Haltung Ratschläge zu erteilen.

Es soll indessen nicht in Abrede gestellt werden, daß es angesichts der Solidarität, welche die sogenannte Tripelentente bei jeder politischen Betätigung zu affichieren liebt, wünschenswert erscheinen würde, wenn auch der Dreibund vor jeder größeren politischen Aktion eines seiner Mitglieder engere wechselseitige Fühlung und eingehenderen Meinungsaustausch pflegte, um dann während jeder einzelnen Phase einer solchen Aktion nach außen möglichst geschlossen zu erscheinen.

Ich habe demgemäß nicht unterlassen, dem Grafen Szögyényi, gleich nachdem die österreichische Anregung hier eingegangen war, eine diesbezügliche Bemerkung zu machen, nicht etwa als Rekrimination, wie ich ausdrücklich dabei betont habe, sondern lediglich als freundschaftliche Anregung für künftighin etwa vorkommende analoge Situationen. Graf Szögyényi hat zugesagt, dies nach Wien gelangen zu lassen. Von einer entsprechenden, durch den Kaiserlichen Geschäftsträger in Wien selbst zu machenden Andeutung habe ich abgesehen, weil eine solche dort vielleicht doch als etwas zu scharf hätte empfunden werden können.

Euerer Exzellenz möchte ich indessen gehorsamst anheimstellen, vielleicht gelegentlich des Besuchs in Buchlau eine Andeutung in obigem Sinne auch dem Grafen Berchtold gegenüber fallen zu lassen.

Kiderlen

Nr. 12125

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 626 Berlin, den 30. August 1912

Mit Beziehung auf voraufgegangene telegraphische Berichterstattung***.

Euere Durchlaucht ersuche ich ergebenst, Graf Berchtold bzw. Baron Macchio zu sagen, daß wir die von dem Wiener Kabinett erwogene Einwirkung auf die Pforte behufs Sicherung unparteiischer Wahlen zu Parlament und Wilajetkonseil, die doch immerhin einen nicht unerheblichen Eingriff in innertürkische Verhältnisse vorstellen würde, für bedenklich halten müßten und uns gegebenenfalls nicht in der Lage sehen würden, an einer derartigen Demarche teilzunehmen.

Kiderlen

* Siehe Nr. 12123.
** Siehe Nr. 12094.
*** Vgl. Nr. 12121.

Nr. 12126

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 857 London, den 28. August 1912
[pr. 30. August]

Der österreichische Geschäftsträger Graf Trauttmansdorff sprach mir längere Zeit über den Vorschlag des Grafen Berchtold und die Lage auf dem Balkan. Vor allem wies er darauf hin, daß die in der französischen Presse verbreitete Nachricht, der Stellungnahme des englischen Kabinetts zur Sondierung des Grafen Berchtold sei ein Meinungsaustausch zwischen den Tripelententemächten vorausgegangen, sicher falsch sein müsse, denn die Frage sei Sir Edward Grey persönlich vorgelegt worden und die Entscheidung so rasch erfolgt, daß ein diplomatischer Meinungsaustausch in der Zwischenzeit nicht hätte stattfinden können*. Ihm werde von verschiedenen Seiten bestätigt, und seine eigenen Eindrücke gingen auch dahin, daß Sir E. Grey bemüht sei, in der Balkanfrage das europäische Konzert zusammenzuhalten[1] und alles zu vermeiden, was ein Wiederaufleben des Antagonismus zwischen den zwei großen Mächtegruppen zur Folge haben könnte. Das Verhalten Rußlands in Montenegro, das als erste Macht sehr nachdrückliche Mahnungen an den König gerichtet habe, beweise, daß es auch Rußland ernstlich um Erhaltung der Ruhe auf dem Balkan zu tun sei; sonst sei die Rolle, welche Rußland in Montenegro gespielt habe, nicht immer gerade friedenfördernd gewesen. Dieser aufrichtige Wunsch der Großmächte nach Vermeidung von Erschütterungen lasse auch die Balkanlage nicht hoffnungslos erscheinen, obwohl die Erregung in Bulgarien zu ernsten Befürchtungen Anlaß geben müsse. Im Foreign Office sei man der Auffassung, daß, solange das jetzige bulgarische Kabinett am Ruder bleibe, der Friede gesichert sei[2]. Dies halte auch er für richtig. Was aber, wenn die Welle der populären Erregung das Kabinett zum Rückzug zwinge? Dann seien sehr ernste Komplikationen möglich.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen von Kiderlens:

[1] Der englische Botschafter, der nur auf zwei Tage hier ist, griff heute (30. August) spontan eine Bemerkung, die ich dem Geschäftsträger Earl Granville en passant gemacht hatte, auf und sagte mir, er habe dies nach London gemeldet. Ich hatte gesagt, ich glaubte, in den jetzigen akuten Orientfragen schiene mir eine Betonung von hier triplice hier triple entente nicht günstig. Sir E. Goschen sagte, er wisse, daß dies in diesem Fall auch die Ansicht seiner Regierung sei. Kiderlen 30/8.

[2] Der russische Botschafter** sagte mir, als ich die Frage aufwarf, ob die an sich gut disponierte bulgarische Regierung standhalten werde, er glaube das zuversichtlich „il faut faire l'opinion publique". Kiderlen

---

* Das ist insofern richtig, als Sir E. Grey seine Entscheidung bereits getroffen hatte, als Frankreich die einheitliche Stellungnahme der Tripelententemächte anregte. Vgl. Nr. 12092, Fußnote***.

** Sverwejew.

Nr. 12127

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Bad-Gastein, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Privatbrief. Ausfertigung

Bad-Gastein, den 29. August 1912
[pr. 31. August]

Über den Inhalt des von Euerer Exzellenz unter dem 23. d. Mts. an den Gesandten von Bülow gerichteten Schreibens* hat mir dieser Vortrag gehalten. Daraufhin nehme ich davon Abstand, mich von Herrn von Bülow nach Buchlau begleiten zu lassen.

Da meine Fahrt nach Buchlau nur einen freundschaftlichen Gegenbesuch bei Graf Berchtold auf meiner Rückreise aus Österreich darstellt, werde ich, wofern mir Euere Exzellenz keinen Gegenwunsch äußern, die Initiative zu politischen Gesprächen dem Grafen Berchtold überlassen. Bei Erörterungen über seine Demarche beabsichtige ich, falls dies Ihren Intentionen entspricht, in Gemäßheit der mir von Euerer Exzellenz übermittelten „Aufzeichnung" vom 15. d. Mts.** auf das zu verweisen, was Sie am 14. d. Mts. dem dortigen österreichisch-ungarischen Geschäftsträger auf seine mündlichen Mitteilungen erwidert haben.

Sollten Euere Exzellenz inzwischen über die Antworten der vom Grafen Berchtold befragten Regierungen Benachrichtigungen erhalten haben, so würde ich eine Mitteilung hierüber im Interesse meiner Information für Buchlau mit Dank erkennen. Aus der Depesche Nr. 22 unseres Geschäftsträgers in Sinaia vom 26. d. Mts. A 14809*** glaube ich entnehmen zu sollen, daß Rußland und Frankreich der Berchtoldschen Demarche im wesentlichen zustimmen.

Für den Fall ferner, daß Sie hinsichtlich der Regelung meiner Sprache in Buchlau noch irgendwelche sonstigen Wünsche haben, darf ich auch in diesem Punkte einer Antwort entgegensehen. Ich lege selbstverständlich Wert darauf, daß meine Äußerungen dem Grafen Berchtold gegenüber nicht nur allgemein, sondern auch in den einzelnen Nuancen den Absichten Euerer Exzellenz entsprechen.

Ich bemerke noch ergebenst, daß ich, falls nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, mich am 1. September von hier zu kurzer Nachkur nach Berchtesgaden und wahrscheinlich am 5. oder 6. September von dort nach Buchlau begeben werde. Das genaue Datum meiner Abreise von Berchtesgaden nach der Berchtoldschen Besitzung werde ich noch mitteilen.

Von großem Wert wäre es mir, wenn ich noch vor meiner Besprechung mit dem Grafen eine Äußerung darüber erhalten könnte, wie Euere Exzellenz dann, also auf Grund der bis dahin etwa eingetretenen Ereignisse, die politische Lage auf dem Balkan ganz allgemein beurteilen, und ich

* Nicht bei den Akten.
** Siehe Nr. 12087.
*** Siehe Nr. 12118.

bitte mir, soweit tunlich, entweder noch nach Berchtesgaden oder direkt nach Buchlau eine diesbezügliche telegraphische oder schriftliche Mitteilung gefälligst zugehen zu lassen.

Was die Presse anlangt, so erscheint es mir zweckmäßig, soweit ich dies bis jetzt zu beurteilen vermag, vielleicht kurz vor der Buchlauer Reise darauf hinweisen zu lassen, daß diese, wie ich schon oben bemerkte, lediglich einen Gegenbesuch bedeutet, der bereits im Anfang des Sommers, also noch vor den jüngsten Balkanwirren und insbesondere noch vor der Berchtoldschen Demarche geplant gewesen sei. Wofern Euere Exzellenz dem beistimmen, bitte ich die entsprechenden Instruktionen zu erteilen. v. Bethmann Hollweg

Nr. 12128

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 260 Konstantinopel, den 30. August 1912
[pr. 31. August]

Rumänischer Gesandter* sagte mir streng vertraulich, Noradunghian habe ihn vor einigen Tagen gebeten, in Bukarest anzufragen, welche Haltung Rumänien bei einem Konflikt der Türkei mit Bulgarien einnehmen werde. Er habe versprochen, diese Anfrage zu stellen, jedoch bemerkt, daß er an eine Friedensstörung durch Bulgarien nicht glaube. Gestern habe Noradunghian seine Bitte erneuert und dieselbe bei der zweifelhaften Haltung Bulgariens als besonders dringend bezeichnet.

Die Berchtoldsche Anregung qualifiziert Noradunghian Herrn Misu als inopportun, intempestif et déplacé.

Ein Journalist, der von der russischen Botschaft kommend mich soeben besucht, sagte mir, daß Herr von Giers sich mit auffallendem Übelwollen über das Verhalten der Türkei gegenüber Bulgarien und Montenegro geäußert habe. Die Spannung sei noch keineswegs beseitigt, und es sei abzuwarten, ob die Türkei ihre Zusagen erfüllen werde.

Wangenheim

Nr. 12129

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 31. August 1912

Euerer Majestät Gesandter in Cetinje meldet unter dem 30. d. Mts.**:

„Dschawid Pascha*** hat den Orthodoxen vor Berani eröffnet, sie könnten unter Mitnahme ihrer Waffen abziehen und dann für ihre verbrannten

* N. Misu.
** Telegramm Nr. 27.
*** Türkischer Befehlshaber in Albanien.

Häuser eine Entschädigung erhalten. Der Abzug hat begonnen und Montenegro demobilisiert. Der König hat den Vertretern der Mächte erklärt, er erwarte auf seine Note* eine schriftliche Antwort der Mächte. Neue Konflikte könnten nur vermieden werden, wenn die Grenze reguliert werde. Der französische Gesandte hat offiziell dem König mitgeteilt, daß die türkischen Truppen vor Berani zurückgezogen werden würden, sobald Montenegro demobilisiere. Der österreichische Gesandte befürwortete von neuem eine schriftliche Beantwortung der Note."

Falls Euere Majestät nicht Allerhöchst geruhen sollten, mir andere Befehle zu erteilen, ist hier beabsichtigt, auf die Note vorläufig nicht zu antworten.

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks: Einverstanden 1/IX 1912 W.

Nr. 12130

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept

Nr. 129 Berlin, den 1. September 1912

Nach Mitteilung russischen Botschafters will Pforte Kommission zu türkisch-montenegrinischer Grenzregulierung annehmen, stellt aber als vorherige Bedingung gleichzeitige Zurückziehung respektive Demobilisierung montenegrinischer und türkischer Truppen. Russische Regierung hat Schritt in diesem Sinne sowohl in Konstantinopel wie in Montenegro vorgeschlagen. Ew. pp. sind ermächtigt, sich Vorstellungen Ihres österreichischen und russischen Kollegen, sobald diese dazu Weisung erhalten, anzuschließen. Den näheren modus procedendi wollen Sie mit Ihren Kollegen vereinbaren**.

Kiderlen

Nr. 12131

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 283 Therapia, den 28. August 1912

Vertraulich [pr. 1. September]

Wie diesseits bereits gemeldet worden war, hatte Gabriel Effendi Noradunghian mir sagen lassen, daß er sich mit dem Berchtoldschen

* Vgl. Nr. 12095, Fußnote ***.

** Gleiche Weisungen wurden auch von Paris ausgegeben. Vgl. das Französische Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 48.

Vorschlage abgefunden habe. Gestern erzählte mir nun mein französischer Kollege, daß Noradunghian sich ihm gegenüber sehr abfällig über die österreichische Anregung ausgesprochen habe. Österreich, habe der Minister ausgeführt, wolle die Türkei auf Bahnen leiten, die diese bereits spontan beschritten habe. Wenn die türkische Regierung nunmehr ihre individualisierende Politik fortsetze, so werde es bald heißen, daß sie unter dem Druck des Auslandes handele. Das würde eine solche Politik bald unpopulär und undurchführbar machen.

Marquis Pallavicini gab mir vertraulich zu verstehen, daß er die Auffassung Noradunghians teile. Die Wiener Idee sei gut gewesen, ihre Ausführung lasse dagegen zu wünschen übrig. Ich bemerkte scherzend, es schiene mir, als ob die Wiener Regierung in dem Momente, wo sie die Dezentralisation in der Türkei betreibe, sich selbst sehr zentralistisch verhalte und weder ihren hiesigen Botschafter noch sonst jemand um Rat frage. Marquis Pallavicini gab dies lächelnd zu mit der Bemerkung, daß am Ballplatz noch die Tradition des Grafen Aehrenthal herrsche.

Wangenheim

Nr. 12132

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 257 St. Petersburg, den 30. August 1912
[pr. 1. September]

Herr Sasonow, den ich heute zum erstenmal nach seiner vor einigen Tagen erfolgten Rückkehr in die Stadt sah, äußerte sich eingehend über den Vorschlag des Grafen Berchtold. Der Minister betonte, er erblicke in dem Vorschlage vor allem den erfreulichen Beweis dafür, daß Österreich-Ungarn in der Balkanpolitik nicht seine eigenen Wege gehen wolle. Der Schritt des Wiener Kabinetts habe das Vertrauen, welches er persönlich zum Grafen Berchtold hege, noch mehr befestigt. Es sei auch nicht zu leugnen, daß der Vorschlag Bahnen eröffne, auf welchen man zu erfreulichen Resultaten würde kommen können. Dazu würde allerdings nötig sein, daß die den Albanesen eingeräumten Konzessionen von der Türkei auch den anderen christlichen Völkerschaften gewährt würden. Herr Sasonow glaubt, daß dies im Prinzip von der Türkei nicht einmal so schwer zu erreichen sein würde. Als der türkische Minister des Äußern vor kurzem Herrn von Giers die den Albanesen gemachten Konzessionen vorgelesen habe, sei dem Botschafter aufgefallen, daß in dem betreffenden Schriftstück an keiner Stelle die Albanesen ausdrücklich genannt wären. Er habe daher bemerkt, er nehme an, daß dieselben Konzessionen eventuell auch auf die anderen christlichen Nationalitäten würden erstreckt werden können. Gabriel Effendi habe darauf geantwortet, er nehme dies auch an.

Auf den Vorschlag des Grafen Berchtold zurückkommend bedauerte Herr Sasonow, daß in demselben das Wort Dezentralisation vorkomme. Dieses Wort habe, wie er aus Meldungen des Herrn von Giers und Mitteilungen meines türkischen Kollegen* ersehe, in Konstantinopel Mißtrauen erweckt und werde wohl den ganzen Plan des österreichisch-ungarischen Ministers zum Scheitern bringen. Graf Berchtold habe, als er dieses Wort wählte, auf die türkische Empfindlichkeit nicht genügend Rücksicht genommen.

Den zweiten Teil des Berchtoldschen Vorschlages betreffend den den Balkanstaaten zu erteilenden Rat, sich vorläufig zu gedulden, hält Herr Sasonow nicht für praktisch. Dieser Rat werde, wie der Minister meinte, keinen Eindruck machen. Das einzige, was die Lage verbessern würde, wäre, wenn die Türkei sich entschlösse, den christlichen Nationalitäten gegenüber andere Saiten aufzuziehen. Der Minister sprach dann nicht ohne Besorgnisse über die Verhältnisse in Bulgarien** und sprach die Überzeugung aus, daß ein neuer Zwischenfall wie der von Kotschana das verständige jetzige bulgarische Ministerium wegfegen werde. Wenn dann andere Leute zur Macht kämen, würde die Situation gefährlich werden.

Im allgemeinen äußerte sich Herr Sasonow über den Berchtoldschen Vorschlag zwar freundlich, er machte aber kein Hehl daraus, daß er an einen Erfolg dieser Aktion nicht glaube. Bemerkenswert war, daß der Minister es diesmal vermied, irgendwelches Mißtrauen gegen die österreichisch-ungarische Politik zu zeigen. Er erwähnte nur beiläufig, daß die hiesige Presse Österreich-Ungarn egoistische Motive vorwerfe und behaupte, daß der Vorschlag des Grafen Berchtold nichts anderes bezwecke, als den moralischen Einfluß Österreich-Ungarns in Albanien zu stärken. Der Minister nahm zu diesem Standpunkt der Presse selbst nicht Stellung, er bemerkte nur, in dieser Frage seien in erster Linie die Italiener interessiert.

F. Pourtalès

Nr. 12133

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 2. September 1912

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat mir heute ein langes Telegramm des Grafen Berchtold vorgelesen***. Zunächst teilt der Minister die Aufnahme mit, welche seine Demarche bei den einzelnen Mächten ge-

* Turkhan Pascha.

** Vgl. dazu das Telegramm Sasonows an die russischen Vertreter in Paris und London vom 29. August. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 232f.

*** Es handelt sich um ein Zirkulartelegramm vom 29. August. Siehe dasselbe im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 6ff. Vgl. auch Nr. 12121.

funden habe. Deutschland und Italien hätten sofort zustimmend geantwortet, letzteres natürlich mit der Bemerkung, daß es sich an Schritten in Konstantinopel nicht beteiligen könne. Rußland habe zugestimmt unter der Voraussetzung, daß es sich nicht um eine Kollektivdemarche handele. England habe sich sympathisch geäußert und sich bereit erklärt, in einen Gedankenaustausch einzutreten. Zuletzt hat Frankreich geantwortet. Es hat seine Zustimmung mit der ausdrücklichen Voraussetzung gegeben, daß die Albanien gewährten Konzessionen auf alle Provinzen mit christlicher Bevölkerung ausgedehnt werden. Nach dem hier angeschlossenen Bericht des Grafen Pourtalès (A 15165)* hat Frankreich damit lediglich wieder Rußland Vorspanndienste geleistet.

Über Zweck und Inhalt seiner Demarche führt dann Graf Berchtold aus, er habe damit keineswegs eine führende Rolle in den Balkanfragen angestrebt, insbesondere liege es ihm fern, auf eine Konferenz hinarbeiten zu wollen; doch sei Österreich durch seine geographische Lage in erster Linie an Erhaltung der Ruhe und des Status quo in den Balkanländern interessiert.

Er lege natürlich Wert darauf, die Empfindlichkeit der Türkei zu schonen und denke nicht an eine Kollektivdemarche in Konstantinopel.

Die Erfahrungen von 1904—1908 ermutigten nicht zur Rückkehr zur Interventionspolitik, doch hielte er eine einmütige Kundgebung der Mächte in Konstantinopel dahin für nützlich, daß sie nach dem Fehlschlagen des jungtürkischen Experiments aus der neuen Politik der Türkei die Hoffnung schöpften, daß die Ruhe im Innern und nach außen hin erhalten bleibe. Bestimmte Initiativanträge sollten nicht daran geknüpft werden. Der Vorbehalt der französischen Regierung, die auch darauf hingewiesen habe, daß die Zugeständnisse an Albanien noch gar nicht authentisch bekannt seien, sei nunmehr gegenstandslos. Die Zugeständnisse an Albanien seien nunmehr amtlich mitgeteilt worden und ihre Ausdehnung auf die anderen europäischen Gebietsteile der Türkei in Aussicht gestellt.

Die gute Wirkung eines einmütigen Vorgehens der Mächte habe jüngst die in Cetinje eingetretene Beruhigung gezeigt. Ebenso sei durch diese Einmütigkeit der bulgarischen Regierung der Rücken gestärkt worden.

Es dürfte daher nützlich sein, auch die Pforte durch eine einheitliche Sprache der Vertreter der Mächte in ihrem neuen Kurse zu bestärken. Dabei wäre es wohl von Nutzen, die Pforte daran zu erinnern, daß der Hauptgrund für das Fiasko des jungtürkischen Regiments und für die eingetretene Unzufriedenheit die bei den Wahlen befolgte Gewaltpolitik gewesen sei. Die Pforte werde daher gut daran tun, für unparteiische Wahlen zu sorgen und den christlichen Untertanen der Türkei Gelegenheit zu geben, am öffentlichen Leben teilzunehmen und in einem Parlament,

* Identisch mit dem vorhergehenden Schriftstück.

das die faktischen ethnischen Verhältnisse zum Ausdruck bringe, ebenso auch in den conseils généraux ihre Wünsche und Beschwerden statt auf revolutionärem auf parlamentarischem Wege geltend zu machen. Wäre dies zum Beispiel jetzt schon möglich gewesen, so würde der Fall von Kotschana nicht dieselbe Schärfe angenommen haben.

Bei den Balkanstaaten, die sich zurzeit beruhigt zu haben schienen, scheine dem Grafen vorläufig eine Demarche nicht erforderlich, solche sollte nur eingreifen von Fall zu Fall, wenn neue Beunruhigung dort einträte.

Dies ist dem Sinne nach der Inhalt der sehr ausgedehnten und langatmigen Berchtoldschen Depesche. Für den Wortlaut kann ich natürlich nicht garantieren, da der Geschäftsträger mir die Depesche nur vorlas und keinen Einblick in dieselbe gewähren wollte.

Von der ganzen Demarche, die so viel Staub aufgewirbelt hat, bleibt herzlich wenig übrig — ein paar liebevolle Ermahnungen und Ermunterungen an die Türken; vielleicht kommen auch diese noch in der „Einmütigkeit" abhanden*.

Ich habe deshalb in der beifolgenden Depesche an die Wiener Botschaft** unsere bundesfreundliche Zustimmung erklärt; einen gewissen Vorbehalt habe ich für erforderlich gehalten, weil bei aller Harmlosigkeit der von den Vertretern in Konstantinopel zu führenden Sprache es nicht ausgeschlossen ist, daß die reine Tatsache, daß die Mächte zunächst nur einseitig in Konstantinopel sprechen, zu erneuter Anstachelung der türkischen Empfindlichkeit ausgenützt wird.

Kiderlen

Nr. 12134

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Telegramm. Konzept

Nr. 82 Berlin, den 2. September 1912

Der österreich-ungarische Geschäftsträger hat mir heute eine längere Depesche des Grafen Berchtold vorgelesen betreffend die von ihm geplante Demarche in Konstantinopel und bei den Balkanstaaten. Genaue Inhaltsangabe folgt per Post.

Wenn ich die Gedanken des Grafen Berchtold richtig verstanden habe, so beabsichtigt er eine Kollektivdemarche weder bei den Türken noch bei den Balkanstaaten, wohl aber eine gleichmäßige Regelung der

* Einer ähnlichen Auffassung gab am 3. September Poincaré gegenüber dem russischen Geschäftsträger Sewastopulo Ausdruck; siehe dessen vertraulichen Brief an Sasonow vom 7. September 1912, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 246. Vgl. nun auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 18533.
** Siehe das folgende Schriftstück.

Sprache der Vertreter der Mächte. In Konstantinopel soll darauf hingewiesen werden, daß der Hauptgrund der Unzufriedenheit das gewaltsame Vorgehen bei den letzten Wahlen war. Es liege aber im eigenen Interesse der Türkei, dafür zu sorgen, daß im nächsten Parlament jedes Bevölkerungselement eine seiner Bedeutung entsprechende Vertretung erhalte, damit es seine Wünsche und Beschwerden statt auf revolutionärem auf parlamentarischem Wege geltend machen kann. Bei den Balkanstaaten, die sich auf die letzten Ermahnungen der Mächte hin beruhigt hätten, solle erst bei etwa erneut eintretender Erregung eine gleichmäßige Sprache der Mächte eintreten. Sagen Sie dem Grafen Berchtold, daß wir bereit sind, dieses Programm mitzumachen in Gemeinschaft mit den übrigen Mächten und unter der Voraussetzung, daß nach dem noch herbeizuführenden Einverständnis mit den anderen Mächten in der Ausführung der Anschein eines Druckes auf die Türkei vermieden werde.

Kiderlen

Nr. 12135

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Berchtesgaden**

Ausfertigung

Nr. 6 Berlin, den 2. September 1912

Euerer Exzellenz geneigtes Schreiben vom 29. v. Mts.** habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Über die Antworten, welche die verschiedenen Mächte auf die Demarche des Grafen Berchtold gegeben haben, ist mir erst heute eine Mitteilung seitens des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers zugegangen. Über diese Antworten sowie über die näheren Erläuterungen, die Graf Berchtold über seine Absichten gegeben hat, erlaube ich mir Euerer Exzellenz eine besondere Aufzeichnung zugehen zu lassen***. Die Demarche, die Graf Berchtold beabsichtigt, erscheint danach so stark verdünnt und verwässert, daß ein Anschluß unsererseits keinerlei Bedenken erregen kann. Ich habe in diesem Sinne den österreichisch-ungarischen Vertreter beschieden. Die Antwort, die ich auch dem Geschaftsträger in Wien mitgeteilt habe, liegt der Aufzeichnung bei†.

Allgemeine politische Gründe würden, auch wenn wir nicht in allem mit Graf Berchtold einverstanden wären, es schwierig machen, uns von unserem Bundesgenossen zu trennen, nachdem seine Absichten allen Mächten der sogenannten Tripelentente bekannt sind und letztere immer

* Teilweise bereits veröffentlicht bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 187f.
** Siehe Nr. 12127.
*** Siehe Nr. 12133.
† Siehe Nr. 12134.

wieder laut und deutlich erklärt, daß sie in allen Fragen gemeinschaftlich und nur nach vorherigem Einvernehmen vorgehen würde. Aber gerade deswegen müssen wir dringend wünschen, daß die österreichisch-ungarische Regierung uns von ihren Absichten vorher verständigt und uns nicht, wie dies jetzt öfters geschehen, vor ein fait accompli stellt.

Nach unseren Verträgen und Abmachungen mit Österreich-Ungarn sind wir nicht verpflichtet, Österreich-Ungarn in seinen orientalischen Plänen, geschweige denn Abenteuern zu unterstützen. Wir sind dies um so weniger, als Österreich-Ungarn uns auch nicht ohne weiteres seine Unterstützung gegen Frankreich zugesagt hat. Sind wir in den letzten Zeiten wiederholt über diese Verpflichtungen hinausgegangen, so haben wird dies getan im Interesse der Stärkung und Festigung unseres Bündnisses nach außen hin. Wir müssen uns aber unsere Stellungnahme zum österreichischen Vorgehen in orientalischen und Balkanfragen stets von Fall zu Fall vorbehalten. Wenn die österreichischen Überraschungen mit Schritten, die der österreich-ungarische Minister ohne vorherige Fühlung mit uns sofort bei sämtlichen Mächten unternimmt, sich häufen sollten, so würde leicht der Fall eintreten können, daß wir uns in einem Spezialfall von unserem Bundesgenossen trennen müssen. Wir würden dies im Interesse unserer beiderseitigen Gesamtpolitik lebhaft bedauern. Gerade um eine solche Möglichkeit zu vermeiden, müssen wir entschieden Wert darauf legen, daß sich Österreich-Ungarn, wie auch wir das tun, vor seinen Entscheidungen mit uns ins Benehmen setzt.

Ich würde es für sehr nützlich halten, wenn Euere Exzellenz diesen Gesichtspunkt in Buchlau, wenn auch in freundschaftlicher Form, so doch bestimmt zum Ausdruck brächten. Den österreichischen Satelliten im Orient wollen wir nicht machen.

Wir haben auf Umwegen gehört, daß Graf Berchtold in Rumänien Gespräche politischer Natur von nicht unerheblicher Tragweite gepflogen haben soll*. Uns ist weder aus Wien noch aus Sinaia etwas darüber bekannt geworden. Amtlich sind uns nur die ganz vagen Äußerungen des Grafen Berchtold zu unserem Geschäftsträger in Rumänien** zugegangen. Meines Erachtens sollten Euere Exzellenz dies spontan in Buchlau zur Sprache bringen. Es ist selbstverständlich, daß wir zu einer Unterstützung von Zusagen Österreichs an Rumänien, die weiter gehen als die bekannten geheimen Abmachungen, in keiner Weise verpflichtet sind; denn schon diesen Abmachungen haben wir nur im Interesse Österreichs zugestimmt.

---

* In Wiener journalistischen Kreisen liefen Gerüchte um, als habe es sich bei dem Besuch des Grafen Berchtold in Sinaia (vgl. Nr. 12118, Fußnote**) um eine österreichisch-rumänische Marinekonvention in Verbindung mit Rußlands Plänen zur Öffnung der Dardanellen gehandelt. Telegramm des Geschäftsträgers Prinzen zu Stolberg Nr. 73 vom 3. September.

** Graf Berchtold hatte zu dem deutschen Geschäftsträger Graf Waldburg gesagt, sein Besuch bezwecke lediglich die „Auffrischung der alten guten Beziehungen zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn". Bericht Graf Waldburgs Nr. 78 vom 27. August. Vgl. dazu Kap. CCLXIII, Nr. 12282.

Wenn auf Rußland die Sprache kommt, wäre eine Beruhigung des Grafen Berchtold über Baltischport angezeigt, wenn es auch nicht nötig ist, ihm direkt zu sagen, daß wir dort mit den Russen überhaupt nichts abgemacht haben. Auch braucht Graf Berchtold über das von Sasonow gegen Österreich geäußerte Mißtrauen nichts zu erfahren.

Ich habe aus guter Quelle, wenn auch natürlich nicht von unserer Botschaft, erfahren, daß unser Communiqué mit seiner Anerkennung der Tripelentente* und der letzteren angebliche Verständigung in allen Details der Orientfragen**, welche beim Besuch des Herrn Poincaré in alle Welt hinausposaunt wurde, wesentlich die jüngste Demarche des Grafen Berchtold ausgelöst haben.

Soweit ich die allgemeine Lage übersehen kann, scheint sie mir zurzeit zu einer besonderen Beunruhigung keinen Anlaß zu bieten.

Ich möchte annehmen, daß sich Türken und Italiener über eine Friedensformel einigen. Die ganze Divergenz ist mehr formeller als materieller Art***. Meo voto sollte man sie bei ihren Verhandlungen — auf alle Fälle noch für die nächste Zeit — im tête-à-tête lassen.

Die Frage der griechischen Inseln und ihre Rückgabe an die Türkei sollte Österreich meines Erachtens mit kühlem Blute betrachten. Wollte es sich in dieser Frage auf Grund seiner Abmachungen mit Italien an die Spitze stellen, so würde es nur die Geschäfte anderer machen. Wie wenig die sogenannten Schutzmächte von Kreta geneigt sind, an dem türkischen Besitzstand im Ägäischen Meere rütteln zu lassen, zeigt ihr Vorgehen bezüglich Samos†.

Kiderlen

Nr. 12136

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 72 Wien, den 3. September 1912

Auftrag†† bei Graf Berchtold ausgeführt, der für unsere Bereitwilligkeit, Programm mitzumachen, bestens danken läßt. Er betonte, es liege ihm völlig fern, Situation der türkischen Regierung erschweren zu wollen, mit seiner Demarche habe er im Gegenteil gerade Sympathiekundgebung für neues türkisches Regime beabsichtigt. Zutage getretene Einigkeit der Mächte habe bereits in Konstantinopel und bei Balkanstaaten Wirkung gehabt; es komme jetzt vor allem darauf an, diese Einigkeit zu erhalten. Lieber solle bei Verabredungen etwas weniger herauskommen, als daß Geschlossenheit der Mächte gefährdet würde. Spaltung

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVII.
** Vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.
*** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX.
† Um die Landung griechischer Freischärler zu verhindern, war eben damals je ein englisches und französisches Kriegsschiff nach Samos gesandt worden.
†† Vgl. Nr. 12134.

müsse unbedingt vermieden werden. Er hoffe besonders, daß unsere beiden Regierungen auch weiterhin Hand in Hand gehen würden. Rußland habe bereits sehr sympathisch geantwortet, Rückäußerungen Frankreichs und Englands stünden noch aus*.

Auch Minister wiederholte, daß Vorschlag wegen Wahlen lediglich als Beispiel für die bei der Pforte zu führende Sprache angeführt worden sei.

Stolberg

Nr. 12137

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 266 Therapia, den 3. September 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 129**.

Von Kommission zu Grenzregulierung hier nichts bekannt. Noradunghian erklärte gestern spontan, daß an Zurückziehung türkischer Truppen erst in vier bis fünf Wochen gedacht werden könne. Zunächst müßten unter dem Schutze der Truppen die Verhältnisse in Berani geregelt und die zerstörten Wachthäuser wieder aufgebaut werden. Wollte die Regierung jetzt die Grenze entblößen, so würden die Albanesenstämme sofort zum Angriff auf die serbische Bevölkerung und Montenegro schreiten. Letztere Bedenken erkannte Markgraf Pallavicini als berechtigt an.

Mein österreichischer Kollege ist instruiert, die von Rußland angeregte Demarche, si omnes, mitzumachen, sich aber auch dabei im Hintergrunde zu halten. Da Sir Macdonald*** bisher keine Instruktionen hat, wird Markgraf Pallavicini vorläufig nichts tun. Ich zögere, mich der russischen Demarche anzuschließen, solange Österreich sich nicht beteiligt. Dagegen fahre ich fort, der Pforte Mäßigung und Versöhnlichkeit anzuraten.

Wangenheim

Nr. 12138

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 270 Therapia, den 4. September 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 260†.

Rumänische Regierung hat geantwortet, daß sie nach wie vor für Status quo eintrete. Auch Österreich verfolge diese Politik, wie die Buka-

* Bezüglich der russischen Antwort auf die in Gemäßheit der Zirkulardepesche vom 29. August gemachten Eröffnungen vgl. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 9; bezüglich der französischen und englischen Rückäußerungen vgl. R. Poincaré, Au Service de la France II, 186s., 191s.

** Siehe Nr. 12130.

*** Hier muß ein Schreibfehler oder eine irrtümliche Entzifferung vorliegen, es handelt sich jedenfalls um den englischen Geschäftsträger Marling.

† Siehe Nr. 12128.

rester Erklärungen des Grafen Berchtold* bestätigt hätten. Die Initiative des Grafen sei türkenfreundlich; darüber solle sich die türkische Regierung nicht durch gewisse Agenten täuschen lassen. Vertraulich hat Herr Misu dem Minister des Auswärtigen zu verstehen gegeben, daß die Türkei sich für die nächste Zeit nicht vor Bulgarien zu fürchten brauche, da die Konzentrierung von 80000 Mann rumänischer Truppen für die Ende des Monats nahe der bulgarischen Grenze beginnenden Manöver bereits begonnen habe.

Im strengsten Vertrauen erzählte mir Herr Misu noch, daß Herr von Giers ihm vor einigen Tagen gesagt habe, Rumänien solle sich von der Türkei, die einer sicheren Auflösung entgegengehe, ab- und Bulgarien zuwenden.

Wangenheim

Randbemerkung von Kiderlens:
Er soll etwas weniger telegraphieren.

Nr. 12139

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen***

Privatbrief. Ausfertigung

Therapia, den 3. September 1912
[pr. 7. September]

Mein Bericht über die Berchtoldsche Anregung*** war unter Reminiszenzen der Jahre 1908/09 geschrieben. Ich erinnerte mich — ich war damals im Amte beschäftigt — der Wärme, mit welcher wir für Österreich in der bosnischen Frage eingetreten waren. Ich erinnerte mich aber auch an die schmähliche Art und Weise, mit welcher wir wenige Monate vorher von unserem Bundesgenossen in der Frage der Entsendung des Konsuls Vassel nach Fes† im Stich gelassen worden waren. Es ist ja leider eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß bis zum heutigen Tage in Wien eine andere Auffassung über Nibelungentreue herrscht als in Berlin.

Beim Wiederdurchlesen meines Berichts erkenne ich, daß man aus meinen Ausführungen auf die Absicht schließen konnte, Vorschläge für die Leitung unserer Gesamtpolitik zu machen. Ich bedauere aufrichtig, einen derartigen Eindruck ganz gegen meine Absicht hervorgerufen zu haben. Ich mißbillige prinzipiell solche Suggestionen und dulde sie nicht von den mir unterstellten Beamten und Behörden. Im vorliegenden Falle

---

* Vgl. Nr. 12135, S. 93, Fußnoten * und **.
** Der Brief ist die Antwort auf den Erlaß Nr. 621 vom 30. August. Siehe Nr. 12123.
*** Siehe Nr. 12119.
† Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CCLXXXI.

handelte es sich um den die Türkei betreffenden Teil der Berchtoldschen Initiative. Letztere hatte Österreichs Stellung hier schwer geschädigt, die unsere aber bedroht. Ich hielt es vom Standpunkt der mir anvertrauten Interessen nur für nützlich, daß weiteren österreichischen Versuchen, ohne unsere ausdrückliche Billigung mit auf unsere Kosten hier ins Blaue hinein zu wirtschaften, mit allen Mitteln vorgebeugt werde. Daraus ist die Anregung am Schlusse meines Berichts hauptsächlich entstanden.

Von dem Berchtoldschen Projekt habe ich zuerst durch die türkischen Staatsmänner gehört, die mich hier in Therapia aufsuchten, um mir ihre Bestürzung und Besorgnisse wegen einer deutschen Beteiligung an dem Vorschlag zum Ausdruck zu bringen. Näheres habe ich dann später aus den Zeitungen erfahren. Erst mehrere Tage später gab mir Markgraf Pallavicini die Depesche des Grafen Berchtold zu lesen, über welche die Presse nicht ganz zutreffend berichtet hatte. Ohne authentische Information und noch ohne Instruktion habe ich vom ersten Tage an mein möglichstes getan, um Österreich bei den Türken herauszuhauen, und mir dabei die Auslegung zu eigen gemacht, welche Markgraf Pallavicini der Anregung seines Chefs gab, sobald ich diese Auslegung kannte. Im übrigen kam es mir allerdings darauf an zu verhüten, daß Deutschland verdächtigt wurde. Mein Argument, daß Österreich schon deshalb an keine Interventionspolitik gedacht haben könne, weil es mit dem interventionsfeindlichen Deutschland auf das engste verbunden sei, hat auch Österreich entlastet. Noradunghian glaubte schließlich an die wohlwollenden Absichten Österreichs. Später ist diese Stimmung wieder umgeschlagen, weil eben alle übrigen Missionen und die gesamte Presse sich gegen Berchtold aussprach. Gegen eine derartige Kraftentfaltung war nicht aufzukommen. Heute befindet sich Pallavicini in einer äußerst peinlichen Lage. Er selbst sagte mir wiederholt im vertraulichen Gespräch, daß es ihm nach mehrjähriger Arbeit endlich gelungen gewesen sei, das Vertrauen der Türkei in die österreichische Politik wiederherzustellen. Diese Früchte seiner Tätigkeit seien nun durch die Initiative seines Chefs vollständig zunichte gemacht worden. Das Mißtrauen der Türken gegen ihn mache sich bei jeder Gelegenheit geltend. Auf der Pforte werde er mit sichtlicher Kühle empfangen und könne keinerlei Information mehr erhalten. Tatsächlich bezieht Pallavicini seine Nachrichten jetzt zum großen Teile von mir. Nicht einmal über die russische Demarche wegen Persiens hat ihm Noradunghian gestern irgend etwas gesagt.*

Würde ich von Anfang an mit Elan für die Anregung Berchtold eingetreten sein, ohne den deutschen Standpunkt in den Vordergrund zu stellen, so würde ich mich heute der Türkei gegenüber in einer noch schlechteren Lage befinden als mein Kollege. Österreich kann an seinen Grenzen Machtmittel gegen die Türkei entfalten. Wir aber haben hier ausgespielt,

---

* Durch eine Note vom 31. August hatte die russische Regierung von der Pforte die Räumung des strittigen persischen Grenzgebietes verlangt.

wenn das Vertrauen der Türkei in unsere Politik erschüttert wird. Da es mir widerstrebt, die Schwierigkeiten, mit denen ich unter gewissen Verhältnissen zu kämpfen habe, allzusehr hervorzuheben, so habe ich die Schwierigkeiten meiner jetzigen Lage bisher nur gestreift. Jetzt muß ich aber doch betonen, daß unsere Stellung hier gegenwärtig keineswegs eine Belastung durch eine zu weitgehende Deckung österreichischer Interessen[1] aushalten würde. Baron Marschall hatte sich mit den Komiteeleuten so sehr liiert, daß wir durch die Feindschaft der jetzigen Regierung gegen ihre geschlagenen Gegner bis zu einem erheblichen Grade mitbetroffen werden[2]. Wir haben zwar einige Freunde unter den neuen Männern, aber es wird noch geraume Zeit dauern, bis Leute wie Kiamil und Nasim zu Deutschland bekehrt werden. Bisher ist eine ausgesprochen deutschfeindliche Tendenz der Ententisten zwar noch nicht zu erkennen; das liegt aber nur daran, weil das Kabinett so sehr mit anderen Fragen beschäftigt ist, daß es die allgemeine Richtung seiner Politik noch gar nicht hat zum Ausdruck bringen können. Jedenfalls muß ich bei der äußerst delikaten Lage mit der größten Behutsamkeit über meinen sich nur ganz allmählich festigenden Einfluß wachen. Ich habe denselben gerade jetzt dringend nötig, nicht nur wegen der schwebenden Friedensverhandlungen, sondern auch weil an verschiedenen Stellen der Türkei deutsche Interessen ernstlich bedroht sind. An der Bagdadbahn herrscht südlich des Taurus vollkommene Anarchie. Die deutschen Ingenieure fangen an ihren Dienst zu verlassen und beklagen sich über mangelnden Schutz. Es kommt darauf an, die Regierung zur Entsendung von Truppen dorthin zu bewegen. In Üsküb beklagen sich deutsche Firmen über unerhörte Schikanen der Behörden. Auch die Stellung unserer Reformer ist bis zu einem gewissen Grade bedroht etc.

Bezüglich der Berchtoldschen Anregung werde ich instruktionsgemäß in enger Fühlung mit Markgraf Pallavicini bleiben und in seiner Unterstützung so weit gehen, als es die deutschen Interessen nur irgendwie erlauben. Euere Exzellenz darf ich bitten, vorläufig darauf zu vertrauen, daß es mir gelingen wird, die Diagonale zwischen Bundestreue und Wahrnehmung unserer Sonderinteressen auch weiterhin zu finden.

Pallavicini hat übrigens einen Urlaub erbeten trotz der unruhigen Zeiten. Ich schließe daraus, daß er über die Anregung seines Chefs zunächst etwas Gras wachsen lassen und die Behandlung der Nachwehen dem Geschäftsträger überlassen möchte.

Ich schließe mit der Bitte, Euere Exzellenz mögen mir auch in Zukunft gestatten, über Fragen, die unter dem Zwange einer amtlichen Berichterstattung behandelt leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnten, privatbrieflich mich auszulassen.

Wangenheim

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Um die handelt es sich nicht
[2] leider richtig

Nr. 12140

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Buchlau, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Buchlau, den 8. September 1912
[aufgegeben am 9. September]

Für Staatssekretär Herrn von Kiderlen.

Graf Berchtold hat mir rücksichtlich seiner Demarche nichts Neues mitgeteilt. Auf meine Bemerkung über das Unterlassen zuvoriger Fühlungnahme erklärte er, daß er selbst diese gewünscht, aber geglaubt hätte, ohne auch den kürzesten Zeitverlust handeln zu müssen, da andernfalls seinen vertraulichen Nachrichten zufolge Rußland ihm mit einer Aktion zuvorgekommen wäre. Er bat, letzteres ganz vertraulich behandeln zu wollen.

Über Sinaia sprach der Graf unbefangen, und ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß dort besondere Abmachungen getroffen sind.

Auf den besonderen Wunsch des Ministers habe ich mich damit einverstanden erklärt, der Presse eine Notiz zugehen zu lassen, deren Wortlaut Wolff und Korrespondenzbureau morgen früh gleichzeitig bringen**.

Streng vertraulich sagte mir der Graf, daß er wahrscheinlich im Oktober San Guiliano und den König in San-Rossore besuchen werde***.

Bethmann Hollweg

Nr. 12141

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 277 Therapia, den 9. September 1912

Noradunghian sagte mir, die zweite Auflage des Graf Berchtoldschen Projekts lasse dessen Fehler in milderem Lichte erscheinen. Er wisse, daß die Verbesserung unter deutschem Einfluß zustande gekommen sei. Er erkenne dies ebenso dankbar an wie die frühere Erklärung Euerer Exzellenz, daß Deutschland sich an keiner Intervention beteiligen werde.

Wangenheim

---

* Reichskanzler von Bethmann Hollweg weilte am 7. und 8. September bei dem Grafen Berchtold in Buchlau. Dem Kaiser telegraphierte der Kanzler am 8. September über den Besuch, dieser sei ganz nach Wunsch verlaufen. „Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Grafen Berchtold eingehend zu sprechen, und habe ihn wie in diesem Frühjahr offen und vertrauensvoll gefunden. Über seine Demarche hat er mir nichts mitgeteilt, was nicht Euerer Majestät bereits durch die Meldungen des Auswärtigen Amts bekannt wäre."

** Siehe den Wortlaut des Communiqués, das die ,,beiderseitige volle Übereinstimmung über alle Punkte" feststellte, in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 300.

*** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Nr. 11266f.

Nr. 12142

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 291 Therapia, den 8. September 1912
[pr. 11. September]

Nach einem hier vorliegenden Telegramme hat sich der „Lokalanzeiger" zu der Berchtoldschen Proposition dahin ausgesprochen, daß, wenn die Türkei der österreichischen Anregung ein „non possumus" entgegensetze, es kein Mittel mehr gäbe, den Aspirationen der Balkanvölker Einhalt zu gebieten. Die Behauptung des Berliner Blattes ist zutreffend. Wenn die Türkei den freundschaftlichen Rat der Mächte, den Wünschen der Nationalitäten Rechnung zu tragen, ablehnt, so werden Griechen, Serben und Bulgaren daraus praktische Folgerungen ziehen und damit die Kriegsgefahr am Balkan vermehren. Danach gibt es nur zwei Mittel, die Erregung der Balkanvölker zu vermeiden, entweder man zwingt die Türkei, die Ratschläge der Mächte anzunehmen, oder man verzichtet auf solche Ratschläge.

Die Logik der Tatsachen würde jedes andere Land, welches sich in der gegenwärtigen Lage der Türkei befände, veranlassen, auf die Suggestionen der Mächte zu hören, welche das Schicksal der Türkei mitbestimmen. Fast überall an den Grenzen des türkischen Reiches brennt es. Im Osten droht Rußlands Einmischung in die persische Grenzfrage, im Norden ein Bruch mit Bulgarien wegen Kotschana und ein Konflikt mit Serbien wegen der Vorgänge im Sandschak. Im Westen bedarf es der größten Anstrengungen, um Albanesen und Montenegriner auseinanderzuhalten, während an der griechischen Grenze sich die Zwischenfälle mehren. Dazu kommt der nicht beendigte Krieg mit Italien, die Kämpfe im Jemen und die inneren Unruhen in Albanien und in Armenien.

Wie kommt es nun, daß die Türkei sich trotzdem weigert, die Ratschläge der Mächte entgegenzunehmen?

Der Grund liegt für diejenigen, welche in enger Berührung mit den türkischen Verhältnissen leben, klar zutage. Es ist der ins Maßlose gesteigerte Chauvinismus und Fanatismus der Jungtürken. Daß letztere nur einen kleinen Bruchteil des ottomanischen Volkes repräsentieren, kommt dabei nicht in Frage. Denn zu den Jungtürken gehören die politisch maßgebenden Kreise des Landes, besonders aber auch das Offizierkorps der Armee. Im Auslande hat man vielfach geglaubt, daß die Spaltung im Heer und der Sturz des Komitees durch die „entente libérale" der Jungtürkenherrschaft einen Stoß versetzt habe. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Kämpfe haben sich nur innerhalb des jungtürkischen Konzerns selbst abgespielt. Die Prinzipien der gestürzten Regierung aber sind von der neuen Regierung übernommen worden. Und das erste dieser Prinzipien ist die Emanzipierung von jeglicher Ingerenz Europas in die

inneren Angelegenheiten der Türkei. Deshalb heißt es heute noch mehr wie früher: „Weg mit den Kapitulationen, weg mit den Ratschlägen der Mächte, welcher Art sie auch immer seien!" Solange das Komitee als Rechtsnachfolger Abdul Hamids autokratisch und ohne eigentliche Opposition regierte, wäre eine gemeinsame Mahnung der Mächte vielleicht nicht ganz unberücksichtigt geblieben. Heute stehen sich zwei etwa gleich starke Parteien gegenüber, die sich gegenseitig scharf und argwöhnisch bewachen. Irgendeine Konzession der Regierung gegenüber einem Einmischungsversuche der Mächte würde zur Waffe in der Hand des Gegners werden. Denn die Armee, das heißt das Offizierkorps, welches als oberste Instanz das politische Leben kontrolliert, würde sich sofort von der Regierung ab- und der Opposition zuwenden. Bei dieser Verteilung der Kräfte in der Türkei war es von vornherein unmöglich, daß die Berchtoldsche Anregung von der türkischen Regierung willkommen geheißen würde. Der Vorschlag bedeutet zwar nur eine Zensur und noch dazu eine gute. Jede Zensur birgt aber den Charakter einer Bevormundung, und gegen eine solche lehnt sich das durch den Krieg mit Italien und die sonstigen Schwierigkeiten der äußeren Lage nervös gesteigerte türkische Nationalgefühl energisch auf.

Dieser Lage der Dinge, welche Markgraf Pallavicini in seiner Berichterstattung geschildert haben dürfte, ist vom Grafen Berchtold nicht Rechnung getragen worden. Aber auch noch zwei andere Punkte sind von Graf Berchtold wissentlich oder unwissentlich übersehen worden. Er ist anscheinend der Meinung gewesen, daß das Vertrauen der Türkei in die konservative österreichische Orientpolitik stark genug sei, um Österreich an die Spitze einer Initiative der Mächte stellen zu können. In Wirklichkeit ist das türkische Mißtrauen zurzeit gegen keine Macht größer als gegen Österreich. Die Türken sind fest überzeugt, daß die albanesische Sezessionsbewegung von Österreich geschürt und mit österreichischem Gelde unterstützt worden ist. Der österreichische Vorschlag wurde der Pforte fast gleichzeitig mit der Tatsache bekannt, daß Geistliche der österreichischen katholischen Propaganda in Albanien auf den dortigen Schlachtfeldern unter den verwundeten Albanesen aufgefunden worden waren. Es war selbstverständlich, daß man hier den schönen Worten des Grafen Berchtold nicht den geringsten Glauben schenkte, sondern hinter denselben österreichische Sonderinteressen vermutete. Die Botschaften der Tripelentente haben dann das ihrige getan, um das türkische Mißtrauen zu verstärken. Was schließlich den Vorschlag Österreichs anbetrifft, die türkische Regierung möge in ihren dezentralistischen oder, wie es neuerdings heißt, individualisierenden Tendenzen bestärkt werden, so klingt dies hier beinahe wie eine Ironie. Allerdings ist das Komitee seinerzeit durch eine zu starke Betonung des zentralistischen Gedankens unpopulär geworden. Von Bedeutung ist aber nur die Verstimmung der jungtürkischen Liberalen geworden, die bei den Wahlen namentlich in Albanien zu kurz gekommen waren. An einer Stärkung der christlichen Elemente

haben die Ententisten ebensowenig Interesse wie die Unionisten. Beide Parteien wollen mit der Armee, daß die Türkenherrschaft im ottomanischen Reiche die Oberhand behält, und wissen ganz genau, daß jede Konzession, welche man den christlichen Nationalisten macht, diese nur in ihren separatistischen Tendenzen bestärken würde. Die Entwicklung der Kretafrage ist für die Türken nur allzu lehrreich gewesen. Die jetzige Regierung ist nach der sich täglich mehr festigenden und übereinstimmenden Ansicht aller fremden Vertreter in Konstantinopel in vieler Beziehung noch weit intransigenter, chauvinistischer und zentralistischer als ihre Vorgängerin. Sie hat jetzt die Aktion für die Abschaffung der Kapitulationen energisch wieder aufgenommen, und ihre Verhandlungen mit der französischen Botschaft über den Libanon beweisen, daß sie sogar Gebiete, welche längst im weitesten Sinne des Wortes „dezentralisiert" und sogar unter die Obhut der Mächte gestellt sind, wieder von der Zentrale abhängig zu machen bemüht ist. Die Nationalitäten haben sich durch das Wort „Dezentralisation" im liberalen Programm vollkommen täuschen lassen. Der Ausdruck war lediglich dazu bestimmt, in Albanien und Mazedonien so lange Ruhe zu schaffen, bis der Krieg mit Italien zu Ende geführt wäre.

Es drängt sich nun von neuem die Frage auf, ob die österreichische Regierung, als sie das Projekt Berchtold lancierte, sich wirklich in solcher Unkenntnis der Lage in der Türkei befunden hat, daß sie eine günstige Aufnahme ihres Vorschlages durch die Türkei für möglich hielt, oder ob sie entschlossen war, sich über die vorausgesehene Ablehnung hinwegzusetzen im Interesse anderer, unter der Anregung verborgener politischer Ziele Österreichs. Hier neigt man im allgemeinen der letzteren Interpretation zu. Vielleicht kann der Schlüssel zu dem Vorgehen Österreichs in einem Ausspruch des hiesigen österreichischen Militärattachés* gefunden werden, der lautete: „Die Türkei ist uns nichts, Albanien dagegen alles"**. Es ist selbstverständlich, daß Österreich den türkisch-italienischen Krieg ausgenutzt hat, um seine Stellung in Albanien zu befestigen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, kam es darauf an, die Türkei malgré elle an der in Albanien begonnenen Dezentralisation festzuhalten, gleichzeitig aber die Serben, Griechen und Bulgaren zu verhindern, sich in gleicher Weise für ihre Landsleute in der Türkei zu betätigen, wie es Österreich für die Albanesen getan hatte. Die Mahnung zur Ruhe sollte an alle Balkanländer ergehen, nur nicht an den größten Balkanstaat, nämlich Österreich-Ungarn, damit dieser ungeniert seine albanesischen Schäfchen weiter ins trockene bringen konnte. Es sähe dann beinahe so aus, als ob Österreich den Status quo im türkischen Reiche nur da erhalten wolle, wo direkte österreichische Interessen nicht im Spiele sind. Dann wäre freilich seine Wirksamkeit nicht wesentlich verschieden von der subversiven Arbeit, welche der Slawismus in Mazedonien betreibt.

Inzwischen hat der Vorschlag Berchtold, wie ich durch meine Kollegen

* Oberst Pomiankowski.

** Vgl. jedoch die gegenteiligen Auslassungen Graf Berchtolds in Nr. 12172.

erfahre, bereits eine zweite Auflage in verdünnter Form erlebt. Aber auch über letztere urteilen die Botschafter der Ententemächte abfällig. Herr Bompard sagte meinem österreichischen Kollegen: „Die Sache ist schlecht gestartet, man muß sie in die Wäsche geben, am besten aber gar nicht mehr davon sprechen." Ähnlich läßt sich Herr von Giers aus. Hiernach erscheint es hier wenig wahrscheinlich, daß aus dem angeblich bevorstehenden Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten eine gemeinsame freundliche Mahnung an die Türkei hervorgehen wird. Sollte es doch erfolgen, so würde sie die Türkei aller Voraussicht nach ablehnen. Um die Pforte vernünftig zu machen, würde es der sehr ernsten und eindringlichen, ja vielleicht drohenden Sprache sämtlicher Botschafter bedürfen. Ein solcher Druck aber würde mit dem wohlwollenden Charakter der Ratschlagserteilung kaum in Einklang zu bringen sein.

Wangenheim

Schlußbemerkung von Kiderlens:
Aus dem ganzen Bericht spricht nur wieder der Ärger, daß er wegen der Berchtoldschen Demarche nicht konsultiert worden ist. K.

Nr. 12143

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 282 Therapia, den 12. September 1912

Noradunghian sagte mir, die Regierung habe, um dem Vorschlag des Grafen Berchtold entgegenzukommen, beschlossen, in allen türkischen Provinzen die Verwaltung den örtlichen Verhältnissen in ähnlicher Weise anzupassen, wie dies in Albanien geschehen sei. Veröffentlichung eines Communiqués darüber stehe bevor. Wangenheim

Nr. 12144

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 213 St. Petersburg, den 14. September 1912

Sasonow sprach sich sehr besorgt über Bulgarien aus. Krieg sei vielleicht bis Frühjahr aufschiebbar, aber kaum ganz vermeidbar. König und Regierung seien in Bulgarien ebenso verständig wie in Serbien, könnten aber wenig gegen Volksstimmung machen und setzten eigene Existenz aufs Spiel*. Mächte würden eventuell wohl alles tun, um Krieg zu loka-

* Am gleichen 14. September wies Graf Berchtold den österreichischen Geschäftsträger in Berlin Freiherrn von Flotow an, dem Staatssekretär von Kiderlen davon Kenntnis

lisieren. Er habe volles Vertrauen zu den Erklärungen des Grafen Berchtold, die Türkei sei aber „incivilisable".

Minister hat bulgarischem Gesandten* gesagt, daß er nicht mit italienisch-türkischem Krieg, der bald beendigt sei, oder der politischen Zerfahrenheit in der Türkei, die bei Kriegsausbruch sofort aufhören würde, rechnen dürfe. Die Türken würden „wie ein Mann" gegen Bulgarien marschieren. Lucius

Nr. 12145

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 69 Cetinje, den 11. September 1912
[pr. 16. September]

Einer Aufforderung Seiner Majestät folgend begab ich mich vorgestern nach Antivari. Dort sagte mir der König an Bord seiner Jacht

zu geben, daß die österreichischen Informationen nicht nur von Sofia, sondern auch von den anderen Balkanzentren recht beunruhigend lauteten: „Wie wir schon seit längerem sicherstellen konnten, stehen die Balkanstaaten bereits seit Monaten in engeren Wechselbeziehungen zu einander und haben einen gemeinsamen Aktionsplan gegenüber der Türkei in Aussicht genommen." Über die Zusammenhänge zwischen der steigenden Kriegslust der Balkanstaaten und ihrem Vertrauen auf die unter der Protektion Rußlands abgeschlossenen Bündnisse war man sich auch in Paris vollkommen klar; vgl. Iswolskys streng vertraulichen Privatbrief an Sasonow vom 12. September (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 249 ff). Es heißt darin u. a.: „Poincaré ist persönlich der Ansicht, daß der serbisch-bulgarische Geheimvertrag sowohl auf die Bulgaren als auf die Serben aufreizend wirkt. Schon in St. Petersburg hat er unmittelbar nach Kenntnisnahme von dem Wortlaut des Vertrages zu mir gesagt, daß dieser seiner Meinung nach ein ‚Kriegsinstrument' sei (vgl. dazu auch Kap. CCLXI, Nr. 12058, Fußnote**). Die Rußland eingeräumte Rolle des Schiedsrichters kompliziert seiner Meinung nach die Lage noch mehr. Die Bulgaren seien überzeugt, daß die russische Regierung, auch wenn sie augenblicklich ihr Veto einlegen würde, im Fall eines Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei, und besonders im Falle einer bulgarischen Niederlage, doch durch die öffentliche Meinung Rußlands zum Eingreifen veranlaßt werden würde." Daß man auch in russischen Kreisen jene Zusammenhänge durchschaute, beweist der vertrauliche Brief des russischen Botschafters in Konstantinopel M. von Giers an Sasonow vom 29. August: „Ich brauche nicht mehr auf die gefahrdrohenden Nachrichten hinzuweisen, die aus den Balkanstaaten hierher dringen. Durch den geheimen Abschluß von Bündnissen ermutigt und von ihrer Übermacht überzeugt, haben die Balkanstaaten nur den einen Gedanken, den günstigen Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen und so bald als möglich sich in den Kampf zu stürzen. Diese Bestrebungen haben unter meinen Augen fast stündlich in der immer größer werdenden Nervosität meiner hiesigen Balkankollegen Bestätigung gefunden. Sie alle und besonders der bulgarische Gesandte richten beständig die Frage an mich: ‚Wann wird Rußland endlich zu handeln anfangen?' ... Es ist möglich, daß die allgemeine Spannung so groß werden wird, daß man sich nicht mehr die Frage stellen wird, ob sich auch Rußland in Bewegung setzt, und daß man wider dessen Willen zu den Waffen greift." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 538f.

* General Paprikow.

in Gegenwart verschiedener Militärs und Hofbeamten: „Dites à vos collègues à Cettigné que le Roi ne vous a rien dit — qu'il n'a pas parlé de politique." Eine Stunde später ließ Seine Majestät mich vor meiner Abfahrt zu sich bitten und sprach über die trostlose Lage der Christen im Wilajet Kossowo und gab mir deutlich zu verstehen, daß er mit ernsten Ereignissen noch in diesem Jahre rechne. Als ich von baldigem Schnee sprach, erwiderte Seine Majestät sehr nachdrücklich: „Ne vous fiez pas à cela." Der König wiederholte dann nochmals, daß er von den Mächten keine Antwort erhalten habe, und daß somit diesen alle Verantwortung zufalle, wenn hier neue Komplikationen einträten. Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß der König einen „coup" vorbereitet hat. Ich rechne sehr mit der Möglichkeit, daß er eine oder mehrere der Verschanzungen und Kules, welche die Türken auf nach hiesiger Behauptung montenegrinischem Territorium errichteten, mit Gewalt entfernen läßt. Das wird Dschawid Pascha, der seine Bataillone in Berani, Gusinje und Plava verteilt hat, nicht unbeantwortet lassen. Auch die Haltung der Malissoren, besonders des Stammes der Gruda, der gestern wieder bei Tuzi kämpfte, flößt mir kein Vertrauen ein. Bei der Rückfahrt nach Cetinje tauchten vor mir im Dunkel der Nacht — es war ein Uhr — in einem Gebirgspaß, von den Automobillaternen plötzlich grell beleuchtet, die hageren Gestalten weißgewandeter Albanesen auf. In Podgorica mit Gewehren versorgt, schlichen sie den Neumond benutzend heimwärts. „Jivio Gospodar." Eckardt

Nr. 12146

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Cetinje, den 16. September 1912

Von Montenegro favorisiert kämpfen Malissoren erfolgreich weiter. Wenn Rußland nicht seine Armeesubvention zurückhält* oder Finanzmisere mit zirka einer Million Rubel beseitigt, wird Ministerium und öffentliche Meinung König voraussichtlich zu offener Provokation zwingen.

Eckardt

* Nach späteren Angaben des Sektionschefs Baron Macchio zu Botschafter von Tschirschky (vgl. dazu Kap. CCLXIII, Nr. 12261) wäre gerade drei Tage vor der montenegrinischen Kriegserklärung (8. Oktober) in Cetinje aus Rußland eine Summe von einer halben Million Rubel eingetroffen. Baron Macchio wollte daraus schließen: entweder treibe Sasonow selbst ein doppeltes Spiel, oder die russische Regierung sei so ohnmächtig, daß sie Maßnahmen anderer russischer Kreise, die die amtliche Politik direkt konterkarierten, zu verhindern nicht imstande sei. Auch ein Vertrauter König Karls von Rumänien, der Administrator der Krondomänen Kalindero ließ sich Mitte Oktober 1912 gegen den Gesandten von Waldthausen dahin aus, daß das „von Rußland pekuniär unterstützte Montenegro doch wohl nicht ohne Einvernehmen Rußlands den Krieg erklärt habe". Bericht Waldthausens Nr. 99 vom 16. Oktober; siehe Kap. CCLXIII, Nr. 12282.

Nr. 12147

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen von Mirbach-Harff

Eigenhändig

Berlin, den 18. September 1912

Der türkische Botschafter teilte mit, daß nach den seiner Regierung aus Salonik zugehenden Meldungen die Bandenbewegung im bulgarisch-mazedonischen Grenzgebiet wieder zunehme und auch die Bombenfabrikation wieder größere Dimensionen angenommen habe.

Seitens der ottomanischen Regierung würde alles geschehen, um trotz dieser immer schwieriger sich gestaltenden Situation die Ruhe aufrechtzuerhalten. Immerhin könne sie nicht alle Verantwortung für die aus der gespannten Lage sich etwa ergebenden Vorkommnisse übernehmen.

Osman Nisami Pascha teilte ferner mit, daß die den Albanern gewährten Konzessionen nunmehr auch auf die anderen Wilajets Ausdehnung finden sollen, abgesehen von gewissen Detailbestimmungen, die lediglich auf die albanischen Verhältnisse passen.

v. Mirbach

Nr. 12148

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 217 St. Petersburg, den 18. September 1912

Herr Sasonow hat österreichischen Geschäftsträger* gestern kommen lassen, um ihm russischen eigenhändigen Urtext der Zirkulardepesche wegen Demarche in Konstantinopel** vorzulesen, und um Graf Berchtold zu sagen, daß Rußland hiermit keine „Rivalaktion" zu Österreichs Proposition plane, sondern nur eine Ergänzung „Suite" derselben beabsichtige.

Nach Bericht des russischen Gesandten in Sofia sei Krieg fast unvermeidlich. Herr Sasonow hat hiesigem bulgarischen Gesandten gesagt, daß Bulgarien nicht auf russische Hilfe rechnen könne, und hat scharfe Warnungen nach Belgrad, Cetinje, Athen gerichtet. Minister sieht jetzt einzige Möglichkeit, den Frieden noch zu erhalten, in weitgehenden sofortigen Reformen in Mazedonien und möchte, daß Mächte in diesem Sinne gesondert freundschaftlichen Druck in Konstantinopel aus-

* Baron von Szilassy. Vgl. dessen Telegramm an Graf Berchtold vom 17. September Österreich-Ungarisches Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 11.

** Siehe Nr. 12150.

üben*. Mein österreichischer Kollege glaubt aus verschiedenen Gründen an volle Aufrichtigkeit Sasonows, der seine Demarche nur aus Sorge um Weltfrieden getan habe. Er hat den Vorschlag dementsprechend in Wien befürwortet. Auch ich glaube an ernste Absicht Sasonows, bulgarisch-türkischen Krieg mit allen Mitteln jetzt zu vermeiden, da Rußland wegen innerer Lage noch Ruhe braucht.

Lucius

Nr. 12149

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 273 St. Petersburg, den 19. September 1912

Ganz vertraulich

Die Besorgnisse Herrn Sasonows vor dem Ausbruch eines türkisch-bulgarischen Krieges halte ich für aufrichtig. Der Minister ist jedenfalls durch die alarmierende Berichterstattung des Herrn Nekljudow[1], welcher den Ausbruch des Krieges schon für Anfang Oktober vorausgesagt hat, in seiner pessimistischen Auffassung der Lage bestärkt worden. Ich hielt Herrn Sasonow in einem Gespräch, welches am Tage vor der Absendung der Zirkulardepesche stattfand, entgegen, daß ich in die Besonnenheit des Königs Ferdinand großes Vertrauen setze. Der Minister erwiderte, daß weder der König noch die Regierung den Krieg wollten. Aber gerade deswegen würde der Monarch in der unerhörtesten Weise angegriffen. Die bulgarischen Zeitungen erklärten ganz offen, daß der König ein Fremder im Lande sei und dasselbe verlassen müsse „s'il ne veut pas marcher". Ich konnte nicht umhin, dem Minister zu antworten, daß nach meinen Beobachtungen in Sofia die bulgarische Presse nicht niedrig genug eingeschätzt werden könnte.

Herr Sasonow hat dem hiesigen bulgarischen Gesandten, der sich stets auf die „Volksstimmung" beruft, gereizt geantwortet: „Je vous dis

* Vgl. dazu das Zirkulartelegramm Sasonows vom 17. September (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 253f.). In diesem Telegramm wies Sasonow die russischen Vertreter bei den Großmächten an, sich bei diesen zu erkundigen, ob sie nicht bei der Pforte in einer Form, die nicht den Charakter eines gemeinsamen Schrittes trage, die sofortige Inangriffnahme von Reformen in Mazedonien empfehlen wollten. Iswolsky mußte indessen am 21. September aus Paris melden, daß nach Äußerungen Poincarés der russische Vorschlag schwerlich die Billigung aller Mächte finden werde; insonderheit wünsche Sir E. Grey keinerlei Vorstellungen in Konstantinopel und wolle höchstens dem türkischen Botschafter die Hoffnung aussprechen, daß die Pforte zu Reformen in Mazedonien schreiten werde (Stieve a. a. O., II, 255f.). In seiner Zirkulardepesche vom 19. September (Französisches Gelbbuch, Les Affaires Balkaniques, I, 58) stellte sich Poincaré auf den Standpunkt „que je ne pourrais seconder l'initiative de M. Sazonoff que si le Gouvernement britannique y consentait pareillement et s'il y avait chance que les Cabinets de Vienne et de Berlin fussent également prêts à l'appuyer." Vgl. nun auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 208 ss.

pour la 25-ième fois que vous n'aurez pas à compter sur nous." Seit seiner letzten Unterhaltung hat daher General Paprikow sich hiesigen Journalisten gegenüber weniger „kriegsmutig" geäußert.

Ob Herrn Sasonow bei seiner letzten Aktion nicht doch die Idee vorgeschwebt hat, daß Rußland und nicht Österreich dereinst als Befreier Mazedoniens dastehen müsse, mag dahingestellt bleiben.

Lucius

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Ein wilder Fanatiker!

Nr. 12150

Note

Undatierte Ausfertigung. Vom russischen Geschäftsträger in Berlin Bronewsky am 19. September 1912 dem Staatssekretär von Kiderlen überreicht

Il est de toute nécessité pour la Turquie — si elle veut éviter les plus sérieuses complications — de mettre sans retard à la base des réformes qui garantiraient à l'avenir aux populations chrétiennes de la Macédoine leur sécurité personnelle et celle de leurs biens — l'égalité devant la loi de tous les éléments de la Macédoine, leur donnant à chacun une part proportionnée dans l'organisation et la gestion des affaires.

Randbemerkung von Kiderlens:
Ich habe mir Antwort nach Anfrage beim Herrn Reichskanzler vorbehalten und Beratung mit Verbündeten, aber als persönliche Ansicht Zweifel in Wirksamkeit einer Demarche in Cospoli ausgesprochen, die nur den Appetit der Balkankläffer, denen sie natürlich bekannt würde, reizen müßte. K.

Nr. 12151

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg**

Telegramm. Konzept

Nr. 90 Berlin, den 19. September 1912

Russischer Geschäftsträger hat heute hier Demarche bezüglich Bulgariens gemacht, die voraussichtlich in Wien gleichzeitig eingegangen ist**. Herr Sasonow gibt an, unter dem Eindruck einer Unterredung mit Paprikow überzeugt zu sein, daß Bulgarien unbedingt losschlagen werde, wenn Türkei nicht umgehend Reformen gemäß Artikel XXIII Berliner Vertrags verspreche. Russische Regierung schlägt deshalb gemeinschaftliche Ratschläge der Mächte nach dieser Richtung in Konstantinopel vor.

* Das gleiche Telegramm ging unter Nr. 151 bzw. 142 nach Petersburg bzw. Konstantinopel.

** Siehe das in Wien am 19. September überreichte Aide-mémoire im Österreich-Ungarischen Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 12.

Ich habe Antwort bis Verständigung mit unsern Bundesgenossen vorbehalten und dabei bemerkt, es schiene mir um so mehr geboten, als ja auch auf der anderen Seite in letzter Zeit Doppelgruppierung der Mächte schärfer akzentuiert worden sei*.

Als meine persönliche Ansicht habe ich bezeichnet, daß uns zwar beunruhigende Nachrichten aus Bulgarien nicht zugegangen seien, ich aber keinen Zweifel habe in Richtigkeit der der russischen Regierung zugegangenen Informationen. Ich könnte mir aber von der vorgeschlagenen Demarche in Konstantinopel keinen Erfolg versprechen. Mit mazedonischen Reformen habe man bisher wenig Glück gehabt. Auch sei Begriff Reformen vage. Demarche, die in Balkanstaaten natürlich bekannt würde, dürfte nur den Appetit mazedonischer Schreier reizen. Auch schiene mir Rat unangebracht, nachdem Türkei soeben Einführung albanischer Konzessionen in allen Provinzen offiziell zugesagt.

Ich knüpfte aber an eine Äußerung des Herrn Sasonow an, welcher dem Kaiserlichen Geschäftsträger in Petersburg kürzlich sagte, der Krieg schiene ihm unvermeidlich, er hoffe aber, daß er lokalisiert werde**. Ich sagte unverbindlich, eine Verständigung der Mächte über Begrenzung des Kriegsschauplatzes für alle Fälle würde vielleicht das sicherste sein. Wir würden, wenn dies seitens einer der Mächte angeregt würde, gern in einen Gedankenausstausch darüber eintreten***.

Bitte vorstehendes Grafen Berchtold zu sagen und ihn zu fragen, ob er geneigt sei, im Sinne meiner persönlichen Äußerungen mit uns zusammen offiziell auf den russischen Vorschlag zu antworten.

Streng vertraulich fügen Sie hinzu, ich würde es für bedenklich halten, dem russischen Vorschlag tel quel zuzustimmen, der einen meines Erachtens unverdienten Druck auf Türkei ausüben, Velleitäten der Balkanstaaten anstacheln und Rußland wieder als deren Protektor erscheinen lassen würde.

Wenn Rußland tatsächlich Situation für so ernst ansehe, werde es sich einem Gedankenaustausch über eventuelle Lokalisierung eines Krieges kaum entziehen können. Bei diesen Verhandlungen müßten dann alle Mächte Farbe bekennen, und die Gewißheit, mit der Türkei allein gelassen zu werden, würde die beste Pression auf die Balkanbrüder sein.

Kiderlen

---

* Vgl. dazu Nr. 12120, Fußnote **.

** Vgl. Nr. 12144.

*** Während Deutschland so als erste unter den Mächten einen Meinungsaustausch aller über die Frage einer Lokalisierung des Krieges anregte, brachte Poincaré am 22. September einen Meinungsaustausch zwischen den Tripelententemächten zwecks Herbeiführung einer Gesamtaktion der fünf Mächte „zur Verhinderung der Ereignisse, die den Frieden und das Gleichgewicht im nahen Orient bedrohen", in Vorschlag. Näheres darüber in Nr. 12188, nebst Fußnote auf S. 134.

Nr. 12152

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt
an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Cetinje, den 19. September 1912

Montenegro mobilisiert[1]. Der König und Prinz Mirko äußerten: „Nous allons au suicide." Im übrigen enthalten sich König und Regierung jetzt jeder Besprechung der Lage.

Eckardt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II:
[1] Ich habe davon die Meldung von Wolff erst am 1/X erhalten!!!* W.

Nr. 12153

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg
an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Wien, den 20. September 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 90**.

Auftrag ausgeführt. Russischer Geschäftsträger hat hier gestern analoge Demarche gemacht. Graf Berchtold hat ihm vorläufig geantwortet, er stehe dem russischen Vorschlag an sich sympathisch gegenüber, da er darin ein weiteres Eingehen auf seine Anregung im Interesse der Türkei erblicke; doch hege er Bedenken gegen den allzu konkreten Inhalt des Vorschlags, da dieser die Form einer Oktroyierung habe, was er gerade vermeiden wolle. Seine Ansicht sei nach wie vor, daß Türkei wenn möglich Reformen aus eigener Initiative einführe. Minister hat sich definitive Antwort an russische Regierung*** vorbehalten.

Von Mitteilung der Antwort des Herrn Staatssekretärs an russischen Geschäftsträger betreffend Lokalisierung des Kriegsschauplatzes nahm Graf Berchtold mit Dank Kenntnis. Er wird die Frage eventueller gemeinsamer Stellungnahme zu russischem Vorschlag prüfen und endgültige Antwort durch dortige österreichische Botschaft erteilen.

Minister hinzugefügt, daß Krieg unter allen Umständen vermieden werden müsse, und daß er deshalb Eingehen auf russischen Vorschlag nicht habe zurückweisen wollen, da jedes Mittel ergriffen werden müsse,

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXIII, Nr. 12222.
** Siehe Nr. 12151.
*** Siehe die definitive österreichische Antwort vom 21. September im Österreich-Ungarischen Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 13.

um Balkanstaaten durch Hinweis auf türkische Zugeständnisse vom Äußersten zurückzuhalten[1].

Russischer Geschäftsträger hat meinem englischen Kollegen* gesagt, Graf Berchtold habe ihm sehr vage geantwortet und unter anderem bemerkt, er glaube nicht, daß Frankreich und England russischen Vorschlag sehr sympathisch aufnehmen würden. Englischer Geschäftsträger meinte, seine Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß Türkei und Balkanstaaten ihre Angelegenheiten ohne Einmischung der Mächte unter sich abmachen sollten.

Stolberg

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Das ist eben das Verkehrte.

Nr. 12154

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 Wien, den 20. September 1912

Streng vertraulich

Graf Berchtold sieht Lage am Balkan ernst an. Montenegro habe erklärt, in acht Tagen losschlagen zu wollen, Paschitsch** sei sehr chauvinistisch gesonnen, Nachrichten aus Bulgarien und Griechenland lauteten beunruhigend. Wenn einer anfange, würden unbedingt alle gegen Türkei mitmachen. Minister verhehlt nicht Gefahr ernster Komplikationen; falls Balkanstaaten bei eventuellem Krieg mit Türkei Gebietserweiterungen anstreben sollten, so würde sich Österreich-Ungarn eine Ausdehnung Serbiens nach Westen nicht gefallen lassen können, da ihm dadurch der Weg versperrt würde und es traditionelle Rechte und Pflichten in Albanien habe, die es nicht aufgeben könne. Bei einer Expansion Bulgariens nach Süden werde Rumänien zweifellos gegen Bulgarien vorgehen, was wiederum voraussichtlich Einmischung Rußlands zur Folge haben werde.

Stolberg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
3. X. 1912. Diese Depesche hätte mir unbedingt sofort vorgelegt werden sollen!!! Es ist sehr unrecht, mich dergestalt im Dunkeln zu lassen!
Von jetzt ab ist mir alles sofort weiter zu melden, was von den Balkanstaaten oder Großmächten kommt. Ich will mir mein Urtheil bilden, und nicht am Gängelbande des Ausw[ärtigen] Amts geleitet werden das nicht Unfehlbar ist!***

* O. Theo Russel.
** Seit 12. September Ministerpräsident und Minister des Äußern.
*** Vgl. dazu Kap. CCLXIII, Nr. 12222.

Nr. 12155

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 679

Berlin, den 21. September 1912
[abgegangen am 23. September]

Auf Telegramm Nr. 78*.

Euere Durchlaucht bitte ich, dem Grafen Berchtold zu sagen, ich begegnete mich mit ihm vollkommen in dem Wunsche, den Frieden auf dem Balkan zu erhalten, und hätte daher auch von diesem Standpunkt aus seiner jüngsten Anregung meine Unterstützung zuteil werden lassen. Es sei indessen zu befürchten, daß unsere gemeinschaftlichen Bestrebungen zur Sicherung des Friedens und des Status quo durch unsere Beteiligung an der von Herrn Sasonow vorgeschlagenen Demarche vereitelt werden würden, da eine Einwirkung auf die türkische Regierung in russischem Sinn eine erhebliche Steigerung der schon überhoch gespannten Begehrlichkeiten der kleineren Balkanstaaten auslösen und alle unsere bisherigen ernsten Mahnungen zur Besonnenheit als müßiges Spiel erscheinen lassen werde. Die tatsächliche Wirkung des russischen Vorschlags würde demnach in diametralem Gegensatz zu dem gewollten oder vorgeschützten Zweck stehen. Der schwerbedrängten Türkei müsse Zeit, Ruhe und Freiheit zur Durchführung der von ihr offiziell zugesagten Konzessionen an die verschiedenen Nationalitäten gelassen werden. Unter diesen Umständen sähe ich mich nicht in der Lage, dem Vorschlage des Herrn Sasonow meine Mitwirkung zuzusagen, und hoffte, daß Graf Berchtold sich vorstehender Argumentation nicht werde verschließen wollen.

Auf Grund der mir vorliegenden Meldungen unserer Agenten glaube ich die Lage in Serbien und insbesondere in Bulgarien erheblich ruhiger beurteilen zu sollen, als Herr Sasonow es tut. Sollte es indes in Wirklichkeit zu einem bewaffneten Konflikt kommen, so würde gerade die von uns angeregte Lokalisierung des Krieges am besten den Frieden zwischen den Großmächten vor Erschütterung bewahren. Eine solche Lokalisierung würde auch die Mächte keineswegs des Rechts berauben, beim Friedensschluß berechtigte Wünsche zur Geltung zu bringen.

Es wäre mir schließlich erwünscht, über die in Telegramm Nr. 79** angedeuteten Rechte und Pflichten Österreich-Ungarns bezüglich Albaniens und des frei zu haltenden Weges genauer unterrichtet zu werden.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 12153.
** Siehe Nr. 12154.

Nr. 12156

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 Cetinje, den 21. September 1912

Der Kronprinz ist heimlich abgereist; nach meinen Informationen nach Paris, um dort dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch ein Schreiben des Königs zu überreichen*. Russischer Gesandter sagte mir streng vertraulich, er habe dem Ministerpräsidenten zunächst nur in seinem Namen materielle Hilfe für Montenegro versprochen, wenn es ruhig bleibe, und bestimmt erklärt, daß Rußland es seinem Schicksal überlassen werde, wenn es Krieg anfange. Eckardt

Nr. 12157

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 296 Therapia, den 22. September 1912

Im Sinne der in Telegramm Nr. 142** erwähnten Demarche hat Herr von Giers bereits gestern mit Noradunghian gesprochen. Markgraf Pallavicini, noch ohne Instruktion, hat darüber nach Wien telegraphiert. Er glaubt, daß das russische Vorgehen weniger durch Kriegsgefahr als durch den Wunsch diktiert sei, dem Projekt Grafen Berchtolds durch einen Gegenzug zu begegnen und die Stellung Rußlands am Balkan gegenüber Österreich zu verbessern. Auch Persien sei im Spiel.

Wangenheim

Nr. 12158

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 299 Therapia, den 22. September 1912

Infolge der gestrigen Demarche des russischen Botschafters ist heute das Communiqué, betreffend die Ausdehnung der albanesischen Reformen

* Der Zweck der Reise wird bestätigt durch ein Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an Iswolsky vom 22. September. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 258. Über den Aufenthalt des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch in Frankreich vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11599, Fußnote. Nach einer Mitteilung Giolittis zu dem Ingenieur Nogara soll der Großfürst bei den Pariser Besprechungen der Vertreter der Balkanländer präsidiert haben, die ein gemeinsames Vorgehen dieser Länder gegen die Türkei bezweckten (vgl. dazu Nr. 12160). Doch ist den Pariser Beratungen der Balkanvertreter, die bei Guéchoff, L'Alliance Balkanique, gar nicht erwähnt werden, eine besondere Bedeutung kaum beizumessen.

** Identisch mit Nr. 12151.

auf die gesamte Türkei, welches ursprünglich als Ergebnis der Anregung Graf Berchtolds erscheinen sollte, veröffentlicht worden. Dasselbe enthält neben vagen Reformversprechungen nur eine positive Zusage. Die europäischen Rekruten sollen zukünftig in Friedenszeiten nur in Europa dienen. In der türkischen Presse wird besonders hervorgehoben, daß das Communiqué infolge der Berichterstattung aus Petersburg und der Vorstellungen des russischen Botschafters und einiger anderer Botschafter erlassen worden sei.

Mündlich hat Noradunghian Herrn von Giers noch folgendes zugestanden:

1. Wegen Kotschana sollen einige der beteiligten Türken zum Tode verurteilt werden.
2. In den Balkanprovinzen sollen neben den türkischen auch christliche Beamte angestellt werden.
3. Die Türkei wird das montenegrinische Grenzprotokoll ratifizieren und dasselbe zu gelegener Zeit ausführen und
4. die Mächte von diesem ihrem Entschluß amtlich verständigen.

Wangenheim

Nr. 12159

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 302 Therapia, den 23. September 1912

Noradunghian sagte mir, daß die Lage in Bulgarien von Rußland stark übertrieben werde.

Dagegen teilte mir Großwesir mit, daß er gestern abend in Anbetracht der kritischen Lage die Einberufung von 100000 Redifs angeordnet habe. Auf dem Kriegsministerium war davon gestern abend noch nichts bekannt. Ich lasse die Nachricht durch Herrn von Strempel kontrollieren.

Nach zuverlässigen Meldungen, welche der hiesigen geheimen Kriegsnachrichtenstelle zugegangen sind, werden im Süden Bulgariens Reservisten einberufen. Ein deutscher Arzt, der gestern Bulgarien durchfuhr, konstatierte die militärische Bewachung sämtlicher Durchlässe und Übergänge. Mitfahrende bulgarische Kontrolloffiziere erzählten ihm, daß man den Ausbruch einer Revolution fürchte, deren erster Schritt die Zerstörung der Bahn sein solle. Man wolle die Regierung zur Kriegserklärung zwingen.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

23. Sept[ember] erfolgt
3. Oktober erhalten
Auch diese Meldung hätte ich erhalten sollen!*

* Vgl. dazu Kap. CCLXIII, Nr. 12203, 12217, 12222.

Nr. 12160

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 303 Therapia, den 23. September 1912

Herr Nogara* hat ein Telegramm Giolittis erhalten, welches Lage in den Balkanländern als äußerst kritisch schildert. Nach einer in Rom eingegangenen Nachricht aus Paris habe dort unter Vorsitz des Großfürsten Nikolaus** eine Besprechung der Vertreter der Balkanländer stattgefunden[1]. Ob die Türkei sich der sie bedrohenden Gefahr bewußt sei?

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist ja ganz neu?!

Nr. 12161

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Wien, den 23. September 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 78***.

Baron Macchio gab mir soeben im Auftrage des in Delegationen beschäftigten Ministers Kenntnis von der durch Herrn von Flotow zu erteilenden Antwort. Nachdem russische Demarche in Konstantinopel bereits geschehen, ohne Antwort abzuwarten, hat Graf Berchtold geglaubt, jetzt schon bei der Pforte vorstellig werden zu sollen, um sich in von ihm eingeleiteter Aktion nicht zurückdrängen zu lassen. Um Kriegsgefahr zu bannen, scheine es ihm unbedingt notwendig, irgendeine offizielle Enunziation türkischer Regierung zur Beruhigung der Balkanstaaten in Händen zu haben.

Bezüglich Lokalisierung Kriegsschauplatzes wünsche Minister, da Kriegsgefahr noch nicht geradezu imminent, vorläufig ausschließlich mit Kaiserlicher Regierung in Gedankenaustausch zu treten, erst bei ernstlicher Zuspitzung eventuell andere Mächte hinzuzuziehen.

Man hofft hier trotz zweifellosen Ernstes der Lage, daß, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle wie zum Beispiel Kotschana eintreten, Ausbruch eines Krieges noch verhindert werden kann.

Stolberg

---

* Commendatore Nogara, Vertreter der Banca Commerciale d'Oriente in Konstantinopel, hatte bei der Anbahnung der türkisch-italienischen Friedensverhandlungen eine bedeutsame Rolle gespielt. Vgl. Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, und G. Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, deutsch von W. C. L. Stein, S. 181 f.
** Vgl. Nr. 12156, Fußnote.
*** Siehe Nr. 12153.

Nr. 12162

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Telegramm

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 91 Berlin, den 25. September 1912

Herr von Flotow hat mir heute die in Telegramm Nr. 80* angesagten Mitteilungen gemacht.

Ich konstatiere mit Bedauern, daß österreichischerseits der Gedankenaustausch über unsere Stellungnahme zum russischen Vorschlage einseitig durch die Demarche in Konstantinopel abgebrochen worden ist. Mein Bestreben, den österreichischen Sonderwünschen hinsichtlich der Balkanfragen, an denen wir nur ein sekundäres Interesse haben, nach Möglichkeit unterstützend Rechnung zu tragen, kann keine Förderung erfahren, wenn ein nach Lage der Verhältnisse doppelt erwünschtes vorheriges Benehmen mit uns österreichischerseits umgangen wird und wir uns ungeachtet allen Zusicherungen einer rechtzeitigen Orientierung vor vollzogene Tatsachen gestellt sehen.

Bitte sich zu Grafen Berchtold in vorstehendem Sinn, aber in freundschaftlichem Ton zu äußern. Kiderlen

Nr. 12163

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 148 Berlin, den 25. September 1912

Bitte alles zu vermeiden, was als Anschluß an österreichische oder russische Demarche gedeutet werden könnte. Kiderlen

Nr. 12164

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 306 Konstantinopel, den 24. September 1912
[pr. 25. September]

Das Iradee zur Mobilisierung von zehn europäischen Landwehrdivisionen II. Klasse, davon acht gegenüber der bulgarischen Grenze, zwei für lokale Bedürfnisse in Albanien, soeben an Kriegsministerium gelangt.

* Siehe Nr. 12161.

Da Ausführungsorder des Kriegsministers noch nicht unterschrieben, bat Generalstabschef um strikteste Geheimhaltung, fügte aber hinzu, vier Divisionen gehörten zum thrazischen, vier zum mazedonischen Kriegsschauplatz.

Die Mobilmachung sei kein Rasseln mit dem Säbel, werde vielmehr möglichst geheim behandelt, damit ein unvorsichtiger Angreifer doppelten Schaden habe.

Die Divisionen werden auf sechs Wochen in Kriegsstärke zu Übungen in den Divisionsstabsquartieren einberufen.

Für Anatolien sind bisher keine Mobilmachungen verfügt.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Diese Meldung ist mir auch vorenthalten worden!* Es ist unerhört!

Nr. 12165

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 307 Therapia, den 25. September 1912

Noradunghian hat gestern dem bulgarischen Gesandten** Mitteilung von der Einberufung der Redifs zu Manöverzwecken gemacht. Der Gesandte antwortete, daß Bulgarien höchstwahrscheinlich auch seinerseits mobilisieren werde.

Markgraf Pallavicini glaubt, daß die Kriegsgefahr durch die türkische Mobilisierung auf das höchste gestiegen sei. Herr von Giers ist derselben Ansicht. Doch hofft er, daß eine sehr kräftige Intervention aller Mächte in Sofia[1] und hier noch helfen könne.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wofür und wie?

Nr. 12166

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 221 St. Petersburg, den 25. September 1912

Herr Neratow, der sehr schlechte Nachrichten vom Balkan hatte, zeigte sich beunruhigt, daß deutsche Antwort auf Herrn Sasonows Vor-

---

* Vgl. Kap. CCLXIII, Nr. 12222.
** Sarafow.

schlag noch ausstehe, und hob hervor, daß österreichischer Botschafter in Konstantinopel bereits Demarche bei der Pforte getan habe. Euere Exzellenz beabsichtigten vielleicht Herrn Sasonow in Berlin* demnächst mündlich zu verständigen, bis dahin könnten aber schon entscheidende Ereignisse eingetreten sein. Er höre, daß wir Lage weniger pessimistisch beurteilten, könne dem aber nicht beipflichten. Ministergehilfe bat mich, Euerer Exzellenz in diesem Sinne zu berichten.

Herr Kokowzow sagte gestern dem österreichischen Geschäftsträger, daß seine letzten Nachrichten vom Balkan ebenfalls sehr alarmierend wären. Auf Frage Geschäftsträgers, aus welchem Staate die Nachrichten besonders ungünstig lauteten, erwiderte Ministerpräsident, dieses sei belanglos, da die Balkanstaaten zusammen gegen die Türkei marschieren würden, sobald an irgendeiner Stelle Krieg ausbräche[1]. Die augenblickliche Jahreszeit sei kein Hindernis für den Kriegsausbruch. Lucius

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Dank Rußland.

Nr. 12167.

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Wien, den 26. September 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 91**.

Auftrag ausgeführt. Graf Berchtold bat mich, sein lebhaftes Bedauern zu übermitteln, durch Demarche in Konstantinopel bei uns einen Eindruck hervorgerufen zu haben, der ihm selbst sehr unerwünscht sei. Er habe aber diesen Schritt als Fortsetzung seiner Anregung betrachtet, über deren Grundzüge sich ja alle Mächte geeinigt hätten. Nachdem er erfahren, daß russische Demarche unmittelbar bevorstehe, habe er nicht zögern wollen, auch seinerseits bei der Pforte vorstellig zu werden, da ihm entsprechende Einwirkung auf Türkei als letzte Hoffnung auf Beruhigung der Balkanstaaten erschienen sei. Auch habe er geglaubt, in Redaktion der an Markgraf Pallavicini erteilten Instruktion den Intentionen Berliner Kabinetts entsprochen zu haben. Er lege größten Wert auf gemeinsames Vorgehen mit uns und sei gewiß, daß in Zukunft keine Mißverständnisse mehr vorkommen würden[1]. Stolberg

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Hoffentlich!

* Sasonow beabsichtigte, auf der Rückreise von London und Paris auch nach Berlin zu kommen, doch zog sich die Ankunft bis zum 8. Oktober hinaus. Vgl. Kap. CCLXIII, Nr. 12256.
** Siehe Nr. 12162.

Nr. 12168

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 83 Wien, den 26. September 1912

Graf Berchtolds Nachrichten aus Balkanzentren nehmen gradatim beunruhigenderen Charakter an. Rußland fährt zwar fort, auf Balkanstaaten in friedlichem Sinne zu drücken, indem es sie sogar, wie er erfahren habe, mit Hinweis auf eventuelles Vorgehen Österreich-Ungarns gegen sie schrecke, aber Minister ist auf Grund seiner Informationen so gut wie überzeugt, daß Balkanstaaten zum Losschlagen gegen Türkei entschlossen sind[1]. Auch von türkischen Reformen oder diesbezüglichen Versprechungen erhofft er nicht mehr viel, da es Balkanstaaten nicht auf diese, sondern offenbar nur auf Gebietserweiterungen ankomme[2].

Als letztes Mittel zur Vermeidung des Krieges schweben Minister noch zwei Möglichkeiten vor: Entweder die Großmächte erklären den Balkanstaaten, daß sie keine Veränderung der geographischen Karte zulassen würden; doch hält er es für sehr fraglich, ob Rußland dem zustimmen würde; oder Österreich-Ungarn erklärt, daß ihm gewisse Veränderungen nicht gleichgültig sein könnten[3]; dies sei aber nicht unbedenklich, da hiermit implizite zugegeben würde, daß an irgend welche Veränderungen überhaupt zu denken sei[4], was Balkanstaaten zu territorialer Aspiration ermutigen würde[5].

In Petersburg sei man äußerst pessimistisch. Minister vorlas mir Telegramm dortigen österreichischen Geschäftsträgers über Unterredung mit Kokowzow, wonach dieser, der bis vor wenigen Tagen sehr optimistisch gewesen, jetzt auch an baldige Aktion Bulgariens auch ohne Rücksicht auf bevorstehenden Winter glaubt.

Graf Berchtold rechnet mit Möglichkeit, daß Griechenland von Balkanstaaten vorgeschoben wird, um an Türkei mit sehr weitgehenden nationalen Forderungen heranzutreten, um etwaige Ablehnung derselben zum Ausgangspunkt des Krieges zu machen. Er hält auch für möglich, daß Bulgarien den Mächten Alternative stellen wird: entweder Druck auf Türkei zu sofortigen Reformen im Sinne des Artikels XXIII Berliner Vertrags oder Krieg. Bezüglich der Bulgarien eventuell zu erteilenden Antwort würde Graf Berchtold gern schon jetzt in Gedankenaustausch mit uns eintreten[6].

Stolberg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
3/X. 12.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Das erfahre ich erst am 3. Oct[ober]!!

[2] ja

[3] das einzig Richtige

[4] das ist auch natürlich!

[5] schadet nichts
[6] und das meldet mir das Ausw[ärtige] Amt nicht sofort!! da soll doch der Deibel dreinschlagen! das ist ja unerhört!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich bin gegen das Dreinreden jetzt. Lieber ruhig austoben lassen, und nach dem Aderlaß reden, da hören alle williger. Die Türkei muß nun zeigen, ob sie noch die Großmacht ist, die sie zu sein behauptet, oder nicht!

Nr. 12169

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 690 Berlin, den 27. September 1912
[abgegangen am 30. September]

Der russische Geschäftsträger erkundigte sich heute nach unserer Antwort auf den Sasonowschen Vorschlag.

Ich erwiderte Herrn Bronewsky, daß bekanntlich jede Bestrebung, welche die Erhaltung des Friedens bezwecke, von vornherein unserer Sympathien sicher sei. Wir hätten uns auch, wie er wisse, während der letzten kritischen Wochen durch Mahnungen nach beiden Seiten dauernd um Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Balkan bemüht. Jetzt, wo Rußland in Konstantinopel bereits vorstellig geworden sei und, wie wir hörten, auch Österreich-Ungarn eine der russischen Initiative ähnliche Demarche gemacht habe, schiene mir indessen für uns kein Objekt mehr für eine nachträgliche Einwirkung im gleichen Sinne auf die Türkei vorhanden zu sein, nachdem diese bereits alle von ihr verlangten Zusicherungen gegeben habe.

Kiderlen

Nr. 12170

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg***

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 93 Berlin, den 27. September 1912

Der bulgarische Geschäftsträger*** hat hier im Auftrage seiner Regierung auf die angeblich von der türkischen Regierung angeordnete Einberufung von Landwehrdivisionen II. Klasse an bulgarischer Grenze

* Ein gleicher Erlaß erging unter Nr. 898 nach Petersburg.
** Dasselbe Telegramm ging auch an die Botschaften in Petersburg (Nr. 154), Paris (Nr. 214), London (Nr. 168).
*** Nestorow.

hingewiesen, die nach der Angabe Noradunghians zwar lediglich zu Manöverzwecken erfolgt wäre, von seiner Regierung indes als eine Drohung angesehen werde, so daß diese zu entsprechenden militärischen Gegenmaßnahmen sich gezwungen sehe, wenn die Pforte sich nicht zur Zurücknahme der Einberufung der Redifs verstände. Seine Regierung frage an, ob die Mächte nicht einen dahingehenden Druck auf die türkische Regierung auszuüben geneigt wären.

Ich bin zu einer entsprechenden Demarche in Konstantinopel in Gemeinschaft mit den anderen Mächten bereit, falls die Nachrichten über die türkischen Mobilisierungen sich bewahrheiten sollten. Jedoch würde zunächst die bulgarische Regierung nicht nur bestimmte Erklärungen, sondern auch Beweise für ihre friedlichen Absichten zu erbringen haben.

Bitte dortige Regierung in vorstehendem Sinne verständigen und über deren Stellungnahme telegraphisch berichten.

Kiderlen

Nr. 12171

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 310 Therapia, den 27. September 1912

Bulgarischer Gesandter angeblich noch ohne Nachricht über Eindruck türkischer Konzentrierungen auf Bulgarien, heute merklich kleinlauter als vorgestern; scheint zu besorgen, daß Türken Ernst machen könnten.

Serbischer Gesandter* mitteilte Markgraf Pallavicini, daß nach Telegrammen aus Üsküb Teil Munitionssendung freigegeben**. Vermutet deshalb feierliche Erklärungen seiner Regierung, was bulgarischen Gesandten beunruhigt. Serbien werde ohne Rußlands Einverständnis nicht kämpfen.

Türken fatalistisch, aber zum Kriege bereit, wenn bulgarische Provokationen andauern. In Beamtenkreisen erwartet man von Krieg Klärung der verworrenen äußeren und inneren Lage.

Wangenheim

---

* Nenadowitsch.

** Am 24. September waren in Üsküb 20 Waggons mit Kriegsmaterial für Serbien beschlagnahmt worden.

Nr. 12172

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 280

Streng vertraulich Wien, den 27. September 1912

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 21. September Nr. 679*.

Graf Berchtold äußerte sich in ganz vertraulichem Gespräch sehr besorgt über die etwa von den Balkanstaaten angestrebten Gebietserweiterungen. Er versicherte dabei mit Nachdruck, daß Österreich-Ungarn saturiert sei und keine Eroberungsabsichten irgendwelcher Art hege. Aber es könne gewisse Veränderungen am Balkan unter keinen Umständen zugeben. Wenn zum Beispiel Serbien eine Expansion nach dem Sandschak vornähme, so sei über kurz oder lang ein Zusammenschluß dieses Landes mit dem stammverwandten Montenegro, sei es als Monarchie, sei es als Republik, zu gewärtigen. Ein solches neues slawisches Staatengebilde würde aber eine dauernde Anziehung für alle südslawischen Elemente in Bosnien und der Herzegowina, Kroatien, Slavonien und Dalmatien und damit eine stete Gefährdung für die Ruhe und Sicherheit Österreich-Ungarns bilden. Es bedeute einfach ein Lebensinteresse für die Monarchie, dies zu verhindern. Sie könne nicht zulassen, daß durch die Erweiterung Serbiens auf dem Sandschak ihr ein Sperriegel an der Südgrenze vorgeschoben werde, zumal da dies ebenso wie eine Expansion der Balkanstaaten nach Albanien eine Abschließung gegen die Adria bedeuten würde.

In Albanien verfolge Österreich-Ungarn keinerlei eigennützige Pläne; dies sei schon mit Rücksicht auf die Abmachungen mit Italien ausgeschlossen; Albanien müsse aber türkisch bleiben und gegen Aspiration von anderer Seite geschützt werden. Durch Verträge, die teilweise auf die Friedensschlüsse von Carlowitz und Passarowitz zurückgingen, sei Österreich-Ungarn seitens der Türkei das Recht des Protektorats über die katholischen Albaner eingeräumt worden, das auch von je herkömmlich ausgeübt worden sei, und aus diesem Recht resultierten moralische Verpflichtungen zum Schutz der dortigen Glaubensbrüder gegen Andersgläubige, denen man sich nicht entziehen könne.

Graf Berchtold möchte unter allen Umständen den Krieg vermieden sehen, da er ernstliche Besorgnisse vor einer Hineinbeziehung Österreich-Ungarns und eventuell daraus entstehenden weiteren Komplikationen hat. Ich bin überzeugt, daß er nicht daran denkt, die gegenwärtige Lage am Balkan zur Ausführung irgendwelcher Pläne zu benutzen. Sollten aber die oben erwähnten Befürchtungen bezüglich Serbiens und Montenegros eintreten, so würde sich Österreich-Ungarn vielleicht doch zu Maßregeln gezwungen sehen, die an sich seinen Wünschen nicht entsprechen.

---

* Siehe Nr. 12155.

Stolberg

Nr. 12173

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 35 Berlin, den 28. September 1912

Der russischen Regierung sind Nachrichten zugegangen, denen zufolge die griechische, bulgarische, serbische und montenegrinische Regierungen eine Kollektivdemarche bei den Großmächten behufs Geltendmachung ihrer Ansprüche gegen die Türkei in Erwägung ziehen. Die Ausführung eines eventuell dahingehenden Projekts würde es der Türkei wesentlich erschweren, die ihr von den Mächten erteilten freundschaftlichen Vorschläge zu befolgen und die offiziell zugesagten Reformen in die Tat umzusetzen, andererseits auch leicht die Form eines unerwünschten und unzulässigen Drucks auf die Großmächte annehmen können.

Ew. pp. bitte ich, der dortigen Regierung unter Hinweis auf das Bedenkliche der angeblich geplanten Demarche von einer solchen abzuraten.

Kiderlen

Nr. 12174

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Wien, den 28. September 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 93*.

Konnte Grafen Berchtold heute nicht sprechen. Baron Macchio wird mir nach Besprechung mit Minister Antwort geben, fragte dabei, was bei uns als Beweis für friedliche Absichten Bulgariens angesehen werden würde.

Zeitungsnachrichten von Verzicht der Türkei auf Manöver bei Adrianopel hier amtlich nicht bestätigt.

Noradunghian hat vorgestern Markgrafen Pallavicini gesagt, Truppenzusammenziehung sei notwendig geworden, da sicheren Nachrichten zufolge Bulgarien aggressive Absichten auf Türkei habe und man jetzt auch wisse, daß Bulgarien, Serbien und Griechenland sich über gemeinsames Vorgehen und Einteilung ihrer Interessensphäre geeinigt hätten.

Stolberg

---

* Siehe Nr. 12170.

Nr. 12175

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Sofia, den 28. September 1912

Situation ist hier insofern unverändert, als bulgarische Regierung nach wie vor ernstlich bestrebt ist, kriegerische Verwicklungen zu vermeiden. In diesem Sinne sprach sich Ministerpräsident mir gegenüber soeben aus, bemerkte aber dabei, daß die Lage, die sich während der letzten Zeit schon erheblich geklärt hatte, seit gestern infolge der aus der Türkei eintreffenden beunruhigenden Nachrichten über umfangreiche Mobilisierungen sich wieder erheblich verschlechtert habe. Falls nicht günstigere Meldungen aus Konstantinopel einträfen, müsse Bulgarien auf seine Sicherheit Bedacht nehmen, und Regierung habe daher Möglichkeit einer teilweisen Mobilisierung eigener Truppen ins Auge gefaßt. Aber auch dann sei damit nicht das letzte Wort gesprochen und eine friedliche Lösung durchaus denkbar.

Eine Aussprache mit meinem österreichisch-ungarischen Kollegen hat die volle Übereinstimmung unserer Auffassung über die Lage ergeben. Graf Tarnowski sagt mir, daß er vollstes Vertrauen in die Loyalität der bulgarischen Regierung setzt und während der ganzen Krise nie an kriegerische Verwicklung geglaubt habe. Er will bisher auch stets in diesem Sinne nach Wien berichtet und hierbei den Ausdruck Krieg geflissentlich vermieden haben. Er ist ebenfalls der Ansicht, daß sich erst seit Ankündigung türkischer Manöver die Lage hier mehr zugespitzt habe, glaubt aber trotzdem nicht an ernstere Folgen.

Mein russischer Kollege sieht ohne Angabe näherer Gründe die Lage pessimistisch an, ist aber dafür bekannt, seine Regierung schon wiederholt unnötig alarmiert zu haben. Auch Herr von Nekljudow hält die Friedensliebe der hiesigen Regierung für aufrichtig und beklagt nur, daß sie vielleicht nicht rechtzeitig Mittel gefunden habe, die öffentliche Meinung zu beruhigen.

Da ich annehmen darf, daß die türkischen Manöver schließlich überhaupt nicht oder gegebenenfalls nicht im geplanten Umfang stattfinden werden[1], so glaube ich sagen zu können, daß, falls nicht ganz ungewöhnliche Ereignisse eintreten, die Lage in Bulgarien nach wie vor zu keinen ernsteren Besorgnissen Anlaß gibt, wenn man hier auch für alle Fälle gewisse militärische Vorbereitungen trifft.

Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Im Gegentheil vollste Mobilisirung.

Nr. 12176

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 95 Berlin, den 30. September 1912

Zu Ihrer Information.

Lord Granville hat heute mitgeteilt, englischer Botschafter Konstantinopel sei angewiesen, si omnes, Türkei zu raten, Mobilisierung einzustellen, unter Voraussetzung, daß Balkanstaaten ihrerseits nicht mobilisieren. Andererseits seien englische Vertreter bei Balkanstaaten instruiert, si omnes, in Betracht kommenden Regierungen von Mobilisierung dringend abzumahnen.

Botschaft Konstantinopel und Gesandtschaften Sofia, Cetinje, Belgrad, Athen sind ermächtigt, sich gegebenenfalls vorgedachter Demarche großbritannischen Vertreters anzuschließen.

Baron Macchios Frage, was bei uns als Beweis für friedliche Absichten Bulgariens angesehen werden würde — Telegramm Nr. 84* — bitte ich dahin zu beantworten, daß eine allen Großmächten gegebene feierliche Zusage uns als genügende Garantie erscheinen würde.

Kiderlen

Nr. 12177

Der Geschäftsträger in Belgrad Graf von Kanitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Belgrad, den 29. September 1912
[pr. 30. September]

Ministerpräsident versichert, Kollektivdemarche sei nicht beabsichtigt, dagegen die Lage durch die türkische Mobilmachung sehr verschärft. Serbische Regierung müsse sich vorbehalten, welche Maßnahmen sie gegen die offenbar feindliche Haltung der Türkei ergreifen werde.

Ich habe darauf hingewiesen, daß Angriffsabsicht der Türkei angesichts Haltung der Großmächte undenkbar ist. Ministerpräsident bestand darauf, daß Gegenmaßregeln erforderlich wären. Morgen soll Truppentransport nach der Süd . . . .** beginnen.

Maßgebende hiesige Kreise sind überzeugt, daß der Friede auf sehr schwachen Füßen steht, wenn nicht Türkei veranlaßt wird, die Truppenkonzentrationen in Mazedonien aufzugeben. Russischer und österreichischer*** Gesandter haben in diesem Sinne an ihre Regierungen berichtet.

Graf Kanitz

* Siehe Nr. 12174.
** Zifferngruppe fehlt.
*** von Ugron.

Nr. 12178

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Sofia, den 29. September 1912
[pr. 30. September]

Antwort auf Telegramm Nr. 35 vom 28. September*.

Auftrag ausgeführt. Ministerpräsident gab mir zu, daß eine derartige Kollektivdemarche erwogen und ein diesbezüglicher Meinungsaustausch zwischen den vier Kabinetten eingeleitet worden sei.

Bezüglich allgemeiner Lage sprach sich Herr Geschow heute pessimistischer aus, da türkischerseits starke Truppenverschiebungen an der Grenze stattfänden und die Bevölkerung durch Hodschas zum Krieg gegen Bulgarien angestachelt werde. Regierung hat daher, wie mir Ministerpräsident bestätigt, zur Verstärkung ihrer Streitkräfte zunächst das hier stehende erste Kavallerieregiment heute nach Philippopel dirigiert.

Below

Nr. 12179

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 56 Wien, den 27. September 1912
[pr. 30. September]

Der Chef des k.u.k. Generalstabes**, den ich soeben, als er von einer Unterredung mit dem Grafen Berchtold zurückkam, sprechen konnte, sieht die Lage auf dem Balkan als äußerst ernst an. Er hält den Ausbruch von Feindseligkeiten für sehr wahrscheinlich und sagte: „Man muß sich nur klar sein, was man dann zu tun hat." Leider drückte er sich über die verschiedenen Möglichkeiten und die Entschlüsse, welche sich für die k. u. k. Heeresleitung aus dem Ausbruch eines Balkankrieges ergeben, mit größter Reserve aus. Schemua ist auf diesem Punkt nicht so offenherzig wie sein Vorgänger, er ist mehr Diplomat im Vergleich zum Soldaten Conrad.

Nach einer Bemerkung, die mir der Chef des Evidenzbureaus*** machte, glaube ich annehmen zu müssen, daß die Heeresleitung entschlossen ist, militärische besondere Maßnahmen zu ergreifen, sowie Montenegro oder Serbien oder beide gemeinsam in den Sandschak[1] einmarschieren sollten.

* Siehe Nr. 12173.
** Feldmarschalleutnant von Schemua.
*** Oberst von Urbanski.

Wenn zum Beispiel Montenegro allein nur in Richtung Skutari losschlägt, so dürfte für die Monarchie noch kein Grund vorliegen, militärisch einzuschreiten. Anders im Falle einer Sandschakbesetzung[2], aus der leicht ein dauernder Zustand werden könnte. In diesem Fall ist mit Sicherheit anzunehmen, daß für Österreich-Ungarn die Lage B gegeben ist, das heißt Mobilmachung gegen den Balkan[3]. Dann aber wird auch Serbien darauf gefaßt sein müssen, seine Armee mit der Front nach der Donau zu verwenden. Der Mobilmachungsfall B bereitet dem k. u. k. Generalstab kein besonderes Kopfzerbrechen. Er hat im Jahre 1908/09, wenn auch nur zum Teil angewendet, gut funktioniert. Nach Ansicht des Chefs des Evidenzbureaus müssen die österreichisch-ungarischen Streitkräfte am 18. Mobilmachungstag auf serbischem Territorium stehen. Die Heeresleitung muß trachten, die serbische Armee so rasch niederzuwerfen, daß dort gebundene Kräfte bald für eine anderweitige Verwendung frei werden.

Aus den Bemerkungen beider Offiziere, des Generalstabschefs wie des Oberst von Urbanski, geht hervor, daß sich der k. u. k. Generalstab, sollte er gezwungen werden, die partielle Mobilmachung gegen den Balkan anzuordnen, von italienischer Seite keine feindselige Haltung erwartet[4]. General Schemua sprach mit besonderer Anerkennung von der korrekten Haltung der italienischen Regierung im Verlauf des letzten Jahres.

Mit nicht gleicher Beruhigung richten sich die Blicke des Generalstabes nach Rußland. Der Chef unterscheidet zwischen dem offiziellen Rußland, dem ein Krieg unerwünscht sei, und das die Balkanstaaten zur Ruhe ermahne, und den starken panslawistischen Strömungen im Zarenreich, die es auf einen Balkanbrand ankommen lassen möchten in der stillen Erwartung, daß der Brand nicht auf seinen Herd beschränkt bleibe.

Letztere Befürchtung hegt der Generalstabschef ebenfalls. Er ist der Meinung, daß aus dem sehr wahrscheinlichen Ausbruch eines Balkankrieges leicht der große europäische Krieg entstehen kann. Daher wohl auch eine gewisse nervöse Unruhe, die man zurzeit im Kriegsministerium beobachten kann.

Schemua versicherte mir heute wieder, daß irgendwelche militärische Maßnahmen aus Anlaß der Balkanwirren bisher nicht getroffen worden sind. Nur das Evidenzbureau hat die nachgesuchten Mittel bewilligt erhalten zur Einrichtung eines verstärkten Agentennachrichtendienstes in den unruhigen Balkanländern.

(gez.) Kageneck
Major und Flügeladjutant

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] !?

[2] Auf den hat ja Aehrenthal feierlich verzichtet.

[3] ? auch gegen Bulgarien und Athen?

[4] Wenn Italien nicht Serbien als seine Bundesgenossen gegen die Türken ansieht.

Nr. 12180

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 279 St. Petersburg, den 28. September 1912
Vertraulich [pr. 30. September]

Herr Neratow hat sich beim letzten Empfang, wie ich Euerer Exzellenz schon anderweitig berichten durfte*, sehr pessimistisch über die türkisch-bulgarischen Beziehungen ausgesprochen, und ich hatte ebenso wie mein österreichischer Kollege den Eindruck, daß man hier, selbst wenn die Türkei ernstlich mit Einführung der Reformen in letzter Stunde beginnen würde, den Konflikt für unvermeidlich ansieht. Denn Herr Neratow hat ebenso wie Herr Sasonow keinerlei Vertrauen mehr in die türkischen Versprechungen. Der Ministerpräsident bemerkte sogar Herrn von Szilassy gegenüber, daß er vom bulgarischen Standpunkte aus wohl begreife, wenn man in Sofia den jetzigen Augenblick benutze. Bevor die Türken die kleinasiatischen Armeekorps heranholen könnten, würden sie vermutlich geschlagen sein. Herr Kokowzow glaubt offenbar an eine Verständigung der Balkanstaaten ad hoc**, da er als feststehend annimmt, daß Bulgarien beim Kriegsausbruch keinesfalls allein bleiben würde. Betreffend die Teilnahme von Griechenland fiel mir eine Äußerung des englischen Botschafters*** auf, die — wie ich glaube — von Herrn Sasonow stammt, daß nämlich die Türkei durch Preisgabe von Kreta an Griechenland die Neutralität dieses Staates erkaufen würde.

Den Hauptgrund zu der großen Besorgnis Rußlands vor dem Ausbruch eines Balkankrieges sehe ich darin, daß man sich hier wohl bewußt ist, im Falle einer bulgarischen Niederlage eventuell zu einer bewaffneten Intervention zugunsten der Besiegten gezwungen zu sein. Bulgarien wird also trotz aller eindringlichen Warnungen Herrn Sasonows an General Paprikow („vous n'avez pas à compter sur nous") † schließlich sich auch hierdurch nicht vom Krieg abhalten lassen und sich sagen, daß Rußland ohne Verlust seines ganzen Prestiges auf dem Balkan die von ihm selbst geschaffenen und bisher beschützten slawischen Staaten nicht ganz ihrem Schicksal überlassen kann. Aus dieser Überlegung heraus ist wohl auch die Bemerkung Herrn Sasonows zu erklären, die er mir vor seiner Abreise über die Lokalisierung eines Krieges †† und über die dringend

---

* Vgl. Nr. 12166.

** Das wußte man in Rußland ganz genau, da ja unter russischer Ägide der serbisch-bulgarische Bündnisvertrag vom 29. Februar/13. März 1912 zustandegekommen war. Vgl. Kap. CCLXI, Nr. 12058, Fußnote**.

*** Sir G. W. Buchanan.

† Vgl. Nr. 12149.

†† Vgl. Nr. 12144. Daß man in Petersburg keineswegs einer solchen Lokalisierung sicher war, sondern seine Maßnahmen so traf, als ob Rußland in den Krieg hineingezogen werden könnte, zeigt sich in der Tatsache, daß die am 12. März, einen Tag vor Ab-

nötige Einigkeit der Mächte hierbei mit dem Zusatz machte, daß es sich bei den hoffentlich einheitlichen Bemühungen der Großmächte dann nicht um die verschiedenen Gruppierungen („ni de la triple entente, ni de la triplice") handeln dürfe.

Lucius

Nr. 12181

Der Geschäftsträger in Athen von Biel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Athen, den 30. September 1912

Erfahre soeben von gut unterrichteter Seite, daß Ministerrat in der Nacht zu heute Mobilmachung der Armee beschlossen hat; mit Ver-

schluß des serbisch-bulgarischen Vertrags erlassene Anordnung, wonach „ein telegraphischer Befehl zur Anordnung der Mobilmachung in den europäischen Militärbezirken aus Anlaß politischer Komplikationen an den Westgrenzen gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland aufzufassen" war, am 30. September, dem Tage der Mobilmachung der Balkanstaaten, dem VI. Armeekorps in Warschau mitgeteilt wurde. Vgl. Graf Max Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 37, 39; Gunther Frantz, Rußlands Eintritt in den Weltkrieg, S. 46, 234. Annähernd gleichzeitig erfolgte eine russische Probemobilmachung großen Stils, deren Schwerpunkt gerade in den westlichen Grenzbezirken lag. Ein Telegramm Iswolskys an Neratow vom 29. September (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 262f.) zeigt, wie sehr sogar die französische Presse durch diese von der Agence Havas in sensationeller Aufmachung gebrachte Nachricht beunruhigt wurde, die nach Auskünften, die Graf Pourtalès vom russischen Generalstab empfing, schon im Frühjahr 1912 in Aussicht genommen worden wäre. Bericht Graf Pourtalès' vom 7. Oktober (Nr. 284). Bei seinem Aufenthalt in Berlin am 8. Oktober stellte der russische Außenminister Sasonow, dem gegenüber Bethmann Hollweg und Kiderlen die im Augenblick der Mobilmachung der Balkanstaaten doppelt auffällige russische Maßregel zur Sprache brachten (vgl. darüber Kap. CCLXIII, Nr. 12256), diese als „eine regelmäßig wiederkehrende Maßregel" hin, mußte sich aber daran erinnern lassen, daß man wohl eine amtliche Mitteilung über die Probemobilmachung hätte erwarten können. Auf eine Anfrage des Generalstabschefs von Moltke an Staatssekretär von Kiderlen vom 15. Oktober 1912, „ob dem Auswärtigen Amt von amtlicher russischer Seite eine vorherige Benachrichtigung über die in letzter Zeit in den der deutschen Grenze benachbarten Gebieten vorgenommenen größeren Probemobilmachungen zugegangen ist, wie dies bei einer gleichen Gelegenheit im Oktober 1911 geschehen ist", mußte der Staatssekretär verneinend antworten. General von Moltke bat darauf aus „schwerwiegenden militärischen Gründen" das Auswärtige Amt am 12. November, „eine Aussprache mit der russischen Regierung herbeiführen zu wollen dahingehend, daß über Probemobilmachungen in deutsch-russischen Grenzgebieten in Zukunft wieder eine vorherige Mitteilung an die deutsche Regierung erfolgt." Graf Pourtalès wurde in der Tat durch Erlaß vom 18. November in diesem Sinne angewiesen. Nach einem Bericht Graf Pourtalès' vom 23. November (Nr. 330) erkannte Sasonow die Berechtigung des deutschen Wunsches zwar an und versprach, die Angelegenheit an maßgebender Stelle zur Sprache bringen zu wollen, kam aber auf den Gegenstand nicht wieder zurück. Über den Eindruck der russischen Probemobilmachung in Wien vgl. Kap. CCLXIII, Nr. 12261.

öffentlichung betreffs Verordnung solle jedoch gewartet werden, bis bulgarische Regierung gleichlautende Verordnung veröffentlicht; Nachricht von der bulgarischen Regierung wird heute erwartet[1]. Biel

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also gemeinsam!

Nr. 12182

Der Geschäftsträger in Belgrad Graf von Kanitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Belgrad, den 30. September 1912

Offizielle Mobilmachungsorder ist nicht ergangen, dagegen werden unauffällig alle Vorbereitungen getroffen, welche praktisch einer teilweisen Mobilmachung gleichkommen. Zwei Infanterieregimenter der Belgrader Garnison sind letzte Nacht in ihre Rekrutierungsbezirke abgegangen.
Kanitz

Nr. 12183

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Sofia, den 30. September 1912

Order zu allgemeiner Mobilmachung soeben ergangen*.

Wie verlautet, hat sich gestern serbischer Generalstabschef** hier aufgehalten und an Beratungen im Kriegsministerium teilgenommen[1]. Auch Vertrauensmann griechischer Regierung weilt hier gegenwärtig.
Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also Verabredung.

Nr. 12184

Der Geschäftsträger in Belgrad Graf von Kanitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Belgrad, den 30. September 1912

Heute nachmittag 4 Uhr ist Mobilmachung der ganzen serbischen Armee angeordnet, wie mir Ministerpräsident sagt, in Übereinstimmung

* Auch aus Athen traf am 1. Oktober eine amtliche Mitteilung über erfolgte Mobilmachung ein.
** General Putnik.

Bulgarien, Griechenland und Montenegro. Die Regierung versichert, daß, soweit Serbien in Betracht komme, diese Maßregel lediglich Defensivbedeutung hat[1]. Nur einige Truppenteile sollten zunächst an die türkische Grenze gehen. Die Skupschtina ist für den 3. Oktober einberufen.

Kanitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Prosit!

Nr. 12185

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 Sofia, den 1. Oktober 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 37 vom 30. September*.

Lage kritisch. Militärpartei[1] scheint vollständig Oberhand zu bekommen und König sowie Regierung für energisches Vorgehen gewonnen zu haben. Ob, so wie die Dinge jetzt liegen, ein Zurückgehen noch möglich, ist nicht zu übersehen, da Aussicht auf gemeinsames Vorgehen mit Serbien, Griechenland und Montenegro die Begeisterung steigert. Rüstungen werden mit größtem Eifer betrieben. Es verlautet sogar, daß bereits zwei serbische Kavallerieregimenter auf dem Wege nach bulgarisch-türkischer Grenze seien. Wie ich ferner zuverlässig höre, soll bulgarische Regierung Ultimatum an die Pforte vorbereiten.

Seit gestern Belagerungszustand über ganzes Land verhängt, Feld- und Kriegsgericht eingesetzt, Ausfuhrverbot für Getreide, Mehl, Fourage erlassen. Einberufung Sobranje steht angeblich bevor. Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Quatsch! Das Volk ist das! das behaupten die Diplomaten immer beim Kriegsausbruch, den sie für sich als Blamage ansehen! Ein Sündenbock für dieselbe muß gefunden werden, und daher construirt man die „Militairpartei"!

Nr. 12186

Der Geschäftsträger in Belgrad Graf von Kanitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Belgrad, den 1. Oktober 1912

Mobilisationszentrum der serbischen Armee anscheinend Mladenovac. Hier verlautet, ein bulgarisch-serbischer Vertrag verpflichte Serbien, seine ganze Armee nach Bulgarien zu schicken[1]. 20000 Mann hätten bereits bulgarische Grenze überschritten. Ferner wird behauptet, Rußland unterstütze die Aktion der Balkanstaaten. Haltung des hiesigen russischen Gesandten gibt zu diesem Verdacht bisher keine Veranlassung. Zensur

* Siehe Nr. 12183.

ist eingeführt, Telegramme erleiden Verzögerung. Es empfiehlt sich daher, von wichtigen Telegrammen Duplikate postlagernd Semlin zu schicken. Von dort aus Beförderung durch österreichischen Kurier gesichert.

Kanitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wäre auch das Klügste! Damit würde die Berührung des Sandschacks fortfallen; die Bulgaren ihre ganze Armee zum Einbruch in erster Linie einsetzen können, und die Serben als 2te Staffel zur Verstärkung folgen können und Oesterreich könnte wegen Sandschack nichts sagen.

Nr. 12187

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 320 Therapia, den 29. September 1912
[pr. 3. Oktober]

Das Projekt Berchtold ist in den Delegationen wieder aufgelebt*. Hier gilt es schon seit längerer Zeit als definitiv begraben. Jedenfalls ist es durch die Demarche des russischen Botschafters überholt worden. Letztere zeichnet sich vor dem österreichischen Vorschlag in zwei Punkten aus. Sie ist im geheimen erfolgt und hat nur reale Forderungen enthalten. Deshalb ist ihr auch ein formeller Erfolg beschieden gewesen. Rußland kann behaupten, Österreich zunächst aus dem Felde geschlagen zu haben. Das wird sein Ansehen hier und bei den Balkanvölkern erhöhen. Daß die Kabinette den Ideen des Herrn Sasonow mehr Sympathien entgegengebracht hätten als den Theorien des Grafen Berchtold, ist hier nicht erkennbar geworden. Nur Österreich-Ungarn hat selbstlos um die russischen Forderungen eine Girlande gewunden. Von dem englischen Geschäftsträger wurde auf der Pforte ohne Kommentar ein Telegramm verlesen, in welchem Sir Edward Grey von einem Gespräch mit Tewfik Pascha** über die Lage in Mazedonien Mitteilung macht. Herr Bompard und ich haben geschwiegen.

Von unmittelbaren praktischen Resultaten des russischen Schrittes ist bisher nichts zu bemerken. In den meisten türkischen Zeitungen wird das einzige positive Zugeständnis der Pforte, die Aufhebung der Vorschrift, daß europäische Rekruten auch in Asien zu dienen haben, nicht einmal erwähnt.

Indirekt haben die russischen Hinweise auf die von Bulgarien drohende Kriegsgefahr die Türkei veranlaßt, eine partielle Mobilisierung gegen Bulgarien anzuordnen[1]. Die Befürchtung des österreichischen und des russischen Botschafters, daß nunmehr auch Bulgarien mobilisieren und zum Kriege schreiten werde, scheint nicht in Erfüllung zu gehen[2]. Herrn Sarafows Sprache ist in den letzten Tagen bescheidener, ja beinahe

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 301 f.

** Türkischer Botschafter in London.

friedlich geworden. Er und der bulgarische Militärattaché* verbreiten, daß die Türkei gar nicht an eine Mobilisierung denke. Es handele sich nur um Übungen von Landwehrleuten[3] und nicht einmal um wirkliche Manöver. Genau ebenso sprechen sich mein russischer Kollege und der russische Militärattaché** aus. Herr von Giers besorgt offenbar, daß er für die kriegerischen Maßnahmen der Türkei verantwortlich gemacht werden könnte[4].

Wenn nicht in Balmoral*** neues Unheil gebraut worden ist, so könnte die Demarche Rußlands schließlich zu einem diplomatischen Erfolge der Türkei gegenüber Bulgarien führen. Dann würde auch Serbien Farbe bekennen müssen. Denn wenn die Belgrader Regierung sich nicht zu einwandfreien friedlichen Erklärungen entschließt, wird die Türkei die angehaltenen Munitionssendungen kaum freigeben.

So wichtig auch die Feststellung wäre, daß die Balkanmeute zu kläffen aufhört, sobald die Türkei Ernst macht, so ungünstig würde die Wirkung eines türkischen Erfolges auf den Gang der Auseinandersetzung mit Italien sein. Italien und die Türkei waren durch die Gefahr eines Balkankrieges auf die Nützlichkeit eines baldigen Friedensschlusses hingewiesen[5] und einander nähergerückt worden. Die schwindende Gefahr wird nicht ohne Einfluß auf die türkische Verhandlungslust bleiben. Ich werde es deshalb vermeiden, mich allzu optimistisch über die nunmehr entstandene Lage auszusprechen. Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also die Russen haben die Sache angestiftet!
[2] !!
[3] !
[4] kann er auch
[5] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig

Nr. 12188

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 337 Paris, den 26. September 1912

Herr Paléologue, der selber das Gespräch auf diesen Gegenstand brachte, äußerte sich zu mir recht pessimistisch über die Lage am Balkan. Bulgarien besonders mache ihm ernste Sorge. Er erinnere sich aus seiner

* Hauptmann Topaldjikow.
** Generalmajor Holmsen.
*** Zu Sasonows Besprechungen in Balmoral mit Sir E. Grey über die Balkankrise, die hauptsächlich neue Vermittlungsvorschläge Poincarés betrafen (vgl. dazu das folgende Kapitel), siehe den von dem russischen Außenminister dem Zaren erstatteten Immediatbericht. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 297ff.

Zeit in Sofia, einmal von einem bulgarischen General die Äußerung gehört zu haben, ein Winterfeldzug gegen die Türkei sei für sein Land recht günstig, denn während der ohnehin abgehärtete bulgarische Soldat mit einer gegen die Kälte sehr gut schützenden Ausrüstung versehen sei, würden die großenteils aus Asien stammenden, über keine Winterequipierung verfügenden türkischen Bataillone sehr empfindlich unter der Witterungsunbill zu leiden haben.

Der Politische Direktor meinte sodann weiter, indem er den rein persönlichen Charakter seiner Äußerungen betonte, er glaube, es sei hohe Zeit, daß die Mächte ihren Friedensermahnungen an die kleinen Balkanstaaten einen wirksamen Nachdruck gäben*. Beispielsweise könne daran

* In diesen Worten Paléologues liegt die erste an die deutsche Adresse gerichtete Hindeutung auf eine neue Initiative in der Mediationsfrage, die inzwischen der französische Ministerpräsident Poincaré am 22. September 1912 zunächst durch Fühlungnahme mit England und Rußland eingeleitet hatte. Seit seinem Aufenthalt in Petersburg im August, wo er zuerst den genauen Text des unter russischer Ägide abgeschlossenen serbisch-bulgarischen Bündnisses, dieser wahren „convention de guerre" kennen gelernt hatte (vgl. Kap. CCLXI, Nr. 12058, Fußnote**), war Poincaré gleich Paléologue, der aus seiner fünfjährigen Tätigkeit als Gesandter in Sofia das Balkanterrain gründlich kannte, von den schwärzesten Besorgnissen für den Frieden erfüllt. Nachdem er am 12. September Rußland, dem er die Hauptschuld an der kriegerischen Zuspitzung der Lage beimaß, zu verstehen gegeben hatte, daß Frankreich nur dann gebunden sei, Rußland bei einem entstehenden allgemeinen Kriege mit den Waffen zu unterstützen, wenn Deutschland Rußland angreife (siehe den streng vertraulichen Privatbrief Iswolskys an Sasonow vom 12. September, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 252), entschloß er sich, zumal angesichts der Wirkungslosigkeit des Graf Berchtoldschen Schrittes, selbst eine Initiative zu versuchen. Das von ihm am 22. September vorgelegte „Projet d'accord" umfaßte vier Punkte, von denen der erste eine Intervention der Mächte bei den Balkanstaaten, der letzte eine Vorstellung bei der Pforte zur Einführung von Reformen, der zweite und dritte für den Fall des Scheiterns dieser Schritte Maßregeln zur Lokalisierung des Konflikts, insbesondere eine Kollektiverklärung der Mächte an die den Frieden störenden Staaten vorsah, daß sie von einem eventuellen Sieg keinen territorialen Vorteil zu erwarten hätten. Siehe den Erlaß Poincarés an den Botschafter Paul Cambon-London vom 22. September, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 60s. und die Geheimtelegramme Iswolskys vom gleichen Tage, Stieve, a. a. O., II, 257. Gegen das Poincarésche Projekt hatte Iswolsky einzuwenden, daß es die Teilung Europas in zwei Mächtegruppen unterstreichen würde, worauf Poincaré erwiderte, daß das Projekt ja vor den Dreibundmächten geheimgehalten werden könne, und daß „le double groupement était un fait connu de tous et que la coopération publique des deux groupes n'avait que des avantages." Poincaré erklärte sich schließlich bereit, wenn Sasonow oder England an einer „communication de groupe à groupe" Anstoß nehme, seinerseits bei Deutschland und Österreich wegen einer Gesamtaktion der Mächte zu sondieren. Telegramm Poincarés an Paul Cambon vom 22. September, Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 61. Da tatsächlich England gegen das „Projet d'accord" Einwendungen erhob, ersetzte Poincaré einige Tage später seinen ersten Vorschlag durch einen neuen, nach dem Rußland und Österreich als die am meisten für eine ruhige Lage auf dem Balkan interessierten Staaten auf Grund eines Mandats der Mächte in den Hauptstädten der Balkanstaaten vorstellig werden sollten, um den Beginn einer bewaffneten Aktion aufzuhalten. Vgl. dazu die zusammenfassende Darstellung in Sasonows Immediatbericht an den Zaren über seine Reise nach London, Paris und Petersburg vom Oktober 1912, Stieve, a. a. O., II, 297ff. und nun auch R. Poincarés Darstellung (Au Service de la France, II, 213 ss.).

gedacht werden, die Beförderung von jederlei Kriegsmaterial, Pferdeausfuhr und dergleichen nach den Balkanstaaten zu unterbinden. Sogar eine Flottendemonstration könne ins Auge gefaßt werden, und zwar nicht bloß gegen Griechenland, sondern vielleicht auch gegen Bulgarien durch Entsendung von Kriegsschiffen vor Varna*. Auf meine erstaunte Zwischenfrage, wie er sich die Durchführung dieser letzteren Maßnahme denke, erwiderte Herr Paléologue: „Wenn die Mächte einig sind, ist alles möglich." Allerdings setzte er hinzu: „mais à qui de prendre l'initiative?" Es sei übrigens um so dringender, auf der Balkanhalbinsel Beruhigung zu schaffen, als die italienisch-türkischen Friedensunterhändler nach seinen neuesten Informationen weiter denn je von einer Verständigung entfernt seien**.

Wenn es schließlich einmal zur Lösung der Friedensfrage kommen werde, so fuhr der Politische Direktor fort, erscheine ihm als einer der heikelsten Punkte derselben das Inselproblem. Mit großer Entschiedenheit erklärte er wiederholt, Frankreich betrachte dasselbe als eine höchst wichtige Angelegenheit der gesamteuropäischen Politik. „Toutes les Puissances auront leur mot à dire." Der dauernde Verbleib auch nur einer Insel im Besitz Italiens würde das Gleichgewicht im Mittelmeer verschieben, und darum würde Frankreich dies unter keinen Umständen billigen können. Herr Paléologue betonte, daß er hiermit durchaus auch die Anschauung des Ministerpräsidenten wiedergebe.

Als er anschließend daran meinte, allerdings würden nach Räumung der Inseln durch die Italiener zum Schutze der christlichen Bewohner gegen Repressalien seitens der Türken Sicherheiten zu schaffen sein, erwiderte ich darauf im Sinne des mir erteilten Auftrages, indem ich ausführte, dem griechischen Geschäftsträger in Berlin*** sei erklärt worden, daß, wenn seitens anderer Mächte die Schaffung derartiger Sicherheiten gewünscht werden sollte, wir darauf abzielende Bestrebungen wohlwollend prüfen würden. Darüber hinaus, so habe die Kaiserliche Regierung weiter erklärt, könnten wir aber der griechischen Regierung hinsichtlich einer Verwirklichung ihrer auf Schaffung einer Art Autonomie für die Inseln gerichteten Pläne keine Hoffnung machen.

Lancken

---

* Tatsächlich nahm das von Poincaré am 22. September bei England und Rußland in Vorschlag gebrachte „Projet d'accord" in Punkt 3 für den äußersten Fall eine „démonstration militaire ou navale" in Aussicht; dieser Vorschlag wurde aber auf den von englischer Seite zu erwartenden Widerspruch alsbald wieder fallen gelassen. Iswolsky an Sasonow, 22. September 1912; Sasonow an Neratow, 29. September. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 257, 261.

** Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX.

*** Theotokis.

Kapitel CCLXIII

Der Kriegsausbruch September bis Oktober 1912

Nr. 12189

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg**

Unsignierter Entwurf von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Berlin, den 30. September 1912

Zu Ihrer Information.

Als mir der französische Botschafter vor einigen Tagen im Verlauf eines Gesprächs über die Balkanlage* ganz von sich aus die Idee aussprach, wir sollten doch unser Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn dazu benutzen, um unserem Alliierten die Initiative zu einer energischen Friedensintervention bei den Balkanstaaten nahezulegen, habe ich Herrn Cambon den Gedanken souffliert, es möge doch auch Frankreich seinerseits seine Allianz mit Rußland zum Anlaß nehmen, um gegebenenfalls in der gleichen Richtung auf St. Petersburg einzuwirken.

Eine inzwischen eingegangene telegraphische Meldung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Paris läßt erkennen, daß Herr Cambon die vorstehend ventilierten Gedanken alsbald an seine Regierung weitergegeben hat.

Die betreffende Meldung Freiherrn von der Lanckens** besagt:

„Herr Poincaré redete mich auf Gespräch Staatssekretärs mit Herrn Cambon an, worin französische Einwirkung auf Rußland und deutsche Einwirkung auf Österreich-Ungarn erwogen wird zwecks Herbeiführung gemeinschaftlicher Initiative der beiden Mächte bei den Balkanstaaten. Konseilpräsident stellte mit Genugtuung volle Identität deutsch-franzö-

* Laut Randbemerkung Kiderlens nicht abgegangen, weil durch den Gang der Ereignisse überholt; hier abgedruckt, da der Entwurf der einzige Niederschlag der deutschen Akten über die Unterredung des französischen Botschafters Jules Cambon mit Staatssekretär von Kiderlen vom 28. September ist, in der erstmalig der französische Vorschlag eines russisch-österreichischen Doppelmandats (vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12188, S. 134, Fußnote) in Berlin zur Sprache gebracht wurde. Nach einem Telegramm Cambons an Poincaré vom 28. September (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 63 s.) hätte Kiderlen in der Unterredung zugegeben, „que cette initiative ne pourrait appartenir qu'à une des deux Puissances voisines, la Russie ou l'Autriche." Auch Iswolsky wußte am 29. September an den in England weilenden Sasonow jedenfalls aus französischer Quelle zu melden, Kiderlen sympathisiere durchaus mit dem Gedanken des Doppelmandats und sei bereit, ihn in Wien zu unterstützen. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 262.

** Telegramm Nr. 288 vom 28. September.

sischer Interessen fest, betonte Notwendigkeit etwaiger entschiedener Friedensintervention der Mächte und war gern bereit, in vorgedachtem Sinne demnächst mit Herrn Sasonow zu sprechen. Immerhin hege er leise Zweifel, ob auch Österreich-Ungarn und Rußland es tatsächlich über sich bringen würden, sobald positive Maßnahmen in Frage kämen, bei den kleinen Balkanstaaten Hand in Hand aufzutreten.

Weiter meinte Herr Poincaré hinsichtlich etwa in Frage kommender Kollektivdemarchen der Mächte in Konstantinopel, er lege sich die Frage vor, ob sich Großbritannien an solchen jemals beteiligen werde."

Nr. 12190

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 97 Berlin, den 30. September 1912

Wir glauben zu wissen, daß Rußland geneigt ist, Erklärung abzugeben, daß es territoriale Veränderungen auf dem Balkan im Kriegsfall nicht zulassen werde, falls sich andere Mächte dem anschließen*.

Auf Grund früherer Äußerungen Graf Berchtolds nehmen wir an, daß auch Österreich-Ungarn diesen Standpunkt vertritt.

Wir glauben daher, damit rechnen zu können, daß sich Österreich-Ungarn gegebenenfalls einer dahingehenden, unter den Mächten zu treffenden Vereinbarung anschließen würde.

Bitte Graf Berchtolds Rückäußerung zu drahten**.

Kiderlen

Nr. 12191

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen****

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Berlin, den 1. Oktober 1912

Ich habe heute mit Herrn Cambon eingehend die allgemeine Lage durchgesprochen. Ich erklärte zwar, daß wir bereit seien, jedem aus-

* Das dürfte Kiderlen aus den Mitteilungen Jules Cambons vom 28. September (vgl. dazu Nr. 12189, Fußnote *) entnommen haben.

** Vgl. Nr. 12194.

*** Die Aufzeichnung wurde durch den Staatssekretär dem Reichskanzler mit folgendem Schreiben übersandt: „Beifolgend beehre ich mich Euerer Exzellenz eine Aufzeichnung über meine heutige Unterredung mit Herrn Cambon zu überreichen. Es wäre nützlich, wenn Euere Exzellenz mit Herrn Cambon in demselben Sinne sprächen und ihm unter Hinweis auf das gleichartige deutsch-französische Interesse zuredeten, in

sichtsvollen Vorschlag, den Krieg noch zu verhindern, beizutreten; doch fanden wir selbst kein einigermaßen wirksames Mittel, wodurch der Kriegsausbruch vielleicht noch zu verhindern wäre. Wir waren daher darüber einig, daß es für alle weiteren Überlegungen zweckmäßiger sei, schon jetzt mit dem Kriege als feststehender Tatsache zu rechnen.

Auf dieser Basis kamen wir zu dem Resultat, daß die Mächte auf eine Lokalisierung des Kriegs hinwirken sollten. Dies würde am besten dadurch geschehen, daß allen Kriegführenden erklärt würde, daß die Mächte territoriale Veränderungen als Kriegsfolge nicht zulassen würden. Eine solche Erklärung würde dadurch erleichtert, daß die Balkanregierungen ja selbst gelegentlich der jetzt erfolgenden Mobilisierungen verkünden, daß sie lediglich größere Freiheiten bzw. Autonomie für ihre Konnationalen zu erreichen wünschen. Dadurch, daß allen Kriegführenden die Aussicht auf Landerwerb genommen wird, würde auch dem russischen Wunsche Rechnung getragen, die Bulgaren bei einem für sie ungünstigen Kriegsausgang nicht ganz im Stich zu lassen.

Bei Untersuchung der weiteren Frage, wer die Initiative zu der vorgedachten Aktion zu übernehmen haben würde, war Herr Cambon mit mir der Ansicht, daß Rußland hierzu in erster Linie qualifiziert erschiene, und er wollte Herrn Poincaré alsbald telegraphisch vorschlagen, mit Herrn Sasonow bei dessen unmittelbar bevorstehender Anwesenheit in Paris in diesem Sinne zu sprechen.

Stimmt Sasonow zu, so erscheint mir gesichert, daß auch Österreich-Ungarn den oben skizzierten Weg unbedenklich beschreiten wird. Denn Graf Berchtold hat schon früher erklärt, daß ein solcher Ausweg seinen Wünschen entspreche. Er befürchtete nur, daß Rußland nicht dafür zu haben sei. Wenn andererseits Sasonow dem Grundgedanken zwar beipflichtet, das Ergreifen der Initiative aber ablehnt, dann würden wir uns wegen dieses Punkts an Österreich-Ungarn wenden. Dies dürfte nicht abgeneigt sein, die Initiative zu ergreifen, wenn die russische Zustimmung zum voraus gesichert.

Die Frage endlich, auf welche Weise die Balkanregierungen zu der obengedachten Erklärung nötigenfalls gezwungen werden könnten, erscheint zunächst wohl noch als cura posterior; indessen liegt es auf der Hand, daß den Großmächten nach dem Kriege weit mehr Varianten empfindlicher Koerzitivmaßregeln zu Gebote stehen, (— Unterbindung von Zufuhren aller Art, Geldsperre usw. —) als jetzt*.

Kiderlen

---

diesem Sinne auf Herrn Poincaré zu wirken. Kiderlen." Dazu bemerkte der Kanzler: „Herr Cambon hat mir von der Depesche Herrn Poincarés, seiner Besprechung, die er darüber mit Euer Exzellenz gehabt hat und der von Ihnen beiden vereinbarten Antwort an Poincaré Kenntnis gegeben. v. Bethmann Hollweg. 2./10."

* Vgl. auch den ausführlichen Bericht Cambons über die Unterredung mit Kiderlen. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 73s.

Nr. 12192

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 Berlin, den 1. Oktober 1912

Über die Mobilmachung der Balkanstaaten liegen andere amtliche Nachrichten hier nicht vor als solche[1], die den Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bekannten Inhalt der Wolffschen Telegramme bestätigen. Es läßt sich daraus noch nicht klar erkennen[2], ob die Balkanstaaten tatsächlich den Krieg wollen[3] oder nur einen gewaltsamen Erpressungsversuch[4] beabsichtigen. Aber auch im letzteren Fall ist ein kriegerischer Zusammenstoß selbst gegen den Willen der Drahtzieher bei der Erregung der Geister nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Wir können der Sache mit Ruhe entgegensehen. Von allen Seiten wird darauf hingearbeitet, den Krieg zu lokalisieren[5]. Am eifrigsten sind dabei die Russen und die Franzosen. Es ist deshalb ganz gut, daß Herr Sasonow von morgen, Mittwoch, ab in Paris ist. Selbst England hat sich dieser Tage bereit erklärt, sowohl in Konstantinopel wie bei den Balkanstaaten einzuwirken[6].

Der schon früher in der Presse ventilierten Probemobilmachung* ist eine politische Bedeutung[7] nicht beizulegen. Ich glaube deshalb, daß ein Grund zur Beunruhigung für uns[8], auch wenn es am Balkan losgeht, nicht vorliegt. Leider hat sich natürlich in unserer Geschäftswelt sofort wieder die alte Ängstlichkeit und Nervosität gezeigt. Es wird dem tunlichst entgegengewirkt. Ich habe besonders darauf hinweisen lassen, daß Euere Majestät ruhig in Rominten bleiben[9], und ich würde, falls Euere Majestät nicht anders befehlen, für meine Person der Jagdeinladung des Prinzregenten Folge leisten, nachdem einmal in der Presse meine Reiseabsicht bekannt geworden ist. Ich würde das mehr for show als der Hirsche wegen tun und mit der reservatio mentalis, falls es die Ereignisse erfordern „wegen schlechten Wetters" zurückzukehren. Ich würde natürlich dafür sorgen, daß Euere Majestät von wichtigen Ereignissen direkt telegraphisch benachrichtigt werden[10].

Für das gnädige Handschreiben von gestern** sage ich ehrfurchtsvollsten Dank und darf brieflich darauf antworten.

Alleruntertänigst
von Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] Schlafen meine Vertreter alle?!! Die Kerls sollen sofort melden! telegraphieren!

[2] wie immer! Zivilisten können das nicht, das ist Sache der Militärs.

[3] darüber ist gar kein Zweifel

[4] !!

---

* Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12180, Fußnote ††.

** Nicht bei den Akten.

[5] also hat man schon früher anderswo als bei uns damit gerechnet?
[6] Phrasen
[7] jetzt noch
[8] ein Krieg beunruhigt mich niemals!
[9] richtig! von da aus kann ich auch mobilmachen lassen.
[10] na, das fehlte noch! daß ich keine direkten Informationen kriegte! Glücklicherweise ist „Wolff" da.

Nr. 12193

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 229 St. Petersburg, den 1. Oktober 1912

Neratow hält nach den hier eingetroffenen Nachrichten über den Umfang Mobilmachung in Bulgarien, Serbien und Griechenland Ausbruch des Krieges für fast unvermeidlich.

Probeeinberufung der Reservisten im Warschauer und anderen Militärbezirken* stehe mit der politischen Lage in keinerlei Zusammenhang und sei schon vor längerer Zeit angeordnet worden. Einberufung erfolge auch nur für wenige Tage.

Lucius

Nr. 12194

Der Geschäftsträger in Wien Prinz zu Stolberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 Wien, den 1. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 97**.

Graf Berchtold nahm Anregung sehr sympathisch auf und wird sich gern vorgeschlagener Vereinbarung anschließen, da diese völlig seinen Intentionen entspreche und er in einer diesbezüglich den Balkanstaaten kundzugebenden Erklärung noch ein letztes Mittel erblicke, letztere vom Äußersten abzuhalten. Er habe heute zu seiner Genugtuung Meldung von Graf Mensdorff*** erhalten, wonach sich Sasonow in ähnlichem Sinne ausgesprochen hat.

Minister meinte, eventuell würde Vereinbarung zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland genügen; Beteiligung Englands und Frankreichs scheine ihm nicht unbedingt erforderlich†.

Stolberg

---

* Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12180, Fußnote ††.
** Siehe Nr. 12190.
*** Österreich-ungarischer Botschafter in London.
† Vgl. auch das Telegramm Graf Berchtolds an den Geschäftsträger in Berlin Freiherrn von Flotow vom 1. Oktober. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 18.

Nr. 12195

Der Geschäftsträger in Athen von Biel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Athen, den 1. Oktober 1912

Französischer Geschäftsträger* erhält heute folgendes Telegramm von seiner Regierung: „Je vous prie de vous entendre avec vos collègues pour tenir au Gouvernement Grec un langage très net propre à prévenir tout adoucissement inconsidéré." Französischer Geschäftsträger beabsichtigt daraufhin morgen hiesiger Regierung auseinanderzusetzen, daß Frankreich hoffe, griechische Regierung werde jede übereilte Handlung vermeiden, daß Frankreich Griechenland im Falle eines kriegerischen Mißerfolges in keiner Weise beispringen könne und mithin jegliche Verantwortlichkeit für übereilte Handlung griechische Regierung treffe. Französische Regierung hoffe insbesondere in dieser Beziehung, daß Frage der Kretenser Abgeordneten bei bevorstehendem Zusammentritt der Kammer in einer für die Türkei nicht provozierenden Weise geregelt werde; daß ferner etwaige Note, in welcher die Ansprüche der Balkanstaaten an Türkei formuliert würden, nichts enthielte, dessen Veröffentlichung für Türkei Unmöglichkeit darstellt.

Österreichischer Gesandter** und englischer Geschäftsträger*** erbitten dringend telegraphische Ermächtigung zu gleicher Demarche.

Bin ich ermächtigt, mich anzuschließen? Zustimmendenfalls erbitte Drahtantwort dringend. Österreichischer Gesandter mitteilt, er habe heute auftragsgemäß hiesiger Regierung geraten, Mobilmachung einzustellen†; Minister des Auswärtigen†† habe darauf erklärt, Einstellung sei bei gegenwärtiger Sachlage unmöglich.

Biel

Nr. 12196

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Athen von Biel

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 25 Berlin, den 2. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 56†††.

Euer pp. sind ermächtigt, Demarche mitzumachen, sobald Ihr österreichischer Kollege dazu beauftragt ist.

Kiderlen

* Prevost.
** Freiherr von Braun.
*** H. H. Beaumont.
† Vgl. dazu das Telegramm Graf Berchtolds an den Gesandten Freiherrn von Braun. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 15f.
†† A. Koromilas.
††† Siehe Nr. 12195.

Nr. 12197

Der Geschäftsträger in Belgrad Graf von Kanitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Belgrad, den 1. Oktober 1912

Ich habe auftragsgemäß in Unterstützung der englischen Demarche* dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, deutsche Regierung mahne von Mobilisierung ab. Dieser Auftrag sei zwar durch die eingetretene Mobilisierung überholt, doch überließe ich dem Ministerpräsidenten, die logischen Folgerungen zu ziehen. Ministerpräsident antwortete, Mobilisierung könne nicht mehr rückgängig gemacht werden, doch seien alle Maßregeln .....**; diplomatische Beziehungen mit der Türkei würden vorläufig nicht abgebrochen. Die Türkei habe Herausgabe des angehaltenen Munitionstransports*** von der schriftlichen Erklärung abhängig gemacht, daß Serbien neutral bleiben würde. Das habe besonders verstimmt. Wenn Türkei friedliche Tendenzen zeige, würde Serbien mit Verlangsamung seiner Rüstungen antworten.

Ich habe den Eindruck, daß die serbische Regierung gern das Äußerste vermeiden möchte und nur handelt, weil sie von Bulgarien gedrängt wird. Sämtliche Vertreter der anderen Großmächte haben ähnliche Schritte unternommen†. Allem Anschein nach haben noch keine serbischen Truppen die bulgarische Grenze überschritten. Doch höre ich aus zuverlässiger Quelle, daß ein für Bulgarien bestimmtes Hilfskorps sich in der Gegend von Zajetčar sammelt. Nach nicht völlig verbürgten Gerüchten soll es auf 20000 Mann gebracht werden, während die anderen Teile der Armee von ihrem Sammelpunkte langsam gegen die türkische Grenze vorgeschoben werden sollen.

Prinz Georg ist gestern abend eingetroffen und vom Hofe und dem bulgarischen Gesandten empfangen worden.

Kanitz

Nr. 12198

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 315 Konstantinopel, den 1. Oktober 1912

Noradunghian sieht heute abend die Lage zum erstenmal als äußerst ernst an. Es liege zweifellos „un coup concerté" der Balkanstaaten vor.

* Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12176.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12171, Fußnote **.

† Bezüglich Österreich-Ungarns vgl. das Telegramm des Gesandten von Ugron an Graf Berchtold vom 2. Oktober; Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 19. Bezüglich Frankreichs vgl. das Telegramm des Gesandten Descos an Poincaré vom 1. Oktober; Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 69.

Nach seiner Information sei beabsichtigt, autonome serbische, bulgarische und griechische Gebiete zu schaffen und außerdem Kreta mit Griechenland zu vereinigen[1].

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich.

Nr. 12199

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt
an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Cetinje, den 1. Oktober 1912

Seine Majestät hat heute die Order zur Mobilisation, die tatsächlich bereits durchgeführt war, erteilt. Der König will, solange die anderen Balkanstaaten ruhig bleiben . . . .*, nicht angreifen. Trotzdem halte ich die Situation besonders wegen der kriegerischen Stimmung, wegen der Malissoren und der Grenzzwischenfälle für kritisch. Montenegros Ziel ist, die Grenzregulierung durch eine europäische Kommission und die Zahlung einer türkischen Entschädigung von zirka einer Million Pfund zu erlangen.

Eckardt

Nr. 12200

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch,
z. Z. in Rominten,
an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17
Privat
Geheim Rominten, den 1. Oktober 1912

Die gestern hier eingetroffenen Wolff-Nachrichten über Mobilmachung in Bulgarien und Serbien bilden hier Hauptgespräch. Seine Majestät der Kaiser neigen zu der Ansicht, daß es zu kriegerischen Verwicklungen kommen wird. Heute früh meldet Wolff mit Einzelheiten russische Probemobilmachung, welche sich lediglich auf Gouvernements an unserer Grenze erstreckt**. Diese Nachricht hat unter dem militärischen Gefolge eine gewisse Bestürzung hervorgerufen. Man fragt sich, ob die Person Seiner Majestät des Kaisers hier, wenige Kilometer von der Grenze, welche mit russischen Kavalleriedivisionen dicht besetzt ist, nicht gefährdet ist, und

* Zifferngruppe unverständlich.
** Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12180, Fußnote ††.

ob Seiner Majestät eine Verlegung der Hofhaltung nach Cadinen oder Hubertusstock nahezulegen sei. Tatsache ist, daß eine russische Kosakenabteilung binnen weniger Stunden, ohne Widerstand zu finden, bis an das kaiserliche Jagdhaus gelangen könnte.

Vorstehende durch die spezielle örtliche Lage Romintens hervorgerufene Erwägungen unterbreite ich Euerer Exzellenz lediglich von mir aus zur vertraulichen Orientierung, ohne zu wissen, welche politische Bedeutung Euere Exzellenz den jüngsten Wolffschen Meldungen beilegen.

Jenisch

Nr. 12201

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Berlin, den 1. Oktober 1912

Ob Balkanstaaten Krieg wollen oder nur Erpressungsversuch durch Drohungen machen, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Jedenfalls ist alle Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß auch in etwaigen Krieg Großmächte nicht verwickelt werden.

Russische Mobilmachungsprobe wurde schon früher von Presse ventiliert; es liegt im gegenwärtigen Augenblick auch nicht ein Atom mehr Anlaß vor, den kaiserlichen Aufenthalt in Rominten abzukürzen als sonst. Ein so eklatanter Friedensbruch wie plötzlicher Überfall des kaiserlichen Aufenthaltsorts wäre so beispiellos, daß er absolut als Hirngespinst bezeichnet werden muß. Ich bitte, dies dem militärischen Gefolge gegenüber zu vertreten und darauf hinzuweisen, daß es unverantwortlich wäre, Seine Majestät mit derartigen grundlosen Insinuationen zu behelligen. Die Verantwortung für die Sicherheit Seiner Majestät gegen Überfälle aus dem Auslande trägt der Reichskanzler.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 12202

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Streng vertraulich Rominten, den 2. Oktober 1912

Euerer Exzellenz bestätige ich mit gehorsamstem Dank den Empfang des gestrigen Telegramms*, welches es mir sehr erleichtert hat, die sinn-

* Siehe Nr. 12201.

losen Befürchtungen der hier anwesenden Militärs zu zerstreuen. Die Lage war die, daß diese Herren ihre Bedenken gegen einen verlängerten Aufenthalt Seiner Majestät in Rominten, die ich sofort nachdrücklichst als absurd bezeichnet hatte, zur Sprache gebracht hätten, wenn ich mich nicht dazu bereit erklärt hätte, Euere Exzellenz darüber zu unterrichten. Diese Gefahr ist nun beseitigt, wenn auch Admiral von Müller, wie er es bei jeder Reise Seiner Majestät tut, den Standpunkt mir gegenüber vertritt, daß die Abwesenheit des Kaisers von Berlin in so ernsten Zeiten in der öffentlichen Meinung einen ungünstigen Eindruck mache.

Seine Majestät steht natürlich unter dem Eindruck der kriegerisch klingenden Nachrichten aus dem Balkan, glaubt an den Ausbruch von Feindseligkeiten, ist sehr mißtrauisch gegen Rußland und England, die sich unzweifelhaft in Balmoral über die Frage des Schicksals der Dardanellen* geeinigt hätten, und bezweifelt die ehrliche Absicht der Großmächte, den Balkanbrand hintanzuhalten. Seine Majestät geht so weit, dies selbst als nicht wünschenswert zu bezeichnen und den Ausbruch des Krieges auf dem Balkan, wo sich die Verhältnisse einmal so zugespitzt hätten, durchaus als kein großes Unglück hinzustellen. Darum will Seine Majestät auch, daß wir uns von jeder Beeinflussung der Balkanstaaten fernhalten und den Dingen ihren Lauf lassen**. Ich versuche fortgesetzt Seiner Majestät klarzumachen, daß eine Erhaltung und Festigung des türkischen Staates in Europa durchaus in unserem Interesse liegt. Seine Majestät wollen ja aber, wie Euerer Exzellenz bekannt, seit einiger Zeit überhaupt nichts mehr von der Türkei wissen***.

---

* Diese Frage ist bei den Erörterungen in Balmoral, nach dem Immediatbericht Sasonows (vgl. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 289ff.) zu schließen, nicht behandelt worden.

** Die gleiche Auffassung des Monarchen erhellt aus Randbemerkungen zu verschiedenen Zeitungsartikeln aus dieser Zeit. Zu einem Artikel der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 1. Oktober, in dem es hieß: „Ist die ernste Stunde der großen orientalischen Krise, die seit Montesquieu vorausgesagt wurde, jetzt gekommen?" bemerkt der Kaiser: „Für uns ist es günstiger jetzt, wo unsere Gegner unfertig sind." Zu einem Artikel des „Tag" vom gleichen Tage, der den bei allen europäischen Kabinetten vorherrschenden festen und einmütigen Willen hervorhob, den Konflikt zu vermeiden: „Einmal kommt er doch. Jetzt kommt er Rußland sicher ungelegen, da es militärisch nicht fertig ist. Wozu nun so lange hinhalten, bis der Konflikt Rußland paßt, weil es fertig ist. Viel besser, er brennt jetzt ab, da Frankreich, England Rußland in Verlegenheit sind." Und zu einem Artikel der „Täglichen Rundschau", ebenfalls vom 1. Oktober, der die Erwartung aussprach, daß die deutsche Regierung im Verein mit Österreich-Ungarn kein Mittel scheue, um den aufflammenden Balkanbrand rechtzeitig zu ersticken oder wenigstens zu lokalisieren: „Nein, er möge brennen." Und weiterhin: „Die Bulgaren sind das Volk der Zukunft und sind in ihrer Entwicklung ebensowenig aufzuhalten wie einst Preußen."

*** Diese neuerliche Auffassung des Kaisers, die mit der früher von ihm eingenommenen stark kontrastierte, entsprang dem Unmut über eine Reihe von Versäumnissen der Türkei, so besonders über den verzögerten Abschluß des Friedens mit Italien und über die verabsäumte Verständigung mit Griechenland, die nach Auffassung des Kaisers durch die rechtzeitige Aufgabe Kretas leicht zu erzielen gewesen wäre.

In der Anlage beehre ich mich das gestrige Immediattelegramm Euerer Exzellenz* zu überreichen, nachdem ich darauf die allerhöchsten Randbemerkungen Seiner Majestät in roter Tinte hinzugefügt habe.

Jenisch

Nr. 12203

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept

Nr. 18 Rominten, den 2. Oktober 1912

Seine Majestät der Kaiser sind erstaunt, daß allerhöchstihm während der letzten Zeit keinerlei Meldungen der kaiserlichen Vertretungen im Balkan über die bevorstehenden und jetzt erfolgten Mobilmachungen zugegangen sind. Seine Majestät befehlen, daß die Missionschefs sofort angewiesen werden, fortlaufend telegraphisch Bericht zu erstatten, und die eingehenden Meldungen hierher weitergegeben werden**.

Jenisch

Nr. 12204

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 74 Berlin, den 2. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 18***.

Euer pp. erhalten mit heutigem Kurier sämtliche bisher eingegangenen Meldungen unserer Vertreter über die Mobilmachungen am Balkan. Sie sind nicht einzeln vorgelegt worden, weil sie durch die Telegramme von Wolff, deren Zuverlässigkeit bekannt ist, regelmäßig überholt waren.

---

* Siehe Nr. 12192.

** In einem Privatbriefe an Staatssekretär von Kiderlen vom 2. Oktober bemerkte Freiherr von Jenisch noch: „Euer Exzellenz werden sich vorstellen, daß Seine Majestät über die Balkannachrichten ziemlich erregt ist. Mein heutiges Telegramm Nr. 18 diktierte mir Seine Majestät, obwohl ich ihm sagte, daß unsere Vertreter selbstverständlich die verschiedenen Mobilmachungen gemeldet hätten, die gleichlautenden Wolffschen Meldungen hier aber früher eintreffen müßten, so daß sich eine Übermittelung jener erübrigt habe. — Seine Majestät hätten gewünscht, so sagte er mir, daß unsere Missionen schon früher auf die bevorstehenden kriegerischen Maßnahmen aufmerksam gemacht hätten, und beklagt sich, daß er überhaupt keinerlei Berichte, weder aus Konstantinopel, noch aus den Balkanstaaten oder Griechenland seit der Zuspitzung der Lage und über dieselbe zu sehen bekommen hätte."

*** Siehe Nr. 12203.

Künftig werden der allerhöchsten Weisung entsprechend alle hier eingehenden Meldungen sofort telegraphisch an Seine Majestät weitergegeben werden.

Zurzeit liegen noch immer Symptome vor, daß die Balkanstaaten es mit ihren Rüstungen nicht ernst meinen. Wir können daher die weitere Entwicklung vorläufig in Ruhe abwarten. Den Türken haben wir geraten, den Frieden mit Italien, mit dem sie auch jetzt noch zu zögern scheinen, schleunigst abzuschließen*, da dies auf den Balkan kalmierend wirken würde. Außerdem ist eine Aktion der Großmächte im Gange, um den Balkanstaaten klarzumachen, daß die Mächte, wie auch immer der Konflikt ausgehen möge, keine territorialen Änderungen zulassen werden. Die Gegner der Türkei werden hiergegen um so weniger Einwendungen erheben können, als sie ja selbst erklären, daß es ihnen nur auf Reformen ankommt. Ob Rußland sich an der Aktion beteiligt, wird sich heute oder morgen herausstellen, da Poincaré nach Mitteilung Cambons in Paris mit Sasonow darüber sprechen will. Wir können ruhig abwarten.

Ew. pp. ersuche ich, Seiner Majestät vom vorstehenden Meldung zu erstatten.

Kiderlen

Nr. 12205

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Konzept

Nr. 3 Rominten, den 2. Oktober 1912

Gestriges Telegramm** erhalten. Bin mit Ihren Reiseplänen nach Bayern einverstanden.

Was den Balkan betrifft, so bleibt es bei meinem Befehl von diesem Sommer***, daß wir uns dort in keiner Weise einmischen, sondern die Dinge ihren Lauf nehmen lassen.

Wilhelm I. R.

Nr. 12206

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 317 Therapia, den 2. Oktober 1912

Noradunghian sagte mir, die Pforte sei zuverlässig[1] informiert gewesen, daß unmittelbar nach der Anregung des Grafen Berchtold schon

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX.
** Siehe Nr. 12192.
*** Vgl. Kap. CCLXI, Nr. 12079.

Pariser Konferenzen von Vertretern der Balkanländer stattgefunden hätten (die letzte am 21. September)[2], bei denen ein Handstreich auf die Türkei verabredet worden sei. Das habe die Türkei gezwungen, zunächst einen Teil der Redifs einzuberufen. Nunmehr sei angesichts der Mobilisierungen der Nachbarländer die Mobilisierung der gesamttürkischen Armee angeordnet worden[3]. Ob die Türkei jetzt offensiv vorgehen oder den Angriff der Gegner abwarten solle?[4] Ich erwiderte, daß ich nicht in der Lage sei, auf die militärische Seite dieser Frage zu antworten. Vom politischen Standpunkt könne ich nur raten,

1. jede weitere Provokation zu vermeiden (heute nacht sind griechische Schiffe vor Kawak angehalten worden) und

2. so rasch als möglich Frieden mit Italien zu schließen[5]. Einem Krieg mit fünf Gegnern sei die Türkei nicht gewachsen.

Der Minister erwiderte, daß er letzteres Argument als das seine im Ministerrat vertreten werde. Er sei überzeugt, daß der Friedensschluß unvermeidlich geworden sei.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Woher? Botschaft Paris fragen

[2] von den hat man außer durch Italien* nie etwas gehört wohl unter Großfürst Nicolas Vorsitz?

[3] ebenso umgekehrt auf der anderen Seite.

[4] das muß er allein wißen!!

[5] richtig

Nr. 12207

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 319 Konstantinopel, den 2. Oktober 1912

Die Entscheidung über Krieg oder Frieden wird nicht hier fallen. Türkei wird ihrerseits Krieg nicht erklären. Andererseits wird sie nur dann demobilisieren, wenn Mächte dafür einstehen, daß seitens der Balkanländer keine Invasion erfolgt. Daß bloße Drohungen der Großmächte die Balkanstaaten heute noch einschüchtern, wird hier bezweifelt. Türken rechnen nur noch mit der unwahrscheinlichen Eventualität, daß alle Mächte einschließlich Rußlands ihre Beziehungen zu den Balkanländern abbrechen, falls dieselben nicht Mobilisierung einstellen.

Wangenheim

---

* Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12160.

Nr. 12208

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 Sofia, den 2. Oktober 1912

Lage nach wie vor sehr kritisch. Es steht indessen fest, daß die an Grenze konzentrierten bulgarischen Truppen strengsten Befehl erhalten haben, bis auf weiteres alle Feindseligkeiten zu vermeiden. Auch würde gegebenenfalls ein Ultimatum an die Pforte nicht vor Sonnabend, dem für Sobranjezusammentritt bestimmten Tag, erfolgen.

Darin kann vielleicht mit Recht Anzeichen dafür erblickt werden, daß bulgarischerseits noch immer auf eine erfolgreiche Intervention der Mächte in Konstantinopel[1] zwecks Vermeidung Kriegs gehofft werde.

Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die Mächte wollen ja auf dem Balkan interveniren

Nr. 12209

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 294 Paris, den 2. Oktober 1912

Ministerpräsident hat mir streng vertraulich Kenntnis . . . . . .* von telegraphischen Berichten des Herrn Cambon über Unterredungen mit Euerer Exzellenz** wegen russisch-österreichisch-ungarischer Initiative zur Erklärung der Mächte, daß sie territoriale Änderungen des Status quo im Balkan nicht zulassen würden. Herr Poincaré, der das in Berlin erzielte Ergebnis mit lebhafter Genugtuung begrüßt und unsere Ansicht teilt, daß unverzügliches Handeln geboten, will noch heute abend Sache mit Herrn Sasonow besprechen und morgen früh Nachricht nach Berlin geben.

Mit Herrn Iswolsky hat er ohne Erwähnung letzter Berliner Besprechungen Lage erörtert und bei Botschafter Sympathie für Hand in Hand Gehen von Rußland und Österreich-Ungarn gefunden. Den Gedanken des Herrn Iswolsky, Mächte sollten Balkanstaaten durch Garantien für Verwirklichung Reformen in Mazedonien beruhigen, findet er für jetzige Situation zu weitschweifend.

Schoen

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Vgl. darüber Nr. 12191 und Cambons Bericht vom 1. Oktober 1912, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 73s.

Nr. 12210

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Wien, den 2. Oktober 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 86*.

Graf Berchtold bezeichnete es heute als wünschenswert, fragliche Erklärung dahin zu erweitern, daß nicht nur territoriale Veränderungen auf dem Balkan, sondern auch solche autonome nicht zugelassen werden würden, die als weiterer Schritt zur Auflösung der Türkei aufzufassen oder die mit den Interessen gewisser Mächte nicht vereinbar seien.

Tschirschky

Nr. 12211

Der Geschäftsträger in Athen von Biel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Athen, den 2. Oktober 1912

Türkischer Gesandter** hat, wie er mir mitteilt, von der griechischen Regierung Aufklärung über Mobilmachung verlangt. Minister des Auswärtigen hat als Grund Mobilmachung türkischer Armee angegeben und Pflicht der Balkanstaaten, im Bewußtsein ihrer Solidarität christliche Untertanen der Türkei . . . . .*** zu schützen. Auf Erwiderung des türkischen Gesandten, Mobilmachung türkischer Armee sei unzutreffend und demzufolge Verhalten der Balkanstaaten provokatorisch, beharrt Minister des Auswärtigen bei seinem Standpunkt und hinzufügt in unzweideutiger Weise, Balkanstaaten seien entschlossen, ihre Rechte bis zum äußersten zu verteidigen.

Gewinne aus Äußerungen des türkischen Gesandten über Verhalten des Ministers des Auswärtigen sowie aus Erklärungen hiesiger amtlicher Kreise den Eindruck, daß Regierung jetzt um jeden Preis Krieg will und vor keinem Mittel zur Erreichung dieses Zwecks zurückscheut. So ist nach Äußerungen des Ministers anzunehmen, daß Regierung kretische Abgeordnete zu Kammer, die nächsten Sonnabend oder Montag . . .*** zulassen will. Dieser Umstand würde von Türkei nach Mitteilung des türkischen Gesandten als casus belli bezeichnet werden.

Französischer Geschäftsträger hat gestern gemeldet, Demarche inzwischen gemacht, keine bestimmte Antwort erhalten und ebenfalls Eindruck gewonnen, daß Regierung Krieg will.

Straßenkundgebungen für den Krieg in Athen heute zahlreich.

Biel

---

* Siehe Nr. 12194.

** Muchtar Bey.

*** Zifferngruppe unverständlich.

Nr. 12212

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 100 Berlin, den 3. Oktober 1912

Graf Berchtold hat hier mitteilen lassen, daß türkischer Botschafter erklärt habe, auf Anfrage der Mächte sei Türkei bereit, friedliche Absichten und Bereitwilligkeit zu Demobilisation zu erklären, falls Mächte auf Grund dessen Demobilisation bei Balkanstaaten herbeiführten. Graf Berchtold hat uns vorgeschlagen, zu zwei bei Pforte anzufragen, ob sie zu Abgabe gedachter Erklärung bereit, und dann mit Vorschlag in obigem Sinn an Mächte heranzutreten.

Ew. bitte ich, Grafen Berchtold zu sagen, so sehr wir mit ihm Beruhigung auf Balkan wünschten, wir eine Vorfrage zu zwei in Konstantinopel für bedenklich hielten. Zunächst dürfte Anregung türkischen Botschafters weitere Anfrage in Konstantinopel erübrigen. Eine solche Anfrage würde, wenn nachherige Aktion, wie wir fürchten, nicht zum Ziele führe, Odium des Mißerfolges auf beide Mächte laden.

Wir fürchteten aber besonders, daß Balkanstaaten, wenn sie auch türkische Mobilisierung als Grund der eigenen angeben, für Eingehen auf angeregten Wunsch der Mächte als Bedingung Annahme eines bestimmten von ihnen aufgestellten Reformprogramms für europäische Provinzen der Türkei geltend machen würden. Diese Bedingung würde Türkei angesichts bisheriger drohender Haltung der Balkanstaaten nicht erfüllen können, es sei denn, daß die Mächte entschlossen seien, sie durch Koerzitivmaßregeln dazu zu zwingen. Wir nehmen nicht an, daß sich Österreich-Ungarn dazu entschließen werde, es wäre Wasser auf Rußlands Mühle. Außerdem würde ein solches Vorgehen der Mächte auf Grund der drohenden Haltung der Balkanstaaten diese dazu ermuntern, bei jeder Gelegenheit durch Drohungen weitere Schritte der Mächte gegen Türkei zu extrahieren zu suchen.

Seien aber Mächte zu einem solchen Schritt gegen Türkei nicht entschlossen — zu dem unter anderem wir keine Lust hätten, wohl auch nicht England —, so würde aller Voraussicht nach Demarche bei Balkanstaaten wegen Demobilisierung Schlag ins Wasser sein, dessen Mißerfolg diejenigen treffe, die Schritt proponiert.

Wir könnten daher bei aller Anerkennung der Ziele des österreichisch-ungarischen Vorschlags uns diesem nicht anschließen, solange Graf Berchtold uns nicht genau seine Absichten im Falle eines Refus der Balkanstaaten zu erkennen gegeben habe.

Vertraulich wollen Sie noch Graf Berchtold mitteilen, daß wir uns von Beschwichtigungsversuchen einen Erfolg nicht mehr versprechen.

Nur eine positive Stellungnahme aller Mächte gegen die Zulassung von Territorialveränderungen als Folge des Krieges würde entweder die

Balkanstaaten noch zur Raison bringen oder — was für unsere und wohl auch Österreichs Interessen genügt — den etwaigen Balkankrieg definitiv lokalisieren.

Ich bitte Sie, vorstehendes in durchaus freundlichem Sinne mit dem leitenden Minister unseres Bundesgenossen zu besprechen, und wenn sich Gelegenheit bietet, einfließen zu lassen, daß wir angesichts der politischen Lage eine baldige Rückkehr des k. und k. Botschafters mit Freude begrüßen würden, nachdem auch Euere Exzellenz auf Ihren Posten zurückgekehrt.

Kiderlen

Nr. 12213

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 101 Berlin, den 3. Oktober 1912

Der französische Botschafter teilte mir heute** folgende Depesche mit:

„Poincaré vient d'avoir une conférence avec Sasonow***. La Russie serait disposée à faire soit avec l'Autriche-Hongrie au nom de l'Europe soit avec toutes les Puissances une démarche auprès des Etats Balkaniques pour faire savoir qu'elles ne sauraient admettre une rupture de la paix, qu'elles maintiendront le statu quo, qu'elles localiseront le conflit s'il éclate et ne laisseront aux Etats qui ont procédé à la mobilisation aucune espérance de profit territorial.

Toutefois M. Sasonow fait remarquer qu'à son avis cette démarche n'aurait de chance d'aboutir que si les Grandes Puissances étaient disposées à favoriser la réalisation de réformes dans l'intérêt des populations balkaniques."

* Ein im wesentlichen identisches Telegramm erging unter Nr. 220 nach Paris. Jedoch fehlten in diesem die beiden letzten Absätze; statt dessen hieß es zum Schluß: „Bitte dort in diesem Sinne mit Herrn Poincaré zu sprechen mit Bemerken, daß wir uns mit Wien in Verbindung gesetzt hätten, wo die Sasonowschen Gedanken im Prinzip auf guten Boden zu fallen schienen. Eile tue not. Wir hofften aber auf günstiges Ergebnis französischer Vermittlerrolle; dem zwischen Rußland und Österreich Vereinbarten werden wir uns gern anschließen."

** Über zwei Unterredungen, die Cambon am 2. Oktober mit Kiderlen und Bethmann Hollweg hatte, sind wir nur durch zwei Telegramme Cambons von diesem Tage (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 76 s.) unterrichtet. Danach hätte Kiderlen auf die Frage Cambons, ob bei einer gemeinsamen Intervention Österreich-Ungarns und Rußlands diese beiden Mächte „agiraient au nom de toutes les grandes Puissances y compris l'Allemagne" geantwortet, „que la Russie et l'Autriche pourraient agir au nom de toutes les grandes Puissances ou que les grandes Puissances se joindraient à elles comme la Russie et l'Autriche le jugeraient préférable." Auf denselben Standpunkt stellte sich Bethmann Hollweg, der noch die große Dringlichkeit der Aktion betonte.

*** Vgl. dazu das Geheimtelegramm Sasonows vom 2. Oktober an seinen Stellvertreter Neratow über seine Unterredung mit Poincaré (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 266) und nunmehr auch Poincarés Darstellung (Au Service de la France, II, 228 s.).

Ich habe Herrn Cambon geantwortet, daß wir dem Gedankengang des Herrn Sasonow gern folgen und glaubten, daß auch seitens Österreichs dazu Bereitwilligkeit vorhanden wäre. Die Phrase „pas savoir admettre rupture" dürfte wohl noch anders zu redigieren sein, da dabei, wie ich annehme, nicht an mesures coercitives gedacht sei.

Bezüglich der Frage der Reformen habe ich bemerkt, daß Mächte Reformversprechen von Türkei schon wiederholt verlangt und erhalten hätten, daß aber eine allgemeine Verständigung unter den Mächten in dieser Hinsicht mir unbedenklich schiene, ich dagegen eine möglichste Vermeidung jeglicher Präzisierung in dieser Hinsicht für unumgänglich hielte, da sie rasche Aktion der Mächte hindern müsse, und daß ich eine Bindung der Mächte gegen Balkanstaaten, die eben drohend aufgetreten, namentlich für die Zukunft für bedenklich hielte, insonderheit scheine mir Annahme der von diesen aufgestellten Programme ausgeschlossen*.

Vielleicht ließen sich die bei dieser Gelegenheit sich möglicherweise ergebenden Schwierigkeiten durch Beifügung eines Zusatzes im Sinne des Berchtoldschen Gedankens in Ew. pp. Telegramm Nr. 91** beseitigen.

Euer pp. bitte ich, mit dem Minister in vorstehendem Sinne zu sprechen und ihm zu sagen, daß uns jeder zwischen Österreich und Rußland vereinbarte Modus genehm sei, daß wir aber ein gemeinsames Vorgehen Österreichs und Rußlands mit europäischem Mandat für das beste hielten. Eine baldige Entschließung erscheint uns dringend wünschenswert. Wir glauben aber, daß der Boden der Verhandlung zurzeit Paris ist, wo Herr Sasonow weilt, und nicht durch die russischen Vertretungen hier und in Wien, die nur nach Petersburg berichten, wo alle Vorschläge erst durch das Sieb einer Anzahl mißgünstiger Beamten gehen. Drahtbericht.

Kiderlen

Nr. 12214

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 102 Berlin, den 3. Oktober 1912

Der Kaiserliche Botschafter in Paris meldet***:

„Ministerpräsident sagt mir, daß er Herrn Sasonow gern bereit gefunden, sei es mit Österreich-Ungarn im Namen aller Mächte, sei es in

* Vgl. auch das Telegramm Cambons vom 3. Oktober über seine Unterredung mit Kiderlen. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 80.

** Siehe Nr. 12210.

*** Telegramm Nr. 296 vom 3. Oktober. Auf das Telegramm war sofort (Nr. 222) geantwortet worden: „Wir werden uns französischer Initiative gern anschließen." Die uneingeschränkte deutsche Zustimmung wurde von Poincaré mit großer Befriedigung dem Botschafter Paul Cambon in London mitgeteilt. Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 85s.

Kollektivdemarche, Balkanstaaten zu erklären, daß Mächte territoriale Veränderungen Status quo nicht zulassen werden. Allerdings halte es Herr Sasonow für angezeigt, gleichzeitig Versicherung abzugeben, daß Mächte Frage Reformen in die Hand nehmen werden. Etwas zurückhaltend sei Herr Sasonow bezüglich Initiative seitens Rußlands. Herr Poincaré läßt daher durch Herrn Cambon sagen, daß er bereit, jeder anderen Initiative sich anzuschließen oder auch sie selbst aufzunehmen."

Wir würden gegen französische Initiative nichts einzuwenden haben. Die Formulierung betreffend das in die Hand Nehmen der Reformen durch die Mächte scheint mir glücklicher als die ursprüngliche Sasonowsche Formel.

Kiderlen

Nr. 12215

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen, z. Z. in Sinaia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Sinaia, den 3. Oktober 1912

Herr Majorescu* sieht die Lage im Balkan als sehr gefährlich an, wenngleich Mobilisierung noch kein Krieg sei. Er erklärt, daß Rumänien bisher nichts getan habe und er heute Seiner Majestät dem Könige raten würde, abzuwarten, was die Großmächte tun würden, und sich nach dem Rate oder Winke[1] zu richten, den diese, in erster Linie Deutschland und Österreich, Rumänien erteilen würden. Er erblickt in der Ernennung des Königs zum russischen Generalfeldmarschall[2] einen Vertrauensbeweis für Rumänien und hält ein Einvernehmen zwischen Deutschland, Österreich und Rußland[3] für das beste. Letzteres sei gegenwärtig nicht stark genug[4], um seine Pläne im Orient durchzusetzen, und eigne sich daher als Brücke[5] zwischen Tripelentente und Dreibund. Im Falle des Ausbruchs des Krieges müßten die Mächte eine Lokalisierung[6] desselben anstreben. Viel Türken sind aus Bulgarien über die Donau auf rumänisches Gebiet geflohen. Herr Majorescu hat aus Gründen der Menschlichkeit angeordnet, daß ihnen Obdach und Nahrung gewährt werde. An Stelle des wegen Hochwassers abgesagten Manövers in der Dobrudscha sollen kleinere Manöver bei Ploesci abgehalten werden.

Waldthausen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Da sieht man wie heikel eine Intervention sein könnte

[2] Blech! Einfach Nachahmung meiner Auszeichnung, und Hoffnung Rumänien lahmzulegen

[3] Utopie!

[4] richtig!

[5] ich schwimme eher, als auf eine Russische Brücke zu treten

[6] ja

---

* Rumänischer Ministerpräsident und Minister des Äußern.

Nr. 12216

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Berlin, den 4. Oktober 1912

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel meldet*:

„Türkische Regierung verhindert Abreise griechischer Reservisten."

Ferner:

„Hier macht sich ein starker Antagonismus zwischen Rußland und Österreich bemerkbar. Von russischer Botschaft wird behauptet und von den Türken teilweise geglaubt, daß Österreich ein Doppelspiel treibe. Markgraf Pallavicini wirft dagegen Rußland vor, von den Pariser Konferenzen der Balkanvertreter gewußt zu haben[1]. Russischer Militärattaché sagte mir vertraulich, daß, wenn Österreich Serbien angreife[2], die russische Regierung sofort von der öffentlichen Meinung debordiert und zum Eingreifen gezwungen sein würde."

Von anderen Orten liegen heute keine Telegramme vor.

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wie die Nachricht aus Rom besagt unter Vorsitz des Großfürsten?** Dann hat der Besuch in Nancy u[nd] Toul*** die symptomatische Bedeutung gehabt, daß der Großfürst von den Absichten der Balkanstaaten informirt, die Hoffnung hat Oesterreich werde gegen Serbien losschlagen, dieses Russland zum Eingreifen bringen, dadurch für uns den casus foederis auslösen, in welchem Falle Gallien von Rückwärts über uns sofort herfallen soll. Um den Gallischen Muth zu stärken, den Haß zu schüren, ist die ganze Affaire an unserer Grenze inszenirt worden. Dann war sie keine Comödie mehr, sondern Vorbereitung zu bitterem Ernste.

[2] Dazu liegt gar kein Grund vor!

Nr. 12217

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 5 Rominten, den 3. Oktober 1912

Geheim [pr. 4. Oktober]

Über den Inhalt des Telegramms Nr. 74† vom gestrigen Tage habe ich Seiner Majestät dem Kaiser heute Meldung erstattet.

---

* Telegramm Freiherrn von Wangenheims Nr. 325 vom 3. Oktober.

** Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12160.

*** Über den Aufenthalt des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch in Frankreich anläßlich der Manöver, über die von ihm vorgenommene Inspizierung der östlichen französischen Grenzfestungen und die deutschfeindlichen Demonstrationen seiner Gemahlin Anastasia vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11599 nebst Fußnote.

† Siehe Nr. 12204.

Betreffs der Berichterstattung unserer Vertreter im Balkan bemerkte Seine Majestät, er hätte frühzeitiger über die Zuspitzung der dortigen Lage, die zu den Mobilmachungen geführt habe, unterrichtet werden müssen.

Zu der im Gange befindlichen Aktion der Großmächte äußerte Seine Majestät: „Das mache ich nicht mit." Auf meine Entgegnung, wir könnten uns unmöglich von einer gemeinsamen Aktion ausschließen, an der sich andere Dreibundmächte beteiligten, und die in unserem Interesse liege, erwiderte Seine Majestät, wir müßten zunächst einmal abwarten; ihm sei wohlbekannt, daß es einzelnen Mächten sehr wenig passe, wenn es jetzt schon im Balkan losginge, nicht aus Interesse für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan, sondern weil sie mit ihren Rüstungen noch nicht fertig seien.

Seine Majestät glaubt nicht, daß die Balkanstaaten sich mit der türkischen Zusicherung von Reformen abspeisen lassen werden.

Jenisch

Nr. 12218

Der Geschäftsträger in Athen von Biel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58 Athen, den 4. Oktober 1912

Österreichischer Gesandter erhielt heute morgen Ermächtigung zu der von mir gemeldeten Demarche (Telegramm Nr. 56*), jedoch mit folgenden Einschränkungen: Österreichische Regierung wünscht keine Erwähnung ihrer Absichten im Falle des kriegerischen Mißerfolges Griechenlands, keine Erwähnung der kretensischen Abgeordneten und keine direkten Andeutungen über den Inhalt etwaiger Note, welche Balkanstaaten an Türkei zu richten beabsichtigen; in dieser Beziehung Warnung vor unüberlegter Handlung ausreichend, dagegen sei nochmals zu betonen der Wunsch, daß Balkanstaaten Kollektivdemarche bei Großmächten unterließen.

In diesem Sinne habe ich soeben nach Rücksprache mit Baron Braun Demarche bei Minister des Auswärtigen gemacht; ich habe ausgeführt, wir hofften, griechische Regierung werde angesichts der gespannten Situation jede übereilte Handlung vermeiden, insbesondere eine solche, die zum Krieg führen könne. Alle Verantwortlichkeit für übereilte Handlung falle somit auf Griechenland zurück. Eine Kollektivdemarche Balkanstaaten sei, wie wiederholt bemerkt werde, unerwünscht. Ich habe dann in Übereinstimmung mit österreichischem Gesandten erläuternd hinzugefügt, wir machten diese Demarche, um unseren Standpunkt in gegenwärtiger Sachlage genau zu präzisieren und so jegliches Mißverständnis zwischen beiderseitigen Regierungen zu vermeiden. In Anbetracht dessen, daß

* Siehe Nr. 12195.

man im allgemeinen wohl wisse, wo ein Krieg anfange, aber nicht, wo er aufhöre, geben wir diese Erklärung ab, damit griechische Regierung sich nachträglich nicht beklagen könne über etwaige spätere Zurückhaltung unsererseits gegenüber Ereignissen eventuellen Krieges. Wir nähmen bei gegenwärtiger Sachlage natürlich Standpunkt der Aufrechterhaltung des Friedens ein und bedauerten in dieser Hinsicht Mobilmachung, derentwegen unsere etwaigen Schritte in Konstantinopel möglicherweise nicht den gewünschten Erfolg haben würden. Im übrigen könnten wir natürlich nicht zulassen, daß man auf unsere Haltung gegenüber Lage, in welcher Balkan, direkt oder indirekt irgendwelchen Druck auszuüben versuche.

Minister des Auswärtigen nahm meine Ausführungen sehr ernst und aufmerksam entgegen und bat mich, den aufrichtigen Dank seiner Regierung für trockene Auseinandersetzung unseres Standpunktes zu übermitteln. Er gab dann einleitend die Versicherung ab, daß griechische Regierung gewillt sei zur Aufrechterhaltung des Friedens — wenn und soweit sie nicht durch Umstände zum Kriege gezwungen werde. Zum Krieg provozieren wolle Griechenland nicht. Griechenland habe bisher Friedensliebe gezeigt durch korrekte Haltung in Kretafrage, in Frage Inseln des Ägäischen Meeres, in Frage der Griechen in Epirus, Albanien, Mazedonien, last not least im türkisch-italienischen Krieg, wo es gewiß längst Gelegenheit gehabt hätte, Türkei Schwierigkeiten zu bereiten*. Dem jetzigen türkischen Kabinett habe griechische Regierung auf dessen Zusicherung einer Anbahnung guter Beziehungen mit gleicher Zusicherung geantwortet. Türkisches Kabinett habe sich aber bisher Schritten Griechenlands im Interesse einer Einigung in vorstehender Frage lediglich . . . . .** oder ausweichend verhalten — wenn nicht gar herausfordernd. Griechische Regierung habe zum Beispiel inständig gebeten, in Janina und Üsküb keinen Albanen zum Wali zu ernennen, Türkei habe dies doch getan. Türkei schickt seit längerer Zeit Truppen nach Montenegros türkischer Grenze, dann sei Samoszwischenfall mit griechischem Dampfer*** — über dies Bericht unterwegs — zu erwähnen, für den Türkei bisher nur Ausdruck des Bedauerns gehabt und Untersuchung weiterer Ansprüche in Aussicht gestellt hat; Untersuchung bisher nicht erfolgt. Seit einiger Zeit gelangen alle Chiffertelegramme an Gesandten in Konstantinopel† in

---

* Nach Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, deutsche Übersetzung von W. L. Stein, S. 206, hätte Veniselos schon einige Monate vor Ausbruch des ersten Balkankrieges der italienischen Regierung den Vorschlag auf Abschluß eines Bündnisses gegen die Türkei gemacht, Griechenland würde alsdann mit 150000 Mann in Mazedonien einmarschieren. Giolitti will das griechische Anerbieten nicht nur abgelehnt, sondern zu Vorsicht und Frieden geraten haben.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Nachdem am 21. September auf der Insel Samos 350 kretische Freischärler gelandet waren, hatten bei den sich entspinnenden Kämpfen türkische Truppen den im Hafen von Vathy liegenden griechischen Dampfer „Roumelie“ beschossen. Bericht von Biels Nr. 54 vom 29. September.

† Gryparis.

verstümmeltem Zustand. Neuerdings habe — was Regeln Völkerrechts gewiß widerspreche — Türkei 14 griechischen Dampfern Zutritt Dardanellen verweigert, 50 griechische Dampfer im Schwarzen Meer könnten nicht heraus. Das bedeutet für griechischen Handel in wenigen Tagen Schaden von fünf Millionen francs.

Provozieren tue daher Türkei. Lage sei äußerst ernst, namentlich im Hinblick auf vorgemeldeten Dampferzwischenfall, Dardanellen und kretensische Abgeordnete, die Volksstimmung wegen nicht wie bisher behandelt werden könnten. Wegen Kollektivdemarche Balkanstaaten bei Großmächten meinte Minister des Auswärtigen, er brauche wohl nicht mehr ....* einzugehen, sie sei nicht mehr aktuell. Über etwaige Note Balkanstaaten an Türkei könne er sich nicht äußern, dieser Punkt sei Beratung der Balkanstaaten.

Ausführungen von Minister des Auswärtigen sind nicht durchaus zutreffend. Nach meinen Informationen von sehr gut unterrichteter Seite hat Türkei seit längerer Zeit keine besonderen Truppen nach griechischer Grenze geschickt. Türkische Truppen .....* erfolgt erst auf Grund griechischer Mobilmachung. Türkischer Gesandter behauptet, Dampferzwischenfall Dardanellen unbestätigt.

Österreichischer Gesandter hat im wesentlichen gleiche Erklärungen wie ich abgegeben und erhalten, französischer und englischer Geschäftsträger haben nach uns gleichfalls vor unüberlegten Schritten gewarnt und ähnliche Zusicherungen wie wir erhalten.

Französischer Geschäftsträger sagte mir, Minister des Auswärtigen sei heute wesentlich ruhiger und weniger siegeszuversichtlich gewesen wie bei seiner letzten von mir gemeldeten Demarche und habe offenbar unter dem Eindruck der .....* Großmächte gestanden. Österreichischer Gesandter und ich haben gleiches Empfinden gehabt, indessen wird mit Rücksicht auf Dardanellenzwischenfall und kretensische Abgeordnete Ausbruch griechisch-türkischer Feindseligkeiten einstweilen doch als nahe bevorstehend zu betrachten sein.

Gerüchtweise verlautet, Griechenland habe jetzt bei englischer Werft vier Torpedobootszerstörer gekauft.

Biel

Nr. 12219

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 Sofia, den 4. Oktober 1912

Es sind mir und meinem österreichischen Kollegen Gerüchte darüber zu Ohren gekommen, wonach der hiesige russische Militärattaché Oberstleutnant Romanowsky hier eifrig zum Krieg gehetzt habe, was im Gegen-

* Zifferngruppe fehlt.

satz zu den offiziellen friedlichen Bestrebungen Herrn von Nekljudows stehen würde, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln wir beide bisher keine Veranlassung haben. Diesbezügliche Nachforschungen haben bisher nur ergeben, daß Romanowsky hier in besonders regem Verkehr mit höheren bulgarischen Militärs gestanden hat, was an sich allein noch nicht auffallend wäre. Zwischen ihm und Herrn von Nekljudow besteht ein sehr gespanntes persönliches Verhältnis.

Below

Nr. 12220

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 299 Paris, den 4. Oktober 1912

Antwort auf Telegramme Nr. 220* und 222**.

Herr Poincaré hat, den Bemerkungen des Staatssekretärs und dessen Textvorschlag gern Rechnung tragend, neuen Text entworfen, den er zunächst noch Sasonow unterbreitet, dessen Rückäußerung in nächsten Stunden zu erwarten. Text lautet einstweilen:

Les Puissances feraient savoir aux Etats Balkaniques et à la Turquie:

Nr. 1. Qu'elles réprouvent énergiquement toute mesure susceptible d'amener la rupture de la paix;

Nr. 2. Que si la guerre venait néanmoins à éclater entre la Porte et les Etats Balkaniques, elles n'admettraient à l'issue du conflit aucune modification au statu quo territorial actuel dans les Balkans;

Nr. 3. Que, s'appuyant sur l'article XXIII du Traité de Berlin, elles prendraient en main, dans l'intérêt des populations chrétiennes, la réalisation des réformes dans l'administration de la Turquie d'Europe, étant entendu que ces réformes ne porteraient aucune atteinte à l'intégrité du territoire de l'Empire Ottoman.

Il va sans dire que cette déclaration réserverait la liberté des Puissances pour l'étude collective et ultérieure des réformes***.

Schoen

* Vgl. Nr. 12213, S. 155, Fußnote*.

** Vgl. Nr. 12214, Fußnote.

*** Der französische Vorschlag, den gleichzeitig auch Botschafter Cambon in Berlin unterbreitete, wurde durch Telegramm Nr. 103 nach Wien, gleichzeitig auch durch Telegramm Nr. 78 dem Rat im Kaiserlichen Gefolge Freiherrn von Jenisch in Rominten mitgeteilt. Am Schluß des Telegramm Nr. 103 nach Wien hieß es: „Wir sind bereit zuzustimmen, würden aber Vorgehen Österreich-Ungarns und Rußlands mit europäischem Mandat den Vorzug geben. Wir hoffen bestimmt, daß Österreich, nachdem Zusatz wegen türkischer Integrität gemacht, zustimmen wird. Drahtantwort." Vgl. dazu das Zirkulartelegramm Poincarés vom 4. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 83), aus dem hervorgeht, daß er nicht etwa den Gedanken eines Doppelmandats fallen ließ, sondern ihn alternativ mit dem einer Kollektivdemarche der Mächte in Vorschlag brachte. Am 4. beauftragte Poincaré Cambon noch in einem besonderen Telegramm, Kiderlen zu sagen, daß er das größte Gewicht darauf gelegt habe, dessen Bemerkungen bei der Redaktion der neuen Formel zu berücksichtigen. Französisches Gelbbuch, a. a. O. I, 84.

Nr. 12221

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 300 Paris, den 4. Oktober 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 299*.

Herr Sasonow hat, wie er mir selbst bestätigt, dem französischen Textentwurf ohne Änderung zugestimmt. Er begrüßt freudig das zwischen uns und Frankreich Erzielte und ist besonders dankbar, daß wir in Reformfrage keine Schwierigkeiten machen. Er versichert, daß er überzeugter Anhänger sehr behutsam . . .** in dieser Richtung sei. Die Programme der Balkanstaaten bezeichnet er ebenso wie Herr Poincaré als unannehmbar.

Herr Sasonow gedenkt Montag früh in Berlin einzutreffen und hofft dort durch uns noch positivere Nachrichten über Österreich-Ungarns Stellung zu erhalten.

Schoen

Nr. 12222

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Telegramm. Entzifferung

Rominten, den 4. Oktober 1912

Privat

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelcher von den mir mit heutigem Kurier übersandten Meldungen unserer Vertreter über Mobilmachungen am Balkan Kenntnis genommen, hat in sehr ernster Weise sein Befremden darüber geäußert, daß Euere Exzellenz diese Telegramme nicht sofort hierher weitergegeben hätten, da Seiner Majestät die Möglichkeit nicht vorenthalten werden dürfe, sich in einer so wichtigen Frage sein eigenes Urteil zu bilden. Als solche Telegramme hat Seine Majestät unter vielen anderen besonders Nr. 79 aus Wien***, Nr. 302† und 306†† aus Therapia bezeichnet.

Seine Majestät ersuchen Euere Exzellenz, allerhöchstihm in Zukunft täglich ein Sammeltelegramm zukommen zu lassen, welches sämtliche dort über die Balkanfrage eingehenden Meldungen mit Ursprungsangabe wiedergibt.

Jenisch

* Siehe Nr. 12220.
** Zifferngruppe unverständlich.
*** Siehe Nr. 12154.
† Siehe Nr. 12159.
†† Siehe Nr. 12164.

Nr. 12223

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Rominten, den 5. Oktober 1912

Auf allerhöchsten Befehl sollen Botschaften Rom und Konstantinopel alles melden, was sie über stattgehabte geheime Besprechungen von Balkanvertretern in Paris in Erfahrung bringen können.

Seine Majestät sehen ferner Bericht der Botschaft in Paris entgegen, deren Meldung über gleiche Angelegenheit er bisher vermisse*.

Jenisch

Nr. 12224

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Rominten, den 5. Oktober 1912

Seine Majestät der Kaiser ersuchen um Bericht der Kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg über etwaige Wahrnehmungen, die auf eine Bewegung in der russischen Bevölkerung und Armee schließen lassen, gemeinsame Sache mit Glaubensgenossen auf Balkan zu machen mit Endziel der Wiedereinführung orthodoxen Glaubens in Konstantinopel**.

Jenisch

Nr. 12225

*Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II., z. Z. in Rominten****

Reinschrift

Rominten, den 4. Oktober 1912

Die ewige Betonung des Friedens bei allen Gelegenheiten — passenden und unpassenden — hat in den 43 Friedensjahren eine geradezu eunuchenhafte Anschauung unter den leitenden Staatsmännern und Diplomaten

* Im Sinne der kaiserlichen Direktive wurden die Botschaften in Rom, Konstantinopel und Paris durch Telegramme vom 5. Oktober (Nr. 140, bzw. 161 und 224) angewiesen.

** Im Sinne der kaiserlichen Direktive erhielt Graf Pourtalès durch Telegramm Nr. 164 vom 5. Oktober Anweisung.

*** Bereits veröffentlicht bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 189f.

Europas gezeitigt. Jetzt zum Beispiel heißt es allgemein: „Die Großmächte müssen eingreifen, die müssen den Frieden wahren, erhalten, schützen; sie müssen die Balkanstaaten hindern loszuschlagen oder — falls das unmöglich — dieselben nach dem Kriege an territorialem Erwerb und Vergrößerung hindern!" Wie denkt man sich das? —

1. Die Mobilmachung ist ein ernster Schritt und weitergehend wie eine bloße Drohung. Sie ist — wie bekannt — den Regierungen, die wacklig sind, von der Bevölkerung aufgezwungen worden. Also diese von außen durch Druck zwingen zu wollen, zu demobilisieren, heißt: einmal sich den Haß der Bevölkerung auf den Hals laden — auf handelspolitischem Gebiet per Boykott bald fühlbar —, zweitens die vom Volk zum Handeln (Krieg) gezwungenen, daran durch die Mächte wieder gehinderten Herrscher geradezu der Revolution ausliefern. Denn daß diese, nachgebend dem äußeren Mächtedruck, umgehend von der empörten Bevölkerung hinausgeworfen oder gar ermordet werden können, liegt nahe. Also die Mächte laden auf sich die Verantwortung für den eventuellen Sturz der Balkandynastien. Ist schon mit ihnen die Ordnung schwer aufrecht zu erhalten gewesen, wie viel weniger erst mit von Rußland abhängigen slawischen Republiken! Wofür das? Um der Wahrung der recht problematischen Existenz der Türkei zuliebe?!

2. Die Dinge, wie sie liegen, müssen unbedingt zu einem Zusammenstoß der Balkanstaaten mit der in Europa überständigen Türkei führen. Es ist besser, er erfolgt jetzt — wo er Rußland und Gallien nicht paßt —, weil beide noch nicht gegen uns fertig sind, als später, wenn sie sich bereitgestellt haben und fertig sind.

3. Man sieht in dem Vorgehen der Staaten einen „Erpressungsversuch" gegen die Türkei*!? Warum? War — nach österreichischen Begriffen — das Vorgehen des jungen Friedrich gegen Maria Theresia vor dem Ersten Schlesischen Kriege etwa keiner!? Die Balkanstaaten haben die Auffassung und den Drang, sich erweitern zu müssen; das geht nur auf Kosten der — vielleicht alternden — Türkei; da es in gutem nicht geht, wird darob gekämpft werden; und man tut sich ad hoc zusammen, um seine Entwicklung und Erweiterung zu ermöglichen. Das wollten die Großmächte schlankweg einfach hindern??! Mit welchem Recht? Zu wessen Gunsten? Das mache ich nicht mit. Ebensowenig wir uns haben 64, 66, 70 hineinreden lassen in unsere „berechtigte Entwickelung", so wenig kann und will ich andere hindern oder ihnen hineinreden.

4. Es komme ruhig zum Kriege. Da werden ja die Balkanstaaten mal zeigen, was sie zu leisten fähig sind, und ob sie eine Existenzberechtigung haben. Schlagen sie entscheidend die Türkei, dann hatten sie recht, und ihnen gebührt eine gewisse Belohnung. Werden sie geschlagen, dann werden sie klein und für lange Ruhe und Frieden halten, und die Territorialfrage scheidet aus. Die Großmächte müssen um den Kampfplatz den

* Vgl. Nr. 12201.

„Ring" bilden, in dem der Kampf sich abspielt und zu bleiben hat; selbst ruhig Blut behalten und keine Übereilungen begehen. Dazu gehört meines Erachtens vor allem kein zu heftiges Dreinreden jetzt um des sogenannten „lieben Friedens" willen, es würde ein sehr fauler und böser Konsequenzen voller sein. Man lasse die Leute nur ruhig machen; entweder sie kriegen Keile oder erteilen sie, danach ist immer noch Zeit zum Sprechen. Die Orientfrage muß mit Blut und Eisen gelöst werden! Aber in einer für uns günstigen Periode! Das ist jetzt.

Wilhelm I. R.

Nr. 12226

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 238 St. Petersburg, den 4. Oktober 1912

Herr Neratow sagte mir heute, Ausbruch des Krieges auf Balkanhalbinsel könne nach seiner Ansicht nur vermieden werden, wenn Türkei sich entschlösse, den Mächten zuzusichern, daß sie in Mazedonien zu einem remaniement de l'administration schreite[1], am besten ähnliches Regime wie im Libanon einführen wolle. Ministergehilfe andeutete, daß in diesem Sinne Besprechungen zwischen russischem Botschafter in Konstantinopel und türkischer Regierung stattfänden, die aber bis jetzt wenig Aussicht auf Erfolg böten[2].

Pourtalès

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Machen wir nicht mit
[2] glaube ich

Nr. 12227

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Rominten, den 5. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 78 vom 4. Oktober*.

Seine Majestät der Kaiser sind im Prinzip einverstanden und teilen Euerer Exzellenz Ansicht, daß einem österreichisch-russischen Vorgehen im Namen der Großmächte der Vorzug vor einem Kollektivschritt zu geben ist.

---

* Vgl. Nr. 12220, Fußnote ***.

Seine Majestät befehlen jedoch, daß vor offizieller Zustimmung zu dem französischen Vorschlag das Einverständnis Österreichs eingeholt werde[1]*. Jenisch

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Da ja Österreich mitwirken soll, selbstverständlich

Nr. 12228

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 Wien, den 4. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 100 vom 3. Oktober**.

Graf Berchtold sagte mir, er begegne sich mit Euerer Exzellenz auf halbem Wege in der Auffassung, daß eine Anfrage in Konstantinopel, wie sie von hiesigem türkischen Botschafter angeregt worden, zu keinem günstigen Resultat führen würde. Von dem Augenblick an, wo er gesehen habe, daß die Balkanstaaten sich ohne sichere Aussicht auf Reformen nicht würden zufrieden geben und nicht demobilisieren würden, habe er die Sache für gegenstandslos und überholt angesehen.

Im Verlauf unserer vertraulichen Unterhaltung stimmte der Minister Euerer Exzellenz Ansicht bei, daß derartige Beschwichtigungsversuche überhaupt keinen Erfolg mehr versprächen.

Ich fand auch Gelegenheit, eine Bemerkung wegen der erwünschten Rückkehr des Grafen von Szögyeny nach Berlin einfließen zu lassen***. Graf Berchtold sagte, er habe dem Botschafter schon deshalb schreiben wollen und werde dies noch heute tun. Tschirschky

Nr. 12229

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 Wien, den 4. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 101† und Nr. 102†† vom 3. d. Mts.

Inhalt der beiden Telegramme eingehend mit Graf Berchtold besprochen. Minister machte sich genaue Notizen über den russischen Vor-

* Das war bereits durch Telegramm Nr. 103 nach Wien geschehen. Vgl. Nr. 12220, Fußnote ***.
** Siehe Nr. 12212.
*** Vgl. Nr. 12212.
† Siehe Nr. 12213.
†† Siehe Nr. 12214.

schlag*. Er will sich die Sache noch genau ansehen und morgen Antwort geben.

Ich fand den Minister im ganzen ziemlich skeptisch in bezug auf die Durchführbarkeit der in Aussicht genommenen Erklärung. Er bemerkte unter anderem zu der Stelle „ne sauraient admettre une rupture", was denn von seiten der Mächte zu geschehen hätte, falls der Bruch tatsächlich erfolge. Er zweifle auch, ob Rußland den Willen und die Macht haben werde, à maintenir le statu quo, auch für den Fall, daß Bulgarien oder ein anderer slawischer Balkanstaat nach erfolgtem Siege türkisches Territorium besetzen und sich angegliedert haben werde. Am meisten Sorge machte dem Minister der Satz „qu'elles localiseront le conflit et ne laisseront aux Etats qui ont procédé à la mobilisation aucune espérance de profit territorial." „Wem gegenüber soll denn der Krieg lokalisiert werden," meinte der Minister. „Sollen wir etwa Rumänien am Eingreifen hindern? Denn ich kann doch nicht annehmen, daß Sasonow Österreich oder Rußland damit hat meinen können." Der Zwischensatz „qui ont procédé à la mobilisation" lasse ja geradezu die Deutung zu, daß für diejenigen Staaten, die nicht mobilisiert hätten, die Hoffnung auf profit territorial offen gelassen werde[1]. Sollte hinter der ganzen Sache etwa England zu suchen sein? — Dem Minister schwebten wahrscheinlich dabei die englischen Absichten auf Kreta vor. Wie ich von anderer Seite höre, hat der König von Griechenland in seinen hiesigen Gesprächen kein Hehl daraus gemacht, daß er ernstestes Mißtrauen in dieser Hinsicht gegen England hege[2].

Bezüglich der Frage der Reformen, so würde Graf Berchtold mit Euerer Exzellenz eine nicht ins Detail gehende Erklärung für unbedenklich halten. Nur fürchte er, abgesehen davon, daß die Formulierung sehr schwer sein werde, daß die Balkanstaaten sich mit einer solchen allgemeinen Erklärung nicht würden zufrieden geben. Er werde versuchen, eine Formel im Sinne seines früher ausgesprochenen Gedankens (cf. mein Telegramm Nr. 91**) zu finden.

Ich habe den Minister schließlich wiederholt und mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir bereit seien, jeden zwischen Österreich und Rußland vereinbarten Modus zu akzeptieren, daß, wenn man auch im einzelnen die Fassung des russischen Vorschlags kritisieren könne, zum Zwecke der Erhaltung des Friedens oder wenigstens der tunlichsten Einschränkung der Feindseligkeiten wir es doch für höchst nützlich halten würden, wenn von seiten Österreichs und Rußlands als Mandatare Europas eine Erklärung im Sinne des russischen Vorschlags möglichst bald erfolge.

Tschirschky

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Finasserien
[2] Blech

---

* Es war, genau genommen, ein französischer Vorschlag, den Sasonow akzeptiert hatte.
** Siehe Nr. 12210.

Nr. 12230

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 329 Therapia, den 3. Oktober 1912
[eingetroffen am 4. Oktober]

Kriegslust zweifellos seit gestern hier und nach Nachrichten aus den Provinzen auch dort gestiegen. Schon heute wird es zweifelhaft, ob Mächte mit Forderungen von Reformen durchdringen würden, da deren Annahme seitens Regierung und auch Volks als Zurückweichen vor Kriegsgefahr aufgefaßt werden könnte. Um so bedenklicher wäre Lage einer einzelnen Macht, die selbst mit Einverständnis der Pforte Reformen anregen würde.

Wangenheim

Nr. 12231

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 106 Berlin, den 5. Oktober 1912

Französischer Botschafter hat hier, wie er sagt, auf englischen Wunsch* folgende neue Redaktion für Demarche vorgeschlagen:

„Les Gouvernements Russe et Austro-Hongrois déclarent aux Etats balkaniques:

1°) que les Puissances réprouvent énergiquement toute mesure susceptible d'amener la rupture de la paix;

2°) que, si la guerre vient néanmoins à éclater entre la Turquie et les Etats balkaniques, elles n'admettront, à l'issue du conflit, aucune modification au statu quo territorial actuel dans la péninsule balkanique;

3°) que, s'appuyant sur l'article XXIII du traité de Berlin, elles prendront en main dans l'intérêt des populations chrétiennes la réalisation des réformes que comporte l'administration de la Turquie d'Europe, étant entendu que ces réformes ne porteront aucune atteinte à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman.

Les dites Puissances s'acquitteront collectivement de la même déclaration auprès de la Sublime Porte."

Textänderung erscheint unwesentlich, vielmehr Hauptsache, daß nach englischem Wunsch Österreich-Ungarn und Rußland bei Balkanstaaten als europäische Mandatare, in Konstantinopel fünf Mächte kollektiv handeln in einer russischen Vorschlag noch etwas abschwächenden Form.

---

* Vgl. Nr. 12233 und die Zirkulardepesche Poincarés vom 5. Oktober, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 87.

Wir sind damit einverstanden, sobald Österreich-Ungarn zustimmt, was wir bei Dringlichkeit der Sache erhoffen.

Drahtantwort.

Kiderlen

Nr. 12232

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 Wien, den 6. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 103 vom 4. Oktober*.

Meine Demarche bei Graf Berchtold erfolgte heute vormittag, unmittelbar nachdem französischer Botschafter identischen Text der Erklärung dem Minister mitgeteilt hatte. Minister nahm vorläufig Akt davon und bemerkte nur kurz folgendes: Die Fassung entspreche im allgemeinen seinen Intentionen. Auf den ersten Blick habe er nur Bedenken gegen Heranziehung des Artikels XXIII des Berliner Vertrags wegen der darin enthaltenen weitgehenden Bestimmungen. (Der Minister machte hier besonders auf Kreta aufmerksam.) Das Vorgehen Österreichs und Rußlands allein würde Odium und Mühe diesen beiden Mächten allein aufladen.

Die beiden gleichen Bedenken hat Graf Berchtold auch französischem Botschafter gegenüber geäußert.

Minister versprach für heute abend Antwort und sendet mir soeben nachstehenden Text, „der ihm am geeignetsten erscheint“:

Les Gouvernements Austro-Hongrois et Russe déclareront aux Etats Balkaniques:

„1°) que les Puissances réprouvent énergiquement toute mesure susceptible d'amener la rupture de la paix;

2°) que, s'appuyant sur l'article XXIII du traité de Berlin, elles prendront en main, dans l'intérêt des populations, la réalisation des réformes que comporte l'administration de la Turquie d'Europe étant entendu que ces réformes ne porteront aucune atteinte à la souveraineté de Sa Majesté le Sultan et à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman;

3°) que si la guerre vient néanmoins à éclater entre la Turquie et les Etats balkaniques, elles n'admettront, à l'issue du conflit, aucune modification au statu quo territorial actuel dans la péninsule balkanique.“

Les Puissances feront collectivement auprès la Sublime Porte les démarches dérivant de cette déclaration.

Il va sans dire que cette déclaration réservera la liberté des Puissances pour l'étude collective et ultérieure des réformes.

* Vgl. Nr. 12220, Fußnote ***.

Der Minister hat hiernach einige von der Rücksicht auf die Türkei diktierte Änderungen vorgenommen. Die gemeinsame Erklärung Österreichs und Rußlands soll nur den Balkanstaaten gegenüber erfolgen, während bei der Pforte die Mächte „feront collectivement les démarches dérivant de cette déclaration".

Im Punkt 2 — der dem Punkt 3 des französischen Vorschlages entspricht — ist nach dem Wort „atteinte" der Passus „à la souveraineté de Sa Majesté le Sultan" eingefügt worden. In dem gleichen Punkt ist hinter den Worten „dans l'intérêt des populations" das Wort „chrétiennes" weggefallen.

Tschirschky

Nr. 12233

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 157 London, den 5. Oktober 1912
[pr. 6. Oktober]

Sir A. Nicolson mitteilte, daß Herr Cambon ihm heute die drei Punkte vorgelegt habe, welche Balkanstaaten beziehungsweise Türkei von den Mächten mitgeteilt werden sollten. (Annehme, Punkte Euerer Exzellenz vorliegen*.) Gegen 1 und 2 habe er keine Bedenken, sehr schwere aber gegen Punkt 3. Türken anerkannten nicht Rechtsbeständigkeit Artikels XXIII und würden Proposition, welche faktisch Mazedonien in die Hände der Mächte lege, niemals annehmen. Außerdem würden Mächte sich damit Quelle ständiger Streitigkeiten schaffen und Aufgabe übernehmen, die sie nicht lösen könnten. Mächte dürften Zurückweisen ihrer Anträge in Konstantinopel nicht riskieren. Türkei habe Bereitwilligkeit erklärt, mit Mächten über Reformen in Mazedonien zu verhandeln. Hieran sollte man anknüpfen, ohne türkischem Ministerium Unmögliches zuzumuten. Trotz Herrn Cambons Drängen werde er erst morgen mit Sir E. Grey Lage besprechen und dann offiziell antworten.

Zögernde Haltung und ausgesprochene Türkenfreundlichkeit Sir A. Nicolsons dürften in Paris verstimmen**.

Kühlmann

---

* Vgl. Nr. 12220.

** Auch der in Paris weilende Sasonow äußerte sich in einem Telegramm vom 6. Oktober an seinen Stellvertreter Neratow sehr verstimmt über die zögernde Haltung Englands: „Die Regierung Englands würde, falls sie fortgesetzt Einwände gegen die nach den Bemerkungen Österreich-Ungarns abgeänderte Formel erhebt, die Verantwortung für eine Verzögerung, die unter den gegenwärtigen Umständen zu den schlimmsten Folgen führen kann, auf sich zu nehmen haben. Zwischen Rußland, Frankreich, Österreich und Deutschland ist bereits ein volles Einvernehmen erzielt worden." Vgl. auch die drei Telegramme Graf Benckendorffs vom 6. Oktober, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 276, 278f.

Nr. 12234

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 303 Paris, den 6. Oktober 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 300*.

Wiener Kabinett hat französischen Vorschlag angenommen, aber folgende Veränderungen gewünscht:

1. in Konstantinopel nicht gleiche Demarche wie bei Balkanstaaten, sondern „die sich hieraus ergebenden Schritte",

2. in Absatz 2 des Textes hinter „populations" das Wort „chrétiennes" weglassen; ferner außer territorialer Integrität des türkischen Reichs auch Souveränität des Sultans erwähnen**.

Poincaré und Sasonow haben in soeben stattgehabter Besprechung diese Änderungen im Interesse der Beschleunigung angenommen.

Von England noch immer keine endgültige Zustimmung, da Sir E. Grey sich noch nicht bewogen gefunden, Landaufenthalt zu unterbrechen.

Hiesige Regierung fürchtet, daß unter diesen Umständen Demarchen nicht vor Mittwoch oder Donnerstag erfolgen können, und daß es inzwischen trotz aller dringenden Abmahnungen zu kriegerischen Zusammenstößen kommen werde, um so mehr, als nachgerade auch bei Türkei Kriegslust sich geltend zu machen scheine.

Schoen

Nr. 12235

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 96 Wien, den 6. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 106 vom 5. Oktober***.

Neuer Textentwurf mit Graf Berchtold besprochen. Die vom Minister vorgeschlagene Weglassung des Wortes „chrétiennes" in Punkt 3 und Hinzufügung von „à la souveraineté de Sa Majesté le Sultan" sind, wie Graf Berchtold mir sagt, bereits von Frankreich und Rußland akzeptiert†.

---

* Siehe Nr. 12221.

** Vgl. Nr. 12232 und das Telegramm des französischen Botschafters in Wien Dumaine an Poincaré, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 91s.

*** Siehe Nr. 12231.

† Das wird bestätigt durch Poincarés Telegramm an Botschafter Dumaine vom 6. Oktober, Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 92.

Daß neuerer Entwurf das Schlußalinea „il va sans dire que cette déclaration réservera la liberté des puissances pour l'étude collective et ultérieure des réformes" wegläßt, hält Graf Berchtold für nicht praktisch. Da in Punkt 2 nur stehe „s'appuyant sur l'article XXIII du traité de Berlin", also die Anwendung aller Bestimmungen dieser Artikel[1] nicht in Frage komme, müsse die genaue Definierung des Umfangs der Reformen[2] ausdrücklich den Mächten vorbehalten bleiben. Er müsse auf Beibehaltung dieses Passus bestehen.

Wie Minister vertraulich hinzufügte, würde die Weglassung dieses Passus besonders wegen Kreta[3] zu ernsten Schwierigkeiten führen.

Zum Schluß bemerkte Graf Berchtold noch ganz vertraulich, er gebe seine Zustimmung zu dieser ganzen Aktion nur mit Widerstreben, da er es nicht für richtig halte, daß die Großmächte einer durch Kriegsdrohung erfolgten Pression der Balkanstaaten nachgäben. Er füge sich nur, um nicht als Störenfried dazustehen.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer verkürzten telegraphischen Übermittlung:

[1] Sophismen! Niemand hindert die Anwendung aller wenn es nöthig wird!

[2] diese werden weder die Türken, noch Balkanstaaten noch vor allem die Mazedonier selbst befriedigen. Dann haben die Mächte die Verantwortung für alles was dort passirt, an Stelle der Türkei. Item haben sie auch das ganze Odium wenn es schief geht und noch die Unzufriedenheit der Türken obendrein! Eine ganz hoffnungslose Geschichte, die ein testimonium paupertatis für Europa ist

[3] Das muß doch mal zu Griechenland kommen! da mögen die Mächte thun und sagen was sie wollen! je eher je besser sonst fliegt die Dynastie.

Nr. 12236

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 346 Therapia, den 6. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 161*.

Erste Anzeichen: Telegramm Giolitti an Nogara (cfr. Telegramm 303**). Später hat Noradunghian mir zu wiederholten Malen teilweise unter Angabe von Daten über die Konversationen gesprochen, die nach angeblich absolut zuverlässigen Informationen in verschiedenen Hauptstädten, hauptsächlich aber in Paris zwischen den Balkanvertretern stattgefunden hätten. Herr von Giers hat Markgraf Pallavicini gegenüber sich die Bemerkung entschlüpfen lassen, daß Montenegro wegen der Indiskretion des Königs Nikita nicht zu den Besprechungen zugezogen worden

---

* Vgl. Nr. 12223, Fußnote *.

** Siehe Kap. CCLXII, Nr. 12160.

sei[1]. Markgraf Pallavicini schließt daraus mit Recht, daß Rußland in die Pläne der Balkanstaaten eingeweiht war[2]. Lebhaftes Eintreten russischen Botschafters dafür, daß ägäische Inseln nicht ohne Garantien an Türkei zurückfallen dürften, [erweckt] Verdacht, daß auch bei der letzten italienischen Forderung einer Dezentralisation für die Inseln Rußland Hand im Spiele hat[3].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also Rußland wußte darum!
[2] ja
[3] nette Giftmischerei!

Nr. 12237

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 350 Therapia, den 6. Oktober 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 346*.

Noradunghian sagte heute auch Markgraf Pallavicini, daß die Balkanentente vor etwa drei Wochen[1] in Paris zustandegekommen sei. Die französische Regierung habe nichts davon gewußt, wohl aber die russische.

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Stimmt mit dem Aufenthalte des Großfürsten in Paris

Nr. 12238

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 351 Therapia, den 6. Oktober 1912

Russischer und französischer Botschafter legten heute gemeinsam Noradunghian Frage vor, wie weit die türkische Regierung eventuell aus eigener Initiative in Reformfrage entgegenkommen würde. Auswärtiger Minister erklärte sich bereit, den Entwurf eines Wilajetsgesetzes vom 23. August 1880 mit einigen Abänderungen zum Gesetz erheben zu lassen.

Die Pforte wollte diesen Entschluß noch heute allen Kabinetten mitteilen.

Noradunghian war nach dem Gespräch mit den beiden Botschaftern etwas hoffnungsvoller.

Wangenheim

* Siehe Nr. 12236.

Nr. 12239

Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Eigenhändig

Berlin, den 7. Oktober 1912

Der türkische Botschafter ist von seiner Regierung zu der Mitteilung beauftragt, daß der Ministerrat beschlossen habe, unverzüglich zu der Durchführung der Reformen entsprechend Artikel XXIII des Berliner Friedens und in Gemäßheit der Beschlüsse der Kommission von 1880 in allen Wilajets des Reiches zu schreiten.

Stumm

Nr. 12240

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 London, den 7. Oktober 1912

Sir E. Grey, der gestern nach London zurückgekehrt war, ließ mich heute morgen zu sich bitten, um, wie er sagte, zunächst eine kurze Mitteilung über seine Konversation mit Herrn Sasonow* zu machen. Das Hauptgesprächsthema habe Persien gebildet. Es sei keine neue Abmachung getroffen worden, man sei aber übereingekommen, bona fide an der Stärkung[1] der persischen Regierung zu arbeiten. Das Communiqué stelle die Ereignisse** der Verhandlung richtig und erschöpfend dar***.

---

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11600ff.

** Statt „Ereignisse" ist mutmaßlich zu lesen „Ergebnisse".

*** Das Communiqué lautete: „We are informed that in the conversations which have taken place between M. Sazonoff and Sir E. Grey no new political agreement affecting Persia has been discussed, and that neither Power has any intention or desire to partition Persia. In order to expedite the withdrawal of foreign tropps from Persia, both Powers are carefully considering how they could best assist in strengthening the Persian Government for the purpose of enabling the latter to re-establish order and to secure the safety of the trade routes. Both M. Sazonoff and Sir E. Grey found themselves in complete accord in a desire to work for peace and in co-operating in any diplomatic action that is favourable for that purpose." Nach dem, was wir aus dem Immediatbericht Sasonows an den Zaren über seine Englandreise (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 289ff.) über den Verlauf der Erörterungen zwischen Sir E. Grey und Sasonow wissen, kann keine Rede davon sein, daß der Inhalt des Communiqués irgend erschöpfend gewesen wäre. Die Aussprache drehte sich keineswegs nur um die persische Frage und die Balkanlage, sondern umfaßte auch die Fragen der Bagdadbahn, der chinesischen Reorganisationsanleihe und vor allen Dingen die Frage eines kriegerischen Zusammenwirkens der Staaten der Tripelentente gegen Deutschland.

Die Gespräche über Balkanlage seien durch die Ereignisse bereits überholt. Er habe aber aus Mitteilungen Sasonows mit Genugtuung ersehen, daß die Atmosphäre für eine russisch-österreichische Kooperation günstig sei, und daß Rußland der Gedanke, aus etwaigen Verwickelungen zu profitieren, völlig . . .* läge.

Gestern nachmittag habe ihm der französische Botschafter den neuen Vorschlag zur russisch-österreichischen Demarche bei den Mächten des Balkanbundes unterbreitet**. Er sei mit dem Wortlaut, insbesondere mit „les Puissances prendront en main", nicht ganz einverstanden, habe aber, da er hörte, der Wortlaut beruhe auf einem österreichischen Vorschlage, sein Bedenken zurückgestellt und englische Zustimmung erklärt. Bei Demarche in Konstantinopel werde Vorsicht in Formulierung nötig sein, um Annahme der Reformaktion durch türkisches Kabinett zu ermöglichen. Er bitte mich, alles, was ich über die Stellungnahme unserer Regierung zu den rasch wechselnden Phasen der Lage erfahre, ihm umgehend mitzuteilen.

Ich hatte den Eindruck, daß Sir E. Grey großen Wert[2] darauf legt, mit uns in Fühlung zu bleiben[3] [4].

Kühlmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Duplikat:

[1] Jetzt erst!!?

[2] die Russen werden ihm unhei[m]lich

[3] das erste Mal!

Randbemerkung von Kiderlens:

[4] Das soll er durch seinen Botschafter tun, der aber stets abwesend ist.

Nr. 12241

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 355 Therapia, den 7. Oktober 1912

Gestrige russisch-französische Demarche und ihre Aufnahme durch die Pforte*** hat, wie zu erwarten war, Bevölkerung und namentlich Offiziere stark erregt, was „Union et Progrès" auszunutzen versucht. Es finden Straßendemonstrationen gegen Regierung statt. Belagerungszustand erklärt. Als ich zur Pforte fuhr, traf ich vor dem Großwesirat Menschenmengen, darunter Offiziere, die Krieg verlangten.

Wangenheim

---

* Zifferngruppe fehlt.

** Vgl. Nr. 12220, 12231.

*** Vgl. Nr. 12238.

Nr. 12242

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 357 Konstantinopel, den 8. Oktober 1912

Zusage der Pforte betreffend Wilajetgesetz ist infolge gestriger Demonstration teilweise wieder zurückgezogen worden[1]. Nach Communiqué Ministeriums des Innern sollen Reformen zunächst noch studiert[2] und von der Zustimmung der Kammern und des Sultans abhängig gemacht werden.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wie Geschow vermuthete*!

[2] wenn die Schlacht vor der Thür steht!!!

Schlußbemerkungen des Kaisers:

[1]) Totale Verkennung der Situation!

[2]) Kommt einer Ablehnung der Mächteaktion gleich! wodurch diese sich wiederum glänzend blamirt, und ihre völlige Impotenz — als Concert Europeenn — vor den Asiatischen Völkern von neuem glänzend dokumentirt haben! Der sehr kühl ablehnende Standpunkt Englands und Deutschlands ist der einzig richtige!

Nr. 12243

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 176 Berlin, den 8. Oktober 1912

Mächte haben sich bezüglich in Konstantinopel zu unternehmender Demarche über den zu Ihrer Information beigefügten Text geeinigt:

„Les cinq Puissances informent la Porte qu'elles prennent acte de l'intention publiquement annoncée du Gouvernement Turque d'introduire des réformes et qu'elles discuteront immédiatement avec la Sublime Porte, dans l'esprit de l'article XXIII du Traité de Berlin et de la loi de 1880, les réformes que comporte l'administration de la Turquie d'Europe et les mesures propres à en assurer la réalisation dans l'intérêt des populations étant entendu que ces réformes ne porteront atteinte à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman."

Euer pp. wollen sich nach vorheriger Vergleichung der Texte der Demarche Herrn Bompards anschließen, sobald dies Ihre vier Kollegen tun**.

Kiderlen

---

* Vgl. Nr. 12245.

** Gleichzeitig erging an die Missionen in Sofia, Belgrad, Cetinje und Athen die telegraphische Weisung: „Wir und die anderen Mächte haben der seitens Österreich-Ungarns und Rußlands dort zu unternehmenden Demarche zugestimmt."

Nr. 12244

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II, z. Z. in Cadinen**

Ausfertigung

Berlin, den 9. Oktober 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß der für die Demarche der Großmächte festzusetzende Wortlaut im Verlaufe der letzten drei Tage zunächst noch verschiedenen redaktionellen Änderungen unterworfen gewesen ist.

Der erste Euerer Majestät bereits gemeldete Entwurf hatte folgenden Wortlaut**:

„Les Puissances feraient savoir aux Etats Balkaniques et à la Turquie:

No. 1. Qu'elles réprouvent énergiquement toute mesure susceptible d'amener la rupture de la paix;

No. 2. Que si la guerre venait néanmoins d'éclater entre la Porte et les Etats Balkaniques, elles n'admettraient à l'issue du conflit aucune modification au statu quo territorial actuel dans les Balkans;

No. 3. Que, s'appuyant sur l'article XXIII du Traité de Berlin, elles prendraient en main, dans l'intérêt des populations chrétiennes, la réalisation des réformes dans l'administration de la Turquie d'Europe, étant entendu que ces réformes ne porteraient aucune atteinte à l'intégrité du territoire de l'Empire Ottoman.

Il va sans dire que cette déclaration réserverait la liberté des Puissances pour l'étude collective et ultérieure des réformes."

Am 5. d. M. ist alsdann französischerseits der nachstehende Text in Vorschlag gebracht worden***:

„Les Gouvernements Russe et Austro-Hongrois déclarent aux Etats Balkaniques:

1. Que les Puissances réprouvent énergiquement toute mesure susceptible d'amener la rupture de la paix;

2. Que, si la guerre vient néanmoins à éclater entre la Turquie et les Etats Balkaniques, elles n'admettront à l'issue du conflit aucune modification au statu quo territorial actuel dans la Péninsule Balkanique;

3. Que s'appuyant sur l'article XXIII du Traité de Berlin, elles prendront en main dans l'intérêt des populations chrétiennes la réalisation des réformes que comporte l'administration de la Turquie d'Europe, étant entendu que ces réformes ne porteront aucune atteinte à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman.

Les dites Puissances s'acquitteront collectivement de la même déclaration auprès de la Sublime Porte."

---

* Das Schriftstück wird hier eingeordnet, da es die verschiedenen Entstehungsphasen der russisch-österreichischen Demarche übersichtlich zusammenstellt.

** Vgl. Nr. 12220.

*** Vgl. Nr. 12231.

Österreichisch-ungarischen Wünschen entsprechend ist darauf im weiteren Verlauf des Meinungsaustausches die folgende Redaktion festgesetzt worden*:

I. „Les Gouvernements Russe et Austro-Hongrois déclareront aux Etats Balkaniques que les Puissances réprouvent énergiquement toute mesure susceptible à amener la rupture de la paix;

II. Que s'appuyant sur l'article XXIII du Traité de Berlin elles prendront en main dans l'intérêt des populations la réalisation des réformes dans l'administration de la Turquie d'Europe, étant entendu que ces réformes ne porteront aucune atteinte à la souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman: cette déclaration réserve la liberté des Puissances pour l'étude collective et ultérieure des réformes;

III. Que si la guerre vient néanmoins à éclater entre les Etats Balkaniques et l'Empire Ottoman, elles n'admettront pas à l'issue du conflit aucune modification au statu quo territorial dans la Turquie d'Europe.

Les Puissances feront collectivement auprès de la Porte les démarches dérivant de la précédante déclaration."

Schließlich wurde zu Nr. II obigen Texts noch ein englischer Abänderungsvorschlag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

„Les Puissances informeraient la Porte qu'elles prennent acte de l'intention publiquement annoncée du Gouvernement Turc d'introduire des réformes et qu'elles discuteront immédiatement avec la Sublime Porte dans l'esprit de l'article XXIII du Traité de Berlin et de la loi de 1880 les réformes que comporte l'administration de la Turquie d'Europe et les mesures propres à en assurer la réalisation dans l'intérêt des populations, étant entendu que ces réformes ne porteront aucune atteinte à l'intégrité territoriale de l'Empire Ottoman."

Den von Euerer Majestät huldreichst gebilligten Richtlinien entsprechend haben wir den meist formellen Änderungen lediglich redaktionellen Charakters besonderes Interesse nicht entgegengebracht. Das Hauptaugenmerk blieb, Euerer Majestät Allergnädigsten Direktiven folgend, darauf gerichtet, daß ein Versuch zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht mehr in Frage kam, daß wir uns dagegen jeder Demarche anschließen könnten, welche die Gewähr dafür bot, daß der ausbrechende Krieg lokalisiert bleibt und die Großmächte in den Konflikt nicht mit einbezogen werden[1].

Kiderlen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig! Hauptsache!

---

* Vgl. Nr. 12232.

Nr. 12245

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Sofia, den 8. Oktober 1912

Mein russischer und österreichischer Kollege haben sich soeben der ihnen aufgetragenen Demarche beim Ministerpräsidenten entledigt*.

Herr Geschow erwiderte, Bulgarien habe stets die Ratschläge der Mächte mit Achtung vernommen und sei auch gern bereit, diese in Zukunft .....** Noch vor zehn Tagen würden die Vorschläge der Mächte hier befriedigt haben, jetzt hätte sich aber die Lage wesentlich geändert. Er werde indessen sofort Seiner Majestät dem König und dem Ministerrat Bericht erstatten und behalte sich eine Antwort vor.

Persönlich bemerkte Herr Geschow noch, daß er Zweifel daran hegt[1], ob die Türkei zu den in Rede stehenden Zugeständnissen bereit sein werde. Auch erschien ihm der Ausdruck „prendre en main la réalisation" zu unbestimmt, und er wollte Gewißheit darüber, ob seitens der Mächte eine Garantie[2] für tatsächliche Durchführung der Reformen seitens der Pforte übernommen werden wird. Below

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ganz mit Recht nach Meldung aus Stambul zoppt sie schon zurück
[2] können die Mächte gar nicht geben

Nr. 12246

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Belgrad, den 8. Oktober 1912

Russischer und österreichischer Gesandter haben namens der Signatarmächte der serbischen Regierung gemeinsam heute nachmittag 4 Uhr energische Mißbilligung aller Maßregeln, welche geeignet sind, den Frieden zu stören, ausgesprochen, Intervention in Konstantinopel für Einführung von administrativen Reformen unter Wahrung der Souveränitätsrechte des Sultans und der Integrität[1] des türkischen Reiches zugesagt und bemerkt, daß unter keinen Umständen Gebietsveränderungen[2], auch nach einem Kriege, zugelassen werden. Abschrift dieser Erklärungen

* Vgl. Nr. 12243, Fußnote**: Der Text der am 8. Oktober von den russischen bzw. österreich-ungarischen Vertretern gleichzeitig in Sofia, Belgrad, Cetinje und Athen überreichten Note ergibt sich aus Nr. 12243. Veröffentlicht ist der Text im Österreich-Ungarischen Rotbuche: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 20f., im Französischen Gelbbuche: Les Affaires Balkaniques, I, 99s. und ferner bei Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 87s. Bei Guéchoff, a. a. O., p. 92ss., auch die bulgarische Antwortnote vom 12. Oktober. Die serbische Antwortnote vom 12. Oktober im Österreich-Ungarischen Rotbuch, a. a. O., S. 25f.

** Zifferngruppe unverständlich.

wurde dem Minister zurückgelassen. Herr Paschitsch nahm die Erklärungen sehr gedrückt entgegen und versprach, sie sofort dem Ministerrat zu unterbreiten. Er werde seinerseits alles tun, um den Vorstellungen der Großmächte hier Gehör zu verschaffen, müsse aber darauf hinweisen, daß dies etwas verspätet erscheint[3], da eine der vier Mächte, nämlich Montenegro, heute den Krieg erklärt habe[4]. Die definitive Antwort stellte er in drei Tagen in Aussicht.

Griesinger

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wird den Serben wenig Freude machen
[2] das kann er ruhig abwarten! Siegen die Balkanstaaten werden sie sich schon ihr Antheil sichern! Da kann sie keiner daran hindern
[3] richtig.
[4] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Halbe ablehnung!

Nr. 12247

Der Gesandte in Cetinje von Eckardt an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 77 Cetinje, den 9. Oktober 1912

Anliegend beehre ich mich Euerer Exzellenz die dem russischen und österreichischen Gesandten auf ihre Demarche vom Könige erteilte Antwort zu übersenden*. Seine Majestät hatte mich kurz vor dem Erscheinen der Gesandten empfangen und mir gesagt, er wisse, was ihm eröffnet werden würde, bedaure aber, den Ratschlägen nicht folgen zu können. Vor drei Wochen wäre das noch möglich gewesen. Jetzt könne er nicht zurück, er müsse seine eigenen Interessen schützen, — die Frage der Reformen betreffe ihn erst in zweiter Linie.

Daß der König am 8. den Krieg erklären würde, war den hiesigen Vertretern der anderen Balkanstaaten nicht bekannt.

Eckardt

Nr. 12248

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 361 Therapia, den 8. Oktober 1912

Montenegrinischer Geschäftsträger abgereist, nachdem er der Pforte mitgeteilt, daß Montenegro wegen Nichtratifizierung Grenzprotokolls Feindseligkeiten eröffne.

Bulgarischer und serbischer Gesandter heute abend noch ohne Instruktion, vielleicht bloß wegen Verstümmelung von Telegrammen. Griechischer Gesandter bereitet seine Abreise für den 10. vor.

Wangenheim

* Hier nicht abgedruckt.

Nr. 12249

*Der Geschäftsträger in Athen von Biel an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Athen, den 10. Oktober 1912

Hiesiger österreichischer und russischer Gesandter** haben Demarche gemacht, Regierung hat sich Antwort vorbehalten.

Biel

Nr. 12250

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen**

Reinschrift

Streng vertraulich Berlin, den 11. Oktober 1912

Der hiesige bulgarische Gesandte Geschow, der in dem amerikanischen Institut bei Konstantinopel erzogen worden ist, hat dem hiesigen amerikanischen Botschafter*** mitgeteilt, der Angriff Montenegros sei eine abgekartete Sache zwischen den vier Balkanmächten gewesen. Bulgarien hoffe aber trotzdem noch, daß der Frieden erhalten bleiben könnte. Eine Entschädigung für den Montenegriner sei dann leicht zu finden. Allerdings könnten die Balkanmächte nur dann wieder zurückgehen, wenn ihnen von den Mächten bestimmtere Garantien für die Durchführung der Reformen in der Türkei gegeben würden.

Kiderlen

Nr. 12251

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 348 Paris, den 7. Oktober 1912

[pr. 9. Oktober]

Die französische Regierung, welche die Entwicklung der Dinge im europäischen Wetterwinkel mit wachsender Besorgnis verfolgte, hat einen greifbaren Beweis dafür, daß die Balkanstaaten einen kriegerischen Konflikt mit der Türkei vorbereiten, darin erblicken zu sollen geglaubt, daß der bulgarische Vertreter† hier bei mehreren Banken verzweifelte Anstrengungen machte, um vorschußweise sofort bares Geld zu erhalten. Die Regierung hat nicht gezögert, durch ein bestimmtes Verbot das Zustandekommen eines derartigen Geldgeschäftes zu verhindern. Dies trug sich noch vor der Mobilmachung der Balkanstaaten zu. Als am 1. d. Mts. die hiesigen diplomatischen Vertreter von Bulgarien, Serbien†† und Griechen-

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.
** Demidow.
*** Leishman.
† Stanciow.
†† Wesnitsch.

land* den Beschluß der Mobilmachung anzeigten, ist ihnen am Quai d'Orsay in deutlicher Sprache gesagt worden, die französische Regierung könne diesen Schritt nur tief beklagen und mißbilligen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die Balkanstaaten sich der Hoffnung hingäben, auf diesem Wege das Ziel ihrer Wünsche zu erreichen, sowohl der offen ausgesprochenen wie der wohl im stillen gehegten. Frankreich würde seinen ganzen Einfluß geltend machen, um einen territorialen Gewinn auf Kosten der Türkei zu verhindern. Als einer der Gesandten sehr enttäuscht dem stellvertretenden politischen Direktor de Margerie bemerkte: „Mais vous avouerez au moins que le geste est beau," hat dieser trocken erwidert: „Alors, c'est de l'opérette."

Nicht in dieser wenig akademischen Form, aber sehr nachdrücklich hat tags darauf Herr Poincaré beim Diplomatenempfang die Balkangesandten vor einer Verfolgung des eingeschlagenen Weges gewarnt. Er hat ihnen, wie mir einer derselben unmittelbar danach jammernd erzählte, in ungewöhnlich barscher Sprache vorgeworfen, hinter dem Rücken der Mächte einen Bund mit offenbar aggressivem Charakter geschlossen zu haben, ein frevelhaftes Spiel mit dem Feuer zu treiben und mit Forderungen aufzutreten, die weder Frankreich noch, wie er überzeugt sei, irgendeine andere Macht gutheißen könne.

Daß die hiesige Regierung auf dem Gedanken eines sehr nachdrücklichen, eventuell bis zu Zwangsmaßregeln gehenden Auftretens gegen die unruhigen Balkanstaaten fußte, als die Besprechungen zwischen Euerer Exzellenz und dem französischen Botschafter über eine Friedensintervention der Mächte einsetzten**, ist Euerer Exzellenz bekannt. Von einem gleichzeitigen Herantreten an die Frage der Reformen war in der ersten Unterredung, die ich mit Herrn Poincaré am 2. d. Mts. hatte***, nicht die Rede. Die Reformfrage wurde nur insofern berührt, als wir uns in dem Gedanken begegneten, daß sie ein sehr schwieriges Thema darstelle, auf das näher einzugehen im jetzigen, ein unverzügliches Handeln der Mächte erheischenden Augenblick nicht rätlich erscheine. Herr Iswolsky, bemerkte mir Herr Poincaré, vertrete allerdings bei allem warmen Interesse für die Vermittelungsaktion mit einem gewissen Eifer den Gedanken, die Balkanstaaten nicht nur durch negatives Entgegentreten, sondern auch durch positives Entgegenkommen, nämlich durch Garantierung des Reformwerkes, zu beruhigen, und empfehle ein Zurückgreifen auf früher ausgearbeitete Reformprogramme, doch wolle er dem Botschafter auf diesem wohl zum Teil von dem Wunsche nach persönlicher Genugtuung vorgezeichneten Wege nicht folgen. Von einer Garantierung der Reformen könne keine Rede sein, noch weniger von einer Annahme der Reformforderungen der Balkanstaaten, die teilweise geradezu Unmögliches enthielten.

---

* Romanos.
** Vgl. Nr. 12189, 12191.
*** Vgl. dazu Nr. 12209.

Nach seiner ersten Unterredung mit Herrn Sasonow, die noch am gleichen Tage spät abends stattfand, hat Herr Poincaré seine Meinung etwas geändert. Er sagte mir am nächsten Morgen, der Einwand Sasonows, daß man den Balkanstaaten, namentlich dem anscheinend führenden Bulgarien, den Rückzug aus einer schon weit entwickelten Situation durch gewisse Zusicherungen bezüglich der Reformen erleichtern sollte, scheine nicht unbegründet. Sasonow gehe allerdings nicht so weit wie Iswolsky und wolle sich im Interesse des raschen Zustandekommens der so wünschenswerten Verständigung der Mächte mit einer oberflächlichen Berührung der Reformfrage begnügen.

Mir hat Sasonow Ähnliches gesagt. Er kenne die Schwierigkeiten der Reformfrage und halte es für unumgänglich, sie nur mit sehr behutsamer Hand anzufassen. Die Forderungen der Balkanstaaten seien zum größten Teil unerfüllbar, aber etwas müsse man ihnen entgegenbringen, wolle man mit einiger Aussicht auf Erfolg auf sie einwirken. Er finde die vorsichtige Fassung des Textentwurfes, wie er aus der Verständigung zwischen Berlin und Paris hervorgegangen, vortrefflich, wie er überhaupt das zwischen uns und Frankreich Erzielte nur mit überaus freudigem Dank begrüßen könne. Wie auch die Ereignisse sich weiter entwickeln möchten, ein großes Ziel, die Einmütigkeit Europas, scheine ihm dank der deutschen und französischen Bemühungen so gut wie sicher erreicht. Er erwarte mit größter Spannung die weiteren Nachrichten aus Wien, glaube ihnen aber mit Vertrauen entgegensehen zu dürfen.

Ich habe Herrn Sasonow in diesem Vertrauen bestärkt.

Während seines fünftägigen Aufenthaltes hier hat Herr Sasonow viele Diplomaten, darunter auch wiederholt die Vertreter der Balkanstaaten, empfangen. Er hat diesen, wie ich einwandfrei feststellen konnte, sehr ernste Vorstellungen in dem gleichen Sinne gemacht, wie es bereits Herr Poincaré getan. Die beiden Minister haben sich sogar zu dem ungewöhnlichen Schritte bewogen gefunden, die Balkanvertreter zu sich zu bestellen, gemeinschaftlich auf die bevorstehende Aktion der Mächte hingewiesen und sie dringend ersucht, ihre Regierungen vor jedem weiteren Schritte, der die bereits durch die „Unbesonnenheiten" der Balkanstaaten hochgespannte Situation verschärfen könnte, nachdrücklichst zu warnen. Beide Minister haben sich später in vertraulichen Gesprächen dahin geäußert, daß die Balkandiplomaten sie in vollständig gebrochener Stimmung verlassen hätten*.

* Das gleiche erzählt Sasonow in seinem Reisebericht an den Zaren vom Oktober 1912: „In London, Paris und Berlin empfing ich die Vertreter der Pforte und der Balkanstaaten und gab ihnen den dringenden Rat, doch Vernunft anzunehmen. In Paris haben wir, Poincaré und ich, sogar einmal die Vertreter Bulgariens, Serbiens und Griechenlands gemeinsam empfangen, um unseren Ermahnungen größeren Nachdruck zu verleihen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 298. Vgl. auch Poincarés Darstellung in seinem Erlaß an P. Cambon vom 15. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 113). Es heißt dort unter anderem: „M.M. Sazonoff et Isvolsky ont déclaré ici, presque publiquement, non seulement à moi, mais à de mes collègues du Ministère et même à certains journalistes, que, si la guerre éclatait, il

Über den weiteren Gang der Vermittelungsaktion, insbesondere darüber, daß Österreich-Ungarn den französischen Vorschlag mit einigen nicht unwesentlichen Änderungen angenommen hat, denen dann wieder Poincaré und Sasonow zustimmten, sind Euere Exzellenz unterrichtet*.

Mit nicht geringem Befremden und Unbehagen hat man hier am Quai d'Orsay die mit Sir Edward Greys Abwesenheit motivierte Verzögerung der englischen Zustimmung bemerkt. Es scheint, daß sie nunmehr in sicherer Aussicht steht, daß aber England bezüglich der Reformen einen noch blasseren Ausdruck wünscht, wie die Formel „prendre en main la réalisation des réformes"**.

Im ganzen ist man hier von dem erzielten Erfolge sehr befriedigt. Der Ministerpräsident, mehrere andere Minister und der Politische Direktor haben mir in warmen Worten von dem Entgegenkommen gesprochen, das das französische Vorgehen bei uns gefunden, und sie versprechen sich hiervon sehr erfreuliche Wirkungen nicht nur zugunsten der allgemeinen Lage, sondern auch insbesondere hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen. Im großen Publikum ist der wesentliche Anteil, den wir an dem bisher Erreichten genommen, noch wenig bekannt, und die Presse gefällt sich darin, das Erzielte selbstgefällig auf französisches und russisch-französisches Konto zu schreiben.

Ich glaube, daß es bei den Charaktereigenschaften der Franzosen nützlich ist, sie vorerst in dieser Selbstgefälligkeit nicht zu stören, da sie auf diese Weise wohl am leichtesten den Weg aus ihrer Nervosität finden werden. Nach und nach werden die wahren Zusammenhänge bekannt werden, und die Beruhigung wird damit weitere Fortschritte machen. v. Schoen

Nr. 12252

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Berchtold an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

Wien, den 8. Oktober 1912
[pr. 9. Oktober]

Angesichts der bedrohlichen Wendung, die in der Balkankrise eingetreten ist, habe ich mich genötigt gesehen, Szögyényi trotz dessen starker Erkältung aufzufordern, nach Berlin einzurücken***.

fallait souhaiter la victoire turque, qu'on pourrait toujours arrêter les progrès de la Turquie, tandis que de trop grands succès bulgares entraîneraient une action autrichienne." Poincaré erklärt diese Haltung Sasonows, die mit seiner bisherigen Politik der Begünstigung der Aspirationen der Balkanstaaten in starkem Kontrast stand, damit, daß er die Folgen dieser Politik nicht vorhergesehen und erst jetzt vor ihnen erschrocken wäre. „MM. Sazonoff et Isvolsky n'ont évidemment pas cru que le rapprochement des Serbes et des Bulgares aurait pour effet immédiat la mobilisation concertée que prévoyait la convention. Ils se sont imaginés que l'arbitrage de la Russie pouvait s'exercer dans le sens de la paix jusqu'au jour où la Russie jugerait la guerre opportune, et, de bonne foi, ils supposaient ce jour lointain."

* Vgl. die Zusammenfassung in Nr. 12244.

** Vgl. Nr. 12240.

*** Vgl. Nr. 12212.

Durch die Bildung des Balkanbundes hat die orientalische Frage ein neues, nicht eben sympathisch anmutendes Gesicht bekommen. Von Tscharykow und der „Nowoje Wremja" seinerzeit konzipiert, ist diese im Zeichen der Orthodoxie stehende Verbindung teils mit, teils ohne Zutun des offiziellen Rußlands zustande gekommen, um für die Zukunft ein verfügbares Werkzeug der russischen Politik gegen alles Nichtrussische im nahen Orient zu bilden*. Unseren Informationen zufolge ist der Bund auf breitester Grundlage geschlossen und ein militärisches Zusammengehen auch für die Zukunft durch alljährliches Zusammentreten der Generalstabschefs der vier Armeen vorgesehen. Der naheliegende Gedanke, daß die territorialen und politischen Ambitionen dieser vier Parvenus, dieselbe über kurz oder lange übereinanderbringen könnten, bildet diesen Tatsachen gegenüber den Trost der sauren Trauben in der Fabel.

Die englische Einkreisungspolitik, verständnisvoll sekundiert vom russischen Panorthodoxismus, hat da einen Schritt nach vorwärts gemacht, welcher den Drahtziehern hinter der Bühne alle Ehre macht.

Wir haben in den letzten Tagen ein geschäftiges Treiben im Lager der Tripelentente beobachten können, welches Herrn Poincaré zu einem Augenblickserfolge verholfen, gleichzeitig aber auch den Beweis von dem soliden Zusammenarbeiten unserer Gegner geliefert hat. Ich glaube, wir sollten uns an ihnen ein Beispiel nehmen und die Lebensgeister des Dreibundes nicht kümmern lassen. Anderenfalls würde der Dreibund unfehlbar zum Spielball seiner Widersacher werden.

Ich zweifle nicht, daß Szögyényi Euerer Exzellenz meine Auffassung über die Lage getreu interpretieren werde, und bitte Sie, hochgeehrtester Herr Staatssekretär, die Ausführungen desselben mit freundlicher Gesinnung entgegennehmen zu wollen**.

Berchtold

Nr. 12253

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 286 Wien, den 8. Oktober 1912
[pr. 9. Oktober]

Herr Cartwright*** hat einem zuverlässigen Gewährsmann mitgeteilt, in Balmoral† sei keinerlei Abänderung des englisch-russischen Abkommens über Persien beschlossen worden. Dagegen sei man übereingekommen, eine Gendarmerie und eine wirksame Finanzkontrolle einzurichten. Auch

* Vgl. Kap. CCLXI, Nr. 12058, Fußnote**.
** Vgl. dazu Nr. 12257, nebst Fußnote.
*** Englischer Botschafter in Wien.
† Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.

bezüglich eines dritten Punktes sei Einverständnis erzielt worden, über den er, Cartwright, sich aber nicht aussprechen könne. Mein Gewährsmann meinte, es handle sich dabei möglicherweise um Eisenbahnen.

Aus den weiteren Äußerungen des englischen Botschafters habe er den Eindruck erhalten, daß zwischen England und Rußland sich allerhand Gegensätze zu bilden begännen[1]. Besonders bezüglich des nahen Orients schiene eine Divergenz zu bestehen. Herr Sasonow habe, nach dem was Cartwright sagt, den englischen Staatsmännern mitgeteilt, der Zar stehe auf dem Standpunkt, daß es ihm unmöglich sein werde, ruhig zuzusehen, falls es zu ernsten Ereignissen auf dem Balkan kommen sollte[2]. Er werde gezwungen sein, einer etwa sich in Rußland geltend machenden Strömung zugunsten der slawischen Völkerschaften nachzugeben[3].

Auf die Frage meines Gewährsmannes, was England zu tun beabsichtige, entgegnete der englische Botschafter, England würde allem zustimmen, was Rußland und Österreich gemeinsam beschließen würden. Im übrigen werde es sich abwartend verhalten und sich seine Entschließungen vorbehalten[4].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gott Lob!
[2] das hätte er mir nun eigentlich auch mittheilen können! Zumal nach Baltisch Port
[3] natürlich
[4] wir auch
Schlußbemerkung des Kaisers:
Das ist ein gemeinsamer Boden auf dem wir uns mit London einigen müssen. Der ist sofort in Angriff zu nehmen.

Nr. 12254

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 287 Wien, den 8. Oktober 1912
Vertraulich [pr. 10. Oktober]

Der hiesige griechische Gesandte, Herr Streit, erzählte mir heute im Laufe eines längeren vertraulichen Gesprächs einiges über die Entstehungsgeschichte des Bundes der vier Balkanstaaten.

Die Einigungsbewegung habe schon im vergangenen Jahre, und zwar in Mazedonien selbst, begonnen. Die verschiedenen christlichen Völkerschaften seien dort in nähere Fühlung getreten, um Stellung zu nehmen gegen das Gewaltregiment der jungtürkischen Partei[1]. Die Bewegung habe dann nach Konstantinopel übergegriffen und dort ihren Ausdruck gefunden in den Annäherungsversuchen zwischen Patriarchat und Exarchat, von denen ja zeitweise stark die Rede gewesen sei. Alle drei Patriarchen, auch der armenische, hätten dann gemeinsame Petitionen an die Pforte gerichtet. Alle diese Momente seien natürlich von den be-

treffenden Regierungen mit wachsendem Interesse verfolgt worden, und es habe sich daraus ein Gedankenaustausch zwischen ihnen entwickelt.

Griechenland speziell sei durch die drohende Ernennung von albanesischen Walis für Janina und Monastir beunruhigt worden. Bezüglich Monastirs sei das gleiche auch in Sofia der Fall gewesen.

Hierzu sei im letzten Sommer der Umstand gekommen, daß man in Bulgarien ebenso wie in den anderen Balkanstaaten mehr und mehr zu der Ansicht gekommen sei, daß „noch etwas gemacht werden müsse", ehe der Friede zwischen Italien und der Türkei geschlossen werde*.

In diesem Momente sei Graf Berchtold mit seinem bekannten Vorschlage hervorgetreten. Die allerseits bereits bestehende hochgradige Spannung habe dazu geführt, daß man in allen vier Balkanstaaten die größten Erwartungen an diesen Schritt geknüpft habe. Und als dann Woche auf Woche verstrichen sei, ohne daß irgendein greifbares Ergebnis sich gezeigt habe, sei man zu der Erkenntnis gelangt, daß den Balkanstaaten, die völlig im dunkeln gelassen worden seien über die eigentlichen Absichten der Mächte wie über den Umfang und die Natur eventueller von der Pforte zu gewährender Reformen, nichts anderes übrig bleibe, als sich selbst zu helfen**.

Griechenland habe dann, nachdem von Sofia aus die Initiative ergriffen worden***, mit jedem einzelnen der anderen Balkanstaaten Verhandlungen geführt. Am schwierigsten sei es gewesen, mit Serbien zu verhandeln. In Belgrad habe man anscheinend nie gewußt, was man wolle; man habe dort stets große Worte im Munde geführt, sei aber jeder konkreten Abmachung so lange als möglich aus dem Wege gegangen. In Belgrad habe wohl schließlich nur der bulgarische Druck den Ausschlag gegeben.

Daß sich Griechenland im Zustande nervöser Reizung befinde, dazu trage neben den Verhältnissen auf dem Balkan hauptsächlich die Kretafrage bei[2]. Im Laufe der letzten Monate seien alle Vorschläge, die Herr Veniselos gemacht habe, um einen annehmbaren modus vivendi herbeizuführen, von den Garantiemächten — wohl hauptsächlich unter englischer Initiative — abgelehnt worden. Diese durchaus negative Haltung der Kretamächte habe schließlich auch Herrn Veniselos mürbe gemacht, dessen Stellung im Lande infolge der heftigen Angriffe, denen er gerade

---

* Vgl. dazu die Äußerungen des bulgarischen Finanzministers Theodorow zu Iswolsky vom 5. Juni 1912: „Die Führer aller politischen Parteien Bulgariens sind der Ansicht, eine ähnliche Konjunktur werde sich auf lange hinaus nicht wiederholen, und Bulgarien würde infolgedessen einen unverzeihlichen Fehler begehen, wenn es keinen Versuch unternehme, diese Gelegenheit zur Erreichung seiner historischen Ziele auszunützen." Iswolsky an Sasonow, 6. Juni 1912. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 140

** Vgl. auch Kap. CCLXII, Nr. 12110, Fußnote*.

*** Die erste Initiative ist vielmehr von Montenegro ausgegangen; vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12107, und Kap. CCLXI, Nr. 12049 nebst Fußnote** sowie Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 84ss.

wegen der Erfolglosigkeit seiner Kretapolitik in letzter Zeit ausgesetzt gewesen sei, keineswegs mehr so stark sei als früher. Auch dieser Minister, der der Volksströmung lange widerstanden habe, habe jetzt der allgemeinen Unzufriedenheit nachgeben müssen[3].

Übrigens sei der griechischen Regierung der bulgarische Entschluß, zu mobilisieren, ganz unerwartet gekommen. Von einer solchen Maßregel sei in den Verhandlungen nie die Rede gewesen. Er vermute, daß die in Bulgarien sehr zahlreichen und politisch radikalen Mazedonier den König und die Regierung durch Drohungen zu dem Entschlusse gebracht haben.

Ganz objektiv betrachtet, scheine es ihm übrigens für die Türkei und für die Erhaltung ihrer Staatseinheit nicht ungünstig, daß sich die vier Balkanstaaten in der Forderung nach Reformen geeinigt hätten. Denn auf diese Weise wäre jede einzelne Balkanmacht gezwungen, ihre Sonderwünsche zurückzustellen; gerade diese Sonderwünsche aber seien die einzig gefährlichen für den Bestand des türkischen Reiches. Die Reformen aber, die die Türkei allen ihren Nationalitäten gewähren könne, würden gewiß nur staatserhaltend wirken. von Tschirschky

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also auch hier die Jungtürken
[2] natürlich
[3] das wird mit jedem Ministerium geschehen solange bis Creta griechisch geworden ist, und das muß es doch einmal werden

Nr. 12255

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 309 Paris, den 9. Oktober 1912

Herr Poincaré sagt mir, er betrachte es als Frankreichs und Deutschlands Aufgabe und sei bereit, sich ihr mit Eifer zu widmen, Hand in Hand weiter in beruhigendem und vermittelndem Sinne zu wirken. Angesichts des anscheinend nicht mehr aufzuhaltenden Balkankrieges sollten wir uns bemühen, bei unseren beiderseitigen Verbündeten das noch der Stärkung bedürfende Vertrauen zu vertiefen und sie von einseitigen Maßnahmen abzuhalten. Auch biete zu gegebener Zeit Friedensvermittlung Gelegenheit zu gemeinschaftlichem Handeln. Schoen

Nr. 12256

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 9. Oktober 1912

Der russische Minister des Äußern Sasonow ist gestern früh aus Paris auf der Rückreise nach Petersburg hier eingetroffen und abends weitergereist.

Er hat nachmittags den Reichskanzler und den Staatssekretär aufgesucht. Aus den Äußerungen des Ministers ging hervor, daß er die Aufrechterhaltung des Friedens am Balkan nicht nur dringend wünschte, sondern sogar noch erhoffte. Die kurz vor dem Diner in kleinem Kreise beim Staatssekretär eingetroffene Nachricht von der montenegrinischen Kriegserklärung* machte auf den Minister einen sichtlich deprimierenden Eindruck. Als ihm nachmittags angedeutet wurde, daß es immerhin ein gefährliches Spiel Rußlands gewesen sei, „de patroniser l'alliance des Etats balkaniques", bestritt Herr Sasonow letzteres nicht[1], betonte aber, daß Rußland den Balkanstaaten ausdrücklich auferlegt habe, daß ihre Vereinigung keine aggressiven Tendenzen[2] haben dürfe**.

Dies stimmt auch mit unseren sonstigen Nachrichten insofern, als bei der von Rußland patronisierten Verständigung ausdrücklich verabredet war, daß die Balkanstaaten keinen entscheidenden Schritt ohne Petersburger Genehmigung[3] tun dürften. Darüber haben sie sich dann einfach hinweggesetzt. Dies hat nichts Überraschendes. Als seinerzeit Graf Kálnoky mit dem Gedanken eines „Balkanbundes" kokettierte, ist er deutscherseits stets auf die Gefahr hingewiesen worden, daß die vier Balkanstaaten, sobald sie sich auch nur provisorisch geeinigt haben würden, voraussichtlich viel schwerer lenkbar seien als einzeln.

Die Hauptsorge des Herrn Sasonow ging dahin, daß Österreich auf ein Einrücken Serbiens nach dem Sandschak von Nowipasar sofort seinerseits mit einem Truppeneinmarsch antworten könnte***. Herr Sasonow sprach die Befürchtung aus, daß die russische Regierung in solchem Falle der öffentlichen Meinung gegenüber nicht würde standhalten können und zum Vorgehen gezwungen werden.

Wenn dagegen Österreich ruhig Blut bewahre und zunächst den Verlauf des Krieges abwarte, so würde — falls die Türken siegen — ein österreichisches Vorgehen überhaupt unnötig, oder im Falle des Sieges der Balkanstaaten könne Österreich, wenn die Serben sich im Sandschak

---

* Sie war am 8. Oktober erfolgt; vgl. Nr. 12248.

** Nach einem Schreiben Kiderlens an Freiherrn von Jenisch vom 11. Oktober hätte er Sasonow gelegentlich dessen Anwesenheit auch auf die geheimen Besprechungen der Balkanvertreter in Paris angeredet: „Der Minister gab sich den Anschein, von solchen Unterredungen nichts zu wissen, worauf ich ihm erwiderte, einige Beamte seines Ressorts würden wohl in der Lage sein, ihm den nötigen Aufschluß hierüber zu geben."

*** Auch bei seinem Aufenthalt in England hatte Sasonow seiner Besorgnis vor einem solchen österreichischen Vorgehen lebhaften Ausdruck gegeben. Seine Bereitwilligkeit, auf das russisch-österreichische Doppelmandat einzugehen, entsprang geradezu dem Wunsche, der Donaumonarchie jede Bewegungsfreiheit zu nehmen. Vgl. dazu die in R. Poincaré, Au Service de la France II, 232 mitgeteilte Depesche Botschafter Paul Cambons vom 3. Oktober: „L'idée d'un mandat européen confié, à la Russie et à l'Autriche l'a séduit, parce qu'elle répondait à son désir de neutraliser l'Autriche en liant partie avec elle." Die russischerseits vorausgesetzte Absicht eines österreichischen Einmarsches im Sandschak bestand im übrigen gar nicht; vgl. das folgende Schriftstück.

festsetzten, diese selbst mit Gewalt daraus vertreiben quasi als Exekutor der von den Mächten ausgesprochenen Absicht, territoriale Veränderungen nicht zu dulden[4].

Herr Sasonow ließ sehr verblümt durchblicken, daß er einen Druck Deutschlands auf Österreich in diesem Sinne erwarte[5]. Auf die Bemerkung: „Mais vous n'avez qu'à dire cela à Vienne"[6], erwiderte Herr Sasonow: „Mais je suis à Berlin." Er fügte hinzu, er würde auch gern nach Wien gehen, müßte aber fürchten, „qu'on crierait trop"[7*].

Als er hier keine Gegenliebe fand, sandte er noch denselben Abend den russischen Botschafter in Wien Giers, den er sich hatte hierher kommen lassen, nach Wien zurück.

Der Gedanke, daß Österreich zunächst den Gang der kriegerischen Ereignisse abwartet, erscheint an sich vernünftig[8]. Wir können auch Österreich, wenn es uns frägt, in diesem Sinne raten[8]. Wir haben aber keinen Grund, auf Österreich ungefragt in diesem Sinne zu drücken[9]. Wir würden dann höchstens für „versäumte Gelegenheiten" verantwortlich gemacht.

Aus verschiedenen Äußerungen des Ministers ging hervor, daß er über seine Unterredungen in England wenig befriedigt war[10]. Als ihm gegenüber das Wort „triple-entente" gebraucht wurde, fuhr er ziemlich nervös auf und sagte: „Ne parlez pas de cela; nous avons notre alliance avec la France, pas plus"[11**]. Er wies dann auf das Zögern Englands hin, sich der von Frankreich und Rußland gewünschten Demarche anzuschließen, und auf die wesentliche Abschwächung der Demarche in Konstantinopel. Letztere scheint Herrn Sasonow besonders verletzt zu haben, dem noch die alte russische Türkenfeindschaft in den Knochen sitzt[12]. Auch Herr Cambon zeigte sich stark nervös über das englische Zögern. Die Bemerkung: „Votre ami Anglais a retrouvé son cœur turc," war beiden Herrn sichtlich unangenehm[13].

Trotz der offenbaren Absicht des Herrn Sasonow, sich mit uns möglichst freundlich[14] zu stellen, konnte ihm der Hinweis auf eine Reihe von Dingen nicht erspart werden, die eine gewisse Provokation, zum mindesten unserer öffentlichen Meinung, darstellen.

---

* Der Sasonowschen Anregung eines deutschen Drucks auf Österreich in dem Sinne, daß dieses „ruhig Blut bewahre und zunächst den Verlauf des Krieges abwarte", kam das Auswärtige Amt zwar nicht direkt nach; immerhin trug Staatssekretär von Kiderlen Sorge, eine Abschrift seiner Aufzeichnung durch den Grafen von Szögyény dem Grafen Berchtold zukommen zu lassen. Vgl. Nr. 12272.

** Im Verkehr untereinander behandelten die Vertreter der Ententemächte die Existenz der Tripelentente als etwas ganz Notorisches. Vgl. Poincarés Äußerung vom 22. September zu Iswolsky, „que le double groupement était un fait connu de tous" (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 61) und seine weitere Äußerung zu Paul Cambon vom 15. Oktober: „Je suis, d'ailleurs, comme vous, profondément pénétré de la nécessité de maintenir, dans les circonstances actuelles, les liens de la Triple Entente et je ne doute pas que le Gouvernement Anglais ne partage, sur ce point, vos sentiments et ceux du Gouvernement Français" (Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 113s.).

Der Minister wurde an folgendes erinnert: Beim Besuche des Herrn Poincaré ließ es die russische Regierung etwa eine Woche lang geschehen, daß die französische Presse in chauvinistischer Weise von dem maritimen Abkommen zwischen Rußland und Frankreich sprach*. Rußland schwieg, als kurz darauf die Franzosen in chauvinistischem Ton die Verlegung ihrer Flotte nach dem Mittelmeer in die Welt schrieen mit dem Hinweis darauf, dies geschähe, um England die Stärkung seiner gegen Deutschland in der Nordsee versammelten Kräfte zu gestatten**. Es wurde ohne russischen Widerspruch auf „die Zustimmung Rußlands" hingewiesen mit dem kaum versteckten Hinweis, daß es sich um maritime Abmachungen zu Dreien handle.

Dann kam der geplante gemeinschaftliche Besuch der russischen und englischen Flotte in Kopenhagen. Herr Sasonow erwiderte zwar, ein gemeinschaftlicher Besuch habe nicht stattgefunden[15], blieb aber die Antwort schuldig, als ihm gesagt wurde, der sei lediglich an dem dänischen Widerspruch gescheitert[16]***.

Schließlich wurde Herr Sasonow noch an die Probemobilmachung† auf der einen Seite und die Besichtigung französischer Grenzforts durch den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch auf der anderen Seite hingewiesen††. Herr Sasonow stellte die Probemobilmachung als eine regelmäßig wiederkehrende Maßregel dar. Dies scheint nach Auskunft von militärischer Seite in gewisser Weise richtig; immerhin können wir, wenn es sich um Grenzprovinzen handelt, eine vorherige Nachricht erwarten, daß es sich um eine Probe handelt.

Bezüglich des Großfürsten sagte Herr Sasonow, er sei zum französischen Manöver eingeladen gewesen, worauf ihm erwidert wurde, diese Einladung habe wohl kaum eine Inspizierung der Grenzforts involviert[9].

In aller Freundlichkeit wurde Herrn Sasonow bedeutet, daß wir uns zwar über alle diese Dinge in keiner Weise aufregten und dies auch durch unser Verhalten in der jetzigen Balkankrise bewiesen hätten, daß wir aber ernstlich erwarten müßten, daß derartige Sticheleien, schon mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung, künftig unterblieben[10].

Herrn Sasonow wurde das Bild gleicher deutscher Veranstaltungen vorgeführt: Probemobilmachung des Korps in Allenstein unter gleichzeitiger geräuschvoller Besichtigung von Metz durch einen Erzherzog[10].

Dieser Teil der Unterredung hat auf Herrn Sasonow sichtlich großen Eindruck gemacht[17].

Herr Sasonow hat mehreren Journalisten Interviews gewährt, die aber über allgemeine Phrasen nicht hinausgehen. Nur gegenüber dem Vertreter des „Lokalanzeigers", einem Herrn von Behr, der des Russischen

---

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.
** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.
*** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11597.
† Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12180, Fußnote †.
†† Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11599 nebst Fußnote *.

mächtig ist, hat sich der Minister etwas ausführlicher ausgesprochen. Interessant in diesem Interview, das hier beiliegt*, ist die Äußerung Sasonows, daß Rußland sich einer Veränderung des territorialen Status quo als Folge des Kriegs auch militärisch[18] widersetzen würde.

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Reinschrift des Schriftstücks:
Cadinen, 11./X. 1912. W. Mit der Behandlung des Inculpaten einverstanden.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Aha!
[2] daß diese sowas nicht Ernst nehmen würden war Rußland klar.
[3] und die wäre erst dann erfolgt, wenn Russland gegen uns fertig gewesen und den rechten Moment zum Losschlagen für gekommen erachtet hätte!
[4] wobei dann die Allslaven einen solchen Skandal in Russland loslassen würden, daß Russland doch losgehen müßte. Mephisto!
[5] nein.
[6] natürlich
[7] na also! Er wollte es sollte über uns gebrüllt werden und wir waren mit Wien auseinander
[8] ja
[9] richtig
[10] gut!
[11] Ei Ei! daher die Annäherungssymptome von Grey!
[12] wird auch zum Durchbruch kommen.
[13] sehr gut!
[14] er ist ein gleißnerischer Slave, ein „Schläule" und falsch! Dabei der Mann der kleinen Mittelchen
[15] au!! so blau!
[16] also!
[17] hoffentlich.
[18] i[d]e[st] wenn der Zar Ferdinand Stambul nimmt, schmeißt ihn Zar Nicolaus raus und setzt sich selber hinein!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Russen haben ein schlechtes Gewissen und eine schlechte Partie, verkehrt engagirt! Jetzt Fühlungmaßnahmen (politisch) in London, (militärisch) mit Tokio. Die Zeit ist günstig und nach Heinrichs wiederholten Meldungen der Boden dort sehr günstig!
W.

---

* Vgl. das Interview im „Berliner Lokalanzeiger" Nr. 515 vom 9. Oktober 1912. Sasonow äußerte sich in dem Interview, obwohl er hinsichtlich des bevorstehenden Kriegsausbruchs sich keinerlei Illusionen mehr hingab, im Hinblick auf die Einigkeit der Großmächte und den russisch-österreichischen Akkord bemerkenswert zuversichtlich. „Im Tone fester, innerer Überzeugung wies er auf die nicht mehr wegzuleugnende Tatsache hin, daß die Großmächte entschlossen seien, den Krieg mit allen Mitteln politischer und, wenn es sein müßte, militärischer Kunst zu lokalisieren. Die Grundlage dieser Entschlossenheit Europas sei aber die in diesen Tagen offenkundig gewordene Solidarität der Großmächte, vor allem aber die vollzogene russisch-österreichische Verständigung. Die Kabinette von Petersburg und Wien hätten sich in den von ihnen seit jeher befolgten Richtlinien konservativer Balkanpolitik wieder zusammengefunden: Aufrechterhaltung des Status quo und der Integrität der Türkei. Die Gemeinsamkeit dieser Gesichtspunkte hätte die früheren kleinen Mißverständnisse, die die alte Freundschaft zwischen beiden Nachbarmonarchien vorübergehend getrübt, leicht vergessen gemacht, und es sei nicht der geringste Zweifel vorhanden, daß dieser russisch-österreichische Akkord alle sich aus der zukünftigen Lage im nahen Orient möglicherweise ergebenden Schwierigkeiten mit bestem Erfolge überdauern werde.

Nr. 12257

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 10. Oktober 1912

Der heute eingetroffene österreichisch-ungarische Botschafter teilte mit, daß die österreichisch-ungarische Regierung vorläufig „Gewehr bei Fuß" den Gang der Ereignisse abwarten wolle und auch dann nicht eingreifen werde, wenn die Serben in das Sandschak von Nowipasar einrückten[1]. Erst wenn Serbien später das Sandschak definitiv besetzen wollte, behalte sie sich weitere Maßregeln vor[2*].

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sehr gut!

[2] wird auch nicht so schlimm werden

Schlußbemerkung des Kaisers:

Salonik ist besser, als Serben aus dem Sandschack werfen, wenn sie ihn durch Tapferkeit erobert haben!

Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, meinte Herr Sasonow, könne Europa mit einiger Gelassenheit der weiteren Entwicklung der Dinge am Balkan zuschauen. Ein Balkankrieg, vorausgesetzt, daß er in letzter Stunde nicht doch noch vermieden wird, sei kein europäischer Krieg. Das solidarische Europa könne aber mit verschränkten Armen dem Kampfe zuschauen. Ein paar Wochen, und alles sei wieder beim alten, und die Karte Osteuropas werde das frühere Aussehen behalten. Ob Sieger oder Besiegter, territoriale Veränderungen würden am Balkan keinesfalls eintreten."
Ein wesentliches Verdienst an der Eintracht der Großmächte maß Sasonow in dem Interview gerade Deutschland bei: „Ein großes Verdienst an dem Zustandekommen des jüngsten Übereinkommens unter den Großmächten komme der loyal-friedlichen Politik der deutschen Regierung zu, deren tätiger Mitwirkung es mit zu danken sei, daß Rußland und Österreich-Ungarn heute, mit dem Mandate Europas ausgerüstet, Wache am Balkan halten dürfe. Die Unterredungen mit den deutschen Staatsmännern hätten aber auch von neuem ergeben, daß diejenigen, die auf eine zwiefache Mächtegruppierung, wie sie etwa in der Tripelentente und dem Dreibund in die Erscheinung treten, spekulieren zu dürfen glaubten, sich glücklicherweise im Irrtum befunden hätten."

* Die knappe Aufzeichnung Kiderlens läßt nicht erkennen, ob Graf Szögyényi schon bei dieser Gelegenheit einen Fühler ausstreckte, wie weit Österreich in der Balkanfrage auf Deutschlands Hilfe rechnen könne. Dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg gegenüber geschah es in den ersten Tagen der Anwesenheit des Botschafters in Berlin wiederholt. Es liegt darüber eine kurze Notiz Bethmann Hollwegs vom 18. Oktober bei den Akten: „In der Frage der allgemeinen Politik warf er, wie er es schon einmal getan, die Bemerkung hin, Österreich könne sich doch auf uns verlassen. Ich habe geantwortet, ‚daß selbstverständlich Deutschland seinen Verpflichtungen gegen Österreich auch in Zukunft jederzeit gerecht werden würde.' So wörtlich. Ein Mehreres habe ich nicht gesagt." Aus der Notiz Bethmann Hollwegs spricht das Bestreben, nicht über allgemeine Zusicherungen hinauszugehen, um Österreich nicht etwa zu sehr zu animieren. Vgl. dazu die Tagebuchaufzeichnung Kiderlens vom Oktober 1912: „Wir müssen alles tun, um zu verhindern, daß die Leitung der Politik von Berlin an Wien übergeht, wie es Aehrenthal gegenüber Bülow leider gelungen war. Das könnte uns eines Tages viel kosten." E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und

Nr. 12258

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 285 St. Petersburg, den 9. Oktober 1912
[pr. 10. Oktober]

Wenn auch die jüngsten Vorgänge im nahen Orient, insbesondere die Mobilmachung der Streitkräfte der Balkanstaaten, wie zu erwarten war, die hiesigen panslawistischen Kreise in starke Erregung versetzt haben und diese Erregung auch hier und da zu deutlichem Ausdruck kommt, so kann man zur Stunde nicht behaupten, daß die Bewegung eine sehr tiefgehende ist, oder daß sie weite Kreise der hiesigen Bevölkerung ergriffen hat[1]. Langjährige Beobachter der hiesigen Verhältnisse drücken sogar ihr Erstaunen darüber aus, daß, abgesehen von der im ersten Augenblick durch das Bekanntwerden der Mobilmachung hervorgerufenen Börsenpanik, das hiesige Publikum den Nachrichten aus der Balkanhalbinsel nicht dasjenige Maß von Interesse entgegenbringt, welches man bei den hier für die Balkanslawen herrschenden Sympathien erwarten könnte.

Als Beweis für die verhältnismäßige Gleichgültigkeit der hiesigen öffentlichen Meinung mag gelten, daß keine der hiesigen Zeitungen sich bis jetzt genötigt gesehen hat, ihre Auflage zu vermehren, was sonst erfahrungsgemäß in politisch kritischen Zeiten stets zu geschehen pflegt.

Wenn ich einen Vergleich zwischen der augenblicklich herrschenden Stimmung und der Erregung ziehe, welche zur Zeit der Krisis anläßlich der Annexion von Bosnien und der Herzegowina zum Ausdruck gelangte, so scheint mir der Unterschied ein großer. Während vor vier Jahren die Presse eine maßlose Hetze trieb, während Geldsammlungen veranstaltet wurden und panslawistische Professoren in öffentlichen, auch von Mitgliedern der ersten Gesellschaftsklassen besuchten Versammlungen aufreizende Reden hielten, hört man von solchen Vorgängen augenblicklich noch wenig[2]. Selbst Gelegenheiten wie die vor einigen Tagen erfolgte Abreise der hier kommandiert gewesenen bulgarischen und serbischen Offiziere sowie eingezogener Reservisten hat zu bedeutenden Kundgebungen nicht geführt. Wie mir von Augenzeugen versichert wird, hatten

Mensch, II, 188f. In Wien, wo maßgebende militärische Stellen befürwortet haben sollen, den tatsächlichen Ausbruch des Balkankrieges im Verein mit Rumänien dadurch aufzuhalten, daß beide Länder nach der Kriegserklärung der Balkanstaaten sofort mobilisierten, wußte man nach dem Zeugnis des Grafen Alexander Hoyos (Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, S. 33), daß eine solche Intervention Österreichs nicht die erforderliche Unterstützung in Berlin finden würde. „Getreu den in Potsdam festgelegten politischen Richtlinien hatte man bei Ausbruch des Balkankrieges in der Wilhelmstraße nur die eine Sorge, die Intervention Österreichs am Balkan hintanzuhalten. Das ganze Bestreben der deutschen Staatsmänner ging dahin, den Krieg zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten."

sich bei diesem Anlaß nur etwa 150 Personen auf dem Bahnhof eingefunden, darunter von Offizieren meist nur solche, welche zu den scheidenden Kameraden in irgendwelchen dienstlichen Beziehungen gestanden hatten, wie denn überhaupt von einer besonders kriegerischen Stimmung in den hiesigen Offizierkorps wenigstens hier in St. Petersburg bis jetzt nichts zu merken ist.

In Moskau allerdings scheint sich die Begeisterung für die „slawische Sache", wie ich von zuverlässiger Seite höre, stärker zu äußern[3]. Dreihundert der dortigen Studenten haben sich als Freiwillige zum Eintritt in die bulgarische und serbische Armee gemeldet. In den kleinen Restaurants herrscht reges Leben, panslawistische Reden werden gehalten und die bulgarische Hymne wird unter lebhaftem Beifall der Gäste gespielt. Ein höherer serbischer Geistlicher ist dort die Seele der Agitation, an der sich auch oktobristische Kreise unter Leitung von Gutschkow beteiligen. Aber auch in Moskau, glaube ich, handelt es sich vorläufig mehr um Sympathiebezeugungen für die dem Kampf entgegengehenden slawischen Brüder auf dem Balkan als um eine Propaganda für eine Beteiligung Rußlands an dem Kriege.

Ähnlich wie in Moskau dürften die Verhältnisse in Kiew liegen. Wenn ich auch von dort keine direkten näheren Nachrichten habe, so glaube ich doch mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß in den dortigen slawophilen Kreisen sich mehr Erregung zeigt als in St. Petersburg. Aber selbst wenn ich die Stimmung der beiden Hauptzentren der panslawistischen Bewegung mit in Rechnung ziehe, bin ich doch der Ansicht, daß vorläufig von einer starken, auf eine Beteiligung an einem Kriege der Balkanstaaten gerichteten Bewegung, welche der Regierung über den Kopf wachsen und sie zu abenteuerlichen Entschlüssen fortreißen könnte, nicht die Rede sein kann.

Die Gründe der relativ geringen Begeisterung für ein Zusammengehen mit den Balkanstaaten erblicke ich in folgenden Momenten. Vor allem ist das Gefühl, daß Rußland für einen größeren europäischen Krieg noch nicht hinreichend vorbereitet ist[4], nicht allein in Armee- und Regierungskreisen, sondern auch in der dünnen Bevölkerungsschicht, welche sich mit Politik beschäftigt, und welche die Stimmung im Lande macht, sehr allgemein verbreitet*. An Sympathien für die Ziele der Balkanvölker

* Vgl. auch Kap. CCLXI, Nr. 12038, Fußnote **. Zu dem auf russischer Seite allgemein verbreiteten Gefühl, für einen größeren europäischen Krieg noch nicht hinreichend vorbereitet zu sein, kam die Erkenntnis der russischen Staatsmänner, daß der englische Ententegenosse und ebenso der französische Alliierte nicht ohne weiteres und nicht unbedingt bereit seien, Rußland auf dem Wege zum Kriege, der mit dem Zusammenschluß der Balkanstaaten beschritten war, Gefolgschaft zu leisten. In seinem Immediatbericht an den Zaren über seine Reise nach England, Frankreich und Deutschland aus dem Oktober 1912 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 299) erwähnt Sasonow, daß Poincaré in der Furcht, mittels der Balkanwirren Frankreich in einen Krieg hineingezogen zu sehen, „uns im letzten Sommer vertraulich und in aller Freundschaft daran erinnert hat, nach dem Buchstaben des Bündnisvertrages könne

fehlt es nicht, aber man hält den Augenblick für noch nicht gekommen, der Rußland die Möglichkeit bieten würde, mit Erfolg einzugreifen[5] und zugleich mit den Zielen der slawischen Brüder seine eigenen zu erreichen, das heißt sich in den Besitz der Meerengen zu setzen. Aus diesem Grunde hört man in liberalen Kreisen den Vorwurf gegen die Balkanstaaten erheben, daß sie den Konflikt mit der Türkei zu früh herbeigeführt hätten[6].

Ein fernerer Grund scheint mir der zu sein, daß es den Panslawisten gegenwärtig an bedeutenden Führern mangelt und ihre Propaganda durch keine talentvollen Agitatoren wie seinerzeit Aksakow betrieben wird.

Endlich dürfte der Druck, welcher seit dem japanischen Kriege und seit der Revolution noch auf dem gesamten politischen Leben Rußlands lastet, vielleicht auch die gerade jetzt begonnenen Neuwahlen zur Duma

---

nur ein Angriff Deutschlands gegen Rußland zu einer Erfüllung der Verpflichtungen Frankreichs uns gegenüber führen." Die Poincarésche Warnung war am 12. September erfolgt; vgl. den Privatbrief Iswolskys an Sasonow von diesem Tage (Stieve, a. a. O., II, 251). Es heißt in dem Briefe: „Abschließend erklärte mir H. Poincaré, die französische Regierung prüfe aufs ernsteste die Frage aller denkbaren internationalen Eventualitäten. Er gebe sich vollste Rechenschaft darüber, daß das eine oder andere Ereignis, zum Beispiel die Zertrümmerung Bulgariens durch die Türkei oder ein Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien, Rußland zwingen könnte, seine passive Rolle aufzugeben und zunächst seine Zuflucht zu einer diplomatischen Aktion und dann zu einer militärischen Intervention gegen die Türkei oder Österreich zu nehmen. Gemäß den Erklärungen, die wir von der französischen Regierung erhalten haben, ist uns bei einem derartigen Fall die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung Frankreichs sicher. Aber in dieser Phase der Ereignisse würde die Regierung der Republik nicht in der Lage sein, vom Parlament oder von der öffentlichen Meinung die für irgendwelche aktiven militärischen Maßnahmen notwendige Billigung zu erhalten. Wenn aber der Konflikt mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen würde, so erkenne die französische Regierung dies im voraus als casus foederis an und würde nicht einen Augenblick zögern, die Verpflichtungen, die sie Rußland gegenüber auf sich genommen hat, zu erfüllen. ‚Frankreich,' setzte H. Poincaré hinzu, ‚ist unstreitig durchaus friedlich gesinnt und wünscht oder sucht keinen Krieg, aber das Eingreifen Deutschlands gegen Rußland würde sofort die Gesinnung ändern, und es ist als sicher anzunehmen, daß das Parlament und die öffentliche Meinung in einem solchen Falle den Entschluß der Regierung, Rußland eine bewaffnete Unterstützung zu gewähren, voll billigen würden'." Genau genommen bedeutet diese Warnung Poincarés freilich nicht eine Warnung vor dem Krieg schlechtweg, sondern nur vor einem solchen, bei dem Rußland gegen die Türkei oder Österreich vorgehen würde, ohne daß Deutschland hineingezogen werde. Ausdrücklich erklärt Poincaré, daß die „eingeweihten und verantwortlichen Persönlichkeiten die Aussichten Rußlands und Frankreichs im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes sehr optimistisch beurteilten." Vgl. dazu noch die eigenen Angaben Poincarés in seinem Erlaß an Botschafter Paul Cambon vom 15. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 111ss.). Poincaré spricht hier von den „conséquences redoutables que recélait cette Convention", nämlich der serbisch-bulgarische Vertrag vom 13. März 1912. Diese „conséquences redoutables" sieht er aber, wenn ihn Iswolsky richtig verstanden hat, nicht in einem allgemeinen Krieg, sondern nur in einem von den Balkanstaaten und ihrem Protektor Rußland provozierten Angriffskrieg Österreich-Ungarns, der für Deutschland nicht den Bündnisfall auslösen und daher auch Frankreich nicht die Möglichkeit bieten werde, für seinen Alliierten mit den Waffen einzutreten.

mit dazu beitragen[7], eine rechte Begeisterung und Aktionslust nicht aufkommen zu lassen.

Diese Sachlage kann sich allerdings in dem Augenblick ändern, wenn die ersten Schlachten an der bulgarischen und serbischen Grenze geschlagen werden. Sollten die Armeen der Balkanstaaten unterliegen, so wird die russische öffentliche Meinung sicherlich energisch auf die Regierung einzuwirken suchen, daß sie den bedrängten Glaubensbrüdern zu Hilfe kommt oder wenigstens ihre schützende Hand über sie breitet. Sollte es aber den verbündeten Balkanstaaten gelingen, den Sieg an ihre Fahnen zu heften und womöglich glänzende Erfolge zu erringen, so wird sich zweifellos hier eine starke Strömung geltend machen, die verlangen wird, daß Rußland den Balkanslawen dazu verhilft, die Früchte ihres Sieges einzuheimsen[8]. In diesem Augenblick werden allerdings die altbekannten Schlagworte von der historischen Mission Rußlands im nahen Orient und von der Notwendigkeit, das Kreuz auf der Hagia Sophia wieder aufzurichten, wieder laut werden und ihre Wirkung nicht verfehlen. Es wird sich dann zeigen, ob die Regierung, welche meiner Ansicht nach die Bewegung heute noch vollkommen in ihrer Hand hat, dieser Strömung den nötigen Widerstand entgegenzubringen vermag[9].

Würden Leute wie Iswolsky noch am Ruder sein, würde ich in dieser Beziehung schwarz sehen. Nun läßt sich allerdings nicht leugnen, daß die Stellung der Herren Kokowzow und Sasonow keine starke ist, beide sind aber kluge und nüchterne Politiker, die mit positiven Faktoren arbeiten und ihre Politik nicht wie Herrn Sasonows Vorgänger im Jahre 1908 auf unbestimmte Hoffnungen aufbauen. Es ist daher um so mehr Grund zur Hoffnung vorhanden, daß sie auch weiterhin Herren der Situation bleiben, als in Wirklichkeit das russische Volk in diesem Augenblick nicht wünscht, in einen Krieg verwickelt zu werden. Wenn es auch in der Armee zweifellos eine Kriegspartei gibt, die den Augenblick herbeisehnt, die Schmach der mandschurischen Niederlagen auszulöschen, so glaube ich doch, daß im allgemeinen in militärischen Kreisen der Wunsch nicht besteht, schon jetzt loszuschlagen[10].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Kommt noch sie warten auf ihr Stichwort: „Massacres"!
[2] es ist zu ernst
[3] hier liegt das führende Zentrum
[4] tant mieux
[5] gegen uns!
[6] um so besser
[7] Unsinn!
[8] natürlich
[9] Der Zar hat bereits erklärt er könne es nicht!
[10] Die Rede des Kriegsministers vom 12ten* läßt keinen Zweifel mehr!

* In einem offiziellen Artikel der „Rossija" vom 13. Oktober wurde die angebliche kriegerische Rede des Kriegsministers als phantastische Erfindung bezeichnet.

Nr. 12259

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 370 Therapia, den 10. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 176*.

Note bisher nicht überreicht, da Herr Bompard noch ohne Instruktion**. Bei gestriger Botschafterkonferenz beantragte Herr von Giers Zusatz, der auch der Türkei Hoffnung auf territoriale Vergrößerung nehme. Antrag von allen übrigen Botschaftern abgelehnt. Frage, ob unsere Demarche Krieg verhindern werde, verneinte Herr von Giers. Es käme zunächst nur darauf an, den Balkanstaaten durch rasches Handeln zu beweisen, daß die Mächte ihre .....*** Zusicherungen ernst nähmen. Allgemein fiel die kühle Zurückhaltung des englischen Botschafters† auf. Markgraf Pallavicini fragte heute Herrn von Giers, ob gegenüber Ungehorsam der Balkanstaaten nunmehr Maßregeln ins Auge zu fassen seien. Herr von Giers verneinte auch diese Frage. Wangenheim

Nr. 12260

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 351 Paris, den 9. Oktober 1912
[pr. 11. Oktober]

Der weitaus größte Teil der französischen Presse schreibt die Erzielung des gemeinsamen Vorgehens der Großmächte zur Hintanhaltung des Ausbruchs des Krieges auf dem Balkan dem Verdienste Herrn Poincarés†† zu, und auch heute nach der Kriegserklärung durch Montenegro sprechen die Blätter noch mit Befriedigung und Stolz von dem großen diplomatischen Geschick dieses Staatsmannes, den an der Spitze der Regierung zu sehen das französische Volk mit Vertrauen für die Zukunft erfüllen müsse.

Nur die antirepublikanischen Preßorgane bezeichnen in der Absicht, die republikanische Regierung als unfähig zu jeder weitgehenden Aktion hinzustellen, Poincarés Anregung als totgeborenes Kind. Das Vorgehen Montenegros dient ihnen als Beweis für die Richtigkeit ihrer Anschauung.

* Siehe Nr. 12243.

** Nach einem weiteren Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 10. Oktober war inzwischen die Überreichung der Kollektivnote durch den österreichischen Dragoman erfolgt. Der Text, der identisch ist mit dem Wortlaut in Nr. 12243, ist gedruckt u. a. bei Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 88s.

*** Zifferngruppe fehlt.

† Sir Gerard A. Lowther.

†† Vgl. dazu R. Poincaré, Au Service de la France II, 243: „Ainsi, après bien de vicissitudes, l'accord européen était pleinement réalisé, et c'était là, dans une large mesure, l'œuvre de la France."

Einzelne Blätter, unter ihnen sogar der deutschfeindliche „Matin", heben anerkennend hervor, daß Deutschland mit Frankreich vom ersten Augenblicke an Hand in Hand gegangen ist, eine Tatsache, die Jaurès in der „Humanité" als eines der bedeutendsten Ereignisse der letzten Jahre bezeichnet.

Die anfangs zögernde und widerstrebende Haltung Englands hat hier allgemein Mißbilligung gefunden und verschiedene Blätter zu ziemlich heftigen Ausfällen gegen die großbritannische Regierung veranlaßt. Besonderer Erwähnung sei der heutigen Depesche des römischen Korrespondenten des „New York Herald" getan, der gute Beziehungen zur Konsulta hat. Sie lautet: „It is considered here that Great Britain's reserve, which delayed action by the powers, is largely responsible for the turn events have taken."

Was die Kriegserklärung Montenegros an die Türkei betrifft, so gibt der größte Teil der Presse der Vermutung Ausdruck, daß Montenegro zu seinem Vorgehen von Bulgarien veranlaßt worden ist. Einige Blätter allerdings sehen in Italien den Anstifter, so „Petite République", „Lanterne" und „Journal". Letztgenanntes Blatt versucht sogar, auch Österreich-Ungarn als treibende Kraft hinzustellen, das Montenegro Geld geliehen und in einem Geheimvertrage bei Eintritt gewisser Voraussetzungen Gebietsvergrößerung versprochen habe. v. Schoen

---

Randvermerk von Kiderlens:

Bitte für Presse Losung ausgeben: daß Poincarés Vorgehen bei den Balkanvölkern, die schon zur Mobilmachung geschritten, keinen direkten Erfolg zur Verhinderung des Krieges haben werde, sei von Anfang zu befürchten gewesen. Dafür England verantwortlich zu machen wegen seines allerdings auffälligen Zögerns, gehe zu weit. Der Hauptzweck der Demarche und der vereinbarten Haltung der Mächte sei aber erreicht. Selbst bei Ausbruch des Kriegs im Balkan sei ein Riegel vorgeschoben, daß der Brand weiter um sich greife und die Großmächte in direkte Mitleidenschaft ziehe, sei ganz erreicht. Darin liege Poincarés Verdienst.

Nr. 12261

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 291

Vertraulich Wien, den 11. Oktober 1912

Neben den Ereignissen am Balkan, die augenblicklich die Aufmerksamkeit Europas auf sich lenken, ist es vor allem noch eine Frage, welche das Interesse der hiesigen politischen Kreise in Anspruch nimmt, das ist das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rußland.

Als kürzlich die Verhandlungen zwischen den einzelnen Kabinetten stattfanden, die ein gemeinsames Vorgehen der Mächte in Konstantinopel und bei den Balkanstaaten zur Aufrechterhaltung des Friedens zum Ziele

hatten, war es in erster Linie die französische Presse, in der von Paris aus einem engen Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Rußland in der vorliegenden Frage und einer gegenseitigen Annäherung überhaupt das Wort geredet wurde. Das Echo, das diese Stimmen hierzulande fanden, war schwach, und die Presse verhielt sich den westmächtlichen Winken gegenüber zum mindesten reserviert; es wurde dabei auch von offiziöser Seite betont, daß von Anfang an zwischen Österreich-Ungarn und Rußland über die auf dem Balkan zu verfolgende Friedenspolitik vollkommenes Einvernehmen bestanden hätte, und daß es deshalb nicht ganz verständlich wäre, auf welchem Gebiete zwischen den beiden Mächten ein Einverständnis erst hergestellt zu werden brauchte.

Graf Berchtold hat verschiedentlich geäußert, er wolle den Verdächtigungen, wonach Rußland hinter dem Treiben der Balkanstaaten stecke, keinen Glauben schenken; er vertraue vielmehr auf die ehrliche Friedensliebe der russischen Staatsmänner. Er hat deshalb in seinem Exposé* Rußland einige freundliche Worte gewidmet. Auch entsprang wohl dieser Anschauung sein ursprünglicher Gedanke, mit Rußland und Deutschland gemeinsam eine Erklärung über die Erhaltung des Status quo am Balkan abzugeben. Und wenn ihm auch die Beteiligung Englands und Frankreichs an dieser Erklärung und die Einwirkung der Westmächte auf Rußland die ganze Aktion nicht gerade sympathischer gemacht hatte, so hat er sich doch dem durch Deutschland vermittelten französischen Vorschlage gegenüber nicht ablehnend verhalten wollen, zum Teil vielleicht auch deshalb, um Rußland seinen guten Willen zu zeigen, und um vor der Welt nicht als Friedensstörer dazustehen**.

Damit wird allerdings der alte Gegensatz nicht aus der Welt geschafft, der zwischen der Donaumonarchie und Rußland bestehen wird, solange das Balkanproblem ungelöst ist, und der bei weiteren Komplikationen daselbst einen ernsteren Charakter annehmen kann.

Trotz aller Versuche, das Mißtrauen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu beseitigen, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Mißtrauen hier in den weitesten Kreisen des Bürgertums, bei den meisten Politikern und besonders in der Armee nach wie vor unvermindert herrscht.

---

* Am 24. September hatte Graf Berchtold in dem Ausschuß der Ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten eine Darlegung über auswärtige Politik gegeben, die vor allem der Balkanfrage und seinem eigenen Vorschlage vom 15. August gewidmet war. Dabei gedachte er mit einigen freundlichen Worten der russischen Haltung. „Zu unserer lebhaften Befriedigung haben sämtliche Kabinette unserer Anregung verständnisvoll zugestimmt, wodurch der Kontakt unter den Mächten hergestellt und eine wertvolle Bürgschaft für die möglichste Verhütung einer gewaltsamen Lösung der Krise geschaffen worden ist. Namentlich ist das russische Kabinett gleich uns ernstlich bestrebt, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern.“ Auch in der Plenarsitzung der österreichischen Delegation vom 7. Oktober wies Graf Berchtold auf das „eben jetzt eingeleitete Zusammengehen mit Rußland“ hin.

** Vgl. Nr. 12235.

Unter diesen Umständen mußte natürlich auch die Nachricht von einer russischen Probemobilisierung* hier eine gewisse Nervosität hervorrufen, die auch in einem Teil der Presse ihren Ausdruck fand und Anlaß zu einer Interpellation in beiden Delegationen gab. Sektionschef Graf Wickenburg in der ungarischen und Graf Berchtold in der österreichischen Delegation sprachen dieser militärischen Maßnahme Rußlands jeden Besorgnis erregenden Charakter ab. Der Minister wies in seiner Antwort hinsichtlich der geäußerten Besorgnisse auf „das eben jetzt eingeleitete Zusammengehen mit Rußland" hin. Dieser kurze und trockene Hinweis, der bezeichnenderweise die Zukunft aus dem Spiele ließ, dürfte für die Anschauungen des Grafen Berchtold über das augenblickliche Zusammenwirken Österreich-Ungarns mit Rußland sowie über das gegenseitige Verhältnis überhaupt charakteristisch sein.

Wie ich in einem eingehenden vertraulichen Gespräche mit dem Ersten Sektionschef Baron Macchio feststellen konnte, ist auch am Ballhausplatz das Mißtrauen gegen Rußland im Wachsen begriffen[1]. Was zunächst die russische Probemobilisierung anlangt, so meinte Baron Macchio, Herr Sasonow erkläre zwar jetzt, die Reservisten würden wieder entlassen. Das sei ja an sich erfreulich. Doch sollte man meinen, daß ein Staat wie Rußland, dessen Minister stets die schönsten Friedensversicherungen im Munde führe, in einem Moment wie dem gegenwärtigen solche militärischen Maßnahmen, die als eine Stellungnahme gegen den Nachbar aufgefaßt werden könnten, überhaupt nicht hätte anordnen sollen[2].

Zweifel an der Aufrichtigkeit der russischen Politik müßten auch aufsteigen, wenn man bedenke, daß ein russischer amtlicher Vertreter, wie es Herr Hartwig sei, jahrelang sein Wesen in dem benachbarten Serbien treiben könne, ganz unangefochten von seiner Regierung. Herr Hartwig sei nichts anderes als ein panslawistischer Agitator, und wenn man wisse, wie dieser Mann, der wie ein russischer Vizekönig sich geriere, das Land Serbien in der Hand habe, wo keine Note geschrieben werde, die ihm nicht vorgelegt worden sei, so müsse man sich fragen, ob dieser offizielle russische Vertreter nicht auch bei der neuesten Phase der serbischen Politik seine Hand im Spiele gehabt habe.

In den letzten Tagen sei aber noch eine weitere Tatsache hier bekannt geworden, durch die die russische Politik in ein eigentümliches, zweideutiges Licht gerückt werde. Vor kurzem habe König Nikolaus von Montenegro bekanntlich öffentlich erklärt, daß er nichts tun werde gegen den Willen Rußlands. Es sei nun vertraulich aber sicher zur Kenntnis der k. u. k. Regierung gelangt, daß in Cetinje drei Tage vor der Kriegserklärung eine halbe Million Rubel aus Rußland eingetroffen seien[3]. Entweder Herr Sasonow treibe doppeltes Spiel, was er aber nicht glauben könne, oder die russische Regierung sei so ohnmächtig[4], daß sie Maßnahmen anderer russischer Kreise, die die amtliche Politik direkt konter-

* Vgl. Kap. CCLXII, Nr. 12180, Fußnote††.

karierten, zu verhindern nicht imstande sei[2]. Wenn man sich im amtlichen politischen Verkehr auch an die Erklärungen der verantwortlichen Stellen halten müsse, so sei es doch ein Gebot der Vorsicht, diese mächtigen Nebenströmungen scharf im Auge zu behalten und mit ihnen zu rechnen[5].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Mit Recht
[2] richtig
[3] aha!
[4] ja ich glaube es beides
[5] unbedingt ja

Nr. 12262

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Cadinen, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Privatbrief. Ausfertigung

Cadinen, den 11. Oktober 1912

Euerer Exzellenz bestätige ich mit Dank den Empfang der vorgestrigen Zeilen*.

In der Anlage beehre ich mich die mir mit Erlaß Nr. 19 vom gestrigen Tage übersandte Aufzeichnung über den Besuch des Herrn Sasonow**, mit zahlreichen allerhöchsten Marginalien versehen, zurückzureichen. Seine Majestät drückte mir seine große Befriedigung über die geschickte Art und Weise aus, wie Euere Exzellenz den Herrn Sasonow „zwischen die Kniee genommen" hätten. Entsprechend seinen Randvermerken meinte Seine Majestät, es sei jetzt der Moment, mit England Fühlung zu nehmen, obwohl er zugeben müsse, daß Greys Stellung zur Balkanfrage, welcher das türkische Reich in seinem jetzigen Bestande aufrechterhalten wolle, sich nicht mit seiner eigenen decke, da er in dem Verschwinden der Türkei aus Europa einen nicht aufzuhaltenden, folgerichtigen historischen Prozeß erblicke. Gegen Rußland, den Zaren sowohl wie Herrn Sasonow, ist die allerhöchste Stimmung eine sehr gereizte.

Die beiliegende Schrift „Konzentrierte Rüstungspolitik" ist Seiner Majestät von seinem kaiserlichen Sohn übersandt worden. Seine Majestät bezeichnete die Tendenz derselben als richtig***. Die Unterstreichungen dürften vom Kronprinzen stammen.

Jenisch

---

* Nicht bei den Akten.
** Siehe Nr. 12256.
*** Nach einer späteren Notiz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 17. März 1913 (vgl. Bd. XXXVII, Kap. CCXCIV, hätte der Kaiser am 13. Oktober 1912 in Hubertusstock eine Militärvorlage verlangt, jedoch von diesem Verlangen abgestanden, als sich der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes dagegen erklärten.

Nr. 12263

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Cadinen**

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Berlin, den 12. Oktober 1912

Besten Dank für Ihre Mitteilungen vom 11. Oktober**.

Bitte lassen Sie bei Ihren Gesprächen mit Seiner Majestät gelegentlich einfließen, wir täten wohl gut, zunächst den Gang der kriegerischen Ereignisse etwas abzuwarten. Über die Chancen der Gegner sind die Meinungen bekanntlich auch in sachverständigen militärischen Kreisen vorläufig noch recht geteilt. Bleibt die Türkei siegreich, so werden wir sie ebensowenig als die anderen Großmächte aus Europa hinauswerfen können. Unterliegt sie, so wird die Liquidation von selbst eintreten, und wir können dann um so mehr unser Wort mitsprechen, je weniger wir uns vorher gebunden haben.

Sollten die Türken es versäumen, jetzt mit Italien reinen Tisch zu machen, so könnte es sich allerdings ereignen, daß die große Abrechnung in Fluß kommt. Dann wird vielleicht auch der Moment eintreten, wo die Gemeinsamkeit unserer und der englischen Interessen so eklatant in die Augen springt, daß sich England einem gemeinsamen Vorgehen mit uns gar nicht mehr entziehen kann. Wir werden es uns angelegen sein lassen, den Zeitpunkt für eine entsprechende Fühlungnahme mit London nicht zu verpassen, werden uns aber vorläufig einiger Zurückhaltung befleißigen müssen, um die Anfänge der erwünschten Entwicklung nicht im Keime zu gefährden. Sicher ist, daß ein praktisches Zusammengehen mit England in einer wichtigen Frage der allgemeinen Politik heilsamer als alle Verbrüderungsfeste und papierenen Abreden auf unsere Beziehungen zu den Vettern jenseits des Kanals einwirken würde.

Kiderlen

Nr. 12264

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 243 St. Petersburg, den 12. Oktober 1912

Sasonow, der nicht mehr daran zweifelt, daß Beginn kriegerischer Operationen Bulgariens, Serbiens und Griechenlands unmittelbar bevor-

* Bereits veröffentlicht bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 190f.

** Siehe Nr. 12262.

steht, spricht sich über Lage ernst, aber ruhig aus. Er erklärt, mit Programm der Nichteinmischung Rußlands zu stehen[1] und zu fallen[2], da er einen Krieg für Rußland pour tant et tant de raisons nicht wünschen[3] könne*. Er glaube dies Programm trotz der zunehmenden Erregung in hiesigen Panslawistenkreisen[4], die ihm vorläufig noch keine Besorgnis einflößten, durchführen zu können. Kritisch würde nach seiner Ansicht Lage für hiesige Regierung erst im Falle von Christenmassakers in der Türkei und Österreichs Einmarsch im Sandschak werden.

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II:

[1] ? ?

[2] Er fällt!

[3] man wird sich dort um seine Wünsche wenig kümmern!!

[4] der Russischen Presse nach ist seine Stellung erschüttert wegen seiner Nichterfolge in London und Paris

Schlußbemerkung des Kaisers:

Hübsch auf Schrauben gestellt, sodaß ein Jeder herauslesen kann, was ihm beliebt. Russland will eben Krieg haben und sucht Oestereich als Grund! Weil es nach Stambul will!

Nr. 12265

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 111 Berlin, den 13. Oktober 1912
[abgegangen am 14. Oktober]

Französische Regierung hat hier angefragt**, ob wir bereit seien, uns an einer Konferenz in Konstantinopel zu beteiligen zur Beratung der Reformen; eventuell sollte, wenn Türkei Konferenz ablehne, eine Mediation der Mächte Platz greifen.

---

* Vgl. dazu Nr. 12258 nebst Fußnote auf S. 196.

** Es war mittels einer vom 13. Oktober datierten Note geschehen, die gleichzeitig auch in Wien überreicht wurde. Siehe ihren Text im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques I, 109s. Schon vorher hatte Poincaré im Hinblick auf diesen Schritt die Zustimmung der beiden anderen Ententemächte erbeten; siehe sein Telegramm vom 10. Oktober nach London und Petersburg (a. a. O., I, 105s.). In London stimmte man dem Poincaréschen Vorschlag einer sofort einzuberufenden Reformkonferenz zu, während Sasonow in der Überzeugung, daß es doch kein Mittel gebe, den Ausbruch des Krieges noch zu verhindern, und daß man folglich die Gedanken zweckmäßiger nicht mehr darauf richte, wie der Krieg zu verhüten, sondern wie er zu beenden sei, Einwände erhob; vgl. das Telegramm des französischen Geschäftsträgers in Petersburg Doulcet an Poincaré vom 12. Oktober, die offizielle russische Note vom gleichen Tage (a. a. O., I, 107, 109) und das Telegramm Iswolskys an Neratow, ebenfalls vom 12. (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914 ed. Fr. Stieve, II, 284). Poincaré entschloß sich darauf, seinen Konferenzvorschlag insoweit abzuändern, daß der Zusammentritt der Konferenz von einer erfolgreichen Mediation der Mächte nach Kriegsausbruch abhängig gemacht wurde. Siehe den Text des neuen Vorschlags, mit dem der erste hinfällig wurde, in Nr. 12277.

Wir haben erwidert, wir müßten uns erst mit unserm Bundesgenossen ins Benehmen setzen.

Teilen Sie vorstehendes Graf Berchtold mit und fragen Sie ihn über seine Ansicht. Wir schlagen vor zu antworten, daß wir uns zwar nicht von den andern Mächten trennen wollten, daß wir aber den Zeitpunkt — speziell im Hinblick auch auf Haltung der Balkanstaaten — weder für eine Konferenz noch für eine Mediation geeignet hielten, den Gedanken aber, wenn er später wieder aufgenommen würde, in Erwägung ziehen wollten.

Vertraulich wollen Sie Graf Berchtold sagen, daß wir um so weniger an einer Konferenz teilnehmen wollten, als dabei die Tripelententemächte bei dem Fehlen Italiens von selbst die Majorität hätten. Drahtantwort.

Kiderlen

Nr. 12266

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 106 Wien, den 14. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 111 vom 13. Oktober*.

Graf Berchtold akzeptiert unsern Vorschlag wegen Beantwortung der französischen Anregung.

Der Minister hatte bereits Instruktion an Graf von Szögyény entworfen, worin detaillierte Beantwortung der vier Punkte, und zwar im ganzen in ablehnendem Sinne, in Aussicht genommen. Definitive Antwort an Frankreich sollte aber erst nach Rückäußerung aus Berlin erfolgen.

Nach eingehender Besprechung unter Zuziehung des Referenten gab Graf Berchtold aber unserem Vorschlag den Vorzug.

Graf von Szögyény wird nunmehr in diesem Sinne Instruktion erhalten.

Tschirschky

Nr. 12267

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 Sofia, den 14. Oktober 1912

Ministerpräsident hat gestern abend österreichisch-ungarischem und russischem Vertreter schriftlich mitgeteilt, daß bulgarische Regierung nach Einvernehmen mit griechischer und serbischer Regierung durch Vermittelung des türkischen Geschäftsträgers** der Pforte die nachstehenden

* Siehe Nr. 12265.

** Mukbill Bey.

Forderungen behufs Einführung von Reformen in Mazedonien unterbreitet habe*.

1. Confirmation de l'autonomie éthnique des nationalités de l'empire avec toutes ses conséquences.

2. Représentation proportionnée au parlement ottoman de chaque nationalité.

3. Admission de chrétiens à tous les emplois publics dans les provinces habitées par des chrétiens.

4. Reconnaissance sur le pied d'égalité avec les écoles ottomanes des écoles de tout grade des communautés chrétiennes.

5. Engagement par la Porte de ne point tâcher de modifier le caractère ethnologique des provinces de l'empire ottoman en y transplantant des populations musulmanes.

6. Recrutement régional des chrétiens pour le service militaire avec cadres chrétiens. Jusqu'à la formation des cadres suspension de l'enrôlement.

7. Réorganisation de la gendarmerie par vilayets de la Turquie d'Europe sous le commandement effectif d'organisateurs suisses ou belges.

8. Nomination dans les vilayets habités aussi par des chrétiens de valis suisses ou belges agréés par les Puissances et assistés de conseils généraux élus par les districts électoraux.

9. Institution auprès grandvisirat d'un conseil supérieur composé de chrétiens et de musulmans en nombre égal pour surveiller l'application de ces réformes.

Les ambassadeurs des Grandes-Puissances et les ministres des quatre Etats Balkaniques auront la mission de suivre le fonctionnement et les travaux de ce conseil.

Am Schluß der an türkischen Geschäftsträger gerichteten Note spricht bulgarische Regierung Hoffnung aus, daß die Pforte die oben genannten Reformen innerhalb sechs Monate ausführen und zum Beweis ihrer Einwilligung die Mobilisierung ihrer Armee rückgängig machen werde.

Für letztere Maßnahme wird in der Note keine Frist gestellt.

Below

Nr. 12268

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 294 Wien, den 12. Oktober 1912
Vertraulich [pr. 14. Oktober]

Ich habe heute die allgemeine politische Lage ganz vertraulich und eingehend mit Graf Berchtold besprochen.

* Es geschah durch Note vom 12. Oktober. Siehe deren Text bei Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 94ss. Eine identische Note wurde in Belgrad bzw. Athen von serbischer bzw. griechischer Seite überreicht.

Momentan beschäftigen den Minister am meisten die schlechten Nachrichten, die aus Rom über das voraussichtliche Scheitern der Friedensverhandlungen mit der Türkei vorliegen*. Über diese Frage beehre ich mich anderweit zu berichten.

Vom Balkan hatte Graf Berchtold keine neueren Nachrichten. Der Minister kam dann gleich auf Rußland zu sprechen und bemerkte, es sei zu hoffen, daß Herr Sasonow das Heft ganz in Händen behalte, wofür man allerdings keine absolute Garantie übernehmen könne. Was ihn, den Grafen Berchtold, betreffe, so werde er gewiß seine ruhige abwartende Haltung so lange als irgend möglich bewahren. Die Russen machten ihm aber seine Aufgabe wahrlich nicht leicht. Gestern sei Herr von Giers bei ihm gewesen und habe ihm im Auftrage seiner Regierung gesagt, es sei doch bedauerlich, daß Österreich an seiner serbischen Grenze militärische Vorbereitungen gegen Serbien treffe[1]; dies mache in Rußland böses Blut, und im Interesse der Aufrechterhaltung gutnachbarlicher Beziehungen richte er die Bitte an ihn, diese militärischen Maßnahmen rückgängig zu machen[2]. Er, Graf Berchtold, habe dem russischen Botschafter darauf erwidert, er sehe mit Bedauern, wie schlecht man in Petersburg über die hiesigen Verhältnisse orientiert sei. Bis zur Stunde seien an keiner Stelle der Monarchie, auch an der serbischen Grenze, irgendwelche besondere militärischen Maßnahmen getroffen worden. Falls aber das Nachbarhaus anfangen sollte zu brennen, so glaube er nicht, daß ein fremder Staat einem anderen Vorschriften zu machen berufen sei über die zu ergreifenden Mittel, um das eigene Haus zu schützen[3]. Herr von Giers habe dies etwas verlegen zugegeben. Graf Berchtold hat dabei, wie er hinzufügte, sich enthalten, von der „doch sehr eigentümlichen" russischen Probemobilisierung zu sprechen, um den Ton ja nicht zu verschärfen.

Es liege ihm daran, daß man in Berlin genau über die hiesige Sachlage, besonders auch in militärischer Beziehung, unterrichtet sei. Er bitte mich, nach Berlin zu schreiben, daß bis heute keinerlei mit einer Mobilisierung irgendwie zusammenhängende Verfügungen getroffen worden seien. Der Kommandierende in Bosnien und der Herzegowina bitte zwar schon seit zehn Tagen unausgesetzt telegraphisch wenigstens um Komplettierung der unter dem normalen Stande befindlichen Kompagnien. Die Militärs drängten natürlich auf energischere Maßnahmen. Er, der Minister, und „andere Stellen"** seien aber bisher diesen Forderungen stets entgegengetreten. In der Folge werde es aber allerdings notwendig

---

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX.

** Zu ihnen gehörte auch der Kriegsminister von Auffenberg. Vgl. dessen Lebensschilderung, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 208: „Ich blieb — wie schon erwähnt — taub gegen alle Wünsche des Generalstabes, sowie des Chefs der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung, die fortwährend Mobilisierungsverfügungen anstrebten. Sechs Wochen hindurch konnte ich diesen Zustand ruhigen Gewissens erhalten und hätte ihn — ähnlich wie in Deutschland — noch viel länger erhalten können, wenn unsere Friedensstände nicht so elend gewesen wären."

werden, dem Landeschef* von Bosnien und der Herzegowina das zu geben, was er für Aufrechterhaltung der Ruhe für notwendig erachte. Denn es sei nicht zu übersehen, daß sich das gesamte serbische und südslawische Element in jenen Gegenden in gefährlicher Erregung befinde, daß schon an einigen Stellen Bandenbildung zu beobachten gewesen wäre, und daß ein Übergreifen der serbischen Bewegung auf das Gebiet der Monarchie höchst wahrscheinlich sei. Er betonte aber nochmals, daß es sich auch bei den eventuell zur Verstärkung der Kaders nötig machenden Anordnungen keineswegs um eine Mobilmachung, sondern lediglich um Sicherung des inneren Friedens handeln werde.

Auch Rußland gegenüber plädierten die Militärs für vorbereitende Maßnahmen an der Grenze. Er sei aber entschieden gegen diese Forderung aufgetreten, obgleich man ihm vorgehalten hätte, daß darin eine entschiedene Gefahr läge, weil die russische Kavallerie im Ernstfalle sofort ganz Galizien bis zu den Karpathen werde überschwemmen können. Trotzdem sei er fest geblieben, weil er wohl wisse, daß ein Schritt von seiten Österreich-Ungarns in dieser Richtung einen gleichen auf der anderen Seite nach sich ziehen würde und dann die Kugel ins Rollen kommen würde.

Ich könne versichert sein, daß er alles tue, um die Ruhe zu bewahren. Von manchen Seiten würde ihm nahe gelegt, entweder in Serbien einzumarschieren oder wenigstens vor Belgrad zu demonstrieren. Die Leute wüßten wohl selbst nicht, wie unsinnig[4] das sein und welche Konsequenzen ein solcher Schritt nach sich ziehen würde. Wenn die Leute am Balkan sich gegenseitig die Köpfe blutig schlagen wollten, so könnten sie das tun; er bewahre kaltes Blut und werde sich nach wie vor abwartend verhalten.

Ich möchte noch bemerken, daß Graf Berchtold im Laufe vorstehender, ganz ungezwungener und freundschaftlicher Unterhaltung betonte, daß er selbstverständlich mir gegenüber als Vertreter des engsten Bundesgenossen ganz offen und rückhaltlos spreche und hoffe, möglichst oft mit mir seine Meinung austauschen zu können[5].

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unverschämt! Ist ja beinahe eine Art Ultimatum!

[2] wenn ich eine solche Aufforderung an Sassonow wegen der Probemobilmachung und der einbehaltenen Reserven gemacht hätte!? Was hätte Rußland dazu gesagt?!

[3] gut

[4] richtig!

[5] sehr gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut

---

* Feldzeugmeister Potiorek.

Nr. 12269

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 288 St. Petersburg, den 12. Oktober 1912
[pr. 15. Oktober]

Ich fand Herrn Sasonow bei dem ersten Besuch, den ich ihm nach seiner Rückkehr machte, ernst aber ruhig und fest entschlossen, die von ihm als richtig erkannte Politik Rußlands unbekümmert um die Haltung der hiesigen öffentlichen Meinung zu verfolgen. Der Minister sprach sich sehr anerkennend über unsere Haltung und über die schnelle Art, mit welcher Deutschland auf die Pariser Vorschläge eingegangen sei, aus. Das Berliner Kabinett, bemerkte Herr Sasonow, habe das Wort wahr gemacht: „Bis dat qui cito dat." An diese Äußerung knüpfte Herr Sasonow einige abfällige Bemerkungen über die englische Regierung, „qui s'est fait tirer par l'oreille."

Mit der bisherigen Haltung des Wiener Kabinetts ist der Minister ebenfalls zufrieden. Als ein günstiges Moment bezeichnete er seine guten persönlichen Beziehungen mit Graf Berchtold, in den er volles Vertrauen setze. Immerhin bleibe die Haltung Österreichs bei einer weiteren Entwicklung der Dinge die große Frage, von der es nach seiner Ansicht abhängen werde, ob der Krieg auf der Balkanhalbinsel zu weiteren Komplikationen führen werde oder nicht. Er stehe aus diesem Grunde in regem Gedankenaustausch mit dem Wiener Kabinett und habe deswegen den russischen Botschafter in Wien, Herrn von Giers, zur persönlichen Rücksprache nach Berlin kommen lassen. Die Erklärungen des Grafen Berchtold lauteten bis jetzt vollkommen befriedigend. Der österreichisch-ungarische Minister habe sich dahin ausgesprochen, daß Österreich-Ungarn nicht die Absicht habe, bei dem bevorstehenden Kriege zu intervenieren, daß es allerdings eventuell nicht umhin können werde, an seiner Grenze gewisse Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Das bedeute natürlich, bemerkte Herr Sasonow, Truppenkonzentrationen an der serbischen Grenze, die auch begreiflich seien, da man, wenn es im Nachbarhause brenne, Vorkehrungen treffen müsse, um nötigenfalls ebenfalls zu löschen. Er habe aber jetzt dem Grafen Berchtold nahegelegt, die Wiener Regierung möge, wenn der Zeitpunkt der in Aussicht gestellten „Vorsichtsmaßregeln" komme, diese Maßregeln vorher etwa durch ein offizielles Communiqué öffentlich ankündigen und den Zweck derselben erläutern[1]. Der Minister bemerkte, er lege auf eine solche vorherige öffentliche Ankündigung großen Wert, weil sie die hiesige öffentliche Meinung beruhigen werde. Diese sei noch immer von großem Mißtrauen gegen Österreich beseelt und nicht davon abzubringen, daß diese Macht die Gelegenheit benutzen wolle, um den Sandschak von Nowipasar von neuem zu besetzen und an sich zu reißen.

In einem österreichischen Einmarsch in den Sandschak, selbst mit der Absicht, dieses Gebiet nach dem Kriege wieder zu räumen, erklärte Herr Sasonow, eine große Gefahr zu erblicken. Die Aufregung der hiesigen öffentlichen Meinung würde in diesem Falle eine solche werden, daß es der Regierung äußerst schwierig werden würde, an der Politik, die sie zu führen entschlossen sei, festzuhalten. Selbst wenn serbische oder montenegrinische Truppen im Laufe des Krieges das Gebiet des Sandschaks betreten sollten, liege für Österreich-Ungarn kein Grund zur Besorgnis vor, daß einer dieser Staaten sich dauernd dort festsetzen könne, da ganz Europa die Garantie für die Aufrechterhaltung des Status quo übernommen habe[2]. Durch einen Einmarsch in den Sandschak würde aber Österreich tatsächlich sich am Kriege beteiligen, und zwar auf Seiten der Türkei. Herr Sasonow erwähnte, daß er diese Dinge in Berlin zur Sprache gebracht habe und auch glaube, für dieselben Verständnis gefunden zu haben[3]*. Er habe natürlich nicht erwarten können, daß Euere Exzellenz ihm versprechen würden, noch am selben Abend nach Wien zu telegraphieren, um einen Druck auf das dortige Kabinett im Sinne seiner Wünsche auszuüben, er habe aber den Eindruck aus Berlin mitgenommen, daß man dort Verständnis für die von ihm signalisierten Gefahren habe und eintretendenfalls mäßigend auf Österreich-Ungarn einwirken werde. Mehr erwarte er nicht und könne er nicht verlangen. „Es muß aber vor allem vermieden werden, daß die russische öffentliche Meinung der Regierung vorwerfen kann, sie habe sich von neuem von Österreich-Ungarn täuschen lassen"[4].

Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat mir die Mitteilungen des Ministers über den gegenwärtig zwischen St. Petersburg und Wien schwebenden Gedankenaustausch in ihrem vollen Umfang bestätigt. Herr von Szilassy ist von den loyalen Absichten der russischen Regierung überzeugt** und hat in Wien empfohlen, den Wünschen des Herrn Sasonow so weit als tunlich entgegenzukommen, um ihm seine Aufgabe zu erleichtern.

Ich habe den Minister gefragt, ob er ein bedenkliches Anschwellen der panslawistischen Welle nach Beginn der Feindseligkeiten und im Falle eines bulgarischen Sieges oder einer Niederlage der Balkanstaaten erwarte. Herr Sasonow erwiderte, gewiß werde die Bewegung zunehmen und weitere Kreise erfassen, aber schließlich sei doch von der „Schwärmerei" (Herr Sasonow brauchte den deutschen Ausdruck) des Jahres 1876 nicht mehr die Rede. Würde die hiesige öffentliche Meinung nach einer Niederlage der Türkei Gebietserweiterungen für die Balkanstaaten verlangen, so werde man ihr einfach antworten, daß Rußland nicht in der Lage sei, ihnen zur Erreichung solcher Ziele zu verhelfen, sondern nur Europa[5], mit dem sich Rußland in der Frage solidarisch erklärt habe. Gerade aus

* Vgl. Nr. 12256.

** Vgl. dazu Baron J. v. Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie, S. 212ff.

diesem Grunde legte er besonderen Wert auf die glücklich zustande gekommene Einigung der Kabinette der Großmächte.

Der Minister scheint zuversichtlich zu hoffen, daß die Regierung imstande sein wird, die panslawistische Bewegung im Zaume zu halten, solange nicht Ereignisse wie Christenmetzeleien in Mazedonien oder die österreichische Besetzung des Sandschaks eintreten.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das hätte Russland bei seiner Probemobilmachung auch thun müßen
[2] ?! Quatsch!
[3] ?
[4] umgekehrt wäre eher anzunehmen
[5] ?!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Auf Schrauben, und schwachen Füßen

Nr. 12270

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 290 St. Petersburg, den 12. Oktober 1912
[pr. 15. Oktober]

Wenn ich von vornherein den Eindruck hatte, daß es der russischen Regierung ernst gewesen ist mit dem Wunsch und dem Bestreben, dem Ausbruch des Krieges auf der Balkanhalbinsel vorzubeugen, und daß sie nunmehr mit allen Mitteln daran arbeitet, den anscheinend unabwendbaren Konflikt zu lokalisieren, so bringt jetzt jeder Tag eine neue Bestätigung dafür, daß die hiesige Regierung an der Politik der Nichtintervention festzuhalten entschlossen ist.

Ich zweifle nicht daran, daß die von Herrn Sasonow mir gegenüber gebrauchten Worte, Rußland wolle „pour tant et tant de raisons" jetzt nicht in einen Krieg gezogen werden*, aufrichtig sind, und daß aus diesem Grunde die Haltung des amtlichen Rußland in der gegenwärtigen Krisis eine loyale ist. Ich will auch den Versicherungen des Herrn Sasonow gern Glauben schenken, daß die russische Regierung der panslawistischen Bewegung im Lande zurzeit vollkommen Herr ist, und daß diese Bewegung überhaupt bis zur Stunde noch keinen Besorgnis erregenden Umfang angenommen hat.

Wenn man aber einen Rückblick auf die neuere russische Geschichte wirft, welche zeigt, daß die letzten Kriege, die Rußland geführt hat, ohne und gegen den Willen des amtlichen Rußland ausgebrochen sind, so wird man nicht umhin können, die Frage zu prüfen, inwieweit unverantwortliche Einflüsse auch im jetzigen Augenblick tätig sind, und welche Aussicht auf Erfolg sie haben.

* Vgl. Nr. 12264.

Darüber, daß solche Einflüsse vorhanden sind, und daß sie ihre Vertreter bis in die höchsten Kreise hinauf und in amtlichen Sphären haben, kann kein Zweifel bestehen. In der Armee gibt es eine Kriegspartei, die eine Abrechnung mit Österreich für unvermeidlich hält und diesem Krieg mit Sehnsucht entgegensieht. Dafür aber, daß diese Partei augenblicklich besonders stark arbeitet, besitze ich keine Anzeichen, ich glaube vielmehr, daß die Zweifel an Rußlands gegenwärtiger genügender Kriegsbereitschaft in der Armee dem Wunsche, es schon jetzt zum Kriege kommen zu sehen, entgegenstehen. Das hindert aber nicht, daß man mit einer zunehmenden Erregung des kriegerischen Geistes in Offizierskreisen in der nächsten Zeit rechnen muß.

Ernster als die Stimmung in der Armee ist meines Erachtens die Propaganda derjenigen Kreise der sogenannten Intelligenz, welche panslawistischen Ideen huldigen und sich an ihren eigenen Worten berauschen. Vertreter der Südslawen, serbische und bulgarische Geistliche und Professoren sind offenbar mit Erfolg bestrebt, diese Propaganda anzufachen. Die Erregung der Presse hat in den letzten Tagen merklich zugenommen, ihr Angriff gegen die Regierung wird ein immer heftigerer. Dabei darf man nicht außer acht lassen, daß Persönlichkeiten in einflußreichen amtlichen Stellungen mit dieser Bewegung sympathisieren und zweifellos mit ihren Führern Beziehungen unterhalten. Ich darf in dieser Beziehung unter anderem darauf hinweisen, daß „les agissements" des russischen Gesandten in Belgrad, welche viel zur Verschärfung der Lage beigetragen haben sollen, in hiesigen diplomatischen Kreisen offen besprochen werden.

Herr Sasonow besitzt vor seinem Vorgänger unter anderen Vorzügen die Eigenschaft, daß er eine große Gleichgültigkeit gegen die öffentliche Meinung besitzt oder wenigstens nach außen hin zur Schau trägt. Er versichert immer, er habe ein sehr gutes Mittel, um sich nicht über die Angriffe der Presse aufzuregen, er lese überhaupt keine Zeitungen. Daß der Minister in Wirklichkeit mit Bezug auf die Angriffe der Presse und die sonst gegen ihn gerichteten Intrigen nur Vogel Strauß-Politik treibt, ist nicht anzunehmen, ich möchte vielmehr [in] seine [r] anscheinende[n] Gleichgültigkeit einen Beweis seiner Ohnmacht gegenüber den Machenschaften einer gewissen hiesigen Clique erblicken. Ich vermag auch nicht zu glauben, daß der Minister ohne jede Kenntnisse der in seinem eigenen Ministerium herrschenden, gegen seine Politik gerichteten Strömungen ist. Für das Vorhandensein solcher Strömungen spricht der Umstand, daß der Pressedezernent Nelidow sich einem Vertreter der deutschen Presse gegenüber in den letzten Tagen in einem Sinne ausgesprochen hat, der im direkten Widerspruch mit den Äußerungen des Ministers steht. Herr Nelidow hat das Eingreifen Rußlands in den Krieg für unvermeidlich erklärt und bemerkt, die öffentliche Meinung werde die Regierung zu einer Intervention zwingen; es sei undenkbar, daß Rußland den Balkanstaaten nicht zu Gebietserweiterungen verhelfe[1].

Wenn Herr Sasonow trotz dieser Zustände dennoch den kommenden Ereignissen mit verhältnismäßiger Ruhe und Zuversicht entgegengeht, so möchte ich dies darauf zurückführen, daß er fest auf das Vertrauen rechnet, welches ihm sein kaiserlicher Herr entgegenbringt[2], und daß er vorläufig an eine Gefahr eines Erfolges des gegen ihn und seine Politik gerichteten Ansturmes nicht glaubt. Ich möchte auch annehmen, daß er sich in dieser Beziehung nicht täuscht, man wird aber immerhin damit rechnen müssen, daß der schwache Charakter des Zaren nicht unbedingt zuverlässige Garantien für eine entschlossene Verfolgung der jetzt eingeschlagenen Politik bietet[3]. Daß die Gegenpartei auch Mittel besitzt, ihren Einfluß bei Hofe geltend zu machen, dürfte sicher sein. Ich denke dabei in erster Linie an die Gemahlin des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und ihren Anhang. Diese Großfürstin nimmt als geborene montenegrinische Prinzessin regen Anteil an der Propaganda für die Sache der Südslawen. Allerdings versichert man, daß Großfürst Nikolai Nikolajewitsch gegenwärtig keinen großen Einfluß auf den Zaren besitzt, man wird aber nicht vergessen dürfen, daß die genannte Großfürstin es gewesen ist, welche mit dabei geholfen hat, den bekannten religiösen Fanatiker Rasputin an den kaiserlichen Hof zu bringen. Es ist anzunehmen, daß die hohe Dame eher versuchen wird, durch Vermittlung derartiger Werkzeuge als durch persönlichen direkten Einfluß auf den Zaren einzuwirken. Bis jetzt habe ich aber in dieser Beziehung keinerlei Anhaltspunkte.

Ich möchte überhaupt nochmals betonen, daß ich die hiesige Lage vorläufig nicht alarmistisch beurteile, im Gegenteil glaube, daß viel Aussicht für die Regierung vorhanden ist, ihre vernünftige und ruhige Politik durchführen zu können. Ich glaube aber andererseits nicht in meiner Berichterstattung über diejenigen Erscheinungen schweigen zu dürfen, welche immerhin einige Gefahren in sich bergen[4].

F. Pourtalès

Nachschrift

Wie ich unmittelbar vor Absendung dieses Berichtes erfahre, waren gestern Gerüchte über eine angeblich ernste Erschütterung der Stellung des Herrn Sasonow im Umlauf. Diese Gerüchte, für deren Begründung ich sonst keine Anhaltspunkte besitze, und denen ich eine übertriebene Bedeutung auch nicht beimessen möchte, lassen immerhin erkennen, daß die Politik des Herrn Sasonow, insbesondere sein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn, hier nicht populär ist. Sie beweisen zugleich, mit welchen Schwierigkeiten der Minister bei der Durchführung einer besonnenen Politik zu kämpfen hat. F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das ist das Wahrscheinlichste

[2] solange der durchhält!

[3] richtig

[4] der richtige vorsichtige Diplomat, der nach allen Richtungen hin seine Sicherungen macht

Nr. 12271

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 361

Paris, den 13. Oktober 1912
[pr. 15. Oktober]

Mit weit größerer Überzeugungskraft, als es die geläufigen offiziellen Versicherungen französischer Friedensliebe erscheinen zu lassen vermögen, zeigt die Haltung Frankreichs angesichts des heraufgezogenen schweren Balkanungewitters, wie tief hier die Abneigung gegen Störung aus phäakischer Ruhe und die Befürchtung ist, von kriegerischen Verwickelungen nicht nur erheblichen mittelbaren Schaden zu erleiden, sondern auch wider Willen mit Gut und Blut in sie hineingezogen zu werden.

In der Tat hat Frankreich alle Ursache, den Gang der Dinge im Orient mit Besorgnis zu begleiten, denn es hat in der Türkei nahe an drei, in den Balkanstaaten etwa anderthalb Milliarden stecken, deren Kapitalwerte und Ertragsfähigkeit gefährdet scheinen; es hat ferner die Rückwirkung eines erbitterten Rassenkrieges zwischen Türkei und Balkanchristen auf die muselmännische Welt seines afrikanischen Machtbereichs in Rechnung zu stellen, und es muß der Möglichkeit ins Auge schauen, daß, wenn die Einschränkung des Kriegstheaters nicht gelingt und die nächstinteressierten Großmächte Rußland und Österreich-Ungarn durch den Gang der Ereignisse zu einseitigem Eingreifen veranlaßt werden und in Konflikt geraten, entweder der künstliche Bau der Bündnisse und Ententen zusammenbricht oder die Notwendigkeit sich ergibt, an dem blutigen Ringen aus Anlässen teilzunehmen, die den eigenen Lebensinteressen fernliegen.

Von derartigen Erwägungen dürfte Herr Poincaré ausgegangen sein, als er es unternahm, an uns heranzukommen und mit unserer Hilfe die verlorene Einmütigkeit Europas zu dem Zwecke herzustellen, den Ausbruch oder zum mindesten die Erweiterung des drohenden Krieges zu verhindern*. Daß der Versuch in seinem ersten Programmpunkte ohne Erfolg geblieben ist, ändert nichts an dem Verdienste, an die große Auf-

* Ähnlich schildert Sasonow in seinem Oktoberbericht an den Zaren die Gründe für das friedliche Verhalten Frankreichs: „In erster Linie ist es durch den Gedanken beunruhigt, die Ereignisse in den Balkanländern könnten auf die eine oder andere Weise eine Intervention der Mächte veranlassen, die dort am meisten interessiert sind, das heißt Rußlands und Österreichs, was Frankreich seinerseits in einen Krieg hineinziehen könnte. Gerade diese Befürchtung ist der Grund dazu, daß Poincaré uns im letzten Sommer vertraulich und in aller Freundschaft daran erinnert hat, nach dem Buchstaben des Bündnisvertrages könne nur ein Angriff Deutschlands gegen Rußland zu einer Erfüllung der Verpflichtungen Frankreichs uns gegenüber führen. In zweiter Linie können die Franzosen einem Anwachsen der Unruhen auf der Balkanhalbinsel nicht gleichgültig zusehen; denn diese müssen ihnen finanzielle Verluste bringen, da sie bedeutende Kapitalien in verschiedene dortige Unternehmungen gesteckt haben. Darum sehnt die französische Regierung so glühend eine friedliche Lösung der entstandenen Konflikte herbei und ergreift die Initiative zu einer Reihe dahin zielender Vorschläge."

gabe unter Hintansetzung nationaler Empfindlichkeiten herangetreten zu sein und sie mit Geschick und zähem Eifer durchgeführt zu haben. Ob die erzielte Einmütigkeit der Mächte und insbesondere der beiden nächstinteressierten so unerschütterlich ist, daß sie dem entzweienden Druck der sich anscheinend vorbereitenden schweren Ereignisse standzuhalten vermag, kann fraglich erscheinen. Das aber ist gewiß, daß der französische Ministerpräsident mit der in seinem Charakter liegenden Festigkeit und ermutigt durch den bisherigen Erfolg, der ihm den Ruhm eines großen Mannes sichert und den Weg ins Elysée zu ebnen vermag, auch ferner alles daran setzen wird, um dem Zusammenbruch seines Werkes vorzubeugen. Ich glaube, daß seine Versicherung, zu diesem Zwecke auch weiter mit uns Hand in Hand zu gehen, volles Vertrauen beanspruchen darf[1].

Erfreulich ist, daß Herr Poincaré bei seinem Vorgehen die öffentliche Meinung seines Landes ziemlich einmütig hinter sich hat, nicht nur was die allgemeine Vermittelungstätigkeit betrifft, sondern auch was das Zusammengehen mit uns anlangt. Mag auch die Zustimmung der Nation zu erheblichem Teil der selbstgefälligen Befriedigung darüber zuzuschreiben sein, daß Frankreich nach langer Pause wieder eine führende und überall dankbar anerkannte Rolle übernommen hat, so spricht doch auch die Erkenntnis mit, daß ein Zusammenfinden Frankreichs und Deutschlands am ehesten geeignet scheint, das, was man hier als Folgen der Balkanwirren am meisten fürchtet, europäische Konflagrationen, abzuwenden[2]. In erschöpfender Weise wird der Anteil Deutschlands an dem Friedenswerk in der Presse, teils mangels genauerer Kenntnis der Vorgänge, teils aus nationaler Befangenheit, noch nicht gewürdigt, aber es ist doch zu betonen, daß sich nirgends, auch bei sonst heftig deutschfeindlichen Presseorganen, Einspruch gegen die nähere Berührung mit Deutschland erhebt. In eingeweihten einflußreichen Kreisen legt man dem Zusammengehen Frankreichs mit Deutschland nicht nur große aktuelle Bedeutung bei, sondern verspricht sich davon auch erfreuliche Wirkungen für die Zukunft. Jedenfalls sind wir — und dieser Erscheinung sind wir seit langer Zeit nicht begegnet — augenblicklich diejenige Macht, welche in den Betrachtungen der französischen Presse über die Lage mit bitter tadelnden und verdächtigenden Bemerkungen verschont bleibt.

Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 299. Vgl. auch Poincarés eigene Angaben in dem Erlaß an Paul Cambon vom 15. Oktober 1912 (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 113), wo er rund heraussagt: „La crainte des conséquences redoutables que recélait cette convention — nämlich der serbisch-bulgarische Vertrag vom 13. März 1912 — „m'a, en très grande partie, inspiré les démarches que je n'ai cessé d'entreprendre dans l'intérêt de la paix, depuis que j'ai vu grandir les menaces de guerre dans les Balkans." Aus den weiteren Ausführungen des Erlasses und ebenso aus Iswolskys Brief an Sasonow vom 12. September (Stieve, a. a. O., II, 250f.) ergibt sich, daß Poincaré bei den „conséquences redoutables" nicht so sehr, wie nach den Worten Sasonows geschlossen werden könnte, eine Hineinziehung Frankreichs in einen allgemeinen Krieg als vielmehr einen Krieg Österreichs gegen Rußland befürchtete, der nicht die Bündnispflicht Deutschlands und daher auch nicht Frankreichs auslösen würde. Vgl. Nr. 12258, S. 196, Fußnote.

Nicht so vor allem England. Nicht nur die Presse hat dieser engbefreundeten Macht in recht scharfen Worten Verschleppung der Vermittlungsaktion und allerlei Hintergedanken vorgehalten, sondern auch am Quai d'Orsay hat man den Unmut über das englische Zögern nicht zurückgehalten, allerdings später wieder abzuwiegeln gesucht, nachdem die britische Regierung nach mehrfachem Schwanken den französischen Vorschlägen voll zugestimmt hat.

Auch das verbündete Rußland wird in der französischen Presse nicht mit der gewohnten, fast unterwürfigen Freundlichkeit behandelt. Es tritt vielfach der Argwohn hervor, daß Rußland ein doppeltes Spiel treibe*, oder daß gegen die Haltung des amtlichen Rußland oder Sasonows persönlich starke höfische Einflüsse — man spricht offen von den Großfürstinnen montenegrinischer Herkunft — sowie die panslawistische Bewegung sich störend geltend machen.

Nicht minder groß, wenn nicht größer, ist das Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn. Die Forderung der erheblichen Rüstungskredite** sowie die Erklärung des Grafen Berchtold von den Lebensinteressen der Monarchie*** in Verbindung mit Gerüchten über Mobilisierung wirken stark beunruhigend.

Am schlimmsten kommt in der französischen Presse zurzeit Italien weg. Es bekommt bittere Worte über das frivole Tripolisabenteuer[3] und die intransigente Haltung gegenüber der Türkei zu hören und wird offen beschuldigt, die Balkanstaaten und insbesondere Montenegro nicht etwa nur mittelbar zu ihrem aggressiven Vorgehen veranlaßt, sondern unmittelbar angestiftet zu haben[4]. Französische Blätter drucken mit Behagen einen Artikel des „Journal de Genève" ab, worin auf die verdächtige Freundschaft Tittonis und Iswolskys hingewiesen und gesagt wird, es sei hauptsächlich den Intrigen des italienischen Botschafters in Paris zuzu-

---

* In seinem Erlaß an Paul Cambon vom 15. Oktober (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 113) nahm Poincaré Anlaß, der Auffassung, als ob die russische Regierung mit ihrer Protektion der Balkanstaaten ein doppeltes, nur äußerlich den Friedenswillen betonendes, tatsächlich auf Krieg abzielendes Spiel getrieben habe, entgegenzutreten. Es geschah aber in einer Weise, die keinen Zweifel daran läßt, daß Poincaré als den eigentlichen Kriegsanstifter Rußland ansah. Er umschreibt die Situation um die Mitte Oktober dahin: „La Russie s'aperçoit aujourd'hui qu'il est bien tard pour enrayer le mouvement qu'elle a provoqué et, comme je le disais à MM. Sazonoff et Iswolsky, elle essaie de freiner mais c'est elle qui a allumé le moteur."

** Am 8. Oktober hatte der gemeinsame Ministerrat beschlossen, unverzüglich einen Militärkredit von 410—500 Millionen zu fordern.

*** Am 10. Oktober hatte Graf Berchtold in der Ungarischen Delegation über die Auswärtige Politik mit den Worten geschlossen: „Österreich-Ungarns Politik war stets auf die Erhaltung des Friedens gerichtet . . . Österreich-Ungarn ist auch in der letzten Phase der internationalen Politik für den Status quo auf dem Balkan eingetreten, es treibt keine Eroberungspolitik. Das bedeutet aber nicht, daß Österreich-Ungarn auf dem Balkan keine Interessen hat. Österreich-Ungarn hat auf dem Balkan sehr wichtige Lebensinteressen und ist entschlossen, diese unter allen Umständen in energischer Weise zu wahren."

schreiben, wenn die Verhandlungen in Ouchy scheitern. Aber nicht nur in der Presse kommen derartige Gedanken zum Vorschein, sondern auch am Quai d'Orsay finden sie eine Stätte. Herr Poincaré hat mir wiederholt vertraulich zu verstehen gegeben, daß er von tiefem Mißtrauen gegen Italien erfüllt ist und an dessen aufrichtigem Wunsch, in Ouchy zu einer Verständigung zu gelangen, zweifle. Herrn Tittoni, der sich über die Verdächtigungen der französischen Presse beklagte und sich gegen ihre Begründung verwahrte, hat er ziemlich unverblümt gesagt, er, der Botschafter, werde einige Mühe haben, jenen Verdacht von sich abzuschütteln.

Will man die augenblickliche hiesige Stimmung mit kurzen Worten kennzeichnen, so lauten diese: „Nervöse Angst vor europäischen Verwickelungen." Diese Stimmung kommt auch deutlich in den Kursstürzen der Börse zum Ausdruck, die durch offiziöse Beschwichtigungsversuche nicht aufzuhalten gewesen sind. v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dann muß er auch einen Modus vivendi mit uns herau[s]bringen können
[2] richtig
[3] Barrère* hat es ja hineingehetzt
[4] !

Nr. 12272

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 303 Wien, den 14. Oktober 1912
Vertraulich [pr. 15. Oktober]

Graf Berchtold fragte mich heute, ob ich Kenntnis von der Aufzeichnung hätte, die über die Unterhaltung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs mit Herrn Sasonow während dessen jüngsten Aufenthalts in Berlin für Seine Majestät den Kaiser und König angefertigt worden sei**. Als ich dies verneinte, meinte der Minister, es sei dies ein sehr interessantes Schriftstück. Mit diesen Worten gab er mir dasselbe zum Durchlesen***. Von den Bemerkungen, welche der Minister in Anknüpfung an den Inhalt dieses Schriftstücks machte, möchte ich hier nachstehendes notieren:

Wenn Herr Sasonow sage, daß es wünschenswert wäre, wenn Öster-

* Französischer Botschafter in Rom.
** Siehe Nr. 12256.
*** In Berlin wurde es unliebsam empfunden, daß Graf Berchtold den Botschafter von Tschirschky auf ein nur auf vertraulichem Wege zu seiner Kenntnis gelangtes Schriftstück anredete, das dem Botschafter nicht mitgeteilt war. Kiderlen machte darüber dem Grafen von Szögyény einen Vorhalt, worauf sich Graf Berchtold in einem Schreiben an Kiderlen vom 18. Oktober entschuldigte.

reich, falls der Sandschak von den Serben oder Montenegrinern in das Kriegstheater einbezogen würde, nicht gleich losschlage, so sei das ganz seinen Intentionen entsprechend*. Nur läge die Gefahr vor, daß die Balkanstaaten die Karte Südeuropas ganz nach eigenen Wünschen modifizierten und die Großmächte dann das Nachsehen haben würden. Es müßte doch in irgendeiner Weise eine Garantie geschaffen werden, daß die Großmächte zum Schluß praktisch und nachdrücklich zu Wort kommen. Herr Sasonow stelle zwar in Aussicht, daß Österreich dann quasi als Mandatar Europas die Serben aus dem Sandschak hinauswerfen könne. Es komme aber Österreich-Ungarn nicht auf den Sandschak selbst an; der Besitz des Sandschaks sei für die Monarchie nicht von Belang, solange er nicht seinen Wert als freie Straße für Österreich nach dem Orient behalte. Wenn der serbische Riegel hinter Mitrowitza vorgeschoben würde, so hätte der Besitz des Sandschaks ebenso seine Bedeutung für Österreich-Ungarn verloren, wie wenn er selbst serbisch würde.

Übrigens berichte Graf Mensdorff, Herr Sasonow habe ihm deutlich zu verstehen gegeben, daß Rußland irgendeiner Aktion Österreichs am Balkan doch nicht werde ruhig zusehen können. Diese Meldung des Botschafters in London schiene ihm geeignet, das Gewicht obiger Äußerung des Herrn Sasonows wesentlich herabzumindern.

---

* In diesem Sinne äußerte sich der österreich-ungarische Botschafter in Petersburg Graf Thurn auftragsgemäß zu Sasonow am 16. Oktober. Vgl. das Telegramm Sasonows an Iswolsky vom 16. Oktober: „Im Gespräch mit mir sagte der österreichisch-ungarische Botschafter, daß Österreich sich entschlossen habe, sich einer etwaigen Verlegung der Kriegsoperationen nach dem Sandschak gegenüber ruhig zu verhalten, und daß die von Österreich ergriffenen militärischen Maßnahmen sich darauf beschränken werden, die Kaders der in den Grenzprovinzen gelegenen Truppenteile vom eingeschränkten Bestande auf den normalen zu bringen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 303. Genauer präzisiert die österreichischerseits in Petersburg abgegebenen Erklärungen noch eine Aktennotiz des Kanzleidirektors des russischen Außenministeriums Baron von Schilling (Stieve, a. a. O., II, 305 f.). Danach hätte Graf Thurn gegenüber Sasonow die von ihm in letzter Zeit mehrmals abgegebenen Versicherungen wiederholt, daß Österreich für sich selbst keinerlei territoriale Vergrößerung auf der Balkanhalbinsel suche. „Graf Thurn setzte hinzu, daß, selbst wenn die Ereignisse zu einer Erweiterung Bulgariens bis zu der im Vertrage von San Stefano vorgesehenen Grenze führen sollten, Österreich dieser Eventualität mit vollster Ruhe entgegensehen könnte. Auf die Frage S. D. Sasonows: ‚Und wie würde sich Österreich zu einer Vergrößerung Serbiens verhalten?' antwortete der Botschafter, daß an sich eine Vergrößerung des serbischen Gebietes keine besondere Bedeutung haben würde, daß Österreich aber keinesfalls zugeben könne, daß ihm der Weg nach Saloniki abgeschnitten werde, und daß es sich darum mit einer Ausdehnung Serbiens bis zum Meere nicht zufrieden geben könne. Der Botschafter erklärte, daß für den österreichischen Handel mit dem Orient ein Ausgang zum Ägäischen Meer notwendig sei, und daß die freie Verbindung mit ihm immer gesichert sein müsse. Nach Ansicht des Grafen Thurn könnte diese Verbindung in der Form einer Übergabe der Eisenbahnlinie bis Saloniki an Österreich gefunden werden unter ähnlichen Bedingungen, wie Rußland die chinesische Ostbahn besitzt. Der Botschafter bemerkte, in Österreich sei man von der Notwendigkeit eines Zugangs nach Saloniki derartig überzeugt, daß keine Regierung der öffentlichen Meinung widerstehen könnte, wenn sie hierauf verzichtete." Vgl. nun auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 159 s.

Graf Berchtold gab mir im Laufe unserer Unterredung noch Kenntnis von einem Telegramm des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers in St. Petersburg, worin dieser meldet, Herr Sasonow habe sich dem deutschen Botschafter gegenüber dahin ausgesprochen, er stehe und falle mit der Politik der Nichtintervention und der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan*. Diese Äußerung lasse darauf schließen, daß der russische Minister selbst schon mit seinem Rücktritt rechne.

von Tschirschky

Nr. 12273

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 396 Therapia, den 14. Oktober 1912

Antwortnote der Pforte auf gemeinsame Vorstellungen der fünf Mächte** geht mit morgiger Post ab.

Die Pforte hebt darin die eigene Bereitwilligkeit zur Einführung von Reformen hervor, lehnt jedoch fremde Einmischung bei Ausführung Reformplanes ab.

Bisherige Verbesserungsversuche seien vor allem an Agitation aufrührerischer Elemente gescheitert. Die Pforte erkennt freundschaftliche Absicht der Mächte an und schließt sich deren Bemühungen zur Vermeidung kriegerischer Konflikte an. Zu diesem Zwecke solle, obgleich der Berliner Vertrag nicht in allen Punkten respektiert worden sei, der Entwurf des Wilajetgesetzes von 1880 bei der Kammer eingebracht werden. — Die Regierung werde die alsbaldige und ernstliche Anwendung dieses Gesetzes sich angelegen sein lassen.

Frühere Nachlässigkeiten seien Folgen eines abgetanen Regierungssystems und könnten einen Zweifel an dem Willen und der Fähigkeit der gegenwärtigen Regierung zu Reformen nicht begründen.

Wangenheim

Nr. 12274

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Sofia, den 15. Oktober 1912

Die Pforte hat ihrem hiesigen Vertreter mitgeteilt, daß die durch ihn übermittelte bulgarische Note vom 13. Oktober eine Beantwortung nicht verdiene. Die bulgarische Regierung habe die Achtung vor den Großmächten dadurch verletzt, daß sie deren Vermittlung beiseite geschoben***.

* Vgl. Nr. 12264.

** Vgl. Nr. 12259. Die Note ist gedruckt unter anderem bei Guéchoff, L'Alliance Balkanique, p. 89s., in deutscher Übersetzung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 458.

*** Eine gleiche Mitteilung erfolgte an die türkischen Vertreter in Belgrad und Athen.

Mukbill Bey ist angewiesen worden, den Vertretern der Großmächte hiervon Kenntnis zu geben und mit dem Personal der Gesandtschaft Sofia zu verlassen.

Below

Nr. 12275

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 116 Berlin, den 16. Oktober 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 111*.

Zu Ew. pp. Information.

Ich habe Herrn Cambon, der auf Antwort drängte, vorläufig erwidert, ich könne, bevor mir nicht Ansicht österreichisch-ungarischer Regierung bekannt sei, keine endgültige Antwort geben. Meine Privatmeinung sei, daß Gang der Ereignisse eine Mediation verspätet erscheinen lasse. Wir begrüßten Initiative Frankreichs als Mittel zur Aufrechterhaltung Kontakts der Mächte, aber der Augenblick scheine noch nicht gekommen, auf die französischen Vorschläge einzugehen. Werde der Konferenzgedanke später wieder aufgenommen, so wollten wir ihn mit Interesse prüfen. Inzwischen sollten Kabinette unseres Erachtens schleunigst in Meinungsaustausch eintreten über Haltung, die europäisches Konzert, welches aufrechterhalten bleiben müsse, am Ende des Konflikts einzunehmen haben werde.

Nach durch Telegramm 106** gemeldeter Zustimmung Österreichs ist vorstehende Antwort nunmehr definitiv***.

Kiderlen

Nr. 12276

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 965 London, den 14. Oktober 1912
[pr. 16. Oktober]

Sir Edward Grey, den ich heute aufsuchte, sprach längere Zeit über die politische Lage. Es könne jetzt kein Zweifel mehr sein, daß der Krieg unmittelbar bevorstehe. Die Fassung der bulgarischen Note an die Türkei† lasse die Absicht erkennen, es zum Bruche zu treiben. Die einzige wirkliche Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, hätte in einer bewaffneten Zwangsintervention der Mächte gelegen. Zu einer solchen hätte sich aber

* Siehe Nr. 12265.
** Siehe Nr. 12266.
*** Vgl. dazu das Telegramm Cambons an Poincaré vom 16. Oktober, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 114.
† Vgl. Nr. 12267.

niemand bereit finden lassen, und selbst, wenn einzelne Mächte bereit gewesen wären, hätte doch gerade ein solches zwangsweises Einschreiten selbst wieder Gefahren für den allgemeinen Frieden mit sich gebracht. Was die Mächte tun konnten, sei geschehen. Es scheine ihm aber so gut wie sicher, daß Bulgarien seit mehreren Wochen fest entschlossen gewesen sei, zum Kriege zu treiben und sich wahrscheinlich durch keine noch so weitgehende Reformaktion von diesem Vorhaben hätte abbringen lassen. Er habe bei seiner gesamten Haltung nur das Ziel im Auge gehabt, die Einigkeit unter den Mächten zu heben, und werde auch in Zukunft bereit sein, sich jedem Schritte anzuschließen, der geeignet scheine, die Festigkeit des europäischen Konzertes zu stärken.

Der Minister fragte dann, ob ich seine Äußerungen vom 7. d. Mts.* nach Hause berichtet und ob ich irgendwelche Mitteilungen über die Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung für ihn erhalten hätte. Ohne auf die erste Frage einzugehen, verneinte ich die zweite, worüber Sir E. Grey etwas enttäuscht schien. Er fügte hinzu, er werde sich immer freuen, etwas über unsere Auffassung der Lage zu hören.

R. v. Kühlmann

Nr. 12277

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 16. Oktober 1912

Der französische Botschafter hat mir nachstehende Notiz** übergeben:

1. Les Puissances se concerteront immédiatement à l'effet d'interposer en temps opportun[1] leur médiation entre la Sublime Porte et les Gouvernements des Etats Balkaniques;

---

* Vgl. Nr. 12240.

** Zur Entstehung des neuen französischen Vorschlags vgl. Nr. 12265, Fußnote **. Der neue Vorschlag wurde auch der italienischen Regierung mitgeteilt, die inzwischen am 15. Oktober den Präliminarfrieden von Ouchy mit der Türkei abgeschlossen hatte und dadurch in den Stand gesetzt war, sich noch in letzter Minute an den Mediationsbestrebungen der Mächte zu beteiligen. Über ihren Standpunkt vgl. Nr. 12281. Über den Standpunkt der übrigen Mächte, insbesondere Rußlands vgl. das Telegramm Sasonows an Iswolsky vom 16. Oktober und das Telegramm des letzteren an den ersteren vom gleichen Tage, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911-1914, ed. Fr. Stieve, II, 303f. Nur England trat dem Poincaréschen Vorschlag ohne Vorbehalt bei; Rußland wollte nur die ersten beiden Punkte des Poincaréschen Vorschlags annehmen und verlangte, daß über alle mit der Vermittlung und der Konferenz zusammenhängende Fragen ein volles Einverständnis unter den Mächten der Tripelentente erzielt sein müsse, ehe man sich darüber mit den Dreibundmächten ins Benehmen setze. Diesen Standpunkt akzeptierte Poincaré bereitwilligst. Doch ergaben sich starke Schwierigkeiten, die sehr divergierenden Ansichten der französischen und der russischen Staatsmänner auszugleichen.

2. Si la médiation réussit, une Conférence Internationale se réunira dans le plus bref délai pour l'étude et l'application des réformes à introduire dans la Turquie d'Europe[2];

3. Si la médiation échoue, la Conférence se réunira de même pour prendre à la fin des hostilités les mesures[3] que comporteront le souci de la paix générale et l'intérêt commun de l'Europe;

4. Les Puissances s'accordent d'ailleurs à ne rien entreprendre qui soit contraire à la souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'intégrité de l'Empire Ottoman[4].

Ich habe dem Botschafter mündlich erwidert:

J'accepte volontiers l'idée d'un concert entre les Puissances en vue d'interposer leur médiation en temps opportun entre les belligérants. L'expression „temps opportun" comporte qu'il n'y a pas lieu à médiation immédiate[5].

En ce qui concerne l'idée de la réunion d'une Conférence j'estime qu'elle doit être examinée et ne pas faire l'objet d'une décision à l'heure actuelle[5].

Elle devrait être précédée d'une étude entre les cabinets des différentes éventualités[3] qui pourraient se produire.

Un point qui doit appeler les réflexions est celui de savoir quelles Puissances devraient prendre part à la Conférence. M. Poincaré avait pensé que les Grandes Puissances „prendraient en main" l'exécution des réformes. Cette expression suffit à indiquer que les Grandes Puissances devraient seules prendre part aux délibérations finales[6] tout en tenant compte de l'issue de la guerre.

Sur le 4me point il y a accord[7].

Je continue à penser que quelque soit le développement des événements il est indispensable que le contact entre nos deux Gouvernements persiste[8*].

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Auf den kommt es sehr an! Wann?!

[2] doch nur wenn die Türkei sich siegreich behauptet hat!! Sonst nein!

[3] ja

[4] ? Nur wenn Stambul siegreich! Sonst einfach ausgeschloßen und Auftheilung!

[5] richtig

[6] wenn die „Kleinen" Sieger bleiben und die Gebiete besetzen, dann werden sie mit reden wollen, was ihnen billigerweise nicht verweigert werden kann, und wofür Rußland sich einsetzen wird.

[7] ?!

[8] Hauptsache! ja

---

* Nach einem Immediatbericht Kiderlens vom 19. Oktober hätte die Cambon erteilte Antwort folgende Fassung gehabt: „Le Gouvernement Impérial est d'accord avec le Gouvernement Français sur la convenance pour les Puissances d'interposer leur médiation entre les belligérants. Les Puissances devront se concerter au moment où il paraîtrait avoir lieu de proposer cette médiation sur les termes dans lesquelles elle pourrait se produire. Quelle que soit la réponse faite par les belligérants à la médiation des Puissances, celles-ci se concerteront sur les mesures à prendre en vue du maintien

Nr. 12278

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 313 Paris, den 16. Oktober 1912

Herr Poincaré erläutert mir seine Vorschläge dahin, daß nun nach Ausbruch der Feindseligkeiten bis Beendigung derselben selbstverständlich von Konferenz keine Rede sein könne, daß es sich aber empfehle, unter den Mächten über Prinzip Mediation unter Vorbehalt geeigneten Zeitpunkts für ihre Verwirklichung Verständigung zu erzielen. Krieg werde voraussichtlich so mörderisch werden, daß Europa sich Intervention kaum entziehen könne. Jetzt sei Aussicht, Mächte über Prinzip Mediation zu einigen, später würde dies schwieriger werden. Er habe Englands und Rußlands Zustimmung, ohne indessen diese Gruppierung betonen zu wollen. Hauptsache sei und bleibe Aufrechterhaltung europäischen Konzerts. Stoße sein Vorschlag auf Bedenken, so sei er zu Abänderung so lange bereit, bis Einigkeit erzielt.

Schoen

Nr. 12279

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 Wien, den 16. Oktober 1912

Graf Berchtold sprach mir heute von dem neuesten französischen Vorschlag in betreff einer Mediation und Konferenz*. Er meinte, es sei eigentümlich, daß schon wieder ein neuer erfolge, nachdem der erste soeben erst ekartiert worden sei. Herr Poincaré scheine ein dringendes Bedürfnis zu haben, sich in den Vordergrund zu drängen. Neu sei bei der zweiten Demarche hauptsächlich, daß Rußland und England nach Äußerung des französischen Botschafters bereits ihre Zustimmung dazu gegeben hätten.

---

de la paix générale, de l'intérêt commun de toutes les Puissances et l'amélioration de l'administration de la Turquie d'Europe. Ces mesures devront reposer sur le maintien de l'intégrité de la Turquie." Der scheinbare Widerspruch zwischen beiden Versionen erklärt sich daraus, daß die im Text wiedergegebene Version die von Kiderlen am 16. Oktober vorläufig dem französischen Botschafter erteilte Antwort, die im Immediatbericht vom 19. Oktober enthaltene Version die definitive Antwort vorstellt. Im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques (I, 114, 119 s.) erscheint die erste Antwort in Cambons Telegramm vom 16., die zweite in Cambons Telegramm vom 19. Oktober.

* Vgl. Nr. 12277.

Herrn Dumaine habe er vorläufig geantwortet, er werde die vier Punkte sorgfältig studieren. Prima vista stiegen ihm aber Bedenken darüber auf, ob es zweckmäßig sein würde, eine Mediation jetzt eintreten zu lassen, die doch nur zu einer Ablehnung führen könne. Auch bezweifle er, daß der Eifer der Kriegführenden sich so bald abkühlen werde, daß die Mächte gleich nach den ersten kriegerischen Operationen würden eingreifen können. Eine Konferenz werde vor Entscheidung der Waffen keinerlei Verhandlungssubstrat haben. Auch sei zu bedenken, daß eine mangelhafte Vorbereitung Konferenz statt eine Einigung der Konferenzteilnehmer leicht deren Entzweiung zur Folge haben könne.

Zum Schluß bemerkt der Minister mir gegenüber, je mehr er darüber nachdenke, um so weniger sympathisch erscheine ihm der Konferenzgedanke. Den Berliner Gedanken einer dauernden Konversation unter den Mächten halte er für praktischer.

Tschirschky

Nr. 12280

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 715 Berlin, den 17. Oktober 1912
[abgegangen am 19. Oktober]

Mit Beziehung auf anderweitige Berichterstattung*.

Die Haltung, welche Graf Berchtold hinsichtlich der französischen Mediations- und Konferenzvorschläge einnimmt, entspricht durchaus derjenigen, welche wir selbst den Anregungen Herrn Poincarés gegenüber beobachten. Wie Ew. pp. aus dem Ihnen inzwischen zugegangenen Erlaß vom gestrigen Tage** ersehen haben werden, haben auch wir uns für eine dilatorische Behandlung des uns ebenfalls nicht sympathischen Konferenzgedankens entschieden. Sollte sich die Konferenz im weiteren Verlaufe der Ereignisse trotzdem nicht vermeiden lassen, so müßte sie jedenfalls durch vorhergehenden Gedankenaustausch zwischen den Mächten im Detail derart vorbereitet werden, daß sie nach ihrem Zusammentritt lediglich als Registrierungskonferenz zu fungieren haben würde.

Von der angeblich erfolgten Zustimmung Rußlands und Englands zu den französischen Vorschlägen hat Herr Cambon hier nichts gesagt.

Kiderlen

---

* Vgl. Nr. 12279.
** Siehe Nr. 12275.

Nr. 12281

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 149 Rom, den 17. Oktober 1912

Minister des Äußern hält für wünschenswert, daß Antwort der Dreibundmächte auf zweiten Konferenzvorschlag Poincarés übereinstimmend sei, und hat deshalb Barrère, der auf Antwort drängte, erwidert, daß er letztere erst nach Fühlungnahme mit Berlin und Wien geben könne*. Ansicht Marquis di San Giulianos über Vorschlag ist folgende: Mediation erst nach ersten Schlachten zweckmäßig. Ferner: Punkt 1 annehmbar. Punkt 2 annehmbar, oder wenigstens könne man sich günstig darüber aussprechen. Punkt 3 betreffend Zusammentritt der Konferenz auch bei Scheitern der Mediation nicht annehmbar. Punkt 4 betreffend Integrität der Türkei annehmbar, doch dürfe damit nicht auch jede etwaige Zwangsaktion gegen Türkei behufs Durchführung der Reformen ausgeschlossen werden. Minister erbittet Ansicht Euerer Exzellenz**. Herr Pansa*** erhält entsprechende Instruktion.

Jagow

Nr. 12282

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 99 Bukarest, den 16. Oktober 1912

Herr Kalindero†, der heute lange mit mir über die politische Lage sprach, sieht sehr pessimistisch in die Zukunft und sagt, daß Seine Majestät der König seit seiner Unterredung mit mir noch viel pessimistischer als damals denke. Herr Kalindero erblickt eine große Gefahr für den europäischen Frieden darin, daß Österreich, wie Graf Berchtold bei seinem hiesigen Besuche†† ganz vertraulich angedeutet habe, bei einer Besetzung des Sandschaks durch Serbien und Montenegro einschreiten werde und der serbische Ministerpräsident die Intervention Rußlands für den Fall des österreichischen Einschreitens angekündigt habe. Ein bedenkliches

* Vgl. auch das Telegramm des französischen Botschafters in Rom Barrère an Poincaré vom 16. Oktober. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 114.

** Eine Antwort erübrigte sich, da inzwischen Botschafter von Jagow durch Telegramm Nr. 156 vom 18. Oktober über die deutsche Stellungnahme orientiert war.

*** Italienischer Botschafter in Berlin.

† Administrator der rumänischen Krondomänen, Vertrauter König Karls.

†† Vgl. dazu Kap. CCLXII, Nr. 12135.

Zeichen sei auch, daß das von Rußland pekuniär unterstützte Montenegro doch wohl nicht ohne Einvernehmen Rußlands den Krieg erklärt habe. Auch Herr Kalindero sagt, daß Rumänien eine Vergrößerung Bulgariens nicht dulden könne. Den Bulgaren sei dies angedeutet worden, wie sie andererseits jetzt auch wüßten, daß keine Militärkonvention zwischen Rumänien und der Türkei bestände.

Herr Kalindero beklagt tief, daß bei der schlimmen Lage ....* nun wahrscheinlich in seiner friedlich aufstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung gestört und, obwohl es keinen Krieg wolle, gezwungen werden würde, Krieg zu führen.

Es habe gehofft, angesichts des Verhältnisses zu Deutschland und Österreich und bei den Beziehungen des deutschen Kaiserhauses zum russischen und zu England in Ruhe und Frieden sich entwickeln zu können. Herr Kalindero bedauerte, daß der greise Franz Joseph und auch der bejahrte, seit jeher kranke König Karl, der seit langem und erst vor sechs Monaten Seine Majestät den Kaiser habe besuchen wollen, aber nicht dazu imstande sei, weil er eine längere Reise nicht mehr aushalten könne, und der auch nicht mehr zu Pferde steigen könne, diese schwere Zeit durchmachen müßten.

Rumänien bleibe nichts übrig als der Anschluß an Österreich. Die Ernennung zum russischen Generalfeldmarschall habe der König nicht gern gesehen. Derselbe sei stets sehr freundlich zu Rußland, aber dies verfolgt mit großer Eifersucht die Beziehungen Rumäniens zu Österreich und Deutschland. Auch der Besuch des Grafen Berchtold, den der König durch Einladung der Gräfin harmlos habe gestalten wollen, und die Entsendung der preußischen Militärdeputation** habe die russische Eifersucht erweckt. Rußland sei es unangenehm, daß Rumänien für die panslawistischen Bestrebungen ein Hindernis bildet.

Waldthausen

Nr. 12283

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Potsdam

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 18. Oktober 1912

Die Vertreter von Bulgarien und Griechenland*** haben soeben mitgeteilt, daß ihre Regierungen und diejenige von Serbien gestern abend der Türkei formell den Krieg erklärt haben.

Kiderlen

* Zifferngruppe fehlt.
** Am 30. September war zur Feier des 50jährigen Jubiläums des Eintritts König Karls in das 2. Garde-Dragoner-Regiment eine Offiziersdeputation dieses Regiments in Sinaia eingetroffen.
*** Theotokis.

Nr. 12284

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 969 London, den 15. Oktober 1912
[pr. 17. Oktober]

Sir E. Grey hatte mir in der Konversation am Montag den 7. Oktober* deutlich den Wunsch durchblicken lassen, mit der deutschen Regierung in engere Fühlung zu treten. Der Minister war sichtlich enttäuscht, als ich bei der gestrigen Konversation, in welcher er den Wunsch nach Fühlungnahme mit Deutschland aufs neue erkennen ließ[1], nicht in der Lage war, ihm auf seine Eröffnungen vom vorigen Montag irgend etwas mitzuteilen. Gestern dinierte der Erste Privatsekretär des Ministers, Mr. Tyrrel, mit mir. Er sagte mir, er habe mit Vorwissen und im Auftrage Sir Edward Greys dessen mündliche Ausführungen mir gegenüber zu ergänzen. Der Minister sei nicht sicher, ob seine Eröffnungen am vorigen Montag ihrer wahren Bedeutung nach vollkommen gewürdigt worden seien. Der Minister habe absichtlich dem deutschen Vertreter zuerst eine vollständige und offene Mitteilung über das Ergebnis seiner Konversationen mit Herrn Sasonow machen wollen, um uns dadurch einen Beweis seines Vertrauens zu geben**[2]. Zugleich habe Sir Edward Grey, soweit es ihm, ohne unsere Absichten zu kennen, möglich war, den Wunsch nach intimer politischer Kooperation mit uns aussprechen wollen. Sir Edward Grey halte den Zeitpunkt für hervorragend geeignet, um zu einem vertrauensvollen politischen Verhältnis mit uns zu gelangen. Er sei des

* Vgl. Nr. 12240.

** Die Mitteilung war, wie sich aus dem Immediatbericht Sasonows über seine Reise nach England, Frankreich und Deutschland (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 289ff.) ergibt, weder „vollständig" noch „offen" gewesen. Das Gespräch zwischen Sir E. Grey und Sasonow hatte vor allem auch die Frage berührt, was Rußland von England im Falle eines Konfliktes mit Deutschland erwarten könne. Es heißt darüber in dem Sasonowschen Berichte: „Nachdem ich Grey vertraulich über die wesentlichsten Punkte unserer Marinekonvention mit Frankreich unterrichtet und bemerkt hatte, daß auf Grund des abgeschlossenen Vertrages die französische Flotte unsere Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatz durch Behinderung der österreichischen Flotte, in das Schwarze Meer vorzudringen, zu sichern bestrebt sein werde, fragte ich, ob England seinerseits uns dieselben Dienste im Norden leisten könnte, indem es die deutschen Geschwader von unseren Ostseeküsten fernhält. Ohne Bedenken erklärte Grey, wenn die vorausgesehenen Umstände eintreten sollten, so würde England alle Anstrengungen machen, um der deutschen Seemacht den empfindlichsten Schlag zu versetzen. Über die Frage militärischer Operationen sei bereits von den in Betracht kommenden maßgebenden Stellen verhandelt worden, aber in diesen Beratungen sei man zu dem Schluß gelangt, die englische Flotte könne zwar leicht in die Ostsee eindringen, ihr Aufenthalt daselbst aber bedeute eine große Gefahr. Angenommen, es glückte Deutschland, die Hand auf Dänemark zu legen und den Ausweg aus der Ostsee zu sperren, so würde die englische Flotte wie in einer Mausefalle sitzen. Deshalb würde England voraussichtlich seine Operationen auf die Nordsee beschränken müssen."

langen Haders herzlich müde und wolle uns in voller Aufrichtigkeit die Hand zu einer herzlichen und dauernden Versöhnung reichen, er biete uns den Ölzweig des Friedens. Die gegenwärtige Krise scheine ihm für ein intimes Zusammenarbeiten der beiden Diplomatien besonders geeignet, da ihm die englischen und deutschen Interessen vollkommen identisch erschienen. England strebe keinerlei politischen Gewinn aus dieser Krise an. Man habe ihm Absichten auf die Sudabai und manches andere zugetraut[3]. Dies sei Unsinn. Er erstrebe keinerlei Gewinn aus der Verwirrung. England verfolge kein anderes Ziel als die Lokalisierung des Balkankonfliktes[4]. Dies könne seiner Ansicht nach am besten erreicht werden, wenn in erster Linie durch einen vertraulichen Meinungsaustausch zwischen England und Deutschland Übereinstimmung zwischen diesen beiden Ländern hergestellt sei, dann sollten sie auch offen Hand in Hand vor Europa erscheinen[5]. Dies werde ihren Ratschlägen unwiderstehliches Gewicht verleihen und auf der ganzen Welt den stärksten Eindruck machen. Sir Edward Grey wolle uns, um einen Gedankenaustausch zu ermöglichen, seine Ideen über den Verlauf der jetzigen Krise mitteilen:

Ein Eingreifen der Mächte werde erst nach der ersten großen Schlacht mit einiger Aussicht auf Erfolg eintreten können[6]. Die Grundsätze, von denen er sich leiten lassen werde, seien: Die Mächte des Balkanbundes sollen, wenn irgend möglich, keine territorialen Gewinne haben; in Mazedonien müßten unter Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans eingreifende Reformen ausgeführt werden; die Führerrolle der diplomatischen Aktion könne vor der Welt Rußland und Österreich gelassen werden; ob Konferenz oder keine Konferenz sei ihm gleichgültig, es liege ihm daran, in dieser Hinsicht zunächst unsere Wünsche zu hören und gegebenenfalls dem beizutreten, worüber sich Rußland und Österreich einigten[7].

Sei durch diese Kooperation in schwieriger Zeit die Intimität der deutschen und englischen Diplomatien hergestellt, so könnten wir uns über alle politischen Wünsche und Interessen verständigen. Er sei zum allergrößten Entgegenkommen bereit und halte ein Zusammengehen in China, Persien, Türkei und Afrika für aussichtsreich. Der Minister lege Wert darauf zu betonen, daß er dies für einen wichtigen und entscheidenden Schritt halte und wünsche, daß es auch bei uns als ein solcher aufgefaßt werde.

Die Eröffnungen Sir Edward Greys scheinen mir das Ergebnis einer längeren Entwicklung, auf welche in der Berichterstattung der Kaiserlichen Botschaft mehrfach hingewiesen worden ist. Das System der Ententen, auf welchem Englands auswärtige Politik aufgebaut war, begann in neuerer Zeit Risse zu zeigen. Frankreich hat man es hier übel genommen, daß es England vorigen Sommer unter Verschweigung wichtiger Teile der Vorgeschichte in ein gefährliches Abenteuer hineinzerrte; dann kam eine Periode langer und akuter Reibungen über die spanischen Ansprüche in

Marokko, welche noch nicht zu Ende ist (Tanger), und auch die an sich geringfügigen, aber durch alte Kontroversen vergifteten Verhandlungen über den Waffenschmuggel in Maskat haben in neuerer Zeit wiederholt zu unangenehmen Auseinandersetzungen geführt.

Im Verhältnis zu Rußland war schon seit geraumer Zeit eine Abkühlung zu spüren. Der Besuch Sasonows hat nicht vermocht, die Beziehungen wärmer zu gestalten[8]. Das persische Problem scheint, je näher man ihm auf den Leib rückt, desto mehr einer freundschaftlichen, mit den britischen Interessen verträglichen Lösung zu spotten. Die Angriffe der französischen Presse gegen die englische Regierung, welche hier auf russische Einflüsterungen zurückgeführt werden, haben hier um so schwerer verletzt, als man sie für sachlich vollkommen unbegründet hält. Alle diese Momente mögen dazu beigetragen haben, Sir Edward Grey zu dem Versuch zu veranlassen, uns Eröffnungen zu machen, um zu sehen, ob eine Kooperation in Deutschland gewünscht wird, und ob sich die englische Politik in einem anderen Sinne orientieren lassen würde. Leicht ist ihm dieser Entschluß sicher nicht geworden, und es müssen schwerwiegende Gründe gewesen sein, die ihn dazu veranlaßt haben.

Die langsame Abwendung der englischen Politik von den Bahnen, die mit dem Namen König Eduards verbunden sind, kann man von dem Tage datieren, an welchem Seine Majestät König Georg die Zügel der Regierung ergriffen hat. Diese Entwicklung war ziemlich gradlinig fortgegangen und durch den Besuch Ihrer Majestäten in London im Frühjahr vorigen Jahres noch akzentuiert worden[9], bis in der durch Unstimmigkeiten und Mißverständnisse aller Art zur höchsten Gefahr gesteigerten Marokkokrise alle jene Mächte, welche England auf den Weg kontinentaler Allianzen zu drängen versuchten, für kurze Zeit wieder Oberwasser erhielten. Als nach der Marokkokrisis das englische Volk, vergleichbar dem sagenhaften Reiter, der über den Bodensee geritten, kühlen Blutes erkannte, welch schrecklichem Abgrund es mit knapper Not entronnen war, setzte sofort eine scharfe Reaktion ein. In engem Kreise geboren, bald von den leitenden Männern im Kabinett und von den wirklich führenden Geistern der Nation aufgenommen[9], brach sich der Gedanke Bahn, daß eine vernünftige englische Politik Deutschland, statt ihm eindämmend entgegenzutreten, behilflich sein müsse, Ellbogenraum in der Welt zu gewinnen, der Gedanke, welcher der Mission Lord Haldanes nach Berlin* zugrunde lag. Schwankungen und Trübungen traten dadurch ein, daß von englischer Seite versucht wurde, den Gedanken kolonialer Ausbreitungen im großen Stile zu benützen, um Deutschland zu bewegen, von neuen Rüstungen abzustehen, welche englische Gegenrüstungen und damit Auslösung einer gewissen Erregung in England wahrscheinlich zur Folge haben würden. Ich selbst habe damals die Auffassung vertreten, daß der Gewinn einer kolonialpolitischen Ver-

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLIII.

ständigung mit England im großen Stile für die Entwicklung des deutschen Volkes so wichtig wäre, daß er nicht um einer relativ nicht sehr erheblichen Stärkung unserer Wehrkraft zur See willen aufs Spiel gesetzt werden sollte. Die Ereignisse haben dieser Auffassung Unrecht gegeben. Der Drang des Gedankens einer Verständigung hat die schwere Probe der Reden Mr. Churchills und der anschließenden Preßkampagnen ohne nennenswerten Schaden überstanden, und alle maßgebenden englischen Politiker sind jetzt darüber einig[9], daß die Flottenfrage aus allen deutsch-englischen Besprechungen herausgelassen werden muß, und daß alle Anstrengungen auf Herbeiführung einer politischen Verständigung gerichtet sein müssen.

Als der Gedanke eines englisch-französischen Bündnisses in die internationale Presse lanciert wurde, war die Aufnahme in maßgebenden englischen Kreisen so kühl und ablehnend, daß klar zutage lag, wie weit die Reaktion gegen die kontinentale Politik Englands bereits fortgeschritten sein mußte*. Seit dem Frühsommer sind in der Fassung des Gedankens der kolonialen Verständigung große Fortschritte gemacht worden, und die gewinnende Persönlichkeit Baron Marschalls hat den Gedanken einer Annäherung sehr gefördert**.

Die oben geschilderten Beziehungen zwischen England, Frankreich und Rußland und die drängende Kriegsnot der Balkanverwirrungen haben den Entwicklungsprozeß so beschleunigt, daß jetzt ein psychologischer Moment eingetreten ist, welcher für die künftige Stellung Englands zu den Kontinentalmächten von ausschlaggebender Bedeutung sein wird***.

Ob wir in die dargebotene Hand einschlagen oder sie zurückweisen, hängt von Erwägungen ab, die sich von hier aus nicht übersehen lassen. Alles, was der Beobachter an Ort und Stelle tun kann, ist pflichtgemäß darauf hinweisen, daß ein psychologischer Moment erster Ordnung eingetreten ist.

Wie immer auch die Entschließung fallen möge, möchte ich dringend empfehlen, Sir Edward Grey eine sachliche und ausführliche Antwort

---

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII.

** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLIV.

*** Zu diesem Kommentar von Kühlmanns vgl. auch den Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitän von Müller vom 18. Oktober 1912 bei A. von Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 357f. von Müller, der mit Kühlmann in enger Fühlung stand, führt die auffallenden Avancen Sir E. Greys auf einen Riß in der Entente zurück, der gerade anläßlich Sasonows Besuch in England offenbar geworden sei. „Das Ergebnis dieses Mißtons in der Tripelentente ist, daß England sich um eine Verständigung — einen Gedanken- und Absichtenaustausch — mit Deutschland bemüht. Die hiesige Botschaft hält das für eine vorzügliche Gelegenheit, zu besseren Beziehungen zu gelangen, zunächst einmal überhaupt vertrauensvollere Beziehungen als bisher im offiziellen Verkehr mit dem Foreign Office anzuknüpfen ... Das Anerbieten Englands (Greys) zum Absichtenaustausch ist ungefragt und aus eigenem Antrieb vertraulich gemacht worden — ebenso ist ungefragt die vertrauliche Mitteilung gemacht worden, daß England am Kriegsausbruch unbeteiligt sei, und daß die Lokalisierung des Brandes seinen Wünschen entspreche."

zu geben. Einer sensitiven, innerlichen Natur, wie er ist, der es Schwierigkeiten macht, aus sich herauszugehen und seinen eigentlichen Menschen zu zeigen, fällt eine Initiative dieser Art sehr schwer. Ihm nicht in irgendeiner Form zu antworten, würde ihn tödlich verletzen und ihn uns dauernd zum Feinde machen.

R. v. Kühlmann

Randbemerkungen von Kiderlens:

[1] Doch sehr vage!
[2] war doch durch das Communiqué bekannt
[3] haben wir auch nicht geglaubt
[4] wir auch von Anfang an, weil wir gleich Verhütung des Kriegs für ausgeschlossen hielten
[5] warum dann die Heimlichkeit durch Tyrrel?
[6] richtig
[7] Registrierkonferenz

Randbemerkungen Wilhelm von Stumms:

[8] Der König hat Sasonow erklärt, die Entente mit Rußland werde von der liberalen wie der konservativen Regierung als eine der Grundlagen der auswärtigen Politik Englands angesehen.
[9] ?

Nr. 12285

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 London, den 16. Oktober 1912

Unter Bezugnahme auf Bericht 969 vom 15. Oktober*.

Sir Edward Grey bittet mich durch seinen Privatsekretär, um Mißverständnisse auszuschließen, zu betonen, daß die im angezogenen Bericht gekennzeichneten Anschauungen vorläufig nur als seine persönlichen zu betrachten seien, und daß vorläufig weder Sir A. Nicolson** noch Sir Edward Goschen darum wüßte.

Kühlmann

---

* Siehe Nr. 12284.

** Wie wenig Sir A. Nicolson die nach Mr. Tyrrel einer Verständigung mit Deutschland sich zuneigenden Ansichten Sir E. Greys teilte, ergibt sich aus dem Telegramm Botschafter Paul Cambons an Poincaré vom 16. Oktober, nach dem Sir A. Nicolson aus der Lage nicht gleich dem Staatssekretär den Schluß einer Annäherung Englands an Deutschland, sondern den entgegengesetzten einer Befestigung der Tripelentente zog: „La conclusion du Sous-Secrétaire d'Etat permanent a été que nous devons nous appliquer à maintenir la Triple Entente, à resserrer les liens de l'Angleterre et de la France et à agir ensemble à Pétersbourg pour dissiper les préventions qu'inspirent à nos alliés le Gouvernement anglais et sa politique." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 115.

Nr. 12286

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 177 Berlin, den 17. Oktober 1912

Auf Telegramm 165*.

Bitte an Sir E. Grey gelangen zu lassen, wir seien durchaus bereit, pari passu mit England in der Balkanfrage vorzugehen. Ein Erlaß, der den diesseitigen Standpunkt ausführlich darlegt, wird der Botschaft demnächst zugehen**. Wir werden englische Wünsche und Auffassungen gern in Erwägung ziehen.

Kiderlen

Nr. 12287

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1207 Berlin, den 20. Oktober 1912
[abgegangen am 22. Oktober]

Euer pp. sagen in dem Bericht vom 14. d. Mts. Nr. 965*** und wiederholen es in dem Bericht vom 15. Nr. 969†, daß Sir E. Grey enttäuscht gewesen sei, auf seine Eröffnungen, die Sie unter dem 7. telegraphisch gemeldet, keine Antwort erhalten zu haben. Ihre telegraphische Mitteilung läßt nichts erkennen, auf das eine unmittelbare Antwort erforderlich gewesen wäre; sie spricht lediglich von dem einseitigen Wunsche Sir E. Greys, über unsere Anschauungen auf dem laufenden erhalten zu werden.

Auch das, was uns Grey über seine Unterredung mit Sasonow mitgeteilt hat, geht nirgends über den Rahmen desjenigen hinaus, was uns aus dem Communiqué bereits bekannt war.

Erst aus den Tyrrelschen Eröffnungen geht etwas deutlicher der Wunsch hervor, mit uns Fühlung zu nehmen. Ich will nicht untersuchen, welche Gründe Grey veranlaßt haben, für seine Wünsche den Umweg über eine Tischunterhaltung zwischen Ihnen und Herrn Tyrrel zu wählen. Dieser Umweg ist aber auffällig, wenn Grey von der Möglichkeit und dem Wunsche eines offenen Zusammengehens mit uns spricht. Auch hat

* Siehe Nr. 12285.
** Siehe das folgende Schriftstück.
*** Siehe Nr. 12276.
† Siehe Nr. 12284.

Grey immer wieder lediglich den Wunsch geäußert, unsere Anschauungen und Absichten kennen zu lernen, ohne uns etwas von Englands Anschauungen und Absichten zu verraten als die kurzen allgemeinen Notizen in Ihrem Bericht vom 15.

Wir wollen diese Bedenken nicht jetzt zur Geltung bringen. Ich teile sie Ew. pp. nur mit, damit Sie bei weiteren Verhandlungen die nötige Vorsicht wahren und nicht in einen zu großen Optimismus verfallen, wie er mir aus dem Ton Ihrer letzten Berichte einigermaßen hervorzugehen scheint. Wenn zum Beispiel Ew. pp. behaupten, daß alle maßgebenden englischen Politiker sich jetzt darüber einig seien, daß alle Anstrengungen auf Herbeiführung einer politischen Verständigung mit uns gerichtet sein müßten, so ist das eine mit den Tatsachen direkt im Widerspruch stehende, durch nichts erwiesene Behauptung. Wäre dem so, so wäre es schwer verständlich, weshalb Sir E. Grey es für nötig hält, noch ausdrücklich zu betonen, daß er nur seine persönlichen Anschauungen wiedergebe, von denen weder Sir A. Nicolson noch Sir E. Goschen unterrichtet seien. Daß es sich zunächst nur um die persönlichen Anschauungen des Ministers handelt, werden Ew. pp. daher sorgfältig im Auge zu halten und diejenige Zurückhaltung zu beobachten haben, die sich hieraus ergibt.

Sir E. Grey oder Mr. Tyrrel wollen Euer pp. nunmehr in Erwiderung auf die Tyrrelschen Eröffnungen sagen, daß wir mit dem von ihm kurz skizzierten Programm vollständig einverstanden seien. Auch wir hielten ein Eingreifen der Mächte in den Balkankrieg erst dann für denkbar und einigermaßen aussichtsvoll, wenn eine gewisse kriegerische Entscheidung nach der einen oder andern Seite gefallen sei.

Wir müßten ebenfalls die Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei wünschen; die Schwierigkeit dieses Problems im Falle eines Sieges der Balkanstaaten habe Sir E. Grey selbst angedeutet durch die Worte „wenn irgend möglich".

Von der Notwendigkeit einer Verbesserung der türkischen Administration in den europäischen Provinzen seien wir gleich dem Minister überzeugt.

Auch mit der Überlassung der diplomatischen Führerrolle an Rußland und Österreich seien wir einverstanden. Das setze allerdings deren fortgesetztes Einverständnis voraus. Dieses angenommen, würde es nur unserer bisherigen Politik entsprechen, allem beizutreten, was diese Mächte unter sich vereinbart.

Ebenso sei für uns von untergeordneter Bedeutung und cura posterior die Frage, ob das, worüber sich die Großmächte geeinigt haben, schließlich durch eine Konferenz oder ohne solche registriert und sanktioniert werde.

Frankreich, mit dem wir seit Ausbruch der Balkankrise in enger Fühlung geblieben seien, stehe unseres Wissens ganz auf demselben Standpunkt.

Für die drei Mächte bestehe aus kommerziellen und finanziellen Gründen — wenn auch in letzterer Beziehung in verschiedenem Umfang — ein gleichmäßiges Interesse, einen Zusammenbruch der Türkei zu verhindern. Die dafür einzusetzenden Mittel müßten sich natürlich wesentlich nach dem Ausfall der kriegerischen Entscheidungen richten.

Am leichtesten würde die Sache wohl liegen, wenn die Türkei sich militärisch stark genug erwiese, sich ihrer vier Gegner zu erwehren. In diesem Falle würde voraussichtlich auch die russische Regierung am leichtesten der chauvinistischen Strömung widerstehen können, die bestrebt sei, sie in den Krieg hineinzuhetzen.

Denn die Unmöglichkeit, daß christliche Provinzen, die sich einmal von der Türkei losgerissen haben, nicht wieder unter türkische Herrschaft zurückkehren, sei so sehr communis opinio in der ganzen Welt, daß es zur Verhütung einer solchen Eventualität eines besonderen russischen Eingreifens nicht bedürfe. Auch würden selbst die russischen Chauvinisten die russische Regierung trotz aller Hetzereien schwerlich veranlassen können, für die geschlagenen Balkanbrüder die Kohlen aus dem Feuer der siegreichen Türken herauszuholen.

Auch dürfte gerade eine durch kriegerische Erfolge gestärkte türkische Regierung eher imstande sein, der Opposition im eigenen Lande gegenüber die gemeinsamen Ratschläge der Mächte zu befolgen und ernsthafte Reformen in ihren europäischen Provinzen einzuführen.

Immerhin dürfte es gut sein, wenn sich die Mächte zum voraus für den Fall entscheidender türkischer Siege darüber genau verständigten, wieweit sie gewillt sind, etwaigen Aspirationen einer siegreichen Türkei entgegenzutreten, und ob sie nötigenfalls zu gemeinsamen Koerzitivmaßregeln entschlossen sind, um dies nicht einzelnen oder einer einzelnen Macht zu überlassen.

Es wäre dies ein Punkt, der Anlaß zu einer deutsch-englischen Aussprache geben könnte.

Schwieriger wird die Aufgabe der Mächte sein, wenn die Balkanstaaten einen entscheidenden Sieg davontragen. Da werden die Mächte über Sein oder Nichtsein der Türkei zu entscheiden haben. Und diese Frage wird leicht eine Störung im Einvernehmen der Mächte herbeiführen können. Es wird vollen Einvernehmens der Mächte bedürfen, um die Balkanstaaten an einer rückhaltlosen Ausnutzung eines Sieges und damit den Zusammenbruch der Türkei zu verhindern.

Denn wenn auch die Türkei im Besitze ihrer kleinasiatischen Kernprovinzen an sich lebensfähig bleiben könnte, so würde eine Regierung, die den europäischen Teil aufzugeben gezwungen, sich nicht halten können; es würde Anarchie und ein gewaltsames Aufflackern des mohammedanischen Fanatismus mit Christenmassakers zu befürchten sein. Es kommt ferner in Betracht, daß der russische Chauvinismus der russischen Regierung kaum gestatten würde, den absolut siegreichen slawischen

Brüdern in den Arm zu fallen. Wir haben alles Zutrauen zu der derzeitigen russischen Regierung. Die Geschichte aber lehrt uns, daß bisher russische Regierungen dem Aufflammen auch nur künstlich hervorgerufenen Türkenhasses nicht widerstehen konnten.

Ein Eingreifen Rußlands in den Krieg würde aber unabsehbare Folgen in Beziehung auf Aufstachlung des mohammedanischen Fanatismus haben. Diese Gefahr ist jetzt noch besonders erhöht durch den Aufruf des Königs von Bulgarien, der in bedauerlicher Weise direkt den Religionskrieg proklamiert hat*.

Noch eine andere Möglichkeit ist in Betracht zu ziehen. Bei einem raschen, durchschlagenden Sieg Bulgariens auf dem Hauptkriegsschauplatz würden Bulgariens Heere bald vor den Toren Konstantinopels stehen. Ob dann Rußland nicht von seiner öffentlichen Meinung gezwungen würde, das praevenire zu spielen, lasse ich dahingestellt. Wir haben zwar — aus russischen Quellen — öfters die Andeutung erhalten, daß sich England gegenüber dem Schicksal Konstantinopels und der Dardanellen desinteressiere.

Auch für uns wäre ein russisches Konstantinopel an sich erträglich. Nur befürchten wir, daß ein Angriff auf Konstantinopel den wirklichen Religionskrieg bis in die entferntesten Teile des türkischen Reiches

* Es hieß in dem Kriegsmanifest König Ferdinands vom 18. Oktober unter anderem: „Die menschlichen und christlichen Gefühle, die heilige Pflicht, seinen Brüdern zu helfen, wenn sie mit der Vernichtung bedroht sind, die Ehre und Würde Bulgariens legten mir die gebieterische Pflicht auf, die für die Verteidigung des Vaterlandes bereiten Söhne unter die Fahnen zu rufen. Unsere Aufgabe ist gerecht, groß und heilig. In dem Glauben an den Schutz und den Beistand des Allmächtigen bringe ich zur Kenntnis der bulgarischen Nation, daß zur Verteidigung der menschlichen und christlichen Rechte der Krieg der Türkei erklärt worden ist. Ich befehle der tapferen bulgarischen Armee, in das türkische Gebiet zu marschieren. An unserer Seite und mit uns kämpfen mit dem gleichen Ziel gegen den gemeinsamen Feind die Armeen der mit Bulgarien verbündeten Balkanstaaten, Serbien, Griechenland und Montenegro, und in diesem Kampfe des Kreuzes gegen den Halbmond, der Freiheit gegen die Tyrannei, werden wir die Sympathien aller derer haben, welche die Gerechtigkeit und den Fortschritt lieben. Möge, gestützt auf diese Sympathien, der tapfere bulgarische Soldat der Heldentaten seiner Väter und Ahnen eingedenk sein und der Tapferkeit seiner russischen Lehrer und Befreier; möge er von Sieg zu Sieg eilen.“ Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 469. Nach einem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 24. Oktober (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 111) hätten die wenig geschickten Anspielungen der Proklamation auf ein mögliches Eingreifen Rußlands in Berlin einen schlechten Eindruck hinterlassen. Man glaubte, wahrlich mit Recht, daß die panslawistischen Gefühle des russischen Volkes nicht noch gesteigert zu werden brauchten. Auch der französische Botschafter Jules Cambon teilte nach Baron Beyens diese Auffassungen, und er tadelte herbe das Verhalten der russischen Auslandsvertreter, das auf ein Schüren der panslawistischen Agitation hinauslaufe. „L'Ambassadeur de France qui doit avoir des raisons particulières de parler ainsi, m'a répété à diverses reprises que le plus grand danger pour le maintien de la paix européenne consiste dans l'indiscipline et la politique personnelle des Agents russes à l'étranger. Ils sont presque tous d'ardents panslavistes et c'est à eux qu'il faut en grande partie imputer la responsabilité des événements actuels.“

und bis in seine Glaubensgenossen außerhalb des Reiches hineintragen würde.

Es dürfte nach den bisherigen Auseinandersetzungen den Mächten ihre Aufgabe wesentlich erleichtern, wenn sie in den Kampf schon vor vollständiger Niederwerfung des einen der Gegner mit einem „bis hierher und nicht weiter" eingreifen könnten. Dazu bedarf es aber eines bestimmten Auftretens der Mächte, beruhend auf vorheriger eingehender Verständigung.

Wir sind gern bereit, auf Grund vorstehender Gesichtspunkte in einen Gedankenaustausch mit England einzutreten.

Sie wollen aber Sir E. Grey ganz bestimmt sagen, wir seien zwar gern bereit, wie er sehe, mit England Hand in Hand zu gehen. Wir müßten aber zunächst zwei Bedingungen stellen: einmal, daß die Besprechungen absolut vertrauliche seien und insbesondere nicht mit halben Andeutungen nach außen hin verwertet würden. Je enger der Kreis der Eingeweihten, desto leichter würde dies Ziel zu erreichen sein. Sodann müßten wir, falls Übereinstimmung erzielt sei, darauf halten, daß unsere Verständigung nicht als ein pudendum behandelt, sondern auch den anderen Mächten gegenüber vertreten würde.

Schließlich müßte im Laufe der Besprechungen auch darüber eine Einigung erfolgen, daß sich beide Mächte auch auf anderen Gebieten nicht entgegentreten und sich namentlich nicht da, wo sie keine eigenen vitalen Interessen zu vertreten haben, bekämpfen, lediglich um einem Dritten einen Dienst zu erweisen. Je weiter sich England in diesem Punkte zu einem Entgegenkommen entschließt, desto weiter können wir in unserer Verständigung über Beseitigung der jetzigen Krise gehen. Wir zweifeln nicht, daß dies einer offenen gemeinsamen deutsch-englischen Aktion gelingen muß. Wir würden auf eine solche nur eingehen können, wenn wir die Gewißheit haben, daß wir von England nicht lediglich für Erreichung besonderer momentaner englischer Zwecke ausgenutzt und dann wieder anderen Beziehungen geopfert werden sollen.

Euer pp. wollen sich bei Ihrer Besprechung mit Sir E. Grey oder Herrn Tyrrel möglichst genau an den Wortlaut dieses Erlasses halten.

Bei Ihrer Berichterstattung ersuche ich Sie sich genau an die von Ihnen neuerdings wiederholt außer acht gelassenen, den Missionen wiederholt eingeschärften Vorschriften zu halten und von jeder Bezugnahme in politischen Berichten auf frühere Berichte oder auf Erlasse, speziell auf diesen Erlaß, Abstand zu nehmen. Nötigenfalls wollen sich Ew. pp. die betreffenden Vorschriften von der Kanzlei vorlegen lassen.

Kiderlen

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:
Einverstanden. Bethmann Hollweg 21. 10.

Nr. 12288

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 121 Berlin, den 20. Oktober 1912

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet*:

„Noradunghian deutete mir heute an, daß die Türkei möglicherweise Österreich-Ungarn bitten werde, den militärischen Schutz des Sandschak zu übernehmen[1]. Markgraf Pallavicini, dem ich davon vertrauliche Mitteilung machte, sagte mir, daß Kiamil Pascha sich gestern ihm gegenüber ähnlich geäußert habe.

Die Angriffe der Türken vom Sandschak aus auf die serbischen Grenztruppen machen den Eindruck, als ob die Türken ihre Gegner in den Sandschak hineinlocken wollen, um die österreichische Empfindlichkeit zu wecken[2]. Von fremder militärischer Seite war Türken geraten worden, Sandschak gänzlich zu evakuieren[3].“

Damit im Zusammenhang dürfte folgende weitere Meldung des Botschafters** stehen:

„Savfety Bey hat Vertrauensmann streng vertraulich und als nur für uns bestimmt mitgeteilt, daß die Pforte der englischen Regierung den 16. d. Mts. Abtretung Sudabai und Arrangement über Persische Golffrage exklusive Bagdadbahn als Gegenleistung für eine erfolgreiche Einwirkung Englands auf Griechenland dahin angeboten habe, daß letzteres gegen Zession Kretas[4] vom Kriege abstehe. Antwort Englands stehe noch aus. — Bereits den 10. d. Mts. sei Sir Gerard Lowther deswegen vom Großwesir sondiert worden, womit wahrscheinlich das Erscheinen englischer Schiffe in der Sudabai in Verbindung stehe.

Noradunghian sagte mir heute, daß seine Versuche, Griechenland zu detachieren[5], an dem Fanatismus Koromilas' und an der griechischen Hoffnung gescheitert seien, für 1897 billige Revanche zu nehmen.“

Durch Förderung der Besetzung des Sandschak dürfte Kiamil den Engländern „Schutzbesetzung“ der Sudabai erleichtern wollen***.

Kiderlen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift der ursprünglichen Entzifferung:

[1] Für Wien! „und führe uns nicht in Versuchung!!“ wie nett!!

[2] ja

[3] wäre das klügste gewesen

[4] konnten doch diese Esel von Türken schon vor 3 Wochen den Griechen direkt anbieten

[5] Das Cameel hat ihnen eben Creta nicht angeboten!!

* Telegramm Nr. 411 vom 19. Oktober.

** Telegramm Nr. 409 vom 19. Oktober.

*** In einem am 20. Oktober erstatteten Immediatberichte Kiderlens bemerkte dieser zu beiden Telegrammen: „Kiamil Pascha dürfte sich zweifellos den Plan zurechtgelegt

Nr. 12289

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 317 Paris, den 20. Oktober 1912

Politischer Direktor sagt mir vertraulich: Nach Meldung des Herrn Cambon wünschen Euere Exzellenz, daß die in französischer Vermittlungsformel Punkt 4* erwähnte Integrität türkischen Reichs wegfalle, „da die Mächte diese Forderung ohnedies sicher aufstellen werden“[1].

Paléologue meint, unser Wunsch bereite nicht geringe Verlegenheit und verursache Verzögerung. Es scheine ihm keineswegs sicher, daß alle Mächte nach Weiterentwicklung Ereignisse an Integrität Türkei unverrückbar festhalten; es empfehle sich daher dringend, sie jetzt, wo sie noch gut disponiert (Zustimmungen liegen hier von allen Seiten, auch von Österreich-Ungarn, vor), festzunageln. Schoen

---

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] ? ?

Nr. 12290

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 239 Berlin, den 20. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 317**.

Es muß ein Irrtum vorliegen. Ich habe Herrn Cambon wörtlich erklärt: „Quelle que soit la réponse faite par les belligérants à la médiation des Puissances, celles-ci se concerteront sur les mesures à prendre en vue du maintien de la paix générale, de l'intérêt commun de toutes les Puissances et l'amélioration de l'administration de la Turquie d'Europe. Ces mesures devront reposer sur le maintien de l'intégrité de la Turquie“***.

Kiderlen

---

haben, einerseits Österreich als Platzhalter für die Türkei in den Sandschak zu locken, andererseits eben damit seinen englischen Freunden zum Besitz der Sudabai zu verhelfen. Er hat indessen weder bei Österreich-Ungarn noch bei England Gegenliebe gefunden: wie Lord Granville erst gestern dem Reichskanzler ausdrücklich erklärt hat, denke England nicht daran, die Sudabai zu nehmen; nur könne es nicht zulassen, daß eine andere Großmacht sich daselbst festsetze.“ Worauf die Angabe Kiderlens beruht, daß Kiamil Pascha auch bei Österreich keine Gegenliebe gefunden habe, ist nicht ersichtlich; eine Meldung der Wiener Botschaft in diesem Sinne liegt nicht vor. Vgl. auch Karl Helfferich, Der Weltkrieg I, 98.

* Vgl. Nr. 12277.

** Siehe Nr. 12289.

*** Vgl. Nr. 12277.

Nr. 12291

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 318 Paris, den 21. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 239*.

Politischer Direktor hatte unserer Rückäußerung auf französischen Vorschlag auf ersten Blick weitergehende Bedeutung beigemessen, als dies Herr Poincaré selbst nach genauer Prüfung tut. Letzterer, der mich zu Besprechung bitten ließ, sagte mir, er erblicke in unserem Vorschlag, an Stelle des Wortes „Reformen" Ausdruck „Verbesserung türkischer Verwaltung" zu setzen sowie Integritätsprinzip nicht in besonderen Paragraphen zu betonen, den wohl erwogenen Wunsch nach gewissen Abmilderungen. Dies mache neue Redaktion und neue Verständigung erforderlich, habe aber keineswegs Bedeutung einer prinzipiellen Meinungsverschiedenheit zwischen Berlin und Paris. Er werde neue Formel vorschlagen, sobald österreichisch-ungarische Antwort eingegangen, die in endgültiger Form noch nicht vorliege**.

Schoen

Nr. 12292

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 294 St. Petersburg, den 21. Oktober 1912

Mein österreichisch-ungarischer Kollege ist vor einigen Tagen von seinem Urlaub hierher zurückgekehrt und hat bereits mehrere Unterredungen mit Herrn Sasonow gehabt, über die er sich sehr befriedigt ausspricht. Aus Äußerungen des Ministers entnehme ich, daß auch dieser die bisherige maßvolle Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung anerkennt, so daß zurzeit volles Einvernehmen zwischen dem hiesigen und dem Wiener Kabinett herrscht.

Graf Thurn erzählte mir, er sei von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph beauftragt worden, wenn sich einmal Gelegenheit dazu biete, Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus seine Grüße auszurichten. Der Botschafter hat dies Herrn Sasonow gegenüber gesprächsweise er-

* Siehe Nr. 12290.

** Siehe die österreichische Antwort vom 24. Oktober im Österreich-Ungarischen Rotbuche: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 35.

wähnt, ohne jedoch die Bitte daran zu knüpfen, ihm eine Gelegenheit zu verschaffen, sich des Auftrages seines Souveräns zu entledigen. Der Minister hat darauf dem Grafen nahegelegt, eine Audienz beim Zaren nach höchstdessen Rückkehr aus Spala nachzusuchen, und hat zu diesem Zweck seine Vermittelung angeboten, die der Botschafter gern angenommen hat. Herr Sasonow hat, indem er diese Audienz anregte, hinzugefügt, „es wäre sogar sehr gut, wenn der Empfang stattfände".

Aus vorstehendem geht ebenfalls hervor, daß die offiziellen österreichisch-russischen Beziehungen zurzeit so gut sind, wie sie seit langem nicht waren, und daß Herrn Sasonow sehr am Herzen liegt, diese Beziehungen im gegenwärtigen Augenblick zu pflegen. Derselbe Wunsch dürfte nach den Mitteilungen meines österreichisch-ungarischen Kollegen auch in Wien bestehen.

Das Bestreben des Herrn Sasonow, enge Fühlung mit Wien zu halten, liefert einen neuen Beweis für sein aufrichtiges Bemühen, behufs Lokalisierung des Krieges die Einigkeit unter den Mächten zu erhalten. Das Festhalten an dieser Politik ist um so mehr anzuerkennen, als dieselbe im allgemeinen von der öffentlichen Meinung Rußlands nicht gebilligt wird. Besonders stößt das Zusammengehen mit Österreich-Ungarn auf lebhaften Widerspruch, da in weiten hiesigen Kreisen noch immer ein übrigens bis zu einem gewissen Grade von Herrn Sasonow selbst geteiltes tiefes Mißtrauen gegen die Pläne der österreichisch-ungarischen Monarchie herrscht.

Graf Thurn ebenso wie der bisherige Geschäftsträger, Herr von Szilassy, welcher vorläufig noch hier bleibt, da der Botschafter noch einmal auf kurze Zeit auf Urlaub zu gehen hofft, geben sich über diese Sachlage keinen Illusionen hin*. Sie sehen Schwierigkeiten besonders für den Augenblick voraus, in dem es sich eventuell darum handeln wird, die Wiederherstellung des Status quo im Sandschak[1], im Falle dieser, wenn auch nur teilweise, von serbischen oder montenegrinischen Truppen besetzt wird, durchzusetzen. In der Tat hört man hier auch in ruhigen, an der panslawistischen Hetze nicht beteiligten Kreisen vielfach Zweifel darüber äußern, ob es der russischen Regierung möglich sein wird, besonders im Falle eines Sieges der Balkanstaaten, an dem Programm der Aufrechterhaltung des Status quo festzuhalten[2]. Aus diesem Grunde möchte ich beinahe glauben, daß bei allen Sympathien der Herren Kokowzow und Sasonow für die Sache der slawischen Brüder, die sie mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung nicht umhin konnten, auch in dem offiziösen Artikel der „Rossija"** zum Ausdruck zu bringen, diese beiden

* Vgl. dazu J. von Szilassy, Der Untergang der Donau-Monarchie, S. 214ff.

** Der Leitartikel der „Rossija" vom 15. Oktober brachte zum Ausdruck, daß Rußlands Hauptinteresse trotz der traditionellen Sympathien für die slawischen Balkanvölker auf Erhaltung des europäischen Friedens und des Status quo auf dem Balkan gehe und daß in dieser Haltung auch der Grund für die Annäherung und den aufrichtigen Meinungsaustausch zwischen Österreich und Rußland liege.

Herren in ihrem Innern dennoch den Waffen der Balkanstaaten keine großen Erfolge wünschen. An dem aufrichtigen Wunsch der Leiter der hiesigen Politik, im Einvernehmen mit den übrigen Mächten das Pariser Programm der Aufrechterhaltung des Status quo durchgeführt zu sehen[3], ist man, wie ich glaube, nicht berechtigt zu zweifeln. Sie dürften sich aber klar darüber sein, daß das Festhalten an diesem Programm für sie am leichtesten sein würde, wenn die Lage sich so gestaltete, daß die Mächte im gegebenen Augenblick genötigt würden, einer siegreichen Türkei in den Arm zu fallen[4].

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unsinn! Ist unmöglich! er liegt im Graben
[2] ausgeschloßen!
[3] nach Kirkilisse nun Blödsinn!
[4] das umgekehrte ist der Fall, daher sind alle Hoffnungen und Berechnungen nichtig! Der Status quo ist hin!

Nr. 12293

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 231 Berlin, den 23. Oktober 1912

Auf Bericht Nr. 99 vom 16. d. Mts.*

Ew. pp. bitte ich in etwaigen Gesprächen mit maßgebenden Persönlichkeiten der Auffassung Ausdruck zu geben, daß zurzeit kein Anlaß vorliegt, von dem an sich bedauerlichen Balkankrieg bedenkliche Rückwirkungen auf die Beziehungen zwischen den Großmächten zu befürchten. Letztere sind nach wie vor bestrebt, eine weitere Ausdehnung des augenblicklichen Brandes zu verhindern, und würden es sich wohl angelegen sein lassen, zu einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt vermittelnd und ausgleichend tätig zu sein. Die angeblich vom Grafen Berchtold angedeutete Intervention dürfte wohl nur für den Fall einer dauernden Besetzung des Sandschaks durch Serbien oder Montenegro angesagt worden sein. Die österreichisch-ungarische Regierung hat nämlich hier die Erklärung abgeben lassen, sie wolle vorläufig „Gewehr bei Fuß" den Gang der Ereignisse abwarten und behalte sich weitere Maßregeln für den Fall vor, daß Serbien später den Sandschak von Nowipasar definitiv würde besetzen wollen**. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, mit Ernst und Ruhe, aber ohne Nervosität und Pessimismus der weiteren Entwicklung der Dinge entgegenzusehen.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 12282.
** Vgl. Nr. 12257.

Nr. 12294

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 298 St. Petersburg, den 24. Oktober 1912

Herr Sasonow äußerste sich gesprächsweise dahin, daß nach seiner Ansicht möglichst bald, womöglich nach dem ersten ernsteren Zusammenstoß zwischen den kriegführenden Parteien, eine Intervention[1] stattfinden sollte. Nach einem größeren Erfolg einer der beiden Parteien würde es viel schwieriger werden, an dem Programm der Aufrechterhaltung des Status quo festzuhalten[2]. Der Minister schien zu glauben, daß, falls die Kriegslage sich für die Bulgaren günstig gestaltete, dieselben sich vielleicht einer baldigen Beendigung des Krieges nicht abgeneigt zeigen würden. Herr Sasonow nahm dabei Bezug auf Unterredungen, die er in den letzten Tagen mit dem gegenwärtig hier anwesenden bulgarischen Minister des Innern Ludskanow und dem neuen bulgarischen Gesandten Bobtschew gehabt habe, und die sich beide sehr vernünftig ausgesprochen hätten. Der Minister hob hervor, beide bulgarischen Staatsmänner hätten zugegeben, daß Bulgarien einen Krieg von langer Dauer nicht zu führen in der Lage wäre. Herr Sasonow bemerkte dann, die Hauptsache erscheine ihm, daß sich die Mächte möglichst bald über die von der Türkei für die Einführung wirksamer Reformen in Mazedonien zu verlangenden Garantien einigten[3]. Auf meine Frage, ob der Minister glaube, daß die Balkanstaaten nach einem selbst verhältnismäßig geringen Erfolg dazu zu bringen sein würden, auf Gebietserwerbungen zu verzichten, entgegnete Herr Sasonow, er persönlich stehe für den Augenblick noch auf dem Standpunkt des Status quo*[4]. Vielleicht würden aber eintretendenfalls unbedeutende Gebietsabtretungen an die Balkanstaaten in Frage kommen

---

* In Wirklichkeit faßte die russische Politik damals bereits alle Eventualitäten ins Auge sowohl für den Fall eines Sieges der Balkanstaaten wie für den eines türkischen Sieges. Im ersteren Fall besorgte die russische Regierung ein diplomatisches wie auch militärisches aktives Vorgehen Österreichs und Rumäniens, für den zweiten Fall rechnete sie mit der Notwendigkeit eines eigenen bewaffneten Eingreifens. Um für beide Fälle gerüstet zu sein, wurden schon vor dem Ausbruch des Krieges militärische Maßregeln sowohl in den an Österreich und Rumänien anstoßenden Gebietsteilen wie an der Grenze der Türkei getroffen. Vgl. das höchst instruktive sehr geheime Schreiben Sasonows an Kokowzow vom 23. Oktober, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre ed. B. v. Siebert, S. 540f. Auch Iswolsky drängte zu einer Mobilmachung der russischen Streitkräfte im Kaukasus, damit Rußland im Fall eines türkischen Sieges einen Druck auf die Pforte ausüben könne. Es gelang Iswolsky, selbst Poincaré, den erst der Gedanke eines solchen „einseitigen" Vorgehens Rußlands sichtlich erschreckte, dafür zu gewinnen. Iswolsky an Sasonow 23. Oktober 1912, v. Siebert, a. a. O., S. 542ff.; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 312ff.

können, über die sich die Mächte einigen müßten. Er denke dabei nicht an einen Kongreß, auch nicht an eine „conférence d'apparat", aber eine einfache geschäftsmäßige Konferenz[5].

Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unsinn!
[2] ausgeschloßen
[3] Unsinn! das haben sie seit 100 Jahren nicht fertig gebracht. Macedonien ist futsch!*
[4] Esel! alles auf Schrauben
[5] Giebt es nicht!

Schlußbemerkung des Kaisers:
H. Sassonof ist ein oberflächlicher, sehr leichtdenkender Kopf, der über Erfolge andrer, die mit Gut, Blut, Tapferkeit und Hingebung errungen wurden, wie ein Butterbrot hingeht! Damit wird er bei militärisch denkenden Nationen nicht weit kommen. Macedonien ist fort, und kommt nicht wieder!

Nr. 12295

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1003 London, den 25. Oktober 1912

Sir E. Grey, den ich heute auf dem Foreign Office besuchte, war sichtlich erfreut, als ich ihm sagte, daß wir, seinem früher geäußerten Wunsche folgend, englische Auffassungen gern in Erwägung ziehen werden, und daß wir im Verfolg seiner Anregung durchaus bereit seien, in der Balkanfrage mit England pari passu vorzugehen.

Der Minister legte in längeren Ausführungen seinen Standpunkt dar, wonach die Großmächte sich konzertieren sollten, um, wenn die Kriegslage ein Eingreifen mit Aussicht auf Erfolg möglich erscheinen lasse, ohne Zeitverlust einig vorgehen zu können. Als oberster Grundsatz müsse gelten, wenn irgend möglich den territorialen Status quo der Türkei zu erhalten. Er betone das Wort „territorial", denn daß die Türkei sich zu weitgehenden Reformen in den europäischen Wilajets werde entschließen müssen, unterliege für ihn keinem Zweifel. Das Festhalten an der territorialen Integrität habe ferner den großen Vorteil, eine Basis für eine Verständigung zwischen Österreich und Rußland zu bieten. Wenn er sich auch keineswegs verhehle, daß er Schwierigkeiten haben würde, das Prinzip der territorialen Integrität auch im Falle eines ausgesprochenen militärischen Erfolges den Mächten des Balkanbundes gegenüber durch-

---

* Nach dem Kriegsausbruch (17. Oktober) war rasch ein großer Teil Mazedoniens von den Serben besetzt worden; schon am 26. Oktober rückten die serbischen Truppen in Üsküb ein. Vgl. Kap. CCLXIV.

zusetzen, so böten doch die Erklärungen dieser Mächte an das europäische Konzert vor dem Kriegsausbruch wertvolle diplomatische Handhaben, um eventuellen Gelüsten nach territorialen Erwerbungen entgegenzutreten. Bei wirklicher Einigkeit zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg, die ja auf die Unterstützung Rumäniens rechnen könnten und das ganze übrige Europa hinter sich hätten, müßte die Aufgabe nicht unlösbar sein.

Konstantinopel und das umliegende Gebiet müßten auf alle Fälle türkisch bleiben. Er wisse aus offiziellen Mitteilungen bestimmt, daß dies auch die Auffassung des russischen Kabinetts sei*; Rußland werde sicherlich auf keinen Fall eine bulgarische Besetzung Konstantinopels dulden.

Englands wichtigstes Interesse sei die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Großmächten; es verfolge keinerlei Sonderzwecke und beabsichtige keinesfalls, sich in Kreta, insbesondere nicht in der Sudabai, festzusetzen**. Englands Interesse an Kreta sei ebenso wie das, welches er bei der Diskussion über das Schicksal der ägäischen Inseln betont habe, ein negatives. England wünsche nicht, daß sich auf einer dieser Inseln eine Flottengroßmacht festsetze, denke aber ebensowenig an eine Festsetzung.

Um seine Stellung in der Kretafrage klarer zu machen, gab mir der Minister — es ist in meiner Erfahrung durchaus das erstemal, daß er uns vertraulich englische Piecen im Original zugänglich macht — das Originalkonzept zu einem für den englischen Botschafter in Wien bestimmten Erlaß, in welchem die Haltung der englischen Regierung in der Kretafrage skizziert wurde. „Wie immer auch der Krieg ausfallen möge," so ungefähr war der Gedankengang, „müsse bei dem Friedensschluß auch die Kretafrage einer endgültigen Lösung zugeführt werden. Diese Lösung könne entweder in einer Angliederung an Griechenland oder in einer Autonomie Kretas bestehen. Eine Rückgabe an die Türkei sei wohl nach dem bekannten Grundsatz, daß christliche Provinzen, die sich einmal losgelöst haben, nicht wieder unter türkische Herrschaft zurückkehren, ausgeschlossen. Die Schutzmächte könnten sich jedenfalls auf eine Verlängerung des jetzigen Zustandes auf unbestimmte Zeit nicht einlassen. England würde gegenüber dieser Zumutung streiken und sich aus dem Spiele zurückziehen. Bei der endgiltigen Bestimmung des Status quo von Kreta scheine Sir E. Grey eine Mitwirkung Deutschlands und Österreichs angezeigt."

Der Minister fügte mündlich hinzu, er habe die ganze leidige Frage gründlich satt und werde jedenfalls die erste Gelegenheit benützen, um sie aus der Welt zu schaffen.

---

* Das wird bestätigt durch das Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 24. Oktober; v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 557.

** Die Auffassung, daß England in seiner Stellungnahme zu der Balkankrise wesentlich von Absichten auf Kreta und die Sudabai geleitet werde, war unter der Hand von der Pforte selbst in Umlauf gesetzt. Vgl. Nr. 12288.

Auf die heute vorliegenden Kriegsnachrichten eingehend, sagte der Minister, die Ereignisse schienen, so wenig man auch noch ein endgiltiges Urteil fällen könne, für die türkischen Waffen nicht günstig zu verlaufen*. Im Falle einer gänzlichen Niederlage der Türkei fürchte er von dem Zurückfluten des demoralisierten türkischen Heeres gegen Konstantinopel und von Ausbrüchen des Fanatismus gefährliche Ausschreitungen und Unordnungen. Im Falle eines Zusammenbruches der türkischen Heeresmacht halte er es für denkbar, daß die Türkei an Europa appelliere und, die Vermittelung der Mächte anrufend, ihr Schicksal in die Hände dieser lege. Es könne übertrieben scheinen, schon jetzt eine solche Hypothese zu diskutieren, aber das Eintreten solcher Ereignisse sei immerhin denkbar. Er sei der Ansicht, Europa solle eine solche Intervention auf sich nehmen und dann wirklich zwischen Türkei und Balkanbund vermitteln.

Zunächst habe er es sich zur Aufgabe gemacht, alles zu tun, um eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland möglich zu machen. Seiner Ansicht nach sollten diese beiden Mächte vermöge ihrer vorwiegenden Interessen die diplomatische Führerrolle bei diesen Besprechungen innehaben. Der Minister gab mir zur Klarlegung seines Standpunktes das Konzept eines weiteren Erlasses an Sir Fairfax Cartwright zur Durchsicht, welcher den vorstehend skizzierten Standpunkt betonte und vorschlug, eine Verständigung könne vielleicht erleichtert werden, wenn beide Mächte diejenigen Möglichkeiten, die für sie unannehmbar wären, präzisierten und sich gegenseitig mitteilten, damit diese von vornherein ausgeschaltet würden. Der Minister fügte hinzu, er habe sich in ähnlichem Sinne auch in Petersburg verwendet** und halte es nach dem, was ihm Herr Sasonow über die Politik Rußlands gesagt habe, für sehr wohl möglich, daß sich eine Verständigung herbeiführen lasse. Seine (Greys)

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXIV.

** Tatsächlich hatte Sir E. Grey durch Graf Benckendorff bei Sasonow eine Ersetzung des französischen Programms in dem Sinne anregen lassen, daß Österreich und Rußland von Europa ein neues Mandat erhalten sollten, um im geeigneten Moment bei den Balkanstaaten zu intervenieren. Das Sir E. Grey vorschwebende Friedensprogramm wurde von Graf Benckendorff am 21. Oktober (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 551) dahin umrissen: „Vollkommene Erhaltung der Türkei in Konstantinopel und dessen Distrikt. Nominale türkische Souveränität in allen übrigen Provinzen der europäischen Türkei mit Einführung organischer Reformen unter der gemeinsamen Kontrolle und Garantie der Großmächte. Keine territorialen Veränderungen für die Kriegführenden." Sasonow erklärte das Programm zwar für „durchaus annehmbar", gab es aber zu redaktioneller Umarbeitung weiter. Von einem gemeinsamen Vorgehen Rußlands mit Österreich, wie es von Sir E. Grey vorgeschlagen war, wollte Sasonow in keinem Falle etwas wissen, auch dann nicht, wenn das gemeinsame Vorgehen im Namen aller anderen Mächte erfolgen sollte. „Die Besserung in unseren Beziehungen zu Wien hat uns die Möglichkeit gegeben, den Krieg zu lokalisieren, aber wenn es sich um positive Aufgaben handelt, sowohl bei der Intervention als auch bei der Liquidierung des Krieges, so rechnen wir auf ein möglichst enges Einvernehmen mit Frankreich, England und Italien." Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 24. Oktober. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 557. Damit war der Gedanke eines russisch-österreichischen Mandats endgültig zu Grabe getragen.

diplomatische Tätigkeit während der letzten Tage sei hauptsächlich hierauf gerichtet gewesen, und er werde auch weiter in diesem Sinne bemüht bleiben.

Über die Form der Regelung nach Abschluß der Feindseligkeiten habe er keine bestimmte Ansicht. Er sei ebenso bereit, die Fragen diplomatisch zu ordnen, als sie auf einer Konferenz zu diskutieren. An sich sehe er ja vielleicht die Notwendigkeit einer solchen nicht ein, falls es gelingt, diplomatische Übereinstimmung zwischen den Mächten herzustellen.

Darüber, welchen Maßes von Druck es eventuell bedürfen würde, um für den nach der augenblicklichen Lage nicht sehr wahrscheinlichen Fall entscheidender türkischer Siege der Türkei den Willen der Großmächte aufzudringen, sei es schwer, sich ein Urteil zu bilden. Er glaube aber nicht, daß eine Einigung der Großmächte über gemeinsame Aktion in diesem Sinne ernsten Schwierigkeiten begegnen würden.

Ich habe Sir E. Grey gesagt, wir seien, wie er aus dem Verlaufe unserer Konversation ersehen habe, bereit, mit England Hand in Hand zu gehen. Wir müßten aber zur Bedingung machen: einmal absolute Geheimhaltung der Besprechungen, sodann später offene Vertretung der durch vertrauliche Konversation erzielten Übereinstimmung auch den anderen Mächten gegenüber. Der Minister war mit beidem einverstanden.

Indem Sir Edward Grey nochmals mit Wärme betonte, wie erfreulich ihm das Eingehen auf seine Anregung gewesen sei, und wie sehr ihm jede Darlegung unseres Standpunktes willkommen sei, bat er mich, ihn so oft als möglich zu besuchen, und setzte die Fortsetzung der heutigen Konversation für kommenden Montag fest*. Er werde so Gelegenheit haben, uns in dem Maße, als die Ereignisse sich entwickelten, über seine Demarchen und Absichten offen und vollständig auf dem laufenden zu halten.

R. v. Kühlmann

Nr. 12296

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 369 Paris, den 25. Oktober 1912

Die Stimmung der öffentlichen Meinung Frankreichs ist seit dem tatsächlichen Ausbruch des Krieges im Osten wesentlich ruhiger geworden als kurz zuvor. Die Erklärung wird darin zu finden sein, daß die Bemühungen zur Herstellung und Erhaltung der friedfertigen Einmütigkeit der Mächte ersichtlich mehr Erfolg gehabt haben, als man erhoffen zu dürfen

* Eine Fortsetzung der angesponnenen Konversation erfolgte, da die Ereignisse auf dem Balkan sich überstürzten, vorerst nicht.

glaubte, und gerade von jenen Seiten, wo das Hervortreten unüberbrückbarer Gegensätze am meisten befürchtet wurde, von österreichisch-ungarischer und russischer, wiederholt beruhigende Versicherungen erfolgt sind. Ganz freilich sind die Besorgnisse, daß der weitere Gang der Ereignisse doch noch zu Konflikten zwischen nächst interessierten Mächten führen könnte, nicht geschwunden. Man blickt aber in dieser Beziehung jetzt weniger ängstlich wie anfänglich hauptsächlich nach Wien, sondern mehr nach St. Petersburg und auch nach London. Man fürchtet, daß die panslawistische Bewegung, wie dies vor einem Menschenalter schon vorgekommen, der besonnenen russischen Regierung über den Kopf wachsen und sie zu tätigem Eingreifen zugunsten der Balkanchristen zwingen könnte, einerlei ob die Balkanstaaten auf dem Kriegsschauplatz wesentliche Erfolge oder Mißerfolge haben sollten. Und ebenso fürchtet man, daß der Gegensatz zwischen Rußland und England trotz aller Bemühungen der französischen Regierung im Sinne des Ausgleiches zum Ausbruch kommt, wenn die Balkanstaaten so siegreich bleiben sollten, daß es nicht nur des Maçhtwortes, sondern auch der Machtmittel Europas bedürfen würde, um den gefaßten Beschluß der Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in die Tat umzusetzen[1]. Dann würde nicht nur das europäische Konzert, sondern vor allem auch die Tripelentente in die Brüche gehen, ein Ereignis, dessen Eintritt hintanzuhalten wohl eines der wesentlichen Ziele ist, das Herr Poincaré im Auge hat, wenn er bei seinen Vermittelungsbemühungen nicht ermüdet[2].

Daß auch die Regierung nicht ohne Besorgnis ist, daß die erzielte Einmütigkeit der Mächte dem Druck der Ereignisse nicht standzuhalten vermöchte, entnehme ich wiederholten Äußerungen Poincarés und des Politischen Direktors, die von der Notwendigkeit sprachen, die Verständigung über die Vermittelungsaktion eiligst zustandezubringen[3], ehe der Gang der Kriegsereignisse und ihre Folgen den allseitig vorhandenen guten Willen ins Wanken gebracht haben könnten.

Aus der Besorgnis vor Störungen der europäischen Gruppierung dürfte sich auch die Nervosität erklären, mit welcher ein Teil der hiesigen Presse, vor allem der „Temps", dieses Thema in einer Weise behandelt hat, die zu scharfen Entgegnungen englischer und russischer Blätter führte.

Gegenüber diesen Verwirrungen findet die öffentliche Meinung in steigendem Maße eine gewisse Beruhigung in der Tatsache des guten Einvernehmens zwischen Berlin und Paris. Man schöpft aus ihm die Hoffnung auf weitere Erhaltung des europäischen Friedens. Proteste gegen das Zusammengehen mit Deutschland werden nicht laut, und einzelne Äußerungen des Mißtrauens werden von unbefangener Anerkennung unseres loyalen Verhaltens übertönt.

Was die Aussichten der in Vorbereitung befindlichen Mediation betrifft, so ist man hier am Quai d'Orsay optimistisch gestimmt. Der Politische Direktor sagte mir gestern, er glaube, daß die Bulgaren es nicht lange durchhalten könnten, da es ihnen an Geld und an Munition fehle[4].

König Ferdinand werde nach den jetzt schon vorliegenden Erfolgen seines Heeres vermutlich einer Mediation zugänglich sein, und auf ihn komme es wesentlich an. Auch Herr Poincaré sagte mir, der Geldmangel auf Seiten der Balkanstaaten sei ein günstiges Moment[5] zugunsten einer kurzen Dauer des Krieges. Hoffentlich würden sie wie seither überall verschlossene Taschen finden.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nicht mehr möglich!
[2] dann will er sich mit uns also nicht einigen!
[3] unsinn!
[4] ein Sieger hat stets beides
[5] ?!

Kapitel CCLXIV

Die Erfolge der Alliierten

Die Interventionsfrage

Oktober bis November 1912

Nr. 12297

*Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Belgrad, den 25. Oktober 1912

Kumanowa genommen. Vormarsch nach Üsküb. Mit Eroberung von Sjeniza nunmehr der ganze Sandschak von Nowipasar in serbischen Händen. Griesinger

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Macedonien ist verloren ebenso der Sandschack! L'Intégrité de l'Empire Ottoman" — in Europa — erledigt! Stambul ist bedroht. Wenn die Türken schnell verfolgt werden, können die Bulgaren in 8—10 Tagen vor od[er] in Stambul stehen. Die Türken haben nicht ein einziges Gefecht zu gewinnen, noch eine einzige Stadt zu halten vermocht — excl[usive] Scutari — Ihre Herrschaft in Europa ist zertrümmert. Sie haben sich als absolut unfähig erwiesen, das Land zu halten; und müssen hinaus. Griechen, Serben, Montenegriner haben mit beispielloser Tapferkeit gefochten. Die Bulgaren sind meisterhaft geführt und brillant eingesetzt worden, denen kann keine Mächtekonferenz ein Dorf abnehmen. Ich werde jedenfalls absolut dagegen stimmen wenn ich gefragt werde. Sie haben sich redlich erkämpft, was sie haben wollten, und sich in das Europ[äische] Concert hineingepaukt, — was frischen Bluts und Geistes bedurfte! Vielleicht erleben wir Ferdinand den I als Zar von Byzanz? Als Oberhaupt des Balkanbundes?

Die Balkanstaaten haben ihre Burschenmensur gepaukt, und kein Europ[äischer] S[enioren]c[onvents]-beschluß kann sie ablehnen! W.**

* Nachdem am 8. Oktober Montenegro, am 17. die übrigen Balkanstaaten die Feindseligkeiten gegen die Türkei eröffnet hatten, gestaltete sich die Kriegslage für die Türkei alsbald überaus ungünstig. Die Montenegriner besetzten den an ihr Land angrenzenden Teil des Sandschaks, vermochten freilich Skutari nicht zu erobern; die Bulgaren überschritten den östlichen Balkan, schlugen die Türken in der zweitägigen Schlacht von Kirk-Kilisse am 23. und 24. Oktober und drangen unaufhaltsam gegen Adrianopel vor; die Serben brachten den Türken ebenfalls am 23. und 24. Oktober nördlich von Kumanowa eine schwere Niederlage bei und zogen schon am 23. in Nowipasar, am 26. in Üsküb ein. Auch die Griechen schoben sich in siegreichen Gefechten in der Richtung auf Saloniki vor. Von dem jähen Zusammenbruch der Türkei, der sich so von allen Seiten her zu vollziehen schien, waren alle Mächte mehr oder minder überrascht. Durch die neugeschaffene Lage wurde die Frage einer künftigen Mediation, mit der sich die Mächte schon vor dem Ausbruch des Krieges befaßt hatten, stark beeinflußt, da ein starres Festhalten an dem proklamierten Grundsatz der Nichtduldung territorialer Veränderungen angesichts der Erfolge der Balkanstaaten kaum noch möglich erscheinen mußte.

** In einer Nachschrift zu seiner Randbemerkung gibt Kaiser Wilhelm II. sehr drastische Äußerungen König Friedrich Augusts III. von Sachsen wieder, die sich nicht zur Veröffentlichung eignen.

Nr. 12298

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 435 Konstantinopel, den 24. Oktober 1912

Russischer Marinebevollmächtigter Schtscheglow zeigte Vertrauensmann Brief höheren russischen Marineoffiziers, der kurz zuvor bei Herrn Sasonow gespeist hatte. Im Brief heißt es:

„Herr Sasonow ist entschieden gegen ein Großbulgarien — die Realisierung eines solchen wird er nicht als Auswärtiger Minister mitmachen. Rußland kann nach seiner Ansicht wohl mit einer geschwächten Türkei, nicht aber mit einem Großbulgarien sich abfinden. Ferner glaubt er, daß ein russisch-türkischer Krieg die Beziehungen Rußlands zu England und Frankreich ungünstig beeinflussen werde."

Wangenheim

Nr. 12299

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 440 Pera, den 25. Oktober 1912

Die militärische Lage wird für die Türkei stündlich ernster, und es muß schon jetzt mit mehr als der Möglichkeit einer baldigen, vollkommenen türkischen Niederlage gerechnet werden.

Es steht fest, daß drei Armeekorps der Hauptarmee nördlich und östlich Adrianopel schwere Niederlage erlitten haben. An Tundja wurde zurückweichendes Bataillon von Panik ergriffen, die sich allmählich sämtlichen Truppen mitteilte. Unter den Reservetruppen Meutereien. Wie österreichisches Konsulat Adrianopel meldet, gehen Bulgaren staffelweise auf Kulelü-Burgas vor.

Kumanowo wieder in den Händen der Serben. Eine türkische Division kriegsgefangen. Serben haben Ferisowitsch erreicht. Struma-Armee noch bei Djumaja-Bala. Bulgaren bedrohen Jonction. Griechen haben nach schweren Kämpfen Serfidsche genommen. Eine türkische Kolonne über Kozana abgedrängt. Nach Major von Strempels Ansicht haben die Türken durch ihr unnützes und durch Hochmut inspiriertes Auftreten nahe der Grenze ihre Chancen für die Anfang nächster Woche etwa bei Kulelü-Burgas zu erwartende Entscheidungsschlacht wesentlich verschlechtert. Von hier gehen fortwährend Verstärkungen zur Hauptarmee ab.

Wangenheim

Nr. 12300

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen, z. Z. in Sinaia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Sinaia, den 25. Oktober 1912
Geheim

König hat mich zu sich befohlen, befürchtet, daß, wenn Österreich sich gezwungen sehen sollte, Sandschak zu besetzen, russische Regierung dem Drängen der Panslawisten keinen Widerstand würde entgegensetzen können, erbittet zu seiner persönlichen Information Auskunft, welches die Haltung der Verbündeten Deutschland, Italien und Rumänien sein würde, im Falle alsdann auch Rußland eingreifen und in einen Konflikt mit Österreich kommen würde. Rumänische Regierung und Wiener Kabinett wissen von dieser Anfrage nichts. Näherer Bericht folgt.

Waldthausen

Nr. 12301

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 35 Berlin, den 26. Oktober 1912

Auf Telegramme Nr. 35* und 36**.

Bitte Seiner Majestät dem Könige gegenüber Inhalt des Erlasses Nr. 231 vom 23. d. Mts.*** verwerten und hinzufügen, daß wir zu unserem Verbündeten stehen, sobald dieser von einer anderen Großmacht angegriffen würde. Von einer bevorstehenden Besetzung des Sandschaks sei jedenfalls keine Rede, solange es sich dort nur um kriegerische Ereignisse handle. Es werde nachher Sache der Verständigung unter den Mächten sein, wie und mit welchen Mitteln, vielleicht auch in welchem Umfang sie die von ihnen proklamierte Aufrechterhaltung des Status quo durchführen werden.

---

* Nach Telegramm Nr. 35 vom 22. Oktober hätte König Karl gegenüber dem Attaché von Luckwaldt die Absicht ausgesprochen, nach Beendigung der augenblicklichen Kabinettskrise offiziell in Berlin Auskunft erbitten zu wollen, welche Stellung Deutschland bei eventueller Besetzung des Sandschaks durch Österreich einnehmen würde, ob es bei irgendwelchen Gegenmaßnahmen Rußlands sich vertraglich gebunden erachten werde, Österreich mit den Waffen beizustehen. Weiter hätte der König zu dem Legationssekretär Grafen Waldburg gesagt, er würde sich, falls die Türken bei Varna landen sollten, genötigt sehen, die Truppen in der Dobrudscha zu konzentrieren, und glaube damit einem Wunsch der deutschen Regierung zu entsprechen.

** Siehe Nr. 12300.

*** Siehe Kap. CCLXIII, Nr. 12293.

Zu Ihrer Information: Die am Schluß des Telegramms Nr. 35 wiedergegebene Äußerung des Königs, daß er sich im Falle der Landung türkischer Truppen bei Varna zur Konzentrierung in der Dobrudscha genötigt sehen würde, kann ich nur als ein Mißverständnis auffassen.

Kiderlen

Nr. 12302

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen**

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 246 Berlin, den 26. Oktober 1912

Vertraulich

In Gespräch mit Cambon über Lage habe ich seine Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß, obgleich definitive Entscheidung nicht gefallen, es immerhin nützlich wäre, die für Lösung der Krisis schwierigste Möglichkeit, nämlich vollständige Niederlage der Türkei, schon jetzt ins Auge zu fassen.

Frankreich, England, Deutschland haben gleiches Interesse, zu verhüten, daß mit Eintritt dieser Möglichkeit ein vollständiger Niederbruch der Türkei mit anarchischen Zuständen eintritt.

Es wäre daher gut, schon jetzt in Gedankenaustausch darüber zu treten, welche der dann unvermeidlichen Änderungen am Status quo sich mit tunlichster Wahrung wesentlicher Integrität der Gesamttürkei vereinigen lassen.

Wir würden bereit sein, auch Österreich über seine Gedanken zu befragen, während Frankreich sich über Rußlands Stellung zu der den siegreichen Balkanstaaten zu gewährenden Genugtuung informieren würde. Vielleicht könnte Frankreich auch über Englands Stellung sich erkundigen, mit dessen Botschafter ich mich in allgemeiner Form im Sinne des Eingangs des Telegramms ausgesprochen habe.

Vorstehendes zu Euerer Exzellenz Information, falls Sie Herr Poincaré darauf anredet. Eine Initiative bitte ich nicht zu ergreifen.

Kiderlen

---

* Ein inhaltlich gleiches Telegramm erging unter Nr. 185 nach London. Nur der Schlußpassus lautete in diesem etwas anders: „Bitte in diesem Sinn mit Sir E. Grey zu sprechen und ihm zu sagen, daß wir in gleichem Sinn uns Frankreich gegenüber geäußert haben. Eine Mitteilung an Rußland stellten wir anheim, um dort kein Mißtrauen zu erregen." Vgl. auch die beiden Telegramme Jules Cambons vom 25. Oktober über seine Gespräche mit Kiderlen, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 121 s., 123. Sie ergeben, daß Kiderlen auch Cambon auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, Rußland in den Gedankenaustausch einzubeziehen. „Du reste," schreibt Cambon, „le Secrétaire d'État estime qu'il y a lieu de prévenir la Russie afin qu'elle sache qu'il

Nr. 12303

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 372 Paris, den 26. Oktober 1912

Angesichts der Erfolge der Balkanslawen vollzieht sich in der öffentlichen Meinung Frankreichs ein unleugbarer Umschwung. Man beugt sich offenbar vor der „Macht der Tatsachen". Zu der Bewunderung für die siegreiche Offensive der Armeen des Balkanbundes, namentlich derjenigen der Bulgaren, gesellt sich sichtlich auch noch eine gewisse Genugtuung darüber, daß die aus der deutschen Schule hervorgegangenen türkischen Heerführer ihrer Aufgabe nicht gewachsen scheinen. Mit besonderer Selbstgefälligkeit wird auch darauf hingewiesen, daß die Artillerie der Balkanslawen, welche ihre Überlegenheit so glänzend bewährt habe, französischen Ursprungs sei, während die türkischen Geschütze von Krupp stammen[1].

Vielfach wird bereits betont, es liege auf der Hand, daß die Balkanstaaten der von ihnen errungenen Erfolge nicht gänzlich verlustig gehen können, und daß man wohl oder übel gezwungen sein werde, den als Grundlage einer gemeinsamen Aktion der Großmächte in Aussicht genommenen Plan der Aufrechterhaltung des Status quo fallen zu lassen[2].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] War vorauszusehen
[2] richtig

---

ne se poursuit aucune négociation en dehors d'elle." Trotzdem insinuierte Poincaré am 26. Oktober in Petersburg: „La suggestion de M. de Kiderlen tend évidemment à isoler la Russie. Pour parer ce coup, le Gouvernement impérial devrait, selon moi, nous demander immédiatement de proposer aux Puissances la médiation. Si M. Sazonoff ne croyait pouvoir formuler publiquement cette demande, le Gouvernement français assumerait volontiers cette initiative aux yeux de l'Europe, sans révéler l'accord préalable des deux alliés." Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 123. Ebenso in London (28. Oktober): „Je pense, comme Sir Arthur Nicolson, que la tentative de l'Allemagne pourrait avoir pour résultat la constitution d'un nouveau groupe et l'isolement de la Russie. Il conviendrait donc que l'Angleterre et la France répondissent d'un commun accord à Berlin qu'elles estiment que, dans les circonstances actuelles, aucune grande Puissance ne peut être tenue en dehors des conversations." Französisches Gelbbuch, a. a. O. I, 125. Die Poincarésche Insinuation, die wohl auf den Einfluß Iswolskys zurückzuführen ist (vgl. dessen Brief an Sasonow vom 7. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 335), hatte jedoch weder in Petersburg noch in London vollen Erfolg. Wie Botschafter Louis am 28. Oktober an Poincaré telegraphierte (Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 126), vertrat Sasonow die Auffassung „que M. de Kiderlen avait moins pour mobile d'isoler la Russie que surtout de se rapprocher de l'Angleterre par notre entremise, et de se servir de la France comme d'un tremplin pour se jeter dans les bras de l'Angleterre." Vgl. auch Nr. 12383 und Nr. 12389.

Nr. 12304

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 327
Ganz vertraulich

Wien, den 26. Oktober 1912

Zur Lage am Balkan bemerkte Graf Berchtold heute mir gegenüber, zu der Zeit, da er in San-Rossore gewesen sei* — also vor der Schlacht bei Kirk-Kilisse —, hätten die Italiener die Stellung der türkischen Armee für keineswegs schlecht gehalten. „Wenigstens mir gegenüber," meinte der Minister, „stellten sie die von den Balkanstaaten errungenen Vorteile als bedeutungslos hin. Vielleicht taten sie das aber nur mir zu Ehren." Jetzt sei die Lage allerdings eine wesentlich andere, wenn man auch immerhin noch mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß es den Türken doch noch gelingen könne, wieder die Oberhand zu gewinnen. Sollte dieser letztere Fall nicht eintreten, so scheint sich der Minister — wie dies ja auch aus der Sprache der offiziösen Presse zu entnehmen ist — mit dem Gedanken territorialer Veränderungen am Balkan bereits befreundet zu haben. Er meinte, in diesem Falle denke er sich zwei Möglichkeiten für die österreichisch-ungarische Politik. Entweder Österreich verschaffe sich sichere Garantien für ein enges handelspolitisches Zusammengehen mit dem vergrößerten Serbien — vielleicht in der Gestalt eines Zoll- und Handelsbündnisses —, oder — wenn Serbien seine antiösterreichische Politik nicht aufzugeben gesonnen sei und sich etwa die Nachricht von einer Zollunion der Balkanstaaten bewahrheiten sollte — die Monarchie werde gezwungen sein, „ihre Interessen selbständig zu wahren". Er hoffe, daß der erstere Weg sich als gangbar erweisen und daß Rußland der Ausführung dieses Planes sich nicht widersetzen werde. In der inneren Politik sowohl Österreichs als Ungarns würden sich allerdings, besonders wegen der starken agrarischen Strömungen, Schwierigkeiten ergeben; die müßten dann aber mit allen möglichen Mitteln überwunden werden. Diese Lösung der Frage würde wohl auch am besten den Wünschen und Interessen der Südslawen der Monarchie entsprechen, auf die man, wie die Dinge lägen, Rücksicht nehmen müsse. Allerdings müßten Garantien geschaffen werden, daß dort an der Südostgrenze des Reiches nicht eine neue Irredenta entstehe.

Sei aber eine handelspolitische Einigung mit Serbien nicht zu erlangen, so wolle er die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch dann noch die notwendige Wahrung der Interessen der Monarchie „auf anderem Wege" ebenfalls ohne größere Komplikationen durchzuführen sein werde. Wenn Österreich Rußland Zusicherungen geben würde, daß es sich in bulgarische

* Am 21. Oktober hatte eine Zusammenkunft Graf Berchtolds mit dem italienischen Außenminister Marquis di San Giuliano in San-Rossore bei Pisa stattgefunden, bei der hauptsächlich die Erneuerung des Dreibundes und die Lage am Balkan besprochen worden war. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL, Nr. 11269 f.

Angelegenheiten nicht einmischen und gegen territoriale Vergrößerung Bulgariens nichts einwenden werde, so sollte er glauben, daß man in Petersburg einsehen werde, daß es unangebracht sein würde, Österreich in der Verfolgung seiner absoluten Lebensinteressen in der serbischen Sphäre durch einen Krieg zu hindern, für den man nach der inneren Lage des Reiches und auch militärisch doch nicht gehörig vorbereitet sei.

Graf Berchtold bemerkte zum Schluß, er habe mir hiermit ganz vertraulich und in weiten Umrissen darlegen wollen, wie er sich etwa die Zukunft denke. Für bestimmte Pläne sei aber die Zeit noch nicht gekommen, und man müsse zunächst abwarten, wie die militärische Aktion am Balkan verlaufen und wie sich gegebenenfalls die Mediation der Mächte gestalten und welche Folgen diese zeitigen werde.

von Tschirschky

Nr. 12305

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 London, den 28. Oktober 1912

Antwort auf Telegramm 185 vom 26. Oktober*.

Sir E. Grey führte heute aus, Verhältnisse hätten sich seit letzter Konversation noch weiter zugunsten Balkanbundes verschoben. Endgültige militärische Entscheidungen seien aber noch nicht gefallen. Er glaube, daß Balkanmächte unter Umständen Intervention jetzt annehmen würden, von der Türkei glaube er dies nicht. Nach erzielten Erfolgen würden Balkanmächte voraussichtlich territoriale Vergrößerung beanspruchen. Keine wie immer gearteten Verschiebungen der territorialen Verhältnisse auf dem Balkan könnten englische Interessen soweit berühren, daß ein Eingreifen der englischen Macht gerechtfertigt erschiene, die Frage Konstantinopel selbstverständlich ausgenommen. Ein Einsetzen englischer Machtmittel, um den Balkanstaaten ihre Eroberungen abzunehmen, würde die englische öffentliche Meinung nicht erlauben. Konstantinopel sei eine europäische Frage erster Ordnung. Er ziehe die Möglichkeit ihrer Aufrollung jetzt nicht in Betracht, da er bestimmt glaube, daß alle Mächte dort den Status quo erhalten zu sehen wünschten. Seine diplomatischen Bemühungen seien weiter darauf gerichtet, Rußland und Österreich-Ungarn zu veranlassen, ihren Standpunkt zu fixieren, um geeint die Führung im Konzert übernehmen zu können. Der österreichische Botschafter sei ohne amtliche Mitteilung über das Maximum der Konzessionen an die Balkanstaaten, welches Österreich-Ungarn zuzugestehen geneigt sei, —

* Vgl. Nr. 12302, Fußnote.

Graf Mensdorff bestätigte mir dies — und Sasonow habe er nochmals dringend gebeten, den russischen Standpunkt baldmöglichst genau zu definieren. Die Aufgabe der russisch-österreichischen Einigung würde erleichtert werden, wenn man das Minimum kennte, mit welchem die Balkanstaaten sich begnügen würden. Er halte es für keinen schlechten Gedanken, daß Rußland und Österreich-Ungarn gemeinsam unter Anknüpfung an die letzten diplomatischen Kundgebungen des Balkanbundes in den vier Hauptstädten vertraulich sondierten, womit äußerstenfalls die Verbündeten sich zu begnügen geneigt seien. Man bekomme auf diese Weise diplomatisch festeren Boden unter die Füße, und jedes gemeinsame Vorgehen Österreich-Ungarns und Rußlands trage vielleicht dazu bei, die Verständigung zwischen ihnen zu erleichtern. Er sei, vernünftige Prüfung vorbehalten, geneigt, jede Lösung zu akzeptieren, worüber sich diese beiden Staaten geeinigt hätten. Der Minister sprach nochmals seine Freude aus über die jetzt erreichte intime Fühlung mit uns, bat mich, ihn zu besuchen, sobald ich irgend etwas Neues hörte, und versprach, mir jede wichtigere Nachricht über den Fortgang der Verhandlungen sogleich mitzuteilen.

Kühlmann

Nr. 12306

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 249 Berlin, den 30. Oktober 1912

Auf eine der zahlreichen Poincaréschen Anregungen, mit uns in direkte Fühlung zu treten, habe ich Herrn Cambon gesagt, es müsse wohl mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Status quo nicht absolut aufrechterhalten werden könne. Wir könnten vielleicht über die „changements admissibles au statu quo qui sera maintenu" vertraulich sprechen, zugleich mit England, da wir drei gleichmäßig interessiert seien, daß Türkei nicht ganz zugrunde gehe und in Anarchie verfalle. Ich habe spontan hinzugesetzt, es wäre gut, auch Rußland zu informieren, um dort kein Mißtrauen zu erregen. Herr Cambon kam heute darauf zurück mit dem Bemerken, daß französische Regierung es für gut hielte „de ne pas seulement prévenir mais consulter la Russie". Dem habe ich zugestimmt. Inzwischen habe ich aber Grund zu der Annahme, daß meine Äußerung Rußland gegenüber als ein Versuch seiner Beiseiteschiebung mißbraucht worden ist*. Ich werde mich darüber mit Herrn Cambon aussprechen und bitte Ihrerseits von vorstehendem keinen Gebrauch zu machen. Es ist nur zu Ihrer Information bestimmt.

* Das war in der Tat geschehen; vgl. Nr. 12302, Fußnote, ferner Nr. 12383 und Nr. 12389, sowie R. Poincaré, Au Service de la France II, 293s.

Spricht Sie Herr Poincaré auf unseren Gedankenaustausch an, verhalten Sie sich reserviert und beschränken sich auf die Bemerkung, es schienen Ihnen Mißverständnisse obzuwalten, die Ihnen unbekannt seien, über die Sie aber Aufklärung durch einen Ihnen angekündigten Erlaß erwarteten. Dieser folgt demnächst.

Kiderlen

Nr. 12307

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 126 Berlin, den 31. Oktober 1912

Der Kaiserliche Botschafter in Paris telegraphiert**:

„Herr Poincaré läßt heute unter Betonung Einvernehmens mit Rußland und England*** in Berlin, Wien und Rom folgenden Vorschlag unterbreiten:

* Das gleiche Telegramm erging unter Nr. 173 nach Rom; es enthielt im Anschluß an die Mitteilung des Pariser Telegramms noch die Bemerkung: „Herr Cambon hat hier ziemlich deutlich durchblicken lassen, daß Vorschlag gegen Österreich-Ungarn gerichtet sei, und nur einen schwachen Versuch eines Hinweises auf England gemacht."

** Telegramm Nr. 329 vom 31. Oktober.

*** Die Eingangsformel der Poincaréschen Instruktion an die Botschafter in Berlin, Wien und Rom vom 30. Oktober besagte: „En conséquence, d'accord avec la Russie et l'Angleterre, je vous prie de soumettre d'urgence au Gouvernement près duquel vous êtes accrédité la proposition ci-après." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 127. Zur Genesis des Akkords der Tripelententemächte vergleiche man das Telegramm Sasonows an den russischen Botschafter in Berlin Sverwejew vom 29. Oktober (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 321f.) und die Telegramme Graf Benckendorffs an Sasonow vom 29. und 30. Oktober (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 558ff.). Aus jenem ergibt sich, daß der Poincarésche Vorschlag, das völlige Desinteressement der Mächte an irgendwelchen Kompensationen als Grundlage für die Vermittelung zwischen den kriegführenden Parteien auszusprechen, seine Entstehung einer russischen Anregung verdankt hat; aus diesen, daß die russische Anregung ihre Spitze gegen Österreich richtete. Mit aller Offenheit sagte Graf Benckendorff heraus, Rußland müsse sich für den Fall einer Vermittelung gegen die Möglichkeit sichern, daß Österreich bei einer Verschiebung des Status quo im Balkan irgendwelche Kompensationen für sich in Anspruch nehme, sei es auch nur in der Form eines Abkommens oder eines Handelsvertrages mit einem der Balkanstaaten. Die russische Initiative in der Frage der Uneigennützigkeitserklärung erscheint um so eigenartiger, als die russische Regierung bei den Verhandlungen über den Akkord der Ententemächte vom 25. Juni 1912, der der Friedensvermittelung zwischen der Türkei und Italien galt (vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXXXIX, Nr. 11136, S. 428, Fußnote), sich kategorisch geweigert hatte, sich auf eine Uneigennützigkeitserklärung einzulassen, die einen Verzicht auf Rußlands hundertjährige Balkanpolitik bedeute (siehe Stieve, a. a. O., II, 153). Die russische Uneigennützigkeit wird noch besonders dadurch illustriert, daß Sasonow selbst nichts von einer Festlegung der Ausschließung jeder Annexion türkischen Gebiets durch eine Großmacht wissen wollte, da das auf einen Verzicht Rußlands in der Dardanellenfrage gedeutet werden könne. Sasonow an Iswolsky, 14. November, Stieve, a. a. O., II, 345. Daß Rußland aber alle seine Ansprüche in der Dardanellenfrage unbedingt aufrecht erhielt, hat Sasonow etwas später in einem Briefe an Iswolsky vom 28. November (Stieve, a. a. O., II, 364ff.) in aller Form ausgesprochen.

Les puissances reconnaissant que l'heure approche où elles pourront exercer leur médiation entre les belligérants de la péninsule balkanique et continuant de placer au premier rang de leurs préoccupations le maintien de la paix européenne déclarent qu'elles s'appliqueront à leur œuvre commune dans un esprit d'absolu désintéressement."

Ich habe mir meine Antwort vorbehalten. Nachdem Frankreich ausdrücklich sich zum Wortführer der Tripelentente gemacht hat, erscheint es mir ganz besonders geboten, daß sich die Dreibundmächte auf eine identische Antwort einigen. Ich würde als solche vorschlagen:

„Les gouvernements de Vienne, Berlin et Rome reconnaissent l'utilité d'une médiation des Puissances entre les belligérants dans l'intérêt du maintien de la paix européenne. Cette médiation ne saurait cependant être imposée mais devra être réclamée au moins par une des parties belligérantes. Dès qu'une paraille demande leur sera faite les trois gouvernements n'hésiteront pas de joindre leurs efforts à ceux de la France et des autres gouvernements au nome desquelles elle a parlé. Les trois gouvernements pensent qu'une entente sur la manière dont la médiation s'exécutera ne pourra se faire qu'au moment où elle sera demandée par l'un des belligérants et où la situation de ceux-ci se sera dessinée plus nettement."

Wir sind bereit, auch anderem dortigen Vorschlag beizustimmen, legen aber großen Wert auf eine identische Antwort.

Kiderlen

Nr. 12308

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 Bukarest, den 30. Oktober 1912

Majorescu, Konseilpräsident und Auswärtiger Minister im mit Take Jonescu neugebildeten Kabinett, sagte mir vertraulich, habe österreichischem* und russischem** Gesandten gleiches gesagt, Rumänien werde laut Beschluß neuen Ministerrats nicht mobilisieren, wolle bulgarischen Bestrebungen nicht entgegentreten, werde vielleicht nächster Tage wegen türkischen Bombardements in Kavarna und Flucht Bulgaren über schutzlose Dobrudschagrenze lediglich als Polizeimaßnahme an derselben Truppen aufstellen. Majorescu bittet Deutschland, einzutreten für Rumäniens Zuziehung zu etwaiger europäischer Konferenz mit Stimmrecht, die es wegen seiner friedlichen Haltung und 500000 Kutzowalachen zu beanspruchen.

* Prinz Fürstenberg.
** Schebeko.

König, dem Antwort auf erbetene Auskunft mitteilte, sieht Lage sehr ernst an, befürchtet Revolution Konstantinopel, ist ganz gefaßt auf europäischen Krieg. Serben seien Üsküb und viel weiter, würden Besetztes nicht räumen wollen. Rußland würde bei Eingreifen Österreichs zum Kriege gezwungen sein, Frankreich müsse dann mitgehen, Krieg würde in beiden Ländern populär sein. Näherer Bericht folgt.

Waldthausen

Nr. 12309

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 340
Vertraulich

Wien, den 31. Oktober 1912

Aus Serbien höre er, meinte Graf Berchtold mir gegenüber, Töne freundschaftlicher Dispositionen gegenüber Österreich, wie man sie bisher hier lange nicht vernommen habe. Es lägen zwar bisher nur unverbindliche Äußerungen des Herrn Paschitsch vor; diese berechtigten aber doch zu dem Schlusse, daß man in Belgrad mildere Saiten der Nachbarmonarchie gegenüber aufzuziehen gewillt sei. In direkten Meinungsaustausch mit Serbien sei er bisher noch nicht getreten. Mit einer territorialen Vergrößerung Serbiens werde jedenfalls gerechnet werden müssen. Je intimer, wirksamer und dauernder das Verhältnis sein werde, das auf ökonomischem Gebiete zwischen Österreich und Serbien erreicht werden könne, um so leichter würde sich die Monarchie auch mit einem größeren Gebietszuwachs Serbiens abfinden können. Ein Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Absicht Serbiens, mit Österreich sich dauernd gut zu stellen, werde es sein, ob man in Belgrad die Forderung nach einem Hafen am Adriatischen Meere stellen werde oder nicht. Wolle es wirklich gute und vertrauensvolle Beziehungen zu Österreich, so könne es die angestrebte Verbindung mit dem Adriatischen Meere durch einen Anschluß der serbischen Bahnen an die bosnisch-herzegowinischen, der billig herzustellen sei, leicht haben. Stellt es aber das Begehren des eigenen Hafens am Meer, zu dem es nur mit Hilfe einer zirka 300 Millionen francs kostenden Bahn — und zwar durch albanesisches Territorium — gelangen könne, und von dem es wissen müsse, daß ihm Österreich nicht zustimmen könne, so würde damit gezeigt werden, daß es seine alte Politik des Mißtrauens Österreich gegenüber nicht aufgeben wolle.

von Tschirschky

Nr. 12310

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 341 Wien, den 31. Oktober 1912

Graf Berchtold gab mir heute Kenntnis von einer neuen Proposition des Herrn Poincaré*. Danach schlägt der französische Minister vor, die Großmächte sollten, um die Mediation zu erleichtern und den Balkanstaaten akzeptabler zu machen, eine Erklärung dahin abgeben, daß sie diese Mediation „dans l'esprit d'un absolu désintéressement" vornehmen würden. Graf Berchtold hat den französischen Botschafter, der ihm diese Proposition, auf einen halben Bogen hingeworfen, brachte, nicht im Zweifel darüber gelassen, daß er darin eine etwas sonderbare Zumutung erblicken müsse. Er hat dem Herrn Dumaine gesagt, er wäre zwar Diplomat, aber auch Gentleman, und er frage ihn offen, ob er selbst der Ansicht wäre, daß sowohl Österreich als Rußland gar keine Interessen bei Regelung der Verhältnisse am Balkan wahrzunehmen hätten. Wenn er als österreichisch-ungarischer Minister des Auswärtigen diesem Vorschlag zustimme, so würde der erste beste in der Monarchie das Recht haben, ihn als Verräter niederzuschießen. Er könne sich nicht recht vorstellen, daß Rußland — wie dies Herr Dumaine ihm gegenüber behauptet hätte — eine solche Erklärung ehrlicherweise habe abgeben können. Um nur einen praktischen Fall herauszugreifen, frage er ihn, ob Rußland vielleicht nicht Interesse daran habe, daß Konstantinopel nicht in bulgarische Hände falle, und er frage ihn weiter, ob er der Ansicht sei, daß Österreich nicht auch wichtige Interessen am Balkan zu wahren habe. Herr Dumaine habe natürlich diese Interessen Rußlands und Österreichs nicht bestreiten können, habe aber doch noch den Versuch erneuert, ihn „im Interesse des allgemeinen Friedens" zur Annahme der Proposition zu überreden. Als ihm das nicht geglückt sei, habe der französische Botschafter dann gesagt, es könnte vielleicht eine andere Fassung gewählt werden, und habe vorgeschlagen, anstatt „désintéressement" „impartialité" zu setzen. Mit dieser Fassung habe er sich vorläufig einverstanden erklärt, jedoch darauf hingewiesen, daß ihm in dieser Fassung die ganze Erklärung unnötig und sogar schädlich schiene, da man doch nicht offiziell und vor Europa den Verdacht aufkommen lassen dürfe, als ob die Großmächte bei der Mediation parteiisch vorgehen könnten.**

Er, der Minister, habe dann noch weiter darauf hingewiesen, daß, wenn Herr Poincaré seine Anregung als im Interesse des Friedens gelegen bezeichne, ihm dies mehr als zweifelhaft erscheine, da sich damit wohl die

* Vgl. Nr. 12307.

** Vgl. auch das von R. Poincaré, Au Service de la France II, 291 mitgeteilte Telegramm Botschafters Dumaine vom 31. Oktober.

Großmächte die Hände binden würden, den Balkanstaaten aber freie Entschließung gelassen und ihre Begehrlichkeit noch geweckt werden würde.

Schließlich habe er dem Botschafter gesagt, er würde die Proposition noch studieren und sich definitive Antwort vorbehalten. Graf Berchtold fügte mir gegenüber noch hinzu, er wolle lieber nicht nachforschen, welches die Beweggründe dieser eigentümlichen Demarche des Herrn Poincaré seien. Zunächst sei ihm der Gedanke gekommen, ob dahinter nicht Herr Iswolsky zu suchen sei. Denn wenn auch nicht mehr sein persönlicher Gegner Graf Aehrenthal hier am Ballhausplatz sitze, so sei dem russischen Diplomaten wohl eine solche posthume Rache an dessen Nachfolger zuzutrauen umsomehr, als, wie er wisse, Herr Iswolsky auch ihm persönlich nicht gut gesinnt sei. Oder sollte es eine Falle sein, die die gesamte Tripelentente Österreich-Ungarn stellt? Daß Unaufrichtigkeit von russischer Seite vorliege, sei klar, vorausgesetzt, daß die Behauptung des Herrn Poincaré sich bewahrheite, daß Rußland bereits seine Zustimmung zu der bewußten Erklärung gegeben habe*. Andernfalls liege die Unaufrichtigkeit auf französischer Seite. Die ganze Sache sei jedenfalls sehr eigentümlich.

von Tschirschky

Nr. 12311

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 Wien, den 1. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 126 vom 31. Oktober**.

Bericht über Aufnahme, die französischer Vorschlag bei Graf Berchtold gefunden hat, unterwegs***.

Minister akzeptiert die von Euerer Exzellenz vorgeschlagene Antwort vollkommen und begrüßt insbesondere identische Stellungnahme der Dreibundmächte†. Er nimmt an, daß erforderlicher Schritt in Rom von Berlin aus gemacht werden wird. Er bat mich, ihn sofort zu informieren, sobald von Rom aus die Antwort eingelaufen sein wird. Bis dahin werde er selbstverständlich warten, ehe er seine Antwort nach Paris gibt.

* Sie war sogar von Rußland angeregt worden; vgl. Nr. 12307, Fußnote***. Der russische Hintergedanke geht auch aus Poincarés Telegramm an Botschafter Dumaine in Wien vom 31. Oktober hervor: „La Russie tient beaucoup à ce que la médiation s'opère sur la base du principe du désintéressement. Elle est, quant à elle, tout à fait résolue à ne réclamer aucun avantage territorial; mais elle est très préoccupée des arrière-pensées de l'Autriche et elle désirerait avant tout connaître les intentions véritables du Cabinet austro-hongrois." Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 129.

** Siehe Nr. 12307.

*** Siehe Nr. 12310.

† Nach einem Telegramm des Botschafters von Jagow vom gleichen Tage (Nr. 161) war auch Marquis di San Giuliano mit der von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Antwort völlig einverstanden.

Graf Berchtold hatte zunächst Bedenken, ob er unserm Vorschlag zustimmen könne, nachdem er mündlich französischem Botschafter gesagt hatte, daß er Mediation mitmachen werde, sobald von Frankreich Initiative dazu ergriffen werden würde, also ohne vorheriges Ersuchen seitens einer kriegführenden Macht. Er gab aber schließlich dies sein Bedenken auf und wird französischem Botschafter eventuell gelegentlich sagen, daß er — nachdem er sich definitive Antwort vorbehalten habe — nach eingehender Prüfung im Einverständnis mit seinen Verbündeten die vorliegende Antwort festgestellt habe.

Tschirschky

Nr. 12312

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 128 Berlin, den 1. November 1912

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 116*.

Bitte Graf Berchtold unter Ausdruck meines Dankes und meiner Befriedigung mitteilen:

Nachdem Rom Einverständnis erklärt hat, werde ich, wenn Graf Berchtold kein Bedenken hat, am Montag Herrn Cambon die im Telegramm Nr. 126** vorgeschlagene Antwort mündlich, aber, wie er es getan, unter Fixierung des Wortlauts auf einem Zettel zustellen. Am Eingang werde ich setzen: „Le Gouvernement Impérial d'accord avec les cabinets de Vienne et de Rome."

Es wäre vielleicht nützlich, die Antworten gleichzeitig am Montag zu übergeben***.

Ich telegraphiere gleichlautend nach Rom.

Kiderlen

Nr. 12313

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 Bukarest, den 2. November 1912

König hat Prinz Fürstenberg auf Befragen erklärt, er würde auf einer europäischen Konferenz, falls Rumänien sich nicht kriegerisch betätigt

* Siehe Nr. 12311.

** Siehe Nr. 12307.

*** Es geschah am 4. November. Der Text der deutschen wie der österreichischen Antwort findet sich gedruckt im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques I, 134ss.

haben würde, Linie Oltenitza—Kavarna verlangen. Falls Konstantinopel fiele, würde er durch Volksstimmung zur Mobilisierung gezwungen sein und dann auch in Aktion treten, doch werde er in diesem Falle vor irgendwelchen Schritten sich mit Österreich und Deutschland ins Einvernehmen setzen.

Waldthausen

Randbemerkung von Kiderlens:
Was geht ihn denn das an?!!?

Nr. 12314

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 37 Berlin, den 3. November 1912

Auf Telegramm Nr. 39*.

Die Einnahme und Besetzung Konstantinopels durch Truppen der verbündeten Balkanstaaten würde die politischen Interessen und traditionellen Aspirationen Rußlands so stark erschüttern, daß die russische Regierung sich gezwungen sehen würde, aus der augenblicklichen Haltung des aufmerksam beobachtenden Zuschauers herauszutreten und sich aktiv zu beteiligen. Auch England betrachtet Konstantinopel, wie Grey erst kürzlich dem Kaiserlichen Geschäftsträger gesagt hat, als eine europäische Frage erster Ordnung**. Unter diesen Umständen dürfte es sich für Rumänien empfehlen, beim Eintritt der vom König befürchteten Eventualität in Ruhe die Entschlüsse und Maßnahmen Rußlands bzw. der anderen an der Frage erheblich interessierten Großmächte abzuwarten und erst nach Maßgabe derselben die eigenen Entscheidungen zu treffen. Zugleich wollen Ew. sagen, wir würden, wenn einmal Verhandlungen beginnen, für Rumäniens berechtigte Forderungen eintreten; hätten aber selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, wenn Rumänien schon jetzt einen Versuch direkter Verständigung mit Bulgarien mache, ohne uns natürlich ein Urteil über den Erfolg bilden zu können***. Von einer Konferenz sei vorläufig nicht die Rede.

Bitte vorstehendes an maßgebender Stelle zu verwerten.

von Kiderlen

---

* Siehe Nr. 12313.

** Vgl. Nr. 12305.

*** Nach einem bei A. von Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 374f. abgedruckten Briefe Kiderlens an den rumänischen Gesandten in Berlin Beldiman vom 1. November 1912 hätte auch dieser dem Staatssekretär die Frage vorgelegt, ob er Rumänien rate, sich direkt mit Bulgarien zu verständigen; er, Kiderlen, habe darauf geantwortet: es erscheine ihm zweifelhaft, ob Bulgarien jetzt auf solche Verhandlungen eingehen werde, daß er den Versuch dazu aber der rumänischen Regierung überlassen

Nr. 12315

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 129 Berlin, den 3. November 1912

Der Kaiserliche Geschäftsträger in London meldet unterm 2. d. Mts.*:

„Sir Edward Grey bat mich, ihn zu besuchen, und sagte mir, er wolle mir zwei Nachrichten signalisieren, die ihn beunruhigen.

Der italienische Botschafter** habe ihm erzählt, auf dem Kontinent werde die Anschauung kolportiert, die Balkanstaaten würden sich direkt mit der Türkei auseinandersetzen, und Österreich hätte einfach das Resultat dieser Auseinandersetzung zu indossieren. Er verurteile solche Äußerungen, die, wenn sie in Österreich ernst genommen würden, schweren Schaden stiften könnten, als gefährliches Geschwätz unverantwortlicher Leute, und er wisse, daß die russische Regierung ebenso denkt wie er. Aus anderer Quelle höre er, daß in Österreich die Neigung bestehe, sich direkt mit den Balkanstaaten auseinanderzusetzen, ohne mit den anderen Mächten zu verhandeln. Wenn man die Gewähr hätte, daß diese direkte Auseinandersetzung zu einer Einigung führen würde, wäre gegen diese Methode nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie würde die Lösung erleichtern. Träten aber erhebliche Meinungsverschiedenheiten zutage, und versuche Österreich auf die Balkanstaaten zu drücken, so könnten diese sich Hilfe suchend an Rußland wenden. Die ganze Situation würde gespannt, und die unbeteiligten Mächte sehen sich genötigt, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln. Er halte an der Auffassung fest, daß es das beste wäre, sowohl Österreich wie Rußland machten ihre Reserven den Großmächten bekannt; dann lasse sich sofort überblicken, auf welchem Wege ein Kompromiß möglich sei. Die englische öffentliche Meinung würde einen Druck auf die Balkanstaaten, um ihren Siegespreis zu schmälern, nicht zulassen. Rußlands Reserven würden sich voraussichtlich nur auf Erhaltung des Status quo in und um Konstantinopel beschränken.

Der Minister sagte dies nicht ausdrücklich; ich fühlte aber seinen Wunsch durch, wir möchten unseren Einfluß in Wien aufwenden, um die Österreicher zur Bekanntgabe ihres Minimums zu veranlassen.

müsse. Die offenbare gegenseitige Verstimmung, die aus dem bei Tirpitz mitgeteilten Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär und dem Gesandten spricht, stammte bereits aus dem Sommer 1912 und hängt mit Mißverständnissen über den Gedanken einer offiziellen Einladung Kiderlens nach Bukarest zusammen. Danach sind auch die von Tirpitz, a. a. O., S. 371ff. mitgeteilten abfälligen Urteile Beldimans aus dem Januar 1913 über den inzwischen verstorbenen Kiderlen zu bewerten. Auf die amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien haben diese Verstimmungen nur insoweit eingewirkt, als in Berlin eine gewisse Zurückhaltung in der Erteilung politischer Nachrichten an Beldiman geübt wurde, was zu Klagen König Karls über die „Schweigsamkeit Berlins" Anlaß gab.

* Telegramm Nr. 171.

** Marchese Imperiali.

Auch von einer Konferenz sei viel die Rede; er halte eine Konferenz ohne vorherige Verständigung über die wichtigsten Punkte für eher gefährlich.

Nachrichten aus Salonik sprechen von wirklicher Gefahr, solche aus Konstantinopel von möglicher Zuspitzung der Lage. Er habe deshalb zwei Schiffe auf Salonik dirigiert und eines nach der Besikabai gelegt. Sollte die Lage in Konstantinopel kritisch werden, so solle das Schiff nach eingeholter Zustimmung der Türkei dorthin abgehen.

Der Minister war entschieden heut pessimistischer gestimmt als die letzten Tage. Man fürchtet hier, wie ich Äußerungen anderer Politiker entnehme, daß sich hinter dem Schweigen Österreichs große Territorialpläne verbergen könnten, welche eine friedliche Auseinandersetzung mit den Balkanstaaten, insbesondere Serbien, aussichtslos erscheinen lassen würden. Insbesondere fürchtet man die Forderung eines territorialen Streifens bis Salonik. Hingegen würde man meinem Eindrucke nach Österreichs Forderungen auf Autonomie Albaniens, Freibleiben eines Sandschakstreifens und wirtschaftliches Privileg in Salonik und auf der Bahn dahin nicht für unvernünftig halten."

Der englische Botschafter hat sich gestern zu mir im Auftrage Sir Edward Greys im Sinne der Mitteilungen des letzteren an Herrn von Kühlmann geäußert und gleichzeitig den Wunsch zu erkennen gegeben, über die Absichten Österreich-Ungarns unterrichtet zu werden. Ich habe dem Botschafter erwidert, ich könne ihm auf das bestimmteste versichern, daß Österreich-Ungarn keine aggressiven Pläne hege, doch wäre ich nicht in der Lage, ihm Einzelheiten mitzuteilen, deren Bekanntgabe der österreichisch-ungarischen Regierung vorbehalten bleiben müsse.

Bitte Grafen Berchtold von Vorstehendem zu informieren und bei ihm anzuregen, sein uns mitgeteiltes Programm wenigstens in seinen Umrissen zur direkten Kenntnis Sir Edward Greys bringen zu lassen. Euer pp. wollen dabei noch bemerken, daß, falls Graf Berchtold sich zu Mitteilungen in London entschließt, es vielleicht gut wäre, diese direkt an Sir E. Grey als persönlich und vertraulich gelangen zu lassen; wir haben in letzter Zeit mit diesem modus procedendi bessere Erfahrungen gemacht als bei Mitteilungen an einen Beamten des Ministeriums.

Kiderlen

Nr. 12316

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 187 Berlin, den 3. November 1912

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 171*.

Sagen Sie Sir E. Grey, wir wüßten, daß Österreich-Ungarn keinerlei aggressive Absichten verfolge, sondern nur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen im Auge habe.

* Vgl. Nr. 12315.

Wir hätten in Wien anheimgestellt, Sir E. Grey darüber nähere vertrauliche Mitteilungen zu machen.

Kiderlen

Nr. 12317

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 342 Wien, den 2. November 1912
Ganz vertraulich [pr. 3. November]

Graf Berchtold sagte mir heute, er habe Herrn von Giers gebeten, heute nachmittag zu ihm zu kommen. Er halte es für nützlich, einmal mit dem russischen Botschafter allgemein und akademisch über die österreichisch-ungarische Politik in bezug auf den Balkan zu sprechen. Vor zirka acht Tagen hat Herr Sasonow mit dem Grafen Thurn hierüber eine Unterredung gehabt, und dabei seien von russischer Seite unter anderem Andeutungen über serbische Wünsche nach einem Hafen am Adriatischen Meere gemacht worden, denen gegenüber Graf Thurn sich, wie es scheint, schweigend verhalten habe. Graf Thurn sei, wie er mir vertraulich sagen wolle, in der russischen Atmosphäre ganz Russe geworden. Demgegenüber halte er es für geboten, keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Er finde es bei der Sachlage auch nützlich, die Fühlung mit Petersburg nicht ganz zu verlieren.

Er werde also ganz allgemein mit Herrn von Giers über die Lage und über die österreichisch-ungarischen Wünsche am Balkan sprechen. Dabei werde er die ökonomische Natur der österreichischen Interessen betonen und die Hoffnung ausdrücken, daß Rußland diesen legitimen und zwingenden Lebensinteressen der Monarchie keine Hindernisse in den Weg legen werde. Eine Andeutung über die Unzulässigkeit eines serbischen Hafens am Adriatischen Meere vom Standpunkte der Monarchie aus werde er Herrn von Giers dabei gleichfalls machen. Natürlich könne er dem russischen Botschafter nicht sagen, daß Österreich in einem solchen Hafen, der dann leicht zu einem Kriegshafen ausgestaltet werden könnte, nur einen russischen Vorposten erblicken könne, mit dessen Hilfe Rußland im gegebenen Momente die Monarchie auch von Süden würde umklammern können, und von dem aus man mit italienischer Hilfe das Adriatische Meer ganz schließen könnte. Er denke, eine leise[1] Andeutung des österreichischen Standpunktes werde aber genügen. — Auch über Rumänien werde er ein Wort fallen lassen. Herr Sasonow habe in einem Interview im „Russkoje Slowo" schon von Rumänien gesprochen und habe auf die „Friedensliebe des weisen rumänischen Königs" hingewiesen und daran noch einige schöne allgemeine Phrasen geknüpft. Damit sei die Sache

aber nicht abgetan. Überhaupt halte er es für ein nicht nachahmungswertes Vorgehen des russischen Ministers, wenn er durch solche Veröffentlichungen in der Presse den politischen Verhandlungen unter den Mächten vorgreife. Dieser Weg, alle politischen Fragen in der Presse zu diskutieren, sei ungewöhnlich und nicht unbedenklich und geeignet, die etwaigen Gegensätze zu verschärfen, anstatt sie zu mildern. Auch hierüber werde er Herrn von Giers seine Ansicht nicht vorenthalten.

von Tschirschky

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Warum?!

Nr. 12318

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1026 London, den 1. November 1912
[pr. 3. November]

Der russische Botschafter Graf Benckendorff sprach mir bei einem zufälligen Zusammentreffen längere Zeit über seine Auffassung der Lage.

Er sehe die dringendste Gefahr des Augenblicks in der Möglichkeit, daß König Ferdinand seinen Sieg, welchen die eben eingegangenen Depeschen als wahrscheinlich erscheinen ließen*, sofort rücksichtslos ausnützen und in Konstantinopel einziehen werde. Es sei nicht wahrscheinlich, daß die türkische Armee, falls ihre Niederlage als entscheidend sich herausstelle, in den Linien von Tschataldja längere Zeit mit Aussicht auf Erfolg sich halten könne. Es stehe daher augenblicklich wohl sehr wenig zwischen der bulgarischen Armee und dem höchsten Ziele bulgarischen Ehrgeizes, Konstantinopel. Zar Ferdinand habe seit Jahren ein Bild der Hagia Sophia in seinem Zimmer hängen. Sein Traum sei, in diesem alten Heiligtum zum Kaiser von Byzanz gekrönt zu werden. Ziehe die bulgarische Armee unter dem Vorwand, Leben und Eigentum der Europäer zu schützen, in Konstantinopel ein, und lasse Zar Ferdinand sofort ein Hochamt in Hagia Sophia zelebrieren, so sei nicht abzusehen, wie man die Bulgaren jemals wieder aus Konstantinopel herausbringen solle. In russischen Regierungskreisen sage man, Rußland werde selbst vor Gewalt nicht zurückschrecken, um dieses Ziel zu erreichen. Er selbst habe ähnliche Äußerungen gemacht; er glaube aber nicht daran. Die slawische Begeisterung würde wahrscheinlich so hochgehen, daß keine russische Regierung es unternehmen könnte, Waffengewalt gegen Bulgarien anzuwenden. Zar Ferdinand, der ein sehr geriebener Politiker sei, wisse das besser als irgend jemand. Ihm sei ein kühnes und abenteuerliches

---

* Vom 28. bis 31. Oktober war die türkische Ostarmee von der ersten bulgarischen Armee bei Lüle-Burgas erneut geschlagen worden.

Spiel, bei dem er nicht viel riskiere, wohl zuzutrauen. Für Rußland wäre diese Eventualität außerordentlich peinlich. Ihm scheine es dringend notwendig, daß die Mächte sich wenigstens darüber einigten, daß sie sofort kollektiv den Bulgaren mitteilten, eine Besetzung Konstantinopels werde unter keinen Umständen geduldet werden.

Ich hatte den Eindruck, daß der Botschafter in diesem Sinne an Herrn Sasonow telegraphiert hatte*.

Bleibe die Frage Konstantinopel intakt — so führte Graf Benckendorff weiter aus —, so müsse man sich klar werden, was ungefähr für die Türkei noch zu retten sei: vielleicht das Gebiet östlich einer Linie Mustafa-Pascha—Dedeagatsch und, ganz im allgemeinen gesprochen, das Küstengebiet südlich des 41. Grades. Albanien müsse wohl türkisch bleiben.

Die größte Schwierigkeit in der Situation rühre seiner Ansicht nach daher, daß Österreich sich bisher über seine Absichten nicht klar geäußert habe. Das richtige wäre nach seiner Auffassung gewesen, wenn das Wiener Kabinett gleich am Anfang der Verwicklungen keinen Zweifel darüber gelassen hätte, was unter allen Umständen als „noli me tangere" betrachtet werden müsse. Soweit er sich ein Bild davon machen könne, was Österreichs Wünsche seien, wäre wohl nichts darin gewesen, was nicht allgemeine Zustimmung gefunden hätte. Österreichs langes Schweigen habe die Lage schwieriger gemacht, doch wäre auch jetzt immer noch Zeit, das österreichische Minimum bekanntzugeben. Auf welchem Wege dies am besten erfolgen könnte, sei vielleicht nicht leicht zu sagen. Trotzdem zwischen Graf Berchtold und Herrn Sasonow die persönlichen Beziehungen gut seien — Herr Sasonow habe ihm wiederholt versichert, daß er von den Fähigkeiten und dem Charakter des Grafen Berchtold eine hohe Meinung habe —, sei doch noch zwischen den beiden Regierungen aus der Zeit der Annexionskrise eine gewisse frostige Stimmung zurückgeblieben. Er halte es deshalb für wahrscheinlicher, daß die Österreicher auf einem Umwege, sei es über Berlin oder Paris, Petersburg über das Minimum ihrer Ansprüche verständigen ließen. Noch nicht das schlechteste scheine ihm ein Zirkularerlaß an alle Mächte . Warte Österreich zu lange, so könnten in der einen oder anderen Richtung faits accomplis geschaffen sein, deren Rückgängigmachung nur unter Drohungen oder bewaffnetem Druck möglich sei, und das wäre bei der slawischen Stimmung eine wirkliche Gefahr. Bei richtiger Behandlung der Sache in dem von ihm skizzierten Sinne sehe er sonst keine Gefahr europäischer Verwicklungen. Es sei spät, aber noch nicht zu spät für Österreich, seinen Standpunkt zu definieren.

Seine Regierung und, soweit er aus Petersburg höre, auch die unserige seien dem Gedanken einer Konferenz oder eines Kongresses bisher kühl

* Aus den Mitteilungen bei R. Poincaré, Au Service de la France II, 296s. erhellt, daß Rußland in London und Paris eine Demarche der beiden Ententegenossen bei der bulgarischen Regierung gegen ein weiteres Vorrücken auf Konstantinopel angeregt hatte, damit aber abgeblitzt war.

gegenübergestanden. Jetzt, wo es klar geworden sei, daß eine Rekonstruktion der gesamten Balkanhalbinsel sich nicht umgehen lasse, halte er eine Ordnung dieser komplizierten Fragen ohne Konferenz für unmöglich.

Der österreichische Botschafter, welcher sich gegen Ende dieser im Klub stattfindenden Konversation zu uns gesetzt hatte, bat mich, ihm die Hauptlinien der Ansichten des Grafen Benckendorff zu wiederholen — trotz persönlicher Intimität scheinen die beiden Botschafter über schwierige politische Punkte sich nicht zu unterhalten —, und ich gab ihm in kurzen Umrissen wieder, was Graf Benckendorff geäußert hatte. Graf Mensdorff meinte, das Interesse, Konstantinopel nicht in bulgarische Hände fallen zu lassen, sei in erster Linie ein russisches. Es müsse deshalb wohl den Russen und ihren Freunden überlassen bleiben, die eventuelle europäische Intervention zu organisieren. Österreich könnte sich mit einem bulgarischen Konstantinopel wohl abfinden. Der natürliche Interessengegensatz zwischen einem Großbulgarien mit Konstantinopel als Hauptstadt und Rußland könne für die österreichische Politik nur gute Aussichten eröffnen.

Das Zögern Österreichs, mit seinem Minimum hervorzutreten, sei anscheinend an vielen Stellen Europas unangenehm empfunden worden. Auch Sir Edward Grey habe ihm gegenüber mehrfach den Wunsch ausgesprochen, Österreich möge doch Rußland und den Balkanstaaten klar sagen, was es unter keinen Umständen dulden werde. Es sei aber offenbar für das Wiener Kabinett bei dem raschen Wechsel der Konstellation bisher nicht tunlich gewesen, sich auf einem bestimmten Programme festzulegen. Er selbst sei ohne Nachricht vom Grafen Berchtold und könne deswegen irgendeine Meinung darüber, was die österreichische Politik sein werde, nicht äußern. Jedenfalls müsse Österreich auf Rumänien und seine Wünsche weitgehende Rücksicht nehmen. Ob aber zwischen Rumänien und Bulgarien vor dem Kriegsausbruch etwas Bindendes abgemacht worden sei, wisse er nicht, es scheine ihm aber zweifelhaft.

Kühlmann

Nr. 12319

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 481 Konstantinopel, den 3. November 1912

Jules Ve . . .* schreibt Vertrauensmann:

„J'ai vu Gabriel** qui m'a annoncé que l'armée bat en retraite et que tout espoir est presque perdu. Il reste la défense de Tschataldja où des canons de gros calibre sont envoyés.

* Zifferngruppe verstümmelt.

** Minister des Äußern Gabriel Noradunghian.

En un mot et très confidentiellement c'est — je le crains fort — le désastre qui commence.

Des mesures très énergiques sont prises dès à présent pour empêcher des troubles"[1].

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Dann ist ja mit der Mediationsbitte aus Massacresrücksichten erst recht gar keine Eile! W.

Randverfügung des Kaisers:

4. XI. 1912. 12 Uhr mittags. Antwort an Türkei auf Mediationsgesuch*: Das ist Sache der Kriegführenden. Die Sieger diktiren die Bedingungen. Eingriff sie aufzuhalten lehnt S[eine] M[ajestät] ab. Der Antrag der Türkei kann an Balkanbund weitergegeben werden. Aber unter Mittheilung meines Standpunktes und einen Druck auf dieselben auszuüben lehnt S[eine] M[ajestät] gleichfalls ab.
Verfahren: die anderen Mächte erst kommen lassen und uns orientieren über ihre Absichten. Will einer Vorgehen (Frankreich od[er] Rußland), die allein machen lassen. Ich verbiete jede Aktion mitzumachen, die irgendwie seitens der 4Bundes als Absicht ihm in den Arm zu fallen ausgelegt werden könnte, selbst auf die Gefahr hin, mehrere Mächte des Conzerts zu verschnupfen. Rom u[nd] Wien über meine Auffassung orientieren, ebenso die 4Bundmächte. W.

Nr. 12320

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 3. November 1912

Euerer Majestät verfehle ich nicht alleruntertänigst zu melden, daß der österreichisch-ungarische Botschafter mir im Auftrage seiner Regierung nachstehende Mitteilungen gemacht hat:

1. Die Zustimmung Österreich-Ungarns zu einem Macht- und Gebietszuwachs eines Nachbarstaates müsse von ausreichenden Garantien dafür abhängig gemacht werden, daß derselbe in Zukunft keine der Monarchie direkt feindliche Politik verfolgen könnte. Besonders würden Bürgschaften dafür verlangt, daß Serbien nicht in die Reihe der Gegner Österreich-Ungarns tritt[1]. Durch einen engen wirtschaftlichen Anschluß Serbiens sowohl wie Montenegros an die Donaumonarchie könnte eine Interessengemeinschaft zwischen den Staaten geschaffen werden[2].

2. Das Begehren Serbiens einer Gebietserweiterung bis an die Adria müsse a limine abgelehnt werden[3]; es würde ein Zeichen dafür sein, daß Serbien auf den Verkehr nach der Adria durch Bosnien auf Grund guter wirtschaftlicher Beziehungen[4] zu Österreich-Ungarn nicht rechnet. Außerdem würde eine solche Vergrößerung auch durch nichtserbisches Land gehen und würde die Albanesen schädigen[5].

---

* Vgl. Nr. 12321.

3. Die freie Entwickelung Albaniens stehe im direkten Zusammenhang mit den Interessen der Monarchie. Österreich-Ungarn könne in jenen Gegenden der Adria keine andere Großmacht dulden; daher müsse ein lebensfähiges Albanien geschaffen werden[6].

4. Die berechtigten Wünsche Rumäniens müßten befriedigt werden[7].

5. Österreich-Ungarn verlange Grenzberichtigungen von minimalem Umfange.

6. Nach der Annexion türkischer Gebietsteile durch die Balkanstaaten müsse der freie Handel dorthin garantiert werden[8].

7. Die wirtschaftlichen Interessen der Donaumonarchie auf dem Balkan müßten sichergestellt werden. Der Bau einer Bahn nach Saloniki werde verlangt, welch letzteres Freihafen werden müsse[9].

Die von Österreich-Ungarn erstrebte geringfügige Grenzberichtigung bezieht sich auf die Einverleibung von Ada-Kaleh[10]. Wie ich ehrfurchtsvollst bemerke, ist der gegenüber Orsova gelegene Ort Ada-Kaleh eine kleine türkische Festung auf einer Insel im oberen serbisch-bulgarischen Teil der Donau, nahe am Zusammenstoß der ungarischen, rumänischen und serbischen Grenze. Die Festung ist im Jahre 1717 von den Österreichern angelegt; für die Türkei hat die Insel, die sie seinerzeit bei Abschluß des russisch-türkischen Friedens noch besetzt hatte und infolgedessen behielt, keinen strategischen Wert und wird vornehmlich aus einem gewissen Nationalstolze als äußerstes Bollwerk des Islam gegen Westen gehalten. Österreich als der mächtigste Donauuferstaat mag ein Interesse daran haben, diesen Punkt nicht in die Hände der Serben fallen zu lassen und ihn jetzt zu erwerben, nachdem es seine diesbezüglichen Wünsche bei den Beratungen über den Frieden von San Stefano nicht hat verwirklichen können.

Die Euerer Majestät alleruntertänigst unterbreiteten Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung lassen erkennen, daß sie gesonnen ist, den veränderten Verhältnissen auf dem Balkan Rechnung zu tragen[11] und sich einer Vergrößerung Serbiens an sich nicht zu widersetzen, ohne selbst territorialen Gewinn, etwa durch Geltendmachung besonderer Ansprüche auf den Sandschak von Nowipasar, als Entgelt für diese entgegenkommende Haltung für sich erzielen zu wollen. Diese versöhnliche Stellungnahme gegenüber der in der Entwicklung begriffenen Neuordnung der territorialen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Verhältnisse im Orient befindet sich in bemerkenswertem Gegensatz zu derjenigen der russischen Regierung, die neueren Nachrichten zufolge auf einer starren Erhaltung des Status quo bei Ausbruch des Krieges bestehen zu wollen scheint[12]*.

Im Hinblick auf die von Euerer Majestät mir für die Behandlung der Balkanfrage wiederholt allergnädigst erteilten Direktiven glaube ich

* Das war keineswegs der Fall; vgl. besonders die Zirkulardepesche vom 2. November; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 328f.

Allerhöchstderselben huldvolle Genehmigung dafür erbitten zu dürfen, daß dem Grafen Berchtold die Unterstützung seines maßvollen und sehr verständigen Programms durch Euerer Majestät Regierung zugesagt wird[13].

Kiderlen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ziel für uns: 4Bund als 7te Großmacht im Europ[äischen] Conzert, angelehnt an Oesterreich und den Dreibund! Event[uel]l per direkten Bündnisabschluß.
Ja.
3./XI. 1912. W.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Also Bündniß?
[2] dazu brauchte es keinen Krieg! Das hätte schon längst geschehen können, aber Wien war zu hochmüthig!
[3] ?
[4] ohne Zölle?
[5] was schadet das?
[6] wird nicht glücken! Ein Räuberstaat kann in sich nie lebensfähig werden
[7] welche?
[8] der 4Bund sollte alle inneren Zollschranken durch ein Zollbündniß und Zollparlament beseitigen
[9] wird gewiß conzedirt werden
[10] ja auf der Donau!
[11] ja
[12] das soll sie nur! Dann ist die Einigkeit unter den Slaw[ischen] Brüdern a limine hin und der 4Bund gravitirt sofort zu Oesterreich mit Rumänien zusammen.
[13] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:
Oesterreich wird nur bei den Verhandlungen damit rechnen müssen, daß es nicht mit Serbien allein, sondern als Theilhaber des Balkanbundes (also des größeren Ganzen), zu verhandeln haben wird. Daher die Wirkung seiner Vorschläge auf die anderen Compasziscenten ins Auge zu fassen hat. Im Übrigen muß die Bildung der „Vereinigten Staaten des Balkans" von Oesterreich flott unterstützt werden. Denn als solche werden sich die Balkanstaaten bald in Gegensatz zu Russland stellen, und dadurch ganz von selbst auf Oesterreich angewiesen sein und damit auf den Dreibund, für den sie eine sehr erwünschte Verstärkung bilden werden, und eine Offensivflanke gegen Russland. Wenn sie klug sind schließen sie post pugnam ein Bündniß mit der Türkei. Unsere Politik soll in vorbenannter skizzirter Richtung mit Oesterreich gemeinsam operiren! Ferdinand kann ruhig nach Stambul herein! Wilhelm I. R.

Nr. 12321

Das Wolffsche Telegraphenbureau an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Potsdam

Telegramm en clair

Berlin, den 4. November 1912

Konstantinopel 4. November: Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Pforte bittet die Mächte um ihre Mediation zwecks Einstellung der Feindseligkeiten und Einleitung von Friedensverhandlungen. Alleruntertänigst

Wolffbureau

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Das heißt die Mächte sollen mit den Balkanstaaten und unter sich in Zank g[e]rathen über Stambul!
Ich verweigere jede Theilnahme an jeder Aktion, die die Bulgaren-Serben-Griechen in ihrem berechtigten Siegeslauf hemmt oder ihnen Bedingungen vorschreibt oder auferlegt, die ihnen nicht genehm sind. Ich stehe jetzt für fair play ein; free fight and no favour! Und für die Interessen der Kämpfer! Das sei sofort diesen und den Mächten mitgetheilt. W.

Nr. 12322

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 331 Paris, den 4. November 1912

Herr Tittoni hat Herrn Poincaré persönliche Meinung geäußert, Hervorhebung des Einvernehmens mit Rußland und England in letztem* Vorschlag** sei nicht glücklich; es wäre besser gewesen, bisherigen erfolgreichen Weg über Berlin nicht zu verlassen. Herr Poincaré hat sich lebhaft gegen Annahme verwahrt, als habe er Mächtegruppierung betonen wollen, und hat Anlaß genommen, Herrn Jules Cambon sogleich zu beruhigender Aufklärung anzuweisen***. Schoen

Nr. 12323

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky†

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 133 Berlin, den 4. November 1912

Türkischer Botschafter hat hier amtlich um Vermittlung der Mächte wegen Einstellung der Feindseligkeiten gebeten.

Ich habe ihm erwidert, wir müßten uns erst mit den andern Mächten verständigen, hätten aber von uns aus kein Bedenken gegen eine Anfrage bei den Kriegführenden.

Ew. wollen fragen, was dortige Regierung zu antworten gedenkt. Nach diesseitiger Auffassung ist bei der Stimmung der Kriegführenden große Vorsicht geboten und daher vor allem Eindruck einer Kollektivdemarche oder gar einer Pression zu vermeiden. Wir glauben, daß sich Mächte auf eine Weitergabe des türkischen Wunsches an Balkanstaaten — einzeln, aber in Übereinstimmung — beschränken sollten.

---

* In der Entzifferung steht irrtümlich: „nächstem".
** Vgl. Nr. 12307, Fußnote ***.
*** Vgl. das Telegramm Poincarés an Botschafter Jules Cambon vom 3. November, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 132.
† Identische Telegramme ergingen an die Botschaften in Rom, London, Petersburg und Paris.

Ich habe mich in diesem Sinne bereits dem dortseitigen Botschafter gegenüber ausgesprochen. Kiderlen

Nr. 12324

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 333 Paris, den 4. November 1912

Herr Poincaré hat türkische Anregung von Intervention mit Erzwingung Waffenstillstandes dahin beantwortet, daß derartige Intervention mit Neutralität nicht vereinbar sein würde. Wolle jedoch Türkei ein förmliches Ersuchen um Mediation stellen, so werde er gern hierüber mit übrigen Mächten in Verbindung treten*. Quai d'Orsay nimmt an, daß türkische Mediationsbitte alsbald erfolgen wird. Schoen

Nr. 12325

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 253 Berlin, den 5. November 1912

Hier ist türkische Anregung von „Erzwingung Waffenstillstands" nicht erfolgt, sondern nur Bitte, Balkanmächten türkischen Wunsch nach Einstellung der Feindseligkeiten zu übermitteln. Bei Differenz türkischer Sprache in Paris und hier werden wir uns zunächst jeder Aktion enthalten.

Kiderlen

Nr. 12326

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung.

Nr. 120 Wien, den 4. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 129**.

Graf Berchtold wird unserer Anregung folgend an Sir E. Grey persönlich in weiten Umrissen Kenntnis seines uns mitgeteilten Pro-

* Vgl. dazu die Telegramme Poincarés nach London und Berlin vom 5. November, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 138 s.

** Siehe Nr. 12315.

gramms* geben. Minister bemerkte dazu: er habe das bisher nicht getan, weil alle Meldungen aus London auf ein völliges Desinteressement Englands hätten schließen lassen. Auch Cartwright hätte ihm noch gestern gesagt, das Interesse Englands beschränke sich auf Konstantinopel. Was sonst am Balkan geschähe, sei ihm völlig gleichgültig.

Er, Graf Berchtold, sei der Ansicht, daß die Balkanfragen in erster Linie Österreich und Rußland angingen. Deutschland und nach ihm Italien müßten als Bundesgenossen natürlich von Österreich genau über die Politik des Wiener Kabinetts unterrichtet bleiben. Wenn aber die Westmächte beanspruchten, von allen Plänen der zumeist interessierten Staaten Kenntnis zu erhalten, so könnte das die Lage komplizieren und Österreich in einem Moment festlegen, wo es bei der stets noch wechselnden Konstellation am Balkan selbst noch nicht in der Lage wäre, definitive Entschlüsse zu fassen. Er lasse deshalb Euere Exzellenz bitten, das nach Berlin mitgeteilte Programm ganz vertraulich behandeln und als nur für Deutschland bestimmt betrachten zu wollen. In abgekürzter Form habe er dieses Programm auch ganz vertraulich nach Rom mitgeteilt.

Unserer Anregung wolle er aber gern folgen. Man könne sonst in London zu dem Glauben kommen, als habe Österreich geheime Pläne, die es zu verbergen Anlaß habe.

Tschirschky

Nr. 12327

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 136 Berlin, den 5. November 1912

Zur Verwertung gegenüber Graf Berchtold:

Der russische Botschafter hat mir gestern folgendes mitgeteilt**:

Nach Ansicht der russischen Regierung könnte eine Einmischung der Mächte in den Krieg nur Erfolg haben, wenn sie ohne Verzug statt-

* Vgl. Nr. 12320. Wie weit Graf Berchtold das österreichische Programm nach London mitgeteilt hat, ist nicht festzustellen. Jedenfalls erlangte Sir E. Grey bald Kenntnis von den sieben Punkten des österreichischen Programms, die der österreichische Botschafter in Paris Graf Szécsen am 6. November Poincaré à titre rigoureusement secret bekanntgab, und die dieser dann durch Zirkulartelegramm vom 8. November (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 147) u. a. nach London weitergab.

** Die Mitteilungen des russischen Botschafters erfolgten auf Grund eines Zirkulartelegramms Sasonows vom 2. November. Siehe dessen Text in: Der Diplomatische Schrift-

findet. Das allgemeine Interesse an dem ungestörten Fortbestande Konstantinopels erfordert die Erhaltung einer Schutzzone unter der wirklichen Souveränität des Sultans. Als diese Zone würde Rußland die Linie von der Mündung der Mariza mit einer Biegung bei Adrianopel zum Schwarzen Meer bestimmen. Der ganze übrige Teil der europäischen Türkei würde nach dem Rechte des faktischen Besitzes den Verbündeten zur gütlichen Verteilung zufallen. In diesen Grenzen, als das Maximum des zu Erreichenden, ist Rußland bereit, an die Mächte heranzutreten. Auf diesem Wege würden Garantien für einen dauernden Frieden zu erreichen sein und jede verwickelte Prozedur der Mediation vermieden werden. Würde die bewährte einmütige Übereinstimmung der Mächte unter diesen Umständen aufrecht erhalten, so kann die gegenwärtige Gefahr der Besetzung Konstantinopels durch die Verbündeten abgewehrt und der Knoten dieser europäischen Verwickelung gelöst werden, während, wenn die Verbündeten keine festen Garantien für Erfüllung ihrer Wünsche erhalten, die Möglichkeit eintreten könnte, daß sie Konstantinopel besetzen, um mit Gewalt diese Garantien zu erhalten. Ganz selbstverständlich ist es, daß bei dieser Gelegenheit einige andere wesentliche Fragen behandelt werden. Im Prinzip anerkennt die russische Regierung die Möglichkeit der Errichtung einer albanischen Autonomie unter der Souveränität des Sultans, wobei die Befriedigung des serbischen Wunsches wegen Zugangs zum Adriatischen Meere notwendig im Auge behalten werden muß. Zwischen Bulgarien und Rumänien müßte auf dem Wege einer Verständigung eine spätere Grenzregulierung als billiger Ersatz für die loyale Haltung des letzteren während des Krieges erzielt werden. Rußland ist bereit, in Sofia für eine analoge Konzession einzutreten. Rußland hält es für nützlich und möglich, eine Verständigung zwischen Österreich und Serbien herbeizuführen über einige wesentliche Abmachungen betreffend den freien Transit österreichischer Waren durch das Gebiet des Serbien einverleibten Territoriums. Rußland glaubt als rechtgläubige Großmacht, daß man bezüglich des Berg Athos (Halbinsel Chalkidike) die bestehende faktische Unabhängigkeit und geistliche Unterwerfung unter den ökumenischen Patriarchen aufrechterhalten muß.

Ich habe dem russischen Botschafter gesagt, ich glaubte kaum, daß Österreich-Ungarn Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meer würde

---

wechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 328f. Es ist charakteristisch, daß Poincaré an der Mitteilung des Telegramms nach Berlin „vor einer vollen Verständigung zwischen Rußland und Frankreich über die darin berührten Fragen" heftigen Anstoß nahm. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 2. November, a. a. O., II, 329. Iswolsky hatte Mühe, den „außerordentlich erregten" französischen Ministerpräsidenten mit der Erklärung zu beschwichtigen, der russische Botschafter in Berlin sei keineswegs beauftragt gewesen, Kiderlen irgendeine Mitteilung zu machen, vielmehr habe das Zirkulartelegramm Sasonows nur allgemeine Richtlinien für den Fall einer privaten Unterredung geben wollen. Die obige Aufzeichnung Kiderlens zeigt, daß die Erklärung Iswolskys nicht der Wahrheit entsprach. Vgl. dazu nun auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 303 ss.

gewähren können. Serbien würde indes ja auch dadurch gedient werden, wenn man es zum Ägäischen Meer zuließe*.

Ew. pp. wollen vorstehendes ganz vertraulich mit Graf Berchtold besprechen und dabei den Gedanken bei ihm anregen, ob er es für opportun halte, direkt oder durch unsere Vermittelung der russischen Regierung den Gedanken suppeditieren zu lassen: wir — das heißt Deutschland und Österreich-Ungarn — hätten kein Interesse, Bulgarien vom Einrücken in Konstantinopel abzuhalten, begriffen aber Rußlands Interessen, die sich dem entgegensetzten. Ebenso habe Rußland kein Interesse gegen eine Ausdehnung Serbiens nach der Adria; das könne aber nur unter Verletzung albanischen Gebietes geschehen, was Österreich-Ungarn nicht zulassen werde. Im allgemeinen dürfte Neuordnung der Dinge am Balkan nach dem Prinzip erfolgen, daß Erwerbungen nur auf Kosten der Türkei, nicht auf Kosten einer Balkanrasse zugunsten der anderen zu erfolgen haben.

Es könnte vielleicht zwischen Österreich-Ungarn und Rußland ein Ausgleich dahin stattfinden, daß Österreich-Ungarn mit seinen Verbündeten für die russischen Wünsche bezüglich Konstantinopel und Adrianopel eintrete, während Rußland auf Serbien im Sinne eines Verzichts auf den Kanal nach der Adria, das heißt auf albanisches Gebiet, wirke, wofür Serbien jede Extension nach dem Ägäischen Meer freigegeben würde. Drahtantwort. Kiderlen

* In demselben Sinn, nur noch entschiedener, ließ sich Kiderlen am 6. November gegenüber dem französischen und dem englischen Botschafter aus, als diese die Anfrage an ihn richteten, ob Aussicht bestehe, daß das serbische Verlangen nach einem Adriahafen bei den Großmächten auf keinen Widerspruch stoßen würde. Nach einem Telegramm Graf Szögyényis vom 6. November hätte Kiderlen geantwortet, es sei ganz außer Zweifel, und dies müsse man ja in Paris beziehungsweise London wissen, daß Österreich-Ungarn einem solchen Verlangen Serbiens sich entschieden widersetzen würde. Dem habe Kiderlen noch hinzugefügt, daß Österreich-Ungarn in dieser Frage die volle Unterstützung Deutschlands und gewiß auch Italiens finden würde. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 45. In ähnlicher Weise wie Kiderlen äußerte sich der italienische Außenminister Marquis di San Giuliano, der am 5./6. November zu Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern speziell über die Erneuerung des Dreibundes (vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL) in Berlin weilte, zu Botschafter Jules Cambon. Danach hätte Marquis San Giuliano trotz der Einwendungen Cambons darauf bestanden, daß Italien und Österreich, welche beide die Schaffung eines albanischen Staates wünschten, den Ausschluß Serbiens von der adriatischen Küste weiterhin verlangten. Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 6. November, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 573. An diesem Standpunkte, den der Generalsekretär des italienischen Außenministeriums Bollati am 9. November gegenüber dem österreichischen Botschafter von Mérey in die Worte kleidete, „auch Italien betrachte die Eventualität des Vordringens Serbiens durch Albanien an die Adria als unvereinbar mit dem Prinzipe der Autonomie und Integrität Albaniens und als den gemeinsamen Interessen Italiens und Österreich-Ungarns zuwider" (Österreich-Ungarisches Rotbuch, a. a. O., S. 48), hielt Italien zunächst fest trotz aller Versuche Rußlands in Rom (vgl. das Telegramm Sasonows an Botschafter Krupensky vom 8. November, Siebert, a. a. O., S. 574f.), Italien von seinem solidarischen Standpunkte mit Österreich abzuziehen. Über spätere Versuche, Italien für den serbischen Standpunkt zu gewinnen, vgl. Kap. CCLXV, Nr. 12398.

Nr. 12328

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 260 St. Petersburg, den 5. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 185*.

Auf gleiche Demarche hiesigen türkischen Botschafters hat Sasonow geantwortet, Frage der Intervention sei eine europäische, in der Rußland nur im Einvernehmen mit anderen Mächten handeln könne. Minister hat geraten, Sache des Friedens in Hände der Mächte zu legen, ohne Bedingungen wegen Aufrechterhaltung territorialen Status quo zu stellen. Er hat Turkhan Pascha nicht verschwiegen, daß Türkei sich gefaßt machen müsse, größere Opfer zu bringen**.

Sasonow teilt Ansicht, daß bei Intervention vorsichtig verfahren werden müsse. Annahme derselben durch Bulgarien scheint ihm keineswegs sicher. Er fürchte, daß Bulgarien nach seinen letzten Erfolgen vor Fall von Adrianopel Waffenstillstand nicht wird schließen wollen. Minister bezweifelt auf Grund von Nachrichten, die ihm vorliegen, und von Äußerungen Turkhan Paschas, daß die Türken noch bei Tschataldja ernstlichen Widerstand werden leisten können. Sasonow ist vollkommen einverstanden, daß Aktion der Mächte sich auf Weitergabe türkischen Wunsches an Balkanstaaten beschränkt, und daß die Mächte dabei einzeln, aber in Übereinstimmung handeln. Pourtalès

Nr. 12329

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 St. Petersburg, den 5. November 1912

Herr Sasonow machte mir gegenüber heute kein Hehl aus seiner Verstimmung gegen Wiener Kabinett, dem er vorwirft, daß es wegen Erklärung des Desinteressements Schwierigkeiten mache und, wie aus Äußerungen Graf Berchtolds zum russischen Botschafter in Wien hervorgehe, gegen Zulassung Serbiens zum Adriatischen Meer Bedenken erheben zu wollen scheine. Minister sprach mit einiger Bitterkeit über die österreichisch-ungarische Politik, die das von ihm bewiesene weitgehende Ent-

* Durch Telegramm Nr. 185 vom 4. November war die türkische Bitte um Vermittelung (vgl. Nr. 12323) nach Petersburg mitgeteilt worden.

** Vgl. dazu das Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 4. November; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve II, 330.

gegenkommen nicht erwidere. Er selbst habe Berechtigung österreichisch-ungarischer Interessen auf Balkanhalbinsel noch in seinen letzten Interviewen in einer Weise betont, die ihm hier sehr verdacht werde. Er sei durchaus bereit, Österreich-Ungarn zur Erlangung genügender Garantien für Entwicklung seines Handels nach der Balkanhalbinsel zu verhelfen; er könne aber nicht einsehen, daß Österreich-Ungarns Interessen ernstlich gefährdet würden, wenn Serbien den kleinen Hafen von San Giovanni di Medua erhalte. Haltung Österreich-Ungarns mache ihm das Festhalten an seiner bisherigen, vom Zaren voll gebilligten Politik äußerst schwierig. Minister deutete dabei auch an, daß er Nachrichten habe, wonach Österreich-Ungarn unter der Hand Bulgarien auf Kosten Serbiens begünstige und es zur Einnahme von Konstantinopel ermuntere*.

Sasonow sprach Hoffnung aus, daß wir auf Wiener Kabinett im Sinne größeren Entgegenkommens einwirken würden. Pourtalès

Nr. 12330

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 174 London, den 5. November 1912

Sehe Sir E. Grey, der sehr stark in Anspruch genommen, morgen. Türkischer Diplomat mitteilte streng vertraulich, daß die Pforte wegen Schicksals Konstantinopel in großer Sorge. Vertrauen auf Fähigkeit, Tschataldjalinie längere Zeit zu halten, sei gering. Türkischer Botschafter habe bei Sir E. Grey Demarche analog der in anderen Hauptstädten unternommenen gemacht, um Intervention zu erbitten. Der Minister habe geantwortet, er werde sich mit den anderen Mächten in Verbindung setzen, und hinzugefügt, türkische Demarche habe nur Wert, wenn sie bedeute, daß die Türkei ihr Schicksal vollkommen in die Hände der Großmächte lege. Der Botschafter habe zugegeben, daß Demarche so zu interpretieren sei. Kühlmann

Nr. 12331

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 377 Paris, den 2. November 1912
[pr. 6. November]

Ein Teil der hiesigen Presse fährt fort, die türkischen Niederlagen als einen Bankerott der deutschen Kriegskunst und einen schlagenden Be-

* Den gleichen Vorwurf glaubte wenige Tage später Sasonow auch an die französische Adresse richten zu müssen. Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 8. November; Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 339.

weis für die große Überlegenheit des französischen Kriegsmaterials über das deutsche hinzustellen. Einzelne Blätter gehen sogar so weit, aus diesen angeblichen Tatsachen die Folgerung zu ziehen, daß Frankreich nunmehr mit Zuversicht einen Kampf mit Deutschland ins Auge fassen könne[1]. So versteigt sich ein Mitarbeiter des royalistischen „Soleil" zu dem triumphierenden Ausruf: „J'ai toujours crié ma foi inébranlable dans le triomphe de nos armes sur les champs de bataille de la revanche! Que ceux qui me jugent trop optimiste regardent du côté de l'Orient! C'est le souffle de la France qui gonfle les plis victorieux des étendards grecs, serbes et bulgares!" Ähnlich äußert sich der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris". Er schreibt: „Les officiers vainqueurs, c'est nous qui les avons formés en partie: les canons irrésistibles, c'est nous qui les avons livrés; les troupes marchant à l'assaut de l'empire turc, c'est nous qui les avons en partie instruites et disciplinées . . . Il se trouve par conséquent que l'astre nouveau qui monte au firmament de l'Europe éclaire quelques-uns de nos espoirs et de nos désirs les plus chers."

Es ist indessen beachtenswert, daß im großen Publikum, so sehr auch das französische Nationalgefühl seit einem Jahre eine wesentliche Belebung und das Vertrauen in die Stärke und Schlagfertigkeit der Armee eine bedeutende Vertiefung erfahren hat, jene aus den türkischen Niederlagen gefolgerte Siegeszuversicht keine Erregung im Sinne einer direkten[2] Kriegslust erzeugt hat. Die Gemüter sind vielmehr nach wie vor von dem Wunsche beherrscht, daß die Dinge im Orient sich nicht zu weiteren Verwickelungen auswachsen, in welche Frankreich hineingezogen werden könnte. Auch sind die leitenden und namentlich die fachmännischen Kreise vorsichtig und unbefangen genug, sich von voreiligen Schlüssen über den Wert des Kriegsmaterials frei zu halten In diesem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, daß die maßgebenderen Zeitungen die Hauptschuld an den türkischen Niederlagen der von den Jungtürken verschuldeten Hineintragung der Politik in die Armee beimessen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend glauben die gemäßigt republikanischen und die konservativen Blätter auf die gleich große, jetzt überwundene Gefahr hinweisen zu müssen, mit welcher auch die französische Armee seinerzeit durch die unheilvolle Tätigkeit des radikalen Kriegsministers André und des radikalen Marineministers Pelletan bedroht war. Die „Humanité" erblickt in letzteren Artikeln bereits ein gegen die Republik gerichtetes Manöver, durch das die Armee in ein Werkzeug der Reaktionäre verwandelt werden soll.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.

[1] Nur zu!

[2] aber indirekt?!

Nr. 12332

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 302 St. Petersburg, den 4. November 1912
[pr. 6. November]

Herr Sasonow ist, wie er versichert, durch die großen und raschen Erfolge der Balkanstaaten im höchsten Grade überrascht. Wenn er auch von der bulgarischen Armee viel gehalten habe, so erklärt er doch, überzeugt gewesen zu sein, daß sie den Türken gegenüber einen schweren Stand haben würde. Nach den Berichten des sehr tüchtigen russischen Militärattachés in Konstantinopel* habe er angenommen, daß die türkische Armee, was Führung, Tüchtigkeit des Offizierkorps, Disziplin und Tapferkeit der Mannschaften betreffe, der bulgarischen nicht nachstehe, daß sie ihr aber numerisch überlegen würde entgegentreten können. Was vollends die serbischen und besonders die griechischen Truppen betreffe, so habe er nie geglaubt, daß sie sich so schlagen würden, wie es anscheinend geschehen sei. Der Minister kann sich die türkischen Mißerfolge nur so erklären, daß der Krieg die Türkei vollkommen unvorbereitet gefunden habe. Wahrscheinlich sei die Mobilmachung des türkischen Heeres noch heute nicht vollendet. Die Balkanstaaten seien den Türken zuvorgekommen, gerade wie die Japaner ihre Erfolge hauptsächlich dem Umstande zu verdanken hätten, daß sie ihre Vorbereitungen zu einem raschen Angriff schon vollendet hatten, als man in Rußland überhaupt an einen Krieg noch nicht dachte.

Ich habe den bestimmten Eindruck, daß Herr Sasonow, obwohl seine Sympathien natürlich auf der Seite der Balkanstaaten sind, dennoch weitere Erfolge der Bulgaren in dem bisherigen Tempo nicht wünscht. Meinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber, welcher äußerte, man werde wohl dieser Tage lesen, daß König Ferdinand feierlich in Konstantinopel eingezogen sei, bemerkte der Minister: „Il ne manquerait plus que cela."

Im übrigen ist Herr Sasonow der Ansicht, daß jetzt der Augenblick für eine Intervention der Mächte gekommen sei. Er nimmt an, daß Herr Poincaré demnächst mit Vorschlägen in dieser Richtung an die Kabinette herantreten wird**. Als Einleitung zu diesen sei die Anfrage des

* General Holmsen.

** Durch Telegramm Nr. 2455 vom 4. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 331) legte Sasonow der französischen Regierung die sofortige Stellung derartiger Vorschläge nahe. In diesem Telegramm teilte Sasonow gleichzeitig, um die französische Regierung zu einem Vorgehen anzuspornen, mit, daß die Besetzung Konstantinopels durch die Balkanstaaten das Erscheinen der gesamten russischen Schwarzmeerflotte vor der türkischen Hauptstadt zur Folge haben würde. „Um die große Gefahr europäischer Komplikationen zu vermeiden, die mit einem derartigen Schritt verbunden sein würden, ist es wichtig, daß Frankreich seinen ganzen

französischen Ministerpräsidenten an die Mächte anzusehen, ob sie bereit seien, eine „déclaration de désintéressement" abzugeben. Rußland habe sich, wie der Minister bemerkte, beeilt, diese Anfrage im bejahenden Sinne zu beantworten. Nunmehr werde Herr Poincaré wohl vorschlagen, gemeinschaftlich bei den kriegführenden Parteien anzufragen, ob sie geneigt sind, eine Intervention der Mächte anzunehmen und bejahendenfalls einen Waffenstillstand abzuschließen. Von seiten der Balkanstaaten erwartet Herr Sasonow keine Ablehnung, da dieselben nicht in der Lage seien, den Krieg noch lange zu führen. Sollte aber die Türkei nichts von einer Intervention hören wollen, so müßte nach Ansicht des Ministers in Konstantinopel eine etwas energische Sprache geführt werden. Auf meine Frage, ob Herr Sasonow sicher sei, daß bei einer auf die türkische Regierung auszuübenden Pression alle Mächte mittun würden, erwiderte der Minister, er glaube, daß bei einer Kollektivdemarche keine Macht sich ausschließen würde.

Die weitere Entwickelung nach Annahme der Intervention seitens der Kriegführenden denkt sich der Minister in der Weise, daß entweder im Wege einer Konferenz oder eines Meinungsaustausches zwischen den Kabinetten eine Einigung über die nach den Kriegsereignissen auf der Balkanhalbinsel zu schaffende neue Lage herbeigeführt wird. Denn daß jetzt der Status quo noch erhalten bleiben könne, darüber gebe man sich wohl nirgends mehr irgendwelchen Täuschungen hin. Die Erwähnung der Erhaltung des Status quo in der Formel, über die sich die Mächte vor Ausbruch des Krieges geeinigt hätten, sei sehr nützlich gewesen, denn sie habe die Einigung unter den Kabinetten erleichtert, jetzt aber sei der Status quo „mort et enterré".

Herr Sasonow würde es an sich lieber sehen, wenn es möglich wäre, eine Konferenz zu vermeiden, schon weil es schwer sein werde, die Balkanstaaten von einer solchen auszuschließen; er glaubt aber, daß, da der Weg des Meinungsaustausches zwischen den Kabinetten ohne Konferenz zu zeitraubend und umständlich sei, man wohl um eine Konferenz nicht werde herumkommen. Was nun die auf der Balkanhalbinsel zu schaffenden neuen Verhältnisse, insbesondere die Gebietserwerbungen der Balkanstaaten betrifft, so hat der Minister sowohl meinem österreichisch-ungarischen Kollegen als mir gegenüber ungefähr die Grenzen des Vertrages von San Stefano als diejenigen bezeichnet, die nach seiner Ansicht den Gebietsveränderungen zugrunde gelegt werden sollten. Herr Sasonow hat aber dem Grafen Thurn und mir gegenüber ausdrücklich betont, daß er in dieser Beziehung nur seine persönlichen Ansichten ausspreche und noch mit keinem Kabinett darüber in Gedankenaustausch getreten sei. Der Lauf der Mariza

---

Einfluß, über den es verfügt, aufbietet." Poincaré lehnte indessen die Einbringung neuer Vorschläge ab; vgl. Nr. 12336, ferner Iswolskys Geheimtelegramme Nr. 339 und 340 an Sasonow vom 6. November (Stieve, a. a. O., II, 332ff.) und das Telegramm Poincarés an den französischen Geschäftsträger in London de Fleuriau vom gleichen Tage (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 141).

bis zum Golf von Enos müßte, wie Herr Sasonow meint, die östliche Grenze der neuen bulgarischen Gebietsteile werden, wobei zu erwägen wäre, ob Adrianopel der Türkei belassen oder bulgarisch werden solle. Jedenfalls müßte diese Festung, falls Bulgarien sie erwirbt, geschleift werden. Über die neue Grenze Bulgariens nach Westen hin sprach sich der Minister nicht näher aus, doch bemerkte er, daß er es nicht gern sehen würde, wenn der Berg Athos in die Hände der Bulgaren käme.

Serbien werde man den Zutritt zum Meere nicht verweigern können. Zu diesem Zwecke müßte ein Landstreifen südlich von Montenegro mit dem Hafen von San Giovanni di Medua serbisch werden. Der Sandschak müßte an Montenegro fallen, während Griechenland Kreta und den Epirus erhalten würde. Für Albanien denkt sich Herr Sasonow eine Autonomie unter türkischer Oberhoheit. Von den Inseln im Ägäischen Meere müßten jedenfalls die der asiatischen Küste vorgelagerten türkisch bleiben.

Rumänien, welches zweifellos ebenfalls Ansprüche erheben würde, könnte, wie der Minister glaubt, durch das von Bulgarien abzutretende Dreieck südlich der Donau von Silistria bis nördlich von Varna befriedigt werden. Varna selbst würden die Bulgaren natürlich nicht aufgeben wollen.

Was endlich die österreichisch-ungarischen Interessen betrifft, so weist der Minister darauf hin, daß Österreich-Ungarn in der letzten Zeit immer nur seine wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund gestellt habe, auf deren Wahrung es bei einer Neuordnung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel unbedingt bestehen müsse. Herr Sasonow bezeichnete diesen Standpunkt als vollkommen berechtigt, sprach aber die Ansicht aus, daß der österreichisch-ungarische Handel nichts zu befürchten haben würde, wenn die Eisenbahn nach Saloniki neutralisiert, Saloniki selbst aber zu einem internationalen Hafen etwa nach dem Vorbilde von Tanger gemacht würde.

Die Stimmung des Ministers ist im allgemeinen eine optimistische. Er scheint an den Fortbestand des Einvernehmens unter den Mächten zu glauben und die zuversichtliche Hoffnung zu hegen, daß es gelingen werde, mit oder ohne Konferenz eine friedliche Regelung der neuen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel herbeizuführen. F. Pourtalès

Nr. 12333

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 306 St. Petersburg, den 4. November 1912
[pr. 6. November]

Zwischen der hiesigen und der österreichisch-ungarischen Regierung hat seit dem Ausbruch der gegenwärtigen Balkankrisis bis jetzt das beste

Einvernehmen geherrscht. Herr Sasonow hat sich mir gegenüber wiederholt sehr anerkennend über die Haltung des Wiener Kabinetts ausgesprochen. Einige Anzeichen scheinen darauf hinzudeuten, daß auf dies gute Verhältnis in den letzten Tagen ein leichter Schatten gefallen ist. Graf Thurn erzählte mir heute vertraulich, er habe gestern Herrn Sasonow einen Augenblick gesehen und eine Nuance von Verstimmung bei dem Minister wahrnehmen zu können geglaubt. Der Botschafter hat den Minister auf eins seiner in den letzten Tagen erschienenen Interviews angeredet und dabei seine Freude über die an die Adresse Österreich-Ungarns gerichteten freundlichen Worte ausgedrückt. Herr Sasonow hat darauf eine Bemerkung in dem Sinne fallen lassen, er habe allerdings getan, was er könne, um dem Wiener Kabinett seinen guten Willen zu zeigen, er hoffe nun auch, daß dieses Entgegenkommen von Wien aus erwidert werden würde. Graf Thurn, der von seiner Regierung in den letzten Tagen keine Information erhalten hat, nimmt an, daß man sich in Wien wegen der Erklärung des Desinteressement ablehnend verhalten und dies Herrn Sasonow verstimmt hat*. Der Botschafter fügte, als er mir dies erzählte, hinzu, es scheine ihm allerdings eine etwas weitgehende Zumutung, daß seine Regierung sich in der Frage der Neuordnung der Gebietsverhältnisse auf der Balkanhalbinsel desinteressiert erklären solle.

Von einer anderen Seite, die oft gute Informationen aus dem hiesigen Ministerium des Äußern hat, erfahre ich, daß man dort auf geheimem Wege Kenntnis von direkten Verhandlungen erhalten haben will[1], die angeblich gegenwärtig zwischen der Wiener Regierung und den Regierungen der Balkanstaaten schweben sollen. Diese direkten Verhandlungen hätten hier sehr unangenehm berührt und wären der Grund der neuerdings in den Beziehungen zum Wiener Kabinett eingetretenen leisen Trübung.

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das wäre sehr vernünftig

Nr. 12334

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 6. November 1912

Der türkische Botschafter überreicht die Anlage mit dem Bemerken, daß darin das vorgestrige Gesuch seiner Regierung um Herbeiführung eines Waffenstillstandes näher präzisiert worden sei. Es wird ihm erwidert, daß die ihm vorgestern erteilte Antwort auch für die vorliegende Demarche gelte.

Zimmermann

---

* Vgl. Nr. 12310.

Anlage

Le Gouvernement Impérial Ottoman demande aux Grandes Puissances leur médiation collective en vue de la cessation immédiate des hostilités et de la fixation des conditions de paix.

Nr. 12335

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky**

Eigenhändiges Konzept

Nr. 736 Berlin, den 7. November 1912

Zur vertraulichen Information.

Aus einer Quelle, die sich in Balkanfragen bisher bewährt hat, namentlich auch schon vor Ausbruch des Krieges, höre ich, daß die serbische Regierung nach dem absolut siegreichen Verlauf des Krieges die Einverleibung von ganz Albanien beabsichtige**.

Die serbische Regierung behauptet, dafür der russischen Unterstützung sicher zu sein. Bei den Albanern selbst behaupten die Serben keinen erheblichen Widerstand zu erwarten; nötigenfalls würde er mit Gewalt niedergeschlagen werden.

Sollte Österreich zum Schutze Albaniens eingreifen, könne Serbien nicht nur auf bulgarische, sondern auch auf russische Hilfe rechnen. Ew. wollen gelegentlich sich erkundigen, ob der dortigen Regierung etwas von derartigen Plänen Serbiens bekannt ist.

Kiderlen

Nr. 12336

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 336 Paris, den 6. November 1912
[eingetroffen am 7. November]

Herr Poincaré räumte mir gesprächsweise ein, daß Vorschlag Desinteressementserklärung aus Petersburg stammt. Er habe ihn in fester

* Derselbe Erlaß ging auch an die Botschaften in Paris (Nr. 1105), in London (Nr. 1245), in Rom (Nr. 813), in Petersburg (Nr. 962). In dem Erlaß nach Paris, London und Petersburg waren am Schluß die Worte hinzugefügt: „und dabei auf die daraus entstehenden Gefahren hinweisen," in dem nach Petersburg war außerdem noch als neuer Absatz hinzugesetzt: „Eine Andeutung hinsichtlich der angeblichen Unterstützung durch Rußland bitte ich selbstverständlich zu vermeiden."

** Vgl. Nr. 12338.

Überzeugung übernommen, daß er keinerlei Hintergedanken enthielt*. Überdies habe er in Wien ausdrücklich sagen lassen, daß es sich nur um territoriales Desinteressement handele**. Ebenso habe ihm jeder Gedanke an Betonung Mächtegruppierung ferngelegen.

Er fühlt sich durch scharfe Sprache österreichischer Presse verletzt und scheint geneigt, bei nunmehriger Mediationsaktion nicht Führung zu übernehmen, sondern Vorschläge anderer Mächte zu erwarten. Auch empfindlich gegen Kritisierung in unserer Presse seiner Ablehnung türkischer Interventionsanregung, aber etwas beschwichtigt durch meinen

---

* In Wirklichkeit war Poincaré über den Zweck der Desinteressementserklärung, der sich gegen Österreich richtete, genau orientiert. Er selbst sandte am 4. November ein Schreiben an Iswolsky, in dem er „im Einvernehmen mit dem Ministerrat" die Absicht aussprach, „schon von jetzt ab eine allgemeine Richtlinie festzulegen für den Fall, daß Österreich territoriale Vergrößerungen vorzunehmen gewillt sein sollte," und in dem er fragte, „ob die Kaiserliche Regierung gleich uns jeder Annexion türkischen Gebiets durch eine Großmacht feindlich gegenübersteht, und ob sie geneigt wäre, mit Frankreich sowohl als mit England die Mittel zur Abwendung dieser Gefahr zu besprechen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve II, 337. Iswolsky faßte diesen Schritt Poincarés als einen völligen Umschwung in der bisher ganz auf Vermeidung einer aktiven Intervention gestellten französischen Politik auf. „Bisher," so schrieb er darüber am 7. November an Sasonow „hat Frankreich uns nur erklärt, daß die lokalen, gewissermaßen rein balkanischen Ereignisse von seiner Seite nur diplomatische Schritte und keinerlei aktive Intervention veranlassen könnten; jetzt scheint es aber einzusehen, daß Gebietseroberungen Österreichs das allgemeine Gleichgewicht und dadurch die eigenen Interessen Frankreichs in Frage ziehen würden." Der gefährlichen Folgen, die ein solcher Wechsel der französischen Politik haben konnte, war sich Poincaré nach dem Zeugnis Iswolskys durchaus bewußt: „Ich habe nicht verfehlt, H. Poincaré darauf aufmerksam zu machen, daß er durch seinen Vorschlag, gemeinsam mit uns und England die Mittel zur Verhütung derartiger Gebietseroberungen zu prüfen, auch bereits die Frage der praktischen Folgen des von ihm vorgeschlagenen Übereinkommens aufgeworfen habe. Aus seiner Antwort konnte ich schließen, daß er sich vollkommen klar darüber ist, Frankreich könne hierbei in militärische Operationen hineingezogen werden. Vorläufig schlägt er natürlich nur die Prüfung dieser Frage vor, aber H. Paléologue hat in einer Unterredung mit mir offen bekannt, daß die in Aussicht genommene Vereinbarung noch zu sonstigen aktiven Schritten führen könne" (a. a. O., II, 336). In Petersburg war man natürlich gern bereit, die französische Regierung hinsichtlich der Möglichkeit einer österreichisch-ungarischen Expansion auf der Balkanhalbinsel festzulegen, hielt sich aber überzeugt, daß Österreich „wenigstens in diesem Augenblick wohl kaum nach territorialem Landgewinn auf dem Balkan strebt". Sasonow an Iswolsky, 14. November a. a. O., II, 345. Tatsächlich dachte Österreich nicht an irgendwelche Eroberungen, wie es denn auch am 5. in Petersburg, am 6. in Paris sich ausdrücklich darauf festlegte (vgl. das Geheimtelegramm Iswolskys Nr. 339 vom 6. November; a. a. O., II, 332), daß es von jedem Gedanken an Gebietskompensationen für sich absehe. Trotz dieser Erklärung der österreichischen Regierung nahmen die französisch-russischen Erörterungen über ein Abkommen der Ententemächte zur Verhinderung „territorialer Eroberungen" Österreichs ihren Fortgang, um alsbald in das Fahrwasser von Besprechungen über den casus foederis hinüberzugleiten. Vgl. Nr. 12356, S. 310, Fußnote.

** Auch das war auf russische Anregung geschehen. Vgl. das Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 5. November Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914 ed. Fr. Stieve, II, 332.

Hinweis, daß türkische Sprache in Berlin anders lautete und nicht wie hier bis zur Erzwingung Waffenstillstands ginge*.

Aus Antwort der Dreibundmächte** entnimmt Herr Poincaré mit Genugtuung, daß sie schroffe Ablehnung vermeidet und damit, wie er auch bereits durch Havas sagen ließ, Tür zu weiterer Verständigung offen läßt. Er findet begreiflich, daß Österreich-Ungarn mit positiver Erklärung seiner Absichten zurückhält, bezeichnet aber als sehr erwünscht, daß es deutlich sagt, wie weit es Forderungen der Balkanstaaten Veto entgegensetzen müßte. Mit Sorgen erfüllt ihn Gegensatz bezüglich serbischer Ausdehnung ans Adriatische Meer. Zugang zu Ägäischem Meer ständen Wünsche anderer Balkanstaaten entgegen. Bezüglich Frage Konstantinopel ist er weniger besorgt, weil diese rein international sei.

Herr Iswolsky höchst erregt wegen österreichisch-ungarischen Widerstands gegen serbische Zulassung an Adriatisches Meer. Er stellt Erfüllung serbischen Wunsches als überaus wichtig für Rußland hin und klagt mir beweglich über Erneuerung unserer antirussischen Politik von 1909. Rußland könne erneute Demütigung nicht hinnehmen.

Schoen

Nr. 12337

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 London, den 6. November 1912
[eingetroffen am 7. November]

Antwort auf Telegramm Nr. 189 vom 4. November***.

Sir E. Grey teilte mir heute mit, der Fall, den er als Möglichkeit früher erwogen, sei jetzt eingetreten. Türkei habe so gut wie bedingungslos ihr Schicksal in die Hände Großmächte gelegt. Noch heute morgen habe der türkische Botschafter eine Demarche in diesem Sinne gemacht; inzwischen sei aus Paris angefragt worden, wie England sich zum Gedanken einer Vermittelung Großmächte stelle. Er habe geantwortet, er sei, falls die anderen Großmächte zustimmten, bereit, die kriegführenden Balkanstaaten von der türkischen Demarche zu verständigen und sie zu fragen, ob sie bereit seien, eine Mediation Großmächte anzunehmen, bejahendenfalls, unter welchen Bedingungen. Zugleich habe er hinzugefügt, jeder Schein einer Pression müsse vermieden werden.

Auf die Frage, ob die Demarche einzeln oder kollektiv zu erfolgen habe, lege er keinen besonderen Wert. Er glaube, seine Haltung werde den Anschauungen Euerer Exzellenz entsprechen.

---

* Vgl. Nr. 12325.

** Vgl. Nr. 12307 und 12312.

*** Durch Telegramm Nr. 189 vom 4. November war das in Berlin an diesem Tage vorgebrachte türkische Mediationsgesuch nach London mitgeteilt worden.

Der österreichische Botschafter habe ihm gestern streng vertraulich über die Politik des Grafen Berchtold in der Balkanfrage eine ausführliche Mitteilung gemacht, welche seiner Ansicht nach wesentlich zur Klärung der Lage beitrage. Er glaube, diese Mitteilung unserer Anregung zu verdanken.

Der Wunsch, daß Salonik Freihafen werde, scheine ihm wohl begründet. Er persönlich sei auch dafür, und er sehe nicht ab, welche Macht dagegen sein sollte. Das einzige dornige Problem, soweit sich die Lage nach der österreichischen Mitteilung überblicken lasse, sei die Abgrenzung des autonomen Albaniens. Er habe den Eindruck, Österreich wünsche ein sehr großes Albanien, das im Norden direkt an Montenegro stoße, während die Serben ihn, ohne daß er darum frage, versicherten, sie müßten eine Tür nach der Adria bekommen. Dies sei für Serbien Lebensfrage, und ohne diese seien alle anderen Errungenschaften wertlos. Ihm scheine, daß mit einer Bahn nach der Adria eine mittlere Linie gefunden werden könne. Er habe dies aber den Serben nicht gesagt, ebensowenig wie er Graf Mensdorff gegenüber irgendwie über die österreichischen Wünsche sich geäußert habe. Er glaube, daß die möglichen Differenzpunkte jetzt so scharf umschrieben seien, daß die Chancen einer befriedigenden Lösung recht günstig schienen.

Kontinentale Blätter schrieben manchen aufreizenden Unsinn, den er verurteile (auf dem Tisch lag der „Temps"). Er hoffe, die Haltung der englischen Presse sei einwandfrei und trage zur Beruhigung bei.

Zum ....* betonte Sir E. Grey, wie sehr es ihm zur Befriedigung gereiche, daß die Herstellung enger Fühlung mit dem Berliner Kabinett nicht nur Reibungen verhindert, sondern schon glückliche Ergebnisse gezeitigt habe. Er erhoffe von der Fortsetzung des Gedankenaustausches das Beste.

Der heute abgehaltene Kabinettsrat hat, wie ich höre, Sir E. Greys Haltung in der Vermittelungsfrage sanktioniert.

Kühlmann

Nr. 12338

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky***

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 137 Berlin, den 7. November 1912

Der serbische Geschäftsträger hat mir heute im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß diese trotz der österreichischen Warnung sich nicht abhalten lassen werde, bis an die Adria durchzustoßen. Sie brauche den Zugang zum Meere.

Auf meine Bemerkung, daß Serbien ja einen Zugang zum Meer auf der ägäischen Seite erhalten könne, während es auf der adriatischen Seite

* Zifferngruppe fehlt.

** Dasselbe Telegramm ging an die Botschaften in Rom (Nr. 184), Paris (Nr. 258), London (Nr. 192), Petersburg (Nr. 188); nur war in den Erlassen nach Paris und London statt des letzten Absatzes eingeschaltet: „Euer pp. wollen ganz vertraulich die Auf-

sowohl mit Österreich-Ungarn wie mit Italien in Konflikt kommen würde*, erwiderte mir der Geschäftsträger, daß nach dem unter den Balkanstaaten vereinbarten Teilungsplan die ganze Küste des Ägäischen Meers bereits anderweit vergeben sei, und daß Serbien dafür auf Albanien verwiesen sei.

Der Teilungsplan sei Rußland vorgelegt, dessen Billigung zu erwarten sei. Wenn sich Österreich-Ungarn einer Einverleibung Albaniens in Serbien widersetzen würde, so würde nicht nur Bulgarien, sondern auch Rußland hinter Serbien stehen. Wie sicher die Serben der russischen

---

merksamkeit der dortigen Regierung auf die in den serbischen Plänen liegende Gefahr, insbesondere, wenn sie durch einzelne russische Vertreter darin unterstützt werden, lenken", ebenso in dem Erlaß nach Petersburg der Schlußpassus: „Vorstehendes ist zunächst zu Ihrer Information bestimmt. Sollten Sie von Herrn Sasonow auf die Frage angeredet werden, bitte ich, sich im Rahmen der oben entwickelten Gesichtspunkte zu äußern."

* Eine genauere Wiedergabe finden die Äußerungen Kiderlens zu Boghitschewitsch in dessen Erinnerungsbuch „Kriegsursachen", S. 55ff. Danach hätte Kiderlen auf die Frage des serbischen Geschäftsträgers, wie sich Deutschland bei einem russisch-österreichischen Konflikte, und falls Frankreich sich mit Rußland solidarisch erkläre, verhalten werde, geantwortet: „Wie wünschenswert es auch vom Standpunkte des europäischen Friedens wäre, an einer Lokalisierung des Balkankonfliktes festzuhalten, selbst wenn Rußland und Österreich in den Konflikt eingreifen sollten, so ist meiner Ansicht nach eine solche Lokalisierung unter den heutigen Umständen leider unmöglich, weil ich an die Aufrichtigkeit der französischen Politiker nicht glaube. Es würde daher auch in diesem Falle für Deutschland der casus foederis Österreich gegenüber gegeben sein. Ich hoffe aber, daß gerade deswegen jeder leitende Staatsmann der Entente sich der ungeheuren Verantwortlichkeit bewußt sein wird, einen so großen und in seinen Folgen unübersehbaren Konflikt heraufzubeschwören. Die Dreibundmächte sind sich darüber klar, daß es mit der Türkei zu Ende gehe, und sie beabsichtigen, den Erfolg der aufstrebenden Balkanstaaten in keiner Weise zu beeinträchtigen. Aber sowohl Österreich als auch Italien und auch Deutschland würden eine Bedrohung ihrer Interessen durch Rußland sehen, wenn Serbien an das Adriatische Meer gelange. Abgesehen von der Adria setzen sie der Ausbreitung Serbiens nach keiner Richtung hin ein Hindernis in den Weg. Die Dreibundmächte wollen sogar Serbien unterstützen in dem vom serbischen Standpunkte ganz gerechtfertigten Bestreben, einen Zugang zum Ägäischen Meer zu erhalten, und werden Serbien selbst bei einer etwaigen Erwerbungsabsicht Salonikis behilflich sein, wie sie es auch nicht hindern werden, wenn die Bulgaren in Konstantinopel einziehen sollten. Das Wardartal, mit dem Ausgange nach dem Ägäischen Meere, das ist das für Serbien geographisch gegebene, mit den politischen realen Tatsachen im Einklang stehende, natürliche Ausbreitungsgebiet." Vgl. dazu auch das Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 12. November, in dem zwei durch Poincaré an Paul Cambon gesandte Telegramme Jules Cambons über die Unterredung Kiderlens mit Boghitschewitsch — im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, das überhaupt sehr unvollständig ist, findet sich weder das eine noch das andere — zitiert werden: „Der serbische Geschäftsträger hat gefragt, ob Deutschland gegebenenfalls einen Krieg zwischen Rußland und Österreich wegen des jetzigen österreichisch-serbischen Konfliktes als casus foederis auffassen würde, und nachdem hierauf eine bejahende Antwort erfolgt war, hat er gefragt, ob der casus foederis auch eintreten würde, wenn Frankreich sich an dem Kriege nicht beteiligen sollte. Kiderlen hat geantwortet, daß selbst in diesem Falle Deutschland zu den Waffen greifen würde." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 580. Auf diese Äußerungen Kiderlens zu Boghitschewitsch hat sich kurz darauf auch Poincaré gegenüber Freiherrn von Schoen bezogen; vgl. Nr. 12356.

Unterstützung sind, ergab sich aus der Frage, ob Deutschland Österreich gegen Rußland beistehen würde, auch wenn sich Frankreich neutral verhalten würde*.

Hier ist von solchen Absichten Rußlands nichts bekannt. Dagegen bestätigt die Sprache des Gesandten Hartwig und insbesondere die des Botschafters Iswolsky die serbische Auffassung.

Letzterer hat unserm Botschafter direkt erklärt, daß eine Hinderung Serbiens, durch albanisches Gebiet ans Meer zu gehen, eine Demütigung für Rußland bedeuten würde**.

Nachdem infolge der Kriegsereignisse eine volle Aufteilung der europäischen Türkei wahrscheinlich geworden ist, wird der ursprüngliche Kriegszweck der Verbündeten, den Konnationalen Reformen zu sichern, dahin erweitert, daß sie ihre Stammesgenossen einverleiben. Es wäre aber eine vollkommene Verrückung des Ziels, wenn sich Serbien Teile eines von einem ganz andern Volksstamme bewohnten Gebiets gewaltsam einverleiben wollte. Wie wir wissen, widersetzen sich Österreich-Ungarn und Italien einer Zerstücklung Albaniens auf das ernstlichste. Wenn eine andere Großmacht die darauf bezüglichen serbischen Ansprüche zu den ihrigen machen würde, so liegen die Gefahren, die daraus entstehen, auf der Hand. Die Sprache der russischen Vertreter in Belgrad und Paris steht allerdings mit der Haltung der russischen Regierung, soweit sie uns bisher bekannt, nicht im Einklang. Sie birgt trotzdem ernste Gefahren in sich, insbesondere durch ihren Eindruck auf die Balkanstaaten.

Es ist auch nicht einzusehen, wieso Serbien, das seine kommerzielle Emanzipation anstrebt, sich nicht mit einem Ausgang zum Ägäischen Meer und der ihm bereits zugesagten Bahn nach dem Adriatischen Meer, die ja eventuell noch mit besonderen Kautelen umgeben werden könnte, begnügen sollte.

Vorstehendes habe ich nach Paris*** und London zur Verwertung telegraphiert.

Kiderlen

---

* Diese Bemerkungen des serbischen Geschäftsträgers, die einige Tage danach dem russischen Außenminister durch den italienischen Botschaftsrat della Torretta zu Ohren gebracht waren, wurden von Sasonow nachdrücklich desavouiert. Vgl. Nr. 12374 sowie die Telegramme Sasonows an Graf Benckendorff und von Hartwig vom 9. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 339f. u. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 577.

** Vgl. Nr. 12336.

*** Vgl. dazu R. Poincaré, Au Service de la France II, 318. Poincaré gesteht ausdrücklich zu, daß er am 7. ausführliche Telegramme aus Berlin erhalten habe, aus denen er „un espoir d'entente" geschöpft habe, obwohl sie die Mitteilung enthielten, daß Österreich entschlossen sei, Serbien den Zugang zur Adria zu verweigern, und daß Deutschland entschlossen sei, Österreich hierin zu unterstützen. Poincaré sah in dieser Stellungnahme der Zentralmächte so wenig eine Bedrohung des Weltfriedens, daß er sich für einen Moment der von ihm selbst gegenüber Iswolsky zur Sprache gebrachten Besorgnisse vor österreichischen Vergrößerungsgelüsten (vgl. Nr. 12336, S. 290, Fußnote*)

Nr. 12339

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Potsdam, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 7 Neues Palais, den 7. November 1912

Aus der Haltung der oesterreich[ischen] Presse scheint mir hervorzugehen, daß Oesterreich ernstlich sich dem Versuch Serbiens widersetzen will sich an der Adriatischen Küste festzusetzen. Serbien will auch ans Meer wie seine Nachbarn, und wie schliesslich alle sich erweiternden Binnenlandstaaten. Ich sehe absolut gar keine Gefahr für Oesterreich's Existenz oder gar Prestige in einem serbischen Hafen an der Adria. Ich halte es für bedenklich ohne Noth sich dem Serbischen Wunsche entgegenzustemmen. Russland würde sofort Serbien unterstützen, und damit wäre die alte Sandschacklage beim Kriegsausbruch wiederhergestellt. Ebenso ist es in Albanien. Das sind, wie mir scheinen will, teilweise „Einbildungen" Wiener Bedürfnisse, denen vom spezifisch innerpolitischen Standpunkte Wiens — also vom oesterreich[ischen] Sonderstandpunkte aus — betrachtet, eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, deren Geltendmachung aber mit allen sich daraus ergebenden Consequenzen (Krieg etc.) lediglich Sache Oesterreichs und nicht seines Verbündeten ist. Wenn ich schon wegen der Serben im Sandschack oder in Uesküb beim Kriegsausbruch den casus foederis vermieden wissen wollte und auch vermieden habe, noch viel weniger bin ich gesonnen denselben wegen der Serben in Durazzo oder Albanien eintreten zu lassen. Eine so weit gehende Verpflichtung entspricht nicht dem Geiste des Dreibundes, der a limine den Bestand des wirklichen Besitzes zu gewährleisten bestimmt war; auch dürften kaum die eigentlichen Lebensbedürfnisse und -Bedingungen der oester[reichischen] Monarchie dieses erheischen. Gewiss ist manche Veränderung auf dem Balkan, die durch den Krieg bedingt wird, für Wien recht unbequem und auch unerwünscht, aber keine so einschneidend, daß wir uns ihretwegen der Gefahr einer Kriegerischen Verwickelung aussetzen dürfen, das würde ich weder vor meinem Volk noch vor meinem Gewissen verantworten können. 1908 war es ganz etwas anderes, als es sich dabei um einen wirklichen Bestandtheil, der schon lange Österreich angegliedert war, handelte. Danach ist zu verfahren.

Wilhelm I. R.

---

entschlug und am 8. November nach Petersburg und London telegraphierte: „En présence de cette situation, il ne me semble plus que nous ayons à nous préoccuper des menaces d'agrandissement territorial de l'Autriche. Elles ne renaîtraient que si l'on ne pouvait s'entendre avec le cabinet austro-hongrois sur la question de l'Adriatique. C'est donc sur ce point particulier que doivent porter notre examen et notre effort de conciliation." Trotzdem gab sich Poincaré bereitwillig unmittelbar darauf den Erörterungen über den casus foederis hin. Vgl. dazu Nr. 12356, S. 310, Fußnote.

Nr. 12340

Note

Ausfertigung. Von der englischen Botschaft in Berlin am 8. November 1912 dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, November 8, 1912

Sir Edward Grey is of opinion that if a port on the Adriatic is the chief difficulty it will be necessary to consider the motives underlying the objection of Austria-Hungary and the demand of Servia. The objection of Austria-Hungary may, Sir Edward thinks, be due to the fear of the establishment on the Adriatic of a Naval Base which may eventually come under the influence of a Great Power, either Russia or a federate Balkan State. On the other hand the demand of Servia is probably not due to naval ambition but to a desire for an independant economic outlet.

If this analysis is correct and the Austro-Hungarian objection and the Servian demand are inspired by those motives alone, which are on each side simple und natural, Sir Edward Grey considers that it ought not to be impossible to find a solution which will dispel the apprehensions of Austria-Hungary and secure to Servia the substance of what she desires.

Nr. 12341

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 Rom, den 8. November 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 184*.

Mein russischer Kollege machte mir streng vertraulich Mitteilungen aus einem Telegramm seiner Regierung betreffend künftige Gestaltung des Balkans. Darin war ebenfalls von Ausgang zur Adria für Serbien die Rede. Hauptwunsch Rußlands aber erschien mir, daß Türkei Konstantinopel mit einem Rayon, Adrianopel einschließend und zur Marizamündung gehend, behalten solle. Der Botschafter meinte, Türkei müsse Portier bleiben.

Jagow

Nr. 12342

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 501 Pera, den 7. November 1912
[eingetroffen am 8. November]

Die Botschafter wurden heute auf die Pforte gebeten, um Erklärungen der türkischen Regierung entgegenzunehmen. Bei daran sich anschließender Besprechung der Botschafter auf österreichischer Botschaft wurde

* Siehe Nr. 12338 nebst Fußnote **.

beschlossen, folgenden von Herrn Bompard entworfenen gleichlautenden Bericht unseren Regierungen telegraphisch zu erstatten:

„Le ministre des Affaires Etrangères ayant convoqué ce matin à la Porte les ambassadeurs des cinq Puissances leur a fait la déclaration suivante: ‚Le Gouvernement Ottoman est décidé à défendre jusqu'à la dernière extrémité les lignes de Tchataldja et il espère bien le faire victorieusement, mais il doit cependant prévoir l'éventualité contraire. Dans ce cas la situation serait de la plus grande gravité, si l'armée bulgare ne s'arrêtait pas aux portes de la ville et si le roi Ferdinand prétendait[1] faire son entrée à ne pas quitter leurs palais*; les ministres resteront aussi au siège de leur département et tous nous avons résolu de mourir à nos postes[2]. Nous avons pensé que l'Europe devait être mise au courant de la situation réelle et de nos résolutions; tel est l'objet de cette réunion. C'est aux Puissances maintenant d'aviser et de faire en sorte d'éviter les horreurs qui se préparent en arrêtant les armées bulgares'[3]. Le Grand-Vizir** est alors entré dans la salle et il nous a confirmé les paroles du ministre des Affaires Etrangères en termes plus dramatiques encore. ‚Il attendrait l'ennemi à la Sublime Porte et il mourrait sur son siège[4]. Il ne répondrait pas de notre vie ni de celle de nos nationaux non plus que des chrétiens[5]. Que l'Europe se hâte donc, qu'elle retienne les Bulgares, qu'elle envoie ses flottes; nous lui ouvrerons les détroits à cet effet'.

Nous avons répondu au Grand-Vizir et au ministre des Affaires Etrangères que nous allions immédiatement saisir nos gouvernements de leur communication." Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Pas necessaire!
[3] Unsinn! die werden nicht das geringste thun.
[4] Comédiant.
[5] Quatsch!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich rühre keinen Finger! Die Bulgaren werden und müßen einrücken! Im übrigen soll der alte Khiamil ruhig sterben, er ist ja beinahe 100 Jahre alt!

Nr. 12343

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177 London, den 8. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 192 vom 7. November***.

Sir E. Grey heute Mitteilung im Sinne des angezogenen Telegramms gemacht. Der Minister erwiderte, er habe durch den englischen Botschafter

** Kiamil Pascha, Nachfolger des am 29. Oktober demissionierten Ghasi Achmed Muchtar Pascha.
*** Siehe Nr. 12338 nebst Fußnote **.

in Berlin bereits ähnliche Mitteilung erhalten; nur der Passus über Bahn nach dem Adriatischen Meer und Möglichkeit wirtschaftlicher Konzessionen war ihm neu. Der Minister führte aus, die Aufwerfung dieser Frage im gegenwärtigen Moment sei ihm höchst unerwünscht und verursache ihm einige Sorge. Seiner Ansicht nach sei das Richtige, die Großmächte sollten auf Diskussion irgendeiner Detailfrage der Rekonstruktion des Balkans sich durchaus nicht einlassen. Einstweilen seien die Verbündeten noch im Krieg mit der Türkei, und es scheine ihm ratsam, daß alles, was jetzt geschieht, als Teil dieser kriegerischen Unternehmungen betrachtet werde. Deshalb, glaube er, brauche auch Österreich irgendwelchem Vorgehen der Serben in Albanien oder an der Küste keine zu große Bedeutung beizulegen oder dem entgegenzutreten; provisorische Kriegshandlungen könnten keinen Rechtszustand schaffen. Komme der Krieg zu Ende, so hätten die Balkanstaaten ihre Forderungen als Gesamtheit zu formulieren, und die Großmächte, in erster Linie diejenigen, die durch ihre Lage oder historischen Verbindungen Spezialinteressen besitzen, würden ihre Gesichtspunkte geltend machen. Daß eine der größten Neugestaltungen seit Jahrhunderten ohne Zuziehung der Großmächte durchgeführt werde, sei vollkommen ausgeschlossen. Seine Politik gehe darauf, die Diskussion von einzelnen Punkten jetzt zu vermeiden. Die Sprache, welche nach unserer Mitteilung die russischen Vertretungen in Paris und Belgrad führten, sei geeignet, seine Politik zu durchkreuzen, und er verurteile sie durchaus. Lehnten Großmächte ab, irgendwelche Ansprüche der Balkanstaaten überhaupt zu diskutieren, bis die allgemeine Neuordnung stattfinde, so glaube er ganz entschieden, daß bei der geringen Zahl und relativen Geringfügigkeit der Differenzpunkte ein Übereinkommen sich erzielen lasse. Werde jetzt die Diskussion der serbischen Adriawünsche aufgenommen, so entstehe Verbitterung und gefährliche Erregung. Er selbst habe die serbische Mitteilung entgegengenommen, ohne sich irgendwie zu äußern. Er werde den von ihm mir skizzierten Standpunkt sogleich amtlich auch in Petersburg bekanntgeben lassen*, ohne jedoch im einzelnen auf die beiden genannten Diplomaten hinzuweisen, und er bitte mich auch, seine Äußerungen über diese als privat und vertraulich zu betrachten (der Minister bemerkte, Herr von Hartwig rede gefährlichen Unsinn, und Iswolsky scheine auch sonderbare Äußerungen zu machen).

Der Gesamteindruck der Unterredung ist der, daß der Minister gegen die Serben ungnädig ist, ihnen aber Erregbarkeit und Siegesrausch zugute hält, sich jedoch über die Intrigen russischer Diplomaten schwer ärgert, die seinen Plan einer ausgleichenden Lösung der Balkanfrage gefährden.

Kühlmann

---

* Vgl. dazu das Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 7. November, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 573f.

Nr. 12344

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in London von Kühlmann

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 193 Berlin, den 9. November 1912

Auf Telegramm Nr. 177*.

Bitte Sir Edward Grey direkt oder durch einen unbedingt zuverlässigen Vertrauensmann mitzuteilen, daß ich der Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebrachten Auffassung durchaus beipflichte und mich mit ihm insbesondere in der Ansicht begegne, daß den interessierten Großmächten bei der endgültigen Festlegung und Sanktionierung der durch den jetzigen Krieg bedingten Neuordnung der Verhältnisse auf dem Balkan ihr Wort vorbehalten bleiben muß. Gerade um einer unerwünschten und bedenklichen Präjudizierung vorzubeugen, hätte ich mich zu der in meinem Telegramm Nr. 192** angeordneten Demarche veranlaßt gesehen, da aus verschiedenen mir zugegangenen Meldungen sich die Gefahr abzeichnete, daß die russische Regierung gegen ihren Willen durch den Übereifer einzelner propagandistisch tätiger Auslandsvertreter in die Zwangslage gesetzt werden könnte, gewisse Fragen ohne innere Berechtigung zum point d'honneur zu machen. Meiner Ansicht nach läge für Rußland kein Anlaß vor, gewisse übertriebene Aspirationen auch nur moralisch zu unterstützen, deren Verwirklichung sich im Widerspruch mit der von den kriegführenden Balkanstaaten selbst erkorenen Devise „Der Balkan den Balkanvölkern" und auf Kosten einer Balkanrasse vollziehen müßte. Den weitestgehenden, vom historischen und ethnographischen Standpunkte eventuell noch zu rechtfertigenden Entschädigungswünschen der Balkanstaaten würde meines Erachtens durch die Aufteilung der europäischen Türkei reichlich Rechnung getragen. Kiderlen

Nr. 12345

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 339 Paris, den 8. November 1912
[eingetroffen am 9. November]

Antwort auf Telegramm Nr. 258**.

Hiesige Regierung verhehlt sich nicht Ernst der Lage, der wesentlich gesteigert würde, wenn Rußland die serbischen Ansprüche amtlich unterstützen sollte. Dies hier bisher nicht geschehen, wenn auch bekannt, daß Rußland mit Serbien sympathisiert und Herr von Hartwig sehr weit

* Siehe Nr. 12343.
** Siehe Nr. 12338 nebst Fußnote **.

gegangen ist. Herr Paléologue versichert mir, daß Herr Iswolsky hier gegenüber französischer Regierung maßvoll und zurückhaltend gewesen und Verständnis für Bedenken gegen Herrn von Hartwigs Haltung gezeigt habe, der allerdings mit Herrn Iswolsky aus anderen Gründen überworfen.

Serbischer Gesandter* hat hier gestern gleiche Mitteilung gemacht wie Geschäftsträger Berlin, ist aber nicht bis zu Berührung Allianzfrage gegangen. Hiesige Regierung hat noch nicht Stellung zu Frage serbischer Ausdehnung genommen und sich darauf beschränkt, Kenntnis zu nehmen. Serbischer Gesandter bestätigt mir bisherige neutrale Haltung Frankreichs, will aber Versicherungen Sympathien für serbische Ansprüche erhalten haben. Politischer Direktor hielt im Gespräch mit mir** an Hoffnung fest, daß Ausweg im Sinne der rein kommerziellen Ausdehnung Serbiens nach Adria gefunden werden könne. Allerdings sei Lösung durch Vormarsch serbischer Truppen durch Albanien erschwert.

Paléologue versichert mir nebenbei gesprächsweise bestimmt, daß innerhalb Tripelentente keine besonderen Abmachungen bezüglich Konstantinopels bestehen. Er halte für möglich, daß Rußland nicht nur Festsetzen, sondern auch ein Einmarschieren der Bulgaren in Konstantinopel nicht zulassen und intervenieren würde***. Schoen

Nr. 12346

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1054 London, den 7. November 1912
[pr. 9. November]

Selbst dem oberflächlichen Beobachter muß es auffallen, wie durchaus verschieden in der gegenwärtigen Orientkrise das Verhalten Englands und Frankreichs ist. Die unruhige, nervöse, geschäftige Politik des Herrn Poincaré verursacht hier allgemeines Kopfschütteln. Man ist in diplomatischen Kreisen geneigt, sie mit dem starken Einfluß zu erklären, welchen Herr Iswolsky in Paris noch ausüben soll. Sir Edward Grey hatte sich, wie ich aus zuverlässiger diplomatischer Quelle höre, mit dem Vorschlag des Herrn Poincaré wegen des „désintéressement territorial" um des lieben Friedens willen einverstanden erklärt, ohne für den Vorschlag selbst sehr begeistert zu sein. Er war anscheinend sehr unangenehm über-

* Wesnitsch.

** Vgl. über das Gespräch auch die Aufzeichnung Paléologues vom 8. November. Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 146.

*** Darüber war man in Paris doch sehr genau orientiert; vgl. Nr. 12332, Fußnote **. Am 7. November war freilich in Paris (vgl. R. Poincaré, Au Service de la France II, 316) ein Telegramm Botschafter Paul Cambons eingelaufen, wonach die russische Regierung laut Mitteilung Graf Benckendorffs an Sir E. Grey sich mit einem vorübergehenden Einzug der Bulgaren in Konstantinopel abgefunden hätte, jedenfalls aber ihre Flotte ans Goldene Horn senden würde, um dort während der bulgarischen Okkupation „en surveillance" zu bleiben. Das sollte natürlich ein neuer Schreckschuß für Paris sein.

rascht, als er hörte, daß die französische Diplomatie diesen Vorschlag als „Vorschlag der Tripelentente" bezeichnet hat, und soll, als der italienische Botschafter ihn hierauf aufmerksam machte, Herrn Poincaré in unverhohlener Weise sein Mißfallen über diese Art des Vorgehens ausgesprochen haben, das mit dem Bestreben Sir E. Greys in vollem Widerspruch stand, nämlich alles zu vermeiden, was an die Gruppierung der Mächte in zwei Lager erinnern konnte. Die „Times", welche augenblicklich wieder besonders enge Fühlung mit den leitenden Staatsmännern hat, ging so weit, den Poincaréschen Vorschlag unglücklich zu nennen. Aufmerksame französische Beobachter sind sehr betrübt über das klar hervortretende Auseinandergehen der Richtungen beider Kabinette und sind geneigt, die mangelnde Übereinstimmung darauf zurückzuführen, daß zwischen den Herren Cambon und Poincaré Unstimmigkeiten bestehen und der französische Minister vorgeht, ohne den Rat des vorsichtigen, das englische Terrain genau kennenden Diplomaten einzuholen. Ein mit Herrn Cambon befreundeter französischer Journalist äußerte auf die Frage, ob man denn in Paris nicht sofort gesehen habe, daß der „désintéressement"-Vorschlag ein Fehler sei, der Vorschlag habe einem russischen Wunsche entsprochen, und Frankreich dürfe nicht riskieren, in dieser Krisis auch noch das Verhältnis zu Rußland zu gefährden.

Man hört die Ansicht äußern, die Politik Herrn Iswolskys sei möglicherweise persönlich gefärbt, und er versuche, unter gänzlicher Verkennung der politischen Gesamtlage für sich persönlich eine Revanche für die Niederlage in der Annexionskrisis vorzubereiten. Wieweit solche Vermutungen zutreffen, läßt sich von hier aus nicht beurteilen.

Die französische Presse spricht auch in der gegenwärtigen Krisis ununterbrochen von der Politik und den Taten der „Tripelentente". In der hiesigen Presse ist die Erwähnung dieses diplomatischen Gebildes in neuerer Zeit fast ganz unterblieben. Die deutsche Presse, die großenteils aus französischen Quellen schöpft, schreibt auch noch vielfach über Absichten und Pläne des „Dreiverbandes". Es wäre vielleicht nützlich, wenn auch die deutsche Presse dem englischen Beispiel folgen und den Dreiverband, so schön das Wort auch ist, so wenig wie möglich erwähnen wollte. So verfrüht es wäre, ihn für tot zu erklären, augenblicklich ist er als europäischer Faktor in den Hintergrund getreten, und deutsche Publizisten haben wohl kein Interesse, ihn täglich wieder zu beschwören.

R. v. Kühlmann

Nr. 12347

Note

Ausfertigung. Von der englischen Botschaft in Berlin am 9. November 1912 dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, November 9, 1912

In conversation with the German Chargé d'Affaires yesterday Sir Edward Grey expressed the opinion that whatever Servia did or said

ought to be treated as part of the war with Turkey and should consequently be considered as provisional pending the terms of peace; even if she entered Albania, such action might, he thought, be regarded for the present in the same light, since Albania was still a Turkish Province. It would be very desirable if Austria could be influenced to take this view. It would be intolerable, he said, if each action on the part of Servia or any provocative language held by her in her present excited condition were to be allowed to provoke a war between any of the Great Powers on a point which Sir Edward believed could be settled peacefully if only it could be treated as a part of the whole terms of peace after the conclusion of the war with Turkey instead of being brought up now by itself.

Sir Edward Grey added that he would urge the same point of view at St. Petersburgh and would ask the Russian Government to exert all their influence in the same direction.

Nr. 12348

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Letzlingen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 8 Letzlingen, den 9. November 1912

Habe mit Reichskanzler eingehend im Sinne meiner Instruktionen an Sie gesprochen, und bestimmt erklärt, dass wegen Albanien und Durazzo ich unter keinen Umständen gegen Paris und Moscau marschieren werde*. Habe Vorschlag gemacht: Albanien selbständig unter Serbischem Prinzen als Fürstenthum (Secundogenitur), welches die Freiheit hat mit Serbien oder 4 Bundstaaten sich vertraglich zu verbinden, unter Erlaubniss der Hafenbenutzung. In dem Sinne mit Szögyenyi sprechen.

Wilhelm I. R.

Nr. 12349

*Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II.***

Eigenhändig. Undatiert

[pr. 11. November 1912]

Resumé des Gesprächs*** mit dem Reichskanzler und H[errn] v[on] Kiderlen über die Balkanlage am 9/XI 1912.

* Es scheint doch, daß Kaiser Wilhelm II. unter dem Einfluß der Unterredung mit Reichskanzler von Bethmann Hollweg sich dem Standpunkt des Auswärtigen Amtes genähert und, wenn auch innerlich stark widerstrebend, seine Einwilligung dazu gegeben hat, daß Deutschland das Einvernehmen mit Österreich-Ungarn und Italien, die beide dem Vordringen Serbiens an die Adria entschieden abgeneigt blieben, möglichst festhalte. Darauf läßt ein Telegramm Bethmann Hollwegs an Kiderlen, datiert aus Letzlingen vom 9. November, schließen: „Richtige Basis heute wiedergefunden." Am Abend des 9. fand dann eine Besprechung des nach Berlin zurückgekehrten Monarchen im Schlosse mit Kiderlen statt; vgl. das folgende Schriftstück.

** Hier des Zusammenhangs halber eingeordnet.

*** In Wirklichkeit handelt es sich um zwei Gespräche, das erste mit dem Reichskanzler

Oesterreich hat unvorsichtiger Weise den Serbischen Ansprüchen in Presse und offiziellen Auslassungen gegenüber einen schroffen dictatorischen Ton angeschlagen. Dieser kann provocatorisch wirken und zu Complicationen führen. Serbien verlangt Zugang zur Adria mit Häfen, Oesterreich negirt diesen Wunsch a limine. Russland scheint die Serbischen Aspirationen unterstützen zu wollen, und könnte darüber mit Oesterreich derart aneinandergerathen, dass es zum Conflikt mit Waffen kommt. Dann tritt für Deutschland der Casus foederis ein, da Wien von Petersburg angegriffen wird — laut Vertrag. Dieser bedingt die Mobilmachung und den Krieg gegen 2 Fronten für Deutschland, d[as] h[eißt] um gegen Moskau marschieren zu können muß erst Paris genommen werden. Paris wird zweifellos von London unterstützt werden. Es muß also Deutschland in einen Existenzkampf mit 3 Grossmächten eintreten bei dem alles aufs Spiel gesetzt werden muss und eventuell es untergehen kann. Das erfolgt alles weil Oesterreich die Serben nicht in Albanien oder Durazzo haben will. Es ist klar, dass dieses Ziel, für Deutschland keine Parole für einen Vernichtungskrieg bieten kann, daraufhin keine Möglichkeit mit einem Stichwort die Deutsche Nation für einen, solcher Gründe halber, geführten Krieg zu entflammen und Niemand es mit seinem Gewissen und seiner Verantwortung vor Gott und seinem Volke vertreten kann aus solchem Grunde die Existenz Deutschlands aufs Spiel zu setzen. Es ginge über den Rahmen eines Vertrages weit hinaus, ja selbst des Casus foederis, der in keiner Weise und niemals dahin ausgelegt werden darf, daß das Deutsche Heer und Volk, den Launen der auswärtigen Politik eines anderen Staates direct dienstbar gemacht und quasi dafür zur Verfügung gehalten werden muss! Der Dreibundvertrag sichert nur den gegenseitigen wirklichen Besitzstand der 3 Staaten, nicht aber verpflichtet er zum bedingungslosen Mitgehen in Reibungen über den Besitz anderer! Der casus föderis tritt allerdings ein wenn Oesterreich von Rußland angegriffen wird. Aber nur dann wenn Oesterreich Rußland nicht zum Angriff provozirt hat. Hier nun könnte eine solche Lage Serbien gegenüber entstehen. Und das muß Wien unbedingt vermeiden. Es soll Vermittlungsvorschläge anhören oder machen bezügl[ich] der Albanesen und ihrer Zukunft, und es den Russen überlassen diese zu stürzen und die Serben aufzuhetzen aufs ganze zu gehen. Durch die event[ue]l[le] Russ[ische] Ablehnung, von den übrigen Mächten gebilligter annehmbarer österreich[ischer] Vermittelungsvorschläge, setzen die Russen sich Wien gegenüber ins Unrecht, werden die Missbiligung der Mächte auf sich laden, den Verdacht erwecken es überhaupt zum Kriege mit Oesterreich zu treiben, wobei Albanien nur ein fadenscheiniger Vorwand ist, als Störenfriede angesehen, den Aerger aller Vernünftigen herausfordern, und so

---

in Letzlingen (vgl. Nr. 12348), das zweite mit Staatssekretär von Kiderlen am Abend des 9. im Schlosse. Reichskanzler von Bethmann Hollweg traf erst spät abends aus Letzlingen wieder in Berlin ein; er kann also bei dem Gespräch des Kaisers mit Kiderlen, das um 7 Uhr abends stattfand, nicht zugegen gewesen sein.

wenn es losgeht als Provocirende, welche Wien nicht in Ruhe lassen wollen, unserer Regierung eine gute Parole für die Mobilmachung geben!

Wir übten nach der Götter Lehre, Jahrelang uns im Verzeihen, doch endlich drückt des Joches schwere und abgeschüttelt muß es sein

Wilhelm

Nr. 12350

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Budapest, den 9. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 136 vom 5. November*.

Als Antwort auf meine Mitteilung obigen Telegramms übergab mir Graf Berchtold heute folgende Notiz:

„Graf Thurn wurde angewiesen, Herrn Sasonow zu sagen, daß wir allen Balkanstaaten, also auch Serbien, durchaus wohlwollend gegenüberstehen, dessen Interesse an einem wirtschaftlichen Debouche nach dem Meer wir begreifen; Serbien könne die Sicherstellung desselben auch ohne territoriale Erwerbung durch Bosnien, Montenegro oder durch den Ausbau der Donau-Adria-Bahn mit gewissen Garantien erreichen. Dies gelte auch von einem Freihandelsweg nach dem Ägäischen Meer, wo ihm übrigens, wenn es auf den Besitz einer eigenen Küste bestehe, ein solcher zuerkannt werden könnte**.

Herr von Kiderlen wolle daraus entnehmen, daß wir uns seinen Gedanken bezüglich der Befriedigung des serbischen Wunsches nach einem Hafen zu eigen gemacht haben. Hierdurch sind wir auch Rußland einigermaßen entgegengekommen. Indessen schiene es uns mit unserer Politik nicht übereinstimmend, Rußlands Unterstützung in Belgrad anzusprechen.

Andererseits hat Herr von Kiderlen sehr richtig bemerkt, daß es nicht unser Interesse sei, Bulgarien in Konstantinopel entgegenzutreten, vielmehr müßten wir darauf bedacht sein, unser Verhältnis mit Bulgarien als dem Führer des Balkanbundes zu vertiefen.

In dieser Angelegenheit ergeht an den k. und k. Botschafter in Berlin eine ausführlichere Instruktion."

---

* Siehe Nr. 12327.

** Im gleichen Sinne war die telegraphische Instruktion gehalten, die Graf Berchtold am 8. an den Gesandten von Ugron in Belgrad richtete. Siehe deren Text im Österreich-Ungarischen Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 47f. Die Instruktion berief sich u. a. darauf, daß die bei einem Vordringen Serbiens an das Adriatische Meer unvermeidliche Zerstückelung Albaniens dem von den Balkanstaaten selbst aufgestellten Prinzip der ethnischen Autonomie widersprechen und die von Österreich und Italien in Aussicht genommene Selbständigkeit dieses Landes verhindern würde.

Der Minister bat um Entschuldigung, daß er mir nicht früher geantwortet habe; er sei aber infolge der Delegationsverhandlungen dieser Tage* anderweit zu sehr in Anspruch genommen gewesen.

Zu obiger Notiz bemerkte der Minister vertraulich noch folgendes: Er sei Ew. Exzellenz besonders dankbar für die entschiedene Stellungnahme zugunsten des österreichischen Standpunktes, und der Gedanke einer Kompensation zwischen den russischen Wünschen bezüglich Konstantinopels und denen Österreich-Ungarns in bezug auf den serbischen Adriahafen** sei hier eingehend geprüft worden. Man sei hier dabei zu der Überzeugung gelangt, daß man eine von Österreich erbetene Einwirkung Rußlands auf Serbien in der Adriafrage vermeiden müsse, weil dadurch der Idee von neuem Vorschub geleistet werde, als müsse Österreich in seinen Verhandlungen mit Serbien stets den Weg über Petersburg nehmen. Die Auffassung, als wäre Serbien lediglich der Exponent von Rußland, würde dadurch noch bestärkt, und gerade das müsse man hier vermeiden.

Wenn übrigens den Serben die ihnen von Österreich angebotenen Wege zur Adria durch Bosnien, Montenegro und durch Ausbau der Donau-Adria-Bahn nicht genügend schienen, so glaube er, daß, falls Salonik in dem Verteilungsplan*** der Balkanverbündeten den Griechen zuzusprechen sei, den Serben ein anderer Hafen östlich davon noch eingeräumt werden könnte.

Von entscheidender Wichtigkeit für Österreich sei augenblicklich die Pflege eines guten Verhältnisses zu Bulgarien. Österreich sei gezwungen, für die Wünsche Rumäniens einzutreten, und habe bereits in Sofia wissen lassen, daß man hier die Erfüllung der legitimen Wünsche Rumäniens von Bulgarien erwarte; dadurch schon habe sich Österreich in Sofia nicht beliebt gemacht; um so mehr müsse es vermeiden, die bulgarische Regierung noch mehr gegen sich einzunehmen, indem man von hier aus Rußland zuliebe die Bulgaren hindert, nach Konstantinopel zu gehen. Für ihn, den Minister, bestehe kein Zweifel, daß für Bulgarien der Moment gekommen sei, zwischen Rußland und Österreich zu optieren. Bulgarien sei unstreitig jetzt die Vormacht am Balkan, und es sei von höchstem Interesse, daß sich Bulgarien auf die Seite Österreich-Ungarns schlage.

* Am 5. November hatte die 47. Session der Delegation des Reichsrats in Budapest begonnen; sie dauerte bis zum 22. November. Gleich am 5. November gab Graf Berchtold in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ein kurzes Exposé über die auswärtige Lage. Es hieß darin über die Haltung Österreich-Ungarns zur Frage der Veränderung des Status quo auf der Balkanhalbinsel: „Wir sind bereit, der durch die Siege der Balkanstaaten geschaffenen neuen Situation in weitgehender Weise Rechnung zu tragen und so die Grundlage zu einem dauernden freundschaftlichen Einvernehmen zu denselben zu schaffen. Andrerseits haben wir auch das Recht zu verlangen, daß die legitimen Interessen der Monarchie durch eine Neuregelung der Dinge keinen Schaden erleiden." Siehe den vollen Wortlaut des Exposés in: Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegation des Reichsrates. 47. Session, S. 1 f.

** Vgl. Nr. 12327.

*** In der Entzifferung steht offenbar unrichtig: „Verteidigungsplan."

Zudem glaube er nicht, daß Bulgarien sich mit allen Wünschen Serbiens — speziell mit dem Adriahafen — solidarisch erklären werde.

Es sei, wie er glaube, das klügste, Rußland zu überlassen, sich mit Bulgarien wegen Konstantinopel auseinanderzusetzen, und dafür soll es Österreich überlassen werden, mit Serbien fertig zu werden. Er glaube übrigens kaum, daß es Rußland wegen serbischer Wünsche zum Krieg kommen lassen werde.

Den russischen Wünschen bezüglich des Berges Athos würde sich Österreich nicht widersetzen, wenngleich hinter diesem anscheinend harmlosen Wunsche sich wohl die Absicht eines russischen Hafens verberge.

Tschirschky

Nr. 12351

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 265 St. Petersburg, den 9. November 1912

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 188*.

Als ich heute mit Herrn Sasonow über Lage sprach, fand ich ihn durch italienischen Geschäftsträger über die durch serbischen Geschäftsträger in Berlin geführte Sprache** unterrichtet. Minister bemerkte erregt, serbischer Vertreter sei zu dieser Sprache nicht berechtigt gewesen, „je le désavoue." Herr Sasonow will sich in Belgrad über den von serbischem Diplomaten angeschlagenen Ton beschweren. Ich fand Minister im übrigen konziliant. Er betonte, daß man vor allem Ruhe bewahren und sich hüten müsse, Lage zu verschärfen. Er sei lediglich Anwalt serbischer Ansprüche, weil er sie für berechtigt und österreichisch-ungarischen Standpunkt für kleinlich halte. Davon, daß Serbien größeres Gebiet in Albanien etwa bis Durazzo erhalte, könne keine Rede sein; es könne sich nur um schmalen Streifen mit San Giovanni di Medua handeln. Auf meine Frage, ob Serbien nicht durch Donau—Adria-Bahn mit besonderen Kautelen befriedigt werden könnte, entgegnete Minister, vielleicht ließe sich auf diesem Wege Lösung finden, obgleich er nicht wisse, ob sich Serbien damit zufrieden geben würde.

Herr Sasonow erklärte ganze Frage für noch nicht spruchreif, sie müsse mit Ruhe zwischen den Mächten besprochen und alles versucht werden, um eine Österreich-Ungarn und Serbien zufriedenstellende Lösung, die nicht den Keim weiterer Konflikte trage, zu finden. Daß Serbien Hafen am Ägäischen Meere erhalte, bezeichnete Minister als ausgeschlossen,

* Vgl. Nr. 12338, Fußnote**.
** Vgl. Nr. 12338.

da Bulgarien Küste dieses Meeres beanspruche und es auch schwer wäre, Serbien durch langen Gebietsstreifen mit solchem Hafen zu verbinden.

Minister bedauerte, daß Frage der Zulassung Serbiens zum Adriatischen Meer zum Gegenstand eines „Pronunziamentos des Dreibundes" gemacht worden sei*. Ich entgegnete, der Dreibund sei es nicht gewesen, welcher zuerst wieder angefangen habe, „Gruppenpolitik" zu treiben.

Pourtalès

Nr. 12352

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 341 Paris, den 9. November 1912

Herr Poincaré, mit dem ich auf seinen Wunsch heute freundschaftliche Unterredung über serbische Frage hatte**, bestätigt mir, daß Rußland mit Kundgebung amtlicher Stellungnahme zurückhalte, und daß Iswolskys Sprache hier Regierung gegenüber maßvoll sei. Ausweg aus serbischem Dilemma könne und müsse zur Vermeidung europäischen Konflikts gefunden werden. Hierfür sei aber Zeitgewinn erforderlich, ebenso wie auch zum Ausgleich der Interessen der Großmächte. Ihm schwebe dabei vor in einer Wagschale Integrität Albaniens, in anderer Ausschluß Konstantinopels aus Errungenschaften der Balkanstaaten. Poincaré erachtet es daher für überaus dankenswert, wenn wir auf Österreich-Ungarn einwirken könnten, daß es nicht Situation in nicht wieder gutzumachender Weise verschärft selbst im Falle weiteren serbischen Vordringens gegen Westen, dessen Erfolge Europa späterhin immer noch annullieren könnte. Herr Poincaré wird auch Herrn Cambon zu Besprechung dieser Gedanken anweisen.

Schoen

Nr. 12353

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 381 Paris, den 8. November 1912
[pr. 10. November]

Der hiesige serbische Gesandte hat wiederholt mein Interesse für die erstrebte Ausdehnung Serbiens bis ans Adriatische Meer zu erwecken

---

* Vgl. dazu Nr. 12327, S. 281, Fußnote. Das angebliche „Pronunziamento des Dreibundes" in der Frage der Zulassung Serbiens zur Adria gab wenige Tage später Sasonow Veranlassung, an Frankreich und England die Frage zu stellen, welche Haltung sie einnehmen würden, wenn es nicht gelingen sollte, eine aktive Intervention Österreichs zu verhindern. Vgl. Nr. 12381, Fußnote *.

** Vgl. dazu R. Poincaré, Au Service de la France II, 320.

gesucht und zugunsten der Wünsche seines Landes nicht nur das bekannte Bedürfnis der Befreiung aus wirtschaftlicher Einengung vorgebracht, sondern auch den Hinweis darauf, daß Nordalbanien samt der Küste zum alten Serbenreich gehört habe. Es sei ihm unverständlich, wie sich Österreich-Ungarn durch eine solche Ausdehnung in seinen vitalen Interessen gefährdet fühlen könne, noch weniger wolle ihm die Opposition Italiens einleuchten. Die österreichisch-ungarische Monarchie könne doch nur Vorteil darin finden, durch Berücksichtigung der serbischen Wünsche und Bedürfnisse anstatt eines durch stete Zurücksetzung gereizten Nachbarn einen dankbaren Freund an der Südgrenze zu haben. Meinem Hinweis, daß Serbien nach dem Ägäischen Meer weitgehende Ausdehnung zugestanden werden könne, setzte Herr Wesnitsch das Argument entgegen, nach dem Ägäischen Meer sei die Ausdehnung für Serbien ausgeschlossen, da es bei Bildung eines serbischen „couloirs" zwischen das zukünftige Bulgarien und Griechenland eingeklemmt sein würde. „Also schon jetzt innerhalb des Balkanbundes Mißtrauen," entgegnete ich ihm.

Ich habe Herrn Wesnitsch keinen Zweifel darüber gelassen, daß es aussichtslos sei, von uns zu erwarten, daß wir uns in der Stellungnahme zu der serbischen Ausdehnungsfrage von den uns verbündeten Mächten trennen würden, die nun einmal aus guten Gründen die territoriale Ausdehnung Serbiens nach der Adria auf Kosten Albaniens nicht zuzugeben gewillt seien. Serbien könne nicht auf die Sympathien der friedensliebenden Mächte rechnen, wenn es wiederum das frevelhafte Spiel aufnehme, mit seiner Megalomanie einen schweren Konflikt heraufzubeschwören.

v. Schoen

Nr. 12354

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 Belgrad, den 10. November 1912

Herr von Ugron hat nach Rückkehr aus Budapest mit Ministerpräsidenten Paschitsch eine Aussprache gehabt, worin er ihm erklärt, daß österreichisch-ungarische Regierung weitgehendes Entgegenkommen in allen wirtschaftlichen Fragen und territorialen Expansionsbestrebungen zeigen werde, soweit dies mit dem von Serbien proklamierten „ethnischen Prinzip" vereinbar sei*. Dies schließe natürlich den Zugang zur Adria durch Albanien aus. — Herr Paschitsch erwiderte, er werde sofort sich zu Seiner Majestät dem Könige begeben und ihm berichten, auch gleichzeitig mit den Verbündeten sich ins Benehmen setzen. Er müsse aber

* Vgl. Nr. 12350, Fußnote **.

jetzt schon erklären, daß Bevölkerung und Militär den Adriahafen als Lebensbedingung betrachte und jede Regierung, die sich dem widersetzen würde, weggefegt würde. — Eine ähnliche Sprache hat Herr Paschitsch dem italienischen Geschäftsträger* gegenüber geführt.

Griesinger

Nr. 12355

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 267 St. Petersburg, den 11. November 1912

Stellungnahme Österreich-Ungarns in Frage des serbischen Verlangens nach Hafen am Adriatischen Meere hat in letzten Tagen deutlich wahrzunehmende Steigerung der Erregung im panslawistischen Lager, die sich jetzt auch weiteren Kreisen mitzuteilen beginnt, hervorgerufen. In Presse und panslawistischen Versammlungen wird äußerst feindliche Sprache gegen Österreich-Ungarn geführt. Einige in letzter Zeit erschienene, allgemein für offiziös gehaltene Zeitungsartikel, insbesondere der von mir mit Bericht Nr. 308 eingereichte, angeblich von Herrn Sasonow selbst inspirierte Artikel der „Birschewyja Wjedomosti" haben zu dieser Erregung mit beigetragen. Herr Sasonow und besonders Herr Kokowzow sprechen sich zwar immer noch sehr konziliant und friedlich aus**, dagegen höre ich von zwei meist gut unterrichteten Seiten, daß es dem gegenwärtig in Spala weilenden Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch neuerdings gelungen sei, den Zaren von seiner bisherigen äußerst versöhnlichen Stimmung gegen Österreich-Ungarn abzubringen.

Pourtalès

Nr. 12356

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 384 Paris, den 10. November 1912
[pr. 12. November]

In der französischen Presse sind zu Beginn des Balkankrieges hie und da Äußerungen aufgetaucht, die mehr oder minder Zweifel ausdrückten, ob in dem Falle, daß Rußland mit Österreich-Ungarn in kriegerischen

* Rinella.
** Vgl. dazu auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 322 s.

Konflikt geraten sollte, für Frankreich der casus foederis gegeben wäre. Dabei ist, wenn auch ziemlich verschwommen, der Gedanke aufgetaucht, der Bündnisvertrag zwischen Frankreich und Rußland lasse Verwicklungen im Orient außer Betracht. Dieses Thema der eingeschränkten Bündnispflicht ist indessen, ohne eingehend, geschweige denn erschöpfend erörtert zu werden, bald wieder verlassen worden, und die Betrachtungen über die Kriegslage und deren Folgen sind fast ausnahmslos von der Voraussetzung ausgegangen, daß ein einseitiges Eingreifen Österreich-Ungarns dasjenige Rußlands und umgekehrt hervorrufen müsse, daß alsdann kraft der Bündnispflichten einerseits Deutschland, andererseits Frankreich in den Konflikt hineingezogen würden und damit der große europäische Krieg zum Ausbruch käme. Dieser Gedankengang tritt nicht nur in den Betrachtungen der Presse stets zutage, sondern er liegt auch den Bemühungen Herrn Poincarés um Erhaltung des Friedens zugrunde.

Kann hiernach schon ein Zweifel kaum bestehen, daß Frankreich dann, wenn zwischen Rußland und Österreich-Ungarn der Konflikt ausbricht und Deutschland an die Seite seines Verbündeten tritt, den casus foederis ohne weiteres als gegeben erachtet, ohne daß also zunächst zu prüfen und zu entscheiden wäre, welche Seite der angreifende Teil ist, so habe ich neuerdings aus berufenem Munde Äußerungen vernommen, die zu der Annahme berechtigen, daß auch die Regierung diese Auffassung von der Bündnispflicht hegt. Bei meiner freundschaftlichen Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten über die durch Österreich-Ungarns Widerstand gegen die serbischen territorialen Ansprüche geschaffene Lage bemerkte Herr Poincaré den ihm aus einem Berichte Herrn Cambons bekannten Umstand, daß der serbische Geschäftsträger in Berlin, als er die serbischen Ansprüche mitteilte und bis zu der Frage ging, ob Deutschland Österreich-Ungarn gegen Rußland unterstützen würde, auch wenn Frankreich neutral bliebe, eine bejahende Antwort erhielt*. Der Ministerpräsident bemerkte hierzu, allerdings keineswegs in drohendem, sondern in

* Vgl. Nr. 12338, S. 293, Fußnote. Es scheint, daß diese Äußerung Kiderlens zu Boghitschewitsch im Verein mit der eben damals sich klar abzeichnenden Entschlossenheit Deutschlands und Italiens, Österreich in der Frage der Zulassung Serbiens zum Adriatischen Meer nicht im Stiche zu lassen, eingehende Erörterungen im Ententelager über den casus foederis hervorgerufen hat. Am 11. November fragte Sasonow in London an: „Bei dieser Solidarität der Mächte des Dreibundes ist es für uns überaus wichtig zu wissen, wie sich Frankreich und England dazu stellen werden, wenn es nicht gelingen sollte, ein aktives Vorgehen Österreichs zu verhindern." Sasonow an Graf Benckendorff, 11. November. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 343. Sir E. Grey antwortete auf die ihm durch Graf Benckendorff vorgelegte Sasonowsche Frage ausweichend; dagegen sagte Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson zu dem russischen Botschafter: wenn der Dreibund im Kampfe gegen den Zweibund stehen sollte, würde England sich seiner Ansicht nach am Kriege beteiligen. Telegramme Graf Benckendorffs an Sasonow Nr. 320 und 321 vom 14. November, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 582f. Graf Benckendorff bemühte sich in einem eingehenden Brief an Sasonow vom 20. November (v. Siebert, a. a. O., S. 587ff.) die Sir E. Greysche Stellungnahme im Sinne der russischen Wünsche auszulegen: „Er hatte mir genug gesagt, um uns

mehr akademischem Tone, daß ebenso selbstverständlich wie Deutschland im Falle eines Konflikts auf österreichisch-ungarischer Frankreich auf russischer Seite stehen müßte. Und daß er hierbei nicht bloß die diplomatische, sondern auch die militärische Parteinahme im Auge hatte, ging aus der weiteren Äußerung hervor, daß es ein ungeheuerlicher Gedanke wäre — ce serait monstrueux —, uns beide, Frankreich und Deutschland, in einen entsetzlichen Krieg aus Anlässen gezogen zu sehen, die unsere Lebensinteressen nicht unmittelbar berühren. In dieser Äußerung kommt aber zugleich der dringende Wunsch zum Ausdruck, daß die Dinge nicht dahin gelangen mögen. Daß es Herrn Poincaré mit diesem Wunsche durchaus Ernst ist, beweisen nicht nur seine immer wiederholten Versicherungen von aufrichtiger Friedensliebe, sondern auch sein Verhalten seit Anbeginn der im Orient entstandenen Gefahren. Und mit dem Wunsche, daß es nicht zum Krieg kommen möge, ist der leitende Staatsmann einig mit der Nation. Er hat die Stimmung Frankreichs richtig gekennzeichnet, als er kürzlich in Nantes* sagte: „La France ne veut pas la guerre mais elle ne la craint pas." Frankreich wünscht, daran kann kein Zweifel bestehen,

---

zu beweisen, daß unter gewissen speziellen Bedingungen England in den Krieg eintreten würde. Meiner Ansicht nach sind hierzu zwei Bedingungen nötig: erstens, daß durch ein aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen wird; zweitens ist es durchaus notwendig, daß die Verantwortung für den Angriff auf unsere Gegner falle. Ich glaube, es ist für uns dringend notwendig, diese letzte Bedingung im Auge zu behalten." Auch Poincaré wollte die dilatorische Antwort Englands nicht so auffassen, als ob sie eine über die volle diplomatische Unterstützung hinausgehende „nachdrücklichere Hilfe" ausschließen würde. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow Nr. 369 vom 17. November. Stieve, a. a. O., II, 346. Seinen eigenen Standpunkt faßte der französische Ministerpräsident gegenüber Iswolsky in die Worte zusammen: „Im großen und ganzen läuft alles auf die Erklärung hinaus: wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde." Hinterher schränkte Poincaré freilich seine Erklärung wieder etwas ein: „Es ist selbstverständlich, daß Frankreich in dem bestimmten Falle, durch den der im Bündnis vorgesehene casus foederis gegeben ist, losmarschieren wird, d. h. wenn Deutschland Österreich mit Waffengewalt gegen Rußland unterstützt." So die Version Iswolskys; siehe sein Telegramm Nr. 372 an Sasonow vom 18. November. Stieve, a. a. O., II, 347. Poincaré selbst, der in seinem Buche Au Service de la France (II, 336 ss.) unter Mitteilung eines bisher unveröffentlichten Schreibens an Iswolsky vom 16. November gegen dessen Version Einspruch erhebt, gab in einem Telegramm an Botschafter Louis vom 19. November (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 156) seine Äußerung zu Iswolsky dahin wieder „que la France respecterait le traité d'alliance et soutiendrait, même militairement, la Russie au cas où jouerait le casus foederis." Um die gleiche Zeit versicherte Poincaré dem italienischen Botschafter Tittoni, Rußland könne voll und ganz auf die bewaffnete Hilfe Frankreichs rechnen, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führen sollte. Geheimtelegramm und Brief Iswolskys an Sasonow vom 20. November, Stieve, a. a. O., II, 350ff. Vgl. dazu auch Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 106ff. und nunmehr R. Poincaré a. a. O. II, 341 s.

* Über die von Poincaré am 27. Oktober in Nantes gehaltene Rede, deren eigentlicher Akzent doch in der nachdrücklichen Betonung des engen Verhältnisses zu den beiden anderen Ententemächten liegt, vgl. Nr. 12383 nebst Fußnote ** sowie Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1912, S. 383f.

daß der Krieg, wenn irgend mit seiner Ehre verträglich, vermieden werde; sollten aber trotz aller Friedensbemühungen die Dinge zum äußersten kommen, so ist damit zu rechnen, daß die französische Nation bei der Gunst der Lage, bei dem seit Jahresfrist gehobenen Selbstbewußtsein*, dem gefestigten Vertrauen in die Armee und neuerdings auch dem aus den Erfahrungen des Orientkrieges geschöpften Gefühl von der Überlegenheit der französischen Waffen über die unsrigen**, den großen Einsatz in der Hoffnung auf siegreiche Lösung der seit über 40 Jahren zwischen Frankreich und uns liegenden Frage wagt.

v. Schoen

Nr. 12357

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 357 Budapest, den 9. November 1912
Ganz vertraulich [pr. 12. November]

Herr Danew*** ist bereits heute früh hier eingetroffen. Er gibt an, mit Genehmigung seines Königs hierher gekommen zu sein, um die Lage mit Graf Berchtold zu besprechen. Über die lange Unterredung, die Graf Berchtold heute mit ihm hatte, teilte mir der Minister nachstehendes mit:

Er habe Herrn Danew sehr verständig und gemäßigt gefunden, im wohltuenden Gegensatze zu den serbischen Staatsmännern, die sich wie ungezogene Kinder benähmen. Herr Danew habe die Bereitwilligkeit der bulgarischen Regierung betont, mit der Monarchie sich möglichst zu verständigen, und die Hoffnung ausgesprochen, daß Österreich das Wohlwollen, welches es bisher der Türkei bewiesen habe, auf Bulgarien übertragen werde. Der bulgarische Abgesandte habe das Gespräch zunächst auf die Mediation der Mächte gelenkt und gefragt, wie man sich hier dazu stelle. Der Minister hat geantwortet, die Mächte würden sich voraussichtlich darauf beschränken, den türkischen Mediationswunsch den vier Balkanregierungen zu übermitteln. Er sähe voraus, daß damit wohl nicht viel gewonnen sein werde. Herr Danew habe hierauf aber erwidert, er glaube, solcher Schritt der Mächte würde doch vielleicht Erfolg haben können unter der Voraussetzung allerdings, daß die Mächte gleichzeitig einen Druck in Konstantinopel ausübten. Graf Berchtold flocht hier ein, nachdem die Türkei am Boden liege und Einschreiten der Mächte nachgesucht habe, könne man vielleicht einem solchen Drucke[1] — der wohl auch in Petersburg genehm sein würde — nähertreten.

---

* Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVI.
** Vgl. Nr. 12303, 12331.
*** Präsident der bulgarischen Sobranje.

Aus den Äußerungen des Herrn Danew sei zu entnehmen gewesen, daß den Bulgaren anscheinend selbst nicht besonders daran gelegen sei, in Konstantinopel einzumarschieren. Sie fürchteten anscheinend die daraus resultierenden Komplikationen. Unter diesen Umständen habe er, Graf Berchtold, erneut erwogen, ob nicht dem von Euerer Exzellenz angeregten Gedanken einer Kompensation zwischen dem russischen Verlangen bezüglich Konstantinopels und der österreichischen Forderung, daß die Serben nicht an das Adriatische Meer gelangen, nähergetreten werden könnte. Allerdings halte er es nach wie vor für geboten, daß die betreffende Suggerierung an Rußland nicht von hier ausgehe.

Bei Berührung der Frage des serbischen Adriahafens habe Herr Danew dieses serbische Verlangen allerdings vertreten, aber mehr in allgemeinen Redewendungen und mit dem Appell an die österreichische „Generosität". Er habe aus den Worten des Herrn Danew den Eindruck erhalten, daß Bulgarien in dieser Frage nicht unbedingt hinter Serbien stehe. Er habe Herrn Danew noch darauf hingewiesen, daß Österreich-Ungarn den Serben den freien Zutritt ihres Handels an das Adriatische Meer durch die bekannten Bahnverbindungen gewähren wolle, und als äußerste Konzession hinzugefügt, man könne ja südlich von Skutari auf albanischem Gebiet einen Freihafen einrichten, zu welchem dann Serbien ebenfalls durch albanisches Gebiet die nötige Eisenbahn würde bauen können.

Bezüglich Rumäniens liegen die Dinge nach dem, was Herr Danew ihm gesagt, folgendermaßen: Bei Beginn des Krieges habe Bulgarien in Bukarest anfragen lassen, ob Rumänien mit Bulgarien gegen die Türkei gemeinsame Sache machen wolle. Rumänien habe dies abgelehnt. Kürzlich habe man dann von Sofia aus direkte Verhandlungen mit Bukarest eingeleitet, um die rumänischen Wünsche kennen zu lernen. Man habe dabei angedeutet, daß man geneigt sei, in ein dauerndes Freundschaftsverhältnis mit dem nördlichen Nachbar zu treten, und als Bekräftigung dieser Absicht die Schleifung der an der rumänischen Grenze liegenden bulgarischen Festungen in Aussicht gestellt. In seiner Antwort habe aber Rumänien auf einer Grenzregulierung bestanden und zwar mit der Motivierung, daß es diese Grenzregulierung gerade aus strategischen Gründen brauche[2]. Diese Antwort habe selbstverständlich in Bulgarien nicht angenehm berührt. Er, Herr Danew, wolle nicht verschweigen, daß die Gewährung der rumänischen Wünsche auf Lostrennung bulgarischen Gebiets in seinem Lande auf sehr heftigen Widerstand stoßen würde. Man könne dem siegreichen Bulgarien, das in diesem Kriege so viel Blut dahingegeben hätte, nicht zumuten, Teile des eigenen Landes, die man 35 Jahre lang mit Fleiß und vielem Gelde in die Höhe gebracht habe, einem Nachbar abzutreten, der ruhig zugesehen habe, wie die anderen sich schlugen. Graf Berchtold hat versucht, Herrn Danew klarzumachen, daß Rumänien gerade dadurch, daß es sich ruhig verhalten und nicht mobilisiert habe, — wenn auch nur indirekt — so doch der bulgarischen Sache einen großen Dienst erwiesen habe. Das habe aber Herr Danew nicht gelten lassen wollen.

Er, der Minister, zerbreche sich den Kopf, ob es nicht möglich wäre, den Rumänen auf irgendeinem anderen Wege eine Genugtuung zu verschaffen, und dabei sei ihm der Gedanke gekommen, ob es nicht anginge, das zukünftige autonome Albanien in irgendeiner Form mit Rumänien zu verbinden. Auf albanischem Gebiete säßen, wie er höre, zahlreiche Kutzowalachen, und die Albanier stammten, wie sie selbst sagten, von den alten Daziern[3] ab ebenso wie die Rumänen des Königreichs. Man könne daher eine Art von Stammesverwandtschaft zwischen beiden konstruieren. Vielleicht könne man der rumänischen Dynastie in irgendeiner Weise die Leitung und Verwaltung Albaniens übertragen[4]. (Italien würde gegen eine solche Lösung der albanischen Frage nichts einwenden können.) Der Minister betonte, daß dieser Gedanke allerdings in praxi wohl schwer zu realisieren sein werde, und er besorge, daß man auch in Bukarest in dieser Anerbietung lediglich ein Danaergeschenk erblicken werde.

Sehr interessant seien noch die folgenden zwei Bemerkungen, die Herr Danew gemacht habe. Bei der Erörterung über die Gestaltung der serbischen Verhältnisse habe Herr Danew plötzlich ausgerufen: „Ja, was soll eigentlich aus Serbien werden? Selbst wenn es die Vergrößerung erhält, wird es weder leben noch sterben können. Mir scheint, es wird entweder sich mit Bulgarien oder mit Österreich-Ungarn vereinigen müssen." Hiernach scheine man, meinte der Minister, in Sofia von der Lebensfähigkeit des serbischen Staatsgedankens keine hohe Meinung zu haben.

Die zweite Bemerkung des Herrn Danew bezog sich auf die angebliche Absicht Bulgariens, mit Serbien und den anderen Verbündeten eine Zollunion abzuschließen. Auf die direkte Frage des Grafen Berchtold, ob eine solche Absicht bestehe, habe Herr Danew geantwortet, soviel er wisse, denke man in Bulgarien nicht an eine solche Zollunion[5].

Herr Danew wird noch einige Tage hier bleiben und wird von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph in Audienz empfangen werden.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Macht England nicht mit wegen der Muhamed[anischen] Unterthanen.
[2] Ungeschickt!
[3] Blech! Das sind Pelasger.
[4] gratuliere zu der Aufgabe!
[5] sehr schade!

Nr. 12358

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 366 Wien, den 11. November 1912
[pr. 12. November]

Herr Dumaine hat dem Vertreter der „Agence Havas" gesagt, man sei in Paris der sicheren Meinung, daß Serbien schließlich die Forderungen Öster-

reich-Ungarns annehmen werde. England habe sich sichtlich Österreich-Ungarn genähert, und diesem Beispiel werde Frankreich folgen müssen[1].

Man ist auf der hiesigen französischen Botschaft sehr ungehalten über die Kampagne, die die französische Presse, besonders der „Temps", gegen Österreich führt, und macht kein Hehl daraus, daß man den Einfluß serbischen Geldes bei Herrn Tardieu dafür verantwortlich macht.

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha!

Nr. 12359

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 385 Paris, den 11. November 1912
Geheim [pr. 12. November]

Ich habe zu berichten die Ehre gehabt, daß die französische Regierung entschlossen ist, bei einer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage in dem gleichen Maße diplomatisch und militärisch Rußland zu unterstützen, wie wir auf Österreich-Ungarns Seite stehen.

Daß die Regierung für den Kriegsfall bereits gewisse vorbereitende Maßregeln ins Auge gefaßt hat, hat der Militärattaché kürzlich gemeldet*. Ich habe nun aus einer Quelle, die sich bisher stets als zuverlässig erwiesen hat, selbstverständlich im allerstrengsten Vertrauen, erfahren, daß die Regierung in dieser Richtung noch einen bedeutsamen Schritt weiter gegangen ist. Bekanntlich wird in den leitenden Kreisen der französischen Armee neuerdings einer kühnen Offensive sehr das Wort geredet. In Befolgung dieser Auffassung hat nun meiner Quelle zufolge Herr Poincaré kürzlich seinen Ministerkollegen die Notwendigkeit vertraulich dargelegt, in dem Augenblick, wo ein kriegerischer Konflikt unvermeidbar wird, mit einem überraschenden Vorstoß über unsere Grenze den französischen Waffen einen Vorsprung und den für das französische Temperament so wichtigen ersten moralischen Erfolg zu sichern. Zu diesem Zwecke müsse man sich des Zeitgewinnes halber kühn über konstitutionelle Bedenken hinwegsetzen und das Parlament, ohne es über die Kriegserklärung zu befragen, vor ein fait accompli stellen. Also geradezu ein Staatsstreich. Die anderen Minister hätten zwar meinem Gewährsmann zufolge manche Bedenken gehabt, sich aber schließlich der Autorität Poincarés gefügt, und es seien in aller Stille Maßregeln vorbereitet worden, über deren Natur mein Vertrauensmann nichts Näheres angeben konnte oder wollte.

---

* Vgl. dazu auch Bd. XXXI, Kap. CCXLVI, Nr. 11529. Eine Bestätigung dafür, daß die französische Regierung schon im Herbst 1912 vorbereitende Maßregeln für den Kriegsfall getroffen, ja sogar die später am 4. August 1914 angenommenen Kriegsgesetze fertig ausgearbeitet hat, gibt jetzt R. Poincaré, Au Service de la France II, 80 s.

Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, diese Nachricht mit der gebührenden Vorsicht nachzuprüfen, halte aber namentlich in Hinsicht auf den entschlossenen Charakter Poincarés die Möglichkeit, daß sie zutreffend, durchaus nicht für ausgeschlossen.

Ich darf annehmen, daß bei uns mit der Möglichkeit eines französischen überraschenden Vorstoßes längst gerechnet ist und entsprechende Gegenmaßregeln getroffen sind. Auch das glaube ich kaum hinzufügen zu brauchen, daß es für den Fall, daß die obige Nachricht noch zur Verstärkung unserer Vorsichtsmaßregeln Anlaß geben sollte, geboten erscheint, so im stillen zu handeln, daß den Franzosen nicht der Vorwand deutscher Provokation gegeben wird.

v. Schoen

Nr. 12360

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Nr. 17201 IV Berlin, den 12. November 1912

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage eine kurze Mitteilung über die augenblickliche militärische Lage in Rußland sehr ergebenst zu übersenden.

v. Moltke

Anlage

12. November 1912

Es kann als feststehend angesehen werden, daß Rußland in den Militärbezirken Warschau, Kiew und Odessa und dementsprechend wahrscheinlich auch im übrigen Reiche zahlreiche Vorbereitungen getroffen hat, um den glatten und schnellen Verlauf einer Mobilmachung sicherzustellen*.

Dagegen haben sich Maßnahmen, die als der tatsächliche Beginn der Mobilmachung aufzufassen wären, noch nicht mit Sicherheit feststellen lassen, und auch die mehrfach eingegangenen Nachrichten über Truppenversammlungen im Westen des Reiches haben bis jetzt keine sichere Bestätigung gefunden.

* Mit diesen Maßregeln hat Rußland die Initiative unter den Großmächten ergriffen, während Österreich-Ungarn erst Mitte November die Zurückbehaltung der Urlauber in Bosnien-Herzogewina und Dalmatien verfügte. Vgl. dazu Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 208. Die Priorität der russischen militärischen Maßregeln ist von dem russischen Botschafter in London Graf Benckendorff gegenüber seinem deutschen Kollegen Fürst Lichnowsky am 25. November ausdrücklich zugestanden und damit motiviert worden, daß die Mobilmachung in Rußland so viel langsamer vor sich gehe wie in Österreich und namentlich in Deutschland. „Man müsse sich eben für alle Fälle bereit halten." Telegramm Fürst Lichnowskys Nr. 192 vom 26. November; siehe Kap. CCLXV, Nr. 12438.

Die in Gegend Choi—Urmia stehenden russischen Truppen (rund 5000 Mann) sind durch sechs Bataillone mit Artillerie der im Norden des Kaukasus stehenden 21. Infanteriedivision verstärkt worden. Ferner sollen nach Meldung des Konsularagenten in Täbris weitere 7000 Mann, die bisher im östlichen Aserbeidjan standen, in das persisch-türkische Grenzgebiet von Choi bis Sautschbulak verlegt werden. Es würden dann russische Truppen in einer Gesamtstärke von etwa 1 Infanteriedivision und 1 Kavalleriedivision zum Einmarsch nach Türkisch-Armenien bereitstehen.

Eine auffallende Maßnahme wäre die Zurückbehaltung des ausgedienten Jahrganges bis zum 31. Dezember 1912 (13. Januar 1913), die nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur beabsichtigt zu sein scheint. Allerdings ist der gesetzliche Entlassungstermin der 31. Dezember (13. Januar), und zu einer früheren Entlassung muß der Kriegsminister einen allerhöchsten Befehl erwirken. Dies ist aber früher regelmäßig geschehen, und auch für 1912 war bereits durch allerhöchsten Erlaß die Entlassung des ausgedienten Jahrganges für die Zeit zwischen 1./14. und 15./28. November befohlen worden.

Wenn jetzt die Entlassung erst sieben Wochen später stattfinden soll — was auch durch sonstige hier vorliegende Nachrichten bestätigt zu werden scheint —, so bedeutet das auf jeden Fall eine wesentliche Erhöhung der russischen Kriegsbereitschaft.

Die Rekruteneinstellung findet in Rußland zwischen dem 15./28. Oktober und 15./28. November statt, so daß bis Ende des Jahres ihre Ausbildung so weit gefördert sein kann, daß bei einer Mobilmachung ihre Einstellung in die Feldtruppenteile möglich ist.

Auch über den 31. Dezember (13. Januar) hinaus wäre nach den bestehenden Bestimmungen der Kriegsminister in der Lage, mit allerhöchster Genehmigung die ausgedienten Leute zurückzubehalten, „sofern es politische oder kriegerische Verhältnisse notwendig machen", und zwar bis zu einer Höchstdauer von sechs Monaten.

Die russische Presse hat die Erklärung der Petersburger Telegraphenagentur nicht gebracht. Dies läßt darauf schließen, daß es ihr verboten ist, militärische Nachrichten irgendwelcher Art zu veröffentlichen.

Nr. 12361

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 179 London, den 12. November 1912
[eingetroffen am 13. November]

Antwort auf Telegramm Nr. 193 vom 9. November*.

Sir E. Grey befohlene Mitteilung gemacht. Er dankte und wies darauf hin, daß sämtliche Staaten seiner letzten Anregung zugestimmt

* Siehe Nr. 12344.

und insbesondere Rußland sich bereit erklärt habe, beruhigend auf Belgrad einzuwirken. Ihm scheine Wunsch nach wirtschaftlichem — der Minister unterstrich das Wort — serbischem Ausfalltor nach der Adria nicht unvernünftig, ebenso andererseits Forderung Erhaltung Albaniens, Grenzen im einzelnen Frage Übereinkommens zwischen den Mächten. Sein Bestreben sei jetzt darauf gerichtet, die Balkanstaaten zu veranlassen, zusammen und autoritativ ihre Friedensbedingungen bekanntzumachen. Es werde sich dann sofort ergeben, daß nur über relativ kleinen Bruchteil der Ansprüche Meinungsverschiedenheiten bestehen, und Hoffnung auf Lösung durch Kompromiß steige erheblich. Ihm scheine nützlich, in gegenwärtiger Krisis so wenig als möglich von Mächtegruppen zu sprechen. Wenn kontinentale Presse zum Beispiel betone, Dreibund stehe hinter Österreichs Forderung, so reize das gewisse andere Blätter, den Gruppengedanken wieder in den Vordergrund zu schieben. Der Minister vermied, das Wort Tripelentente auszusprechen.

Kühlmann

Nr. 12362

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

r. 440 Rom, den 9. November 1912
[pr. 13. November]

Bei einem Besuche, den mir der serbische Geschäftsträger* machte, setzte er mir auseinander, daß Serbien durchaus einen Zugang zum Meere erhalten müsse, und zwar zum Adriatischen, da dies aus verschiedenen Gründen nach dem Ägäischen Meere nicht angängig wäre. Eine völlige Selbständigkeit Albaniens wäre wegen der dortigen Zustände doch unmöglich, es würde eine Anarchie werden; wenn man die „Integrität" und „Autonomie" Albaniens wahren wolle, würde es am besten mit einer autonomen Verfassung unter die „Vormundschaft" Serbiens gestellt. Nur so könne das Prinzip: „Der Balkan den Balkanvölkern" wirklich zur Durchführung kommen, denn sonst würden sich doch nur fremde Einflüsse (österreichische oder italienische) in dem politisch noch gänzlich unreifen Lande geltendmachen. Herr Michailowitsch betonte zwar wiederholt, daß er nur seine eigenen Gedanken äußere; der Wunsch, ganz Albanien für Serbien als Kriegsbeute zu gewinnen, trat aber deutlich hervor und dürfte wohl auch in Belgrad gehegt werden.

Ich habe Herrn Michailowitsch nicht im Zweifel darüber gelassen, daß solche Wünsche wie überhaupt ein Vordringen Serbiens zur Adria mit den Interessen anderer nicht vereinbar wären und auf entschiedenen

* Michailowitsch.

Widerspruch stoßen würden. Er entgegnete, das nehme er leider auch wahr, aber wenn Serbien nun Albanien besetze, wer werde es denn daraus verdrängen? Der Krieg habe bereits andere faits accomplis geschaffen, und, falls weitergehende Komplikationen daraus entständen, könne es Serbien ja eventuell darauf ankommen lassen. Vielleicht wäre dies nicht einmal ein Nachteil für Serbien. Ohne es auszusprechen, schien der Geschäftsträger entschieden auf eine russische Unterstützung der serbischen Aspirationen zu hoffen.

v. Jagow

Nr. 12363

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 Belgrad, den 12. November 1912
[eingetroffen am 13. November]

Der rumänische Gesandte* hat dem österreichischen Gesandten und mir von einer Unterredung mit Herrn von Hartwig erzählt. Derselbe erklärt den Verzicht Serbiens auf einen Adriahafen für unmöglich. Rußland beabsichtige, aus Serbien eine slawische Vormacht zu schaffen, welcher Bosnien, Herzegowina und die südlichen Teile Ungarns einverleibt werden müßten. Rumänien handle gegen sein Interesse, wenn es treu zu Österreich-Ungarn halte. Denn es brauche gegebenenfalls nur zuzugreifen und sich Siebenbürgen zu nehmen. Italien spiele doppeltes Spiel, und Deutschland desinteressiere sich.

In diesem Sinne treibt Herr von Hartwig seine panslawistische Hetze.

Griesinger

Nr. 12364

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Privatbrief. Ausfertigung

Pera, den 7. November 1912
[pr. 13. November]

Der Kampf zwischen Christus und Mohammed hat sich hier in so rasch aufeinanderfolgenden Schlägen vollzogen, daß ich verschiedene angefangene Berichte zerrissen habe, weil ihr Inhalt schon durch neue Ereignisse überholt worden war.

* Filality.

Jeder, der wie Euere Exzellenz jahrelang in und im Interesse der Türkei gearbeitet hat, muß durch das Schicksal, welches über die Türkei hereingebrochen ist, aufs tiefste berührt werden. Marschall war bis an sein Lebensende ein glücklicher Mensch. Er hat schließlich noch das Glück gehabt, gerade 14 Tage vor dem Zeitpunkt zu sterben*, zu welchem sein Lebenswerk anfing zusammenzubrechen[1]. Auch Goltz ist, wie ich höre, schwer enttäuscht und soll für niemand zu sprechen sein. Trotzdem hat gerade er keinen Grund, besonders traurig zu sein. Denn die türkischen Soldaten, auf welche er vertraute, sind keineswegs die Ursache des jetzigen Kataklysmus. Daß sie in Mazedonien geschlagen werden würden, stand von vornherein fest. Dorthin hatte man nur Truppen zweiter Güte geschickt, die in ihrer Minderzahl von Anfang an als geschlagen gelten konnten. Auf dem entscheidenden östlichen Kriegsschauplatz haben die zu vier Fünfteln ungeschulten türkischen Soldaten Erstaunliches geleistet trotz allem, was jetzt gegen sie gesagt wird. Wo sie in frischer Verfassung auf den Feind gestoßen sind, haben sie sich wie in früheren Zeiten todesmutig geschlagen. Unter ihnen befanden sich viele, die noch nie ein Gewehr in der Hand gehabt hatten. Man sieht hier zahlreiche Verwundete mit eingeschlagenen Nasen. Sie hatten beim Schießen ihre Gewehre gegen die Nasen angelegt, und Offiziere gab es bei vielen Redifbataillonen nur zwei pro Bataillon. Sie waren meistenteils Beamte, die noch nie eine Uniform getragen hatten. In einem Lazarett liegt ein Offizier, der bisher Arabadschi in Büjükdere war. Im Feuer haben alle diese Leute wie die Mauern gestanden und überall erfolgreich gekämpft — solange sie etwas zu essen bekamen und über genügende Munition verfügten. Auch beim Angriff sind sie, solange sie es körperlich vermochten, mutig ihren Führern gefolgt. Sowohl die Schlacht von Kirk-Kilisse wie die von Lüle-Burgas wären von den Türken gewonnen worden, wenn die Heeresverwaltung auch nur die geringste Fürsorge für die Verpflegung und den Munitionsersatz getroffen gehabt hätte. Verloren wurden die Schlachten erst in dem Moment, wo die Leute noch nach vier- bis fünftägigem Hungern ohne Patronen stundenlang im Feuer gestanden hatten und schließlich von Verzweiflung ergriffen wurden. Die Schlachten und damit vielleicht das Schicksal der Türkei wurden in dem Augenblick entschieden, wo die Soldaten ihren Führern erklärten, sich dahin begeben zu müssen, wo sie Brot fänden, um weiterkämpfen zu können. Wenn an Stelle der Türken die besten Truppen anderer Länder im Feuer gestanden hätten, so wären sie schließlich ebenso weggelaufen wie die Türken. Unsere Offiziere, die der débandade bei Wisa gefolgt sind, haben Leute ohne Verwundung umstürzen sehen. Sie waren dem Hungertode erlegen. Wo in den Dörfern noch ein Huhn sich zeigte, kam es zu Kämpfen zwischen den Soldaten um die magere Beute, wobei sich die Leute gegenseitig die Hälse durchgebissen haben.

---

* † 24. September 1912.

Die Niederlage der Türkei ist also nicht auf die mangelhaften militärischen Eigenschaften des türkischen Volkes, sondern nur auf den verbrecherischen Leichtsinn und die moralische Verkommenheit derjenigen zurückzuführen, welchen die Leitung dieses unglücklichen Volkes anvertraut ist. Seit Jahren ist von den deutschen Reformern darauf hingewiesen worden, daß Mehl im Kriege ebenso notwendig sei als Pulver, und daß es der Armee an jeder Möglichkeit fehlen werde, sich zu ernähren, wenn nicht das Train- und Etappenwesen geregelt würde. Daraufhin sind große Summen für die Anschaffung von Verpflegungs- und Munitionswagen, für Ambulanzen etc. ausgeworfen worden. Die Anschaffungen sind aber unterblieben, weil die liefernden Fabriken nicht den Bakschisch zahlen wollten, welchen sich die hiesigen verantwortlichen Stellen ausgebeten hatten. Andere Vorschläge deutscher Reformer, welche das Verpflegungswesen, zum Beispiel die Errichtung von Konservenfabriken, betrafen, sind vom Kriegsministerium mit dem Hinweis darauf abgelehnt worden, daß der türkische Soldat den Komfort deutscher Soldaten nicht brauche.

Die verhungerten und verdursteten 2—300000 Türken strömen gegenwärtig langsam auf die Linie von Tschataldja zurück. Die Stellung wäre nach Ansicht aller Sachverständigen auch von der jetzigen geschlagenen Armee noch leicht für lange Zeit zu halten, wenn der Wille dazu vorhanden wäre. Hinter der Linie könnte die geschlagene Armee wieder auseinandergewirrt werden. Es bedarf nur weniger Truppen, um die schmale Front zu verteidigen. Die übrigen könnten entweder nach Asien zurückgeschickt oder aber in Konstantinopel neu einexerziert werden. Es könnten in Tschataldja Baracken gebaut werden. Vier Wege stehen für die Verpflegung der Truppen zur Verfügung. Sobald der Winter beginnt, befinden sich die Bulgaren in einer sehr schwierigen Lage gegenüber den ihrer Hauptstadt nahe stehenden Türken. Im Laufe des Winters könnte leicht die neu disziplinierte türkische Armee zu einem Offensivstoß schreiten und vielleicht das ganze Schicksal des Krieges noch wenden.

Leider sehe ich bis jetzt nichts von einem Anlauf zur moralischen Aufraffung. Nasim Pascha* rät selbst zum Frieden, weil er das Vertrauen der Truppe verloren hat und nicht will, daß ein anderer Generalissimus es besser macht als er. Auf der Pforte herrscht vollkommene Panik ebenso wie unter den Funktionären und unter dem Volke. Genährt wird dieselbe durch die hiesigen Christen, welche alle ein rasches Unterliegen der Türkei wünschen, und durch die Schilderung der Lage, welche, von der russischen Botschaft ausgehend, sich über ganz Konstantinopel verbreitet. Giers wird dabei durch Bompard unterstützt, und auch Pallavicini ist äußerst nervös geworden, was auf die Türken deprimierend wirkt. Ich bemühe mich mit Strempel und den Reformern, den Türken Mut einzusprechen und sie wenigstens an der Aufgabe der Tschataldjalinie zu

* Kriegsminister, zugleich Generalissimus der türkischen Armee.

verhindern[2]. Ob es mir gelingen wird, ist bis zur Stunde zweifelhaft. Ein gutes Zeichen ist, daß soeben der „Barbarossa" nach dem Schwarzen Meer fährt.

Wenn die Türken, ohne die Verteidigung von Tschataldja wenigstens zu versuchen, nach Kleinasien flüchten, so ist das Schicksal der Türkei wohl besiegelt[3]. Widerstehen sie aber für einige Monate, so kommt dieser Widerstand bei der endgültigen Abrechnung als ein Aktivum in Betracht sowohl für die Türkei als auch für die Mächte, die ein Interesse haben, die Aufteilung der europäischen Provinzen unter den Balkanländern zu verhindern[4]. Eine siegreiche Türkei hätte es der Diplomatie erleichtert, einen allgemeinen Brand zu verhindern. Was soll aber geschehen, wenn aus einer vollkommen und unwürdig geschlagenen Türkei von den Siegern die radikalen Konsequenzen gezogen werden sollen[5]? Jetzt ist es vielleicht noch möglich, eine mittlere Linie zu gewinnen.

Was zwischen den Kabinetten vorgeht, ist hier unbekannt. Es wäre ja denkbar, daß das Verschwinden der europäischen Türkei auch unserer Politik neue Horizonte eröffnet[6]. Zwischen Rußland und uns würde die einzige größere Reibungsfläche wegfallen. Hier kann ich bisher nichts bemerken von irgend einer veränderten Haltung der Mächte uns gegenüber, so höflich auch die äußeren Formen sein mögen, in denen sich der Verkehr unter den Botschaftern jetzt vollzieht. Hier sehe ich nur die Schadenfreude der Russen und Franzosen, weniger der Engländer, an dem Versagen der Mittel, mit welchen Deutschland die Türkei zu einem widerstandsfähigen Staate zu machen bemüht gewesen ist. Jede türkische Niederlage nimmt hier den Charakter eines deutschen Echecs an, eines politischen sowohl als eines militärischen. Von allen unseren lieben Freunden wird den Türken gesagt: „Das habt ihr nun von der deutschen Freundschaft. Was nützt euch der deutsche Drill, was die deutschen Kanonen und Schiffe?" Bei Wisa sagte Mahmud Muchtar einem deutschen Offizier: „Das haben wir nun Goltz zu verdanken." Hier werden die Reformer aus allen Kommissionen herausgedrängt, und es wird ihnen zu verstehen gegeben, daß man ihre Hilfe nicht mehr braucht.

Bei dem Balkankriege handelt es sich nicht nur um einen Kampf zwischen Kreuz und Halbmond, sondern um ein Ringen des Slawismus mit dem Germanismus. Die reformierte Türkei, die als deutsche Schöpfung mit ihrer angeblich unbesiegbaren Armee als ein Anhängsel Deutschlands und der Tripelallianz betrachtet wurde, soll in Stücke geschlagen und durch einen Balkanbund ersetzt werden, dessen Gewehre der slawischen Vormacht zur Verfügung stehen[7]. Aber auch Österreich soll in seinen germanistischen Elementen getroffen und gezwungen werden, mit dem Slawismus zu paktieren.

Rumänien schließlich würde kaum umhin können, in seiner Isolierung sich dem Balkanbunde anzuschließen. Herr Sasonow wollte ja bis vor kurzem von einem Großbulgarien nichts wissen. Hier aber be-

reitet Herr von Giers zielbewußt und ganz unverhüllt den Einzug der siegreichen Bulgaren in Konstantinopel vor[8]*, selbst auf die Gefahr hin, daß vorher eine ungeheure Katastrophe eintritt. Vor den Augen der hier liegenden fremden Kriegsschiffe soll Ferdinand in die Hagia Sofia einziehen[9]. Auf einem der russischen Kriegsschiffe wird sicher schon der Pope verborgen gehalten, der dem Bulgarenzaren die Hand langen wird, wenn der Halbmond von der alten Moschee heruntergeholt wird.

Deshalb muß die Tschataldjalinie unter allen Umständen gehalten werden[10].

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] das ist nicht des Botschafters Amt noch Aufgabe! Das hat er zu unterlassen!

[3] So wie so ja!

[4] das hat keiner! wir rechnen schon damit!

[5] die werden vorsichtig sein!

[6] allerdings ja!

[7] das ist eben der Rechenfehler! das werden sie nicht!

[8] sollen sie auch

[9] natürlich! Und die Botschafter werden zusehen

[10] Nein! Und das geht Wangenheim gar nichts an.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Er und Strempel sind telegraphisch zu verständigen daß sie den Türken nichts zu sagen haben, und sie in Chataldja nicht zu halten haben! Sich jeder Militär[isch]-Polit[ischen] Einmischung zu enthalten haben. W.

---

* Dieser Auffassung hat später Graf Pourtalès, dem mit Erlaß Nr. 985 vom 18. November ein Auszug des Wangenheimschen Privatbriefes übersandt wurde, widersprochen: Er könne sich nicht denken, daß Bulgarien zum Einzug in Konstantinopel von russischer Seite ermutigt werde, jedenfalls dürfte das Verhalten Botschafter von Giers' nicht im Einklang mit den Intentionen Sasonows stehen. Siehe den Bericht Graf Pourtalès' Nr. 333 vom 23. November 1912 in Kap. CCLXV, Nr. 12427. Die Auffassung des Grafen Pourtalès trifft in bezug auf Sasonow unzweifelhaft zu, ob aber auch in bezug auf den Zaren und die höfischen Kreise? Zu dem Prinzen Heinrich von Preußen, der den Zaren Anfang November auf der Rückreise von Japan in Spala aufsuchte, äußerte sich dieser in dem Sinne, als ob ihm der Einzug der Bulgaren in Konstantinopel durchaus recht sein würde. Kaiser Wilhelm II. schrieb darüber am 6. November, dem Tage, wo Prinz Heinrich wieder in Berlin eingetroffen war, an Reichskanzler von Bethmann Hollweg: „Seine Königliche Hoheit der Prinz Heinrich teilt mir eben mit, daß bei den mehrfachen Gesprächen mit dem Zaren über den Balkankrieg er auch die Frage über die Ansicht Seiner Majestät gestellt habe, wie es werde, falls die Bulgaren darauf bestünden, in Stambul einzurücken. Seine Majestät antwortete, dann würden sie eben einrücken, es werde sie wohl niemand daran hindern! Als Heinrich ihn fragte, ob ihm das nicht unangenehm sein würde, fragte Seine Majestät: Warum? Worauf Heinrich sagte, er und die übrige Welt nehmen an, Seine Majestät und Rußland wollten Stambul selbst besitzen. Worauf Seine Majestät mit energischer Emphase erklärte, er denke gar nicht daran, nicht einmal geschenkt nehme er Stambul, ihm wäre es ganz egal, ob die Bulgaren einrückten. Das Kreuz werde ja dann auf der Hagia Sophia aufgerichtet, das sei die Hauptsache. Seine Majestät sei in jeder Beziehung den Bulgaren sehr gewogen gewesen." Etwas anders gab Prinz Heinrich die Äußerungen des Zaren gegenüber Bethmann Hollweg selbst wieder. Es liegt darüber eine Aufzeichnung des Reichskanzlers

Nr. 12365

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Sofia von Below-Saleske *

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 72 Berlin, den 13. November 1912

Ew. pp. sind ermächtigt, der dortigen Regierung zu erklären, die Kaiserlich Ottomanische Regierung habe die Mediation der Großmächte zum Zwecke der unverzüglichen Einstellung der Feindseligkeiten und der Feststellung der Friedensbedingungen nachgesucht. Ew. pp. wären dementsprechend angewiesen, bei der dortigen Regierung anzufragen, ob und unter welchen Bedingungen sie zur Annahme der Vermittelung bereit wäre.

Die Demarche hat gleichzeitig und gleichmäßig mit Ihren Kollegen, aber nicht kollektiv zu erfolgen.

Kiderlen

Nr. 12366

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 139 Berlin, den 13. November 1912

Zur Verwertung.

Der russische Botschafter fragte mich heute, ob Österreich-Ungarn wohl mit der Besetzung von Skutari durch Montenegro einverstanden sein würde, in welchem Fall ja Serbien dort ein Stück Land abgetreten werden könnte. Ich habe dem Botschafter erwidert, darüber zu urteilen komme der österreich-ungarischen und italienischen Regierung zu.

Kiderlen

---

vom 7. November vor: „Seine Königliche Hoheit der Prinz Heinrich hat mir heute mitgeteilt, der Kaiser von Rußland habe sich ihm gegenüber in Spala dahin ausgesprochen, daß er Konstantinopel auch nicht geschenkt annehmen würde, daß er es für ratsam halte, Konstantinopel mit einem ganz eng begrenzten Umkreis den Türken als ‚Wohnsitz' zu belassen, und daß er sich dabei seine Ansprüche wegen der Dardanellen vorbehalte. — Das sei der Wortlaut der kaiserlichen Äußerungen gewesen." Dazu bemerkte Staatssekretär von Kiderlen: „Das klingt allerdings wesentlich anders als in der neulichen Version."

* Identische Telegramme ergingen an die Gesandten in Belgrad (Nr. 29), Cetinje (Nr. 25) und Athen (Nr. 59). Am 14. November telegraphierte Below aus Sofia (Nr. 92) zurück, daß die Demarche in vorgeschriebener Form ausgeführt sei; Ministerpräsident Geschow habe Antwort in Aussicht gestellt, sobald er die ihm gemachte Mitteilung zur Kenntnis König Ferdinands als Oberkommandierenden gebracht und sich mit den Kabinetten der drei übrigen Balkanstaaten ins Einvernehmen gesetzt haben werde. Ähnliche Antworten liefen aus Belgrad und Cetinje ein.

Nr. 12367

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Berlin, den 13. November 1912

Der italienische und der österreichisch-ungarische Gesandte in Cetinje haben auftraggemäß gleichmäßig Montenegro vor der Besetzung albanischer Häfen an der Adria gewarnt.

Kiderlen

Nr. 12368

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 371 Wien, den 13. November 1912

Graf Berchtold hatte mir vorigen Sonntag in Pest gesagt, er werde am Mittwoch für einige Stunden nach Wien kommen und sich freuen, wenn er mich bei dieser Gelegenheit sehen könnte. Der Minister hat mir heute nachstehendes über die weiteren Verhandlungen mit Herrn Danew* mitgeteilt.

Die Unterhaltungen mit dem bulgarischen Abgesandten hätten bis zum Schluß einen durchaus freundlichen und vertrauensvollen Charakter behalten, und Herr Danew sei in guter Stimmung von Pest abgereist. Auch auf Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph und den Thronfolger, die beide eingehend mit ihm gesprochen hätten, habe er einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.

Es scheine, als ob sich schon jetzt Anzeichen bemerkbar machten, daß die Einigkeit der vier Balkanstaaten Risse erhalten hätte, wenigstens habe sich Herr Danew einigermaßen erregt gezeigt, als er von dem Einmarsch der Griechen in Saloniki** gehört habe. Herr Danew habe gemeint, den Griechen stände kein Recht zu auf die Einverleibung dieser Stadt in Griechenland. Als er, der Minister, darauf bemerkt hätte, die beste Lösung wäre vielleicht, aus Saloniki eine freie Stadt zu machen, habe Herr Danew keine Einwendungen erhoben.

Über die sonstigen territorialen Wünsche Bulgariens hat Herr Danew geäußert, Bulgarien erhebe keinen direkten Anspruch auf die Halbinsel Chalkidike. Es wohnten da meistens Griechen, und es wäre vielleicht gut, wenn man dieser Halbinsel ebenso wie dem Berge Athos eine Art von

---

* Vgl. Nr. 12357.

** Er war am 8. November erfolgt.

Sonderstellung einräumte. Dagegen müsse Bulgarien auf die Insel Thasos, die direkt der zukünftigen bulgarischen Küste vorgelagert sei, bestehen. Es würde diese Einverleibung der Insel Thasos allerdings dem Nationalitätenprinzip widersprechen, aber die Insel sei so wichtig für Bulgarien, daß sie nicht anderen Händen überlassen werden könne. Graf Berchtold hat demgegenüber darauf hingewiesen, daß speziell Österreich auf der Insel Thasos bedeutende Handelsinteressen hätte. Man werde also wohl erst noch über diese Angelegenheit weiter sprechen müssen.

Der österreichische Standpunkt in der Frage des serbischen Hafens am Adriatischen Meere ist dem bulgarischen Vertreter seitens des Grafen Berchtold ebenso wie von seiten des Kaisers, des Thronfolgers und mehrerer anderer Persönlichkeiten klar und deutlich auseinandergesetzt worden. Er könne hiernach keinen Zweifel mehr haben über die festen Absichten der Monarchie in dieser Beziehung, und er werde in der Lage sein, den Serben darüber reinen Wein einzuschenken. Bei seiner letzten Unterredung mit ihm habe Herr Danew hervorgehoben, wenn Bulgarien auch Verpflichtungen gegenüber Serbien habe, so sei es doch für sein Land von höherem Interesse, sich mit Österreich-Ungarn dauernd gut zu stellen, als jeden Wunsch der Serben zu vertreten.

von Tschirschky

Nr. 12369

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 373 Wien, den 13. November 1912
Ganz vertraulich

Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Thronfolger hat dem Grafen Berchtold gegenüber seine Freude darüber ausgedrückt, daß er demnächst Gelegenheit haben werde, Seine Majestät den Kaiser und König anläßlich der an ihn ergangenen Jagdeinladung zu sehen*. Er gedenke, den ganzen Komplex der schwebenden politischen Fragen eingehend mit Seiner Majestät zu besprechen.

Gelegentlich vorstehender Mitteilung bemerkte Graf Berchtold mir gegenüber ganz vertraulich, er freue sich, daß es ihm gelungen sei, völlige Harmonie zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und dem Thronfolger herzustellen. Seit der Ministerschaft des Grafen Aehrenthal, der zwischen Kaiser und Thronfolger die Politik des divide et impera befolgt und den Gegensatz zwischen den beiden hohen Herren künstlich geschürt habe,

* Die Reise des Erzherzog-Thronfolgers nach Berlin erfolgte am 22. November früh vgl. Kap. CCLXV, Nr. 12405, S. 374 Fußnote **.

habe bis vor kurzem immer noch eine Spannung bestanden. Dieser Zustand sei nun glücklicherweise zum Heile der Monarchie beseitigt. Während des jüngsten Pester Aufenthalts des Thronfolgers habe ein wahrhaft gutes Verhältnis zwischen diesem und dem Kaiser bestanden. Der Friede, der diesmal in der Ofener Hofburg geherrscht habe, wo er, der Minister, mit den beiden Herren unter einem Dache gewohnt und fortgesetzt mit beiden hohen Stellen die politischen Fragen zu erörtern gehabt habe, sei im höchsten Grade erfreulich und für die glatte Erledigung der ernsten Geschäfte sehr günstig gewesen[1].

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Mir ist ein Stein vom Herzen
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr erfreulich

Nr. 12370

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 72 Wien, den 13. November 1912

Der k. und k. Generalstabschef*, der gestern von den Konferenzen in Budapest zurückgekehrt ist, hat mich heut früh empfangen. Im Vergleich zu meiner letzten Unterhaltung mit dem General gewann ich heute den Eindruck, als ob sich bei ihm die Auffassung festgesetzt habe, man werde schwerlich um einen Appell an die Waffen herumkommen. Den Schwerpunkt der ganzen Lage sieht der Chef auch heute noch in Rußlands zweideutiger Haltung.

Wenn auch die Nachricht, daß zwei russische Armeekorps im Warschauer Militärbezirk mobilisiert würden, heute dementiert wird, liegen doch immer wieder Nachrichten vor über Verschiebung von Donkosakenregimentern an die Westgrenze, in Bezirke westlich der Weichsel. Daß dies natürlich in Anbetracht der offenen Landesgrenze in Galizien für die k. und k. Heeresleitung ein beunruhigendes Moment ist und eine starke Gefährdung der Mobilmachung bedeutet, liegt auf der Hand. Ferner ist jetzt entschieden bekannt, daß Rußland die ausgedienten Mannschaften der Infanterie zurückbehalten hat, so daß nebst den neueingerückten Rekruten die Kompagnien einen Stand von 220 Mann erreicht haben dürften. Rußland könnte also mit den fechtenden Truppen in kurzer Zeit aktionsbereit sein.

Die mit Serbien zu bereinigenden Fragen betrachtet der Generalstabschef mehr vom politischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt

---

* Feldmarschalleutnant von Schemua.

aus und mißt ihnen daher eine weitgehende Bedeutung bei. Man müsse auf Jahre hinaus vorausdenken und sich fragen, ob es sich lohne, jetzt nur einen Mittelweg für einen Ausgleich zu wählen.

Meinen Einwand, ob nicht in der Folge die Zuverlässigkeit der serbischen Truppenteile durch die Neuschaffung eines Großserbien am Balkan Abbruch erleiden könne, läßt der Chef nicht gelten. Er sagt, solange das k. und k. Offizierkorps in der bekannten festgefügten Einheitlichkeit und Pflichttreue Wacht hält, brauche man auf diesem Punkt keinerlei Besorgnisse hegen. Er führte als Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung eine Episode an, die er selbst als Divisionär in Mostar vor drei Jahren (!) erlebt hatte. Aus einem serbischen Bataillon in Mostar war ein Mann desertiert. Eine sofort nachgeschickte Patrouille brachte den Ausreißer bald zurück. Die nachgesandten Mannschaften waren lauter Serben gewesen.

Über die Haltung Italiens dagegen schien mir der Chef heute weniger zuversichtlich wie neulich. Nach neuesten Nachrichten entwickeln die Italiener an den Grenzsperren gegen Österreich in den letzten Tagen eine erhöhte Bautätigkeit. An einem Werk wird sogar nachts gearbeitet. Schemua sagte wörtlich: „Ich traue ihnen nicht ganz." Jedenfalls bestätigen mir diese Worte meine Annahme, daß die k. und k. Heeresleitung im Fall einer allgemeinen Mobilmachung nicht daran denken kann, die beiden starken Korps III und IV (87 Bataillone) von der Südgrenze wegzunehmen. Der Chef ist erstaunt über die unerschöpflichen Geldmittel Italiens. Wenn auch 600 Millionen an Barbeständen vor dem Ausbruch des Kriegs verfügbar gewesen, so müsse man die Gesamtkosten des Tripolisunternehmens doch auf rund 1 Milliarde veranschlagen. Und immer habe die italienische Heeresverwaltung noch Mittel für die Fortsetzung ihrer Rüstungen.

Dieser Tage beginnen die Rekrutentransporte aus dem Inneren der Monarchie zu den detachierten Bataillonen nach Bosnien-Herzegowina und Dalmatien.

Da die ausgedienten Mannschaften in den neuen Provinzen noch nicht entlassen werden, haben dann die 69 Bataillone einen erhöhten Stand von rund 180 Mann pro Kompagnie. Meine Frage, ob andere Maßnahmen anbefohlen seien, verneinte der Chef, gab aber zu, daß man wohl nicht mehr zu lang damit warten dürfe, besonders in Anbetracht der russischen Vorbereitungen. In Galizien ist bisher nichts außergewöhnliches Militärisches veranlaßt worden.

Die in letzter Zeit auch in deutschen Tagesblättern gebrachten Nachrichten von neuen Truppenverlegungen nach Tirol entsprechen nicht den Tatsachen. Auch eilen die Gerüchte von „Neugruppierung bzw. -schaffung höherer Verbände im Bereiche des III. und XIV. Korps" den Ereignissen voraus.

Ich hatte heute auch nach Unterhaltung mit einigen Generalstabsoffizieren den Eindruck, als stünden die Chancen für Krieg oder Frieden, wie neulich einmal Poincaré gesagt hatte, auf 50% Wahrscheinlichkeit.

Man begegnete heute vergnügteren Gesichtern im Ministerium. Der Einmarsch in Serbien wäre zurzeit wirklich nur ein militärischer Spaziergang. Rund 14000 Landsturmpflichtige bilden die Wehr des Königreiches.

An den militärischen Beratungen in Budapest am Montag, den 11. November*, haben außer dem Kriegsminister und dem Generalstabschef auch der Armeeinspektor Schoedler teilgenommen, nicht dagegen, wie behauptet worden ist, General von Conrad**.

(gez.) Gf Kageneck
Major und Flügeladjutant

---

* Bei diesen Beratungen, die übrigens in den gleichzeitigen Tagebuchaufzeichnungen des Kriegsministers von Auffenberg (Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 215) nicht erwähnt werden, wurde die Zurückbehaltung der Urlauber in den Annexionsprovinzen (Bosnien und Herzegowina) beschlossen. Nach einem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 12. November hätte die Nachricht von dem „Kriegsrat" in Budapest und den dort beschlossenen militärischen Maßregeln an den Börsen in Berlin und Wien eine Panik ausgelöst. Im Anschluß an diese Meldung bemerkt Beyens: „Le Gouvernement impérial est parfaitement résolu à soutenir son allié dans son opposition irréductible aux prétentions de la Serbie. Mais il s'en faut que cette fidélité à tenir les engagements soit du goût de tous les allemands. Les hommes d'affaires notamment observent avec une certaine irritation que les intérêts de la Triple-Alliance paraissent subordonnés aujourd'hui à ceux de l'Autriche-Hongrie, que c'est la diplomatie de cette Puissance qui mène en réalité la Triplice et qu'elle a, d'ailleurs, manqué de prévoyance dans la crise actuelle, car il eût été facile de donner à la Serbie, dès ses premiers succès, de sérieux avertissements qui auraient borné son ambition à la conquête de la vieille Serbie, voire même de faire occuper par des vaisseaux austro-hongrois les ports de l'Adriatique objet de ses convoitises." Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 97.

** Die Stellungnahme Generalinspektors von Conrad erhellt aus seinem dem Grafen Berchtold, dem Kaiser Franz Joseph und dem Erzherzog-Thronfolger vorgelegten Essay vom 28. Oktober: „Über die momentane Lage der Monarchie und deren nächste politische Richtung", zu dem der ehemalige Generalstabschef am 8. und 16. November Nachträge fügte (Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1906—1918, II, 314ff.). Am 28. Oktober forderte Conrad, daß Österreich-Ungarn an die Spitze des Balkanbundes treten und die Autonomie Albaniens unter österreichischem Protektorat erstreben, auch sofort zur Besetzung dieses Landes schreiten solle. Mit aller Schärfe sprach sich Conrad gegen eine Zerstückelung Albaniens und eine Festsetzung Serbiens an der Adria aus. Die Nachschrift vom 8. November faßte die kriegerische Auseinandersetzung mit Serbien ins Auge, scheute aber noch vor dem Kriege mit Rußland, Italien und dem Balkanbund zurück und empfahl, bei solcher Wendung „gar keine bindenden Verpflichtungen einzugehen, gar nicht zu paktieren, sondern sich ganz abseits zu stellen, aber den Moment abzuwarten, wo die Monarchie unter günstigeren Chancen ihr Ziel verfolgen kann, sich für diesen Moment vorzubereiten und gegebenenfalls energisch mit der größten Skrupellosigkeit und Rücksichtslosigkeit zuzugreifen." Die zweite Nachschrift vom 16. November faßt bestimmte Mindestforderungen der Monarchie, besonders in der Richtung absoluter Präponderanz in Albanien ins Auge, sei es selbst auf Gefahr eines Krieges gegen Rußland, Italien und die Balkanstaaten.

Nr. 12371

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Belgrad Freiherrn von Griesinger

Konzept

Nr. 135 Berlin, den 15. November 1912

Der dortige österreichisch-ungarische Gesandte ist angewiesen worden, sich der serbischen Regierung gegenüber wie nachstehend zu äußern:

Serbien habe sich bei seinem Konflikte mit der Türkei, in dessen Verlaufe es einen Teil des Sandschak und weite Gebiete in Mazedonien besetzt habe, wohl davon überzeugen können, daß Österreich-Ungarn sich keineswegs von feindlichen oder selbst nur unfreundlichen Gefühlen gegen Serbien habe leiten lassen, vielmehr durch seine friedfertige und in betreff der Munitionsdurchfuhr sogar wohlwollende Haltung den Beweis großen Entgegenkommens erbracht habe. Wenn nun Österreich-Ungarn gegen einen bedeutenden Gebietszuwachs Serbiens keinen Einspruch erhebt und die Herstellung eines besseren wirtschaftlichen Verhältnisses wünscht, so wäre es wohl eine falsche Politik, wenn Serbien durch übertriebene, fremde Interessen störende Ansprüche die Aussicht auf ein dauernd gutes Verhältnis mit der Monarchie in Frage stellen wollte.

Österreich-Ungarn anerkennt Serbiens Wunsch, seine Unabhängigkeit in jeder Richtung gewahrt zu sehen und sich hierzu einen Verbindungsweg mit dem Meere zu sichern. Dieser Wunsch setzt aber nicht notwendigerweise eine territoriale Vergrößerung bis an die Adria voraus, welche die Schaffung eines lebensfähigen, autonomen Albaniens unmöglich machen würde. Serbien könne seinen Zweck der Sicherstellung seiner Verbindung mit dem Meere auch auf andere Weise erreichen und, wenn es glaube, in dem Besitze einer eigenen Küste seine vitalen Interessen zu erblicken, deren Befriedigung in dem Erwerb eines Hafens des Ägäischen Meeres finden. —

Ew. pp. bitte ich, sich an maßgebender Stelle in ähnlichem Sinne auszusprechen.

Kiderlen

Nr. 12372

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 752 Berlin, den 15. November 1912

Der bisherige serbische Gesandte in Konstantinopel* hat mich sua sponte aufgesucht und mir die bekannten serbischen Wünsche vorgetragen.

* Nenadowitsch.

Ich habe daraufhin sehr ernst mit Herrn Nenadowitsch gesprochen und ihm geraten, wenn der Siegesrausch verflogen, Wasser in seinen Wein zu tun.

Bitte dem Grafen Berchtold vorstehendes streng vertraulich und mit der Bitte um Geheimhaltung der hiesigen Anwesenheit von Nenadowitsch mitzuteilen.

Kiderlen

Nr. 12373

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 181 London, den 14. November 1912

Sir E. Grey, welcher mich heute nachmittag empfing, drückte mir wiederholt seine Genugtuung darüber aus, daß die Spannung der letzten Tage wesentlich nachgelassen habe und kein Grund mehr vorliege, um an ernsthaftere Verwickelungen zu glauben. Er habe dem britischen Vertreter in Belgrad** den Auftrag erteilt, bei der dortigen Regierung im Sinne der Mäßigung zu wirken und ihr vorzustellen, daß sie sich alle Sympathien der europäischen Großmächte verscherzen würde, falls sie eigensinnig auf dem einseitigen Verlangen nach einer Gebietserweiterung in der Richtung des Adriatischen Meeres verharre***. Es biete sich nach der Auffassung des britischen Kabinetts noch anderer Weg, um zur Erfüllung der berechtigten Wünsche des serbischen Volkes zu gelangen: ein gesicherter Handelsweg mit entsprechendem Hafen oder die Verbindung mit dem Ägäischen Meer. In demselben Sinne habe, wie er bestimmt wisse, das russische Kabinett auf die serbische Regierung eingewirkt†, so daß man in Belgrad nicht im Zweifel darüber sein könne, daß auf eine Unterstützung von außen nicht zu rechnen sei. Die österreichisch-ungarische Regierung habe bisher Mäßigung an den Tag gelegt, und es sei nur zu hoffen,

* Fürst von Lichnowsky, der am 16. Oktober zum Botschafter in London an Stelle des verstorbenen Freiherrn von Marschall ernannt worden war, hatte am 13. November die Geschäfte der Botschaft übernommen.

** Sir R. Paget.

*** Siehe den Wortlaut des Auftrages an den englischen Gesandten in Belgrad im Österreich-Ungarischen Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 54f.

† Das trifft zu; vgl. die Sasonowschen Telegramme nach Belgrad vom 9. und 11. November 1912. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 339f., 342. In dem Telegramm vom 11. November hieß es ausdrücklich: „Wir unsererseits haben Serbien kategorisch wissen lassen, daß es nicht darauf rechnen solle, uns mit sich fortzureißen. Auf einen Krieg mit den Mächten des Dreibundes wegen der Frage des serbischen Hafens an der Adria werden wir uns nicht einlassen." Auch Frankreich mahnte in Belgrad zur Mäßigung, dem russischen Beispiel folgend; vgl. das Telegramm Poincarés an den französischen Gesandten in Belgrad Descos vom 14. November, Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 153 und nun auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 325 s.

daß sie sich nicht werde hinreißen lassen, gegen Serbien gewaltsam vorzugehen, falls letzteres den Warnungen zum Trotz auf einer Besitzergreifung am Gestade der Adria bestehen sollte. In Belgrad wisse man auch, daß die Schaffung eines fait accompli nach dieser Richtung die spätere endgültige Feststellung der Grenzen in keiner Weise beeinflussen könne, da letztere nicht ohne Zustimmung der Großmächte erfolgen werde*. Im Prinzip seien auch alle damit einverstanden, daß Albanien als autonomer Staat aus den Wirren hervorgehen müsse.

Auf meine Bemerkung, daß wir gern bereit sein würden, den britischen Wünschen gemäß uns ihrem Schritt anzuschließen, der bezwecke, Konstantinopel vor einer Besitznahme durch die Bulgaren zu bewahren, falls britischerseits in Petersburg weiter im Sinne der Ruhe und Mäßigung in der serbischen Frage gewirkt würde, entgegnete der Minister, daß bereits Verhandlungen zwischen Türken und Bulgaren im Gange seien, wonach wohl der Krieg als beendigt zu betrachten wäre und eine Besetzung Konstantinopels nicht mehr zu befürchten sei, während andererseits das Petersburger Kabinett den Serben gegenüber sich in voller Übereinstimmung mit London befände.

Ich benutzte diesen Anlaß, um zu betonen, wie sehr wir den Ausführungen des Herrn Asquith beipflichteten, wonach es wünschenswert sei, keine der orientalischen Fragen gesondert zu behandeln, sondern ihre Erledigung in ihrer Gesamtheit abzuwarten**, daß aber das schroffe Auftreten der serbischen Regierung uns genötigt habe, zu einer einzelnen Gefahr Stellung zu nehmen, von der Österreich-Ungarn sich an einer empfindlichen Stelle getroffen fühlte. Der Minister pflichtete dieser Äußerung vollkommen bei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bis zur gemeinsamen Regelung aller orientalischen Fragenprobleme die Gemüter Zeit haben würden, sich wesentlich zu beruhigen, und daß es gelingen werde, allen Zündstoff bis dahin zu entfernen. Zum Schluß drückte er seine lebhafte Befriedigung darüber aus, daß es gelungen sei, in dieser Frage mit uns Hand in Hand zu gehen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich hierzu in Zukunft immer häufiger Gelegenheit bieten werde.

Mein französischer und italienischer Kollege, denen ich im Foreign Office begegnete, sprachen sich in ähnlichem Sinne aus und hatten ebenfalls beruhigende Nachrichten erhalten.

Lichnowsky

---

* Vgl. Nr. 12343, 12344.

** Der Asquithsche Standpunkt, der sich durchaus mit demjenigen deckte, den Sir E. Grey am 8. November gegenüber dem deutschen Geschäftsträger entwickelt hatte (vgl. Nr. 12343), war in einer beim Lord Mayors Banquet am 9. November gehaltenen Rede öffentlich kundgegeben worden. Nach dem Bericht der „Times" vom 11. November hatte Asquith unter anderem gesagt: „For the moment, and so long as a state of belligerency continues, his Majesty's Government, so far as their influence goes, would deprecate the raising and pressing of isolated questions which, if handled separately and at once, may seem likely to lead to irreconcilable divergences, but which may well assume a different and perhaps a more tractable aspect if they are reserved to be dealt with from the wider point of view of a general settlement."

Nr. 12374

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 312 St. Petersburg, den 13. November 1912
[pr. 15. November]

Bei einer längeren Unterredung über die gegenwärtige Lage, die ich vor einigen Tagen mit Herrn Sasonow hatte, bot sich Gelegenheit, mich im Sinne der mir zugegangenen hohen Weisungen über den Anspruch Serbiens auf einen Hafen am Adriatischen Meer beziehungsweise auf ein großes Stück von Albanien zu äußern und auf die durch diese Ansprüche entstehenden Gefahren hinzuweisen.

Der Minister bemerkte gleich im Anfange der Unterredung, es gelte vor allem jetzt, ruhig zu bleiben „et de ne pas s'emballer". Ich erwiderte, gerade der Umstand, daß diese Ruhe anscheinend neuerdings nicht überall bewahrt werde, flöße mir einige Besorgnisse ein. Der überaus heftige Ton, den neuerdings die russische Presse und auch einflußreiche französische Blätter gegen Österreich-Ungarn anschlügen, scheine mir nicht dazu geeignet, beruhigend zu wirken und einer versöhnlichen Behandlung der bestehenden Differenzen die Wege zu bahnen. Als der Minister hierauf in der bekannten Weise seiner Verachtung für die Presse Ausdruck gab, wies ich darauf hin, daß auch Staatsmänner und Diplomaten in verantwortlichen Stellungen eine Sprache führten, die mir bedenklich erscheine. Herr Sasonow unterbrach mich hier, indem er bemerkte, er habe schon durch den italienischen Geschäftsträger, der ihn eben verlassen habe, gehört, daß der serbische Geschäftsträger in Berlin einen Ton angeschlagen habe, den er in hohem Maße mißbillige*. Wenn der Geschäftsträger sich dabei auf Rußland berufen habe, so sei er hierzu in keiner Weise berechtigt gewesen. „Je le désavoue," rief der Minister erregt aus und fügte hinzu, er werde sofort nach Belgrad schreiben, damit der genannte Diplomat zurechtgewiesen werde**.

Ich wies nun darauf hin, daß auch der serbische Ministerpräsident Paschitsch sich zu einigen Zeitungskorrespondenten in befremdender Weise geäußert hätte. Nach diesen Äußerungen scheine sich Serbien schon nicht mehr mit einem Hafen am Adriatischen Meere begnügen zu wollen, sondern verlange auch Durazzo und ein großes Stück von Albanien. Dieses Verlangen nach einem Gebiete, in welchem ein anderer Volksstamm und nur ganz wenige Serben wohnten, stehe mit dem von den Balkanstaaten am Anfang des Krieges eingenommenen Standpunkt, nach welchem der Krieg nur der Befreiung der Stammesbrüder gelten

* Gemeint sind die Äußerungen Boghitschewitschs zu Kiderlen vom 7. November 1912; vgl. Nr. 12338.

** Vgl. auch Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 49ff.

solle, in schroffem Widerspruch und könne zu sehr ernsten Verwickelungen führen.

Herr Sasonow erwiderte, von der Besitzergreifung eines größeren Stücks von Albanien durch Serbien könne natürlich gar keine Rede sein. Nach seiner Ansicht könne es sich überhaupt nur um die Frage handeln, ob Serbien nicht einen schmalen Streifen albanischen Gebietes mit einem Hafen am Adriatischen Meere erhalten solle. Den Wunsch Serbiens, einen solchen Hafen zu erhalten, finde er berechtigt. Er halte es für eine Lebensfrage eines sich entwickelnden Staates, einen Zutritt zum Meere zu haben, und mache sich aus diesem Grunde zum Anwalt der serbischen Wünsche. Es scheine ihm vor allem jetzt notwendig, auf der Balkanhalbinsel möglichst dauernde Verhältnisse zu schaffen, die, soweit irgend tunlich, künftigen Konflikten vorbeugen. Würden Serbiens berechtigte Wünsche jetzt nicht erfüllt, so bestehe die Gefahr, daß ein Zustand eintrete, der binnen kurzem zu einer neuen, für den europäischen Frieden bedrohlichen Krisis führen könne. Den von seiten Österreich-Ungarns den serbischen Wünschen entgegengesetzten Widerstand könne er nur als eine Fortsetzung der kleinlichen, nörgelnden Politik ansehen, die das Wiener Kabinett schon seit längerer Zeit Serbien gegenüber befolge. Österreich-Ungarn könne ernstlich nicht aufrecht erhalten, daß der Erwerb eines kleinen Hafens am Adriatischen Meere durch Serbien seine vitalen Interessen wirklich schädige.

Ich erwiderte, es scheine mir, daß eine Großmacht allein darüber entscheiden könne, was ihre Interessen schädige, und daß es in hohem Maße bedenklich sein würde, über diese Interessen, die übrigens auch Interessen Italiens seien, ohne weiteres hinwegzugehen. Herr Sasonow könne im übrigen nicht umhin anzuerkennen, daß das Wiener Kabinett sich während der gegenwärtigen Krisis bis jetzt äußerst maßvoll und friedliebend gezeigt habe. Der Minister unterbrach mich hier mit den Worten: „Ich habe diese Mäßigung auch sehr anerkannt." Daß Österreich-Ungarn, fuhr ich fort, Serbien gegenüber kein Entgegenkommen zeige, sei meines Erachtens ein ungerechter Vorwurf. Man könne nicht bestreiten, daß sowohl die Äußerungen des Grafen Berchtold in den Delegationen* als auch die Sprache der österreichisch-ungarischen Presse bis jetzt eine sehr versöhnliche sei.

Diesen Ausführungen hielt Herr Sasonow entgegen, daß Serbien, besonders nach seiner Haltung im jetzigen Kriege, Anspruch darauf erworben habe, als selbständiger Staat geachtet und in seiner wirtschaftlichen Entwickelung nicht länger behindert zu werden. Serbien müsse durchaus „von der Stellung eines Vasallen Österreich-Ungarns befreit werden".

Von dem Vorschlage, daß Serbiens Wunsch, einen Ausgang zum Meere zu erhalten, durch Überlassung eines Hafens am Ägäischen Meere be-

* Vgl. Nr. 12350, S. 305, Fußnote *.

friedigt werden könnte, wollte der Minister mit Rücksicht auf den zwischen den Balkanstaaten vereinbarten Plan der Verteilung des türkischen Besitzes nichts wissen.

Dagegen zeigte er sich dem Gedanken, daß eventuell eine Verbindung Serbiens mit der See vermittels der Donau—Adria-Bahn, für deren Benutzung Serbien alle wünschenswerten Kautelen erhalten könnte, eher zugänglich*. „Vielleicht," so bemerkte Herr Sasonow, „läßt sich auf diesem Wege eine Lösung finden." Er fügte allerdings gleich hinzu: „Wenn nur die Serben sich mit dieser Lösung zufrieden geben."

Auffallend war, daß Herr Sasonow, welcher noch vor kurzem geäußert hatte, Albanien müsse Autonomie erhalten, aber unter türkischer Oberhoheit bleiben, sich für diesen Gedanken jetzt weniger begeistert zeigte. „Cela veut dire," bemerkte er, „que l'Albanie deviendrait une province autrichienne." Ich erwiderte, ich glaubte, daß dies schon mit Rücksicht auf Italien nicht wahrscheinlich sei.

Am Schlusse der Unterredung hob ich hervor, daß es jedenfalls leichter sein dürfte, ein für Österreich-Ungarn und Serbien annehmbares Kompromiß zu finden, wenn vermieden würde, die österreichisch-serbische Differenz zu einer Prestige- und Machtfrage aufzubauschen, wozu sich jetzt vielfach die Neigung zeige. Herr Sasonow stimmte dem lebhaft bei und fügte hinzu, daß es vielleicht besser sei, überhaupt jetzt über diese Frage noch nicht zu sprechen.

Obgleich ich im allgemeinen Herrn Sasonow ruhig und versöhnlich fand, fiel mir doch auf, daß er im Laufe der Unterredung wiederholt betonte, Rußland dürfe nicht wieder in eine ähnliche Lage kommen wie im Winter 1908/09. „Nur nicht wieder eine ähnliche Situation. Ein zweites Mal würde sich Rußland nicht demütigen lassen. Das wäre der Krieg!" Ich bemerkte dem Minister, der Gedanke, daß ein allgemeiner europäischer Brand entstehen könne, nur weil Serbien durchaus seinen Kopf durchsetzen und an das Adriatische Meer gelangen wolle, scheine mir so absurd, daß ich ihn überhaupt gar nicht ernstlich ins Auge zu fassen vermöchte. Eine Sprache wie die des serbischen Geschäftsträgers in Berlin, und wie sie nach meinen Informationen auch von einigen russischen Diplomaten im Auslande geführt werde, erhöhe allerdings die Gefahr, daß die Lage sich in ähnlicher Weise zuspitze wie im Winter 1908/09.

Der Gedanke, daß Rußland nicht wieder einer Situation wie bei der Annexionskrisis ausgesetzt werden dürfe, scheint, wie ich von verschiedenen gut informierten Seiten höre, von militärischen Kreisen und Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch auch neuerdings mit einigem Erfolg verwertet worden zu sein, um den Zaren in seiner noch bis vor kurzem äußerst friedlichen und versöhnlichen Stimmung gegen Österreich-Ungarn umzustimmen. Man wird vielleicht nicht fehlgehen, wenn man zwischen den Äußerungen des Herrn Sasonow und dem gegenwärtig beim Hofe wehenden Wind einen Zusammenhang

* sic!

sucht. Auch einige Zeitungsartikel in der „Rjetsch" und den „Birschewyja Wjedomosti", welche auf das Auswärtige Ministerium zurückgeführt werden, betonen neuerdings in Verbindung mit der Aufforderung an Österreich-Ungarn, Serbien Zugeständnisse zu machen, die Schlagfertigkeit der russischen Armee und die Erstarkung Rußlands seit dem Jahre 1909 in einer Weise, welche nicht dazu beiträgt, die sich mehr und mehr ereifernde hiesige öffentliche Meinung zur Ruhe zu bringen. Diese offiziösen Presseäußerungen stehen jedenfalls in auffallendem Gegensatz zu den äußerst friedlichen Artikeln, welche noch vor kurzer Zeit in der offiziösen „Rossija" erschienen.

Ich möchte hieraus keinen weiteren Schluß ziehen, als daß zeitweise die Einflüsse der panslawistischen und kriegslustigen Elemente sich stärker fühlbar gemacht haben. An einen wirklichen Umschwung in der versöhnlichen und friedlichen Politik Rußlands vermag ich vorläufig nicht zu glauben.

F. Pourtalès

Nr. 12375

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 314 St. Petersburg, den 13. November 1912
[pr. 15. November]

Von zuverlässiger Seite wird mir das mehrfach in der Presse verbreitete Gerücht bestätigt, daß die hiesige Regierung sich entschlossen habe, die regelmäßig am 31. Oktober a. St. zur Entlassung gelangenden Reservisten in diesem Jahre bis zum 31. Dezember, dem letzten gesetzlich zulässigen Termin, bei der Fahne zu behalten. Diese Maßregel muß jedenfalls als eine außergewöhnliche bezeichnet werden.

Wie ich vom italienischen Militärattaché* erfahre, befindet sich auch noch ein großer Teil der gelegentlich der jüngsten russischen Probemobilmachungen einberufenen Reservisten unter den Waffen. Nach derselben Quelle sollen außerdem in den Grenzbezirken in unauffälliger Weise weitere Einberufungen einzelner Mannschaften stattgefunden haben.

F. Pourtalès

Nr. 12376

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 315 St. Petersburg, den 13. November 1912
[pr. 15. November]

An demselben Tage, an welchem ich mit Herrn Sasonow die längere Unterredung hatte, über die ich mir erlaube Euerer Exzellenz an anderer

* Oberstleutnant Abati.

Stelle zu berichten*, hatte ich am Vormittag den italienischen Geschäftsträger gesehen und mit diesem über die in der politischen Lage hier in der vorigen Woche anscheinend eingetretene Verschärfung gesprochen. Marquis Torretta teilte mir seine Wahrnehmungen mit, die sich vollständig mit den meinigen deckten. Von dem Schritt des serbischen Geschäftsträgers in Berlin hatte der Geschäftsträger, als ich ihn besuchte, noch keine Kenntnis. Er hat das Telegramm seiner Regierung, welches ihm diesen Schritt mitteilt, erst gelesen, nachdem ich ihn verlassen hatte. Dieses Telegramm scheint nun auf ihn einen solchen Eindruck gemacht zu haben, daß er sich, ohne einen besonderen Auftrag hierzu erhalten zu haben, entschloß, den Inhalt zur Kenntnis des Herrn Sasonow zu bringen. So kam es, daß der Minister, als ich ihn am späten Nachmittag besuchte, mich auf die Äußerungen des serbischen Geschäftsträgers selbst anredete.

Der zufällige Umstand, daß der Besuch des Marquis Toretta und der meinige unmittelbar aufeinander folgten und wir uns über die infolge der Haltung Serbiens dem europäischen Frieden drohenden Gefahren zwar ohne vorherige Verabredung, aber anscheinend im gleichen Sinne geäußert haben, hat offenbar einigen Eindruck gemacht. Graf Thurn, welcher am darauffolgenden Tage den Ministerpräsidenten Kokowzow sah, konnte feststellen, daß dieser schon durch Herrn Sasonow von dessen Unter redungen mit dem italienischen Geschäftsträger und mir Kenntnis hatte. Herr Kokowzow erzählte meinem österreichisch-ungarischen Kollegen, daß am selben Morgen eine sehr ernste telegraphische Mahnung nach Belgrad abgegangen sei**. Der Ministerpräsident äußerte sich im übrigen dem Botschafter gegenüber sehr versöhnlich, er vertrat zwar den Standpunkt, daß Serbiens Streben nach einem Ausgang zum Adriatischen Meere berechtigt sei, er machte aber selbst den Vorschlag, diesen Wunsch Serbiens dadurch zu befriedigen, daß dem serbischen Ausfuhrhandel auf der Donau—Adria-Bahn Garantien gegeben würden.

Als Graf Thurn darauf bemerkte, er fürchte, daß Serbien unter Umständen gegen den Rat Rußlands den Marsch auf Durazzo fortsetzen und diesen Hafen besetzen werde, erwiderte Herr Kokowzow lachend: „Da können Sie ganz ruhig sein. Wenn wir beide einig sind, wird Serbien sich fügen." Diese Bemerkung scheint mir deswegen bemerkenswert, weil sie einigermaßen im Widerspruch zu dem von Herrn Sasonow vertretenen Standpunkt steht, daß die Serben unter Umständen sich auch mit einer von Rußland als annehmbar erklärten Lösung der Hafenfrage nicht zufrieden geben würden.

Nach dem Besuch des Ministerpräsidenten hat mein österreichisch ungarischer Kollege Herrn Sasonow besucht, den er, wenn auch etwas weniger entgegenkommend als Herrn Kokowzow, so doch ebenfalls sehr versöhnlich fand. Graf Thurn hat überhaupt den Eindruck, als ob man

* Vgl. Nr. 12374.

** Siehe das Telegramm Sasonows an den russischen Gesandten von Hartwig in Belgrad vom 9. November 1912, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 577 f.

hier in den letzten Tagen etwas einlenken und jedenfalls den Bogen nicht zu straff anspannen wollte.

Von einer Seite, die direkte Informationen aus dem hiesigen Ministerium des Äußern haben will, wird mir erzählt, Herr Sasonow hätte dem hiesigen serbischen Gesandten* in diesen Tagen bedeutet, daß Rußland sich mit dem serbischen Standpunkt bezüglich eines Hafens am Adriatischen Meere nicht identifiziere und jedenfalls nicht wünsche, wegen dieser Frage mit einer anderen Großmacht in ernste Meinungsverschiedenheiten zu geraten. Serbien könne daher nur auf eine freundschaftliche diplomatische Unterstützung seiner Wünsche, soweit sie auf einen Ausgang für seinen Handel zum Meere gerichtet seien, durch Rußland rechnen.

F. Pourtalès

Nr. 12377

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 374 Wien, den 13. November 1912
Ganz vertraulich [pr. 15. November]

Wie mir Graf Berchtold mitteilt, hat Graf Thurn aus Petersburg gemeldet, Nachrichten, die ihm aus dem dortigen Ministerium zugingen, ließen darauf schließen, daß die russische Regierung nicht gesonnen sei, die serbischen Wünsche bezüglich eines Hafens an der Adria bis zum äußersten zu vertreten.

Der Minister bemerkte dazu, Rußland scheine auch diesmal wieder sein gewohntes Spiel zu treiben. Diplomatisch und mit Worten unterstütze es zwar die Serben und lasse auch seinen Gesandten in Belgrad ruhig weiter schüren. Werde es dann aber Ernst, und verlange man von Rußland eine klare Stellungnahme, so „zerflattere" die russische Hilfe in nichts, und Serbien bleibe allein übrig.

Das Rezept, das England jetzt der Monarchie für seine Politik anpreise, alles gehen zu lassen und sich auf eine künftige Konferenz zu vertrösten, gedenke er jedenfalls nicht anzuwenden. Wenn man erst vor faits accomplis stehe, sei eine Geltendmachung auch der berechtigten Wünsche schwierig und undankbar, und man könnte der österreichischen Politik dann mit Recht zurufen: Ja, warum habt ihr das nicht früher gesagt**. Zudem würde er darin eine gefährliche Irreführung der öffentlichen Meinung in Österreich sowohl wie in anderen Ländern sehen, wenn Österreich nicht schon jetzt klar und deutlich seine Forderungen bekannt gäbe.

---

* Popowitsch.

** Vgl. dazu Graf Berchtolds Telegramm an Botschafter Graf Mensdorff-London. Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 53f.

Über die Modalitäten der Gestaltung des zukünftigen ökonomischen Verhältnisses mit den beiden Nachbarn Montenegro und Serbien werde jetzt im Schoße der Regierungen von Cis und Trans eifrig gearbeitet. Mit Montenegro gedenke er das handelspolitische Verhältnis besonders eng zu knüpfen, weil dieser Staat als Durchzugsland für die Monarchie von besonderer Wichtigkeit sei.

Der Minister kam auch heute wieder auf den Gedanken zurück, ob es nicht möglich sein könnte, Albanien in irgendeiner Form an Rumänien anzugliedern. Er denke etwa an ein Protektorat. Für den König Karl wäre dies eine Erhöhung seines Prestiges, und Rumänien als reiches Land würde am ehesten in der Lage sein, das arme Albanien finanziell zu befruchten und zu entwickeln.

Ich habe mit Graf Berchtold ausgemacht, daß ich, falls nicht ein Auftrag mich eher nach Pest rufen sollte, am nächsten Montag wieder auf einige Tage dorthin kommen würde. Der Minister dankte mir in warmen Worten für meine Bereitwilligkeit, ihn in Pest aufzusuchen, wo er bis Ende nächster Woche zu bleiben gedenke.

von Tschirschky

Nr. 12378

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 521
Geheim

Konstantinopel, den 14. November 1912
[eingetroffen am 15. November]

Bulgarien hat sich bereit erklärt, mit Türkei zu verhandeln.

Angeregt wurde die direkte Auseinandersetzung durch englischen Botschafter. Kiamil Pascha war anfangs dagegen, wurde aber im Ministerrat überstimmt. England will, wie aus Äußerungen Lowthers hervorgeht, um jeden Preis Einmarsch der Bulgaren verhindern[1]. Kiamil Pascha äußerte sich heute dahin, es bestände Hoffnung, das Wilajet Adrianopel[2] für die Türkei zu retten[3].

Wangenheim

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Arbeitet also mit Rußland unter einer Decke!
[2] !!
[3] um so mehr muß Bulgare wissen, daß wir nichts dagegen haben

Nr. 12379

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Moschen, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 10

Moschen, den 15. November 1912

Aus dem mir vorgelegten Privatbriefe Wangenheims an Ew. Ex[ellenz]* ersehe ich: 1.) Er sagt „Wir wissen nicht was die Cabinete

* Siehe Nr. 12364.

untereinander verhandeln." Daraus scheint hervorzugehen, daß mein Botschafter der nöthigen Orientirung mangelt! Dieselbe ist ihm umgehend telegraphisch zu senden.

2.) sagt er: „Strempel u[nd] ich bemühen uns den Türken Muth einzuflössen und sie zu veranlassen unter allen Umständen die Chataldschalinie zu halten." Das ist ein ganz und gar ungehöriges Benehmen. Er tritt aus der von mir vorgeschriebenen strengen Neutralität heraus und compromittirt mich und meine Regierung den Bulgaren gegenüber. Denn wenn diese viel Leute liegen lassen beim Kampf um die Linien, und die Einwirkung meiner Botschaft wird bekannt, werden die Bulg[arischen] Verluste uns aufs Conto geschrieben, wegen moralischer Unterstützung der Türken. Er und Strempel haben sich jeden Eingreifens auch rathend, auf milit[ärischen] u[nd] Pol[itischem] Gebiete zu enthalten. Die Türkei in Europa ist zu Ende, sie muß hinaus, und je weniger sie Schwierigkeiten macht um so besser. Daher muß Chataldja fallen! Um aber Stambul vo[r] Cholera und Plünderung der zurück fluthenden Armee nach dem Fall von Chataldja zu bewahren, wäre es zweckmäßig dem Gouverneur vorzuschlagen die zurückgehende Armee nicht durch Stambul durch, sondern um Stambul herum zu führen nach dem Strande, dort Schiffe liegen zu haben und die Leute gleich aufs Asiatische Ufer hinüberzufahren.

Wilhelm I. R.

Nr. 12380

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim**

Telegramm. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 279 Berlin, den 17. November 1912

Seine Majestät der Kaiser hat aus den Meldungen Euerer Exzellenz und des Majors von Strempel den Eindruck gewonnen, daß Sie bemüht sind, die gesunkene moralische Widerstandskraft der Türken zu heben und auf eine energische Verteidigung der letzten Konstantinopel deckenden Stellungen hinzuwirken. Allerhöchstdieselben erblicken darin ein Heraustreten aus der gebotenen Reserve und wünschen, daß künftighin alles vermieden wird, was als eine Verletzung der von Seiner Majestät angeordneten strengen Neutralität gedeutet werden könnte und geeignet wäre, ungünstige Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zu Bulgarien auszuüben.

Kiderlen

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

Nr. 12381

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 388

Paris, den 13. November 1912
[pr. 16. November]

Bei dem heutigen Diplomatenempfang fand ich Herrn Poincaré in der Beurteilung der aus den serbischen Ansprüchen entstandenen Lage erheblich ruhiger als vor wenigen Tagen. Er habe zwar keine amtlichen Nachrichten, sagte er, daß eine Lösung der Schwierigkeiten im Werke sei, doch deuteten bestimmte Anzeichen darauf hin. Erfreulich sei jedenfalls, daß das Wiener Kabinett nichts zu überstürzen und die Frage mit kaltem Blut und in entgegenkommendem Sinne zu behandeln scheine. Auch bei den anderen Kabinetten, insbesondere auch dem St. Petersburger, walte ersichtlich eine durchaus nüchterne Auffassung und der ernste Wille vor, der Gefahr einer Friedensstörung vorzubeugen*. Überaus wohltuend hätten die bedächtigen Äußerungen des englischen Premiers Asquith** gewirkt. Neben diesen erfreulichen Erscheinungen könnten die Entgleisungen, die sich in diesen Tagen einzelne politische Persönlichkeiten wie der Ministerpräsident Paschitsch und der russische Gesandte Hartwig in Belgrad sowie der hiesige serbische Gesandte Wesnitsch in Interviews geleistet haben, zwar bedauert aber nicht tragisch genommen werden. Er habe übrigens in den Grenzen der Möglichkeit dazu beigetragen, daß jenen vorlauten Politikern von befreundeter Seite bedeutet wird, daß sie die Friedensarbeit der Großmächte erschweren, wenn sie Öl ins Feuer der öffentlichen Erörterungen gießen.

Der Ministerpräsident will eine sich ihm noch heute bietende Gelegenheit benutzen, um sich in ähnlicher Weise wie Mr. Asquith auszusprechen***.

---

* Dabei war gerade am 12. November in Paris eine russische Note — siehe deren Text im Französischen Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques I, 151 s. — überreicht worden, die unter Hinweis darauf „que dans la question de l'accès de la Serbie à l'Adriatique, l'Autriche a pris une décision d'autant plus ferme qu'elle a obtenu la promesse de l'appui de ses alliés" anfragte, welche Stellung Frankreich und England in dem Falle einnehmen würden „où on ne réussirait pas à prévenir" une intervention active de l'Autriche." Vgl. auch Nr. 12351, S. 387, Fußnote *. Bei Poincaré, Au Service de la France II, 336 ss. wird die bisher unbekannte Antwort Poincarés vom 16. November mitgeteilt, die Rußland nachdrücklich darauf hinwies, daß „le gouvernement de la République ne saurait définir sa ligne de conduite, avant que le gouvernement impérial lui ait révélé ses vues propres." Immerhin schloß das Schreiben Poincarés mit dem Satze: Le Gouvernement de la République n'a en attendant rien dit, ni rien laissé supposer qui puisse impliquer, de sa part, une défaillance de concours."

** Vgl. Nr. 12373, S. 332, Fußnote **.

*** Tatsächlich hielt Poincaré am 13. November bei einem Festessen des Handels- und Industrieverbandes eine beruhigende Rede. In einem Bericht Freiherrn von Schoens vom 14. November (Nr. 389) heißt es darüber: „Der Ministerpräsident hat diesmal nur gewissermaßen im Vorübergehen von Bündnis und Entente gesprochen, hat versichert,

Auch mein russischer Kollege Iswolsky hat sich wesentlich abgekühlt. Er kann zwar noch immer nicht gewisse Erinnerungen verwinden[1] und kommt fast in jeder politischen Unterhaltung mit mir auf die Annexionskrisis, auf Aehrenthal und unsere „blinkende Wehr" zurück, aber er sieht nicht mehr wie kürzlich mit roten Augen in die jetzige Lage, erkennt die ruhige Behandlung der serbischen Frage durch das Wiener Kabinett an und versichert, daß nicht nur seine Regierung, sondern auch er persönlich[2] es sich angelegen sein lasse, mäßigend auf die Serben einzuwirken. In der Tat hat mir Herr Wesnitsch gestanden, daß er neuerdings von Herrn Poincaré sowohl wie von Herrn Iswolsky etwas „kühl" behandelt worden sei.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Rußland als solches auch nicht
[2] !?

Nr. 12382

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 448 Rom, den 13. November 1912
[pr. 16. November]

Marquis San Giuliano hat sich mit lobenswerter Entschlossenheit in Berlin dem österreichischen Standpunkt betreffend die Unzuträglichkeit eines Vordringens Serbiens zur Adria angeschlossen. Herr Giolitti hat sich durch Herrn Bollati von der Gefahr, die die serbischen Aspirationen auch für Italien haben würden, überzeugen lassen und hat die Stellungnahme des Ministers des Äußern gebilligt. Ich zweifle nicht, daß auch Seine Majestät der König mit voller Überzeugung seine Zustimmung dazu gegeben hat. Seine Majestät hat einen klareren politischen Blick als die meisten seiner Untertanen und ist ein zu pflichtgemäß und kühl denkender Kopf, um sich durch eventuelle verwandtschaftliche Zuneigung zu den Höfen von Belgrad und Cetinje beeinflussen zu lassen. Einige weiterschauende hiesige Politiker erkennen ebenfalls das Interesse, das Italien daran hat, das weitere Vordringen des Slawentums an die benachbarte Meeresküste zu verhindern.

Aber die große Masse des italienischen Volkes und selbst die Mehrzahl der hiesigen Politiker oder derer, die sich dafür halten, ist nicht imstande, diesem Gedanken zu folgen. Von alters her durch die Furcht vor einem allzugroßen Machtanwachs Österreichs hypnotisiert, suchen die

daß ihm bei dem Desinteressementsvorschlag jeder Gedanke an eine Gruppenteilung der Mächte ferngelegen, hat die nicht glückliche Wahl des Ausdrucks halbwegs zugegeben, in ähnlicher Weise wie Mr. Asquith an ruhige Besonnenheit appelliert und schließlich unumwunden erklärt, es wäre eine unfaßbare Ungeheuerlichkeit, wenn die heutige Lage zu einem europäischen Kriege führen sollte." Vgl. R. Poincaré, Au Service de la France II, 328 ss.

meisten Italiener das Problem der Adria nur darin, daß die Donaumonarchie nicht in den Besitz von Valona und Durazzo gelangt. Ob dies oder jenes Balkanvolk sich dort festsetzt, erscheint ihnen ziemlich irrelevant. Daß Rußland in seiner Rolle als Protektor des Slawentums dahinter stehen und seine Einflußsphäre bis in eine für Italien bedenkliche Nähe erweitern könnte, ist für die hiesigen Durchschnittsköpfe ein zu weitläufiger Gedanke. Das Viscontische Abkommen über Albanien hatte für sie nur die Bedeutung eines Riegels gegen das Vordringen Österreichs. Ist letzteres verhindert, so hat das Abkommen seinen Zweck erfüllt. Die zeitweise hier scheinbar so lebhafte Begeisterung für die „tapfere albanische Nation" ist zu einer ziemlich platonischen Sympathie zusammengeschrumpft, für die man jedenfalls nicht seine Knochen zu Markte tragen möchte.

Diese Stimmung spiegelt sich im großen und ganzen auch in der hiesigen Presse wieder. Serbien in seinem Vordringen zur Adria aufzuhalten, wird lediglich als ein österreichisches Interesse dargestellt. Selbst die „Tribuna" hat trotz einer Unterredung des Ministers mit dem Chefredakteur sich nur zu einem ziemlich flauen Artikel bewegen lassen, in dem die Berechtigung Albaniens auf Selbständigkeit verteidigt wird. Der Mailänder „Corriere della Sera" will zwar auch „Albanien den Albanesen" lassen, kann aber nicht einsehen, welche Gefahr für Italien darin bestehen sollte, wenn nördlich vom Drin noch ein anderes slawisches Volk zum Meere vordränge. Wäre denn etwa Montenegro nicht slawisch? Das Interesse Italiens im Balkan besteht nach dem Blatte darin, daß Österreich seine Machtsphäre dort nicht erweitert. Ein Zollverein Österreichs mit Serbien und Montenegro aber würde diese Länder dem österreichischen Einfluß unterwerfen und sei daher für Italien unzulässig. Die Turiner „Gazzetta del Popolo" erklärt, Italien müsse seinen Dreibundsverpflichtungen treu nachkommen. Sie führt aber weiter aus, daß Italien die Allianz nicht erneuern könne*, ehe die Balkanfrage nicht gelöst sei und die neue Situation sich nicht übersehen lasse. Denn die Bildung der Balkanliga und ihre eventuelle Orientierung nach der Tripelentente könne eine wesentliche Verschiebung des bisherigen Gleichgewichts mit sich bringen. Für die Florenzer „Nazione" hat der Dreibund einen großen Teil seines Wertes verloren, wenn, wie sie glaubt, sich morgen die „illyrische Konföderation" bildet. An anderer Stelle will das Blatt dann allerdings von dem Erscheinen eines „neuen Elements" wie Serbiens an der Adria nichts wissen und tritt dafür ein, daß Albanien den Albanesen gehören müsse. Dagegen erklärt der römische radikale „Messaggero" ganz offen, die Sympathien für Albanien seien recht schön, sie dürften aber Italien nie so weit treiben, sich für die Vertretung österreichischer Interessen zu opfern. Der sozialistische „Avanti" ist derselben Ansicht und sagt, daß die Aspirationen der Balkanvölker immer noch besser als diejenigen Österreichs mit den Interessen Italiens vereinbar wären.

---

* Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL.

Mein österreichischer Kollege ist sehr befriedigt über die Stellungnahme der hiesigen Regierung. Diese Befriedigung aber läßt ihn, wie mir scheint, die Haltung der öffentlichen Meinung etwas übersehen; er gibt sich nicht genügend Rechenschaft davon, daß es der Regierung kaum möglich sein würde, das Land dazu zu bewegen, sich für eine Frage, der es so kühl oder sogar ablehnend gegenübersteht, voll und ganz einzusetzen. Ich will nicht daran zweifeln, daß Marquis San Giuliano in ehrlicher Absicht gehandelt hat, als er den österreichischen Standpunkt hinsichtlich Albaniens auch zu dem seinigen machte, und daß er es sich angelegen sein lassen will, ihn „diplomatisch" zu verteidigen. Ob die Regierung aber bei einer Verschärfung der Krise gewillt und imstande sein würde, in der Vertretung dieses Standpunktes bis zum äußersten zu gehen, will mir noch als fraglich erscheinen.

Jagow

Nr. 12383

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 13. November 1912
[pr. 16. November]

Bei der Unterredung, die ich vorigen Sonnabend mit Sasonow hatte, tat dieser einige Äußerungen, die ich zu Ihrer Kenntnis bringen zu müssen glaube. Als ich mein Bedauern darüber aussprach, daß in dem europäischen Konzert, welches beim Beginn des Balkankrieges so schön zusammengeklungen hätte, neuerdings wieder einige Mißtöne zu vernehmen wären, und daß man neuerdings, wie mir scheine, wieder mehr wie nötig von der Trennung Europas in zwei verschiedene Lager spreche, bemerkte der Minister, wenn neuerdings von französischer Seite wieder mehr als vor einigen Wochen die Allianz mit Rußland und die entente cordiale betont würde, so liege das daran, daß in Berlin der Versuch gemacht worden sei, mit Frankreich und England hinter dem Rücken von Rußland über Balkanangelegenheiten zu verhandeln. Auf eine Bemerkung von Cambon: „Il faudra pourtant consulter la Russie," hätten Sie erwidert: „Informer, mais pas consulter"*. Die von Frankreich neuerdings eingenommene Haltung und auch einige Sätze in der Rede Poincarés ins Nantes** seien

* Vgl. Nr. 12302, Fußnote und Nr. 12389.

** In seiner am 27. Oktober zu Nantes gehaltenen Rede hatte Poincaré gelegentlich der Erwähnung des unter den Mächten stattgehabten Gedankenaustausches zur Balkanfrage betont, daß ein solcher Gedankenaustausch weder heute noch morgen die Wirkung haben dürfe, die wesentlichen Linien unserer auswärtigen Politik zu verändern. „Frankreich sei der Flatterhaftigkeit und der Untreue unfähig. Wir bleiben eng geknüpft an Rußland, unseren Verbündeten, und an England, unseren Freund; wir bleiben an sie durch vielverflochtene und unzerstörbare Bande des Gefühls, des Interesses und der politischen Ehrlichkeit geknüpft." Vgl. dazu R. Poincaré, Au Service de la France II, 278 ss.

vielleicht auf diesen Versuch, Rußland beiseite zu schieben, die Antwort gewesen. Ich weiß nicht, worauf die Anspielung Sasonows, die übrigens in vertraulicher, freundschaftlicher Form erfolgte, hinzielte. So viel scheint mir aber sicher, daß es sich um einen Vorgang handelt, bei welchem Cambon keine sehr schöne Rolle gespielt hat. Ich hielt es daher für nötig, Sie über die Äußerungen Sasonows zu informieren.

Hier war man in der vorigen Woche etwas nervös, und ich habe die deutliche Empfindung gehabt, daß die slawophilen kriegslustigen Elemente während einiger Tage etwas Oberwasser zu bekommen anfingen. In den letzten Tagen hat sich das Bild wieder geändert. Ich glaube, man hat es doch etwas mit der Angst bekommen, daß die Lage sich in gefährlicher Weise zuspitzen könnte. Bezeichnend ist ein heute erschienener, wie ich vermute, von Kokowzow herrührender Beruhigungsartikel der „Rossija", den ich mit heutigem Kurier einreiche. Solche Schwankungen sind für die hiesige Situation sehr charakteristisch. Sie beweisen, daß gegen die versöhnliche und friedliche Politik der Regierung stark gearbeitet wird. Die bei dieser Arbeit Beteiligten sind auch im Ministerium des Äußern zu suchen. Über die Haltung von Iswolsky und Hartwig sind Sie ja unterrichtet. pp.*

F. Pourtalès

Nr. 12384

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Belgrad, den 16. November 1912

Infolge der neuerdings abgegebenen Erklärungen des russischen Gesandten, der Mäßigung und Zurückhaltung empfahl und davor warnte, auf die unbedingte Unterstützung Rußlands bei allen Forderungen, insbesondere der des Adriahafens, zu rechnen**, herrscht hier eine geradezu verzweifelte Stimmung. Herr Jowanowitsch*** erklärte meinem österreichischen Kollegen, die Regierung sei gegenüber der Militärpartei ohnmächtig, man nötige Herrn Paschitsch zur Abdankung und liefere den König der Militärpartei aus. Was daraus entstehe, dafür könne niemand gutstehen.

Wenn auch nach dem, was hier an Chauvinismus in den letzten Tagen auch von Mitgliedern der Regierung geleistet wurde, die Enttäuschung leichter verständlich ist, so scheinen mir trotzdem die Äußerungen Jowanowitsch gegenüber Herrn von Ugron zunächst ein Bluff, um Österreich-Ungarn entgegenkommender zu machen.

Griesinger

* Der Schluß des Briefes ist rein privater Natur.
** Vgl. Nr. 12373, S. 331, Fußnote †.
*** Generalsekretär im Ministerium des Äußern.

Nr. 12385

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1083 London, den 15. November 1912
[pr. 17. November]

Sir A. Nicolson bemerkte bei einer gelegentlichen Konversation, die Haltung Österreichs in der gegenwärtigen Krise verdiene größte Anerkennung. Wien habe gegenüber serbischen Provokationen in bewundernswerter Weise würdevolle Ruhe bewahrt. Die Serben hätten sich durch ihren lärmenden Größenwahn alle Sympathien entfremdet. Ihre arrogante Sprache werde jedoch von den Großmächten am besten als komische Leistung angesehen[1]. Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Donnerwetter
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 12386

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 London, den 18. November 1912

Mein russischer Kollege sagte mir heute, die russische ....* nach Belgrad sei noch viel schärfer ausgefallen als die der hiesigen Regierung. Im Ausland werde aber der Einfluß Rußlands in Serbien sehr überschätzt, und namentlich jetzt nach den Erfolgen ihrer Waffen hätten die Serben erklärt, sich von jeglicher Vormundschaft befreien zu wollen, sowohl von der russischen als auch der österreichischen. Es sei daher schwer berechenbar, was sie in dem bestehenden Streitfall mit Österreich beschließen würden. Glücklicherweise seien die Beziehungen zwischen Sasonow und Graf Berchtold, wie ersterer dem Grafen Benckendorff hier versichert hat, ausgezeichnet und vertrauensvoll, was für die friedliche Beilegung aller streitigen Fragen sehr ins Gewicht fiele.

Wenn noch Verhältnisse herrschten wie zur Zeit Aehrenthal-Iswolsky, so würde die Lage viel bedenklicher sein. Wenn Österreich sich der Besetzung des Sandschak widersetzt hätte, so würde die Petersburger Regierung dem Drang der öffentlichen Meinung kaum haben Widerstand leisten können. Wegen Albaniens aber, das nach übereinstimmender Meinung aller Großmächte selbständig werden solle, werde niemand Krieg führen wollen. Auch die hiesige Regierung wolle absolut keinen Krieg und habe die österreichischen Wünsche in Belgrad unterstützt, weil sie wußte, daß eine andere Haltung die Kriegsgefahr nicht unwesentlich hätte verschärfen können.

* Zifferngruppe fehlt.

Schließlich meinte noch Graf Benckendorff, daß der gewöhnlich gut unterrichtete bulgarische Gesandte* sich dahin geäußert, daß seine Regierung zwar Konstantinopel nicht behalten und nicht einmal einnehmen wolle, da sie der Ansicht sei, daß Bulgarien es ....** „verdauen" könne, bezw. die Folgen einer Besetzung, Blutvergießen, kirchliche (schismatische) Schwierigkeiten usw. fürchte, daß aber das siegreiche Heer, ...** es nicht bald gelänge, zwischen Türkei und Bulgarien ein direktes Einvernehmen herzustellen, ein ganz unberechenbarer Faktor sei und unter Umständen der bulgarischen Regierung seinen Willen aufnötigen würde.

Lichnowsky

Nr. 12387

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 276 St. Petersburg, den 17. November 1912
[pr. den 18. November]

Herr Sasonow, welcher noch vor kurzem Neutralisierung der Donau—Adria-Bahn und eines Hafens am Adriatischen Meer (San Giovanni di Medua) als „vielleicht mögliche Lösung" österreichisch-serbischen Konflikts bezeichnete, erklärte gestern, er habe Überzeugung gewonnen, daß Serbien auf diese Lösung nicht eingehen, vielmehr unter allen Umständen auf Besitz genannten Hafens und schmalen Landstreifens zur Verbindung mit demselben bestehen werde. Minister glaubt aber, es werde von Serbien zu erreichen sein, daß dies sich verpflichte, den Hafen nicht zu befestigen und keine Kriegsschiffe dort zu halten, auch auf weitere Häfen sowie auf größeres Stück von Albanien zu verzichten. Herr Sasonow behauptete übrigens, daß der von Serbien beanspruchte Landstreifen großenteils von Serben bewohnt werde. Eine Lösung auf vorstehender Basis hält er daher für billig und hofft, daß auch wir im Interesse der allgemeinen Beruhigung für angängig halten würden, unserem Verbündeten diese Lösung zu empfehlen***. Ich habe dem Minister, welcher mich bat, in diesem Sinne zu berichten, versprochen, seine Äußerungen zu übermitteln, aber dabei ausdrücklich betont, ich wüßte nicht, wie meine Regierung sich zu seinem Wunsch stellen werde, da es immerhin, wie er selbst zugeben müsse, heikel sei, auf einen Verbündeten in einer Angelegenheit, in welcher wichtige Interessen für ihn auf dem Spiele stehen, einwirken zu wollen.

* Madjarow.
** Zifferngruppe fehlt.
*** Vgl. dazu Sasonows Telegramm an Graf Benckendorff vom 17. November. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 347.

Ich fand Herrn Sasonow gestern eher pessimistisch. Er fürchtet vor allem, daß Österreich-Ungarn beim Erscheinen der Serben an der adriatischen Küste dieselben mit Gewalt werde vertreiben wollen, und bemerkt: „Wenn das eintritt und Österreich-Ungarn auf diese Weise der Verbündete der Türkei im Kampf gegen einen slawisch-orthodoxen Staat wird, dann stehe ich bei Stimmung hiesiger öffentlicher Meinung für nichts."

Pourtalès

Nr. 12388

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 199 Berlin, den 18. November 1912

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 276*.

Mit Euerer Exzellenz Antwort bin ich vollständig einverstanden. Euere pp. wollen bei Gelegenheit noch hinzufügen, daß Österreich-Ungarn sich gegenüber serbischen Provokationen große Mäßigung auferlegt hat und daher unseres Erachtens ein vorzeitiges Eingreifen gegen serbische kriegerische Operationen nicht zu erwarten sei. Wegen endgültiger Reglung der albanischen Frage müßten wir österreichische und italienische Entscheidungen bei allgemeiner Liquidation abwarten, was ja auch von England und Frankreich empfohlen sei. Wir könnten auf unsere Verbündeten keinen Druck ausüben bezüglich dessen, was sie als ihre vitalen Interessen ansehen, und insbesondere uns nicht danach richten, was Serbien verlange, das keinerlei Ansprüche auf Albanien aus einem gegen die Türkei zur Befreiung seiner Konnationalen geführten Kriege erheben könne.

Euer pp. wollen Herrn Sasonow ferner sagen, die angeblich von österreichisch-ungarischem Vertreter in Sofia geführte Sprache sei uns unbekannt**; ob Sie dabei auf Hartwigsche Entgleisungen hinweisen wollen, stelle ich anheim. Euer pp. wollen aber bemerken, wir seien an der Frage, ob die Bulgaren in Konstantinopel einziehen wollten, unbeteiligt. In der Presse sei behauptet worden, Rußland widersetze sich dem, was aber offiziös dementiert worden sei. Uns sei ein russischer Wunsch in dieser Beziehung, den wir hätten unterstützen können, nicht zugegangen.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 12387.

** Nach Telegramm Nr. 274 vom 17. November hatte Sasonow über das Verhalten des österreich-ungarischen Gesandten in Sofia Klage geführt, der die Bulgaren zum Einmarsch in Konstantinopel anzutreiben suche.

Nr. 12389

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Privatbrief. Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Berlin, den 18. November 1912

Haben Sie besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 13*.

Ihre Mitteilungen über die Anspielungen Sasonows bestätigen meine Vermutung, daß Cambon hinsichtlich der Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg die Rolle des shakespeareschen Jago übernommen hat und leider mit Erfolg bemüht gewesen ist, Mißtrauen zwischen Sasonow und mir zu säen. Ich möchte Sie daher bitten, dem Minister bei erster Gelegenheit nachstehendes in freundschaftlichster Form zu sagen:

Cambon hat vom ersten Anbruch der jetzigen Balkankrise an dauernd einen eingehenden Meinungsaustausch mit mir gesucht, in den ich mich aus Gründen der allgemeinen Politik und im Interesse des europäischen Friedens stets bereitwilligst eingelassen habe. Auf eine der zahlreichen Poincaréschen Anregungen, mit uns in direkte Fühlung zu treten, habe ich sodann Cambon gelegentlich gesagt, es müsse wohl mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Status quo sich nicht absolut würde aufrecht erhalten lassen. Wir könnten vielleicht über die „changements admissibles au statu quo qui sera maintenu" vertraulich sprechen, eventuell auch mit England, da wir ja alle gleichmäßig daran interessiert wären, daß die Türkei nicht ganz zugrunde ginge und in Anarchie zerfiele**. In der privatim und durchaus zwanglos geführten Unterhaltung kamen wir überein, „unsere Freunde" entsprechend zu verständigen. Dabei setzte ich spontan hinzu: „N'est-ce-pas, vous informerez aussi la Russie?" Ende vorigen Monats kam Cambon auf dies Gespräch zurück mit dem Bemerken, daß die französische Regierung es für gut hielte, „de ne pas seulement prévenir mais consulter la Russie", dem ich zustimmte, ohne der Nuancierung eine besondere Bedeutung beizulegen, da ich von vornherein das Hauptgewicht darauf legte, daß Frankreich die Orientierung und Heranziehung der russischen Regierung, wir diejenige Österreichs übernehmen sollten. Erst später zu meiner Kenntnis gebrachte Anzeichen ließen mich vermuten, daß meine Äußerung Rußland gegenüber als ein Versuch seiner Beiseiteschiebung mißbraucht worden war. Auf meine diesbezügliche Vorhaltung erwiderte Cambon, in Paris müsse ein Mißverständnis vorliegen.

Dies der Tatbestand. Ich wäre dankbar, wenn Sie bei Verwertung vorstehender Mitteilungen als meinen besonderen Wunsch hervorheben wollten, mit Herrn Sasonow die vertrauensvollsten Beziehungen aufrecht

---

* Siehe Nr. 12383.

** Vgl. dazu Nr. 12302.

zu erhalten. Er wird mich stets zu einer offenen Aussprache über alle uns interessierenden Fragen bereit finden, und ich möchte gerade in einer solchen die sicherste Gewähr für die Vermeidung und Zerstreuung von „Mißverständnissen", wie der besprochenen, erblicken. — Die jüngste stärkere Betonung der Mächtegruppierung besonders in einer Frage, deren friedliche und sachliche Lösung gerade durch eine Einmütigkeit der Mächte gefördert und erreicht werden könnte, hätte auch ich mit lebhaftem Bedauern konstatiert; sie wäre durch die Verkündung des letzten Poincaréschen Mediationsvorschlags als der von Frankreich, Rußland und England gewünschten Formel des „désintéressement absolu" mit einer sichtlichen Spitze gegen Österreich-Ungarn hervorgerufen worden, und ich würde mich aufrichtig freuen, wenn die Großmächte wieder geschlossen an die Lösung der bevorstehenden Frage herantreten wollten.

Letzten Nachrichten zufolge scheint Hartwig seine propagandistische und antiösterreichische Tätigkeit etwas vorsichtiger auszuüben.

Kiderlen

Kapitel CCLXV

Der Serbisch-Österreichische Konflikt und die Gefahr eines Russisch-Österreichischen Konflikts

November bis Dezember 1912

Nr. 12390

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Wien, den — November 1912
Ganz vertraulich [eingetroffen am 18. November]

Graf Berchtold hat keine guten Nachrichten aus Serbien. Eine offizielle Antwort der serbischen Regierung auf die Schritte des Herrn Ugron ist bisher noch nicht eingetroffen. Aus einem Gespräch, das österreichischer Gesandter mit Sektionschef Jowanowitsch, dem zukünftigen serbischen Gesandten, hier gehabt hat, geht aber hervor, daß die Serben auf ihrem intransigenten Standpunkt verharren und den Kopf höher tragen als je. Dazu kommt die maßlos freche Sprache der serbischen Presse und das unqualifizierbare Verhalten der Serben gegenüber dem österreichisch-ungarischen Konsul in Prisren*.

Herr von Jowanowitsch hat Herrn von Ugron unter anderem noch gesagt, Herrn von Paschitsch und dem König seien die Hände gebunden, da die Kriegspartei das Heft in Händen habe. Würde Paschitsch nachgeben wollen, so würde er sofort abtreten müssen, und das neue Ministerium würde aus dieser Kriegspartei genommen werden**.

Griechenland hat sich, wie Graf Berchtold mir in Übereinstimmung mit der Meldung unseres Gesandten in Athen sagte, ganz auf seiten der Serben gestellt.

---

* Kurz vor dem 18. November 1912 hatte sich in Wien das Gerücht verbreitet, daß die Serben nach ihrem Einzug in Prisren den dortigen österreichischen Konsul Dr. Prochaska mißhandelt hätten. Das Gerücht fand dadurch Nahrung, daß die serbischen Militärbehörden keinerlei Telegramme von und nach Prisren durchließen, und daß auch einem k. u. k. Beamten, der zur Aufhellung des Schicksals des Konsuls nach Prisren entsandt wurde, Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Erst nach längerer Zeit stellte sich heraus, daß dem Konsul Prochaska kein Leid widerfahren war; zunächst aber war durch den Fall Prochaska die Stimmung in Wien gefährlich erregt worden. Auf den engen Zusammenhang zwischen der Affäre Prochaska, ihrer Resonanz in Wien und der Anordnung militärischer Maßregeln weist auch General von Auffenberg in seinem Erinnerungsbuche „Aus Österreichs Höhe und Niedergang", S. 210 f. hin. Vgl. noch Th. von Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1868, II, 292f., 296; H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus III, 224f.

** Vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12384.

Italien ist, wie mir der Minister weiter sagte, wie immer unzuverlässig. Der italienische Gesandte in Belgrad* habe zwar offiziell sich im gleichen Sinne wie sein österreichisch-ungarischer Kollege Herrn von Paschitsch gegenüber ausgesprochen, nach Erfüllung seines amtlichen Auftrags aber den serbischen Minister der Freundschaft Italiens versichert. Die italienische Presse fange auch an, gegen Österreich-Ungarn zu schreiben, und er habe selbst den Eindruck, als ob auch auf Marquis di San Giuliano nicht unbedingt Verlaß wäre. Allerdings glaube und hoffe er, daß, wenn es zum Äußersten kommen sollte, man wenigstens Neutralität von Italien werde erwarten können.

Es frage sich nun, welche Haltung Österreich-Ungarn gegenüber dem unnachgiebigen Standpunkt Serbiens beobachten solle. Der englische Vorschlag, alles gehen zu lassen bis zu einer dortseitig gewünschten Konferenz, halte er nach wie vor für gefährlich. Für eine direkte Pression auf Serbien habe er momentan keine genügende Handhabe, um so weniger, als Sektionschef Jowanowitsch den Wunsch ausgesprochen habe, nochmals mit Herrn von Ugron sprechen zu können. Er wisse nicht recht, wie er die Sache anfassen solle. Von eminenter Wichtigkeit sei natürlich die Stellung Rußlands. Es sei ihm gewiß nicht sympathisch, den Weg nach Belgrad über Petersburg zu nehmen, aber es frage sich, ob es angehe, Rußland ganz zu übergehen, und ob es doch nicht angezeigt wäre, sich vorher Klarheit über Rußlands Absichten zu verschaffen.

Er habe den Gedanken dem Erzherzog-Thronfolger heut früh unterbreitet, ob es sich nicht empfehlen würde, einen Vertrauensmann an Kaiser Nikolaus zu entsenden, der die Aufgabe haben würde, nicht etwa Rußland um Einwirkung auf Serbien zu bitten, aber dem Zaren die Sachlage klar auseinanderzusetzen und an seine Friedensliebe zu appellieren. Es komme ihm besonders darauf an, in Petersburg den Eindruck nicht aufkommen zu lassen, als wolle Österreich das kleine Serbien überfallen, um das schuldlose Opfer zu vergewaltigen. Der Erzherzog habe diesen Vorschlag gutgeheißen. Der Minister war sich über die Nützlichkeit dieses Schrittes selbst noch nicht klar und fragte mich um meine Meinung. Ich habe mich selbstverständlich jeden Ratschlusses enthalten, glaube aber, daß er eine Äußerung des Berliner Kabinetts darüber, wie man dort eine solche Mission nach Petersburg beurteilen würde, gern hören würde**.

Der Minister äußerte zum Schluß, er mache sich über den Ernst der Lage keine Illusionen, aber auch der Erzherzog sei der Ansicht gewesen, daß man sich von den Serben nicht alles gefallen lassen könne, und daß insbesondere die Frage des serbischen Hafens am Adriatischen Meer für Österreich von vitalem Interesse sei.

„Unter einer Bedingung allerdings," fuhr der Minister fort, „würde ich die ganze Hafenfrage fallen lassen, wenn wir Valona bekommen

* N. Squitti.

** Vgl. auch Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 217f.

könnten*. Das würde unsere Stellung an der Adria so stärken, daß wir den Serben ruhig den Hafen gönnen könnten. Allerdings glaube ich, daß dieser Wunsch nicht erfüllbar ist, schon mit Rücksicht auf Italien."

Tschirschky

Nr. 12391

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky***

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 142 Berlin, den 18. November 1912

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 125***.

Wir können und wollen österreichische Entschließungen nicht beeinflussen. Gedanke einer Entsendung besonderen Vertrauensmanns an Zaren scheint mir aber ernste Gefahren in sich zu bergen: zunächst Unwahrscheinlichkeit, von schwachem Zaren eine präzise Antwort zu erhalten, die sichere Grundlage für weiteres Vorgehen bildet, sodann Möglichkeit Scheiterns der Demarche, was Lage bedenklich verschärfen würde, und schließlich Auslegung der Demarche als einer Art Zurückweichens vor Rußland.

Meines Erachtens wäre es nützlich, wenn Wiener Kabinett in Belgrad zugleich mit Italien ruhig und bündig erklären würde, daß jetziges serbisches Vorgehen keinerlei Definitivum schaffen könne, bei dem Mächte nach Maßgabe ihrer Interessen mitsprechen würden. Diese ausdrückliche Voraussetzung habe Österreich-Ungarn erlaubt, bisher dem serbischen Vorgehen ruhig zuzusehen†.

Es wäre gut, wenn Österreich die Konzessionen, die es an Serbien für möglich hält, möglichst eingehend präzisierte und den Mächten mitteilte, daß bei den Verhandlungen, die bei Friedensschluß zu erwarten sind, eine feste Basis vorliegt.

Wir denken uns nach dem, was wir bisher aus Wien erfahren, als Basis einer Verständigung mit Serbien Gewährung einer sicheren Schienenverbindung, die von albanesischer Territorialhoheit in gewissen Grenzen

---

* Zu einem ähnlichen Standpunkte bekannte sich sogar General von Conrad in seiner Denkschrift vom 16. November. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit II, 338. Kriegsminister Auffenberg wäre auch ohne Valona für einen serbischen Hafen am Adriatischen Meer zu haben gewesen; siehe seine Tagebuchaufzeichnung zum 6. November, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 213f. Gegen die serbischen Wünsche war nach Auffenbergs Angaben (a. a. O., S. 215) vor allem der Erzherzog-Thronfolger.

** Mit Ausnahme des ersten Absatzes wurde das Telegramm durch Telegramm Nr. 194 vom 18. November nach Rom mit der Weisung gegeben, sich in diesem Sinne gegenüber der italienischen Regierung zu äußern. Vgl. dazu Nr. 12401.

*** Siehe Nr. 12390.

† Über die Aufnahme dieser auch in Rom vorgebrachten Anregung durch Graf Berchtold vgl. Nr. 12403, 12419.

unabhängig zu einem dem serbischen Export garantierten Adriahafen ohne serbischen eigentlichen Territorialerwerb führt, gesicherter Transit für Serbien auf bosnischen Bahnen und gesicherter Transit für Österreich nach Saloniki sowohl auf serbischen Bahnen als auf eventuell zu erbauender Sandschakbahn.

Die von österreichisch-ungarischer Regierung immer wieder ohne nähere Präzisierung aufgeworfene Frage von „Handelsprivilegien" in Serbien beginnt in Italien und auch bei den übrigen Mächten Mißstimmung zu erzeugen* und würde auch unsere Zustimmung im Interesse unseres Handels nicht finden können, selbst wenn Serbien zustimmte. Es wäre gut, wenn sich Österreich auch hierüber ohne Verzug klar und deutlich aussprechen würde.

Nur wenn die von Österreich genau präzisierten Konzessionen und Forderungen vor den eigentlichen Verhandlungen den Mächten vorliegen und von ihnen als berechtigt anerkannt sind, scheint mir Aussicht auf ein Nachgeben Serbiens, zum allermindesten auf dessen Isolierung vorhanden.

Sprechen Sie in diesem Sinn mit Graf Berchtold und melden Sie seine Auffassung.

Kiderlen

Nr. 12392

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 — Wien, den 17. November 1912
Ganz geheim — [aufgegeben am 18. November]

Graf Berchtold sagt mir, es seien neuerdings Nachrichten über russische Truppenverschiebungen nach der österreichischen und deutschen Grenze hierher gelangt, die man hier nicht länger ignorieren könne**. Er habe heute früh mit dem Erzherzog-Thronfolger die Lage eingehend besprochen, und es sei beschlossen worden, die an der Grenze befindlichen österreichischen Truppen in Galizien wenigstens insoweit zu verstärken, daß die bis-

* Daß Italien von irgendeinem wirtschaftlichen Privileg Österreich-Ungarns in Serbien nichts wissen wollte, hat Tittoni am 18. November gegenüber Iswolsky bestätigt. Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow vom 18. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve II, 348.

** Dabei wußte man in Petersburg genau, daß auf österreichischer Seite keine irgend ins Gewicht fallenden militärischen Maßregeln voraufgegangen waren. Gerade am 18. November meldete der französische Botschafter in Petersburg Louis Äußerungen Sasonows, die das klarstellen: „M. Sazonoff m'a dit qu'il ne croyait pas à un danger imminent. Suivant lui on exagère à Belgrade les préparatifs de l'Autriche. Il ne pense pas qu'elle cherche une rupture."

herigen unternormalen Stände wenigstens ausgefüllt würden. Die militärischen Maßregeln würden aber erst in Angriff genommen werden nach Schluß der Delegationssession, würden auch dann so lange als irgend möglich geheim gehalten werden.

Tschirschky

Nr. 12393

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 73 Wien, den 18. November 1912

Geheim

Infolge beunruhigender Nachrichten über außergewöhnliche russische Maßnahmen an der galizischen Grenze — über die ich in meinem Bericht Nr. 72/12* bereits gemeldet habe, — hat sich die k. und k. Heeresleitung veranlaßt gesehen, die allerhöchste Sanktion zu erbitten für die Anordnung entsprechender Gegenvorsichtsmaßnahmen in Galizien. Man will mit dem Erlaß der bezüglichen Befehle noch warten bis nach dem Abschluß der Delegationstagungen in Budapest, um zu vermeiden, daß unnötig viel darüber geredet werde. Voraussichtlich am nächsten Donnerstag, den 21. November dürften alsdann die entsprechenden Verfügungen getroffen werden, die jetzt bereits in der Mobilisierungsabteilung des Kriegsministeriums in Vorbereitung sind. Es wird sich um die Verstärkung der Truppenteile in Galizien, also des I., X. und XI. Korps, handeln auf Grund der Bestimmungen des § 43, Ziffer 2 des neuen Wehrgesetzes: „Wenn besondere Verhältnisse es erfordern, kann die Mannschaft des ersten Jahrgangs der Reserve des gemeinsamen Heeres (Kriegsmarine) und der drei jüngsten Assentjahrgänge der Ersatzreserve nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Mai 1888 auch im Frieden zur ausnahmsweisen aktiven Dienstleistung beigezogen werden."

Im Evidenzbureau, wo man mir soeben diese Mitteilung machte, höre ich, daß die heute eingelaufenen Nachrichten aus Rußland die vorhergegangenen Agentenmeldungen etwas mildern. Das Evidenzbureau steht in regem Nachrichtenaustausch mit Sektion III B des Großen Generalstabes. Es ist gewiß von Wert, wenn die vielleicht etwas zu sehr durch die Brillen polnischer Agenten gesehenen Nachrichten von unserer Nachrichtensektion überprüft werden. Bisher hatte der Kaiser Vorschläge des Generalstabschefs, zum Beispiel zur verschärften Bewachung von Bahnobjekten in Galizien, gegen die man Attentate besorgte, stets abgelehnt.

Im Kriegsministerium sah man heute nur finstere Gesichter. Man kann die verhaltene Wut der Offiziere nur gut begreifen gegenüber dem

* Siehe Kap. CCLIV, Nr. 12370.

provozierenden Verhalten Serbiens in der Frage des k. und k. Konsuls in Prisren*. Der Generalstabschef dürfte morgen ans allerhöchste Hoflager nach Budapest fahren, wie ich annehme, um dem Kaiser einen Vorschlag zu unterbreiten betreffend besondere Maßnahmen an der serbischen Grenze**. Alle Offiziere beseelt heute die Stimmung, daß es mit dem Prestige einer Großmacht unvereinbar sei, länger sich diese Provokationen gefallen zu lassen, denn es komme leicht der Moment, wenn er nicht schon überschritten sei, wo Langmut im Ausland als Schwäche gedeutet werde. Entweder solle man von Serbien unter Waffenbedrohung eine klare Antwort fordern; zögere das Königreich, so müsse man einen Teil von Serbien als Faustpfand besetzen, bis man zufriedenstellende Garantien erhalten habe. Oder aber, wenn man weiter untätig zuschaue, dann müsse man sich zu einer Macht zweiter Ordnung bekennen und nach dem Beispiel der Schweiz seinen Besitzstand garantieren lassen.

Zum Vortrag bei Seiner Majestät hat das Evidenzbureau eine Karte gezeichnet über die derzeitige Verteilung der serbischen Streitkräfte. Danach stehen heute im Königreich selbst nur 15000 Mann dritter Ordnung, Landsturm rund 55000 Mann und etwa 25000 unbewaffnete Rekruten. Bis die vier getrennten serbischen Armeegruppen von Adrianopel, Saloniki, Monastir und Albanien ihren ordnungsmäßigen Aufmarsch im Heimatland vollendet haben, könnte die österreichische Strafexpedition schon Erfolg gehabt haben. Man rechnet im k. und k. Generalstab auch damit, daß die gegen Serbien eingesetzten Korps alsdann als zweite Staffeln nach Galizien geführt werden können.

(gez.) Graf Kageneck

Nr. 12394

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Nr. 17546
Geheim

Berlin, den .. November 1912***
[pr. 19. November]

Euerer Exzellenz beehre ich mich in Ergänzung meines Schreibens vom 12. d. Mts. Nr. 17201IV† folgendes sehr ergebenst mitzuteilen:

* Vgl. Nr. 12390, Fußnote*.
** Über die Beratung vom 19. November bei Kaiser Franz Joseph vgl. Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 218.
*** Das Tagesdatum ist versehentlich nicht ausgefüllt.
† Siehe Kap. CCLXIV, Nr. 12360.

1. Es ist jetzt sicher, daß der ausgediente Jahrgang in Rußland nicht im November entlassen, sondern bis zu dem gesetzlich zulässigen spätesten Entlassungstermin — 31. Dezember 1912 (13. Januar 1913 neuen Stils) — zurückbehalten wird. Das bedeutet eine Erhöhung der Friedensstärke der russischen Armee um rund 400000 Mann. Die Infanterieregimenter der Grenzkorps sind jetzt nach der Einstellung der Rekruten 3400 Mann stark.

2. In österreichischen militärischen Kreisen herrscht eine gewisse Beunruhigung infolge von Nachrichten über bevorstehende Truppentransporte nach dem linken Weichselufer und über fortdauernde Maßnahmen zur Erhöhung der Kriegsbereitschaft in Russisch-Polen.

In der Tat hat die Kriegsbereitschaft Rußlands durch die Zurückhaltung des ausgedienten Jahrganges sowie durch die Vorbereitungen, um den glatten und schnellen Verlauf einer Mobilmachung sicherzustellen, auf die ich in meinem Schreiben vom 12. d. Mts. hingewiesen habe, einen solchen Stand erreicht, daß weitere Maßnahmen, wie zum Beispiel Probemobilmachungen, starke Truppenverschiebungen nach der Grenze oder Reservisteneinziehungen als der Beginn einer Mobilmachung gedeutet werden müßten. v. Moltke

Nr. 12395

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 19. November 1912

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich alleruntertänigst zu melden, daß der k. und k. österreichisch-ungarische Botschafter mir heute im Auftrage des Grafen Berchtold mitgeteilt hat, daß die Nachrichten, welche fortgesetzt über russische Truppenverstärkungen an der galizischen Grenze eingingen, die österreichisch-ungarische Regierung zwingen, die ohnedies sehr schwachen Truppenbestände gegenüber der russischen Grenze zu verstärken. Die Maßnahmen sollten unter möglichster Vermeidung von Aufsehen ergriffen werden[1].

Da mich Graf Szögyényi im Auftrage des Grafen Berchtold um meine Ansicht befragte, habe ich erwidert, daß es sich lediglich um eine österreichisch-ungarische Angelegenheit handle. Soweit ich die Sache übersehen könne, schiene es sich in Rußland zunächst hauptsächlich um Maßregeln gegen einen etwaigen polnischen Aufstand zu handeln. Eine Garantie könnte ich dafür natürlich nicht übernehmen. Kiderlen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Sie werden den massenhaften Russ[ischen] Spionen sofort bekannt werden, es wird Frage und Antwortspiel der Diplomatie einsetzen, Gegenmaßregeln von drüben,

piquirte Anfragen von hüben und drüben, und dann ein Vorfall an der Bosn[isch]-Serbischen Grenze, der Krach ist da und mit ihm casus foederis! — Grey wußte mehr über Russland, als er Lichnowsky ausweichende, aber besorgte Redensarten über die Weltlage machte*, als wir, und wahrscheinlich auch mehr über Frankreichs heimliche Vorbereitungen, als wir! Er hat Angst, von den Beiden in einen Krieg hineingerissen zu werden, dem er nicht steuern kann, und bei dem er nicht auf unsere Seite treten will. Caveant Consules! Wir müßen Forderungen im Reichstag für bessere Ausbildung unserer 100000 Mann unausgebildeter Ersatzreserve machen! Höchste Zeit! Wilhelm I. R.

Nr. 12396

Der Gesandte in Sofia von Below-Saleske an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 Sofia, den 19. November 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 92**.

Der Ministerpräsident hat uns durch den italienischen Gesandten*** als Doyen nochmals den Dank der bulgarischen Regierung für das Mediationsanerbieten der Mächte aussprechen und uns erwidern lassen, daß er von demselben keinen Gebrauch machen könne, da sich die Pforte inzwischen direkt an die Alliierten gewandt habe behufs Erlangung Waffenstillstands und Friedens.

Herr Geschow bemerkte hierzu, daß der Großwesir in Beantwortung seiner diesbezüglichen Anfrage dahin verständigt worden sei, daß man seinen Vorschlag einer Besprechung zwischen dem Oberkommandierenden der türkischen Armee und einem bulgarischen Bevollmächtigten annehme. Als Bedingung für Abschluß des Waffenstillstands wird von Bulgarien Adrianopel und die Tschataldjalinie, von Montenegro Skutari, von Griechenland Janina, von Serbien Durazzo und Dibra gefordert.

Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß ein Einmarsch in Konstantinopel nicht stattfinden werde. Below

Nr. 12397

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 143

Geheim Berlin, den 19. November 1912

Mit Bezug auf Privatbrief†. Bitte Fürst Fürstenberg sofort dringend ersuchen, bei seinen Standesgenossen energisch gegen Gedanken einer

* Vgl. Nr. 12399.

** Vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12365, Fußnote.

*** Graf von Bosdari.

† Nach einem Privatbriefe von Tschirschkys an Kiderlen vom 17. November 1912

Lockrung unsrer Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu protestieren. Wir stehen fest auf dem Boden des Bündnisses, und in Baltischport ist nichts gesprochen worden, was wir nicht Österreich-Ungarn mitteilen könnten. Wir haben uns im Gegenteil in letzter Zeit energisch und mit Erfolg bemüht, auch Italien wieder näher an den Bund heranzuziehen. Wir sind nicht arbiter darüber, was Österreich-Ungarn bezüglich Albaniens für seine vitalen Interessen, was als mögliche Konzessionen ansieht; wir haben aber das, was uns Österreich-Ungarn als seine notwendigen Forderungen bezeichnet hat, nachdrücklich diplomatisch unterstützt und werden dies weiter tun; bei weiteren Ereignissen würden wir keinen Moment vor Erfüllung unserer Bündnispflichten zurückweichen. Wir haben allein den Wunsch ausgesprochen, daß Österreich-Ungarn tunlichst so verfährt, daß es bei ernsteren Ereignissen offenkundig im Rechte ist und nicht als der Provozierende, sondern als der Provozierte erscheint*. Wenn daraus Zweifel an unserer Bundestreue entstanden sein sollten, so können wir nur an Intrigen von feindlicher Seite glauben, die zwischen uns Zwietracht säen wollen, weil sie unsere Kooperation fürchten. Wir glauben aber bestimmt erwarten zu dürfen, daß solche Ausstreuungen in einsichtigen österreichisch-ungarischen Kreisen nicht auf günstigen Boden fallen, im eigenen Interesse der österreichischen Monarchie. Davor sollte uns auch die Geschichte unseres Verhaltens in den letzten Jahren bewahren.

Kiderlen

---

hätte er von Fürst Fürstenberg erfahren, daß in Kreisen des österreichischen Hochadels die Auffassung vertreten werde, als ob das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Deutschland nicht mehr das alte sei und man sich nicht mehr wie zur Zeit der Annexionskrise 1908/09 rückhaltslos auf den deutschen Bundesgenossen verlassen könne. Es war dem Fürsten Fürstenberg während der Tagung der Delegationen „von autoritativer Seite" versichert worden, daß seit Baltischport eine Abschwächung des Bundesverhältnisses eingetreten sei. Fürst Fürstenberg war von seinen Standesgenossen ersucht worden, bei seinen guten Beziehungen zu Berlin doch zu versuchen, die Sache aufzuklären und womöglich dahin zu wirken, daß von uns aus irgendwie offenkundig dokumentiert werde, daß Deutschland nach wie vor an der Seite der Monarchie stehe."

* Umgekehrt zeigt sich auf russischer Seite das Streben, dem serbisch-österreichischen Konflikt eine solche Wendung zu geben, daß nicht Serbien, das in Wahrheit sogar nach der Auffassung Sir A. Nicolsons der provozierende Teil war (vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12385), sondern Österreich als der Provozierende erscheine. Gerade im Hinblick auf die in London vorwaltende richtige Erkenntnis der Sachlage telegraphierte Graf Benckendorff am 18. November an Sasonow: „In Anbetracht der schweren Folgen, die die jetzige Lage nach sich ziehen kann, ist der wichtigste, vielleicht der entscheidende Punkt, was England anbelangt, der, daß ... alles vermieden wird, was als eine serbische Provokation ausgelegt werden könnte, und daß unsere Unterstützung nur unter dieser Bedingung erfolgt; auf diese Weise würden wir die Verantwortlichkeit für eine aggressive Politik ausschließlich auf Österreich zurückfallen lassen." Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre ed. B. v. Siebert, S. 585.

Nr. 12398

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 830 Berlin, den 20. November 1912

Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, hat Rußland in Belgrad energisch zur Mäßigung geraten*. Wir haben indes gleichzeitig Grund zu der Annahme, daß die Unterstützung der serbischen Ansprüche auf einen Hafen an der Adria, deren sich die russische Regierung nach außen hin befleißigt, nicht viel mehr bezweckt, als den Schein zu wahren und der traditionellen Rolle als Beschützer der Balkanstaaten treu zu bleiben. Hiernach liegt die Annahme nicht fern, daß es Rußland ebensowenig erwünscht ist, Konstantinopel in den Händen der Bulgaren, wie einen Kriegshafen im Adriatischen Meer in serbischen Händen zu wissen und damit die Aussicht auf Verwirklichung etwaiger eigener Aspirationen auf diese beiden wertvollen Stützpunkte für seine militärische Machtstellung im Mittelmeer herabzumindern.

Wenn trotzdem, wie ich zu wissen glaube, und zwar auf Anstiften von Frankreich, von russischer Seite der Versuch gemacht wird, Italien in der Adriafrage für den serbischen Standpunkt zu gewinnen, so ergibt sich hiernach ohne weiteres, daß diese Bemühungen lediglich den Zweck verfolgen, in das Einvernehmen Italiens mit seinen beiden Bundesgenossen einen Riß zu bringen**.

Ew. pp. beehre ich mich zu ersuchen, unter Verwertung des Vorstehenden Marquis San Giuliano eindringlich davor zu warnen, daß er den russischen Einflüsterungen Gehör schenkt.

Kiderlen

---

* Das war allerdings am 9. und 11. November geschehen; vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12373, Fußnote †, seither aber, so viel man sieht, nicht wieder. Im Gegenteil hatte Sasonow unter dem Drängen der russischen öffentlichen Meinung sich dazu verstanden, mehr und mehr für die serbischen Ansprüche einzutreten. Vgl. das Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 20. November: „Tittoni hat Poincaré gesagt, Sie hätten dem italienischen Geschäftsträger erklärt, daß Sie in Anbetracht der Erregung der öffentlichen Meinung Rußlands genötigt seien, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern und die serbische Forderung nach einem territorialen Zugang zum Adriatischen Meer zu unterstützen" (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 350). Sasonow wollte allerdings nicht Wort haben, daß er seine Stellung zum österreichisch-serbischen Streit gewechselt habe. Telegramm an Graf Benckendorff, 25. November; daselbst S. 358.

** Vgl. dazu Kap. CCLXIV, Nr. 12327, S. 281, Fußnote. Daß Poincaré versucht hat, in das Einvernehmen Italiens mit seinen beiden Bundesgenossen einen Riß zu bringen, wird bestätigt durch ein Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 20. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914, ed. Fr. Stieve, II, 349), wonach Poincaré aufs lebhafteste die von Tittoni geäußerte Ansicht bekämpft hätte, daß Italien durch sein Abkommen mit Österreich-Ungarn über Albanien gebunden sei, bei einem wegen der Unverletzlichkeit Albaniens geführten Kriege Österreich mit den Waffen zu unterstützen.

Nr. 12399

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 186 London, den 19. November 1912

Bei Gelegenheit der gestrigen Audienz, die mir in Windsor gewährt wurde, um mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, hatte ich nach dem darauf folgenden Mahle eine längere Unterredung mit Sir E. Grey. Er schien weniger zuversichtlich hinsichtlich der auswärtigen Lage als bei meiner ersten Besprechung*, die Behandlung der beiden österreichischen Konsuln durch die Serben** hatte auf ihn einen unangenehmen Eindruck gemacht, und er schien weitere Schwierigkeiten zu befürchten. Er meinte, Österreich-Ungarn sei vollkommen berechtigt, dafür Genugtuung zu verlangen.

Er fürchtet aber, daß, falls es zu einem österreichisch-serbischen Zusammenstoß kommen sollte, die öffentliche Meinung in Rußland die dortige Regierung, die sich bisher durchaus einwandfrei benommen und einen überaus scharfen Wasserstrahl nach Belgrad gerichtet habe, mit sich fortreißen werde. Sir E. Grey verneinte, in dieser Richtung ungünstige Nachrichten aus den beteiligten Hauptstädten erhalten zu haben, war aber sichtlich bekümmert über die Unsicherheit der Lage. Es schien ihm vor allem daran zu liegen, einen Ausweg zu finden, der beiden Parteien annehmbar wäre, und als solchen nannte er mit einer gewissen Überzeugung die Überlassung eines ganz schmalen Streifens längs der montenegrinischen Grenze bis an die Adria an die Serben.

Ich entgegnete hierauf, daß diese Lösung mir bedenklich erschiene, da es kaum anzunehmen sei, daß die österreichische Regierung nach der entschlossenen Haltung, die sie bisher in der Frage des serbischen Adriahafens eingenommen, darauf eingehen werde, und daß sie einen Rückzug wohl auch schwer ohne Preisgabe ihres politischen Ansehens bewerkstelligen könne. Die irredentistische Bewegung in den südlichen slawischen

Poincaré wollte seinerseits das französisch-italienische Abkommen vom Jahre 1902 dahin auslegen, daß Frankreich das Recht habe, auf die Neutralität Italiens nicht nur in dem Falle eines deutschen Angriffs, sondern auf jeden Fall zählen zu können. Tatsächlich gelang es Poincaré, der bei dieser Gelegenheit den Austausch genauer Informationen zwischen Rußland und Frankreich über die Verträge beider Mächte mit Italien anregte und erlangte (vgl. dazu Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 108f.), Tittoni dahin zu bringen, daß er seine Erklärungen über Italiens Bündnisverpflichtungen gegen Österreich-Ungarn einschränkte. Vgl. die Telegramme Iswolskys an Sasonow vom 20. und 25. November, sowie die Briefe vom 20. und 21. November. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 349ff. und nun auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 341 s.

* Vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12373.

** Es handelt sich um den Fall des Konsuls in Prisren Dr. Prochaska (vgl. dazu Nr. 12390, Fußnote) und um den Fall des Konsuls in Mitrowitza von Tahy, der von den serbischen Militärbehörden gefangen gesetzt war.

Provinzen der Monarchie sei viel zu beachtenswert, als daß letztere es wünschen könne, von Serbien vollkommen umklammert zu werden. Auch bestünden in jenen Gebirgsgegenden technische Hindernisse, die es unwahrscheinlich machten, daß es sich für Serbien um wirtschaftliche Interessen handele bei seinem Wunsch, zur Adria zu gelangen.

Der Minister gab dies zu, meinte aber wiederholt, daß er nicht die Abtretung ganz Nordalbaniens, wie es Serbien ursprünglich verlangte, sondern nur einen schmalen Streifen im Auge habe. Wenn Montenegro am Meer sei, so könne doch Österreich auch Serbien hinlassen.

Ich suchte ihm, so gut ich konnte, diesen Gedanken auszureden unter Hinweis auf die Tatsache, daß nicht nur die beiden anderen Genossen des Dreibunds die Doppelmonarchie in ihrer ablehnenden Haltung unterstützten, sondern auch bisher die britische Regierung und das Petersburger Kabinett den Standpunkt des Grafen Berchtold vollauf gewürdigt hätten.

Ich hatte bei dieser Unterredung wieder den Eindruck, daß man hier vor allem bemüht ist, größeren europäischen Verwickelungen vorzubeugen, und daß dieser Gesichtspunkt alle anderen Interessen bei der Frage der endgültigen Lösung des Balkanproblems zurückdrängt. Es ist der britischen Regierung im Grunde ziemlich gleichgültig, wie die Teilung der türkischen Beute ausfällt, wenn nur dabei kein europäischer Krieg entsteht, der Großbritannien zwingt, Stellung zum Streit zu nehmen[1]. Auch wünscht man den Frieden oder wenigstens den Waffenstillstand möglichst bald geschlossen zu sehen und ist daher auch nicht einmal besonders erfreut über den jüngsten türkischen Erfolg bei Tschataldja*, da man hiervon eine Erstarkung des türkischen Selbstvertrauens und eine Erlahmung des Willens zur Ruhe auf ottomanischer Seite befürchtet.

Sir E. Grey versprach mir schließlich, darauf hinzuwirken, daß die entstandenen Streitigkeiten möglichst dilatorisch behandelt werden, da sie dadurch erfahrungsgemäß an Schärfe verlieren, und darauf hinzuwirken, daß alle Fragen möglichst zusammen und nicht vereinzelt behandelt werden.

Für morgen nachmittag hat mich der Minister zu sich gebeten. Es sollen dabei auch Kolonialfragen zur Erörterung kommen.

Lichnowsky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Bei der sie nicht gern auf unsere Seite treten wollen, wegen 3pel-Alliance, und doch auch nicht gern gegen uns auftreten möchten! Sie möchten ferner zwischen den beiden Alliancen friedlich weiterschaukeln, aber nicht mit uns eine Entente schließen. Einmal müssen sie es doch!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Grey hat noch immer „the Balance of Power" im Kopf, die seiner Ansicht nach durch Entente mit uns gestört wird.

---

* Vom 17. bis 22. November griffen die Bulgaren die Tschataldjalinie an, wurden aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Nr. 12400

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Konzept von der Hand des Kommissarischen Hilfsarbeiters von Bergen

Nr. 241 Berlin, den 21. November 1912

Herr Take Jonescu* hat seinen Besorgnissen um die Rückwirkungen der gegenwärtigen Balkankrise auf die künftige Gestaltung der auswärtigen Politik und der inneren Lage Rumäniens mir gegenüber privatbrieflich gleichen Ausdruck gegeben wie in seinem mir mit dem gefälligen Bericht Nr. 131 vom 15. d. Mts. mitgeteilten Gespräch mit Herrn Schlawe**. Ich habe Herrn Take Jonescu darauf erwidert und bitte Euer Hochwohlgeboren, sich auch zu Herrn Majorescu dahin zu äußern, daß wir Rumänien bereits wiederholt unsere volle Bereitwilligkeit zur Unterstützung der berechtigten Wünsche zu erkennen gegeben sowie Sitz und Stimme in einer etwaigen Konferenz zugesagt hätten. Der besonders von der Presse erörterte Konferenzgedanke habe aber noch keine greifbare Gestalt erhalten und sei auch bis jetzt noch nicht Gegenstand eines Gedankenaustausches zwischen den Großmächten gewesen. Bezüglich der an sich zweckmäßigen direkten Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien wegen der auf eine Grenzregulierung gerichteten rumänischen Wünsche könnte ich — wie ich dies auch Herrn Beldiman gegenüber betont habe — bei der augenblicklichen Lage um so weniger einen Rat erteilen, als ich keinen Einfluß auf die Verhandlungen zwischen Dritten hätte. Ich hätte aber Herrn Beldiman darauf hingewiesen, daß eine vertrauliche inoffizielle Fühlungnahme mit Sofia nicht schaden könne.

Euer Hochwohlgeboren stelle ich ergebenst anheim, gelegentlich als eine ganz persönliche Betrachtung auszusprechen, die von Rußland und Frankreich immer erneut aufdringlich angebotene Unterstützung bekannter und unbekannter rumänischer Wünsche scheine auf nicht ganz uneigennützige Nebenabsichten hinzudeuten. Ein gewisses Mißtrauen diesem Angebot gegenüber wäre demnach gerechtfertigt.

Kiderlen

---

* Minister des Inneren im Kabinett Majorescu.

** Nach dem von dem Präsidenten der deutschen evangelischen Gemeinde in Bukarest Schlawe aufgezeichneten Gespräch mit Take Jonescu hatte dieser ausgeführt, daß eine Nichtgewährung von Kompensationen an Rumänien eine radikale Änderung in dessen auswärtiger Politik zur Folge haben müsse.

Nr. 12401

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 176 Rom, den 20. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 194*.

Minister des Äußern glaubt, daß Demarche in Belgrad dortige Erregung erhöhen, daher eher schädlich wirken würde und zurzeit besser unterbliebe, zumal Österreich und Italien schon in wiederholten Erklärungen ihre Vorbehalte betreffend Aktion Serbiens in Belgrad gemacht hätten.

Jagow

Nr. 12402

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 382 Wien, den 18. November 1912
[pr. 20. November]

Ein über die hiesigen Stimmungen wohlinformierter österreichischer Journalist faßte mir gegenüber heute die Auffassung der Wiener politisch-journalistischen Kreise im nichtslawischen Lager in die Worte zusammen: „Wir taumeln in den Krieg hinein[1]. Wenn wir bewußt diesen Weg gingen in der gesunden Absicht, unsere Großmachtstellung zu wahren und die südslawische Frage in die Hand zu nehmen und so zu regeln, wie es uns paßt, so würde gewiß der größte Teil der Bevölkerung der Monarchie der Regierung willig folgen. Man hat aber das Gefühl, daß aus Schwäche Schritt für Schritt nachgegeben wird, und das zeitigt ein Gefühl der Unsicherheit und tiefer Niedergeschlagenheit.“ Diese Darstellung der hiesigen Stimmungen ist richtig, wenigstens für die Kreise, von denen ich oben sprach, und die immerhin zurzeit noch im Staate das schwerste Gewicht haben, weil sie die Mehrzahl der österreichischen Beamten und Militärs umfassen. Im Generalstab wurde dem Militärattaché von einem der leitenden Offiziere gesagt: „Wir schämen uns. Und wenn wir uns nicht aufraffen, so müssen wir die Konsequenzen ziehen und als Großmacht abdizieren.“** Ganz die gleiche Äußerung wurde heute einem deutschen Journalisten gegenüber im Preßbureau des Auswärtigen Amts gemacht: „Wir fangen an, uns zu schämen.“ Man ist sich in diesen Kreisen, ebenso wie auch im gesamten Feudaladel über den Ernst des Augenblicks sowie

* Vgl. Nr. 12391, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 12393.

über die Tragweite der Ereignisse am Balkan für die Zukunft der Monarchie vollkommen klar. Mit Staunen und mit Beklemmung sieht man das plötzliche Anschwellen der slawischen Welle, und auf allen Lippen schwebt die bange Frage, was soll aus Österreich werden? Die Deutschen sind niedergeschlagen. Einer ihrer Führer im Herrenhause — ein durch und durch kaisertreuer Mann — sagte mir dieser Tage: Es ist das Ende der Deutschen in Österreich[2]. Sie werden in der Monarchie allen Einfluß verlieren, und ich frage mich, ob sie nicht gezwungen sein werden, sich anderweitig anzuschließen. Es wäre ihnen das nicht zu verdenken. Die Früchte der Saat, die seit der Ära Taaffe von fast allen Regierungen ausgestreut wurde, beginnen zu reifen.

Von allen Seiten höre ich die Frage ventilieren, ob es möglich sein wird — falls nicht die Monarchie sich den serbischen Aspirationen und Prätensionen gegenüber zu sehr energischen Maßnahmen aufrafft —, die sieben Millionen Südslawen dauernd im Verbande der Monarchie zu halten. Ein neues Lombardo-Venetien sei dem Reiche im Südosten entstanden, eine Irredenta, die unabweislich dem neuen, großen, selbständigen serbischen Staat über der Grenze zufallen müsse*. Dieser Prozeß bedeute aber noch mehr als die bloße Lostrennung der slawischen Länder des Südens bis hinauf nach der Steiermark aus dem Verbande der Monarchie. Triest, das schon jetzt ganz unter slawischem Einfluß stehe, ginge damit verloren, und die wichtigste große mitteleuropäische Linie, auf der die Stärke des germanischen Einflusses im Zentrum Europas beruhe, die Linie Hamburg-Triest, würde damit zerstört werden. Daher die sehnsüchtigen Blicke, die von hier aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung nach Berlin hin gesandt werden. Wird Deutschland uns helfen und diese vitalen Interessen der Monarchie, die auch die seinigen sind, schützen und vertreten wollen?[3]

Diese wenig tröstlichen Betrachtungen, die hier über die Wirkungen der jüngsten Ereignisse am Balkan in bezug auf die allgemeine politische

* Vgl. dazu den Bericht des belgischen Gesandten in Wien Graf Errembault de Dudzeele vom 22. November 1912, der die schwere Gefahr der von Serbien und von Rußland genährten slawischen Irredenta auf österreichischem Gebiet unterstreicht: „On compte à Belgrade sur le soutien de la Russie. On va même jusqu'à espérer que dans la partie sud de la Monarchie un soulèvement se produirait en faveur des frères slaves. Il est certain qu'il existe dans ces contrées une certaine agitation fomentée par l'influence des comités panslavistes de la Russie. Il est d'ailleurs intéressant de constater que depuis quelque temps la Galicie est également sillonnée d'émissaires et d'espions cherchant à exciter les Polonais et Ruthènes contre le Gouvernement Autrichien, faisant entrevoir aux uns la possibilité du rétablissement d'une Pologne indépendante et promettant aux autres le retour à la Russie. Ce n'est pas le Gouvernement du Czar qui provoque, dit-on, cette agitation. L'attitude de M. Sasonow, dont l'état de santé est malheureusement redevenue très précaire, reste parfaitement correcte. Ce ne serait pas à Saint-Pétersbourg, mais à Paris qu'il faudrait chercher l'auteur de ces intrigues. M. Iswolsky, ne pouvant oublier l'échec que le Comte Aehrenthal lui a fait subir lors de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, serait sans cesse préoccupé de prendre une revanche." Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 99f.

Lage Österreichs angestellt werden, finden leider ihre Begründung in den bedauerlichen Rückwirkungen, die eben diese Begebenheiten im Innern der Monarchie selbst gezeitigt haben. Der Siegesrausch der Südslawen und ihr maßlos gesteigertes Machtgefühl hat auch im Norden bei den Tschechen Widerhall gefunden. Fürst Thun, der Statthalter von Böhmen, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, den Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen zustande zu bringen, und der seiner ganzen Persönlichkeit nach doch viel mehr auf tschechischer Seite steht, sagte einem Bekannten von mir dieser Tage: „An einen Ausgleich ist nicht zu denken. Die Tschechen werden nicht die kleinste Konzession mehr machen"[4]. In tschechischen Kreisen und besonders auf dem flachen Lande sind, wie ich vom Generalkonsul Baron Liebig höre, der soeben von Nordböhmen hierher zurückgekehrt ist, wo er seine großen Fabriken hat, viele Millionen für die serbischen Brüder gesammelt worden, von denen in den Zeitungen nichts zu lesen ist. Die Reden, die Herr Kramář und Professor Masaryk in den Delegationen gehalten haben*, haben ein tausendfaches Echo in Böhmen gefunden, und Fürst Fürstenberg sagte mir, in jedem kleinen tschechischen Neste würden diese Reden besprochen und Herr Kramář dabei noch als Verräter gebrandmarkt, weil er nicht scharf genug den serbischen Standpunkt markiert habe. Der Kroate Smodlaka führte in seiner Delegationsrede** aus, Europa werde sich der Niederringung Serbiens durch Österreich widersetzen. Wenn Serbien einen Hafen am Adriatischen Meere fordere, so sei es dazu gezwungen. Jetzt nach der Zerstörung der Türkei müsse auch der magyarischen Vorherrschaft (in Kroatien) ein Ende gemacht werden.

Ich möchte hier einschalten, daß man es in sehr einflußreichen Kreisen dem Grafen Berchtold verübelt, daß er seine Einwilligung zur Tagung der Delegationen*** in dieser schweren Zeit gegeben, und daß er hierin dem Drängen der Ungarn nachgegeben hat[5]. Die böse und zersetzende Wirkung der in den Delegationen gehaltenen Reden wird allseitig tief empfunden.

Hier und da hört man auch die verstohlene Frage, ob denn jetzt noch die slawischen Regimenter gegen Serbien marschieren würden. Einer der gemeinsamen Minister sagte mir im Laufe einer ganz vertraulichen Unterhaltung: „Nun, in die erste Linie werden wir sie im Ernstfall wohl kaum stellen." Manche gehen in ihrem Pessimismus noch weiter und meinen, nach dem Zerfall der Türkei komme Österreich-Ungarn an die Reihe[6], und nach solchen Bemerkungen folgt dann nach einer oft sehr scharfen Kritik der Aehrenthalschen Politik meist die Frage: was sagt Deutschland dazu?

* Siehe den Wortlaut der von Kramář am 15., von Masaryk am 16. in der Delegation des Reichsrats gehaltenen Reden in: Stenographische Sitzungs-Protokolle der Delegation des Reichsrates. 47. Session, S. 31ff., 49ff. Beide Redner setzten sich auf das entschiedenste für die Gewährung eines Adriahafens an Serbien ein.

** Vom 16. November; siehe den Text der Rede in den Stenographischen Sitzungs-Protokollen, a. a. O., S. 57ff.

*** Über die Anfang November begonnene Tagung der Delegationen in Budapest vgl. auch Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 212ff.

Und wie sieht es nun in den südslawischen Provinzen des Reiches aus? In dem Landtage Bosniens und der Herzegowina, der dem Lande eben erst als Morgengabe ihrer definitiven Lostrennung von der Türkei gegeben wurde, machen sich bereits direkt landesverräterische Stimmungen bemerkbar[7]. 28 Mitglieder der serbisch-orthodoxen Partei faßten am 15. d. Mts. in einer Konferenz folgende Resolution, die ich im Wortlaute hier folgen lasse:

„Die beispiellosen Opfer und glänzenden Siege der serbischen Armee und das hohe Kulturniveau des Königreichs Serbien rechtfertigen die Wiedereinnahme der Gebiete des alten Serbiens bis zur Adria. Die Haltung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die für die unkultivierten Albanier Autonomie fordert, diese Rechte aber den Südslawen in den eigenen Landen verweigert und Serbien verbieten will, die Früchte seines Sieges zu genießen, ruft in allen Schichten des serbischen Volkes in Bosnien und der Herzegowina die größte Erbitterung hervor. Indem die serbischen Abgeordneten des bosnischen Landtages den Brüdern in Serbien und Montenegro ihre brüderlichen Gefühle und ihre Bewunderung ausdrücken, erfüllen sie hiermit eine heilige Pflicht und sind überzeugt, den Gefühlen des ganzen serbischen Volkes in Bosnien und der Herzegowina Ausdruck gegeben zu haben."

Ein Kommentar zu dieser Expektoration ist überflüssig.

Gleichzeitig haben in Dalmatien, vor allem in Spalato und Sebenico, Kundgebungen für Serbien stattgefunden, die, wie ich höre, viel ernsterer Art waren, als sie bisher in den Zeitungen geschildert wurden, und direkt gegen die österreichische Regierung gerichtet waren. Dadurch ist es auch zu erklären, daß die Regierung sich entschließen mußte, in den genannten Städten den Gemeinderat aufzulösen und die Verwaltung einem Regierungskommissar zu übertragen. Der Gemeinderat von Ragusa hat sich mit den Gemeindevertretungen Sebenicos und Spalatos solidarisch erklärt, und als dieser Beschluß in der Stadt bekannt wurde, ließ man die montenegrinische Nationalhymne spielen.

Im dritten südslawischen Kronlande Kroatien liegen die Dinge schon lange ganz im argen. Es erübrigt sich, hier auf die Einzelheiten der dortigen Parteiverhältnisse einzugehen. Die Sachlage ist augenblicklich folgende. Im Landtage hatte sich eine Mehrheit zusammengefunden, die die Lostrennung von Ungarn auf ihre Fahne geschrieben hatte. Nur um einem dahingehenden Beschlusse des Landtages vorzubeugen, sah sich die Regierung genötigt, den Landtag aufzulösen und einen Königlichen Kommissar in der Person des Herrn von Cuvaj zu bestellen. Jetzt wird in allen slawischen Ländern der Monarchie gegen das odiose „System Cuvaj" gewettert, wobei man aber nie davon spricht, welche äußerste Notwendigkeit zu diesem System geführt hat.

Wenn bisher hier in Österreich vor der Gefahr der Erstarkung und des Zusammenschlusses der südslawischen Völkerschaften der Monarchie gewarnt wurde, vertröstete man sich mit dem Hinweise auf die Verschieden-

heit der Konfessionen. Die katholischen Kroaten, so argumentierte man, würden niemals gemeinsame Sache mit den orthodoxen slawischen Brüdern der Monarchie machen. Aber dieser Satz ist seit den jüngsten slawischen Siegen hinfällig geworden, und auch hier hat sich die nationale Zusammengehörigkeit stärker erwiesen als die konfessionelle Verschiedenheit. Zwischen der katholisch-kroatischen Rechtspartei und dem orthodox-slowenischen Nationalverbande hat kürzlich eine feierliche Verbrüderung stattgefunden. Der Zusammenschluß dieser staatsfeindlichen Parteien — die sich in ihren Zielen nur insoweit unterscheiden, als die erstere die Schaffung eines selbständigen Staates unter Habsburgischem Szepter, die letztere völlige Lostrennung anstrebt — ist in einer Sitzung proklamiert worden, für welche das Gebäude des Reichsrats hier in Wien zur Verfügung gestellt worden war!

Alle diese staatsfeindlichen Bestrebungen der verschiedenen slawischen Völker der Monarchie werden dadurch noch gefährlicher, daß sie bei der sozialistischen Partei überall Unterstützung finden. Die in Betracht kommenden slawischen Elemente sind von sich aus durchgehend radikale Liberale, die, wenn sie nicht selbst schon der sozialdemokratischen Partei angehören, dieser doch sehr nahe stehen. Deshalb die enge Fühlung zwischen den Sozialisten — leider auch den deutsch-österreichischen — und den slawischen nationalistischen Parteien. Nebenbei verfolgen die Sozialisten bei der Unterstützung jener staatszersetzenden Bestrebungen auch das Ziel, einen Krieg für die Monarchie unmöglich zu machen.

Die Slowenen, die nach serbischer Auffassung von dem erdrückenden Joche Österreichs befreit werden müssen — neulich sprach einer ihrer Abgeordneten von dem „Wilajet" Kärnten —, genießen doch immerhin hier noch genug Freiheit und Einfluß in der Monarchie, daß sie die schwierige Lage des Reichs benutzen können, um die ganze parlamentarische Maschine in Österreich durch eine Obstruktion lahm zu legen, über deren sachlichen Zweck sie bisher selbst keine Auskunft zu geben vermochten.

So sieht im gegenwärtigen Momente die innere Lage der Monarchie aus. Einigermaßen normale Verhältnisse herrschen demnach nur in den kerndeutschen Provinzen, denn selbst in Deutschböhmen wie in Galizien sind die Zustände bekanntlich infolge der jahrelangen Reibungen, hier mit den Tschechen, dort zwischen Ruthenen und Polen, und wegen der russischen Wühlereien gespannt und ungesund. Der Gedanke eines einheitlichen Reiches, der Zusammengehörigkeit, schwindet mehr und mehr; in einem Artikel der klerikal-konservativen Wochenschrift „Österreich-Ungarn" wurde neulich treffend gesagt, daß unter den Toten des Balkankrieges neben dem Status quo auch noch „der Österreicher" zu verzeichnen sei.

Das Bild, welches die innere Struktur der österreichisch-ungarischen Monarchie zurzeit darbietet, ist kein erfreuliches, auch gewiß nicht erfreulich für den deutschen Bundesgenossen. Es wird großer Weisheit[8] und Tatkraft der zentralen Regierung bedürfen, um all die zentrifugalen

Kräfte der erstarkten slawischen Völker des Reiches dem allgemeinen Staatszwecke dienstbar zu erhalten und die Politik einer Großmacht an der Seite des deutschen Bundesgenossen weiterführen zu können.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Drifting!
[2] Kopf hoch!
[3] unbedingt ja
[4] die Deutschen hoffentlich auch nicht
[5] war auch sehr unpraktisch
[6] So was!
[7] man hänge sie
[8] ? mit Blut u[..] Eisen sind die Kerls nur noch zu kuriren

Schlußbemerkung des Kaisers:
Oesterreich hatte vergessen, daß es weder Tschechisch, noch Böhmisch, noch Polnisch, noch Magyarisch regirt werden kann, wie man es versucht hat, sondern nur deutsch! Das deutsche Haus Habsburg hat alle diese Völker unterworfen mit Hülfe der deutschen Oesterreicher. Bei den Slawen muß per divide et impera vorgegangen werden. Wie schon mit Bulgarien.

Nr. 12403

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Budapest, den 20. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 142*.

Inhalt eingehend mit Graf Berchtold besprochen. Was Frage Entsendung Vertrauensmannes an Zaren betrifft, würdigt Minister durchaus Euerer Exzellenz Bedenken, falls in hiesiger Mitteilung an Kaiser Nikolaus präzise Antwort verlangt würde. Nach der Textierung des von Prinz Gottfried Hohenlohe — früherem Militärattaché in Petersburg und persona grata am dortigen Hofe — dem Zaren zu überbringenden Handschreibens des Kaisers Franz Joseph, wie er sie sich denke, solle darin aber Zar lediglich aufmerksam gemacht werden auf Gefahren für Weltfrieden bei Fortsetzung serbischer Herausforderungen und Hoffnung ausgesprochen werden, daß Zar aus diesem Grunde mäßigend auf Serbien einwirken werde. Es würde darin wohl auch gesagt werden müssen, daß es auch für Österreich eine Grenze gebe, über die hinaus es Provokationen serbischerseits nicht ruhig werde hinnehmen können.

Auf meine wiederholten Vorstellungen, sich ja die Tragweite dieses Schrittes deutlich vor Augen zu führen, sagte Minister, er wolle sich die Sache nochmals überlegen, vielleicht würde Schritt unbedenklicher sein,

---

* Siehe Nr. 12391.

falls das Schreiben seines Kaisers einfach im Wege der österreichischen Botschaft in Petersburg übermittelt werde*.

Eine Erklärung Österreichs und Italiens in Belgrad, wie sie Euere Exzellenz des weiteren vorgeschlagen, ist, wie mir Minister erklärt, dem Sachinhalt nach bereits erfolgt, allerdings ohne Zusatz, daß definitive Regelung seinerzeit mit Ingerenz der Mächte zu geschehen haben werde. Eine Wiederholung gemeinsamen Schrittes mit Italien in dieser Sache hält Minister für schwer angängig.

Ich habe die Punkte, die Euere Exzellenz als Basis einer Verständigung Österreichs mit Serbien sich denkt, jeden einzeln mit Graf Berchtold und gleichzeitig anwesendem Referenten durchgesprochen. Diese Punkte fanden durchweg völlige Zustimmung. Sie jetzt schon Mächten als definitives und unverrückbares Programm zu unterbreiten, hielten beide Herren für nicht nützlich, da diesfalls jede Möglichkeit, sie zu Verhandlungen zu benutzen, genommen und schon jetzt eine Erörterung über die seitens der verschiedenen Kabinette daran geknüpften Kommentare Platz greifen würde, was jedenfalls zu vermeiden sei.

Unserer Anregung, klar und deutlich und in offizieller Form bekanntzugeben, daß Österreich in keiner Weise beabsichtigt, Handelsprivilegien von Serbien zu verlangen, um dadurch ganz unbegründete Mißstimmungen anderwärts zu beseitigen, stimmte Minister bereitwilligst zu. Er wird sofort Artikel im offiziellen Fremdenblatt veranlassen, den er mir vorher vorlegen will.

Tschirschky

Nr. 12404

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8

Ganz geheim

Budapest, den 21. November 1912

Kriegsminister General Auffenberg sagte mir, Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph habe heute seine Sanktion zu der Erhöhung der Stände in Galizien gegeben. Seine Majestät sei sich völlig klar über die eventuelle Tragweite dieser Maßnahme[1]. Er, General von Auffenberg, habe Seiner Majestät gegenüber bemerkt, daß dies vielleicht der ernsteste Augenblick seit 1866 sei[2], worauf der Kaiser geantwortet habe: „Er ist schwerer als 1866**".

Der Minister führte dann weiter aus: „Wir werden ja sehen, wie Rußland auf unsere Grenzmaßregeln reagiert. Nimmt es sie ruhig hin, so haben

* Tatsächlich wurde von einer Entsendung des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg auf Grund des deutschen Abratens zunächst Abstand genommen. Die Mission erfolgte erst Anfang Februar 1913. Vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXIX.

** Vgl. dazu die Tagebuchaufzeichnungen Auffenbergs zum 19. November 1912. Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 218.

wir freie Hand gegen Serbien. Wir brauchen mindestens auf ein halbes Jahrhundert hinaus Ruhe in der Monarchie, um die Südslawen zur Ordnung zu bringen, und diese Ruhe können wir nur erhalten, wenn die Hoffnung der Südslawen auf russische Unterstützung definitiv beseitigt wird. Sonst geht die Monarchie in Stücke."

Meine Frage, ob der Große Generalstab in Berlin unterrichtet sei über alle hiesigen militärischen Maßnahmen, bejahte der Minister.

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Es kann der Europ[äische] Krieg werden und für uns event[uel]l ein Existenzkampf mit 3 Großmächten; es kommt darauf an, daß wir über London und Paris schnell ein klares Bild erhalten

[2] für uns alle auch!

Nr. 12405

Kaiser Wilhelm II.
an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiges Konzept. Undatiert

[21. November 1912]

Habe eben Meldung Botschafters aus Wien* gelesen. Es ist mit Recht ein Augenblick tiefsten Ernstes heraufgezogen. Laut Meldung H[errn] v[on] Bienerths** trifft morgen Früh — am 22.12. — General Schemua Chef des Stabes der Oesterreich[ischen] Armee in Berlin auf Befehl S[einer] M[ajestät] des Kaisers ein, um mit Moltke Rücksprache über die event[uel]l[en] Kriegsoperationen zu nehmen***. Beide Herren kommen darauf zu mir. Aus ganzer Europ[äischer] Presse — besonders Englischen — geht hervor, daß allgemein Oesterreich als der Provocirte Theil angesehen wird, damit ist der Standpunkt, den ich wollte erreicht. Sollten Russische Gegenmassregeln oder Vorstellungen erfolgen, welche Kaiser Franz Josef zwingen

---

* Siehe Nr. 12404.

** Major Freiherr von Bienerth, österreich-ungarischer Militärattaché in Berlin.

*** Der genaue Zeitpunkt des Eintreffens Feldmarschalleutnants von Schemua in Berlin ist aus den Akten nicht ersichtlich; jedenfalls erfolgte es am 22. und nicht, wie E. Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkrieg, S. 370, angibt, am 23., wo Schemua schon wieder in Wien eintraf (vgl. Nr. 12422). Mit den verantwortlichen Leitern der Politik trat General Schemua während seines kurzen Aufenthalts in Berlin nicht in Berührung; das Auswärtige Amt war auch von der Anwesenheit des Generals nicht eben erbaut (vgl. Nr. 12433). Über das Ergebnis der Besprechungen zwischen General Schemua und seinem deutschen Kollegen von Moltke erfahren wir lediglich aus einem Bericht des deutschen Militärattachés in Wien Graf Kageneck, daß Schemua sich nach seiner Rückkehr sehr befriedigt „über den stattgehabten Meinungsaustausch und die dabei zutage getretene Übereinstimmung der Ansichten über die Lage" äußerte (vgl. Nr. 12422).

den Krieg zu eröffnen, so hat er das Recht auf Seiner Seite, und ich bin bereit — wie ich dem Kanzler schon in Letzlingen erklärte* — den Casus foederis in vollstem Maasse mit allen Consequenzen durchzuführen. Ich halte es daher für nöthig, daß sofort die Botschafter in Paris und London, Befehl erhalten, einwandsfrei und klar zu constatiren und mir zu melden, ob Paris unter solchen Umständen unbedingt sogleich mit Russland geht, und auf welche Seite England sich stellt. Botschafter in Petersburg hat baldigst zu melden wie Russland die Oesterreichische Demarche — sobald sie eintritt aufnimmt — und mich schnellstens zu orientiren, wie er die Situation dortselbst jetzt beurtheilt. Alle Botschafter haben die Militairattachés zu informiren und im Verein mit Ihnen zu arbeiten, und laufend mir persönlich zu melden**.

Wilhelm

---

* Vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12348, 12349.

** Auf den Direktiven des obigen Telegramms, die unter dem alarmierenden Eindruck der Wiener Meldung hingeworfen waren, hat der Kaiser nicht beharrt; sie haben denn auch keinerlei Weisung an die Botschafter in Wien, London und Petersburg zur Folge gehabt. Schon während der Anwesenheit des Erzherzog-Thronfolgers in Berlin und Springe am 22. bzw. 23. November in Berlin und der gleichzeitigen Anwesenheit General Schemuas in Berlin vertrat der Kaiser gegenüber dem Andringen des von den Auffassungen General von Conrads nicht unbeeinflußten österreichischen Thronfolgers wieder den bisher konsequent von ihm festgehaltenen Standpunkt, daß er sich wegen eines serbischen Hafens nicht in einen Krieg hineinziehen lassen wolle. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß Kaiser Wilhelm II. und seine Ratgeber anläßlich des österreichischen Besuchs zur Mäßigung geraten haben. Vgl. namentlich den Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Beyens vom 30. November 1912: „L'Archiduc a dit à Berlin que la Monarchie austro-hongroise était arrivée à la limite des concessions qu'elle pouvait faire à sa voisine. L'Empereur et ses Conseillers ne lui en ont pas moins prodigué des conseils de modération que Guillaume II, en reconduisant son hôte à la gare, a résumés avec la familiarité de langage dont il est coutumier par ces mots expressifs: ‚Surtout pas de bétises!' Je puis, sur la foi d'Ambassadeurs qui me l'ont répété, vous garantir l'authenticité de ce conseil qui a échappé aux indiscrétions des journaux ... Il n'y a pas de doute que l'Empereur, le Chancelier et le Secrétaire d'Etat aus Affaires Etrangères ne soient passionnément pacifiques ... Quels que soient les projets que M. de Kiderlen-Waechter, qui a de grandes idées, porte dans sa tête pour concilier à son pays les sympathies des jeunes Puissances balkaniques, un fait absolument certain, c'est qu'il veut fermement éviter une conflagration européenne." Belgische Aktenstücke 1905—1914, hrsg. vom Auswärtigen Amt, S. 112f. Auch in Petersburg fand die abwartende und vorsichtige Haltung, die die deutsche Regierung anläßlich der Anwesenheit des österreichischen Thronfolgers in Berlin bekundet habe, durchweg Anerkennung. Bericht des Botschafters Graf Pourtalès Nr. 335 vom 25. November 1912; siehe Nr. 12443.
Nach Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, III, 228, der offenbar aus österreichischen Quellen schöpft, hätte Kaiser Wilhelms Verhalten gegenüber dem Erzherzog dazu beigetragen, „den ohnehin matten Flug der österreichischen Politik zu lähmen." Auf diese Zurückhaltung des Kaisers werden sicherlich die Ratschläge Reichskanzler von Bethmann Hollwegs und Staatssekretär von Kiderlens, welcher sich eben damals seines Einflusses bei dem Monarchen rühmte (vgl. E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 192), hingewirkt haben. Die Auffassung Kiderlens erhellt sehr deutlich aus dem Erlaß nach Wien Nr. 780 vom 25. November (siehe Nr. 12433) und durch den „kalten Wasserstrahl", den er am gleichen Tage in der „Norddeutschen All-

Nr. 12406

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 195 Berlin, den 21. November 1912

Der Kaiserliche Botschafter in Paris telegraphiert*:

„Herr Poincaré berührte gesprächsweise dem österreichischem Botschafter, sodann auch mir einen von Italien kommenden Gedanken, den Serben längs Südgrenze von Montenegro schmalen Landstreifen nach San Giovanni di Medua zu geben, Hafen und Couloir neutralisiert unter europäischer Garantie. Frankreich und England seien dafür, Rußland würde auch zustimmen."**

Bitte feststellen, ob italienische Regierung tatsächlich diesen Vorschlag in Paris gemacht hat. Wir würden bedauern, wenn sich Rom, ehe es seine Verbündeten informierte, mit Frankreich in Verbindung setzte. Vielleicht handelt es sich auch wieder um eine bedauerliche Privatleistung Tittonis***.

Drahtantwort. Kiderlen

---

gemeinen Zeitung" nach Wien richtete, und der den Erzherzog nach seinen Berliner Eindrücken immerhin in Staunen setzte (vgl. Nr. 12453, Fußnote *, Nr. 12456). Auch Generalstabschef von Moltke hat sich in Letzlingen, wo er eingehend mit dem österreichischen Thronfolger sprach und diesen sehr unentschlossen fand, keineswegs im Sinne der österreichischen Kriegspartei geäußert, sondern retardierend; vgl. seine späteren Angaben in seinem Schreiben an Staatssekretär von Jagow vom 6. Februar 1913, Bd. XXXIV, Kap. CCLXIX. Nach der Abreise des Erzherzog-Thronfolgers scheint der Kaiser wieder von einigen Skrupeln geplagt worden zu sein, ob die Zurückhaltung und Mäßigung, zu der er jenem geraten, auch die richtige Politik sei. Man möchte das aus Randbemerkungen zu einem Artikel des „Pester Lloyd" vom 27. November schließen, die sich gegen eine vermittelnde und hinhaltende Taktik wenden. Zu dem Satze des Artikels: „Es ist möglich, daß die deutsche Diplomatie jene Taktik für richtig hält, daß Österreich-Ungarn mit der politischen Geltendmachung seines Standpunktes so lange wartet, bis alle Balkanprobleme zur Lösung gelangen," bemerkt der Kaiser, „halte ich für völlig unmöglich." Zu dem Satze, daß „vom diplomatischen Standpunkt aus ein Zeitgewinn möglicherweise etwas vorteilhafter wäre": „Das ist nicht der Fall." Die Schlußbemerkung des Kaisers zeigt, daß er besorgte, durch die „Hindrung Österreichs am Losschlagen" eine Verantwortung auf sich geladen zu haben: „Sehr unklar und verschwommen und ladet Berlin in späterer Zeit die Verantwortung auf für die Hindrung Oesterreichs am Losschlagen, dessen Unterbleiben event[ue]l für Oesterreich sehr schwere Folgen haben wird in der Inneren Politik."

* Nr. 353 vom 20. November.

** Vgl. dazu nun auch R. Poincaré, Au Service de la France II, 344 s.

*** Es handelte sich mindestens nicht um eine reine „Privatleistung" Tittonis; vielmehr war nach eigener Angabe Tittonis zu Iswolsky (siehe dessen Telegramm an Sasonow vom 19. November, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 348f.) der Gedanke gemeinsam von San Giuliano und Tittoni ausgearbeitet worden. Vgl. auch Nr. 12420. Mutmaßlich lag dem gemeinsamen Elaborat der beiden italienischen Staatsmänner eine Anregung Sasonows zugrunde, jedenfalls hatte

Nr. 12407

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 394 Paris, den 18. November 1912
[pr. 21. November]

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei einen Bericht des Militärattachés vom heutigen Tage* über weitere Anzeichen militärischer Vorsichtsmaßregeln zu überreichen. Beachtenswert scheinen mir insbesondere die Nachrichten über Absendung von Lastautomobilen nach den Grenzgebieten sowie über Beschaffung von Augmentationspferden zu sein. Indessen bin ich mit dem Militärattaché der Ansicht, daß die bisher anscheinend getroffenen Maßnahmen über die Grenze von Vorsichtsmaßregeln nicht hinausgehen[1], um so mehr, als die vorliegenden Nachrichten noch vielfach der Bestätigung sowie der Nachprüfung hinsichtlich des Umfanges der Vorgänge bedürfen. Pferdeankäufe in größerem Maßstabe haben augenscheinlich[2] nicht stattgefunden.

Ich lasse es mir angelegen sein, die Beobachtung militärischer Vorgänge, die auf Kriegsvorbereitung schließen lassen können, mit Sorgfalt und der gebotenen Vorsicht fortzusetzen.

Von kriegslustiger Stimmung ist hier nach wie vor nichts zu bemerken. Im Gegenteil, der Wunsch nach Vermeidung kriegerischer Verwicklungen tritt immer deutlicher in die Erscheinung, in den Gesprächen des ruhigen Bürgertums, in den Kulissenunterhaltungen des Parlaments, in der Presse und auch in den Kundgebungen der Regierung. War die allgemeine Stimmung bis vor kurzem noch eine gedrückte, ja pessimistische, so haben die Anzeichen von einer Besserung der internationalen Lage, so unbestimmt sie auch noch sind, bei dem lebhaften französischen Temperament einen raschen Umschlag ins Gegenteil bewirkt. Die Geschäftswelt atmet erleichtert auf, die Börse hat wieder goldene Tage erlebt. Am Quai d'Orsay freilich blickt man noch sorgenvoll in die Zukunft. Zwar rechnet man hier mit einer baldigen Einstellung der Feindseligkeiten, vor allem wegen

---

dieser, der sich schon am 16. gegenüber Graf Pourtalès im Sinne der Einräumung eines schmalen Landstriches zur Verbindung mit dem ebenfalls an Serbien abzutretenden Hafen San Giovanni di Medua ausgesprochen hatte (vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12387), das Projekt durch Botschafter Sverwejew in Berlin vortragen lassen. Es wurde darauf von Botschafter von Tschirschky am 19. zur Kenntnis des Grafen Berchtold gebracht, von diesem aber a limine abgelehnt. Telegramm Graf Berchtolds an Botschafter Graf Szögyényi, 19. November 1912, Österreich-Ungarisches Rotbuch, Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 61. In den deutschen Akten hat weder die Vorbringung des Sasonowschen Projekts in Berlin noch dessen Mitteilung nach Budapest, wo Graf Berchtold und Tschirschky am 19. November weilten, noch auch die Ablehnung durch den österreichischen Minister Spuren hinterlassen.

* Nicht bei den Akten.

der Cholera, die vor Konstantinopel auf beiden Seiten den Kampfesmut brechen dürfte, doch befürchtet man erhebliche, die Einigkeit der Mächte gefährdende Schwierigkeiten beim Friedensschluß. Der Politische Direktor sagte mir noch heute gesprächsweise, die Lage, anstatt sich zu klären, werde immer verwickelter. Die Balkanverbündeten zeigten sich anspruchsvoll und unnachgiebig; von den Großmächten wollten die einen sie nicht an die Adria, die anderen nicht über Adrianopel hinauskommen lassen — ein wahrer Rattenkönig von Ansprüchen und Widerständen, eine bedenklich ergiebige Quelle von Verwicklungen; dabei überall der ernste Wunsch nach Erhaltung des Friedens, aber nirgends die starke Hand eines sicheren Führers aus dem europäischen Labyrinth[3]. Es sei nicht abzusehen, wie das alles enden solle.

Daß bei dieser Stimmung an maßgebender Stelle die französische Regierung in Hinsicht auf die Möglichkeit eines Krieges stille Vorsichtsmaßregeln trifft, kann nicht wundernehmen[4].

v. Schoen

Nachschrift vom 19. November

In hiesigen Regierungskreisen ist man fest überzeugt, daß König Ferdinand von seinem Wunsch, in der Hagia Sophia eine Messe zu hören, wegen der Choleragefahr Abstand nehmen werde. Nichts, so erzählt man sich hier, fürchte der König so sehr wie die Cholera, es sei ihm einmal prophezeit worden, daß er an derselben sterben werde.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wo hörn die auf?!
[2] ?
[3] ahem! Wenn einer aufträte, würde ihm gefolgt werden?
[4] die werden uns zu gegen Maßregeln veranlassen

Nr. 12408

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Griesinger an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 85 Belgrad, den 18. November 1912
[pr. 21. November]

Den mir mit dem hohen Erlaß vom 15. d. Mts. Nr. 135* erteilten Auftrag habe ich heut bei Herrn Paschitsch vollzogen. Er erwiderte mir zunächst mit langatmigen historischen Ausführungen über Albanien, dessen Häfen früher Serbien gehört hätten, verzichtete dann aber auf die

* Siehe Kap. CCLXIV, Nr. 12371.

Teilung, weil es die Großmächte offenbar so wünschten. Der Ausgang zur Adria sei eine serbische Lebensfrage, über die man nicht transigieren könne. Man müsse nach den vielen Opfern an Gut und Blut Herr im eigenen Hause sein und dürfe nicht vom Wohl- oder Übelwollen Dritter abhängig sein. Denn Serbien habe schlechte Erfahrungen mit Salonik in früherer Zeit gemacht, wo es im Belieben der Türken gestanden habe, wie sie dort die serbische Handelsfreiheit beschränken wollten. Wir möchten überzeugt sein, daß Serbien keine anderen als wirtschaftliche Ziele verfolge und nicht gewillt sei, russischen oder italienischen Aspirationen zu dienen. Den Hinweis auf Salonik wies Herr Paschitsch noch damit ab, daß zwar in den Abmachungen mit den verbündeten Balkanstaaten über das Stadtgebiet von Salonik nichts vereinbart sei, daß aber das Hinterland aufgeteilt sei.

Im übrigen bat Herr Paschitsch, man möge Serbien jetzt zu keiner definitiven Antwort drängen, sondern das Ende des Krieges abwarten. Er müsse sich erst mit den anderen Balkanstaaten besprechen und sehen, inwieweit diese bereit seien, Serbien bei Realisierung seiner Wünsche zu unterstützen. Er müsse sich die Sache mit Ruhe überlegen, auch sei mir ja bekannt, daß er hier mit Elementen zu rechnen habe, die erst allmählich kühlerer Überlegung zugänglich gemacht werden könnten.

In derselben Weise hat sich Herr Paschitsch gegenüber dem österreichischen Gesandten und dem italienischen Geschäftsträger* ausgesprochen.

v. Griesinger

Nr. 12409

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky***

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 145 Berlin, den 21. November 1912

Vertraulich

Hiesiger türkischer Botschafter, der nach Konstantinopel berufen ist, um bei bevorstehenden Friedensverhandlungen Türkei zu vertreten, sagt mir, auf türkischen Vorschlag, Waffenstillstand und Präliminarfrieden zu verhandeln, haben Balkanmächte kategorisch erklärt, daß sie nur auf definitiven Friedensschluß an Ort und Stelle, das heißt bei Tschataldja eingehen könnten. Sie wollten fait accompli ohne Einmischung Dritter schaffen.

Kiderlen

* Rinella.

** Das Telegramm ging gleichlautend nach Rom (Nr. 196), nach Paris (Nr. 271), nach London (Nr. 202) und Petersburg (Nr. 202).

Nr. 12410

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 355 Paris, den 21. November 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 353*.

Herr Tittoni legt mir italienischen Vermittlungsgedanken etwas abweichend wie folgt dar:

1. Wirtschaftlich und politisch gänzliche Unabhängigkeit Serbiens.
2. Bildung eines unabhängigen und neutralisierten Albaniens.
3. Nicht serbischer Couloir nach Adria, sondern Donau—Adria-Bahn, sich etwa in Prisren teilend in eine Linie über Skutari nach Antivari, andere Linie durch neutrales Albanien nach einem noch zu bestimmenden Hafen. Transit für Serbien auch im Kriegsfall für Kriegsmaterial frei.
4. Teilung der übrigen europäischen Türkei den Balkanstaaten überlassen.
5. Transit für Österreich-Ungarn über Mitrowitza nach Salonik.

Tittoni bestätigt, daß Frankreich und England diesen Gedanken zustimmen, Rußland wünsche vorläufig noch serbischen Couloir. Schoen

Nr. 12411

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 319 St. Petersburg, den 19. November 1912
[pr. 22. November]

Der Militärattaché der österreichisch-ungarischen Botschaft Prinz Hohenlohe, welcher bis jetzt eher dazu neigte, die Gerüchte über Mobilmachungsvorbereitungen in Rußland als übertrieben anzusehen, versichert mir, er besitze neuerdings positive Anhaltspunkte dafür, daß seit einiger Zeit Vorbereitungen militärischer Art hier intensiv betrieben werden, und daß gegenwärtig im Generalstab, Kriegsministerium und den für eine Mobilmachung sonst in Betracht kommenden Stellen eine eifrige Tätigkeit herrscht. Prinz Hohenlohe betont, daß er keineswegs an eine nahe bevorstehende Mobilmachung glaubt, vielmehr der Ansicht ist, daß man sich hier für alle Fälle einrichten will und um jeden Preis vermeiden möchte, im gegebenen Augenblick nicht fertig zu sein. Ich möchte mich dieser Ansicht anschließen. Auch in militärischen Kreisen dürfte die Parole ausgegeben worden sein: Nur nicht wieder eine Situation wie im Frühjahr 1909.

* Vgl. Nr. 12406.

Auf meine Frage, ob Prinz Hohenlohe etwas Positives über tatsächlich getroffene Maßregeln wisse, führte der Prinz zunächst die bereits bekannte Zurückbehaltung der Reservisten an, die am 31. Oktober hätten entlassen werden sollen*. Ferner erklärte der Prinz, bestimmte Nachrichten zu haben, daß in den Weichselgouvernements in der letzten Zeit kleine, wenig auffällige Truppenverschiebungen stattgefunden hätten, die alle den deutlichen Zweck verrieten, eine Konzentration in der Nähe der Grenze eintretendenfalls zu beschleunigen. Ferner sei es sicher, daß in der letzten Zeit in den größeren Eisenbahnstationen eine auffallend große Zahl von Eisenbahnwagen zurückgehalten würde. Endlich wies der Prinz auf größere Bestellungen von Kriegsmaterialien pp. hin, die, wie er höre, in letzter Zeit vom Kriegsministerium gemacht worden wären. So wurden vor vierzehn Tagen in Tula große Patronenlieferungen bestellt. Besonders legte aber Prinz Hohenlohe Wert auf die allgemeine intensive Tätigkeit, die neuerdings, wie er positiv wisse, bei den Militärbehörden begonnen habe.

Einige dieser Nachrichten decken sich mit Mitteilungen, die mir auch von anderer Seite zugegangen sind. Von einer Persönlichkeit, die gute Verbindungen hat, erfahre ich, daß militärische Vorbereitungen in fünf Militärbezirken getroffen werden. Diese Bezirke würden meinem Gewährsmanne zufolge sein: Warschau, Kiew, Wilna, Odessa und wahrscheinlich Moskau oder Kasan. Aus deutschen Handelskreisen höre ich ebenfalls von größeren Bestellungen militärischer Art, die in der letzten Zeit gemacht worden wären. So wurde mir versichert, daß die Firma Vickers vor kurzem einen Auftrag wegen Lieferung von 300 Schnellfeuergeschützen erhalten habe. Von anderer Seite gehen mir Mitteilungen zu über Bestellungen von Automobilen und von elektrischen Scheinwerfern. Eine italienische Firma, bei welcher vor einiger Zeit zwölf Kriegsautomobile mit Scheinwerfern bestellt waren, habe neuerdings die Aufforderung bekommen, die Automobile so schnell wie möglich zu liefern. Es sei dabei ausdrücklich bemerkt worden, daß es auf die Mehrkosten, welche die Beschleunigung der Arbeiten verursachen werde, nicht ankomme, und daß diese Automobile nicht über Österreich-Ungarn und Deutschland, sondern auf dem Seewege hierher befördert werden müßten.

Da ich nicht in demselben Maße wie ein Fachmann in der Lage bin, Nachrichten der obigen Art auf ihre Richtigkeit und ihren Wert zu prüfen, so möchte ich Euerer Exzellenz mit Bezug auf anderweitige Berichterstattung nochmals gehorsamst zur Erwägung stellen, ob es sich nicht empfehlen möchte, die baldige Rückkehr des seit Anfang Oktober auf Urlaub befindlichen Militärattachés Major von Eggeling hierher zu veranlassen.

F. Pourtalès

---

* Vgl. Nr. 12394.

Nr. 12412

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 17640 Berlin, den 21. November 1912
Geheim [pr. 22. November]

Dem Auswärtigen Amt beehre ich mich beiliegend eine Zusammenstellung der hier über Rußland und Frankreich* eingetroffenen Nachrichten, soweit ich sie den Grenzkorps mitgeteilt habe, ganz ergebenst zu übersenden.

v. Moltke

Anlage I

Geheim Berlin, den 21. November 1912

Rußland hat in der letzten Zeit eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die zu einer Erhöhung der Kriegsbereitschaft geführt haben, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß sie zum Teil auch zur Bekämpfung der revolutionären polnischen Propaganda dienen sollen.

Durch Zurückbehaltung des ausgedienten Jahrgangs unter gleichzeitiger Einstellung der Rekruten ist die Friedensstärke um 400000 Mann erhöht worden. Die Regimenter in den Militärbezirken Warschau und Wilna haben dadurch eine Kopfstärke von 3400 Mann einschließlich Rekruten erreicht.

Probemobilmachungen und Reservistenübungen haben im vergangenen Jahre, vor allen Dingen im Oktober, in ungewöhnlichem Umfange stattgefunden. Zivil- und Militärbehörden haben hierdurch eine wertvolle Schulung für die Organisation und Durchführung der Mobilmachung, die bei den russischen Verhältnissen besondere Schwierigkeiten bietet, erhalten. Die Erfahrungen, die man bei der Armierungsübung in Osowiez gemacht hat, wird man bei der Armierung der Befestigungen der Bobr-Narew-Linie verwerten können.

Die Kontrolle der Reservisten ist schärfer geworden; an einzelnen Stellen ist ihnen mitgeteilt worden, daß sie sich für eine Mobilmachung bereit halten müssen.

Die Pferdeaushebung ist überprüft worden.

Die bei den Truppen in den Depots und Magazinen aller Art lagernden Bestände an Bekleidung und Ausrüstung — einschließlich Train —, an Waffen und Munition, an Lebensmitteln und Fourage sind nachgeprüft und womöglich ergänzt worden.

---

* Siehe Anlage I—III.

Die bestimmungsgemäß an den Unterkunftsorten der Lehrabteilungen der Grenzwache lagernde Sprengmunition ist zu den Kordons überführt worden.

Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß mit Ausspruch der russischen Mobilmachung, ohne daß eine Kriegserklärung ausgesprochen ist, russische Unternehmungen im Grenzgebiet stattfinden.

Anlage II

Geheim Berlin, den 21. November 1912

Die militärische Lage in Frankreich gibt augenblicklich keine Veranlassung zur Beunruhigung.

Insbesondere ist die Stimmung in den französischen Grenzgebieten im Vergleich zu der im Sommer 1911 herrschenden Aufregung im allgemeinen ruhig.

Außergewöhnliche Maßnahmen für die Truppe, die auf Mobilmachungsvorbereitungen deuten, sind nicht bekannt geworden. Alljährlich ist der Dienstbetrieb in dieser Zeit bei den Grenztruppen besonders rege, um die Rekruten möglichst bald für eine Verwendung im Felde fähig zu machen. Auch die Einziehung zahlreicher Reservisten zu den Grenzkorps in der Zeit nach Entlassung des älteren Jahrgangs bis zur Beendigung der Rekrutenausbildung ist eine alljährlich wiederkehrende Maßnahme, um die niedrigen Friedensstände zu erhöhen.

Nur vereinzelt gehen Nachrichten über Alarmierungen und Übungen von Grenztruppen ein, die auf eine gewisse Aufregung infolge der augenblicklichen politischen Lage zurückgeführt werden könnten. Auch scheint es, daß in den Grenzfestungen, beispielsweise Belfort und Toul, einige Vorsichtsmaßnahmen in bezug auf die Armierung getroffen werden.

Anlage III

Berlin, den 21. November 1912

Die Lage in England ist zurzeit ruhig. Über Mobilmachungsvorbereitungen im Heere sind keine bestimmten Meldungen eingegangen. Einzelne Nachrichten, die bekannt geworden sind, können auf Vorsichtsmaßregeln hindeuten. Sie sind vielleicht aber auch als normale Friedensvorbereitungen zu erklären.

Aus den Nachrichten über die englische Flotte geht hervor, daß einige Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden sind. Sie erstrecken sich auf eine erhöhte Bereitstellung des Schiffsmaterials. Die Kampfkraft der englischen Flotte in der Heimat ist augenblicklich durch Entsendung von acht Linienschiffen in das Mittelmeer erheblich geschwächt. Die Admiralität hat daher anscheinend Anordnungen getroffen, diese Schwächung durch einen erhöhten Bereitschaftsgrad der in der Heimat verbliebenen Teile auszugleichen.

Nr. 12413

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 321 St. Petersburg, den 20. November 1912
[pr. 22. November]

Der italienische Geschäftsträger, welcher mich eben besuchte, begann die Unterhaltung mit den Worten: „Vous m'avez dit l'autre jour que vous trouviez que les chances d'une solution satisfaisante de la question du port sur l'Adriatique avaient fait un pas en arrière. Après une conversation que j'ai eue hier avec M. Sasonow, j'ai l'impression que nous n'avons pas fait un pas mais plusieurs pas en arrière."

Marquis Toretta führte nun aus, daß er Herrn Sasonow zwar sehr friedlich und in der Form verbindlich, aber in der Sache viel weniger konziliant gefunden habe wie noch in der vorigen Woche. Der Minister habe jeden Kompromißvorschlag a limine abgewiesen und erklärt, daß es nur eine mögliche Lösung der Frage gebe, nämlich die Zulassung der Erwerbung eines durch einen schmalen Landstreifen mit dem übrigen serbischen Gebiet verbundenen Hafens, und zwar San Giovanni di Medua. Auf die Bemerkung des Geschäftsträgers, daß die große Verschiedenheit des Standpunktes, der zwischen Österreich-Ungarn und Italien einerseits und Rußland andererseits herrsche, immerhin eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden bedeute, hat Herr Sasonow lediglich die Achseln gezuckt. Marquis Toretta war sichtlich impressioniert von der veränderten Haltung des Ministers und erzählte mir, daß er den Inhalt seiner Unterredung seiner Regierung telegraphisch mitgeteilt habe. F. Pourtalès

---

Randbemerkung von Kiderlens:
London zur Verwertung. Lichnowsky wolle Sir E. Grey sagen, daß Österreich-Ungarn und Italien, speziell auch englischen Wünschen entsprechend [bereit sind], die Regelung der albanischen Frage bis zur allgemeinen Regelung des Friedens aufzuschieben. Wir müßten dann aber auch wünschen, daß sich andre Mächte nicht zum voraus auf bestimmte Lösungen festlegten namentlich nicht Serbien gegenüber, wie dies jetzt die russische Regierung tue und, wie wir hören, auch Frankreich.*

Nr. 12414

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 322 St. Petersburg, den 20. November 1912
[pr. 22. November]

Von einer Persönlichkeit, welcher öfters zuverlässige Nachrichten aus hiesigen Generalstabskreisen zugehen, wird mir erzählt, daß vor kurzem

---

* Im Sinne der Randbemerkung Kiderlens wurde Fürst Lichnowsky durch Telegramm Nr. 203 vom 22. November instruiert.

ein höherer Generalstabsoffizier folgende Äußerungen getan habe: Es wäre uns lieber gewesen, wenn es bis zu einem Kriege mit Österreich-Ungarn noch ein bis zwei Jahre gedauert hätte, weil dann unsere Vorbereitungen noch weiter vorgeschritten wären, doch rechnen wir darauf, daß, wenn es schon jetzt zum Kriege kommt, wir mit der österreichisch-ungarischen Armee fertig werden. Auf die an ihn gerichtete Frage, ob er im Falle einer Mobilmachung an innere Unruhen glaube, hat der Offizier geantwortet, er glaube nicht an ernste Unruhen, falls Rußland gleich im Anfange des Krieges Erfolge habe.

Über den Geist, der jetzt in der russischen Armee herrscht, gehen die Ansichten sehr auseinander. Ein General hat kürzlich Zweifel darüber geäußert, ob im Falle von inneren Unruhen noch die Hälfte der Mannschaften dem Befehl, auf das Volk zu schießen, Folge leisten würde. Der österreichisch-ungarische Militärattaché versichert, aus guter Quelle gehört zu haben, daß in dem zum hiesigen Militärbezirk gehörigen 145. Infanterieregiment, als dasselbe neulich zur Bewachung der Eisenbahnstrecken für die Rückreise des Zaren abtransportiert werden sollte, Fälle von Meuterei vorgekommen seien, weil die Mannschaften sich eingebildet hätten, daß das Regiment an die österreichisch-ungarische Grenze geschickt werden solle. Das Regiment sei seinerzeit als eines der ersten in die Mandschurei entsandt worden, und die Mannschaften hätten es als Ungerechtigkeit empfunden, daß sie wieder als erste ins Feuer geschickt werden sollen.

F. Pourtalès

Nr. 12415

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 323 St. Petersburg, den 20. November 1912
Vertraulich [pr. 22. November]

Ich habe in meiner Berichterstattung bis jetzt wiederholt die ruhige und versöhnliche Haltung hervorheben können, welche Herr Sasonow in der gegenwärtigen Krisis bewahrt. In der letzten Zeit haben sowohl verschiedene meiner Kollegen als ich deutliche Anzeichen von Schwankungen in der Haltung des Ministers wahrnehmen zu können geglaubt, besonders mein englischer Kollege findet Herrn Sasonow in den letzten Tagen sehr pessimistisch. Ich möchte bei dieser Gelegenheit hervorheben, daß Sir George Buchanan im Gegensatz zu seinem Vorgänger eine vertrauensvolle Fühlung mit mir sucht, und daß zwischen uns seit Beginn des Balkankrieges ein Austausch über unsere beiderseitigen Eindrücke auf seine Initiative angebahnt wurde[1*].

* Vgl. dazu die Darstellung Sir George Buchanans in: My Mission to Russia and other

Was mir bei Herrn Sasonow auffällt, ist, daß er bei aller Betonung seiner versöhnlichen und friedlichen Politik jetzt stärker als noch vor kurzem auf die Berechtigung der serbischen Forderungen hinweist[2]. Besonders ist hervorzuheben, daß er ganz offen von der sehr gefährlichen Lage spricht, welche sich ergeben würde, wenn Österreich-Ungarn hartnäckig darauf besteht, die Erwerbung eines Hafens am Adriatischen Meere durch Serbien nicht zuzulassen[3]. Der Minister scheut sich dabei nicht, das Wort „Krieg" in den Mund zu nehmen[4].

Ferner scheint mir beachtenswert, daß Herr Sasonow seit einiger Zeit der Stimmung der öffentlichen Meinung[5] augenscheinlich Konzessionen macht, die in Interviews und offiziös inspirierten Zeitungsartikeln deutlich zum Ausdruck gelangen. Ähnliche Zugeständnisse glaube ich auch im Verhalten zu erkennen, welches die russische Regierung neuerdings gegenüber der panslawistischen Agitation beobachtet[6].

Diese veränderte Haltung der Regierung ist nach meinen Informationen zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß vor etwa vierzehn Tagen ein Umschwung in der an der höchsten Stelle herrschenden Stimmung eingetreten ist. Es ist, wie mir von mehreren gut informierten Seiten versichert wird und aus verschiedenen Anzeichen zu ersehen ist, der militärischen Umgebung des Zaren und der Partei der Großfürsten neuerdings gelungen[7], den bis jetzt sehr friedlichen Monarchen in einem nicht nur Österreich feindlichen, sondern, wie manche behaupten, direkt kriegerischen[8] Sinne umzustimmen. Wenn in hiesigen Offiziers- und Hofkreisen, in denen beim Ausbruch des Balkankrieges von einer kriegerischen Stimmung nicht das geringste zu spüren war, jetzt offen von der Möglichkeit und selbst Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts mit Österreich-Ungarn gesprochen wird, so möchte ich hierin einen Reflex des in Spala eingetretenen Stimmungswechsels* erkennen. Bemerkenswert erscheint mir eine Äußerung, welche Herr Kokowzow vor etwa acht Tagen meinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber getan hat: „Glücklicherweise kommt der Kaiser bald wieder und werde ich dann öfter Gelegenheit haben, ihn zu sehen."

Ich bin der Ansicht, daß, wenn der Zar und Regierung fest geblieben wären und ihre im Anfang des Krieges eingenommene besonnene Haltung nicht geändert hätten, die slawophile Agitation derartig hätte eingedämmt werden können[9], daß sie ungefährlich geblieben wäre. Ich glaube auch,

---

Diplomatic Memories, I, 123ff., die freilich nichts von einer vertrauensvollen Fühlung mit Graf Pourtalès oder von einer unbefangenen Würdigung Deutschlands erkennen läßt.

* Der in Spala eingetretene Stimmungsumschwung zugunsten Serbiens wird von Sir G. Buchanan (My Mission to Russia, I, 123) bestätigt. Auch der belgische Gesandte in Berlin Baron Beyens bemerkt in seinem Bericht vom 30. November: „A la fin de la semaine dernière, le bruit courait dans les Chancelleries européennes que M. Sasonow renonçait à lutter contre le parti de la cour qui veut entraîner la Russie dans une guerre quoique le sol de l'Empire russe soit miné par la révolution et sa préparation militaire encore insuffisante." Belgische Aktenstücke 1905—1914, hrsg. vom Auswärtigen Amt, S. 113.

Regierung sich ihr noch heute entgegenstemmen könnte[10], wenn sie die nötige Energie entwickeln wollte und dabei die Unterstützung an der höchsten Stelle fände. Ich fange aber an zu bezweifeln, ob der ernste Wille dazu vorhanden ist[11], falls nicht etwa, nachdem der Kaiser jetzt nach Zarskoje Selo zurückgekehrt ist, die maßvollen und besonnenen Elemente wieder größeren Einfluß gewinnen[12].

Nicht unbedenklich scheint mir der Umstand, daß, wie allgemein versichert wird, der religiöse Fanatiker Rasputin[8] sich wieder in der Umgebung des Zaren befindet. Derselbe hatte vorhergesagt, daß, wenn er vom Hofe entfernt würde, dem jungen Großfürsten-Thronfolger etwas zustoßen werde[13]. Infolge der Erkrankung des Zarewitsch scheint er nun wieder zurückgerufen worden zu sein. Vor kurzem wurde mir erzählt, Rasputin habe einen Traum[14] gehabt, bei welchem ihm die Gestalt der „Rossija" erschienen wäre. Diese habe zuerst in ruhiger, würdiger Haltung dagestanden, dann plötzlich nach dem Schwert gegriffen und wuchtige Schläge nach allen Seiten geführt. Ich kann mich für die Richtigkeit dieser Erzählung nicht verbürgen. Wenn es aber wahr ist, daß Rasputin auf das Zarenpaar den Einfluß ausübt, der ihm von vielen Seiten zugeschrieben wird, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die veränderte Stimmung bei Hofe auch mit auf solche Einflüsse zurückzuführen ist[8].

Jedenfalls kann ich nicht umhin darauf hinzuweisen, daß, wenn die Regierung sich von der panslawistischen Welle noch weiter treiben läßt, die Situation hier leicht eine recht gefährliche werden kann. Schon jetzt begegne ich bei vielen meiner Kollegen der bestimmten Ansicht, daß, falls eine Einigung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn in der Differenz wegen des Adriahafens nicht erfolgt, der Krieg unvermeidlich ist. So viel steht fest, daß die Siege der slawischen Brüder hier berauschend gewirkt und die Möglichkeit eines bewaffneten Eintretens Rußlands für Serbien viel näher gerückt haben. Als der Balkankrieg ausbrach, hörte man von maßgebenden Persönlichkeiten Äußerungen etwa in dem Sinne: Wir haben den Balkanstaaten vom Kriege abgeraten[15], sie haben ihn doch gewollt und können ihn allein ausfechten. Wir werden uns nicht rühren, denn wir haben schon genug für die slawischen Brüder getan. Von solchen Äußerungen hört man nichts mehr, dagegen wird selbst von Leuten wie Herrn Sasonow hervorgehoben, daß Rußland eventuell ein slawisches Land nicht im Stiche lassen könne[16].

Ich vermag daher den Gedanken, daß die serbisch-österreichische Differenz zu einem Kriege zwischen Rußland und Österreich-Ungarn führen könnte, ebenfalls nicht ganz von der Hand zu weisen. Jedenfalls würde ich, wenn mir die Frage vorgelegt würde, welche der Herr Reichskanzler Fürst Bülow beim Ausbruch der bosnischen Krisis an mich richtete, ob ich glaubte, daß Rußland für die serbischen Ansprüche zum Schwert greifen würde, Bedenken tragen, diese Frage heute mit derselben Bestimmtheit zu verneinen[17], mit der ich sie damals verneint habe.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut
[2] also Hartwig ist gedeckt
[3] das ist ja alles, was wir wissen wollen
[4] das schafft Klarheit
[5] natürlich! Er[st] putscht man sie auf, dann erklärt man sie für echt und macht ihr Conzessionen, und dann steckt man im Krieg!
[6] genau so wie anno 1877—78
[7] Nancy!
[8] !
[9] ist aber eben nicht geschehen!
[10] ?
[11] natürlich nicht
[12] der Letzte hat bei ihm immer Recht! Das wird schon der Großfürst sein!
[13] weil er wußte, daß er Bluter ist!
[14] der ist ihm wohl von Großfürst Nicolas eingegeben worden!?
[15] ?!
[16] natürlich! die alte Losung!
[17] er kann sie ruhig bejahen

Schlußbemerkung des Kaisers:

Die Situation gleicht der von 1877—78 auf ein Haar! Alexander II. erklärte, er wolle keinen Krieg, daher werde auch keiner sein! Und er begegnete den uniformirten Kriegsfreiwilligen seiner Regimenter auf dem Bahnhof, die gegen seinen Willen nach Serbien fuhren! Nach 4 Wochen hatte er den Krieg erklärt! So wird es wieder werden!

Nr. 12416

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 197 Berlin, den 23. November 1912

Wie Graf Pourtalès vertraulich erfährt*, hat Sasonow 19. November englischem Botschafter gesagt, falls Österreich in Frage San Giovanni di Medua nicht nachgebe, werde Rußland Wünsche Österreichs und Italiens wegen Schaffung autonomen Albaniens ebenfalls ablehnen**.

Bitte vorstehendes verwerten und italienische Regierung darauf hinweisen, daß, wenn sie Österreich-Ungarn allein die Vertretung der albanesischen Autonomie überlasse, Albanien unfehlbar dem ausschließlichen Einfluß Österreichs anheimfallen müsse. Es wäre daher eine gemeinschaftliche italienisch-österreichische Aktion in dieser Frage ein vitales italienisches Interesse. Wenn tunlich, suchen Sie dem Gedankengang auch Eingang in italienische Presse zu verschaffen.

Kiderlen

---

* Bericht Graf Pourtalès' Nr. 324 vom 20. November 1912.

** Nach einem Telegramm Sasonows an den russischen Botschafter in London (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 349) hätte er

Nr. 12417

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 326 St. Petersburg, den 20. November 1912
[pr. 22. November]

Herr Sasonow ist nicht nur von mir, sondern auch von meinem österreichisch-ungarischen und englischen Kollegen sowie vom italienischen Geschäftsträger auf die von Herrn von Hartwig einem Diplomaten in Belgrad gegenüber getanen Äußerungen* angeredet worden. Der Minister hat auf das entschiedenste erklärt[1], daß Herr von Hartwig eine solche Sprache nie geführt habe[2]: „Vous pouvez dire de Hartwig ce que vous voulez, mais vous ne pouvez pas dire qu'il est un imbécile[3]." Es sei eine Verleumdung, daß Herr von Hartwig Äußerungen getan haben solle, wie sie von ihm erzählt werden. Ich habe Herrn Sasonow erwidert, es sei nicht das erste Mal, daß ich von einer hetzenden Rolle, die Herr von Hartwig in Belgrad spiele, gehört hätte. Ich erwähnte dabei, daß beim Ausbruch des Krieges ein Mitglied einer hiesigen Botschaft einer der Tripelententemächte in Gegenwart eines deutschen Sekretärs von den „agissements de M. de Hartwig" gesprochen habe. Auch sei es immerhin auffallend, daß der Gesandte Rußlands, nachdem seine Regierung den Serben vom Kriege abgeraten habe, als einziger Diplomat den serbischen Kronprinzen beim Ausmarsch in den Krieg ein Stück Weges begleitet habe.

Herr Sasonow wollte dies damit erklären, daß Herr von Hartwig es verstanden habe, sich auf sehr guten Fuß mit den Mitgliedern der serbischen Königsfamilie zu stellen[4]. Schließlich bemerkte ich noch, daß die Äußerungen des Gesandten in dem vor kurzem im „Temps" erschienenen Interview ebenfalls nicht gerade geeignet erschienen, auf die Serben mäßigend einzuwirken. Auch diese Äußerungen suchte der Minister zu entschuldigen, indem er sie als harmlos bezeichnete[5]. Ich möchte aber doch glauben, daß der Umstand, daß vier auswärtige Vertreter die Haltung des Herrn von Hartwig bei ihm zur Sprache gebracht haben, nicht ganz ohne Eindruck[6] auf den Minister geblieben ist[7]. F. Pourtalès

---

am 19. November den Botschaftern der Dreibundmächte geradezu zu verstehen gegeben, Unnachgiebigkeit Österreichs in bezug auf die Wünsche Serbiens könne sowohl bei den internationalen Verhandlungen wie in der öffentlichen Meinung verschiedener Länder ungünstige Bedingungen für die Lösung der albanischen Frage zur Folge haben. Ausdrücklich bat Sasonow, daß England und Frankreich ihn bei einer derartigen Behandlung der albanischen Frage unterstützen möchten. Poincaré, der um diese Zeit vor einem Zusammenstoß mit dem Dreibund zurückschreckte — siehe sein Telegramm nach Petersburg vom 21. November, Au Service de la France, II, 348s. — trat darauf mit einem neuen Vermittelungsvorschlage hervor; vgl. Nr. 12418.

* Vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12363. Über taktlose Äußerungen Hartwigs weiß auch der französische Botschafter in Petersburg Louis in einem Briefe vom 18. November zu berichten. Danach soll Hartwig kurz vorher zu einem seiner Kollegen gesagt haben: „L'affaire de la Turquie est faite. Maintenant c'est le tour de l'Autriche." Ernest Judet, Georges Louis, p. 200.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Si fecisti nega!
[2] ?! darum ist es noch lange nicht wahr!
[3] hat niemand behauptet
[4] !
[5] das ist wirklich harmlos!
[6] ?
[7] ! der weiß alles genau was Hartwig macht!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Hartwig hat nur den „Bogen abgedrückt zu dem Sassonow die Pfeile gespitzt hat". Im übrigen wird die obige Demarche nur den Effekt haben, daß Sassonow Hartwig Vorsicht anräth, und wir nichts mehr von seinen hinter den Coulissen gemachten Intriguen erfahren! Sassonow benimmt sich hierbei gerade so „louche" wie bei Kiderlens Klage über den Großfürsten und sein Verhalten in Nancy: „Il était invité!!!"* Er entschuldigt alles, weil er mitschuldig ist! He is drifting!

Nr. 12418

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 274 Berlin, den 23. November 1912

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg telegraphiert**: „Eine von Herrn Poincaré vorgeschlagene neue Lösung der Adriahafenfrage würde darin bestehen, daß Serbien den Hafen von San Giovanni di Medua erhielte unter der Bedingung, daß es weder Befestigungen dort anlegen noch Kriegsschiffe halten dürfe. Dieser Hafen würde durch einen schmalen, an der Nordgrenze des autonomen Albanien entlang laufenden neutralen Streifen mit Serbien verbunden werden***.

Minister konstatierte mit Befriedigung, daß nach Versicherungen des Herrn Poincaré auch Freiherr von Schoen seine persönliche Ansicht in einem dem Vorschlage sympathischen Sinne geäußert habe."

Ew. bitte ich, sich allen Poincaréschen Vorschlägen betreffend Albanien gegenüber darauf zu beschränken, den Minister nach Wien zu verweisen mit dem Bemerken, daß es lediglich Sache unseres Bundesgenossen sei, darüber zu urteilen, was mit seinen vitalen Interessen vereinbar.

Kiderlen

---

* Vgl. dazu Kap. CCLXIII, Nr. 12256.
** Nr. 285 vom 22. November 1912.
*** Vgl. das Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 22. November 1912 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 354), und das Telegramm Graf Szécsens an Graf Berchtold vom 21. November (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 63f.).

Nr. 12419

Der Botschafter in Wien von Tschirschky, z. Z. in Budapest, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 386 Budapest, den 21. November 1912
[pr. 23. November]

Graf Berchtold bat mich heute früh nochmals zu sich. Er kam auf unsere gestrige Besprechung* zurück und bemerkte, er werde unserer Anregung folgend** die letzte Demarche, die er mit Italien zusammen in Belgrad gemacht habe, den Mächten mitteilen***. Sehr gern würde er auch Eurer Exzellenz Rat folgen, die Einzelheiten des österreichisch-ungarischen Programms in bezug auf die Regelung der Hafen- und der albanischen Frage den Mächten mitzuteilen. Bei näherer Prüfung der Sache habe es sich aber herausgestellt, daß die Hafenfrage eigentlich nur ein Annex der Frage sei, wie in Zukunft die Verhältnisse in Albanien sich gestalten sollten. Hierüber müsse er erst mit Italien ins reine kommen, habe auch schon bezügliche Anregung in Rom machen lassen. Marquis di San Giuliano habe aber bisher darauf nur geantwortet, daß die Sache sehr kompliziert sei und er zunächst die Rückkehr Giolittis abwarten müsse, um dessen Meinung einzuholen.

Eine weitere Schwierigkeit, die sich der Mitteilung eines definitiven Programms Österreichs an die Mächte entgegenstelle, sei die, daß damit die Monarchie jeder Möglichkeit weiterer Verhandlungen und Anpassung seiner Forderungen an die sich stets noch verändernde Lage beraubt werde, während — wie dies zum Beispiel die Haltung Sasonows gegenüber der möglichen Regelung der Hafenfrage mit Serbien beweise — die anderen ihren Standpunkt fortwährend änderten.

Was die Frage der Entsendung des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg anlange, so habe er unter Berücksichtigung der von Euerer Exzellenz dagegen vorgebrachten Bedenken gestern abend seinem Kaiser nochmals eingehenden Vortrag gehalten. Seine Majestät habe sich seine Entschließung noch vorbehalten.

Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 12403.

** Vgl. Nr. 12391.

*** Vgl. Nr. 12403. Auch Botschafter von Jagow meldete am 24. November aus Rom (Nr. 179): „Italien und Österreich wollen die in Belgrad gemachte Demarche — wodurch sie eventuell Besetzung adriatischen Küstenplatzes als nur provisorisch erachten und endgültige Regelung der Bestimmung der Mächte vorbehalten — Berlin, Paris, London, Petersburg mitteilen, um dadurch Schaffung eines Definitivums vorzubeugen."

Nr. 12420

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177 Rom, den 23. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 195*.

Hier wird unbedingt geleugnet, daß italienischerseits entsprechender Vorschlag in Paris gemacht sei. Weder in Unterhaltungen des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten mit Barrère noch Tittonis mit Poincaré sei je von der erwähnten Kombination die Rede gewesen. Alle italienischen Kundgebungen betreffend Albanien seien stets Botschaftern Berlin und Wien behufs Information der Alliierten mitgeteilt worden**.

Jagow

Nr. 12421

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 357 Paris, den 23. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 274***.

Es ist unzutreffend, daß ich Herrn Poincaré gegenüber Gedanken neutralen Streifens und Hafens für Serbien Sympathie bezeugt hätte. Ich habe nur bemerkt, daß Neutralisierung der geplanten Bahnverbindung vielleicht Lösung der Frage bei späterer Regelung erleichtern könnte.

Schoen

Nr. 12422

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 77 Wien, den 23. November 1912

Geheim

Ich konnte soeben den Generalstabschef nach seiner Rückkehr aus Berlin† nur in aller Eile sprechen, da er im Begriff stand, zur Audienz bei Seiner Majestät nach Schönbrunn zu fahren.

* Siehe Nr. 12406.

** In einem weiteren Telegramm Jagows vom 26. November (Nr. 181) hieß es ergänzend: „Minister sagte mir, Vermittelungsgedanken, die Tittoni Freiherrn von Schoen mitgeteilt habe, seien wohl einzeln in Gesprächen berührt und erörtert worden; ein betreffender formulierter Vorschlag sei aber von Italien nie gemacht und ‚couloir' vor allem diesseits nie vorgeschlagen worden."

*** Siehe Nr. 12418.

† Vgl. Nr. 12405 nebst Fußnote ***.

General Schemua äußerte mir gegenüber seine vollste Befriedigung über den stattgehabten Meinungsaustausch und die dabei zutage getretene Übereinstimmung der Ansichten über die Lage.

Er will jetzt versuchen, beim Kaiser durchzusetzen, daß für die Korps XV und XVI in den neuen Provinzen sowie für das XIII. Agramer und VII. Temesvarer Korps die gleichen Maßnahmen angeordnet werden wie in Galizien. Aus einer Bemerkung des Chefs, daß er halbe Maßnahmen in dieser Beziehung nicht liebe, schließe ich, daß er womöglich vom Kaiser die Erlaubnis zu einer partiellen Mobilmachung (Fall Balkan) erwirken möchte. Natürlich ist dafür Vorbedingung, daß zuerst die erhöhten Schutzmaßnahmen in Galizien durchgeführt sind, was noch ein paar Tage dauert. Für die drei galizischen Korps sind auch Reserveoffiziere einberufen.

Armeeinspektor Potiorek in Serajewo hat gestern und heute dringend den Generalstabschef gebeten, für Bosnien-Herzegowina dieselben Maßnahmen zu erwirken wie für Galizien.

Die Donaubrücken in Wien sind unter verstärkten Schutz der Polizei gestellt. In Galizien werden die Bahnobjekte durch aktive Truppen geschützt.

Wie mir der Chef des Evidenzbureaus soeben erzählt, sind die in der anliegenden Nummer der „Reichspost" verbreiteten Nachrichten über russische Mobilmachungsmaßnahmen übertrieben und sollen wohl der Öffentlichkeit die Notwendigkeit der eigenen Gegenschutzmaßregeln in Galizien beweisen.

(gez.) Graf Kageneck

Nr. 12423

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 358 Paris, den 24. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 275*.

Poincaré hatte mir am 20. d. Mts. gesagt, daß ihm der neue Gedanke zur Lösung serbischer Hafenfrage von Herrn Tittoni entwickelt worden, auch habe er durch Herrn Barrère davon gehört, so daß er annahm, Sache sei in Berlin bekannt. Herr Tittoni sagte mir am 21. d. Mts., es handele sich nicht um förmlichen Vorschlag, sondern vorläufig bloß Gedanken, an dessen Zustandekommen er wesentlich beteiligt sei.

Schoen

* Durch Telegramm Nr. 275 war das Telegramm Jagows Nr. 177 (siehe Nr. 12420) nach Paris mitgeteilt worden.

Nr. 12424

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 359 Paris, den 24. November 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 358*.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat nunmehr Auftrag erhalten, hier wissen zu lassen, daß der Plan serbischen Adriahafens und Landstreifen dahin, wenn auch beides neutralisiert, für Österreich-Ungarn nicht annehmbar sei**.

Schoen

Nr. 12425

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 331 St. Petersburg, den 23. November 1912
[pr. 25. November]

Als ich mich Herrn Sasonow gegenüber im Sinne der mir erteilten hohen Weisungen aussprach und dabei unter anderem bemerkte, wir müßten wegen endgültiger Regelung der albanischen Frage Österreich-Ungarns und Italiens Entscheidungen bei der allgemeinen Liquidation abwarten, griff der Minister diese Bemerkung auf und erklärte, daß er ganz derselben Ansicht sei. Er würde es für sehr unrichtig halten, schon jetzt eine einzelne Frage herauszugreifen und sich vorzeitig in derselben festzulegen. Das hindere aber, wie Herr Sasonow hinzufügte, nicht, daß man den Gedankenaustausch über die österreichisch-serbische Differenz fortsetzen könne. Er würde vielmehr der Meinung sein, daß es sehr nützlich wäre, über die Frage vertraulich weiter zu reden; „seulement il faut causer à voix basse." Ich pflichtete dem Minister darin bei, daß es gut wäre, jetzt tunlichst der öffentlichen Diskussion der Frage, über welche die hiesige öffentliche Meinung sich viel zu sehr zu erhitzen beginne, vorzubeugen; was die Fortsetzung des vertraulichen Gedankenaustausches betreffe, so erklärte ich, werde meine Regierung, wie ich glaubte, nichts dagegen einzuwenden haben.

---

* Siehe Nr. 12423.

** Vgl. dazu das Zirkulartelegramm Graf Berchtolds vom 24. November (Österreich-Ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 bis 6. November 1913, S. 67) und das Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 25. November (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 356). Nach Iswolsky hätte Graf Szécsen bei der Ausrichtung seines Auftrages hinzugefügt, daß Österreich seinerseits auf jede außergewöhnliche Handelsbevorzugung verzichte und bereit sei, Serbien eine Eisenbahnverbindung mit einem neutralen Hafen auf albanischem Gebiete sowie die Ermächtigung zur Einfuhr von Waffen und Munition durch diesen Hafen in Friedenszeiten zuzugestehen.

Entschieden beruhigend schien meine Mitteilung zu wirken, daß nach Euerer Exzellenz Ansicht ein vorzeitiges Eingreifen Österreichs gegen serbische kriegerische Operationen nicht zu erwarten sei. Aus der Aufnahme, die diese Mitteilung fand, möchte ich schließen, daß man hier noch immer befürchtet, ein Erscheinen serbischer Truppen an der Küste des Adriatischen Meeres könnte sofortige energische militärische Maßnahmen Österreich-Ungarns zur Folge haben.

Ich hatte schon die Ehre, Euerer Exzellenz zu melden, daß ich bei Herrn Sasonow gestern im allgemeinen eine entschieden mildere und konziliantere Stimmung vorfand als in der vorigen Woche. Verschiedene Anzeichen scheinen mir darauf hinzudeuten, daß diese veränderte Stimmung auf Pariser und Londoner Einflüsse zurückzuführen ist*. Es erscheint aber auch nicht ausgeschlossen, daß, nachdem der Zar nunmehr nach Zarskoje Selo zurückgekehrt ist, Vorträge der Minister entgegennimmt und möglicherweise auch sonst andere Persönlichkeiten sieht wie bisher in Spala, wo der Monarch nur seine militärische Umgebung und andere Jagdgäste sah, der Wind bei Hofe, der in der letzten Zeit etwas kriegerisch zu wehen anfing, wieder umgeschlagen ist, und daß die Rückwirkung hiervon auch bei Herrn Sasonow wahrnehmbar wird.

F. Pourtalès

Nr. 12426

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 332 St. Petersburg, den 23. November 1912
[pr. 25. November]

Herr Sasonow hatte vor einigen Wochen, als beim Beginn des Balkankrieges der Gedankenaustausch zwischen dem Wiener und dem hiesigen Kabinett noch einen sehr vertrauensvollen und freundschaftlichen Charakter

* Vgl. dazu das bereits erwähnte Telegramm Poincarés nach Petersburg vom 21. November, Au Service de la France, II, 348 s. Am 23. teilte Poincaré Iswolsky ein Wiener Telegramm mit, das mit seinem ernsten Hinweis auf die österreichischen Mobilisierungsmaßregeln und den festen Entschluß Deutschlands, zu seinem Bundesgenossen zu stehen, abkühlend auf Sasonow gewirkt haben mag. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 355f. Stärkeren Eindruck mag noch ein Telegramm Graf Benckendorffs vom 24. November (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 594) hinterlassen haben, in dem es hieß: „Ich glaube, daß das äußerst Erreichbare ein neutraler Hafen auf dem Territorium eines autonomen Albaniens sein würde. Welches immer die Stellungnahme Frankreichs sein mag, welche durch unsern Bündnisvertrag bedingt wird, so glaube ich, daß, wenn wir Serbien noch weitergehende Unterstützung zuteil werden lassen, wir die moralische Unterstützung nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs verlieren würden."

trug, meinem österreichisch-ungarischen Kollegen, der ihm erzählt hatte, daß Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph ihm Grüße an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus aufgetragen hätte, nahegelegt, diesen Auftrag persönlich auszurichten, und sich angeboten, die Audienz zu vermitteln. Als nunmehr der Zar vor acht Tagen hierher zurückkehrte, sagte mir Graf Thurn, er sei gespannt darauf, ob Herr Sasonow jetzt noch an sein Anerbieten denken werde. Er selbst sei entschlossen, in der Frage keine Initiative zu ergreifen. Gestern nun teilte mir der Botschafter mit, er habe von Herrn Sasonow die Mitteilung erhalten, daß er für nächsten Dienstag zur Audienz bei Seiner Majestät befohlen sei. Graf Thurn erblickt hierin, wie ich glaube mit Recht, ein günstiges Sympton, welches jedenfalls beweist, daß der Minister nach wie vor bemüht ist, in versöhnlichem Sinne zu wirken.

F. Pourtalès

Nr. 12427

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 333 St. Petersburg, den 23. November 1912
[pr. 25. November]

Nach meinen bisherigen Wahrnehmungen wird es mir schwer zu glauben, daß, wie der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel, wie aus dem mir mit Erlaß Nr. 985 geneigtest mitgeteilten Auszug aus seinem Bericht vom 7. d. Mts.* hervorgeht, anzunehmen scheint, Bulgarien von russischer Seite zum Einmarsch in Konstantinopel ermutigt wird. Jedenfalls dürfte das nach der Meldung des Freiherrn von Wangenheim an dem Botschafter von Giers in dieser Beziehung beobachtete Verhalten nicht im Einklang mit den Ansichten des Ministers stehen.

Herr Sasonow hat wiederholt nicht nur mir, sondern auch meinen Kollegen deutlich zu verstehen gegeben, daß er den Einzug des Königs Ferdinand in die türkische Hauptstadt nicht wünscht. Vom russischen Standpunkt scheint mir dies auch verständlich, und ich bin der gleichen Ansicht bei vielen anderen Russen begegnet. Den Russen kann es nicht sympathisch sein, die Bulgaren ihren ruhmreichen Feldzug gegen die Türken durch den Einzug in Konstantinopel krönen zu sehen, auf welchen sie selbst vor 34 Jahren haben verzichten müssen.

Herr Sasonow hat den russischen Standpunkt, wie ich glaube, richtig und aufrichtig ausgedrückt, als er mir gestern sagte: „Nous préférons que

* Es handelt sich um den Privatbrief Freiherrn von Wangenheims an Kiderlen vom 7. November (siehe Kap. CCLXIV, Nr. 12364), aus dem der Passus, daß der russische Botschafter in Konstantinopel von Giers „zielbewußt und ganz unverhüllt den Einzug der siegreichen Bulgaren in Konstantinopel vorbereite," mittels Erlaß Nr. 985 vom 18. November nach Petersburg mitgeteilt war.

les Bulgares n'entrent pas à Constantinople, mais vous comprenez que ce n'est pas à nous de les en empêcher." Dies dürfte mit anderen Worten heißen: „Wir werden keinen Druck auf die Bulgaren in dieser Beziehung ausüben, wir werden es aber ganz gern sehen, wenn dies von anderer Seite geschieht."

Herr Sasonow äußerte bei dieser Gelegenheit wieder, daß es ihm am liebsten sein würde, wenn bezüglich Konstantinopels und der Meerengen am jetzigen Zustande vorläufig nichts geändert würde.

Ich möchte schließlich noch erwähnen, daß die hervorragenden Leistungen der bulgarischen Armee die Sympathien für die Bulgaren hier keineswegs in dem Maße vermehrt haben, wie man denken sollte. Die Sympathien für die Serben sind in der allerletzten Zeit in verhältnismäßig viel stärkerem Maße hervorgetreten. F. Pourtalès

Nr. 12428

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 134 Bukarest, den 19. November 1912
[pr. 25. November

Herr Majorescu hat sich zu mir bei dem heutigen Diplomatenempfang sehr entschieden gegen den russischen Gesandten in Belgrad, Herrn von Hartwig, geäußert, der dort eine lose Sprache führe, den Grafen Forgách einen Dieb genannt habe, abfällig über Österreich rede und die Serben in ihren Prätensionen bestärke*. Der Konseilpräsident findet, daß die russische Regierung einen eine solche Sprache führenden Gesandten bei der gegenwärtigen ernsten Lage nicht in Belgrad belassen dürfte. Bezüglich des Herrn Paschitsch bemerkte Herr Majorescu, derselbe sei auf derartige Ansichten bei den serbischen Militärs gestoßen, daß er um seine Entlassung habe einkommen wollen. Bei Berührung der Beziehungen zwischen den Balkanstaaten meinte der Minister, es wäre gut, jetzt Differenzen zwischen denselben zu schaffen. Diese könnten leicht zwischen Griechen und Bulgaren sowie zwischen Bulgaren und Serben eintreten. Waldthausen

Nr. 12429

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 23. November 1912
[pr. 25. November]

Bei einem Besuch, den ich gestern Herrn Sasonow abstattete, habe ich den Inhalt Ihres freundlichen Briefes vom 18.d.Mts.**, betreffend den

* Vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12363, sowie Nr. 12417.
** Siehe Kap. CCLXIV, Nr. 12389.

anscheinend von Cambon gemachten Versuch, zwischen Berlin und St. Petersburg Mißtrauen zu säen, eingehend verwertet und dem Minister einen Teil des Briefes wörtlich vorgelesen.

Nach meinem Eindruck hat diese offene Darlegung der Tatsachen auf Herrn Sasonow einen günstigen Eindruck gemacht, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es gelungen ist, das etwa bei ihm erwachte Mißtrauen im Keime zu ersticken. Der Minister bat mich in sehr herzlichen Worten, Ihnen seinen Dank für die Mitteilung sowie für die Kommentare, die ich in Ihrem Auftrage hinzugefügt habe, zu übermitteln. Er fügte hinzu, auch er halte an seinem wiederholt betätigten Wunsch, mit uns vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten, unentwegt fest, und Zwischenfälle wie der vorliegende würden nicht imstande sein, ihn von diesem Wunsche abzubringen. Gute Beziehungen mit Deutschland seien, wie er es seit seiner Amtsführung als Minister bewiesen habe, eine der Richtlinien seiner Politik.

Übrigens habe er bezüglich des in Rede stehenden Zwischenfalls mir gegenüber neulich einige Andeutungen nur deswegen fallen lassen, um mich davon zu überzeugen, daß nicht er die Schuld daran trage, wenn neuerdings die Mächtegruppierungen wieder stärker betont worden seien.

Auf meine Bemerkung: „Evidemment quelqu'un a voulu nous brouiller," erwiderte der Minister lächelnd: „Cela se peut."

F. Pourtalès

Nr. 12430

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 362 Paris, den 25. November 1912

Quai d'Orsay hat heute an Presse beruhigende Parole ausgegeben, sieht aber selbst mit Besorgnis auf täglich zunehmende Spannung internationaler Lage anläßlich serbischer Frage. Man befürchtet österreichisch-ungarisches Ultimatum an Serbien mit militärischer Demonstration. Politischer Direktor äußert zu Diplomaten immer erneut Bedauern, daß zweifellos bei allen Großmächten vorhandener ernstlicher Friedenswillen noch in keiner Initiative zu Lösung der Spannung Ausdruck gefunden. Herr Poincaré sieht in Hinweis auf Konferenz[1] geeignetes Beruhigungsmittel, scheut aber vor erneuter Initiative in Befürchtung, daß derartiger Vorschlag namentlich in Wien auf Argwohn stoßen könnte*.

* Die Wiederaufnahme des schon in einem früheren Stadium von Poincaré in Vorschlag gebrachten Konferenzgedankens hängt eng zusammen mit Eröffnungen, die Kiderlen am 18. November Cambon gemacht hatte und gleichzeitig Fürst Lichnowsky in

Stimmung hier in Publikum, Parlament und Regierung, je kritischer allgemeine Lage, desto deutlicher friedliebend.

Höre zuverlässig, daß der stark nationalistisch gesinnte Herr Doumer* kürzlich aus England zurückkommend sich resigniert geäußert hat, Frankreich sei zu ruhiger Haltung gezwungen, da England sicher neutral bleiben würde**. Schoen

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Cambon redete heute wieder darum herum***, j'ai fait la sourde oreille.

Nr. 12431

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190 London, den 25. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 203†.

Bei meinem heutigen Besuch bei Sir E. Grey brachte ich unter Hinweis auf die bekannten englischen Wünsche die Äußerung des Herrn Sasonow††

London zu machen beauftragt wurde (vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVI). Poincaré besorgte, daß die Mittelmächte die Initiative in der Konferenzfrage an sich reißen und wohl gar Berlin als Konferenzort vorschlagen könnten. Er machte daher in einem Telegramm an Botschafter Louis vom 20. November (Französisches Gelbbuch: Les Affaires Balkaniques, I, 158 s.) Stimmung für Paris als Konferenzort. „Il y aurait intérêt pour la Triple Entente et pour les États balkaniques à ce qu'en effet les nombreuses questions à traiter fussent examinées à bref délai dans une atmosphère favorable." Poincaré ließ Sasonow ersuchen, die Balkanstaaten für Paris zu erwärmen. Er suchte dann Sir E. Grey zu bewegen, offen mit dem Vorschlage, eine Konferenz nach Paris einzuberufen, hervorzutreten. Telegramm an Paul Cambon, 22. November (Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 160). Doch konnte man sich zunächst noch nicht darüber einigen, ob eine formelle Konferenz unter Heranziehung der Balkanstaaten oder vorbereitende Besprechungen der Großmächte am Platze seien. Die Aktenstücke über die Genesis der Londoner Botschafterreunion sind zusammengestellt in Bd. XXXIV, Kap. CCLXV.

* Mitglied der französischen Deputiertenkammer, früherer Finanzminister (1895—96), Generalgouverneur von Indochina (1897—1902) und Präsident der Deputiertenkammer (1902—06).

** Immerhin scheint es in England Kreise gegeben zu haben, die den Zeitpunkt zu einem kriegerischen Vorgehen Englands gekommen erachteten. An demselben 25. November 1912 telegraphierte der russische Gesandte in Sofia Nekljudow an Iswolsky: „Meine Gespräche mit Vertretern der ‚Times' bestärken in mir die Überzeugung, daß in England überaus viele Leute jetzt gerade endgültige Verwicklungen in Europa erstreben, um es zu einem bewaffneten Zusammenstoß der Mächte der Tripelentente mit Österreich und Deutschland kommen zu lassen, da sie die gegenwärtigen Verhältnisse für günstig für die Vernichtung der deutschen Flotte und des deutschen Handels halten." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 359.

*** Vgl. dazu Cambons Telegramm an Poincaré vom 25. November 1912. Französisches Gelbbuch, a. a. O., I, 166.

† Vgl. Nr. 12413, Fußnote.

†† Vgl. Nr. 12413.

zur Sprache und legte nahe, in Petersburg im Sinne größerer Zurückhaltung zu wirken. Der Minister entgegnete, es sei ihm nicht bekannt, daß die russische Regierung sich im Sinne des serbischen Hafens festgelegt habe, im Gegenteil, soweit ihm bekannt, habe sie immer in Belgrad zur Mäßigung und Ruhe geraten. Herr Sasonow habe wahrscheinlich zwischen den übertriebenen serbischen Forderungen und der schroff ablehnenden Haltung Österreich-Ungarns in der Frage des serbischen Adriahafens einen Mittelweg finden wollen, ohne sich auf die Seite der einen oder anderen Partei zu schlagen. Auch ihm, Sir E. Grey, schwebe als mögliche Lösung ein derartiges Kompromiß vor, wobei er diesmal von einem neutralisierten Streifen Landes unter serbischer Kontrolle sprach, der das Meer mit dem Königreich verbände.

Ganz klar schien der Minister mir nicht zu sein über die staatsrechtliche Form seines Vorschlags, auch wiederholte er, daß er vorläufig nicht endgültig Stellung zu der Frage nehmen wolle und die Regelung der ganzen Angelegenheit am besten nach Friedensschluß im Zusammenhang mit den übrigen Fragen zu erfolgen habe.

Sir E. Grey, den ich darauf hinwies, daß die britische und deutsche Regierung durch die Gemeinsamkeit verbunden seien, den Frieden zu erhalten und alles zu vermeiden, was die Lage verschärfen könne, stimmte meiner Auffassung vollkommen bei und erklärte, nach wie vor in diesem Sinne wirken zu wollen. Er faßt übrigens die Lage ohne jede Nervosität und durchaus optimistisch auf und erklärte die russischen und österreichischen Rüstungen als lediglich vorbereitende Maßnahmen. Er hofft, wenn es gelungen sei, zwischen Türken und Bulgaren den Frieden zu schließen, die dann noch übrigbleibenden Fragen zwischen den Großmächten friedlich erledigt zu sehen. Als solche betrachtet er, wie bereits berichtet, die Frage der Inseln, Albanien und den serbischen Hafen und meint, daß man im übrigen den Abmachungen der Kriegführenden stillschweigend zustimmen könne. Auch erzählte er, er habe den Türken geraten, nicht erst über einen Waffenstillstand, sondern gleich über den Frieden zu verhandeln, da letzterer die Tschataldjalinie nicht in sich schlösse, während der Waffenstillstand daran gescheitert sei, daß die Türken es ablehnten, durch Überlassung derselben sich dem Sieger wehrlos zu überantworten.

Was die ägäischen Meerinseln beträfe, so werde England keine Ansprüche erheben, solange dies nicht von seiten einer der anderen Großmächte geschehe. Der Minister schien mir geneigt zu sein, einen Teil der Inseln den Griechen zu überlassen. Was mit Mazedonien geschehe, erklärte er, sei ihm gleichgültig.

Lichnowsky

Nr. 12432

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 397 Paris, den 24. November 1912
[pr. 26. November]

Nicht allein in der hiesigen Presse, sondern auch an Regierungsstelle wird eine Konferenz zum Abschluß der Orientkrisis immer mehr als etwas nahezu Selbstverständliches hingestellt. Ich bin wiederholt sowohl bei dem Ministerpräsidenten wie bei dem Politischen Direktor am Quai d'Orsay gesprächsweisen Äußerungen begegnet, die keinen Zweifel darüber lassen, daß man hier eine Konferenz, wenn nicht sogar einen Kongreß, für unumgänglich hält, um die aus dem Präliminarfrieden sich ergebende Neugestaltung der Karte Europas nachzuprüfen und die mannigfachen damit zusammenhängenden Fragen zur Lösung zu bringen. Der Hinblick auf eine Konferenz liegt auch dem von Herrn Poincaré auf diplomatischem Wege sowohl wie kürzlich bei einer Bankettrede geäußerten Wunsche zugrunde, daß keine Macht durch verhängnisvolle einseitige Entschlüsse der Regelung der Streitfrage wegen der serbischen Ansprüche vorgreifen möge. Überdies hat Herr Poincaré noch vor wenigen Tagen meinem österreichisch-ungarischen Kollegen geäußert, seine seinerzeitige Anregung einer Konferenz sei zwar von einigen Mächten als verfrüht bezeichnet, indessen nicht förmlich abgelehnt worden; ebenso habe er sie nicht förmlich zurückgezogen, so daß er sie jederzeit wieder aufnehmen könne[1].

Der Gedanke einer Konferenz ist auch im Kreise meiner Kollegen vielfach in einer Weise besprochen worden, die darauf schließen läßt, daß die Regierungen, die sie vertreten, die Konferenz als unvermeidlich betrachten. Auch mein österreichisch-ungarischer Kollege glaubt, daß man um eine Versammlung um den grünen Tisch nicht herumkommen werde; die zu lösenden Fragen seien zu zahlreich und zu verwickelt, um in Erörterungen von Kabinett zu Kabinett völlig erledigt werden zu können, so sehr auch eine möglichst weitgehende vorherige Verständigung erwünscht erscheine. Auch geht die allgemeine Meinung dahin, daß die Balkanstaaten an der Konferenz teilzunehmen haben würden. Interessant ist, daß, wie ich einer vertraulichen Äußerung meines spanischen Kollegen* entnehme, auch Spanien sich um Teilnahme an der Konferenz bewerben zu wollen scheint. Spanien, meinte Herr Perez Caballero, sei zwar nicht Kongreßmacht, würde nun aber ungern beiseite stehen wollen, da es doch Interessen nicht nur im westlichen, sondern auch im östlichen Mittelmeer habe; auch würde es als gewissermaßen neutrale Macht nützliche Vermittelungsrollen übernehmen können.

Scheint hiernach bezüglich der Konferenz an sich ziemliche Einmütigkeit zu bestehen, so gehen die Ansichten über den Ort derselben auseinander. Einige Kollegen meinen, Paris sei der gegebene Platz schon deshalb, weil die erste Anregung von hier ausgegangen, auch Herr Poincaré

* J. Perez Caballero.

verdienstvoll die Führung zur Herstellung des europäischen Konzerts übernommen hatte. Bei einzelnen Kollegen, so namentlich bei Herrn Tittoni und noch mehr bei Herrn Iswolsky, mag hierbei der eigene Wunsch mitsprechen, auf der Konferenz eine Rolle zu spielen[2]. Bei dem englischen Botschafter scheint diese Ambition nicht vorhanden zu sein. Sir Francis Bertie ist zu bequem geworden, um sich eine besondere verantwortungsvolle Arbeitslast zu wünschen, auch hat er seither nur geringes persönliches Interesse an der Balkankrisis genommen. Mein österreichisch-ungarischer Kollege würde einem neutralen Ort, in erster Linie dem Haag, den Vorzug geben, oder, wenn diese Stadt nicht in Betracht kommen könnte, weil Holland nicht teilnehmende Macht ist, London. Graf Szécsen meint, bei den Engländern könne man eines fair play, das heißt einer von Einflüsterungen und Hintertürenpolitik unabhängigen Leitung der Beratungen, sicherer sein als bei den Franzosen. Herr Poincaré habe sich doch bisher wenig selbständig gegenüber russischen Einwirkungen gezeigt, auch sei seine Selbstgefälligkeit so groß, daß sie ihn nur zu leicht verleiten dürfte, anstatt dem Verdienste des ehrlichen Maklers persönlichen Erfolgen und politischen Gewinnen der Tripelentente nachzustreben.

Ich teile durchaus die Bedenken meines österreichisch-ungarischen Kollegen gegen Paris als Konferenzort. London scheint mir allerdings kaum in Frage kommen zu können, schon deshalb, weil Sir Edward Grey, der nicht französisch spricht, zum Vorsitz nicht bereit sein dürfte.

Es scheint hie und da in nichtdiplomatischen Kreisen der Gedanke befürwortet zu werden, es könnte für die deutsch-französischen Beziehungen von Vorteil sein, daß wir den Franzosen die Konferenz in Paris anbieten, um dadurch ihre freundliche Dankbarkeit zu gewinnen. Ich glaube nicht, daß diese Idee ernste Beachtung verdient. Zwischen uns und Frankreich liegen Dinge, die nicht durch Freundlichkeiten hinweggeschafft werden können.. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß Liebenswürdigkeiten die Stimmung der Franzosen gegen uns nur oberflächlich und vorübergehend günstig zu beeinflussen vermögen. Herrn Poincaré zu persönlichen Erfolgen zu verhelfen, ihm die Stellung als leitender Staatsmann zu befestigen oder gar die Wege ins Elysée zu ebnen, haben wir noch weniger Anlaß. Er ist, schon als Lothringer, nicht unser Freund, und seine Politik ist nicht von dem Gedanken beseelt, die Kluft zwischen Frankreich und uns zu überbrücken, sondern eher, sie zu vertiefen[3].

Übrigens wird mir von beachtenswerter Seite versichert, Herr Poincaré selbst spreche sich in vertrautem Freundeskreise gegen Paris als Konferenzort aus. Er habe keine Neigung, die Leitung zu übernehmen, die besondere diplomatische Schulung erfordere und wenig Dank einbringen dürfte.

v. Schoen

Randbemerkungen von Kiderlens:

[1] Hat mir Cambon wörtlich auch so gesagt

[2] gerade deswegen können wir uns auf Paris nicht einlassen

[3] richtig

Nr. 12433

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 780 Berlin, den 25. November 1912

Ew. wird ebenso wie mir aus der Presse bekannt geworden sein, daß kürzlich der Chef des österreichischen Generalstabs General Schemua in Berlin zum Besuche des diesseitigen Generalstabschefs eingetroffen ist.

Wir haben gegen diesen Besuch nichts einzuwenden. Ew. bitte ich aber, gelegentlich dem Herrn Grafen Berchtold in freundschaftlicher Weise zu bemerken, daß es uns erwünscht gewesen wäre, wenn die Kaiserliche Regierung nicht erst nachträglich durch die militärischen Behörden von der Anwesenheit des österreichischen Generalstabschefs informiert worden wäre, nachdem sie dem hiesigen Generalstabschef durch ein Telegramm, Seiner Majestät dem Kaiser durch den österreichisch-ungarischen Militärattaché gemeldet war.

Derartige Besuche haben, wenn sie wie der des Generals Schemua öffentlich erfolgen, zweifellos auch eine politische Bedeutung, und wir glauben, daß die politischen Rücksichten der Kaiserlichen Regierung den Anspruch geben, von solchen Besuchen zum mindesten informiert zu werden.

Kiderlen

Nr. 12434

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 78 Wien, den 25. November 1912

Die vorgestrige Audienz des Generalstabschefs beim Kaiser hat den Erfolg gehabt, daß nunmehr auch die beiden bosnisch-herzegowinischen Korps XV und XVI sowie XIII, Agram und VII, Temesvar auf den erhöhten Friedensstand gebracht werden.

Die beiden Korps in den neuen Provinzen kommen durch den Umstand, daß bei ihnen die ausgedienten Mannschaften auch nach eben erfolgter Einstellung der Rekruten nicht entlassen worden sind, auf einen Stand von rund 200 Mann, die Korps XIII und VII auf 170 Mann pro Kompagnie. — Die Korpsoffizierschulen sind zum Teil aufgelöst. Die von der Kavallerie dorthin abkommandiert gewesenen Offiziere sind zu ihren Truppenteilen einberufen worden. Die k. und k. Heeresverwaltung ist, wie ich unter der Hand höre, vor allen Dingen bemüht, dem zurzeit noch niederen Stand an Feldartillerie pro Infanterietruppendivision (36 Geschütze) durch Improvisationen abzuhelfen. Es soll vorläufig pro Feld-

artillerieregiment eine Batterie neu aufgestellt werden. Die Bespannungen werden durch freihändigen Ankauf aufgebracht. Für die Mannschaft soll, mit Ausnahme der Richtkanoniere, auf ausgediente Infanteristen zurückgegriffen werden. Hoffentlich rächt sich auf diesem Gebiete nicht zu sehr die parlamentarische Verschleppung der Wehrreform. Rund 1000 neue Feldkanonen liegen ja bekanntlich im Wiener Arsenal brach mangels Bedienung.

In der Marinesektion erfahre ich, daß die Donauflottille fertig ausgerüstet in Budapest vertäut liegt und nur des Befehls harrt zum Auslaufen donauabwärts. Bei eventuellem Eisgang der unteren Donau würden nur die älteren Patrouillenboote gefährdet sein. Die in die Levante entsendete k. und k. Eskadre hat bis auf zwei Schiffe Befehl erhalten, in die Adria zurückzukehren.

Im Evidenzbureau hat man heute Nachricht, daß Serbien die Rückbeförderung von Divisionen aus Mazedonien einleitet. Ich habe nach meinem Besuch im Kriegsministerium heute den Eindruck gewonnen, als ob man zu einer Aktion gegen Serbien entschlossen sei. Man würde sehr ungern die für die besonderen Maßnahmen in Nord und Süd erforderlichen Millionen Kronen ausgeben müssen, ohne reinen Tisch an der Südgrenze gemacht zu haben. Nur über die Schwierigkeiten, den richtigen Zeitpunkt dafür zu wählen, besteht keine Unklarheit. Vom politischen Standpunkt aus gebietet die Vernunft, die guten Beziehungen zu Bulgarien nicht dadurch zu gefährden, daß man jetzt über Serbien herfällt und dieses zwingt, auch die serbischen Zernierungstruppen vor Adrianopel zurückzuziehen. Dadurch käme Bulgarien in eine noch schwierigere Lage. Andererseits ist es für eine österreichisch-ungarische Invasionsarmee vorteilhafter, wenn sie den Feind schon im nördlichen Serbien vorfindet. Je weiter eine k. und k. Armee gegen Nisch vordringen muß, desto geringer die Möglichkeit, von diesen Truppen wenigstens einen Teil als zweite Staffel dem Aufmarsch in Galizien folgen zu lassen.

Hiesige Morgenblätter bringen die (für die öffentliche Meinung sehr erwünschte) Nachricht, Japan mobilisiere zum Schutz Chinas gegen Rußland. Im Evidenzbureau hat man durch Anfrage beim Ministerium des Äußern die Nichtigkeit dieser Gerüchte festgestellt.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12435

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 79 Wien, den 26. November 1912
Geheim

Die Schwadronen der vier in Galizien dislozierten Kavalleriedivisionen Nr. 4, 6, 7 und 8 sind durch Einberufung von zwei Reservistenjahrgängen

auf 150 Reiter und Urlauberpferde (ohne die Rekruten) gebracht worden. Derselbe Stand ist angeordnet für diejenigen im Innern der Monarchie untergebrachten Kavallerieregimenter, welche im Fall eines Alarms sofort per Bahn nach Galizien transportiert werden.

Die für die galizischen Korps I, X und XI angeordneten Verstärkungsmaßnahmen werden mit dem 26. November durchgeführt sein. Bei den vier südlichen Korps (VII, XIII, XV und XVI) ist als Abschluß der 1. Dezember anzunehmen.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12436

Der Militärattaché in Paris Major von Winterfeldt an den Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke

Eigenhändige Abschrift

Nr. 386

Paris, den 24. November 1912
[pr. 26. November]

Euer Exzellenz überreiche ich anliegend einen Bericht über weitere Vorsichtsmaßregeln der Franzosen aus Anlaß der Balkankrisis*, den ich mit Genehmigung des Herrn Botschafters nicht als „Militärbericht" einreichen möchte. Ich bitte, die Gelegenheit benutzen zu dürfen, um darzulegen, in welchem Sinne ich in den letzten Wochen über die hiesigen Vorgänge berichtet habe: Ich habe wiederholt hervorgehoben, daß meiner Ansicht nach in Frankreich weder die Regierung noch die sonst verständigen Kreise einen Krieg herbeisehnten oder gar daran dächten, ihn mutwillig hervorzurufen. Wohl aber würde hier mit der Möglichkeit gerechnet, daß Frankreich in einen Konflikt hineingezogen werden könnte, und für diesen Fall träfe man diejenigen Vorsichtsmaßregeln, die sich ohne Provokation und ohne zu große Beunruhigung des Publikums durchführen ließen. Was mir über derartige Maßregeln, die somit nicht der Kriegslust, sondern der Vorsicht entspringen, teils als bestimmte Nachrichten, teils als Gerüchte und Indizien bekannt geworden ist, habe ich pflichtgemäß gemeldet, dabei aber betont, daß in solchen Zeiten manches erfunden und übertrieben würde, daß daher die Nachrichten von mir mit Vorbehalt weitergegeben würden und der Nachprüfung bedürften.

Andererseits habe ich — und zwar in der festen Überzeugung, mich nicht zu täuschen, darauf hingewiesen, daß das Selbstbewußtsein der Franzosen seit geraumer Zeit erheblich zugenommen hat und noch in letzter Zeit durch die Vorgänge im Balkan und die dort angeblich erlittene militärische Blamage der Deutschen neu genährt worden ist. Bei einem impulsiven Volke, wie es die Franzosen sind, spielen derartige Stimmungen

* Siehe Anlage.

— ob sie berechtigt sein mögen oder nicht — eine gewisse Rolle, und ich halte mich für verpflichtet, solche Imponderabilien nicht zu übersehen. Daß auch die Regierung des Herrn Poincaré sich durch starkes Selbstbewußtsein hervortut, hatte ich in meinen Militärberichten nicht zu besprechen, glaube es aber hier erwähnen zu dürfen.

Ich nehme als selbstverständlich an, daß der Generalstab an der Hand eines reichlichen Materials in der Lage ist, nachzuprüfen, inwieweit das, was mir hier über französische Vorsichtsmaßregeln zu Ohren kommt, den Tatsachen entspricht. Ich werde auch fernerhin alle derartigen Nachrichten sammeln, halte es aber, wie die Dinge zu liegen scheinen, für zweckmäßiger, wenn ich bis auf weiteres meine Meldungen über diesen Gegenstand nicht in Form von Militärberichten, sondern als direkte Berichte an Euer Exzellenz und an Seine Exzellenz den Herrn Kriegsminister abstatte.

Auf Wunsch des Herrn Botschafters, dem ich dieses Schreiben vorgelegt habe, füge ich noch hinzu, daß Exzellenz von Schoen mit meinen Äußerungen und meiner Auffassung völlig einverstanden ist und alle Nachrichten und Berichte der letzten Zeit stets mit mir besprochen hat sowie in demselben Sinne nach Berlin berichtet hat wie ich.

Dem Herrn Kriegsminister wie dem Herrn Botschafter reiche ich eine Abschrift dieses Schreibens ein. von Winterfeldt

Anlage

Paris, den 23. November 1912

Durch eine zuverlässige Quelle ist in den letzten Tagen festgestellt worden, daß in den französischen Garnisonen der Ostgrenze ein für die jetzige Jahreszeit auffallend reges militärisches Leben herrscht. Es finden Übungen mit allen Waffen unter Mitwirkung der Rekruten statt, Pferde- und Fahrzeugmusterungen werden abgehalten. Es sind Leute beobachtet worden, die in den Ortschaften anscheinend mit dem Austragen von Gestellungsbefehlen an Fuhrleute, mit dem Zählen von Pferden und dergleichen beschäftigt waren. Diese Angaben sollen noch nach Möglichkeit nachgeprüft werden. Daß Reservisten eingezogen sind, konnte festgestellt werden, nicht aber, in welchem Umfange und von welchen Jahresklassen. Heute meldet übrigens die „France militaire", daß das 15. Artillerieregiment in Douai 250 Reservisten zu einer 17tägigen Übung erhalten habe. Dieselbe Nummer der „France militaire" enthält einige Nachrichten aus Belfort, die im jetzigen Zeitpunkt Beachtung verdienen. Ein Dolmetscher des Beurlaubtenstandes hält dort im cercle militaire deutsche Konversationsstunden mit den Offizieren der Garnison ab. Etwa 30 Offiziere verschiedener Waffen, die im Verpflegungsdienst ausgebildet werden, haben während zweier Tage alle Magazine und Verpflegungsanstalten von Belfort besichtigt. Der Gouverneur von Belfort hat mit den Rekruten des 9. Feldartillerie-Regiments am 20. und 22. November Scharfschießen

abhalten lassen. In Besançon hat der Korps-Generalarzt des 7. Armeekorps mit den Sanitätsoffizieren der Garnison an der Hand der Karte eine Besprechung über Kriegssanitätsdienst abgehalten. Der Marineattaché der Botschaft* hat gestern auf der Gare de Lyon etwa ½ Dutzend Sanitätsfahrzeuge auf offenen Güterwagen verladen stehen sehen. Alle derartigen Maßregeln und Übungen können selbstverständlich auch in den ruhigsten Zeiten zum Zweck der Ausbildung vorgenommen werden. Sie sind auch jetzt wohl nicht als eigentliche Mobilmachungsmaßnahmen oder gar als Anzeichen für aggressive Absichten der französischen Regierung aufzufassen, wohl aber als Vorsichtsmaßregeln, die getroffen werden, damit im Notfalle alles klappt. Es ist gewiß kein Zufall, wenn heute die „France militaire" eine Broschüre ankündigt, die den Titel trägt „Les devoirs des maires en cas de mobilisation générale", und wenn die „armée territoriale" ein Verzeichnis der Gegenstände bringt, die der Offizier mit ins Feld zu nehmen hat.

Mein spanischer Kollege**, der seit fünf Jahren hier ist und gut beobachtet, sagte mir gestern, es unterliege nicht dem geringsten Zweifel, daß die französische Regierung, um nicht durch die Ereignisse überrascht zu werden, alle Vorsichtsmaßregeln träfe, die sich durchführen ließen, ohne das Ausland zu provozieren oder die öffentliche Meinung im eigenen Lande mehr wie nötig zu alarmieren.

Mein italienischer Kollege*** teilt mir mit, daß an die Truppenteile die Anweisung ergangen wäre, die Ausbildung der Rekruten möglichst zu beschleunigen, damit sie schon in einigen Wochen bereit sein könnten, mit auszurücken.

Soeben war ein hier lebender deutscher Bankier bei mir, um mir mitzuteilen, daß auf seinem Bureau einige Aufregung herrsche, weil ein Verwandter eines seiner Angestellten, ein Mann in den Vierzigern (also anscheinend zur Reserve der Territorial-Armee gehörend) eine Einberufungsordre erhalten habe, der er innerhalb von drei Tagen Folge zu leisten hätte. (Bahnschutz?)

Das chauvinistische Hetzblatt „Paris-midi" hat sich übrigens neulich mit der Frage beschäftigt, was im Falle eines Krieges mit den 180000! Deutschen in Paris zu geschehen haben würde. Selbstverständlich könne keine Rede davon sein, diese gefährlichen Elemente in ihre Heimat zu entlassen. Sie sämtlich als Spione zu füsilieren, würde (leider) auch nicht gut gehen, sie auf Staatskosten in Gefängnissen durchzufüttern, erscheine aber ebenfalls unangebracht. Am besten würde es also sein, die Deutschen in den verschiedenen Betrieben, die durch die Mobilmachung von Arbeitskräften entblößt sein würden, als Arbeiter zu beschäftigen, selbstverständlich unter strenger Aufsicht! Mit solcher Kost wird hier von gewissenlosen Sensationsblättern in ernster Zeit das „feu sacré" des französischen Publikums gespeist.

von Winterfeldt

---

* Korvettenkapitän Freiherr von Bibra.
** Oberstleutnant de Rivas.
*** Oberstleutnant Zaccone.

Nr. 12437

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 205 Berlin, den 26. November 1912

Ew. wollen Sir E. Grey persönlich bei nächster Gelegenheit sagen, daß anscheinend noch immer Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn sowohl in Petersburg als in Paris bestehe, als ob die österreichisch-ungarische Monarchie in die Kriegsoperationen Serbiens in Albanien eingreifen werde. Wir hofften, daß Sir E. Grey den wiederholten Versicherungen Vertrauen schenken werde, daß unsere Verbündeten dem von ihm ausgesprochenen Gedanken entsprechend die Reglung der albanesischen und adriatischen Frage auf den Moment der Reglung der allgemeinen Friedensfrage verlegt haben*.

Ganz vertraulich wollen Ew. hinzufügen, daß die nicht abzuleugnende Beunruhigung der öffentlichen Meinung auf militärische Maßnahmen zurückzuführen seien, die in Rußland ergriffen würden. Wir hätten ebenso wie Österreich-Ungarn den verschiedenen „Probemobilmachungen" Rußlands während des Sommers mit ruhigem Blute zugesehen, obgleich sie mit auffallenden Demonstrationen des russischen Großfürsten Nikolaus in den französischen Befestigungen an unserer Grenze** koinzidiert hätten. Neuerdings habe Rußland seine ausgedienten Mannschaften gewohnheitswidrig unter den Fahnen behalten und Dislokationen nach unserer und unseres Verbündeten Grenzen hin unternommen. Wir wollten auch heute noch nicht an einen aggressiven Charakter erneuter russischer militärischer Maßregeln an unserer und der österreichischen Grenze glauben. Wir könnten Österreich-Ungarn nicht unrecht geben, wenn es gewisse rein defensive Gegenmaßregeln ergreife. Wir hätten aber trotz unserer damit eventuell gefährdeten Sicherheit von solchen Maßregeln bei uns abgesehen, um die Situation auch nicht scheinbar zu verschärfen. Die Gefahr liege aber vor, daß weitere russische militärische Maßnahmen weitere österreichische Maßregeln herbeiführten und dadurch eine Spannung entstehe, die zu einer Entladung führen könne, ohne daß unvereinbare ernste Interessen auf beiden Seiten eine solche auch nur erklärlich erscheinen lassen würden.

Eine Anfrage seitens der Beteiligten über die Bedeutung militärischer Maßnahmen hieße Öl ins Feuer gießen, und wir würden uns daher einer solchen streng enthalten.

---

* Auch Marquis di San Giuliano hielt sich um die gleiche Zeit vergewissert, daß Österreich von allen aktiven Maßregeln gegen die Serben absehen werde, selbst wenn diese Durazzo besetzen sollten. Telegramm Iswolskys an Sasonow, 26. November 1912. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 360.

** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11599 nebst Fußnote.

Es würde aber nützlich und vielleicht möglich sein, von London aus beschwichtigend auf Petersburg zu wirken; wir würden, wenn Rußland keine weiteren Maßregeln ergreife, auch auf unsere Bundesgenossen kalmierend einwirken können. Es wäre bedauerlich, wenn lediglich aus gegenseitigen militärischen Maßnahmen, mit denen Rußland allerdings begonnen habe, eine ernstliche Gefährdung des europäischen Friedens entstehen würde.

Kiderlen

Nr. 12438

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 192 London, den 26. November 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 205*.

Habe morgen Besprechung mit Sir E. Grey nach gemeinsamem Frühstück bei Herrn Asquith, werde mich dabei Auftrags entledigen.

Gestern sagte mir mein russischer Kollege, russische militärische Maßnahmen finden deshalb statt, weil Mobilmachung in Rußland so viel langsamer vor sich gehe wie in Österreich und namentlich in Deutschland**. Man müsse sich eben auf alle Fälle bereit halten. Herr Sasonow sei durchaus friedlich und habe hier serbischen Gesandten überaus schroff angefahren und sich über serbische Anmaßungen beschwert. In seinem Charakter liege es, sich leicht zu ereifern und dann sich schärfer auszusprechen, als er wirklich meinte. Es sei daher leicht möglich, daß er sich gegen fremde Diplomaten über die gegenwärtige Krisis in einer Form geäußert, die nicht dem beabsichtigten Eindruck entspräche.

Graf Benckendorff, mit dem ich verwandt bin, und der mir hier besonders vertrauensvoll entgegentritt***, sieht die Gefahr der Lage nicht

---

* Siehe Nr. 12437.

** Vgl. dazu das Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 23. November 1912: „Man fürchtet hier" — Graf Benckendorff hat den Unterstaatssekretär Sir A. Nicolson im Auge —, „daß die von uns getroffenen militärischen Maßnahmen größeren Umfang als die österreichischen haben. Man gibt zu, daß dies nötig sein kann. Aber dieser Eindruck ist bedauerlich."

*** Auf diese gelegentliche Betonung seines verwandtschaftlichen Verhältnisses zu Graf Benckendorff erhielt Fürst Lichnowsky von Kiderlen einen zur Vorsicht mahnenden Privatbrief. Der vom 28. November datierte Brief lautete: „Daß Ihr Vetter Graf Benckendorff auf gute Beziehungen zu Ihnen Wert legt, will ich gern glauben. Ich möchte Ihnen aber doch empfehlen, seine Eröffnungen mit einiger Vorsicht aufzunehmen und insbesondere in Ihren Mitteilungen an ihn Reserve zu beobachten. Der Botschafter hat, wie es scheint, zwei Seelen in seiner Brust. So wissen wir aus sicherer Quelle, daß er eine sehr verschiedene Sprache führt, je nachdem er sich mit Grey oder Nicolson unterhält." Schon am 9. Dezember mußte Kiderlen von neuem warnen: „Ew. bitte ich erneut

so sehr in der serbischen Frage, über die man sich wohl einigen werde, als in der Möglichkeit neuer türkischer Erfolge. Nach allen ihm aus Rußland zugegangenen Nachrichten befürchtet er für diesen Fall einen Druck der öffentlichen Meinung zugunsten der Balkanstaaten bezw. gegen Österreich, dem keine Regierung werde widerstehen können. Das Schreckgespenst der Revolution sei keineswegs abgetan. Jede russische Regierung fürchte sich vor derselben. Es sei daher schwer, unbedingt mit den amtlichen Kreisen zu rechnen, und unmöglich zu sagen, wer eigentlich die Geschicke des Reiches in der Hand habe.

Ich hatte den Eindruck, daß die Ausführungen des Grafen, der auf gute Beziehungen zur deutschen Vertretung Wert legt, aufrichtig waren und auf genauer Kenntnis der Verhältnisse beruhen. Sie dürften daher Beachtung verdienen.

Lichnowsky

Nr. 12439

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 288 St. Petersburg, den 26. November 1912

Italienischer Geschäftsträger, der Herrn Sasonow gestern sah, teilt mir mit, daß er ebenfalls „radikalen" Umschwung in Sprache Ministers* konstatiert habe.

Sasonow hat dem Marquis Toretta erzählt, man sei in Belgrad zur Erkenntnis gelangt, daß der Hafen von San Giovanni di Medua als Handelshafen keinen Wert habe. Die serbische Regierung habe sich infolgedessen hierher mit der Bitte um Rat gewandt, wie sie sich weiter verhalten soll. Sasonow hat geraten, Serbien möge fortfahren, seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit anzustreben, dabei aber vermeiden, zu Mitteln zu greifen, welche Lage komplizieren könnten**. Minister hat dem italie-

---

um größte Zurückhaltung gegenüber Graf Benckendorff, der Ihre Äußerungen in Petersburg gegen uns ausnützt, so eine Äußerung des Erstaunens Ew. über die Reichstagsrede des Reichskanzlers." Über letztere vgl. Nr. 12474, Fußnote**.

* D. h. diesmal in friedlichem Sinne.

** Im gleichen Sinne äußerten sich nach einem Telegramm des serbischen Gesandten in Bukarest Ristitsch vom 26. November (Weißbuch, betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, S. 108) die dortigen Gesandten Rußlands und Frankreichs: „Die Gesandten Rußlands und Frankreichs raten als Freunde Serbiens, man solle es in der Frage des Ausgangs zur Adria nicht zum äußersten treiben; denn wenn dieserhalb eine europäische Verwicklung eintreten sollte, so setzten wir die bisherigen ungeheueren Errungenschaften aufs Spiel. Sie meinen, man solle sich mit Garantien für die unbeschränkte freie Benutzung eines Adriahafens begnügen, und die Zeit würde schon kommen, wo man einen solchen auch zu eigen erhalten werde. Es sei besser, sagten sie mir, abzuwarten, daß Serbien, welches mindestens zweimal so groß würde, als es bisher

nischen Geschäftsträger Überzeugung ausgesprochen, daß sich ein Weg finden lassen werde, um serbische Wünsche, soweit sie berechtigt seien, etwa durch einen zu neutralisierenden Hafen und neutrale Bahn zu befriedigen. Es komme nur darauf an, daß Serbien die Benutzung des Hafens und der Bahn „jederzeit und unter allen Umständen" gewährleistet werde.

Marquis Toretta will bestimmte Anzeichen dafür haben, daß veränderte Haltung hiesigen Kabinetts hauptsächlich auf französische Einflüsse zurückzuführen ist. Pourtalès

Nr. 12440

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Wien, den 26. November 1912

Graf Thurn berichtet über eine Unterredung mit Sasonow, daß er den Minister in konzilianterer Stimmung gefunden habe. Zunächst habe Sasonow allerdings wieder für den Vorschlag plädiert, Serbien einen Landstreifen südlich von Skutari, also längs der zukünftigen montenegrinischen Grenze, und nach dem Hafen von Giovanni di Medua zu geben. Bei dieser Lösung der Frage werde dem Wunsche Österreichs Rechnung getragen, das eine Zweiteilung Albaniens vermieden sehen wolle. Nachdem Graf Thurn die dieser Lösung entgegenstehenden Bedenken vorgebracht, hat Herr Sasonow schließlich bemerkt, er freue sich, daß über die Serbien betreffenden Fragen russische Regierung rein sachlich verhandelt und diese Sache nicht auf das gefährliche Gebiet einer Prestigefrage geschoben worden sei. Tschirschky

Nr. 12441

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 289 St. Petersburg, den 26. November 1912

Graf Thurn ist sehr befriedigt über seine heutige Audienz beim Zaren. Seine Majestät berührte alle politischen Fragen und zeigte sich außerordentlich versöhnlich und entgegenkommend. Kaiser anerkannte

war, sich kräftige und sammle, um möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse zu erwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen. Anderen Falles wird Europa, wenn ein europäischer Krieg eintritt, für die Katastrophe, die erfolgen wird, uns (nämlich Serbien) verantwortlich machen."

bisherige maßvolle Haltung Österreich-Ungarns und befürwortete Fortsetzung ruhigen Gedankenaustausches über Frage serbischer Wünsche, durch welche nach seiner Überzeugung am besten ein sowohl Serbien als Österreich-Ungarn befriedigendes Ergebnis erreicht werden würde*. Pourtalès

---

* Am 30. November überreichte Botschafter Graf Szögyényi im Auswärtigen Amt einen Bericht des Botschafters Graf Thurn vom 26. November über seine Audienz. Es heißt in dem Bericht u. a.:
„Seine Majestät besprach zunächst die Kriegsereignisse und die verblüffenden Erfolge der Verbündeten und äußerte die Hoffnung, daß es nun bald zu einem Friedensschluß kommen werde, der allerdings noch einer gewissen Revision durch die Großmächte bedürfen werde.
Seine Majestät der Kaiser sagte weiter, man sei hier im Anfange sehr besorgt gewesen, daß die Monarchie aktiv in den Balkankonflikt eingreifen werde, eine Besorgnis, die aber durch das ruhige und konziliante Verhalten derselben zerstreut worden sei.
Kaiser Nikolaus kam sodann auf die mutmaßlichen Ergebnisse des Krieges und insbesondere die Wünsche der Serben zu sprechen. Ich führte hier die Gründe aus, welche es uns bei allem Wohlwollen für Serbien und aller Anerkennung seiner berechtigten Wünsche nach einem wirtschaftlichen Debouche unmöglich machen, der Besitzergreifung eines albanesischen Hafens oder eines dahinführenden Terrainstreifens durch Albanien zuzustimmen. Auf die Frage, ob diese Bedenken sich auch auf einen unbefestigten, neutralisierten Handelshafen erstrecken würden, erwiderte ich mit dem Hinweise auf die vertragsmäßig verbotenen und doch bestehenden Donaubefestigungen. Territorium mit rein albanesischer Bevölkerung Serbien zuzugestehen, wäre aber auch aus dem Grunde untunlich, weil dies ein beständiger Herd von Unruhen wäre, zumal nach den uns zwar nicht direkt — denn unseren Konsuln war bisher jeder Verkehr mit ihrer Regierung unterbunden —, aber aus Mitteilungen einer anderen befreundeten Regierung zugekommenen Nachrichten die Serben unter der albanesischen Bevölkerung in einer Weise wüten, die es schon vom Standpunkte der Humanität höchst bedenklich erscheinen ließe, letztere der serbischen Herrschaft auszuliefern.
Seine Majestät insistierte sodann nicht weiter, sondern bemerkte, daß Rußland an dieser Frage kein unmittelbares Interesse habe, sondern nur jenes, welches ihm die natürliche Sympathie für Serbien eingebe, und welches zur Folge habe, daß Rußland wünschen müsse, daß ersterem die ihm unbedingt nötige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werde; ein Streben, von dem ich dem Kaiser versicherte, daß ihm seitens der Monarchie keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. Seine Majestät resümierte, indem er sagte, die Frage, wie dies Ziel zu erreichen sei, müsse eben den Gegenstand ruhiger und leidenschaftsloser Besprechung bilden. Höchstderselbe legte großen Nachdruck darauf, daß jetzt von keiner Seite irgend etwas unternommen werde, das diese ruhige und freundschaftliche Besprechung stören könnte.
Die serbische Hafenfrage sei übrigens nicht die einzige, die Gegenstand eines Einverständnisses zwischen den Großmächten bilden müsse, sei es auf einer Konferenz, sei es ohne eine solche. Es gebe da die Frage der künftigen Gestaltung Albaniens, ob dieses zum Beispiel als selbständiger Staat oder autonome Provinz unter türkischer Suzeränität eingerichtet werden soll. Seine Majestät frug mich, wie sich die k. und k. Regierung diesen Eventualitäten gegenüber stelle. Ich erwiderte, daß mir diesbezüglich nichts bekannt ist, daß ich aber annehmen sollte, daß der Monarchie jede Lösung, welche bei Wahrung des einheitlichen Charakters Albaniens eine Gewähr dauernder Beruhigung geben würde, akzeptabel wäre.
Als weitere Gegenstände, die eine Konferenz beschäftigen müßten, bezeichnete mir Seine Majestät auch Frage der Inseln sowie verschiedene wirtschaftliche und namentlich finanzielle Fragen, welche sich bei der Liquidation der europäischen Türkei ergeben dürften. Auch Salonik werde vielleicht noch Schwierigkeiten machen, da sich Griechen und Bulgaren über dessen Besitz nicht einigen zu können scheinen."

Nr. 12442

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 290 St. Petersburg, den 26. November 1912

Mein österreichischer Kollege konstatierte bei einem Besuche, den er heute Herrn Sasonow nach seiner Audienz in Zarskoje Selo machte, dieselbe Veränderung in Sprache des Ministers als italienischer Geschäftsträger und ich. Der entgegenkommende Ton des Herrn Sasonow änderte sich auch nicht, als Graf Thurn den jüngsten Vorschlag des Herrn Poincaré* als unausführbar bezeichnete. Minister bemerkte, man werde eben wieder auf die Idee eines zu neutralisierenden Hafens und neutraler Eisenbahn zurückkommen müssen.

Obwohl in Wirklichkeit Änderung in Sprache des Ministers sehr auffällig, wäre es vielleicht gut, wenn unsere Presse eine Änderung des Standpunktes der russischen Regierung nicht zu sehr hervorheben würde. Herr Sasonow selbst legt augenscheinlich Wert darauf, solche Änderung nicht zuzugeben. Es dürfte dazu beitragen, seine Stellung gegenüber seinen hiesigen Gegnern zu erleichtern, wenn in Presse darauf hingewiesen würde, daß die von Anfang an von russischer Regierung befolgte besonnene und verständige Politik anscheinend den Sieg über die Treibereien zum Krieg hetzender Kreise davon getragen hat.

Pourtalès

Nr. 12443

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 335 St. Petersburg, den 25. November 1912
[pr. 27. November]

In ihren heutigen Kommentaren über die politische Bedeutung des Berliner Besuches des Erzherzogs Franz Ferdinand** verleiht die hiesige Presse der Überzeugung Ausdruck, daß Deutschland angesichts der österreichisch-serbischen Spannung eine zurückhaltende Politik befolge.

Während die „Nowoje Wremja" aus den deutschen Preßstimmen entnimmt, daß diesmal die deutsche „Nibelungentreue" nicht in so leidenschaftlicher Weise verkündet werde wie anläßlich der bosnischen Annexionskrisis, führt die „Rjetsch" aus, daß die abwartende und vorsichtige Haltung Deutschlands seit Beginn der Balkankrisis zu der Annahme

* Vgl. Nr. 12418.
** Vgl. Nr. 12405, S. 374, Fußnote**.

berechtige, daß der österreichische Thronfolger bei den verantwortlichen politischen Kreisen in Berlin keine Zustimmung für seine kriegerischen Pläne gefunden habe.

In ähnlichem Sinne äußert sich das Moskauer Organ „Utro Rossii", nach dessen Ansicht Österreich-Ungarn schwerlich auf die mächtige Unterstützung Deutschlands wie im Jahre 1908 mit Sicherheit rechnen könne.

F. Pourtalès

Nr. 12444

Der Gesandte in Bukarest von Waldthausen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 141 Bukarest, den 24. November 1912
Ganz geheim [pr. 27. November]

Der österreichisch-ungarische Gesandte Prinz Fürstenberg teilt mir als ganz geheim mit, daß die Entsendung des Generals Conrad von Hötzendorf, der nach dem Besuche des Herrn Danew mit einem an Seine Majestät den König Karl gerichteten kaiserlichen Schreiben nach Bukarest kommen soll, folgenden Zweck verfolgt. Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph will dem Könige bei der jetzigen ernsten Lage seine Sympathien zu erkennen geben, ihm dafür danken, daß der König seinerzeit im Interesse des Weltfriedens nicht mobilisiert habe, und erklären, daß Österreich mit allen Kräften die rumänischen Wünsche gegenüber Bulgarien unterstützen werde. Bestimmte Verabredungen sollen bei der Entsendung des Generals nicht getroffen werden*.

Waldthausen

---

* Über die Entstehung der Mission Conrad von Hötzendorfs nach Bukarest gibt ein Bericht Tschirschkys vom 13. November 1912 (Nr. 372) Aufschluß. Es heißt darin: „Bei meiner heutigen Unterredung mit Graf Berchtold äußerte dieser, er halte es für unbedingt erforderlich, im Interesse Österreichs und, wie er glaube, auch in zweiter Linie in Deutschlands Interesse, das Verhältnis zu Rumänien nach Möglichkeit zu pflegen. Es hätten sich nun, wie ich ja wisse, in letzter Zeit Frankreich und Rußland Mühe gegeben, Rumänien zu sich hinüber zu ziehen, und infolgedessen hätten sich in Bukarest Zweifel an der Wirksamkeit der zugesagten österreichischen Unterstützung der rumänischen Wünsche gezeigt. Er fürchte nun, daß die Mission Danews nach Pest erneut Unbehagen in Bukarest erzeugen könne, und er habe deshalb seinem Souverän vorgeschlagen und dazu die Genehmigung erhalten, in nächster Zeit einen besonderen Vertrauensmann an den König Karl zu senden, um diesen über den Inhalt der mit Herrn Danew gepflogenen Verabredungen zu informieren und dem König nochmals die Versicherung erteilen zu lassen, daß Rumänien nach wie vor auf Österreichs Beistand rechnen könne."

Nr. 12445

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1105 London, den 25. November 1912
[pr. 27. November]

Der Sir Edward Grey nahestehende parlamentarische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Mr. Acland hielt am Sonnabend eine Rede in Rochdale, in der er betonte, daß vom Beginn der Balkankrise bis zum gegenwärtigen Augenblick die Regierungen von Deutschland und England in ununterbrochenen, engen und freundschaftlichen Beziehungen zueinander gestanden hätten. Wenn Schwierigkeiten beständen, so seien sie jedenfalls nicht durch Maßnahmen der englischen Regierung hervorgerufen, sondern könnten höchstens, wenn überhaupt, durch Äußerungen nicht verantwortlicher Personen wie Lord Roberts entstehen. Im weiteren Fortgang seiner Rede geht Mr. Acland erneut auf die bekannte Agitationsrede Lord Roberts* ein und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Generalfeldmarschall die seinen Worten gegebene Auslegung, Deutschland würde England angreifen, sobald es die Macht dazu habe, als irrig zurückweise**. Trotzdem hätte er, Acland, einen klaren Widerruf seiner Äußerungen seitens Lord Roberts lieber gesehen, da er fürchte, daß dieselben in Deutschland besonders von Chauvinisten öfters gegen England ins Feld geführt werden würden. Jedenfalls könne er versichern, daß England niemals eine derartige aggressive Gewaltpolitik, wie sie in Lord Roberts Worten zum Ausdruck komme, betreiben würde, ebensowenig wie er glaube, daß Deutschland je daran denke.

Betreffend die Frage der Kaperei im Seekrieg*** erklärte Mr. Acland, man könne der englischen Regierung nicht zumuten, auf ihre diesbezüglichen Rechte zu verzichten, solange andere Mächte sich nicht dazu verständen, der Frage der Beschränkung der Rüstungen näherzutreten.

Lichnowsky

---

* Lord Roberts hatte am 22. Oktober in Manchester eine Rede gehalten, in der er unter ausdrücklichem Hinweis auf die von Deutschland drohende Gefahr die sofortige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England forderte. Es hieß in der Rede nach dem Bericht der „Times" vom 23. Oktober unter anderem: „Now in the year 1912, just as in 1866, and just as in 1870, war will take place the instant the German forces by land and sea are, by their superiority at every point, as certain of victory as anything in human calculation can be made certain. ‚Germany strikes when Germany's hour has struck.' That is the time-honoured policy of her Foreign Office. It is her policy of the present hour, and it is an excellent policy. It is, or should be, the policy of every nation prepared to play a great part in history."

** In einer Zuschrift an den „Manchester Guardian", die am 6. November veröffentlicht wurde, hatte sich Lord Roberts gegen schiefe Auslegungen seiner Rede verwahrt.

*** Nachdem am 12. Dezember 1911 das Oberhaus die Navy Prize Bill verworfen und damit die Londoner Seekriegsrechtsdeklaration vom Jahre 1909 zu Fall gebracht hatte,

Nr. 12446

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 17983 II Berlin, den 27. November 1912

Beiliegend beehre ich mich Abschrift eines Seiner Majestät dem Kaiser und Könige heute überreichten Berichts über die militärische Lage in Frankreich sehr ergebenst zu übersenden. v. Moltke

Anlage

Berlin, den 26. November 1912

Der Militärattaché in Paris hat in letzter Zeit wiederholt über eine Reihe von militärischen Maßnahmen berichtet, die in Frankreich mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines Krieges getroffen sein sollen.

Sämtliche Nachrichten sind hier an der Hand des reichlich vorliegenden Materials genau nachgeprüft worden. Es kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß tatsächliche Kriegsvorbereitungen in Frankreich nicht getroffen werden.

Im einzelnen ist

1. in einwandfreier Weise festgestellt worden, daß die Nachricht von der Ansammlung von 150000 Mann bei Belfort auf freier Erfindung beruht. Dies war vorauszusehen, denn eine Versammlung derartiger Truppenmassen bedarf tagelanger Eisenbahntransporte und umfangreicher Maßnahmen zur Unterbringung und Verpflegung. Es ist völlig ausgeschlossen, daß sich eine solche Truppenansammlung der Kenntnis unseres Nachrichtendienstes entzieht.

2. Die angeblich vom Kriegsminister* angeordnete Ausgabe der Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke, die zur „réserve de guerre" gehörten und noch in Magazinen lagerten, an die Truppen ist nichts Auffälliges. Die Truppen haben in Frankreich bereits im Frieden die Kriegsbekleidungs- und Ausrüstungsstücke für Feld-, Reserve- und Territorialformationen in Händen. Diese Bestände werden von Zeit zu Zeit aufgefrischt und zu dem Zwecke aus den Korpsmagazinen ergänzt. Anscheinend handelt es sich um eine derartige Maßnahme.

---

war die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See neuerdings auf der vom 30. Oktober bis 1. November in London tagenden deutsch-englischen Verständigungskonferenz erörtert worden. Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution zugunsten der Unverletzlichkeit des Privateigentums an. Professor Eickhoff, der Vorsitzende der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union, der auf der Verständigungskonferenz selbst über die Frage des Seebeuterechts referierte, gewann hier den Eindruck, daß England geneigt sei, über diese Frage ein Sonderabkommen mit Deutschland abzuschließen. Dr. Eickhoff an Reichskanzler von Bethmann Hollweg, 19. November 1912. Die Auslassungen Aclands (siehe oben) beweisen indessen, wie irrig die Eindrücke Eickhoffs waren.

* Millerand.

3. Der Nachricht über Absendung von Lastautomobilen nach den Grenzgebieten steht die Meldung gegenüber, daß umgekehrt Automobile aus der Gegend von Dijon und der Côte d'Or nach Paris befohlen worden seien. Anscheinend haben die zurzeit an manchen Orten vorgenommenen, alljährlich wiederkehrenden Vormusterungen der Personen- und Lastkraftwagen den Anlaß zu diesen Gerüchten gegeben. Die teilweise Ausstattung der Truppen mit Fleischautomobilen ist eine bereits seit längerer Zeit bekannte und angekündigte Maßnahme.

4. Die Beschaffung von Augmentationspferden würde der Beobachtung der besonders auf diesen Punkt hingewiesenen Agenten nicht entgangen sein. Aus Epinal liegt die bestimmte Meldung vor, daß der Verkauf ausrangierter Kavallerie- und Artilleriepferde in üblicher Weise stattgefunden habe.

5. Die Vertreter der Schuh- und Lederindustrie sollen zu einer Besprechung in das Kriegsministerium berufen worden sein, um festzustellen, welche Lederbestände vorhanden wären, und in welchem Umfang sich eine beschleunigte Massenfabrikation von Schuhzeug ermöglichen lassen würde. Diese einer sozialistischen Antimilitaristenzeitung („Bataille syndicaliste") entnommene Nachricht kann in Anbetracht ihrer Quelle zutreffend sein. Nach früheren Nachrichten hatte man bisher versäumt, ein zur Einführung angenommenes Schuhmodell auch wirklich zu beschaffen. Diese Lücke in der Kriegsbereitschaft scheint jetzt beseitigt werden zu sollen.

Nach sämtlichen sonstigen hier eingegangenen Nachrichten läßt sich die militärische Lage in Frankreich zurzeit folgendermaßen zusammenfassen:

Außergewöhnliche Maßnahmen für die Truppe, die auf Mobilmachungsvorbereitungen deuten, sind nicht bekannt geworden. Alljährlich ist der Dienstbetrieb in dieser Zeit bei den Grenztruppen besonders rege, um die Rekruten möglichst bald für eine Verwendung im Felde fähig zu machen. Auch die Einziehung zahlreicher Reservisten zu den Grenzkorps in der Zeit nach Entlassung des älteren Jahrgangs bis zur Beendigung der Rekrutenausbildung ist eine alljährlich wiederkehrende Maßnahme, um die niedrigen Friedensstände zu erhöhen.

Nur vereinzelt gehen Nachrichten über Alarmierungen und Übungen von Grenztruppen ein, die auf eine gewisse Aufregung infolge der augenblicklichen politischen Lage zurückgeführt werden können. Auch scheint es, daß in den Grenzfestungen, beispielsweise Belfort und Toul, einige Vorsichtsmaßnahmen in bezug auf die Armierung getroffen werden.

Starke Teile des XIX. Armeekorps (Algerien und Tunis) und des Kolonialkorps stehen zurzeit in Marokko; von der Armee des Mutterlandes sind außerdem im Laufe des Sommers d. Js. neun Bataillone und fünf Batterien nach Nordafrika befördert worden.

Die dadurch erschwerte Mobilmachung aller dieser Truppen bildet anscheinend den Gegenstand besonderer Sorge der Regierung. Es ist nicht

ausgeschlossen, daß das französische Kriegsministerium Maßnahmen vorbereitet, um die Hindernisse allmählich zu beseitigen, die sich augenblicklich der planmäßigen Verwendung der in Nordafrika stehenden Kräfte in einem europäischen Kriege entgegenstellen. Diese Maßnahmen können der Beobachtung nicht entgehen.

Insgesamt liegen bisher keine Anzeichen vor, die darauf schließen ließen, daß Frankreich kriegerische Absichten hätte. Das Auftauchen der alarmierenden Nachrichten läßt sich vielmehr aus der Beunruhigung erklären, die durch die allgemeine politische Lage hervorgerufen ist. Bezeichnend für die Stimmung in Frankreich ist die Haltung der französischen Presse. Während sie im Jahre 1911 die vorhandene Erregung noch mehr schürte und dieser Erregung eine gehässige antideutsche Richtung gab, bemüht sie sich jetzt zu beruhigen und vermeidet einen herausfordernden Ton gegenüber Deutschland.

Zahlreiche Stimmen lassen im Gegenteil erkennen, daß man eher einen deutschen Überfall befürchtet, und verlangen daher eine Verstärkung des Grenzschutzes.

Nr. 12447

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 London, den 27. November 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 192 vom 26. November*.

Unsere heutige Besprechung, die im Anschluß an das Frühstück bei Mr. Asquith im Foreign Office stattgefunden, leitete Sir E. Grey mit der Bemerkung ein, daß er befriedigende Nachrichten aus Petersburg über die Audienz erhalten habe, die der Kaiser von Rußland dem österreichisch-ungarischen Botschafter erteilt**. Die Aussichten für eine friedliche Lösung des Gegensatzes seien dadurch nicht unwesentlich gebessert. Auch wisse er, daß Herr Sasonow unentwegt bemüht sei, einen Ausgleich in dem österreichisch-serbischen Zwist zu finden, wobei der russische Minister des Äußern betont habe, daß er bemüht sei, möglichst unparteiisch zu erscheinen. Auch habe der hiesige russische Botschafter ihm mitgeteilt, daß die russische Regierung die Hoffnung hege, einen wirtschaftlichen Ausgang für Serbien nach der Adria zu erreichen, der für Österreich annehmbar sei.

Ihm, Sir E. Grey, sei die Frage des Adriahafens vollkommen gleichgültig. Er sei lediglich von dem Bestreben geleitet, eine Lösung zu vereinbaren, die es verhindere, daß eine oder mehrere der europäischen Großmächte in den Streit hineingezogen würden. Die Folgen einer derartigen

* Siehe Nr. 12438.
** Vgl. Nr. 12441.

Ausdehnung des Krieges würden unabsehbar sein, und es sei heute ganz unberechenbar, wer alsdann an dem Kampf beteiligt werden könnte*.

Ich betonte, wie sehr ich seit meiner Ankunft den Eindruck gehabt, daß unsere beiden Länder, von dem gemeinsamen Wunsche zur Erhaltung

---

* Nach einem Telegramm Graf Benckendorffs an Sasonow vom 28. November (v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 601 f.) wären diese Äußerungen Sir E. Greys in eine deutliche Warnung an die deutsche Adresse ausgeklungen: „England und Deutschland seien an den Balkanfragen am wenigsten und deshalb an der Erhaltung des Friedens am meisten interessiert. Denn wenn der Krieg ausbräche, läge der wahre Grund so viel tiefer als die sekundären Ursachen, die den Krieg hervorrufen könnten, daß er keine ernstliche Garantie erblicke, daß England und Deutschland nicht auch alle beide in den Krieg hineingezogen werden würden." Nach einem zweiten Telegramm Graf Benckendorffs vom 29. November (v. Siebert, a. a. O., S. 602 f.) wäre diese Warnung in einem Telegramm an den englischen Botschafter in Berlin noch unterstrichen worden. Dazu gibt Graf Benckendorff folgenden Kommentar: „Ich muß hinzufügen, daß Grey mir gegenüber seinen Worten nicht den Sinn einer bestimmten Verpflichtung uns gegenüber gegeben hat. Ich glaube, Grey wollte vor allem verhindern, daß das Berliner Kabinett die Lage so beurteile, als ob es auf alle Fälle auf die Neutralität Englands rechnen könne. Ich hatte Grey darauf hingewiesen, wie gefährlich eine derartige Annahme in Berlin werden könne. Grey hat meiner Anregung Folge geleistet." Graf Benckendorff wurde, wie er im Anschluß daran bemerkt, durch die Haltung Sir E. Greys bedeutend in seiner Zuversicht bestärkt, daß England bei einer Zuspitzung des Konflikts auf die Seite der Ententegenossen treten werde. Doch hielt er sich überzeugt, daß die Umstände, die die Eröffnung der Feindseligkeiten begleiten würden, einen großen Einfluß auf den endgültigen Beschluß der englischen Regierung haben würden. Von neuem leitete er aus dieser Situation den dringenden Rat ab, dafür zu sorgen, daß die Mittelmächte in die Rolle der Provozierenden gedrängt würden. „Ich halte es für durchaus notwendig, daß an dem Tage, an dem Rußland zu den Waffen greifen würde, es für die öffentliche Meinung ganz klar sein müßte, daß Rußland nicht anders handeln kann, und daß es im Interesse des Friedens zu allen anderen Mitteln gegriffen hat, unter anderem auch in der heute so bedeutsamen Frage eines serbischen Zuganges zur Adria." Am 1. Dezember ließ sich Graf Benckendorff nochmals in gleichem Sinne vernehmen. v. Siebert, a. a. O., S. 604. Daß der russische Botschafter mit seiner Auffassung über Englands Absicht, im Falle eines Konfliktes auf die Seite der Ententemächte zu treten, im Rechte war, lehren vor allem auch die englisch-französischen Verhandlungen über eine engere Bindung der beiden Mächte für den Fall eines ausbrechenden Konflikts, die in dem Briefwechsel Grey-Cambon vom 22./23. November 1912 ihren Abschluß fanden. Zu der Genesis dieses Briefwechsels vgl. nun auch die Darstellung Lord Greys (Twenty-Five Years 1892—1916, I, 96 ff.) und vor allem R. Poincarés (Au Service de la France, I, 247 ss.). Die eingehenden Darlegungen Poincarés bestätigen, was schon in Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11595, Fußnote, festgestellt wurde: daß der Grey-Cambonsche Briefwechsel im engsten Zusammenhang mit den englisch-französischen Flottenabmachungen des Herbstes 1912 stand. Die Bindung des englischen Kabinetts auf den Briefwechsel erfolgte nach Poincaré bereits am 30. Oktober; mithin wären den ganzen Oktober und November über, wo Sir E. Grey den deutschen Staatsmännern gegenüber so oft versicherte, mit Deutschland Hand in Hand gehen zu wollen, Verhandlungen im Gang gewesen, die auf eine Verstärkung der Bande zwischen England und Frankreich hinausliefen. Nach Iswolskys Zeugnis, enthalten in seinem denkwürdigen Brief vom 5. Dezember (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 377), hätten auch die englisch-französischen „Abmachungen zu Lande und zu Wasser gerade um diese Zeit eine noch größere Erweiterung erfahren, so daß augenblicklich die englisch-französische Militärkonvention ebenso in allen Einzelheiten durchgearbeitet und erschöpfend ist wie die französisch-russische."

des europäischen Friedens geleitet, in der gegenwärtigen Krise Hand in Hand gegangen seien, und wie ich die Hoffnung hege, daß dieses Zusammengehen sich auch im weiteren Verlauf dieser Frage und auch bei künftigen Ereignissen werde ermöglichen lassen. Es sei daher auch wünschenswert, daß wir gemeinsam bei befreundeten Mächten im Sinne der Mäßigung wirkten und von Maßnahmen abrieten, die unserem gemeinschaftlichen Ziele, der Erhaltung des Friedens, abhold scheinen. Als eine solche müßten in erster Linie die militärischen Vorbereitungen Rußlands erscheinen, die geeignet seien, Gegenzüge hervorzurufen.

Sir E. Grey erwähnte entschuldigend, daß auch auf russischer Seite der Besuch des österreichischen Generalstabschefs in Berlin* nicht verfehlt habe, einen gewissen Eindruck hervorzurufen und neue Rüstungen zu rechtfertigen.

Ob der Minister sich in dem gewünschten Sinne in Petersburg verwenden wird, entzieht sich meiner Beurteilung**. Ich glaube aber, daß meine Ausführungen nicht verfehlt haben, Eindruck auf ihn zu machen, und daß er fortfahren wird, seinen Einfluß im Sinne der Mäßigung und der Erhaltung des Friedens geltend zu machen. Er bedauerte, daß der Frieden in der Türkei noch immer nicht geschlossen sei, und daß man erst über einen Waffenstillstand unterhandele, da es leicht sei, zu einer Einigung zwischen den Mächten zu gelangen, wenn erst der Friedensschluß vorläge. Man könne alsdann gewisse Fragen wie die mazedonische aus den Verhandlungen zwischen den Großmächten ausscheiden und sich auf diejenigen beschränken, die letztere lediglich interessieren. England stelle die drei von mir bereits genannten in den Vordergrund: den serbischen Hafen, Albanien und die ägäischen Inseln. An den anderen Mächten sei es nun, auch ihrerseits mit ihren Angelegenheiten hervorzutreten.

Herr von Kiderlen-Waechter habe, so bemerkte der Minister im Laufe der Unterhaltung, einen Meinungsaustausch über die wichtigsten Punkte vor Zusammentritt der endgültigen Beratung angeregt***. Er, Sir E. Grey,

---

* Vgl. Nr. 12405. Der Besuch Schemuas in Berlin hatte übrigens eben damals ein Gegenstück in dem Besuch des englischen Generalstabschefs General Wilson in Paris zu dem Zweck, die bestehenden englisch-französischen Abmachungen „zu Lande und zu Wasser" noch zu ergänzen. Iswolsky schrieb darüber am 5. Dezember an Sasonow: „Dieser Tage war ganz im geheimen der englische Generalstabschef General Wilson nach Frankreich gekommen, und bei dieser Gelegenheit sind verschiedene ergänzende Einzelheiten ausgearbeitet worden. Hierbei haben anscheinend zum ersten Male nicht nur Militärs, sondern auch andere Vertreter der französischen Regierung an dieser Arbeit teilgenommen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 378.

** Von einer Verwendung Sir E. Greys in Petersburg in diesem Sinne ist aus dem bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, abgedruckten Schriftwechsel zwischen Sasonow und Graf Benckendorff nichts zu entnehmen. Die englische Untätigkeit gegenüber den Ententegenossen kontrastiert stark mit der Haltung der deutschen Staatsmänner gegenüber dem österreichischen Bundesgenossen. Vgl. über den am 26. November nach Wien gerichteten „kalten Wasserstrahl" Nr. 12453.

*** Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVI.

meine, daß es sich empfehlen würde, wenn in einer der europäischen Hauptstädte die betreffenden Botschafter unformell zusammenträten[1], um nach den Unterweisungen ihrer Regierungen über die betreffenden Punkte zu beraten und, wenn möglich, eine Einigung herbeizuführen. Es sei gleichgültig, wo das geschähe. Herr Poincaré habe eine Konferenz angeregt unter Zuziehung der Vertreter der Balkanstaaten. Dies sei aber erst nach dem Friedensschluß möglich*. Eine derartige Vorbesprechung scheine ihm geeigneter zu sein zur Erreichung des gesteckten Zieles als ein Hin und Her zwischen den Kabinetten, das Mißverständnisse und Verzögerungen nicht ausschlösse.

Die Versicherung, daß Österreich-Ungarn nicht beabsichtigt, in die kriegerischen Operationen Serbiens in Albanien einzugreifen, nahm der Minister, wie ich schließlich bemerken darf, mit sichtlicher Befriedigung entgegen.

Lichnowsky

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Das war ja meine Anregung.

Nr. 12448

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 366 Paris, den 27. November 1912

Auf meine Bemerkung, daß französisches Hervortreten mit Vorschlag über Lösung Frage serbischen Zugangs zur Adria dem von ihm selbst befürworteten einstweiligen Ruhenlassen der Streitfrage widerspreche, erwiderte Herr Poincaré, er halte nach wie vor Vermeidung von allem, was Lage verschärfen könnte, für dringend erwünscht. Er habe nicht formellen Vorschlag gemacht, sondern nur sondiert, geleitet von Wunsch, für Verständigung, sei es im Wege internationaler Verhandlungen, sei es auf Konferenz, Boden zu ebnen. Da Österreich-Ungarn seinen Gedanken bezüglich serbischen Hafens nicht annehmbar finde, lasse er ihn fallen, gebe aber Hoffnung nicht auf, daß Verständigung auf Basis neutralisierten Hafens mit freiem Transit Kriegsmaterials nur in Friedenszeit zustandekomme.

Angesichts Schwierigkeit und Ineinandergreifens der zu lösenden Fragen halte er Konferenz für empfehlenswert, allerdings mit vorhergehender möglichst weitreichender Verständigung über Hauptfragen. Zulassung der Balkanstaaten nur für die sie betreffenden Punkte.

Schoen

---

* Vgl. Nr. 12430 nebst Fußnote.

Nr. 12449

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Cetinje von Eckardt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 27 Berlin, den 28. November 1912

Graf Berchtold hat König Nikolaus durch dortigen Gesandten erklären lassen, Österreich wolle montenegrinische Kriegsoperationen in keiner Weise stören. Dauernde Besitzergreifung albanischer Küste durch Montenegro oder Serbien würde aber mit von Österreich ins Auge gefaßter Schaffung autonomen Albaniens nicht vereinbar sein. Italienischer Gesandte hat entsprechende Demarche gemacht. Bitte König und Regierung keinen Zweifel lassen, daß wir auch in dieser Frage auf Seite unserer Verbündeten stehen.

Kiderlen

Nr. 12450

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 338 St. Petersburg, den 27. November 1912
[pr. 29. November]

Sowohl Seine Majestät der Kaiser Nikolaus als Herr Sasonow haben gestern meinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber von den Meinungsverschiedenheiten gesprochen, die zwischen Griechenland und Bulgarien bezüglich Salonikis entstanden sind. Der Zar bezeichnete es als „un triste spectacle", die beiden Verbündeten jetzt schon um die Beute streiten zu sehen. Ähnlich äußerte sich Herr Sasonow. Der Minister erzählte, er habe dem hiesigen bulgarischen Gesandten* sehr ernstlich seine Meinung gesagt und darauf hingewiesen, daß, da die Griechen als die ersten Saloniki besetzt hätten, es nur gerecht und billig wäre, wenn sie diesen Hafen auch bei der Teilung bekämen[1]. Herr Bobtschew hat sich diesem Argumente ganz unzugänglich gezeigt und darauf bestanden, daß Bulgarien Saloniki durchaus bekommen müsse[2].

Kaiser Nikolaus und Herr Sasonow haben beide die Ansicht geäußert, daß es schließlich am besten sein würde, aus Saloniki einen internationalen Hafen zu machen. Seine Majestät hat dabei noch die bemerkenswerte Äußerung getan, die Internationalisierung werde wohl auch eines Tages das Schicksal von Konstantinopel sein. Er wenigstens würde dies für die beste Lösung halten. Daran, daß Rußland diese Stadt bekomme, liege ihm nichts[1]**.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig [2] !

* Bobtschew.
** Vgl. Kap. CCLXIV, Nr. 12364, S. 323, Fußnote.

Nr. 12451

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 293 St. Petersburg, den 28. November 1912

Herr Sasonow sagte mir eben, er habe heute entschieden günstigere Nachrichten aus Belgrad erhalten. Danach gebe Serbien seinen Standpunkt bezüglich Albaniens endgültig auf.

In der Hafenfrage erklärte sich Minister bereit, Lösung auf Basis eines durch eine neutralisierte Bahn zu erreichenden neutralen Hafens anzunehmen. Dieser Hafen müßte dann allerdings Durazzo sein und Serbien alle für seinen Handel nötigen Kautelen erhalten. Sobald Serbien sehen würde, daß ganz Europa in dieser Frage einig sei, werde es sich wohl fügen und auf territoriale Erwerbungen an adriatischer Küste verzichten*. Herr Sasonow glaubt, daß es am ersten auf gütlichem Wege, und wenn man es vermeidet, die serbische Regierung zu brüskieren, gelingen werde, Serbien zu diesem Verzicht zu bewegen.

Minister äußerte ferner Ansicht, daß es jetzt an der Zeit wäre, ohne Inszenierung eigentlicher Konferenz, Botschafter der Mächte in Paris mit Vollmachten zu versehen, damit diese untereinander über schwebende Fragen: Schaffung autonomen Albaniens, Hafenfrage und Frage der Inseln, verhandeln. Herr Sasonow, dem eine Art Vorkonferenz vorschwebt, erklärte, er wolle in dieser Beziehung keinen offiziellen Vorschlag machen, sondern nur den Gedanken anregen. Er glaube übrigens, daß England mit ähnlichem Vorschlag demnächst hervortreten werde.

Pourtalès

Nr. 12452

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 458 Rom, den 26. November 1912
Vertraulich [pr. 29. November]

Wegen einer kleinen Unpäßlichkeit hatte ich den Minister des Äußern einige Tage nicht aufsuchen können und mit ihm nur durch Vermittelung

* Diese Äußerungen Sasonows können kaum ernstlich gemeint gewesen sein, denn um die gleiche Zeit remonstrierte er heftig gegen einen englischen Vorschlag, nach dem Rußland auf der demnächstigen Botschafterkonferenz Serbien zureden sollte, daß es sich mit der Aufteilung des Sandschaks von Nowipasar begnüge und nicht auf einer territorialen Erwerbung an der Adria bestehe. Telegramm Sasonows an Graf Benckendorff vom 30. November. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 367f.

Herrn Bollatis verkehrt, der verschiedentlich bei mir gewesen war. Letzterer hat während der ganzen Balkankrisis sich hier in sehr dankenswerter Weise für eine energische Vertretung des in Berlin eingenommenen Standpunkts und ein enges Zusammengehen des Dreibundes eingesetzt, und ich konnte sicher sein, in ihm einen getreuen Überbringer meiner Mitteilungen und beredten Dolmetsch meiner Argumente zu finden. Hiervon überzeugte mich auch sofort meine Unterhaltung mit dem Minister.

Marquis San Giuliano versicherte mich, daß Italien die eingeschlagene Politik an der Seite seiner Bundesgenossen loyal vertrete; alle seine an den verschiedenen Orten gemachten Demarchen bewiesen dies. Ich entgegnete ihm, es läge mir fern, an der Loyalität der Regierung zu zweifeln, aber die Haltung der Presse und öffentlichen Meinung könnten den Eindruck erwecken, als ob das Land der Regierung nicht folge. In der Tat habe ich sichere Anzeichen dafür, daß manche meiner Kollegen diesen — wohl auch von ihren Wünschen unterstützten — Eindruck gewonnen haben. Ich gebrauchte den Vergleich einer Pokerpartie, wo man aufmerksam die Gesichtszüge des Gegners beobachte, um aus jedem Zucken einer Wimper einen Schluß auf die Karten des Gegners zu ziehen und danach sein Spiel zu richten. Eine flaue Stimmung der öffentlichen Meinung müsse die Gegner ermutigen. Man habe sogar die Version verbreitet, der Minister hätte sich in Berlin* zu einer Politik verleiten lassen, die von Herrn Giolitti nicht völlig gebilligt würde.

An der Hand Euerer Exzellenz Weisungen sagte ich dem Minister, Herrn Poincarés Spiel — obwohl er gewiß in erster Linie den Frieden wolle — ginge darauf aus, einen diplomatischen Sieg über den Dreibund zu erfechten und einen Keil zwischen Italien und seine Alliierten zu treiben. Der Marquis sagte, dies entspreche ganz seiner Auffassung, aber er hoffe dazu beigetragen zu haben, Herrn Poincaré alle eventuellen Illusionen zu nehmen, indem er ihm keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß Italien, wenn der Bündnisfall sich bieten sollte, seinen Verpflichtungen unbedingt nachkommen würde.

Ich habe dem Minister auch vorgestellt, daß, wenn Italien die Vertretung der Autonomie Albaniens Österreich allein überlasse, letzteres dort einen ausschließlichen Einfluß gewinnen würde. Das vitale Interesse, welches Italien aus diesem Grunde an einer gemeinsamen Aktion mit Österreich habe, schiene mir ein Argument zu sein, welches auch in der hiesigen Presse und öffentlichen Meinung verfangen müsse. Marquis San Giuliano zeigte sich diesem Gedanken sehr zugänglich und erwiderte, er habe mit dem Ministerpräsidenten bereits über die Haltung der Presse gesprochen und werde nochmals mit ihm reden. Herr Giolitti sei der Ansicht, die gegnerischen Stimmen der öffentlichen Meinung hätten gar keine Bedeutung,

* Marquis di San Giuliano weilte vom 5. bis 9. November in Berlin zu Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern, die neben der Balkanfrage vor allem der Erneuerung des Dreibundes galten. Vgl. dazu Bd. XXX, Kap. CCXL.

und er verständne nicht, wie sie zu gänzlich falschen Schlüssen im Ausland führen könnten. Der Konseilpräsident, mit welchem er, San Giuliano, nochmals die von ihm eingeschlagene Politik durchgesprochen habe, hätte sich mit derselben völlig einverstanden erklärt. Schließlich deutete er mir aber doch an, daß es ihm angenehm sein würde, wenn auch ich dem Ministerpräsidenten gelegentlich meine Argumente vortragen würde. Herr Giolitti ist erst kürzlich aus Piemont zurückgekehrt und sucht sich dem Verkehr mit Diplomaten im allgemeinen möglichst zu entziehen. Ich werde aber versuchen, ihn morgen zu sehen.

Übrigens muß ich doch bemerken, daß die Haltung der Presse in den letzten Tagen, und es dürfte dies wohl mit Herrn Giolittis Rückkehr koinzidieren, etwas besser geworden ist. Die Stimmung für die Autonomie Albaniens ist wenigstens stärker als die Sympathie für die Serben, wenn auch die Vorbehalte gegen eine Unterstützung österreichischer Interessen noch fortbestehen. v. Jagow

Nr. 12453

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 396 Wien, den 27. November 1912
[pr. 29. November]

Der Artikel, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer gestrigen Nummer an der Spitze des Blattes brachte*, in welchem gegen die

* Der vom 25. November 1912 datierte Artikel hatte folgenden Wortlaut:
„Die hiesige Börse war heute ungünstig beeinflußt durch einen Artikel der ‚Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz', der sich auf eine ‚besondere vorzüglich unterrichtete Seite' beruft. Er enthält folgende tatsächliche Behauptungen: 1. Der russische Minister Sasonow habe vor vier Tagen seinen Standpunkt in der serbischen Hafenfrage geändert. Dies ist schon deshalb unrichtig, weil die Mächte übereingekommen sind, sich in keiner einzelnen Frage aus dem Balkanproblem zum voraus festzulegen. 2. Österreich-Ungarn habe fünf Armeekorps mobilisiert. Dies entspricht nicht den Tatsachen, wie sich jedermann aus den offiziellen Wiener und Budapester Darlegungen überzeugen kann. 3. Österreich-Ungarn beabsichtige, in wenigen Tagen ein Ultimatum in Belgrad zu überreichen. Auch diese Behauptung ist unwahr. Wie schon oben gesagt, soll die albanische und adriatische Frage erst im Verein mit den anderen aus den Vorgängen am Balkan entstandenen Fragen diskutiert und geregelt werden.
Es ist besonders unverantwortlich, durch derartige unlautere Nachrichten die öffentliche Meinung in einem Augenblick zu beunruhigen, in dem die Regierungen aller Großmächte ernsthaft bemüht sind, für immerhin schwierige Fragen eine friedliche Lösung zu finden."
Über die Genesis dieses Artikels ergeben die Akten nichts Näheres. Aus den bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 191f. abgedruckten Tagebuch- bzw. Brieffragmenten des Staatssekretärs erhellt, daß der Artikel einen „kalten Wasserstrahl" weniger nach Petersburg als nach Wien bedeuten sollte: „Mit Wien habe ich wieder meine liebe Not! Ich habe durch die ‚Norddeutsche Allgemeine' einen

„Neue Gesellschaftliche Korrespondenz" Stellung genommen wird, hat hier überall großes Aufsehen erregt und vielfach schmerzliche Empfindungen ausgelöst.

Graf Berchtold berührte den Artikel gestern mir gegenüber und meinte, er nehme an, daß die Bemerkung, daß die Mächte übereingekommen seien, sich in keiner einzelnen Frage aus dem Balkanproblem zum voraus festzulegen, in erster Linie wohl Rußland gelte, „indirekt", fügte der Minister hinzu, „sind wir damit gewiß auch gemeint." Der Minister verließ dann dieses Thema, und ich hatte keinen Anlaß, es von mir aus fortzuspinnen.

Auch in Abgeordnetenkreisen wird die Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" eifrig besprochen, und es ist dort der Ausspruch gefallen, das wäre also die Ohrfeige, die Österreich für seine Haltung in der Marokkofrage* erhalte.

Unter den Journalisten wird die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" allgemein dahin aufgefaßt, daß Deutschland „abblase" und nicht gesonnen sei, bis zum letzten hinter Österreich und seiner Großmachtstellung zu stehen. Herr Steed, Korrespondent der „Times", hat unter anderem ausgesprochen, jetzt sei es klar, daß die ganze Sache mit einer Demütigung Österreichs enden müsse.

Auf dem Ballplatz war man im ersten Augenblick, als die Meldung von dem Artikel hier eintraf, ziemlich fassungslos. Da eine völlige Unterdrückung der Nachricht nicht tunlich erschien, man sie aber wegen der scharfen Spitze, die man darin gegen die bisherige österreichische Politik erblickte, im vollen Wortlaut zu geben Anstand nahm, so entschloß man sich, sie in der abgekürzten Form zu veröffentlichen, wie sie im „Fremdenblatt" erschienen ist. Der betreffende Artikel** wird gehorsamst beigefügt.

Nur die „Neue Freie Presse" hat die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in extenso gebracht, weil sie den vollen Text telephonisch von Berlin auf privatem Wege erhalten hatte.

---

kalten Wasserstrahl hinspritzen müssen und nochmals betont, daß die Großmächte übereingekommen sind, sich in keiner einzelnen Phase des Balkanproblems zum voraus festzulegen. Graf Berchtold scheint verstanden zu haben, daß diese Mahnung ebenso Sasonow wie ihm selbst gilt. Der Ballplatz tut ‚fassungslos', und die Wiener Presse tut ängstlich: Deutschland blase ab."

* Vgl. dazu Bd. XXIX und J. v. Szilassy, Der Untergang der Donaumonarchie, S. 252: „Graf Aehrenthal sagte mir (1911), daß, wenn es zu einem Feldzuge zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokko kommen sollte, es ihm nicht einfallen würde zu intervenieren. Er würde Deutschland dann wissen lassen, daß uns der Dreibundvertrag hierzu nicht verpflichte, und daß die Monarchie als neutrale Macht Deutschland viel bessere Dienste leisten könne denn als Verbündeter."

** Er lautete: „Die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung' wendet sich gegen die von einer hiesigen Korrespondenz heute veröffentlichten beunruhigenden Mitteilungen und sagt: Es ist besonders unverantwortlich, durch unlautere Nachrichten die öffentliche Meinung in einem Augenblick zu beunruhigen, wo die Regierungen aller Großmächte ernsthaft bemüht sind, für immerhin schwierige Fragen eine friedliche Lösung zu finden."

Der Artikel in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ von gestern abend*, den ich anderweitig vorzulegen mich beehre, gibt in etwas freierer Aussprache die Stimmung am Ballplatz wieder.

Im heutigen „Neuen Wiener Tagblatt“ wird ein Artikel des „Pester Lloyd“ reproduziert, der, wenn auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht ausdrücklich darin genannt wird, doch jedenfalls die Äußerung dieses Blattes im Auge hat. Man macht darin gute Miene nach außen hin, beteuert nochmals die friedlichen Absichten der Monarchie und schließt mit der durch einen Artikel der „Westminster Gazette“ genährten Hoffnung, daß die Großmächte den legitimen Standpunkt der österreichisch-ungarischen Politik anerkennen würden.

von Tschirschky

Nr. 12454

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 80 Wien, den 26. November 1912
Geheim [pr. 29. November]

General der Infanterie Baron Conrad hat, wie er mir heute erzählt, gestern in einer Denkschrift an die höchsten Militärstellen seine Auffassung niedergelegt, daß man, wenn Rußland weiter hinter Serbien zu stehen entschlossen scheine, nicht die Operationen gegen Serbien unternehmen, sondern mit dem ganzen Schwergewicht der Armee Rußland angreifen solle. Gegen Serbien brauche man sich dann nur defensiv verhalten und müsse mit allen Korps, auch den gegen Italien stehenden Nr. III und XV in Galizien aufmarschieren**.

---

* Der Artikel, der den Titel trug: „Der Balkankrieg. Einige Feststellungen zur internationalen Situation“, betonte, daß die internationale Lage keinerlei Veränderung erfahren habe, und daß Österreich-Ungarn unverbrüchlich an seinem Standpunkte festhalte. „Was den österreichisch-ungarischen Standpunkt betrifft, so hat denselben Graf Berchtold ganz unzweideutig gekennzeichnet, als er erklärte, wir seien entschlossen, unsere friedliche und wohlwollende Politik den Balkanstaaten gegenüber fortzusetzen, solange uns das von seiten dieser Staaten ermöglicht werde. An diesem Standpunkt halten wir nach wie vor fest, ebenso wie an den Forderungen, die wir erhoben haben, und die sich als das Minimum unserer berechtigten Ansprüche darstellen. Ebenso sind alle Behauptungen als durchaus unrichtig zu bezeichnen, die wissen wollen, daß wir die Geltendmachung unserer Forderungen auf einen bestimmten Zeitpunkt verschoben haben. Das ist schon aus dem einfachen Grund unmöglich, da es nicht von uns allein abhängt, wie lange wir noch unsere friedfertige Politik fortsetzen können. Denn die Erhaltung des Friedens kann nicht bloß von den Gesinnungen und Handlungen eines Teiles gesichert werden. Es gehört dazu auch das korrespondierende Benehmen des anderen Teiles.“

** Eine solche am 25. November eingereichte Denkschrift findet sich nicht abgedruckt oder auch nur erwähnt in dem Conradschen Memoirenwerke, Aus meiner Dienstzeit. Hier wird neben der Denkschrift vom 28. Oktober und ihren beiden Zusätzen vom

Die in diesen Grenzbezirken verfügten Maßnahmen gewähren dem Aufmarsch doch immerhin einen erhöhten Schutz, wenngleich mit der Zerstörung der nahe der russischen Grenze verlaufenden Bahn gerechnet werden müsse.

Conrads Beweisführung der Notwendigkeit des Krieges gegen Rußland mit der Begründung, „man müsse die Wurzel des Übels entfernen", „die Abrechnung mit Serbien einstweilen zurückstellen", kann man wohl beistimmen, es fragt sich nur, ob die österreichisch-ungarische Armee zurzeit für einen Krieg gegen Rußland genügend gerüstet ist.

Auf diesen Punkt übergehend meinte General von Conrad, er habe seit Jahren auf eine Beschleunigung der Artillerieausgestaltung hingewiesen. Immer habe der Kriegsminister Schönaich* unter Hinweis auf die finanziellen Schwierigkeiten die Frage hinausgeschoben. Außer der Beschaffung der ausschließlich gegen die italienischen Grenzsperren bestimmten 30,5 cm Mörser hat Conrad auf dem Punkt nichts erreicht. Wenn man auch moderne Gebirgskanonen gegen Rußland nicht benötigt, so wird man Rohrrücklauf-, leichte und schwere Feldhaubitzen schwer vermissen. Die geplanten Neuaufstellungen von Feldkanonenbatterien können doch immer nur als Notbehelfe gelten, die auch den Kampfwert der bisherigen Batterien um einen Bruchteil herabmindern.

Sehr erstaunt war ich, aus Conrads Mund zu vernehmen, daß er für die absolute Zuverlässigkeit von k.und k. Truppenteilen serbischer Nationalität im Falle eines Angriffskrieges gegen das Königreich Serbien keine Garantie übernehmen möchte. Dieses Achselzucken auf dem Gebiet hatte ich bisher, wie wiederholt berichtet, bei keinem k.und k. Offizier wahrgenommen.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12455

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 81 Wien, den 27. November 1912
Geheim [pr. 29. November]

Im Evidenzbureau des Generalstabes herrscht heute auf Grund der neuesten Nachrichten aus Rußland, insbesondere nach einer Depesche des k. und k. Militärattachés in Petersburg die Auffassung, daß die Konfi-

8. und 16. November (vgl. dazu Kap. CCLXIV, Nr. 12370, S. 329, Fußnote **) nur eine zweite Denkschrift vom 19. November (a. a. O., II, 340 f.) wiedergegeben, die noch den Fall ins Auge faßt, daß die Monarchie „zu unentschlossen, um in initiativer Weise einen unvermeidlichen Krieg geeigneten Momentes selbst zu beginnen — nunmehr gezwungen ist, sich denselben aufdrängen zu lassen."

* Reichskriegsminister 1906/11.

dentennachrichten über russische Truppenverschiebungen der letzten Wochen — bis auf den Militärbezirk Odessa — doch wesentlich übertrieben waren*. Vielleicht hat es sich tatsächlich nur um die Rückverlegung des V. Korps nach westlich der Weichsel gehandelt.

Man hat heute im Kriegsministerium den Eindruck, als ob die k. und k. Heeresleitung infolge der Maßnahmen in Galizien einen Vorsprung vor den russischen Vorbereitungen erlangt habe. Unbeirrt durch diese Entspannungssymptome scheinen aber die vorbereitenden Maßnahmen hier fortgesetzt zu werden. Im k. und k. Kriegsministerium herrschte heute wieder auffallend starker Verkehr von Zivilisten, anscheinend Heereslieferanten, vor den Kanzleien des Feldzeugmeisters von Krobatin und der Artillerieabteilung.

Die 3. Kavalleriedivision Wien hält sich transportbereit für Galizien.

Zur Entlastung der Gendarmerie und des Wachkorps im Bahnbewachungsdienst hat schon in der vorigen Woche der Statthalter von Galizien in Wien beantragt, die Aufbietung des Landsturms zu veranlassen. Das Gesuch ist jedoch vom Kaiser abgelehnt worden.

Eine Tatsache, die mir heute der Chef des Evidenzbureaus unter strengster Diskretion erzählt, beweist die vertrauensvollen Beziehungen des rumänischen Generalstabes zum österreichisch-ungarischen. Der Chef des rumänischen Generalstabes** hat dem k. und k. Militärattaché in Bukarest*** ein Elaborat des Aufmarschentwurfes ausgehändigt mit dem Ersuchen, es dem Generalstabschef Schemua zur Kenntnis und Prüfung vorzulegen. Der österreichisch-ungarische Militärattaché in Bukarest dürfte demnächst damit in Wien eintreffen. (gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

Nr. 12456

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 402 Wien, den 28. November 1912
[pr. 29. November]

Graf Berchtold kam heute auf die Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mir gegenüber zurück†. Aus Äußerungen Ministers konnte ich entnehmen, daß er davon tief und nachhaltig betroffen ist. Er sagte unter anderem, daß die Feststellung, daß die Mächte übereingekommen seien, alle strittigen Punkte — auch diejenigen zwischen Öster-

* Vgl. dazu auch Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 208: „Allerdings deckten sich die Informationsberichte der Konfidenten des Außenministeriums selten mit jenen des Generalstabes. Letztere lauteten meist düsterer als erstere."

** General Averescu.

*** Oberstleutnant von Hranilovisch.

† Vgl. Nr. 12453.

reich-Ungarn und Serbien — bis zu einer allgemeinen Schlußabrechnung in suspenso zu lassen, die Begehrlichkeit der Serben in gefährlichem Maße steigern und dort die Hoffnung erwecken müsse, daß dann die Mächte der Entente dafür sorgen würden, daß die Wünsche Serbiens erfüllt werden würden. Man werde in Belgrad auf die Schwäche Österreichs bauen, hinter dem nicht einmal mehr dessen Verbündeter stehe. Diese Rechnung sei zwar falsch, aber für den Frieden gefährlich.

Auch in Italien habe nach einem Bericht des Herrn von Mérey die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" einen „deplorablen" Eindruck gemacht. Die gesamte, nicht direkt gouvernementale Presse jubiliere dort über die isolierten Österreicher, nachdem es erwiesen sei, daß Deutschland sich den Westmächten angeschlossen habe in der Beurteilung der Lösung der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bestehenden Differenzen. Der russische Botschafter in Rom* habe sich in gleichem Sinne geäußert.

Der Erzherzog-Thronfolger habe ihm heute früh gesagt, er könne sich die Sprache der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nicht erklären, da sie sich mit seinen in Berlin gewonnenen Eindrücken** nicht decke. Der Erzherzog habe daran die Frage geknüpft, ob denn in der Haltung Deutschlands der Monarchie gegenüber eine Wendung eingetreten sei. Er, der Minister, habe den Erzherzog in dieser letzteren Beziehung zu beruhigen versucht***. Leider sei aber die Wirkung der Kundgebung nach außen kaum rückgängig zu machen. Er werde den Grafen Szögyényi beauftragen, dahin zu wirken, daß von autoritativer Stelle in Berlin vielleicht ein Kommentar erscheine, der den aus der Kundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gezogenen irrigen Schlüssen so weit als möglich den Boden entzieht.

Ich habe dem Grafen Berchtold versichern zu können geglaubt, daß die Absichten der Kaiserlichen Regierung bei Erlaß der fraglichen Kundgebung jedenfalls nur die loyalsten gewesen seien, die Lösung der augenblicklich gespannten Lage unter Wahrung der Interessen der Monarchie in friedlichem Sinne herbeiführen zu helfen, und daß er versichert sein könne, daß Deutschland nach wie vor die Bündnistreue in vollem Umfang zu wahren entschlossen sei. von Tschirschky

* A. S. Krupensky.

** Vgl. Nr. 12405, S. 374, Fußnote **.

*** Auch der belgische Gesandte in Berlin Baron Beyens erwähnt, daß Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand am Tage nach seiner Abreise keine so bestimmte Erklärung von seiten Deutschlands erwartet und sich deswegen in Berlin beschwert habe. Baron Beyens selbst sah in dem Communiqué einen klaren Beweis dafür, daß der Kaiser, der Reichskanzler und Staatssekretär Kiderlen von leidenschaftlichem Friedenswillen beseelt seien. Als völlig sicher stellt er in seinem Bericht hin, daß Kiderlen unter allen Umständen einen allgemeinen Krieg vermeiden wolle: „Quels que soient les projets que M. de Kiderlen-Waechter qui a de grandes ideés, porte dans sa tête pour concilier à son pays les sympathies des jeunes Puissances balkaniques, un fait absolument certain, c'est qu'il veut fermement éviter une conflagration européenne." Belgische Aktenstücke 1905—1914, hrsg. vom Auswärtigen Amt, S. 113.

Nr. 12457

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 155 Berlin, den 30. November 1912
[abgegangen am 1. Dezember]

Antwort auf Bericht Nr. 402*.

Auch bei nochmaliger sorgfältigster Prüfung vermögen wir in Note „Norddeutscher Allgemeinen" nichts zu finden, was als Abrücken von Österreich ausgelegt werden könnte. Wie für jedermann erkennbar, verfolgte Note einzigen Zweck, übertriebenen Alarmnachrichten beruhigend entgegenzuwirken und — nicht zuletzt im Interesse unseres Verbündeten — weiteres Wachsen bedenklicher Nervosität zu hindern. Wenn wir in Note feststellten, Mobilisierung fünf österreichischer Armeekorps sei nicht erfolgt, und Österreich beabsichtige nicht, durch Ultimatum in Serbiens militärische Operationen einzugreifen, so haben wir damit nur wiederholt, was uns Österreich selbst versichert hatte. Daß und warum sich Graf Berchtold ebensowenig wie Westmächte zum voraus auf bestimmte Lösung albanischer und adriatischer Frage festlegen wollte, hatte der Minister Eurer Exzellenz soeben erst eingehend auseinandergesetzt (Bericht Nr. 386 vom 21. November**). Zu nachträglichem Kommentar, der nur verwirren und neue Beunruhigung hervorrufen würde, können wir uns hiernach nicht verstehen.

Wenn unsere Feinde die Kundgebung zur Spekulation auf Wiener Empfindlichkeiten zu mißbrauchen suchen, so können wir dies bedauern, aber nicht ändern. Durch klare, unzweideutige Stellungnahme an Seite unseres Verbündeten und bisherige ausgiebige diplomatische Unterstützung glauben wir Anrecht erworben zu haben, daß Österreich uns mit Mißtrauen verschont. Nachdem Graf Berchtold Sache angeschnitten, möchte ich aber Bemerkung nicht unterdrücken, daß Fiktion Zwiespalts zwischen Berlin und Wien erst aufkommen konnte, als unsere auch äußerlich als hochoffiziös gekennzeichnete Verlautbarung in offiziöser österreichischer Presse ostentativ totgeschwiegen wurde. Jedenfalls hat mich russischer Botschafter bald nach unserer Veröffentlichung auf diese auffällige Erscheinung angesprochen und entsprechende Schlüsse daraus gezogen.

Bitte vorstehendes Graf Berchtold sagen. Im übrigen würde ich gewünscht haben, daß Eure Exzellenz Vorhaltungen Ministers mit solchen auf der Hand liegenden Argumenten gleich von sich aus entgegengetreten wären.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 12456.
** Siehe Nr. 12419.

Nr. 12458

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Gesandten in Bukarest von Waldthausen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 245 Berlin, den 30. November 1912

Ew. pp. lasse ich anbei ergebenst eine vom hiesigen österreichisch-ungarischen Botschafter mitgeteilte Notiz über die Mission des Generals Conrad von Hötzendorf* zur gefälligen Information und mit der Ermächtigung zugehen, sich dort im gleichen Sinne wie der Armeeinspektor auszusprechen. Kiderlen

Anlage

General der Infanterie Conrad von Hötzendorf ist beauftragt, Seiner Majestät dem Könige von Rumänien ein allerhöchstes Handschreiben zu überreichen, in dem die Befriedigung über Rumäniens abwartende, ruhige Politik, die mit der unseren übereinstimmt, ausgedrückt sowie die Erwartung ausgesprochen wird, daß König Karl auch in der Zukunft seinem Lande die ihm zustehende hervorragende Rolle sichern werde.

Weiters ist General von Conrad beauftragt worden, sich dem Könige gegenüber mündlich in nachstehendem Sinne zu äußern:

I. Es sei der Wunsch unseres allergnädigsten Herrn, die Interessen Rumäniens in der gegenwärtigen Krise vollkommen gewahrt zu sehen; allerhöchstderselbe sei bestrebt, nach Möglichkeit hierzu beizutragen.

II. Lebhafte Genugtuung habe es in Wien hervorgerufen, daß sich der König entschlossen habe, die Verhandlungen Bulgariens mit der Türkei zu unterstützen. Die k. und k. Regierung erwarte mit Sicherheit, daß die Superrevision, welcher ein mit Rumäniens Unterstützung erlangter, für Bulgarien günstiger Präliminarfrieden durch die Mächte wird unterzogen werden müssen, uns Gelegenheit bieten werde, den berechtigten rumänischen Interessen zur Anerkennung zu verhelfen.

III. Wir haben die Überzeugung, daß Rumänien nach wie vor in dem Verhältnisse einer engen Anlehnung an den Dreibund verbleiben werde. Anläßlich dieser Bemerkung wäre streng vertraulich anzudeuten, daß mit der Erneuerung des Dreibundes gerechnet werden könne**.

IV. Besprechung der militärischen Lage.

---

* Näheres über die Mission Conrads in Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, II, 352ff. Nach Mitteilungen des österreichischen Gesandten in Bukarest Prinz Fürstenberg an seinen deutschen Kollegen, über die dieser am 3. Dezember (Nr. 152) berichtete, wäre Conrad von seiner Mission sehr befriedigt nach Wien zurückgekehrt: „Seine Majestät der König von Rumänien ist mit allen Ausführungen des Generals, den politischen wie den militärischen, ganz einverstanden gewesen. Letzterer hat auch mit dem Chef des rumänischen Generalstabs verhandelt, und es ist, wie mir mein österreichischer Kollege als ganz geheim bedeutete, eine schriftliche Aufzeichnung des Aufmarschs der rumänischen Armee im Falle von Verwicklungen mit Rußland und Serbien verabredet worden, während bisher nur diesbezügliche mündliche Vereinbarungen getroffen worden seien."

** Vgl. dazu Bd. XXXI, Kap. CCXL.

Nr. 12459

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 566 Konstantinopel, den 29. November 1912
Geheim [eingetroffen am 30. November]

Vertrauensmann meldet:

„Sultan ließ heute den ihm besonders nahestehenden Ghasi Muchtar Pascha rufen und teilte diesem mit, daß Bulgarien der Türkei ein Offensiv- und Defensivbündnis angeboten habe und sich für den Fall einer direkten Verständigung mit der Türkei verpflichten wolle, sich für die zwischen Türkei und den übrigen Alliierten schwebenden Fragen zu desinteressieren*.

Wangenheim

Nr. 12460

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 459 Rom, den 27. November 1912
Vertraulich [pr. 30. November]

Ich wurde heute von Herrn Giolitti empfangen. Nachdem ich den Konseilpräsidenten, welchen ich seit dem Friedensschluß noch nicht wiedergesehen hatte, zu dem glücklichen Ausgang des Krieges und den Erfolgen Italiens beglückwünscht hatte, frug ich ihn, wie er über die jetzige internationale Krise denke. Er sagte, er könne sich nicht vorstellen, daß wegen eines schmalen Landstreifens und eines kleinen Hafens ein Weltkrieg entstehen sollte. Ich entgegnete, so würde die Sache auch von der Gegenpartei hingestellt, man könne aber ebensogut fragen, warum dieselbe die Forderung von Landstreifen und Hafen zu einer Frage von Krieg und Frieden machen wolle. Das Slawentum und das hinter ihm stehende Rußland hätten meiner Ansicht nach keinerlei Recht, einen seiner Polypenarme

* Am 30. November fügte Wangenheim obiger Meldung hinzu (Nr. 568): „Aus bester militärischer Quelle erfährt Vertrauensmann, daß Abschluß Bündnisses mit Bulgarien in maßgebenden militärischen Kreisen als unmittelbar bevorstehend gilt. Sofort nach Abschluß übernimmt Türkei die Verpflegung der gesamten thrazischen Armee Bulgariens." Am 3. Dezember fragte dann Kiderlen, nachdem der Kaiser sich nachdrücklich für das türkisch-bulgarische Bündnis ausgesprochen hatte (vgl. Nr. 12468, 12469), in Sofia und Wien an, ob das Gerücht, wonach Bulgarien unter Ausschaltung seiner Alliierten der Pforte ein Offensiv- und Defensivbündnis angeblich auf Veranlassung Österreichs angeboten habe, zutreffe. Nach einem Telegramm Belows aus Sofia vom 5. Dezember (Nr. 108) „ließ sich bisher nicht feststellen, ob Bulgarien allein der Pforte Offensiv- und Defensivbündnis angeboten."

nach der Adria vorzustrecken. Herr Giolitti widersprach nicht, die Serben, meinte er, hätten den Kopf verloren, er sähe in der Bildung eines „autonomen und neutralisierten" Albaniens die richtigste Lösung. Für diese trete er auch ein. Ich erwiderte, ich wüßte, daß Italien sich in dieser Richtung eingesetzt habe, die öffentliche Meinung und Presse unterstützten diese Politik aber nur schwächlich. Daraus, fürchte ich, würden auf gegnerischer Seite falsche Schlüsse gezogen. Es schiene mir wichtig, daß man im Ausland den Eindruck habe, daß Italien ganz fest bei seiner Politik stände. Wenn Italien, ich gebrauchte hier Euerer Exzellenz Argument, die Vertretung der albanischen Autonomie Österreich überließe, würde Albanien dem ausschließlichen Einfluß der Donaumonarchie anheimfallen. Dieser Erwägung werde sich auch die öffentliche Meinung gewiß nicht verschließen können. Herr Giolitti gab das vollständig zu. Auch er betrachte die albanische Autonomie als vitales Interesse Italiens und habe sich zu allen, mit denen er gesprochen, in diesem Sinne geäußert. Er vertrete sie gerade als italienisches Interesse. Aber auch das Land sähe dies ein. Die verschiedensten Politiker, selbst solche von der Opposition, die er in den letzten Tagen gesehen, hätten das zugegeben. In der Presse habe sich anfangs, noch unter dem Eindruck des libyschen Krieges, vielleicht der Türkenhaß und die Sympathie für die für die Befreiung ihrer Brüder kämpfenden Serben etwas geltend gemacht. Aber die einzelnen proserbischen Stimmen hätten, wie überhaupt die hiesige Presse, wenig oder gar keine Bedeutung. Er werde jedoch — soweit sein Einfluß reiche — auf eine entschiedenere Haltung der Presse zu wirken suchen.

Ich habe mit Absicht in meinen Ausführungen, die Entschiedenheit der Regierung voraussetzend, die Haltung der öffentlichen Meinung in den Vordergrund gestellt, um den Ministerpräsidenten zu überzeugen, wie wichtig es sei, daß Italien den eingenommenen Standpunkt mit Festigkeit vertrete.

Herr Giolitti betonte mir übrigens im Laufe des Gespräches sein gutes Einvernehmen mit dem Minister des Äußern; er stände mit demselben wegen aller Fragen in fortgesetztem Meinungsaustausch und sähe ihn jeden Morgen.

Nach meiner Beurteilung der hiesigen Lage möchte ich annehmen, daß Italien die Autonomie Albaniens — mit der ja übrigens alle Mächte einverstanden zu sein scheinen — auch weiter verteidigen wird, ohne sich jedoch nach innen und außen durch ein allzu geschlossenes Zusammengehen mit Österreich oder gar den Anschein der Vertretung österreichischer Interessen zu „kompromittieren". Es wird daher auch möglichst einen Ausweg zu finden suchen, auf dem es auch den gegnerischen Forderungen entgegenkommen kann, sei es, daß dieser in der Zuwendung eines „Couloirs" und Hafens direkt an Serbien oder in einer Vereinbarung zwischen Montenegro und Serbien betreffend Mitbenutzung von San Giovanni di Medua bestehen sollte.

Jagow

Nr. 12461

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 405 Wien, den 29. November 1912
Ganz vertraulich [pr. 30. November]

Damit Euere Exzellenz fortlaufend genau über die hiesigen Stimmungen und Strömungen orientiert bleiben, möchte ich im nachstehenden die Eindrücke wiedergeben, die ich in den letzten Tagen hier erhalten habe.

Es ist nicht zu leugnen, daß sich im Volke mehr und mehr die Überzeugung festsetzt, daß es diesmal nicht wieder wie im Jahre 1908 ohne ernste und definitive Regelung der serbischen Frage werde abgehen können. Das Lied von „Prinz Eugen" und die Nationalhymne werden in Cafés, Theatern und Variétés gesungen und stürmisch verlangt, die serbischen Demonstranten in Wien werden von Fiakern und Chauffeuren unter Assistenz des Publikums gründlich verprügelt, der Gemeinderat der Hauptstadt veranstaltet in besonderer Sitzung eine eindrückliche patriotische Demonstration*. Die ungeheueren direkten Kosten und indirekten Verluste, die der infolge der Haltung Rußlands andauernde Zustand der Ungewißheit der Monarchie auferlegt hat, dürfen, wie man allgemein sagt, nicht wieder nutzlos vergeudet werden. Tatsächlich stockt hier das gesamte geschäftliche Leben, die großen und kleinen Betriebe liegen zum Teil still, und, wie mir heute ein in der Kohlenbranche sehr erfahrener Kaufmann mitteilte, fängt infolge der Minderförderung in den Kohlenwerken bereits ein fühlbarer Mangel an Kohle an sich herauszustellen. Der Vorrat dürfte kaum länger als bis zur ersten Dezemberwoche reichen.

Großen Eindruck hat hier auch die lückenlose Stellung aller zu der Fahne Einberufenen gemacht; teilweise sollen sich sogar bereits Freiwillige gemeldet haben. Dieses Moment wird an maßgebender Stelle, wie mir versichert wird, hoch eingeschätzt und trägt zu der allgemeinen Auffassung bei, daß der günstige Moment nicht vorüber gelassen werden könne, um das Gewicht der Monarchie als Großmacht zur Geltung zu bringen.

Wie ich unter der Hand aus dem Auswärtigen Ministerium höre, lauten die Berichte des Konsuls Edl** sehr ungünstig. Es heißt, daß von Beschimpfung der Flagge und anderen schweren Übergriffen darin die Rede ist. Aus gleicher Quelle erfahre ich, daß Graf Thurn unmittelbar nach seiner Audienz beim Zaren eine eingehende Unterredung mit Herrn Sasonow gehabt hat, in welcher der Minister erklärt haben soll, Rußland verlange nichts weiter für Serbien als einen Handelshafen im Adriatischen

* Vgl. auch Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 211.
** Konsul Edl war nach Üsküb entsandt worden, um den Fall Prochaska (vgl. Nr. 12390, Fußnote) aufzuklären. Näheres darüber bei Th. v. Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns II, 293.

Meere und werde auch diese Forderung lediglich diplomatisch unterstützen*. Infolge dieser beruhigenden Erklärung des russischen Ministers hofft man hier etwas freiere Hand gegen Serbien zu haben und eine definitive Regelung des Verhältnisses zu diesem Nachbar herbeiführen zu können, ohne große europäische Komplikationen zu fürchten. Eine solche durchgreifende Regelung wird hier, wie ich bereits zu berichten die Ehre hatte, hauptsächlich aus dem innerpolitischen Grunde für notwendig gehalten, weil man andernfalls die Besorgnis hegt, die südslawischen Provinzen des Reiches aus der Hand zu verlieren. Man scheint auf Grund des Berichts des Konsuls Edl sehr energisch Genugtuung von Serbien fordern und im Falle der Ablehnung seitens Serbiens dann zu energischen Maßregeln greifen zu wollen. Wie man sich diese Maßregeln denkt, darüber scheint man am Ballhausplatz noch nicht schlüssig geworden zu sein.

von Tschirschky

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Respondeatur: Wenn sich Österreich, das auf unsere Unterstützung [rechnet], etwas genauer über seine Pläne ausspräche, würden manche Mißverständnisse vermieden werden**. K.

Nr. 12462

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 18271 Z — Berlin, den 29. November 1912
Geheim — [pr. 30. November]

Dem Auswärtigen Amt beehre ich mich anliegend weitere Nachrichten*** über die militärische Lage in Frankreich und England zu übersenden.

v. Moltke

Anlage 1

Geheim — Berlin, den 29. November 1912

Am 26./27. November hat in mehreren Garnisonen des VI., VII. und XX. Armeekorps (Mézières, Sedan, Nancy, Troyes, Belfort) eine anscheinend vom Kriegsminister angeordnete Probemobilmachung stattgefunden.

Diese erstreckte sich nicht nur auf die Truppen, sondern auch auf sämtliche bei der Mobilmachung beteiligten Zivilbehörden. Grenz- und Zollbeamte besetzten die ihnen im Mobilmachungsfall angewiesenen Posten.

* Vgl. Nr. 12442.
** Es erging darauf am 3. Dezember unter Bezugnahme auf den Tschirschkyschen Bericht Nr. 405 die Weisung nach Wien: „Ew. pp. bitte ich Graf Berchtold gelegentlich, ohne einen Auftrag erkennen zu lassen, als Ihre eigene Ansicht zu sagen, wenn sich Österreich, das auf unsere Unterstützung rechne, etwas genauer über seine Pläne ausspräche, würden manche Mißverständnisse vermieden werden."
*** Vgl. Nr. 12412.

Irrtümlicherweise wurde der Befehl zur Probemobilmachung von den Telegraphenbeamten in Charleville (VI. A. K.) und Arracourt (XX. A. K.) als tatsächlicher Mobilmachungsbefehl weitergegeben. Infolgedessen wurden in einzelnen Gemeinden tatsächliche Mobilmachungsmaßnahmen (Einberufen der Reservisten und Territorialen zu den Truppen, Zurückbeförderung des Viehs aus den Grenzdörfern) ausgeführt. Nachdem der Irrtum erkannt war, wurden die Maßnahmen sofort rückgängig gemacht.

Nach Beendigung der Probemobilmachung wurde in allen beteiligten Bezirken bei Truppen und Behörden der gewöhnliche Zustand wiederhergestellt.

Die französische Presse bewahrt im allgemeinen eine ruhige Haltung und vermeidet — im Gegensatz zum Sommer 1911 — antideutsche Kundgebungen.

Anlage II

Geheim Berlin, den 29. November 1912

Über Mobilmachungsmaßnahmen im englischen Heere ist auch jetzt noch nichts bekannt geworden. Die über die Flotte eingelaufenen Nachrichten bestätigen, daß das Schiffsmaterial in den Zustand höchster Bereitschaft gesetzt worden ist und das aktive Personal bereitgehalten wird. Die Admiralität will offenbar die Schwächung der Heimatflotte, die durch die Abwesenheit starker Seestreitkräfte im Mittelmeer hervorgerufen ist, ausgleichen*.

Nr. 12463

Der Chef des Admiralstabs der Marine Vizeadmiral von Heeringen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 30. November 1912

Eine heute hier aus Paris eingegangene Nachricht aus durchaus zuverlässiger Quelle lautet:

„Hier wird die Lage noch immer recht ernst angesehen. Die Armee hat ganz umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Marine zieht Personal nach Toulon, das ist unbestreitbar, aber weitere Vorbereitungen, zum Beispiel Anbordnahme der Munition, trifft sie vorläufig nicht.

Die Marinepräfekten Toulon und Cherbourg waren hier zum „Conseil supérier de la défense national" (Sitzung am 23. November unter Vorsitz des Präsidenten der Republik). Wir können also damit rechnen, daß die Marine sich für alles klar hält. Aus guter Quelle weiß ich, daß in den

* In einem Briefe an den preußischen Gesandten in Karlsruhe Admiral von Eisendecher vom 25. November 1912 (A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 361 f.), spricht Tirpitz geradezu von einer Mobilisierung der englischen Flotte: „Wozu mobilisieren die Engländer in diesem Augenblick ihre Flotte, wo wir uns bisher mäuschenstill verhalten haben? Sie zwingen uns schließlich zu Gegenmaßregeln. Auch die Russen rüsten, von den Franzosen nicht zu reden."

Grenzgarnisonen Hochbetrieb herrscht, Reservisten eingezogen sind, Pferdemusterungen bei Bauern abgehalten werden — kurz, daß dort kleine, teilweise große Sicherung herrscht."

Im Entwurf (gez.) v. Heeringen
Im Auftrage
Goette

Nr. 12464

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 406 Paris, den 29. November 1912
[pr. 30. November]

Euerer Exzellenz überreiche ich anbei gehorsamst einen Bericht des Militärattachés vom heutigen Tage* über die irrtümliche Mobilmachung im Bezirk von Arracourt an der französischen Ostgrenze. Ich trete der Auffassung des Herrn von Winterfeldt durchaus bei, daß dem Vorkommnis ein bedrohlicher Charakter nicht beizumessen ist. Immerhin ist es ein ganz interessantes Zeichen für die Geistesverfassung, in der die Grenzbevölkerung sich befindet. Sie ist offenbar durchaus darauf gefaßt, jederzeit zu den Waffen einberufen zu werden.

Die Presse tut sich etwas darauf zugut, daß die irrtümliche Maßnahme glatt, und ohne auf böswillige Störungsversuche zu stoßen, zur Durchführung gelangte. Es ist jedoch zugleich schon heute festzustellen, daß der Alarm in Arracourt und der Gedanke an die Folgen, die er hätte haben können, im Publikum einen gelinden Schrecken ausgelöst hat. Ich werde dadurch in meiner Auffassung bestärkt, daß die Aussicht, wegen serbisch-russischer Balkaninteressen in eine kriegerische Verwicklung hineingezogen zu werden, für die große Masse des französischen Volkes durchaus nichts Verführerisches hat. Die Regierung muß natürlich, schon um sich nicht dem Vorwurf der Pflichtversäumnis auszusetzen, auch für den äußersten Fall ihre Maßregeln treffen, und man darf wohl annehmen, daß diese Maßnahmen ziemlich weitgehend sind. Ich bin aber überzeugt, daß die Regierung alles tun wird, was irgend in ihrer Macht steht, um jede ernste Kriegsgefahr zu beschwören.

v. Schoen

Nr. 12465

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Donaueschingen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Donaueschingen, den 30. November 1912

Nachdem seitens Österreichs und der Großmächte seit Wochen die Autonomie Albaniens als selbstverständlich und notwendig verlangt wurde, hat sich Albanien gestern im Einverständnis mit den ihre Ämter

* Nicht bei den Akten.

niederlegenden türkischen Beamten autonom erklärt*. Sobald von dort Bitte um Anerkennung einläuft, soll diese ausgesprochen werden nach Vereinbarung mit Wien und Rom. Damit hört Albanien auf, türkisches Gebiet zu sein, und Serbien hat keinen Vorwand mehr, es besetzt zu halten oder gar Teile zu annektieren. Es muß die Räumung sofort vollziehen.

Wilhelm I. R.

Nr. 12466

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 572 Konstantinopel, den 30. November 1912

Noradunghian sagte mir soeben, er rechne bestimmt auf Abschluß Waffenstillstands morgen auf Basis uti possidetis und mit Befugnis, die Belagerungsplätze zu verproviantieren. Dasselbe erklärte Großwesir meinem österreichischen Kollegen unter Hinzufügen, daß Friedensverhandlungen unmittelbar nach Waffenstillstand beginnen würden, wahrscheinlich in europäischer Großstadt wie Brüssel, vielleicht aber auch, da die Alliierten wegen Schwierigkeit der Truppenverpflegung auf raschen Abschluß drängten, in Tschataldja selbst[1]. Mit Bulgarien werde die Türkei sofort ins reine kommen. Die Beziehungen Bulgariens zu seinen Alliierten seien gespannt. An einem Ort hätten Serben auf Bulgaren geschossen. Bulgarien besorge, bei Krieg der Großmächte sein Errungenes zu verlieren, und sei bereit, Serbien zur Nachgiebigkeit gegen Österreich zu veranlassen[2]. Von Adriahafen sei keine Rede; höchstens Adriabahn, welche Serbien mitbenutzen könne.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Viel besser
[2] bravo!

Nr. 12467

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 341 St. Petersburg, den 29. November 1912
[pr. 1. Dezember]

Daß sich die Sprache des Herrn Sasonow jetzt wieder von dem Ton wesentlich unterscheidet, in den er vor etwa vierzehn Tagen zu verfallen begann, ist nicht nur mir, sondern auch meinen Kollegen aufgefallen. Der Minister selbst will dies nicht zugeben und äußerte mir gegenüber gestern einige Verstimmung darüber, daß, wie er aus verschiedenen Hauptstädten höre, dort von einer veränderten Haltung des St. Petersburger Kabinetts

* Es war in Valona durch eine aus allen Teilen Albaniens beschickte Nationalversammlung geschehen, die eine provisorische Regierung mit Ismail Kemal Bey als Präsidenten wählte.

gesprochen werde. In Wirklichkeit sei von einer solchen Veränderung keine Rede. Das Ziel der von ihm vertretenen russischen Politik sei nach wie vor die Herstellung von solchen Zuständen auf der Balkanhalbinsel, die Dauer versprächen, und die auf lange Jahre hinaus Bürgschaften für Aufrechterhaltung des Friedens böten. Um zu solchen Zuständen zu gelangen, müßten aber die berechtigten Wünsche Serbiens erfüllt werden. Deswegen sei eines der Hauptziele, die er sich gesteckt habe: „l'émancipation de la Serbie."

Bei den Wünschen Serbiens unterschied der Minister zwischen solchen, die aus der serbischen Eigenliebe hervorgingen, und solchen, die in Serbiens wahren Lebensinteressen begründet seien. Beide Wünsche unterstütze Rußland. Die russische Politik werde aber die Befriedigung der Eigenliebe Serbiens opfern, wenn es gelänge, ein Mittel zu finden, um die wahren serbischen Interessen zufrieden zu stellen. Herr Sasonow erklärte sodann, er bleibe bei seiner Ansicht, daß es eine kleinliche und schlechte Politik Österreich-Ungarns sei, Serbien nicht einen schmalen Streifen Landes bis zu einem Hafen an der Adria zu gönnen. Wenn aber das Wiener Kabinett auf diesem Standpunkt beharre und andererseits, wie es erfreulicherweise den Anschein habe, sich geneigt zeige, die serbischen Wünsche wegen eines Ausganges zum Adriatischen Meere auf eine andere Weise zu befriedigen, so werde er sich damit zufrieden geben. Voraussetzung dabei sei allerdings, daß Serbien alle Kautelen erhalte, um einen neutralen Hafen an der Adria frei zu benutzen. Für die wahren Interessen Serbiens werde Rußland mit seiner ganzen Macht eintreten[1].

Ich erwiderte, es scheine mir viel Aussicht vorhanden, falls sich Serbien mit der freien Benutzung eines neutralen Hafens begnüge, auf dieser Basis zu einer Einigung zu gelangen. Nur müsse der Minister, wie ich glaubte, seinen ganzen Einfluß aufbieten, damit Serbien diese Lösung auch annehme.

Herr Sasonow bemerkte darauf, er bedauere, mir nicht alle Instruktionen zeigen zu können, die er in den letzten Wochen nach Belgrad gerichtet habe, ich würde mich selbst davon überzeugen können, daß er es an sehr ernsten Mahnungen nicht habe fehlen lassen. „Sind Sie aber auch ganz sicher," antwortete ich, „daß Ihre Weisungen alle ausgeführt worden sind?" Der Minister gab zu, daß Herr von Hartwig große Sympathien für die Sache der Slawen habe, von leidenschaftlichem Charakter sei und sich wohl auch gelegentlich durch seine slawophilen Gesinnungen hinreißen lasse: „il est slavophile comme son nom l'indique," fügte der Minister hinzu, „quelqu'un qui s'appelle Hartwig est toujours plus slavophile que quelqu'un qui s'appelle Sasonow." Es war das erste Mal, daß der Minister mir gegenüber einige abfällige Bemerkungen über den russischen Gesandten in Belgrad fallen ließ. Dem italienischen Geschäftsträger hat Herr Sasonow vor einigen Tagen bezüglich des Herrn von Hartwig gesagt: „Soyez tranquille, nous le tenons en main."

Mit sichtlicher Erleichterung erwähnte der Minister die „entschieden

günstigeren Nachrichten", die gestern aus Belgrad eingetroffen seien. Ich halte es nicht für unmöglich, daß die pessimistische und ernste Sprache, die wir vor vierzehn Tagen zu hören bekamen, abgesehen von höfischen Einflüssen vielleicht auch darauf zurückzuführen ist, daß Herr Sasonow zu zweifeln anfing, ob es ihm gelingen würde, die durch ihre Siege berauschten Serben zur Besinnung zu bringen. Daß er in eine äußerst schwierige, wahrscheinlich unhaltbare Lage geraten würde, wenn zwischen Österreich-Ungarn und Serbien der bewaffnete Konflikt ausbräche, scheint mir unzweifelhaft. Es wäre eben der vollständige Schiffbruch seiner von sehr einflußreichen Kreisen stark angefeindeten Politik. Daß er selbst an dieser Politik festhalten und, wenn irgend möglich, mit Österreich-Ungarn zu einer Einigung gelangen möchte, scheint mir aus seiner Haltung in den letzten Tagen deutlich hervorzugehen. Der anscheinend abnehmende Einfluß der Kriegshetzer in Zarskoje Selo und die Anzeichen eines Einlenkens in Belgrad haben ihm offenbar wieder den Rücken gestärkt. Ich habe die von mir erwähnten Zugeständnisse an die hiesige öffentliche Meinung auch immer nur als ein Zeichen beginnender Schwäche gegenüber dem wachsenden Einfluß seiner panslawistischen Gegner angesehen. Herr Sasonow hat trotzdem immer noch versucht, gegen den Strom zu schwimmen, und klammert sich, wie man sieht, überall an, wo er einen Halt findet.

Man wird die schwierige Lage dieses Ministers nicht unterschätzen dürfen, der angeklagt wird, ein Verräter an den heiligsten Traditionen Rußlands zu sein und mit den Feinden der slawischen Sache zu paktieren. Wir haben daher meines gehorsamsten Dafürhaltens alle Ursache, Herrn Sasonow, wo sich Gelegenheit dazu bietet, zu stützen, und es war mir in hohem Maße erwünscht, ihm gestern an der Hand des Communiqué der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"* nachweisen zu können, daß die Behauptungen über eine Änderung seiner Politik an maßgebender deutscher Stelle als unbegründet zurückgewiesen worden seien. Dieses Communiqué ebenso wie einige Berliner Telegramme der „Kölnischen Zeitung" hatten auf den Minister sichtlich einen sehr angenehmen Eindruck gemacht.

Von Herrn Sasonow bin ich fest überzeugt, daß er von sich aus eine kriegerische Politik nicht macht und eintretendenfalls wahrscheinlich einem anderen Platz machen würde. Wenn er aber mit seiner besonnenen Politik, wie zu hoffen ist, schließlich durchdringt, so glaube ich, daß wir nur wünschen können, ihn recht lange auf seinem jetzigen Posten erhalten zu sehen. Einen für uns besseren Minister des Äußeren werden wir hier so leicht nicht bekommen, wohl aber einen schlechteren.

Ich bin durchaus der Ansicht, daß wir allen Grund gehabt haben, über verschiedene Vorgänge, die sich unmittelbar nach der Entrevue von Baltischport zugetragen haben, unzufrieden zu sein. Ich habe mir auch gelegentlich meines letzten Aufenthaltes in Berlin erlaubt, mich dahin zu äußern, daß es mir sehr angezeigt erscheine, diese Unzufriedenheit Herrn Sasonow gegenüber bei seiner Durchreise durch Berlin zum Ausdruck zu

* Vgl. Nr. 12453, Fußnote *.

bringen. Ich glaube aber, daß es nicht gerechtfertigt wäre, den Minister für diese Vorgänge, die ihm selbst augenscheinlich sehr unangenehm waren, verantwortlich zu machen. Man darf meines gehorsamsten Erachtens nicht vergessen, mit welchen mächtigen unverantwortlichen Einflüssen, besonders unter der jetzigen Regierung, ein hiesiger Minister des Äußern zu kämpfen hat. F. Pourtalès

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Rückzugsgefecht.

Nr. 12468

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Donaueschingen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Donaueschingen, den 1. Dezember 1912

Die türkische Nachricht über Ferdinands Angebot des Bündnisses* hat mich nicht überrascht, so wenig als seine Verräterei den Alliierten gegenüber. Es ist ein genialer großangelegter Gedanke! Der Schutzherr der zusammengebrochenen Türkei und der Führer der regenerierten, um mit ihr gemeinsam sich der Russen zu erwehren und die Serben niederzuhalten. Österreich muß mit Turko-Bulgarien ein Militärbündnis machen und wir mithelfen, die beiden zu stärken und zu regenerieren. Griechenland und sogar Serbien werden durch dieses Mächtegewicht rettungslos an Österreich herangetrieben. So wird Österreich die Vormacht im Balkan und östlichen Mittelmeer, mit Italien gemeinsam sowie der regenerierten beziehungsweise neu zu bauenden turko-bulgarischen Flotte ein mächtiges Gegengewicht gegen England, dessen Weg nach Alexandrien bedroht werden könne. Rußland ist dann im Balkan erledigt und in Odessa bedroht. Dann sind die Dreibundmächte die Präponderanten im Mittelmeer, haben die Hand auf dem Kalifen, damit auf die ganze mohammedanische Welt! (Indien). Serbien dürfte gründlich lackiert sein! und wir können unsere Türkenpolitik wieder aufnehmen. Wilhelm I. R.

* Vgl. Nr. 12459. Für den Kaiser ist es ungemein charakteristisch, daß er auf die erste, noch in keiner Weise beglaubigte Nachricht von dem bulgarischen Bündnisangebot und trotz der inneren Unwahrscheinlichkeit einer wirklichen Verbrüderung zwischen Türkei und Bulgarien, die erst unter dem Drucke des Weltkrieges zu Stande kommen konnte, im Nu förmliche Luftschlösser aufbaute. Es zeigte sich auch diesmal, daß solche flüchtigen Konzeptionen von dem Auswärtigen Amte nach ihrem wahren Werte eingeschätzt wurden. Zwar konnte das Auswärtige Amt nicht umhin, als am 2. Dezember im Anschluß an das obige Telegramm ein ausdrücklicher Befehl des Kaisers einlief, dem Botschafter in Konstantinopel zu eindringlichster Befürwortung der Annahme des bulgarischen Bündnisangebots bei der Pforte zu instruieren (vgl. Nr. 12469 nebst Fußnote *), dieser Weisung nachzukommen, es geschah aber in so vorsichtiger Form, daß eine Schädigung der deutschen Politik davon nicht zu befürchten stand. Eine weitere Folge hat das phantastische Telegramm des Kaisers vom 1. Dezember nicht gehabt.

Nr. 12469

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Oos, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Oos, den 2. Dezember 1912

Im Anschluß an das allerhöchste gestrige Telegramm.

Befehl Seiner Majestät des Kaisers, daß der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel instruiert werde, die Annahme des bulgarischen Bündnisanerbietens auf das eindringlichste bei der türkischen Regierung zu befürworten*.

Jenisch

Nr. 12470

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 296 St. Petersburg, den 1. Dezember 1912

Eben ließ mich Herr Sasonow zu sich bitten und teilte mir sichtlich besorgt mit, er habe aus zwei Wiener und einer polnischen Quelle Nachrichten erhalten, wonach deutsche Truppenteile zur Verstärkung österreichischer Grenzkorps teils bereits in Galizien eingetroffen seien, teils im Begriff stünden, dorthin transportiert zu werden. Zwei sächsische Kavallerieregimenter sowie sächsische Infanterie und Artillerie befänden sich bereits in Krakau. Minister, der schon langes Telegramm an Herrn Sverwejew aufgesetzt hatte, machte darauf aufmerksam, daß derartige militärische Maßregeln am Vorabend von Besprechungen, die alle Mächte anscheinend in versöhnlicher Nachgiebigkeit zu führen beabsichtigten, recht bedenklich wären.

Ich antwortete Herrn Sasonow, ich hielte mich für ermächtigt, ohne zuvor in Berlin anzufragen, die Richtigkeit obiger Nachrichten auf das entschiedenste zu dementieren. Dabei nahm ich Bezug auf das in Presse veröffentlichte Telegramm des Herrn Reichskanzlers an Oberpräsidenten in Königsberg**. Ich bemerkte, daß ich Nachricht von Sendung deutscher

* Auf den Befehl des Kaisers erfolgte ein Erlaß nach Konstantinopel (Nr. 792 vom 9. Dezember): „Ew. pp. bitte ich ergebenst, die türkisch-bulgarischen Annäherungsbestrebungen im Auge zu behalten und gegebenenfalls über Ihre Wahrnehmungen zu berichten. Für den Fall, daß sich Ihnen Gelegenheit bieten sollte, den türkischen Staatsmännern gegenüber Ihre Ansicht über diese Frage auszusprechen, bemerke ich ergebenst, daß die Herstellung eines engeren Zusammenschlusses zwischen der Türkei und Bulgarien durchaus unserem Interesse entspricht." Vgl. auch Nr. 12468, Fußnote.

** Durch das Telegramm des Reichskanzlers war der Oberpräsident von Windheim in Königsberg ersucht worden, der anscheinend in der Provinz Ostpreußen herrschenden Kriegsaufregung, die durch nichts gerechtfertigt sei, entgegenzutreten. Die alarmieren-

Truppen nach Österreich nur als einen allerdings sehr schlechten Witz auffassen könnte.

Meine Versicherungen beruhigten den Minister, und er erklärte spontan, daß er infolge derselben sein Telegramm an den russischen Botschafter in Berlin nicht absenden werde.

Immerhin wäre es vielleicht nützlich, wenn ich baldmöglichst in die Lage versetzt würde, das von mir erteilte Dementi auf Grund ausdrücklicher Weisungen zu wiederholen*.

Pourtalès

Nr. 12471

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 407 Paris, den 30. November 1912
[pr. 2. Dezember]

Die Befriedigung, mit der hier die Nachrichten über die anscheinende Entspannung der internationalen Lage aufgenommen werden, läßt wiederum erkennen, daß die überwiegende Mehrheit der öffentlichen Meinung nichts sehnlicher wünscht, als daß Frankreich vor kriegerischen Verwicklungen bewahrt bleiben möge. Nur in konservativen und klerikalen Kreisen denkt man anders und fährt fort, eine überaus herausfordernde Sprache gegen Österreich-Ungarn und Deutschland zu führen. Bezeichnend für die Tendenzen, die augenblicklich bei diesen Gegnern der Republik vorherrschen, sind neuerliche Äußerungen des ganz in das royalistische Lager übergegangenen bekannten Militärschriftstellers Generals Bonnal. Bei Besprechung einer in Mülhausen erschienenen Broschüre „Généraux d'Alsace et de Lorraine" sagt er im heutigen Gaulois: „Il faut réagir contre notre apathie criminelle. Nous avons des frères à délivrer du joug allemand. Les Bulgares nous donnent l'exemple, qu'on le suive! Les temps sont proches." In gleichem Sinne lautete eine Rede, die der General auf dem Kongreß der Ligue de l'Action française hielt, und in der er ausführte: Wir wünschen diesen Krieg nicht, wir fürchten ihn aber auch nicht. Der Krieg würde Frankreich vom Joch der Politiker und Elsaß-Lothringen von demjenigen der Deutschen befreien.

---

den Nachrichten über angebliche Kriegsvorbereitungen diesseits und jenseits der preußisch-russischen Grenze entbehrten jeder Grundlage. Von deutscher Seite seien keinerlei besondere militärische Maßregeln ergriffen worden, auch seien bisher keine Nachrichten über russische militärische Maßnahmen eingegangen, die deutsche Gegenmaßregeln veranlaßt hätten.

* Graf Pourtalès wurde darauf von Kiderlen durch Telegramm Nr. 208 vom 2. Dezember angewiesen, die Sasonow zugetragenen Gerüchte nochmals nachdrücklich zu dementieren: „Sagen Sie dabei, daß auch uns Gerüchte von jenseits der Grenze zugetragen würden, denen wir aber keinen Glauben zumessen. Ich möchte annehmen, daß es sich um bewußte und systematische Versuche von polnischer, vielleicht auch südslawischer Seite, die beiden Nachbarreiche zu verhetzen, handelt."

Wenn auch diese Kriegshetze wegen des geringen politischen Einflusses ihrer Urheber unter den republikanischen Parlamentariern nicht allzu ernst genommen wird, so ist man dort doch zeitweise nicht ohne alle Sorge gewesen, die gegenwärtigen Zeiten könnten bei den Machthabern Tendenzen auslösen, die mit strengem demokratischem Regime nicht in Einklang zu bringen wären. So hatte in Kammerkreisen das Gerücht Gestalt angenommen, unter den Ministern sei die Frage erörtert worden, ob es für den Fall einer scharfen Zuspitzung der Weltlage angezeigt erscheinen könnte, ohne Kriegserklärung, zu der verfassungsmäßig die Zustimmung der Kammern erforderlich wäre, zu einer kühnen Offensive zu schreiten. Wie man mir erzählt, haben kürzlich einige Abgeordnete in großer Erregung den Kriegsminister Millerand hierüber im stillen zur Rede gestellt, worauf dieser entgegnete, in der Tat sei vom Generalstabe eine derartige Eventualität in Betracht gezogen worden, er könne aber auf das allerbestimmteste versichern, daß das Ministerium an eine solche Übergehung des Parlaments durchaus nicht denke.

Ich möchte hierzu bemerken, daß man sich hier nicht ganz klar darüber zu sein scheint, welche Rollen die verschiedenen öffentlichen Gewalten im Falle einer dem Lande plötzlich aufgedrängten Mobilmachung zu übernehmen haben. So dürfte man sich auch veranlaßt gesehen haben, im Schoße des Ministeriums über diese Frage einen Meinungsaustausch vorzunehmen. Ich möchte aber überzeugt sein, daß nur der Fall einer unmittelbar drohenden Gefahr seitens des Nachbars im Osten zur Diskussion gestanden hat, für welchen auf die Notwendigkeit hingewiesen worden sein mag, sich über den Buchstaben der Verfassung hinwegzusetzen. Ohne die Rechtfertigung eines Frankreich drohenden deutschen Angriffs würden, das möchte ich bestimmt annehmen, weder Poincaré noch Millerand noch Delcassé angesichts der einem Kriege durchaus ungünstigen Stimmung der Mehrheit der Kammern und des Volkes es niemals wagen, das Land vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

v. Schoen

Nr. 12472

Note

Ausfertigung. Von der englischen Botschaft in Berlin am 2. Dezember 1912 dem Auswärtigen Amt übersandt

Berlin, December 1, 1912

Sir Edward Grey has informed His Majesty's Ambassador at Constantinople that a report has reached him to the effect that the Turkish Government are inclined to suppose that peace may reasonably be concluded on the basis of some rectifications of frontier and reforms in Macedonia, and he has informed Sir Gerard Lowther that, if the military situation is such as it is presumed to be and there is no chance that the Turkish army will be ultimately successful, he should, if approached by the Turkish Government, point out to them that it will be necessary to make much

greater sacrifices than these in order to secure peace, and that the proposals above-mentioned would not afford even a basis for discussion with the allies. Sir Edward Grey added that in the event of his Colleagues receiving similar instructions, he should volunteer this advice in an friendly and unofficial manner, should his colleagues do the same.

Nr. 12473

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept

Nr. 294 Berlin, den 3. Dezember 1912

Dortiger englischer Botschafter ist beauftragt, Türken inoffiziell anzudeuten, daß Grenzberichtigungen und mazedonische Reformen keine ausreichende Basis für Friedensverhandlungen seien. Sir Edward Grey bittet uns, entsprechend einzuwirken*. Ew. Exzellenz wollen daher Pforte gelegentlich freundschaftlich zureden, verständige Bedingungen zu stellen.

Kiderlen

Nr. 12474

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 409 Wien, den 3. Dezember 1912

Graf Berchtold empfing mich heute gleich beim Eintritt mit Ausdrücken lebhafter Freude über die Rede Euerer Exzellenz im Reichstage**. Die festen und entschiedenen Worte Euerer Exzellenz würden

* Vgl. Nr. 12472.

** Am 2. Dezember hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg die Etatberatung mit einer Rede über die auswärtige Lage eingeleitet, die sich vorzugsweise mit den Ereignissen auf dem Balkan befaßte. Über die Haltung Deutschlands war darin unter anderem gesagt: „Von den Vorgängen am Balkan werden wir zwar nicht unmittelbar berührt, und in manchen Punkten steht unser Interesse hinter dem anderer Mächte zurück. Immerhin sind wir berechtigt, gleich den anderen Mächten an der Neuregelung der Dinge, die die Folge des jetzigen Krieges sein wird, mitzuwirken, denn an der künftigen Gestaltung der ökonomischen Dinge am Balkan sind wir sehr wesentlich direkt interessiert ... Außerdem werden wir bei der Regelung mancher Fragen unser Wort zugunsten unserer Verbündeten mit in die Wagschale zu legen haben." Und weiterhin bei der Erörterung der Ansprüche der Mächte, die im einzelnen erst dann festgestellt werden könnten, wenn die Stipulationen vorlägen, die die Kriegführenden untereinander getroffen hätten: „Sollten sich dabei — was wir nicht hoffen — unlösbare Gegensätze ergeben, so wird es Sache der im einzelnen Fall direkt interessierten Mächte sein, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Das gilt auch für unsere Bundesgenossen. Wenn sie aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann werden wir, unserer Bundespflicht getreu, fest entschlossen an ihre Seite zu treten

Klarheit in die Lage bringen und viel zur Befestigung des Friedens beitragen. Wenn er persönlich auch jederzeit genau über die Richtlinie unserer Politik orientiert gewesen sei, so würde doch die Bekräftigung des Dreibundgedankens und insbesondere des deutsch-österreichischen Bündnisses in der breiten Öffentlichkeit, wo ja unausgesetzt uns feindliche Strömungen beständen, einen großen Eindruck machen.

von Tschirschky

Nr. 12475

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 373 Paris, den 3. Dezember 1912

Hiesige im allgemeinen sehr maßvolle Preßerörterungen zu Euerer Exzellenz gestriger Reichstagsrede* widerspiegeln starken Eindruck,

---

haben. Und dann würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit fechten." Vgl. dazu Schultheß' Europäischer, Geschichtskalender Jg. 1912, S. 243f.

Über die Aufnahme der Bethmannschen Rede in Frankreich, England und Rußland vgl. Nr. 12475, 12481 und 12490.

Der Reichstagsrede Bethmann Hollwegs vom 2. Dezember war eine eingehende Darlegung der deutschen Balkanpolitik durch Kiderlen in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrats vom 28. November 1912 vorausgegangen. Darin hieß es hinsichtlich Deutschlands Haltung in einem möglichen Konfliktsfall: „Wir sind im großen und ganzen an der jetzigen Krisis nur in zweiter Linie beteiligt. Wir haben uns deshalb nach außen hin möglichst zurückgehalten, aber, ohne nach außen hervorzutreten, den verschiedenen Vorschlägen und Gegenvorschlägen gegenüber nicht ohne Erfolg eine lebhafte Vermittlertätigkeit entfaltet. Für unseren Bundesgenossen Österreich-Ungarn und in zweiter Linie auch für Italien stehen ernste Lebensfragen auf dem Spiel. Dabei haben wir ihm weitgehende diplomatische Unterstützung zuteil werden lassen und werden das auch ferner tun. Die schließliche Geltendmachung seiner Ansprüche werden wir unserem Bundesgenossen selbst überlassen müssen. Sollte er aber, was wir nicht hoffen, bei dieser Geltendmachung seiner vitalen Interessen, auf die er ohne Minderung seiner Großmachtstellung slawischen Anmaßungen gegenüber nicht verzichten kann, von Rußland angegriffen werden, so werden wir in unserem allereigensten Interesse unsere ganze Macht für Erfüllung unserer Bundespflichten einsetzen müssen. Es ist vielfach gesagt worden, Deutschland brauche nicht für albanische oder adriatische Interessen Österreichs oder gar für den Hafen von Durazzo zu fechten. Darum handelt es sich aber nicht. Der Zweck unseres Bündnisses ist, daß die große mitteleuropäische Monarchie neben uns in ihrer Großmachtstellung unangetastet erhalten bleibt, damit wir uns nicht eines Tages, wie sich Fürst Bismarck ausdrückte, nez à nez mit Rußland befinden mit Frankreich im Rücken. Muß also Österreich, gleichgültig aus welchem Grunde, um seine Großmachtstellung fechten, so müssen wir an seine Seite treten, damit wir nicht nachher neben einem geschwächten Österreich allein fechten müssen. Dies hat uns nicht gehindert und wird uns auch ferner nicht hindern, unseren ganzen Einfluß zur Milderung der Gegensätze einzusetzen. Die Grenze dafür ist, daß wir unserem Bundesgenossen keine Demütigung zumuten dürfen. Wir wollen den Krieg vermeiden, solange es in Ehren geht; erweist sich das als unmöglich, ihm ruhig und fest ins Auge sehen." Siehe den Text der Kiderlenschen Rede bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 193ff.

* Vgl. Nr. 12474, Fußnote **.

den Passus über treue Erfüllung Bündnispflicht hervorgerufen. Mehrfach an gleich entschlossene Haltung Deutschlands 1909 erinnert und Euerer Exzellenz Erklärung als Gegenstück zu Kaiserrede im Wiener Rathaus bezeichnet. Selbst nationalistische Organe enthalten sich vorläufig schroffer Gegenbemerkungen.

Mit gewisser Beschämung verweisen einzelne Blätter angesichts rückhaltlosen deutschen Bekenntnisses zu Bündnistreue auf gestrige Rede früheren Ministerpräsidenten Combes bei Verteilung Denkmünzen von 1870, worin dieser versicherte, daß heutiges Parlament furchtbare Verantwortung einer Kriegserklärung nur dann auf sich nehmen würde, wenn nationale Ehre auf dem Spiel stände. Schoen

Nr. 12476

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 578 Konstantinopel, den 3. Dezember 1912

Waffenstillstand wegen übertriebener griechischer Forderungen noch nicht gezeichnet*. In Militärkreisen beginnt man an der Ehrlichkeit der Verbündeten zu zweifeln und hält für möglich, daß Bulgarien nur hat Zeit gewinnen wollen, um sich in Thrazien zu verstärken. Dagegen glaubt Kiamil Pascha fest an die Absicht Bulgariens, sich nötigenfalls allein mit der Türkei zu verständigen, wozu ihn auch folgende Äußerung Sawows** zu Nasim Pascha bestimmt: „Ne vous inquiétez pas à cause des Grecs. S'ils ne cèdent pas nous nous retirerons vers le nord ce qui vous permettrait d'envoyer 50000 hommes contre eux."

Russischer Botschafter sagte mir heute, daß, falls Griechen weiter Schwierigkeiten machten, der Waffenstillstand ohne diese geschlossen werden könne. Nur müsse darauf bestanden werden, daß sie sich wenigstens an unmittelbar nach Waffenstillstand zu beginnenden Friedensverhandlungen beteiligten. Wangenheim

Nr. 12477

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 410 Wien, den 3. Dezember 1912

Graf Berchtold sagte mir heute, es herrsche im Generalstab hier einige Besorgnis wegen der hier zur Kenntnis gelangten serbischen Truppenverschiebungen aus den eroberten Gebieten nach Norden an die österreichisch-

* Tatsächlich war der Waffenstillstand am Abend des 3. Dezember ohne Griechenlands Hinzutritt abgeschlossen worden. Näheres darüber in Nr. 12479 und 12493.

** Generalleutnant Sawow, militärischer Berater König Ferdinands, Unterhändler bei den Waffenstillstandsverhandlungen.

ungarische Grenze. Seine Einwendung, daß es sich möglicherweise nur um die Heimbeförderung der entbehrlich gewordenen Truppen in ihre Garnisonen handle, hätten die Militärs nicht wollen gelten lassen.

Aus Serbien habe der hiesige Generalstab, wie mir der Minister weiter mitteilte, die verbürgte Nachricht, daß die Serben im Begriffe ständen, für 35 Millionen francs Kriegsmaterial in Deutschland zu bestellen. Das deute alles darauf hin, daß man sich dort für einen Frühlingsfeldzug rüste.

Auch Bulgarien soll wieder bedeutende Bestellungen von Waffen und Munition, auch in Deutschland, machen, doch seien die Nachrichten bezüglich Bulgariens nicht verbürgt.

von Tschirschky

Nr. 12478

*Aufzeichnung des rumänischen Gesandten in Berlin Beldiman für König Karl I. von Rumänien**

Abschrift

Berlin, den 4. Dezember 1912

Anläßlich des Besuches, den Seine Königliche Hoheit der Kronprinz** Seiner Majestät dem Kaiser am 3. Dezember im Neuen Palais bei Potsdam abstattete, wurde die Stellung Rumäniens zu der auf der Balkanhalbinsel sich vollziehenden Umwälzung unter Beteiligung Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs von Kiderlen-Waechter sehr eingehend erörtert. Seine Majestät würdigten die großen Schwierigkeiten, die sich für Rumänien nicht weniger wie für die ihm am nächsten stehenden Großmächte aus der Neugestaltung der Verhältnisse südlich der Donau ergäben; bekundeten aber zugleich das lebhafteste Interesse dafür, daß die Stellung und Bedeutung Rumäniens unvermindert aus dieser Krisis hervorgingen. In dieser Hinsicht ist es vielleicht nützlich — nach Auffassung des Unterzeichneten —, gegenüber gewissen Stimmungen in Rumänien, welche die natürliche Folge der gegenwärtigen Erschütterungen sind, festzustellen, daß die bisherige Haltung der deutschen Reichsregierung zu Rumänien in keiner Weise durch die jetzigen Ereignisse nachteilig beeinflußt werden könnte. Dies wurde durch nachträgliche Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers bestätigt, welcher gerade in Hinsicht auf die Neugestaltung der Dinge im Osten für Rumänien neue und bedeutende Aufgaben erblickte. Der große Vorsprung, den unser Land auf kulturellem,

* Die mit Staatssekretär von Kiderlen vereinbarte Aufzeichnung wurde diesem am 5. Dezember mit der Bemerkung übersandt, daß die Aufzeichnung von dem rumänischen Kronprinzen bei seiner Abreise behufs persönlicher Übergabe an König Karl mitgenommen worden sei.

** Gemeint ist Kronprinz Ferdinand von Rumänien.

wirtschaftlichem und militärischem Gebiete und überhaupt durch seine konsolidierten Staatsverhältnisse vor seinen südlichen Nachbarn voraus hat, kann durch den wenn auch erheblichen Gebietszuwachs Bulgariens, Serbiens und Griechenlands nicht beeinträchtigt werden. Diese Staaten bedürfen zur Neuordnung ihrer Verhältnisse nach so schweren Opfern geraumer Zeit und noch vieler innerer Arbeit, abgesehen von den mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus ihren gegenseitigen Beziehungen ergeben werden. Bulgarien ist unter ihnen dasjenige Königreich, welches durch die bewiesene Volkskraft und den Ernst seiner politischen und militärischen Führung am meisten verspricht, mit seinem neuen Gebiete ein festes und geordnetes Staatswesen zu werden und der von Rußland beanspruchten Bevormundung zu entwachsen. Die bisherige Entwicklung des bulgarischen Nationalstaates weist darauf hin, daß derselbe, je mehr er nach innen und außen erstarkt, um so mehr das Bedürfnis empfinden wird, sich von der russischen Vorherrschaft zu emanzipieren und seinen natürlichen Anschluß an Rumänien zu suchen. Hier würde letzterem durch eine geschickte und zielbewußte Politik die wichtige Aufgabe zufallen, ein Bindeglied zwischen dem Dreibunde, dem es angehört, und Neubulgarien zu werden. Interessengegensätze nationaler oder wirtschaftlicher Art, die einen derartigen Anschluß verhindern oder erschweren könnten, gibt es zwischen Rumänien und Bulgarien nicht, während zwischen Bulgarien einerseits und Serbien oder Griechenland andererseits natürliche Reibungsflächen bestehen, die auch nach dem Friedensschluß manche Schwierigkeiten verursachen werden. Gelingt es aber, zwischen Rumänien und Bulgarien ein dauerndes Vertrauensverhältnis herzustellen, so würde unter Anschluß an den Dreibund und insbesondere an Deutschland und Österreich-Ungarn ein starkes Gegengewicht gegen das Slawentum im Südosten geschaffen werden. Dies entspräche den nationalen Interessen Rumäniens dem Slawentum gegenüber und wäre im Grunde nur eine Fortsetzung seiner bisherigen Politik, aber in einer den neuen Verhältnissen auf der Balkanhalbinsel angepaßten Form. Außerdem würde ein solcher Anschluß Bulgariens an Rumänien einen stillschweigenden Verzicht auf gewisse chauvinistische Tendenzen bedeuten, die sich bisher bulgarischerseits öfters gegen die Dobrudscha richteten. Würde aber Bulgarien abgestoßen und genötigt werden, sich den Slawen und insbesondere dem Serbentum anzuschließen, so würde dies eine für Rumänien wie für den Dreibund höchst unerwünschte Lage im Osten schaffen.

Über diese bedeutende Frage der nächsten Zukunft, an der Rumänien hervorragend mitinteressiert ist, hat sich Seine Majestät der Kaiser mit großer Klarheit und Bestimmtheit ausgesprochen — wobei Seine Majestät auf vielerlei Einzelheiten der Balkanverhältnisse eingingen — und den Unterzeichneten ermächtigt, die vorstehend kurz zusammengefaßte Auffassung Seiner Majestät über die Stellung Rumäniens zu der künftigen Neuordnung auf der Balkanhalbinsel ausschließlich nur Seiner Majestät dem Könige zu berichten. (gez.) A. Beldiman

Nr. 12479

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 579 Pera, den 4. Dezember 1912

Nach Äußerungen Großwesirs erklärte griechischer Delegierter gestern abend, daß griechische Regierung auf früheren Bedingungen Waffenstillstands, insbesondere Räumung Janinas, bestehe. Da Türkei ablehnte und andere Balkanstaaten griechisches Vorgehen nicht unterstützten, zog sich griechischer Unterhändler zurück. Waffenstillstand wurde hierauf unter Ausschluß Griechenlands gezeichnet. Recht, belagerte Plätze zu verpflegen, wird anscheinend Türkei nicht eingeräumt, doch meinte Kiamil Pascha, Adrianopel habe gestern bulgarischen Angriff erfolgreich und unter starken Verlusten auf feindlicher Seite abgewiesen, und Oberkommandierender sei entschlossen, den Platz bis Abschluß Friedensverhandlungen zu halten. Letztere sollen in zirka zehn Tagen beginnen und in London stattfinden*.

Anderweit erfahre ich, daß Wunsch des griechischen Kommandanten und Delegierten Franzis, sich vor Unterzeichnung Protokolls allein mit Türken besprechen zu dürfen, von Bulgaren kategorisch zurückgewiesen wurde. Wangenheim

Nr. 12480

Der Chef des Generalstabs der Armee General der Infanterie von Moltke an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 18560[I] Berlin, den 4. Dezember 1912

Geheim

Dem Auswärtigen Amt beehre ich mich anliegend weitere Nachrichten über die militärische Lage in Frankreich Nr. 3** zu übersenden.

v. Moltke

Anlage

Geheim Berlin, den 4. Dezember 1912

Die eingegangenen Nachrichten lassen erkennen, daß die Probemobilmachung am 26./27. November annähernd gleichzeitig in vielen Garnisonen des deutsch-französischen Grenzgebietes stattgefunden hat.

* Tatsächlich erfolgte der Zusammentritt der Friedensbevollmächtigten der Türkei, Bulgariens, Serbiens und Montenegros am 14. Dezember in London. Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVI und CCLXVII.

** Vgl. Nr. 12412, 12462.

Der Hauptwert ist anscheinend auf eine Prüfung der Übermittlung des Mobilmachungsbefehls gelegt worden. Bei den Eisenbahn-, Post-, Telegraphen-, Zollbehörden, bei der Gendarmerie und der Sicherheitspolizei wurden die Maßnahmen ausgeführt, die den Beamten unmittelbar nach Empfang des Mobilmachungsbefehls obliegen.

Die Truppen nahmen nur in beschränktem Umfang an dieser Übung teil. Reservisten wurden hierzu nicht eingezogen.

Nach den vorliegenden Nachrichten sind die auf Grund der Probemobilmachung getroffenen Maßnahmen zurzeit wieder rückgängig gemacht worden.

Die vereinzelt hier eingegangene Nachricht, daß die Familien der Zollbeamten auf höhere Anordnung nach dem Innern zurückgeschickt worden sind, hat sich als irrig erwiesen.

Es handelt sich bei den gesamten Maßnahmen anscheinend um eine vom französischen Kriegsministerium bereits seit einiger Zeit geplante Prüfung der Mobilmachungsbereitschaft in den Grenzbezirken.

Die deutsche Heeresvermehrung an der Westgrenze* hat in Presse und Bevölkerung teilweise die Befürchtung hervorgerufen, daß der französische Grenzschutz gegen Deutschland nicht ausreiche. Es sollte daher geprüft werden, ob die augenblicklich geltenden Bestimmungen den Anforderungen des Ernstfalles entsprechen. Mit Bezug auf die augenblickliche politische Lage sollte bei dieser Gelegenheit dem Inland wie dem Ausland gezeigt werden, daß man bereit sei.

Nr. 12481

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 199 London, den 4. Dezember 1912

Sir E. Grey ließ mich heute zu sich bitten und eröffnete unsere Unterhaltung mit der Bemerkung, er habe sich lebhaft über die warmen Worte gefreut, die der Herr Staatssekretär im Reichstag über unsere beiderseitigen Beziehungen gesprochen habe**, da sie vollkommen seinen Wünschen und

* Bei dieser Maßregel handelte es sich um die Durchführung der am 10. Mai vom Reichstage verabschiedeten Militärvorlage, die die Neubildung eines Armeekorps (XXI.) in Saarbrücken unter Verwendung der bisher beim XIV. Armeekorps vorhandenen dritten Division vorsah, nicht aber um Maßregeln, die mit dem Balkankriege etwas zu tun hatten. Probemobilisierungen wie in Rußland und Frankreich, Zurückhaltung ausgedienter Jahrgänge wie in Rußland haben angesichts des Balkankrieges in Deutschland nicht stattgefunden.

** Staatssekretär von Kiderlen hatte am 2. Dezember auf einen Vorwurf des Abgeordneten Ledebour, daß die Kaiserliche Regierung einen Zwist mit England nähre, erwidert:

Ansichten entsprächen. Leider habe er — so fuhr er fort — keine sehr beruhigenden Nachrichten aus Österreich-Ungarn erhalten, indem von dort die Meldung weiterer verstärkter Mobilmachungen* an ihn gelangt sei. Sodann richtete er an mich die Frage, ob wir noch immer auf dem früheren, von Herrn von Kiderlen-Waechter auch wiederholt betonten Standpunkt uns befänden, keine Frage gesondert, sondern alle zusammen nach dem Friedensschluß behandeln zu wollen. Ich bejahte lebhaft und gab meiner Verwunderung darüber Ausdruck, wie er daran zweifeln** könne, daß wir das von Herrn Asquith seinerzeit verkündete und von uns bereitwilligst angenommene Programm verlassen können. Er erwiderte, er fürchte, daß die Rede des Herrn Reichskanzlers***, der zu seiner Überraschung die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Kontinentalgruppen schon jetzt betont habe, ihn zu dieser Frage veranlaßte und fragte mich, ob ich den Eindruck habe, daß dieselbe in dem Sinne gedeutet werden könne, daß wir Österreich-Ungarn für alle Eventualitäten und für alle Schritte, die es glaubte, in seinem Interesse unternehmen zu sollen, die Rückendeckung gewährleisten, also gewissermaßen einen Blankowechsel ausstellen wollten. Er befürchte, daß eine so weitgehende Unterstützung der österreichischen Politik unserem gemeinsamen Ziele, der Erhaltung des Friedens und der Mäßigung auf beiden Seiten, unzuträglich sein und die österreichische Widerstandslust stählen würde†.

Ich entgegnete, daß die Rede des Herrn Reichskanzlers, soweit sie mir durch die Zeitungen bekannt sei, gewiß nur durch Betonung der Einigkeit unter den verbündeten Mächten dazu beitragen könne, den unruhigen Elementen einen Dämpfer aufzusetzen, und daß wir sicherlich nicht ohne genaue Untersuchung der einzelnen Fragen die österreichischen Wünsche blindlings unterstützen würden. Im übrigen aber glaubte ich ihm versichern zu können, daß wir ähnlich, wie er es in Petersburg getan, in Wien im Sinne der Mäßigung und Zurückhaltung wirkten. Auch habe Österreich, wie ihm bekannt, in der Frage des Sandschak und in vielen anderen heiklen serbischen Angelegenheiten große Mäßigung an den Tag gelegt.

„Diese Äußerungen sind mir ein willkommener Anlaß auszusprechen, daß während der ganzen letzten Krise unsere Beziehungen speziell zu England besonders vertrauensvoll waren. Die offene, von vollem Vertrauen getragene Aussprache zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krise hat nicht nur eine erfreuliche Intimität unserer Beziehungen hervorgerufen, sondern sie hat auch einer Verständigung aller Mächte gute Dienste geleistet. Ich möchte die bestimmte Erwartung aussprechen, daß sie das auch weiter tun wird." Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1912, S. 246.

* Solche erfolgten erst einige Tage später, vgl. Nr. 12485 und 12488.

** Statt „zweifeln" dürfte „glauben" zu lesen sein.

*** Vgl. Nr. 12474 nebst Fußnote**.

† Vgl. dazu den Brief Iswolskys an Sasonow vom 5. Dezember 1912: „Nach Informationen von demselben Botschafter" – Paul Cambon – „hat die Rede Bethmann Hollwegs einen ungünstigen Eindruck auf die englische Regierung gemacht, die keinesfalls für engere Beziehungen zu Deutschland ist." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 378.

Sir E. Grey anerkannte . . . .* und meinte, daß es ihm vor allem daran läge, daß keine zweite Lage entstände wie im Jahre 1909. Denn er sei überzeugt, und diesen Satz wiederholte er zweimal mit besonderer Betonung, daß Rußland zum zweiten Male einen Rückzug wie damals nicht antreten, sondern lieber zu den Waffen greifen werde. Es käme also alles darauf an, daß die serbische Hafenfrage sich nicht derartig zuspitzte, daß eine von den beiden Großmächten gezwungen sei nachzugeben. Sein ganzes Bestreben gehe vielmehr dahin, daß der österreichisch-serbische Streit in Gemeinschaft mit allen anderen Fragen derart behandelt werde, daß es möglich sei, Kompensationen zu schaffen, indem man den Sandschak und andere Gebiete mit in den Handel hineinzöge. Er könne eine gewisse Besorgnis nicht unterdrücken, daß die Rede Euerer Exzellenz, obwohl sie von der hiesigen Presse im allgemeinen günstig aufgenommen worden sei, dazu beitragen könne, den serbisch-österreichischen Streit von den anderen Fragen zu sondern und das scharfe Hervortreten der europäischen Gruppen, deren Gegenüberstellung er ängstlich zu vermeiden gesucht habe, zu betonen. Denn es käme ihm vor allem darauf an, daß aus dem Streite keine Ehren- oder Parteisache der bestehenden Gruppen entstände, damit es möglich sei, daß unsere beiden Länder, die bisher gewissermaßen als Unbeteiligte und mit dem gleichen Interesse an der Erhaltung des Friedens auch fernerhin Hand in Hand arbeiteten, in Wien bzw. Petersburg vermittelnd wirkten und auch die Grundlage zu fernerem politischen Zusammengehen schaffen könnten. Entstände aber ein europäischer Krieg dadurch, daß Österreich gegen Serbien vorginge, und [Rußland], durch die öffentliche Meinung gezwungen, und um nicht abermals eine Demütigung wie 1909 zu erleben, in Galizien einmarschiere, was uns zur Hilfsleistung veranlassen würde, so sei die Beteiligung Frankreichs unausbleiblich und die weiteren Folgen unabsehbar.

Es ist zum zweiten Male, daß er mir gegenüber diese letztere nicht mißzuverstehende Anspielung gebraucht**. Von verschiedenen ihm sehr nahestehenden Persönlichkeiten ist mir in dieser Hinsicht in den letzten Tagen übereinstimmend gesagt worden, daß die hiesige Regierung schon deshalb bestrebt ist, einer europäischen Verwicklung unter allen Umständen vorzubeugen, weil sie fürchtet, daß durch dieselbe die angebahnte Annäherung mit uns wieder in Frage käme; denn es sei für England, obwohl keine geheimen Abmachungen mit Frankreich beständen, ein unbedingtes Lebensinteresse zu verhindern, daß dieses Land von uns völlig niedergeworfen werde, man würde sich also für den Fall, den man hier voraussieht, daß wir die Franzosen besiegen, unbedingt genötigt sehen, für dieselben einzutreten***.

Lichnowsky

---

* Zifferngruppe fehlt.

** Das erste Mal war es am 27. November geschehen. Vgl. Nr. 12447, S. 418, Fußnote.

*** Vgl. auch das folgende Schriftstück.

Nr. 12482

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Fürsten von Lichnowsky

Telegramm. Konzept

Nr. 211 Berlin, den 6. Dezember 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 199*.

Zur Verwertung.

Sir Edward Grey scheint noch immer zu glauben, wir hätten Rußland bei bosnischer Krise durch Drohungen zum Rückzug gezwungen. Diese Behauptung ist längst widerlegt** und ihre Haltlosigkeit wäre publici juris, wenn nicht Iswolsky die damals von uns wiederholt beantragte Veröffentlichung sämtlicher Dokumente konstant verweigert hätte.

Auch jetzt denkt niemand daran, Rußland zum Rückzug zu zwingen. Donaumonarchie hat ausschließlich mit Serbien zu tun, wo sie als unmittelbare Nachbarin besondere Interessen mit gleichem Rechte in Anspruch nimmt wie Frankreich seinerzeit als Herr Algeriens in Marokko, England kraft ägyptischer Stellung in Syrien oder Arabien; Grey selbst anerkennt, mit welcher Langmut und Mäßigung trotz fortgesetzter serbischer Provokationen österreichische Regierung Interessen geltend macht. Sie hat Besetzung Sandschaks, Eroberung Mazedoniens, militärisches Vordringen an Adria geduldet. Ihre durch Lebensinteressen gebotene Forderung autonomen Albaniens, die gleichzeitig endgültigen serbischen Territorialbesitz an Adria ausschließt, wird von allen Mächten, auch vom offiziellen Rußland als berechtigt anerkannt. Gleichwohl hat Österreich, englischer Anregung folgend, Durchsetzung selbst jener wahrlich bescheidenen Minimalforderung vertagt. Dies wird auch weiter geschehen, solange serbische Herausforderungen es zulassen und andere Mächte nicht gegen Österreich Partei nehmen.

Opfer an Interessen oder Prestige werden von Rußland nicht verlangt. Billigerweise darf aber erwartet werden, daß materiell unbeteiligtes Zarenreich nicht Österreich an Verteidigung Existenz und Ansehens hindert. Derartige selbstverständliche Reserve wäre Rückzug nur dann, wenn Rußland sich bereits in österreichfeindlichem Sinne für übertriebene Forderungen Serbiens engagiert hätte. Dies trifft nach vertrauenswürdigen Versicherungen Petersburger Kabinetts nicht zu. Wäre es der Fall, so träfe Odium der Provokation sicherlich nicht Österreich.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 12481.

** Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCIV.

Nr. 12483

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 347 St. Petersburg, den 4. Dezember 1912
[pr. 6. Dezember]

Gelegentlich der letzten Unterredungen, die ich mit Herrn Sasonow am Ende der vorigen und am Anfang dieser Woche hatte, konnte ich feststellen, daß der Minister mehr und mehr einer optimistischen Auffassung der Lage zuneigt. Herr Sasonow bemerkte vorigen Montag, man dürfe es zwar noch nicht zu laut aussprechen[1], aber er fange an zuversichtlich zu hoffen, daß es zu keinem Konflikt zwischen den Großmächten kommen werde.

Ich benutze jede Gelegenheit, um den Minister immer von neuem darauf hinzuweisen, daß es vor allem darauf ankomme, die Serben zur Vernunft zu bringen, und daß eine deutliche und ernste Sprache Rußlands in Belgrad in dieser Beziehung sicher Erfolg haben werde. Herr Sasonow versichert, daß er nichts unterlasse, um die serbische Regierung von unbedachten Schritten abzuhalten, und daß das Belgrader Kabinett auch bereits einzulenken beginne. Diese Versicherungen sind gewiß aufrichtig, und ich bin überzeugt, daß von hier aus mäßigende Ratschläge in Belgrad erteilt werden. Herr Sasonow scheut sich aber, wie ich fürchte, den Serben gegenüber dieselbe deutliche Sprache zu führen, die er vor dem Ausbruch des Krieges allen Balkanstaaten gegenüber geführt hat. Würde Rußland in Belgrad keinen Zweifel darüber lassen, daß, wenn Serbien in seiner intransigenten Haltung gegenüber Österreich-Ungarn verharrt, es die Folgen einer solchen Haltung allein tragen müsse und nicht auf Unterstützung Rußlands rechnen könne[2], so würde eine solche Sprache gewiß ihren Eindruck nicht verfehlen und auf die Serben ernüchternd wirken. Sie würde aber allerdings einen Sturm in der panslawistischen Welt entfesseln[3], dem zu trotzen Herr Sasonow sich vielleicht nicht stark genug fühlt.

Gelegentlich einer Unterredung, die mein österreichisch-ungarischer Kollege vor zwei Tagen mit dem Minister hatte, und welche die in der Presse verbreiteten Nachrichten über beiderseitige Rüstungen betraf, sagte Herr Sasonow dem Grafen Thurn: „Sie können sicher sein, daß wir nicht angreifen werden." Der Minister fügte aber gleich hinzu: „Vorausgesetzt[4], daß Sie Serbien nicht angreifen"[5]. F. Pourtalès

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] Richtig

[3] aha! also so weit ist er bereits von ihr abhängig

[4] das ist unter Umständen unvermeidlich!

[5] so stand die Parthie bereits Anfang Oktober, und so wird sie bleiben, bis der Zusammenstoß erfolgt ist.

Nr. 12484

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 464 Rom, den 2. Dezember 1912
[pr. 6. Dezember]

In der hiesigen öffentlichen Meinung hat sich insofern eine Klärung vollzogen, als die anfangs für Serbien obwaltenden Gefühle einer entschiedenen Sympathie für Albanien und seine Unabhängigkeit gewichen sind. Es melden sich sogar vereinzelte Stimmen, welche auf die slawische Gefahr hinzuweisen wagen. Die Stimmung für Albanien wird auch durch zahlreiche Kundgebungen der in Italien lebenden Albanesen gehoben. Es gibt in Süditalien und Sizilien bekanntlich verschiedene Kolonien ausgewanderter Albanesen, auch Crispi entstammte einer solchen.

Man hat sich jetzt ziemlich allgemein zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Bildung eines unabhängigen und neutralisierten Albaniens ein vitales Interesse Italiens sei, und will dieses vertreten, nicht weil, sondern obwohl Österreich dasselbe Ziel verfolgt. Die Interessen Österreichs und Italiens, so heißt auch das offizielle mot d'ordre für die Presse, mögen verschieden sein, sie stehen sich aber nicht entgegen, und Italien kann daher in der albanesischen Frage mit oder neben Österreich-Ungarn gehen.

Hat man sich einerseits an den Gedanken eines Interessenparallelismus zwischen Italien und der Donaumonarchie in Albanien gewöhnt, so weht leider andererseits infolge der Maßnahmen der Wiener Polizei gegen die italienische Studentenkundgebung ein erneuter Wind antiösterreichischer Stimmung durch das Land. Daß derselbe sehr weitgehend ist, glaube ich nicht; er hat hauptsächlich die dem Irredentismus geneigten akademischen Kreise ergriffen. Italien leidet aus seiner alten Kleinstaatenzeit an einem Überfluß von Universitäten, und bei Lehrern und Schülern ist die üble Gewohnheit des politischen Demonstrierens eingerissen. Die Mehrzahl der antiösterreichischen Kundgebungen der letzten Tage in Pavia, Ancona, Neapel etc. ging von Hochschulkreisen aus, die neben dem Protest gegen die Behandlung ihrer Wiener Kommilitionen jetzt auch die Frage der italienischen Universität wieder auf ihre Fahnen geschrieben haben. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß es Herrn Giolittis energischem Eingreifen gelingen wird, den Manifestationen ein Ende zu setzen, aber gegen den Hauptsitz des Übels, die Konnivenz und sogar direkte Agitation vieler Hochschullehrer, vorzugehen, wird niemand wagen, vor allem nicht der radikale Unterrichtsminister*.

Lieben tut kein Italiener Österreich; dem landläufigen Liberalismus gilt es als veralteter Polizeistaat und Wien als die Hochburg von Reaktion und Klerikalismus; im Norden spielen die Erinnerungen an die verhaßte

* Credaro.

österreichische Herrschaft noch eine große Rolle. Wohl haben sich die politisch denkenden Kreise im Laufe der Zeiten ziemlich allgemein von dem Nutzen und sogar der Notwendigkeit des Bündnisses mit dem östlichen Nachbar überzeugt; aber bei sich bietender Gelegenheit wird man immer noch mit einem Wiederaufflackern der österreichfeindlichen Gefühle und Gesinnungen zu rechnen haben, und innere wie äußere Gegner des Dreibundes werden denselben stets an dieser Achillesferse zu treffen suchen[1].

v. Jagow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Barrère, Petersburg

Nr. 12485

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 83 Wien, den 5. Dezember 1912
Geheim [pr. 6. Dezember]

Im Kriegsministerium erwartet man für heute die Entscheidung, ob Seine Majestät die „Mobilmachung Balkan" anzuordnen sich entschließen wird*. Der Generalstabschef hatte gestern in Schönbrunn Audienz, um Seiner Majestät die Mobilmachungsorder zu unterbreiten. Der Kaiser soll sich jedoch gestern noch nicht entschlossen haben. Er wollte heute noch mit dem Grafen Berchtold darüber sprechen.

Zur Audienz hatte General Schemua eine vom Evidenzbureau angefertigte Karte mit, derzufolge von den elf serbischen Kriegsdivisionen vier bereits im Mutterland eingetroffen bzw. auf dem Heimtransport begriffen eingezeichnet sind.

Serbien soll seine Bewaffnung zu erneuern bzw. zu ergänzen suchen und in Deutschland 200000 Gewehre nebst Patronen, ferner zwei Millionen Schrapnells bestellt haben. Auch Rumänien und Bulgarien sind bestrebt, ihre Bewaffnung zu ergänzen, die beiden letzteren Staaten auch in Österreich-Ungarn. So hat zum Beispiel Bulgarien bei der österreichischen Waffenfabrik in Steyr Infanteriegewehre bestellt.

Die Volksstimmung in Montenegro soll — den Berichten des k. und k. Militärattachés zufolge — wegen der geringen kriegerischen Erfolge unzufrieden sein. Der Unwille scheine sich gegen König Nikita zu wenden. Im Evidenzbureau will man Anzeichen haben, daß ein alter Plan wieder aufgenommen wird, nämlich die Vereinigung Serbiens und Montenegros unter serbischer Dynastie.

Von der russischen Grenze sind keine neuen Truppenbewegungen zu melden.

* Über den Ausfall der Entscheidung vgl. Nr. 12487 und 12488.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat endlich — nachdem noch eine große Anzahl Pferde nach den Balkanländern verkauft worden war — ein Pferdeausfuhrverbot für alle Grenzen erlassen.

Außer den vier Kavalleriedivisionen in Galizien haben im ganzen zehn Kavallerieregimenter den erhöhten Stand von 150 Reitern angenommen, und zwar die Regimenter der Kavallerietruppendivisionen Wien und Budapest.

Die k. und k. Heeresverwaltung hat für die Mannschaften Winterbekleidungsgegenstände beschafft, und zwar: Schneehauben, wollene Ärmelunterjacken und schafwollene Fußlappen. Für den hechtgrauen Mantel ist sowieso ein anknüpfbares Schafwollfutter vorgesehen.

Ein hocherfreuliches Symptom ist die glatte Annahme der drei in der Anlage* gehorsamst beigefügten Regierungsvorlagen betreffs Mobilmachungsmaßnahmen im ungarischen Abgeordnetenhaus, desgleichen die Erledigung der militärisch bedeutsamen bosnisch-herzegowinischen Eisenbahnvorlagen im bosnischen Landtag (gegen nur sieben Stimmen der serbisch-radikalen Opposition). Gleichzeitig hat das ungarische Abgeordnetenhaus das Rekrutengesetz pro 1913 verabschiedet unter Ovationen für den allgemein beliebten und tüchtigen Honvedminister**.

Weniger aussichtsreich ist die Lage der drei Militärgesetze im österreichischen Parlament. Das Kriegsleistungsgesetz stößt in den Ausschußberatungen auf den Widerstand der Tschechisch-Radikalen und Sozialdemokraten. Die Regierung läßt jedoch keinen Zweifel darüber, daß sie die Erledigung der Vorlagen bis spätestens 10. Dezember wünscht, andernfalls sich mit der Entlassung des Hauses und dem Paragraphen 14 behelfen müsse.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant.

Nr. 12486

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 414 Wien, den 6. Dezember 1912

Der Ernst der Lage, der sich schon vor einigen Tagen in einem Teil der Presse widerspiegelte, beschäftigt auch die heutige „Reichspost". Wie schon früher sehr energisch betont wurde, daß die allzulang dauernde Spannung endlich ein Ende finden müsse, auch wenn eine Klärung mit den Waffen zu erfolgen habe, so weist die heutige „Reichspost" in einer Zuschrift von „informierter Seite" nachdrücklichst darauf hin, daß die wirtschaftlichen Wirkungen der politischen Ungewißheiten in Österreich-Ungarn jetzt geradezu verheerend seien. Ob daher eine derartige Span-

* Nicht bei den Akten.
** Feldmarschalleutnant Freiherr Hazay.

nung so lange überhaupt wird ertragen werden können, bis die in Rede stehende Botschafterkonferenz*, die keine prompte Lösung der Frage bedeute, zu einem Resultate gelangen würde, bliebe dahingestellt.

Der Artikel betont fernerhin, daß der Schwerpunkt der Entscheidungen nach wie vor bei Rußland läge. Die Tätigkeit des Herrn von Hartwig schließe das zweite Gefahrmoment der Situation in sich, da die regulierenden offiziellen Erklärungen der Petersburger Regierung in Serbien gelegentlich versagen könnten.

Nachdrücklichst hebt daher der Artikel am Schlusse hervor, daß es dringend zu hoffen sei, daß die Lösung der Spannung nicht erst auf der Botschafterkonferenz gefunden würde, und daß es Rußland gelingen möge, Serbien zur Vernunft zu bringen. Es ginge nicht an, daß die Monarchie alle drei, vier Jahre eine „serbische Krise" durchmachen müsse. Es sei nun an der Zeit, zwischen Österreich-Ungarn und Serbien endgültig volle Klarheit zu schaffen; der Monarchie sei nicht damit gedient, wenn Serbien im letzten Augenblicke erklären würde, dem Drucke Europas zu weichen, und seine Forderungen einstweilen nur zurückstellen würde. Die Monarchie müsse ernste Garantien fordern, die ein für allemal die serbischen Aspirationen auf die adriatische Küste und albanesisches Gebiet einsargen.

Der Artikel dürfte die hier im großen Publikum allgemein herrschende Stimmung im wesentlichen wiedergeben. von Tschirschky

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Respondeatur, daß nach unserer Auffassung, die die Berechtigung der österreichischen Aspirationen voll anerkenne, an der „Spannung", die Handel und Wandel störe, die österreichische Presse eine wesentliche Mitschuld habe. Nachdem sich Österreich-Ungarn, wie wir glauben, mit Recht entschlossen habe, nicht während des Kriegs einzugreifen, müsse nun auch die Abrechnung mit Serbien bis nach Entscheidung der großmächtlichen Besprechungen und der amtlichen Dokumentierung der Ansprüche der Balkanstaaten auf der Friedenskonferenz verschoben werden. Dies scheine logisch, und die Stimmungsmache zwischendurch bringe Beunruhigung, aber keine Entscheidung.**

Nr. 12487

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 415 Wien, den 6. Dezember 1912

Ganz vertraulich

Ich habe die erste sich mir bietende Gelegenheit ergriffen, um Euerer Exzellenz Anregung*** folgend dem Grafen Berchtold im Laufe einer

* Über die von Sir E. Grey am 29. November 1912 in Vorschlag gebrachte Botschafterreunion, die dann am 17. Dezember in London zusammentrat, vgl. Bd. XXXIV, Kap. CCLXVI und CCLXVII.

** In wörtlicher Anlehnung an die Bemerkung Kiderlens wurde Tschirschky durch Erlaß Nr. 822 vom 10. Dezember 1912 instruiert.

*** Vgl. Nr. 12461, S. 435, Fußnote **.

vertraulichen Unterhaltung über die Lage zu sagen, daß ich das Gefühl hätte, manches würde sich leichter gestalten in den komplizierten Verhandlungen der gegenwärtigen politischen Lage, wenn man sich hier etwas präziser über die eigenen Pläne aussprechen würde. Ich möchte hier einschalten, daß ich schon wiederholt, auch während meines Aufenthalts in Pest, dem Minister eindringlich vor Augen gehalten habe, daß Deutschland als Verbündeter der Monarchie, der am letzten Ende für Österreich-Ungarn einzutreten haben würde, ein Recht darauf habe, jederzeit darüber unterrichtet zu werden, wohin die politische Fahrt gehe. Den Grafen Berchtold habe ich stets bereit gefunden, auf dieses Thema einzugehen. Wenn er bisher sich darauf nur in ganz allgemeinen Andeutungen ergangen hat, so hat das seinen Grund nicht etwa in einer unangebrachten Zurückhaltung, sondern, wie ich überzeugt bin, darin, daß er selbst und alle leitenden Stellen präzise Gedanken über den Weg, auf welchem das vorgesteckte Ziel zu erreichen sein würde, noch nicht hatten[1]. Auch von seiten der maßgebendsten österreichischen Kreise höre ich fortgesetzt, daß man sich nicht klar sei über den zu verfolgenden Weg[2*].

Auch heute fand ich den Grafen Berchtold sofort bereit, über diese Dinge mit mir als Vertreter Deutschlands ganz vertraulich zu sprechen. Als leitenden Grundsatz für die österreichisch-ungarische Politik bezeichnete der Minister die Absicht auf friedlichem Wege, womöglich mit einem diplomatischen Erfolge, jedenfalls aber mit Ehren aus der jetzigen Lage herauszukommen. „Einen Krieg könnte ich natürlich leicht in 24 Stunden provozieren," meinte der Minister. „Das will ich aber nicht, und ich bin mir der Verantwortung, die ich dem Deutschen Reiche gegenüber trage, vollkommen und jeden Augenblick bewußt." Die Sache sei aber besonders deswegen nicht leicht, weil, wie er betonen müsse, Österreich-Ungarn seine Politik Serbien gegenüber weniger als Selbstzweck verfolge, sondern hauptsächlich als Mittel zu dem Hauptzwecke, sich die Möglichkeit zu schaffen, die sieben Millionen Südslawen der Monarchie in Ruhe und Frieden als Glieder der Monarchie regieren zu können. Ich habe, wie Euerer Exzellenz bekannt, wiederholt in meiner gehorsamsten Berichterstattung auf diesen Hauptpunkt hingewiesen. So klar hatte ich aber diesen Satz aus dem Munde des leitenden Ministers bisher noch nicht vernommen. Graf Berchtold führte weiter aus, es sei dies eine Frage, die man im Auslande nur schwer in ihrer vollen Tragweite ermessen könne[3]. Er selbst habe, als er das Ministerium übernahm, keine Ahnung von der südslawischen Frage gehabt[4]. Man müsse hier gelebt haben, um sie zu verstehen. In Petersburg als Botschafter habe er sich stets gefragt, warum Graf Aehrenthal der serbischen Frage ein so entscheidendes Gewicht beilege und sich deshalb immer wieder mit Rußland in Gegensatz setze und ihm in Petersburg damit unausgesetzt, wie er meinte, unnötige Schwierig-

* Vgl. dazu Auffenberg-Komarów, Aus Österreichs Höhe und Niedergang, S. 208; Alexander Hoyos, Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, S. 34ff.

keiten bereite. Sein Verhältnis zum Grafen Thurn sei nun augenblicklich ganz das gleiche; auch dieser begreife nicht den hiesigen Standpunkt. Aber je länger und genauer er, Graf Berchtold, die Dinge als leitender Minister hier ansehe, um so wichtiger erscheine ihm die südslawische Frage für die Monarchie. Sie habe gerade in den letzten Tagen wieder an Ernst gewonnen. Denn leider machten sich in Bosnien und der Herzegowina Strömungen geltend, die direkt gegen die Monarchie gerichtet seien und sehr zum Nachdenken[5] aufforderten. Auch besonders Seine Majestät der Kaiser sei von diesen Nachrichten empfindlich berührt worden. Der Kaiser habe deshalb heute früh auch seine Zustimmung dazu gegeben, daß die dortigen Truppenkaders verstärkt würden, aber nur durch Stellungspflichtige und Reservisten aus den beiden genannten Provinzen*. Man beabsichtige dadurch, daß man die Leute bei den Fahnen halte, sie den staatsfeindlichen Agitationen zu entziehen. Sollte sich diese Verstärkung nicht als genügend erweisen, so werde man dem wiederholten Antrage des Korpskommandeurs entsprechend noch weitere Verstärkungen heranziehen müssen. Die ganze Aktion würde sich aber trotzdem in bescheidennen Grenzen halten, da es sich im ganzen nur um eine Erhöhung von 27000 Mann handeln würde.

Graf Berchtold kam dann weiter auf die einzelnen „pendenten" Fragen Serbien gegenüber zu sprechen. Was zunächst die albanische und die davon abhängige Hafenfrage betreffe, so glaube er, daß Österreich-Ungarn hierin vielleicht noch am ehesten zu einem ihm genehmen Ergebnis würde kommen können. Die Kooperation Italiens hierin sei von hohem Wert, weil dadurch diese Frage den Charakter einer rein österreichischen verliere und Europa, das in seiner Mehrheit ohnehin den Standpunkt der Monarchie als berechtigt anzusehen beginne und auch einsehe, daß Österreich in der Verfolgung dieses seines Anspruchs sich größter Geduld und Langmut befleißige, sich geneigter zeige, diese gemeinsame Forderung Österreichs und Italiens anzuerkennen.

Die zweite Frage sei die des Konsuls Prochaska**. Wie er mir vertraulich sagen wolle, enthielte der Bericht des an Ort und Stelle gesandten Konsuls Edl nichts sehr Belastendes für die Serben. Daß Konsul Edl bisher noch nicht nach Wien zurückgekehrt und sein Bericht noch nicht veröffentlicht worden sei, geschehe auf ausdrücklichen Wunsch des Konsuls selbst, der dringend gebeten habe, nichts zu veröffentlichen, ohne seine mündliche Berichterstattung abgewartet zu haben. Er, der Minister, glaube, der Bericht werde dazu führen, daß Österreich irgendeine Genugtuung zwar von Serbien werde fordern müssen, nicht aber eine solche, die eine Demütigung Serbiens enthalten und deren Konzedierung seitens der Serben schwierig oder unmöglich sein würde[6]. Auch in dieser zweiten Frage sehe er keine unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Viel schwieriger erscheine ihm die dritte Frage, diejenige, welche

* Vgl. Nr. 12485.

** Vgl. Nr. 12390, Fußnote.

ökonomische und politische Garantien für eine dauernde freundliche Gestaltung des Verhältnisses des Nachbarstaates zur Monarchie zu fordern und auf welchem Wege diese zu erreichen sein würden. Er müsse bekennen, daß er zu einem klaren Bilde in dieser Beziehung noch nicht gelangt sei. Als Ideal würde ihm eine Neutralisierung Serbiens nach belgischem Muster vorschweben, aber er wisse wohl, daß dies nicht zu erreichen sein werde. Das beste Unterpfand, das die Monarchie in Händen gehabt habe, um seinen Einfluß auf dem westlichen Balkan zur Geltung zu bringen und feindliche Velleitäten des slawischen Nachbarn nicht aufkommen zu lassen, habe Graf Aehrenthal leider weggegeben, nämlich den Sandschak[7]. Jetzt sei es sehr schwer, eine Handhabe und ein wirksames Mittel zu finden. Eine Erklärung, wie sie Serbien schon 1909 gegeben, daß es bestrebt sein werde, gute nachbarliche Beziehungen zur Monarchie zu unterhalten*, sei das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben werden würde. Gerade darauf müsse Österreich-Ungarn aber entscheidenden Wert legen, daß es nicht stets dem ausgesetzt sei, daß Serbien die Lunte an das südslawische Pulverfaß legen könne, wann es ihm beliebt.

Es bestehe der Gedanke, Serbien durch wirtschaftliche Bande an die Monarchie zu ketten. Das klinge zwar sehr schön, sei aber in praxi fast ebenso schwer, wie politische Garantien zu erlangen. Ein bloßer Handelsvertrag werde gewiß nicht genügen, um einen radikalen Umschwung in der serbischen Politik herbeizuführen und zu unterhalten. Sonderbegünstigungen wolle und dürfe Österreich-Ungarn aber nicht sich ausbedingen, ganz abgesehen davon, daß Serbien gutwillig sich gewiß nicht in ökonomische Abhängigkeit von Österreich begeben würde. So biete auch dieser Gedanke einer Ausgestaltung der ökonomischen Beziehungen der Monarchie zu Serbien, um damit eine Garantie dafür zu erlangen, daß Serbien in Zukunft in Friede und Freundschaft mit Österreich leben werde, große Schwierigkeiten, sobald man ihn in die Praxis umzusetzen versuche.

Ich habe auch Gelegenheit gehabt, die Frage der von Serbien zu verlangenden Garantien mit anderen kompetenten Persönlichkeiten, unter anderen hohen Militärs und Finanzleuten zu besprechen. Von keiner dieser Stellen habe ich irgendeinen praktischen Vorschlag zu hören bekommen; alle mußten bekennen, daß sie einen gangbaren Weg unter Aufrechterhaltung des Friedens zurzeit nicht anzugeben vermöchten[8].

von Tschirschky

Randbemerkungen von Kiderlens:

[1] Das ist es eben!
[2] dazu wäre es aber Zeit!
[3] wir gewiß.
[4] !!!
[5] Maßregeln?
[6] bleibt nicht ganz verständlich!
[7] die Kanonen vor Belgrad!
[8] gibt es auch nicht!

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCIV.

Nr. 12488

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 84

Geheim Wien, den 7. Dezember 1912

Seine Majestät der Kaiser hat die Ermächtigung erteilt, daß die Bataillone des XV. und XVI. Korps in den neuen Provinzen durch Einberufung von Reservisten auf vollen Kriegsstand (mit Hinzurechnung der Ersatzreservisten sogar auf 1200 Mann pro Bataillon) gebracht werden.

Mit Rücksicht auf die durch Schmalspurbahnen, Seetransporte und teils größere Fußmärsche bis in die Grenzgarnisonen bedingte längere Dauer der Durchführung dieser Maßnahmen glaubte die Heeresverwaltung, damit nicht mehr länger warten zu können. Bei den anderen gegen Serbien bestimmten Korps: VII, XIII und eventuell XII, geht die Mobilmachung leichter und schneller vonstatten.

Armeeinspektor Potiorek hatte in letzter Zeit angesichts der nunmehr sich vollziehenden Ansammlung serbischer Truppen an der bosnisch-herzegowinischen Grenze dringend die Mobilisierung der ihm unterstellten beiden Korps erbeten.

Ferner sollen die in Bosnien-Herzegowina lebenden Reservisten der vier bosnischen Infanterieregimenter zu den in Banjaluka, Tuzla, Serajewo und Mostar dislozierten Bataillonen und Ersatzkaders eingezogen werden.

Der Beginn dieser beiden Mobilmachungsmaßnahmen ist jedoch bis nächsten Montag, den 9. Dezember, hinausgeschoben worden, wie ich höre, auf Bitten der beiden Finanzminister. Diese fürchten für eine jetzt aufzunehmende Staatsanleihe einen zu ungünstigen Zinsfuß, falls vorher die Nachricht der Mobilmachung in den neuen Provinzen in die Öffentlichkeit dringt.

Der Flügeladjutant des Kriegsministers nennt als Kosten für die bisher von der Heeresverwaltung angeordneten außergewöhnlichen Maßnahmen (sieben Korps und sechs Kavalleriedivisionen auf erhöhtem Stand) die Summe von monatlich acht Millionen Kronen. Darin sind jedoch nicht inbegriffen: die Kosten für Anschaffung von Winterbekleidung, Munitionsbeschaffungen, Ausrüstung von Kavallerieregimentern mit Maschinengewehrmaterial pp. (gez.) Graf Kageneck

Major und Flügeladjutant.

Nr. 12489

Der Botschafter in London Fürst von Lichnowsky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1144 London, den 9. Dezember 1912

Ich möchte meine hiesigen Eindrücke, über die ich bei verschiedenen Anlässen berichtet habe, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, dahin

zusammenfassen, daß nicht nur die britische Regierung, sondern auch die überwiegende Mehrheit aller für politische Berechnungen in Frage kommenden Personen und Kreise ein gutes Verhältnis zu Deutschland lebhaft wünschen. Jeder Anlaß, um diesem Bestreben Ausdruck zu geben und ein bestehendes Einvernehmen mit uns öffentlich zu bekunden, wird daher mit Freuden benutzt. Man will mit uns in Freundschaft und Frieden leben, und der Widerhall, den die letzten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs* sowohl wie auch meine hiesige Rede** in allen Kreisen gefunden haben, sowie auch die Haltung der englischen Presse in der letzten Krisis, welche es fast ausnahmslos vermied, von einem Gegensatz der Gruppen in der serbischen Frage zu sprechen, zeigt die Richtigkeit obiger Auffassung.

Sir Edward Grey wird bei seiner auswärtigen Politik und namentlich in den gegenwärtigen heiklen Fragen vor allem von dem Wunsche geleitet, den Frieden zu erhalten und mit der Kaiserlichen Regierung in allen wichtigen Angelegenheiten Hand in Hand zu gehen. Nichts wäre ihm daher unangenehmer wie eine Zuspitzung der Gegensätze, die einen friedlichen Ausgang nicht mehr ohne eine moralische Niederlage der einen der beiden Parteien ermöglichen würde. Indem er den Vorschlag gemacht hat, keine der Fragen getrennt zu behandeln, sondern sie vereint auf dem Wege gegenseitiger Kompromisse zu erledigen, schwebte ihm der Gedanke vor, daß auf diese Art allein ein einseitiger Rückzug zu verhindern sei. Denn wenn das offizielle Rußland sich auch keineswegs mit den serbischen Forderungen identifiziere, so sei es doch klar, daß in Rußland starke Sympathien für die Serben bestünden, und daß daher, um der russischen Regierung die bisherige gemäßigte Haltung zu erleichtern, alles vermieden werden müsse, was wie eine Drohung oder wie ein Druck gedeutet werden könne. Die starken Rüstungen Österreichs schienen ihm aus diesem Grunde nicht willkommen zu sein und ihn zu beunruhigen.

Wenn auch Herr Iswolsky im Jahre 1909 den Rückzug nicht infolge eines von uns ausgehenden Druckes angetreten hat, so ist doch die Erinnerung an die wenig glänzende Rolle, die die russische Diplomatie damals spielte, noch zu lebendig und das Wort von der „schimmernden Wehr" noch zu frisch in der Erinnerung, als daß die hiesige Regierung, der, ich wiederhole es, vor allem darum zu tun ist, einer festländischen Verwicklung vorzubeugen, nicht vor der Wiederkehr einer ähnlichen Lage berechtigte Besorgnisse hegen sollte. Sie wünscht also mit anderen Worten, alles zu vermeiden, was dahin gedeutet werden könnte, als ob die russische Regierung einem äußeren Druck weichen sollte, und hat die Botschafterbesprechung*** mit der Absicht angeregt[1], daß aus derselben weder Sieger

* Vgl. Nr. 12481, Fußnote **.

** Am 30. November hatte Fürst Lichnowsky in der „Royal Society" eine Rede gehalten, in der er in warmen Worten des gemeinsamen Zusammengehens Englands und Deutschlands in der orientalischen Krise gedachte. „Niemals sind unsere Beziehungen offener und freundschaftlicher gewesen als heute."

*** Vgl. dazu Bd. XXXIV, Kap. CCLXVI.

noch Besiegte hervorgehen sollten, und daß dort die serbische Frage durch gegenseitiges Entgegenkommen eine für Österreich und Rußland gleich annehmbare Lösung finden würde.

Das sind die Gründe, weshalb man hier nicht wünscht, daß von irgendeiner Seite die Beteiligung an diesen Besprechungen an Bedingungen geknüpft werde, die nach außen wenigstens sich erst als ein Ergebnis der Beratungen darzustellen hätten, daß man also in den Fehler der petitio principii verfalle. Aus denselben Gründen hat ferner auch die Rede Euerer Exzellenz Beunruhigung hervorgerufen. Der Hinweis auf die Bündnistreue wurde als Fanfare gedeutet in einem Augenblick, wo man Orgeltöne gewünscht hatte.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, und in diesen Dingen ist weder kürzlich eine Wendung eingetreten, noch dürfte eine solche zu erwarten sein, daß Englands Politik uns gegenüber eine friedliche und freundschaftliche ist, daß aber keine britische Regierung es mit den Lebensinteressen des Landes vereinbar halten würde, eine weitere Schwächung Frankreichs zuzulassen*. Nicht Abmachungen geheimer Natur oder die Ränke Eduards VII. noch auch die Nachwirkungen der marokkanischen Schwierigkeiten sind es, welche diese Haltung begründen, sondern die vom englischen Standpunkte verständliche Erwägung, daß nach einem zweiten Zusammenbruch Frankreichs wie im Jahre 1870 das britische Volk einem einzigen übermächtigen festländischen Machtfaktor sich gegenüber befinden würde, und daß dieser Gefahr unter allen Umständen vorzubeugen sei.

Wenn es auch immer mißlich ist, in der Politik prophezeien zu wollen, so glaube ich dennoch es aussprechen zu können, daß man uns nur dann angreifen wird, wenn wir in Frankreich einmarschieren und das erste siegreiche Gefecht geliefert haben. Aber auch schon eine Kriegserklärung an Frankreich oder von Frankreich an uns würde die Mobilisierung der britischen Flotte nach sich ziehen, während der Krieg mit Rußland allein, falls ein solcher überhaupt denkbar ist, das Eingreifen der britischen Seemacht noch nicht notwendigerweise zur Folge haben würde.

Das ist die Lage, mit der wir zu rechnen haben, welche es aber ermöglicht, unsere beiderseitigen Beziehungen ohne Preisgabe unserer Interessen weiter auszugestalten und zu pflegen, falls wir den Briten Entgegenkommen[2] zeigen und ihre Empfindlichkeiten schonen, und das sind die Gründe, aus denen Sir Edward Grey und der gesamten hiesigen Regierung die friedliche Beilegung des serbischen Streites so sehr am Herzen liegt.

Lichnowsky

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Wenn uns nur Grey nicht demnächst öffentlich verweigert, wie es Poincaré-Cambon und Benckendorff raten. K.

Randbemerkungen Wilhelm von Stumms:
[1] Die hat Paris angeregt.
[2] worin?

* Eine Bestätigung dieser Auffassung erblickte Fürst Lichnowsky in Äußerungen, die

Nr. 12490

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 354 St. Petersburg, den 10. Dezember 1912

Die hiesige Presse hat die Rede Euerer Exzellenz mit verhältnismäßiger Ruhe aufgenommen, welche auf Einfluß der Regierung zurückzuführen sein dürfte. Weniger zurückhaltend zeigten sich die Moskauer Blätter. Diese haben den Passus der Rede, welcher von der Eventualität eines bewaffneten Eintretens Deutschlands für Österreich-Ungarn handelt, zum Gegenstande leidenschaftlicher Ausfälle gegen uns und unsere Verbündeten gemacht.

In Regierungskreisen war man über die Rede Euerer Exzellenz etwas verstimmt. Sowohl Herr Kokowzow als Herr Sasonow haben sich in diesem Sinne einigen meiner Kollegen gegenüber ausgesprochen. Der Minister des Äußern, den ich seit mehreren Tagen nicht gesehen hatte, gab mir gestern in vorsichtiger Weise zu verstehen, er hätte die Worte betreffend den eventuellen Eintritt des casus foederis „inutiles“[1] gefunden, da unser Vertrag mit Österreich-Ungarn öffentlich bekannt sei. Ich erwiderte dem Minister, er könne nicht leugnen, und es sei selbst von einem Teil der französischen Presse anerkannt worden, daß Euere Exzellenz äußerst friedlich gesprochen hätte. Es sei gewiß im Interesse des Friedens nützlich gewesen, einmal klarzulegen, welchen Gefahren ganz Europa entgegengehe, wenn Serbien im Vertrauen auf russische Unterstützung auf seinen ungerechtfertigten Ansprüchen beharre. Die einzige den Frieden ernstlich bedrohende Gefahr liege in der intransigenten und herausfordernden Haltung Serbiens.

Herr Sasonow versicherte, daß man in Belgrad schon viel nachgiebiger geworden sei[2]. Herr Paschitsch sei ein verständiger Mann und von den

---

ihm gegenüber Lord Haldane am 3. Dezember tat, und über die er noch am gleichen Tage eingehend berichtete. Danach sagte Lord Haldane unter anderem: „Die Wurzeln der englischen Politik lägen in der hier — in England — allgemein verbreiteten Empfindung, daß das Gleichgewicht der Gruppen einigermaßen aufrecht zu erhalten sei. England würde daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden können. England könne und wolle sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenüber sehen. Sollte also Deutschland durch Österreich in den Zwist hineingezogen werden und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstehen könnte, und deren Folgen ganz unberechenbare wären. Die Theorie von dem Gleichgewicht der Gruppen bilde eben für Englands Außenpolitik ein Axiom und habe auch zu der Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt.“ Siehe den vollen Wortlaut des Lichnowskyschen Berichts, der den Kaiser in große Aufregung versetzte und den seit der Verschiebung der Machtverhältnisse durch den Balkankrieg ohnehin naheliegenden Gedanken einer Rüstungsverstärkung zu Lande und zu Wasser in ihm nährte, in Bd. XXXVII, Kap. CCXCIII und bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 361f.

besten Absichten beseelt. Auf meinen Einwand, daß der serbische Ministerpräsident sich in verschiedenen Kundgebungen der letzten Zeit nichts weniger als verständig gezeigt habe, meinte Herr Sasonow, man dürfe solchen Kundgebungen keine übertriebene Bedeutung[3] beimessen. Herr Paschitsch habe auf eine etwas überreizte öffentliche Meinung in Serbien Rücksicht zu nehmen, die sich indessen auch schon zu beruhigen anfange.

Der Minister erklärte, er hege die zuversichtliche Hoffnung, daß sich eine für Österreich-Ungarn annehmbare Lösung der Differenz wegen des Adriahafens finden lassen werde, wenn nur das Wiener Kabinett ruhig das Ergebnis der Friedensverhandlungen und der Botschafterbesprechungen in London abwarten wolle. Die Lage würde nur in dem Falle gefährlich werden, wenn die österreichisch-ungarische Regierung schon früher die Geduld verlieren und Serbien ein Ultimatum stellen sollte.

Als ich bemerkte, ich könne nicht einsehen, warum Österreich, welches Serbien gegenüber schon so viel Langmut[4] gezeigt habe*, jetzt die Geduld verlieren sollte, gab Herr Sasonow zwar die ruhige und versöhnliche Haltung des Wiener Kabinetts zu, wies aber auf die angeblichen umfangreichen österreichischen Rüstungen[5] sowie auf das Drängen der Wiener Militärpartei hin, welche ihm Besorgnisse einflößten.

Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß die Botschafterbesprechungen in London recht bald beginnen möchten, und betonte im übrigen, daß er die Lage noch immer optimistisch ansehe.

Ich habe Grund anzunehmen, daß die Angst des Herrn Sasonow vor einem österreichischen Ultimatum auf Einflüsterungen der hiesigen Balkandiplomaten zurückzuführen ist. F. Pourtalès

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha!
[2] ?
[3] Sasonow immer lau, entschuldigend!
[4] zuviel
[5] soll er lieber die Russischen betrachten
Schlußbemerkung des Kaisers:
Schlapp, lau, launig, unbestimmt, unaufrichtig
Slave!

Nr. 12491

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 417 Paris, den 12. Dezember 1912

In der hiesigen öffentlichen Meinung zeigte sich von Beginn der Balkankrise an ein unverkennbares Widerstreben gegen den Gedanken, daß

* Auch Staatssekretär von Kiderlen hat in seinem Exposé vor dem Bundesratsausschuß vom 28. November erklärt: „Österreich-Ungarn hat allen serbischen Provokationen gegenüber bisher eine geradezu bewunderungswürdige Geduld bewiesen."

Frankreich zugunsten der russischen Interessen in eine gefährliche Situation verwickelt werden könnte. Namentlich von radikaler Seite kam diese Stimmung in einer der Petersburger Regierung wohl recht unangenehmen Weise zum Audruck.

Seit einigen Tagen nun ist insofern ein gewisser Umschwung eingetreten, als so ziemlich die gesamte Presse sich einer Kritik der russischen Politik enthält und dafür in schroffer Weise das „rätselhafte und bedrohliche" Verhalten Österreich-Ungarns tadelt. Zum Teil mag das auf Beeinflussung seitens des Quai d'Orsay zurückzuführen sein*. Hauptsäch-

* Dem Umschwung in der friedlichen Haltung der französischen Presse entsprach in der Tat ein ebensolcher der französischen Regierung. In dem Schriftwechsel Iswolskys tritt dieser Umschwung deutlich zutage. Während Rußland die Rüstungsmaßregeln Österreich-Ungarns, die zu Anfang Dezember augenfällig wurden, mit bemerkenswerter Ruhe als Defensivmaßregeln hinnahm, echauffierte man sich in Paris über sie in steigendem Maße, obwohl den österreichischen Maßregeln keine deutschen zur Seite gingen, durch die sich Frankreich bedroht fühlen konnte. Am 9. Dezember meldete Iswolsky: „Der französische Kriegsminister teilte Poincaré mit, daß nach seinen Nachrichten die militärischen Vorbereitungen Österreichs an der russischen Grenze die entsprechenden Vorbereitungen Rußlands bedeutend überträfen, und daß das im Falle eines Krieges in unvorteilhafter Weise auf die militärische Lage Frankreichs einwirken müsse, da es Deutschland gestatten müsse, gegen Frankreich eine größere Truppenzahl aufzustellen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 380f. Am 11. Dezember: „Ich fand heute Poincaré im höchsten Grade besorgt infolge der von allen Seiten und aus den ernstesten Quellen zu ihm gelangenden Nachrichten über intensive Kriegsvorbereitungen Österreichs und über dessen in allernächster Zeit bevorstehendes aktives Vorgehen gegen Serbien... Andererseits fährt man bei uns, soweit es dem französischen Generalstab bekannt ist, fort, sich dieser Lage gegenüber vollkommen ruhig zu verhalten, und gegen Österreich sind fast gar keine Vorbereitungen getroffen worden. Das wird es Österreich gestatten, mit den Serben abzurechnen, bevor wir mit der Mobilmachung fertig geworden sind, und wird uns vor das Dilemma stellen, uns entweder mit der vollendeten Tatsache abzufinden oder einen Krieg unter sowohl für uns als auch für Frankreich höchst ungünstigen Bedingungen zu beginnen, da Deutschland wahrscheinlich den Nutzen daraus ziehen wird, sich sofort mit all seinen Streitkräften auf Frankreich zu stürzen" (a. a. O., S. 383f.). Und am 18. Dezember: „Nach allen hier einlaufenden Nachrichten ist Österreich augenblicklich im Begriff, die volle Mobilmachung von zehn Armeekorps zu beenden. Ein Teil von diesen ist offenkundig gegen Rußland angesetzt. Diese Mobilmachung ist eine schwere Last für die ohnehin zerrütteten Finanzen Österreichs. Man kann daher täglich irgendeinen entscheidenden Schritt des österreichischen Kabinetts erwarten. Ein solcher könnte, wie man hier annimmt, eine Abwehr von seiten Rußlands nach sich ziehen, was seinerseits unvermeidlich und automatisch zunächst Deutschland und dann Frankreich in den Krieg hineinziehen würde. Die französische Regierung sieht dieser Möglichkeit mit vollkommener Ruhe, bewußt und mit der festen Entschlossenheit entgegen, ihre Bündnispflichten zu erfüllen. Alle notwendigen Maßregeln sind von ihr ergriffen worden: die Mobilmachung an der Ostgrenze ist geprüft worden, das Kriegsmaterial liegt bereit usw. Und gerade in diesem Zeitpunkt nun scheint Frankreich sich einer ganz anderen Haltung seines Verbündeten gegenüber zu befinden, und das in Anbetracht einer Lage, an der dieser, sollte man meinen, am meisten interessiert sei" (a. a. O., S. 397). Bei der Schilderung der französischen Kriegsbereitschaft hätte Poincaré noch hinzufügen können, daß gerade damals die englisch-französischen Abmachungen zu Lande und zu Wasser eine „noch größere Erweiterung" erfahren hatten. Gerade Anfang Dezember war ganz im geheimen der Leiter des Departements für militärische Operationen im englischen Generalstab General Wilson nach Frankreich gekommen, um die bestehenden Ab-

lich aber, so höre ich von vertrauenswürdiger Seite, habe der rollende Rubel auf die Blätter seine Wirkung ausgeübt. Wie man mir sagt, sei russischerseits eine Pressebeeinflussung größeren Maßstabes in Gang gesetzt worden, und zwar nicht ohne Mitwissen Herrn Poincarés[1*].

Mein Gewährsmann fügte hinzu, Rußland bezweckte mit dieser Aktion hauptsächlich, sich die Zustimmung tunlichst der ganzen französischen

machungen noch in verschiedener Richtung zu ergänzen. Iswolsky an Sasonow am 5. Dezember, a. a. O., S. 378. Unter diesen Umständen war man in Paris, wie ein Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 14. Dezember ergibt, über die passive Haltung Rußlands „höchst bestürzt und aufgeregt", „da man hier von dem kriegerischen Charakter der österreichischen Vorbereitungen überzeugt ist und befürchtet, daß wir überrascht werden und der Angriff Deutschlands auf Frankreich erleichtert werde" (a. a. O., S. 389). Dabei war es nicht einmal richtig, daß Rußland gegenüber den österreichischen Rüstungsmaßregeln, deren defensiven Charakter man in Petersburg unbedingt anerkannte (a. a. O., S. 388), in Lethargie verharrte. Am 18. Dezember telegraphierte Sasonow darüber an Iswolsky: „Die Vorstellung, als ob Rußland keine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung seiner Kampfbereitschaft getroffen habe, ist nicht richtig. Etwa 350000 Reservisten sind unter den Waffen zurückgehalten, etwa 80 Millionen Rubel sind für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres und der Ostseeflotte angewiesen; einige Truppenteile des Kiewer Militärbezirks sind näher an die österreichische Grenze gebracht und eine Reihe anderer Maßnahmen ist verwirklicht worden." Der Gesamteindruck aus der Berichterstattung Iswolskys, die freilich von dem eigenen Streben des Botschafters, Sasonow gegen das verhaßte Österreich-Ungarn aufzuputschen, nicht unbeeinflußt geblieben sein mag, ist der, daß Rußland um die Wende des Jahres 1912/13 noch davor zurückschreckte, einen europäischen Krieg hervorzurufen, Frankreich aber mindestens nicht mehr in gleichem Maße. Genau der gleiche Eindruck wird hervorgerufen durch die Aufzeichnung des russischen Militärattachés in Paris Oberst Graf Ignatiew vom 18. Dezember 1912; Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 118.

Auffälligerweise ignoriert Poincaré in seinem Buche: Au Service de la France die Bekundungen Iswolskys und Graf Ignatiews über die Haltung des französischen Kabinetts in der ersten Dezemberhälfte völlig, obwohl sie für die Beurteilung der französischen Politik von größter Bedeutung sind. Zwar teilt Poincaré (II, 374 ss.) die Nachrichten mit, die er teils von dem Kriegsminister Millerand, teils von dem serbischen Gesandten in Paris Wesnitsch, dem französischen Botschafter in Wien Dumaine usw. über die österreichischen Rüstungsmaßregeln erhalten hatte; er druckt (p. 380ss.) als eine Quelle seiner Beunruhigung ein Schreiben Jules Cambons vom 9. Dezember ab, das aber mit der Betonung der Friedensliebe der deutschen Regierung eher geeignet war etwaige Besorgnisse zu verringern; er erwähnt auch, daß Millerand „ein wenig" durch die russische Untätigkeit gegenüber den österreichischen Maßregeln beunruhigt gewesen sei. Aber kein Wort verliert Poincaré über alles, was er und Millerand nach dem Zeugnis des russischen Botschafters und des russischen Militärattachés gesagt und getan haben sollen, um die Russen zu Rüstungsmaßregeln gegen Österreich-Ungarn anzustacheln, die unter allen Umständen die Situation aufs höchste verschärfen mußten. Das Schweigen Poincarés, der sonst so leidenschaftlich gegen alle ihn kompromittierenden Behauptungen Iswolskys Einspruch erhebt, gibt dessen Darstellung erhöhtes Gewicht.

* Daß in der Tat Poincaré bei der von Iswolsky ins Werk gesetzten systematischen Bestechung der Pariser Presse seine Hand im Spiele hatte, wird durch dessen Schriftwechsel außer Zweifel gestellt. Am 23. Oktober schrieb Iswolsky an Sasonow darüber: „Es ist sehr wichtig, nichts zu unternehmen, ohne H. Poincaré zu unterrichten und ohne seine Zustimmung zu haben, denn nur unter dieser Bedingung kann man günstige Ergebnisse erwarten. Die französischen Staatsmänner haben in Geschäften dieser Art eine große Gewohnheit. Meine Unterredung mit H. Poincaré hat mich davon überzeugt, daß

Presse[2] für den Fall zu sichern, daß es genötigt sein sollte, einem etwaigen allzu eklatanten österreichischen Erfolge gegenüber durch einen energischen Gegenzug sein eigenes Prestige zu wahren. Über die Natur dieses Gegenzuges sprach sich mein Gewährsmann nur ganz vage aus. Auch über den Zeitpunkt, zu dem Rußland gegebenenfalls seinen „Coup" durchführen werde, konnte oder wollte er mir keine näheren Angaben machen.

Ich frage mich, ob es sich etwa um russische Absichten in Kleinasien handelt. Die Zeitungsnachrichten, daß die Armenier russischen Schutz anzurufen beginnen, lassen allenfalls hierauf schließen.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gemeiner Schuft!
[2] und damit auch Englands
Schlußbemerkung des Kaisers:
Wien sofort telegraphisch informiren

Nr. 12492

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 355 St. Petersburg, den 12. Dezember 1912

Der Einfluß der hiesigen kriegslustigen Kreise nimmt in der letzten Zeit entschieden ab. Eine kriegerische Stimmung herrscht gegenwärtig hier nicht*. Dagegen macht sich eine starke Nervosität hinsichtlich der Pläne Österreich-Ungarns geltend. Die wildesten Gerüchte betreffs österreichischer Rüstungen sind im Umlauf. Allgemein wird angenommen, daß das Wiener Kabinett der serbischen Regierung demnächst ein Ultimatum stellen werde. Herr Sasonow sagte gestern meinem österreichisch-ungarischen Kollegen, er habe geheime Nachrichten aus Wien** erhalten, wonach Österreich-Ungarn nächsten Sonntag Serbien ein Ultimatum stellen werde.

Pourtalès

---

er geneigt ist, uns seine Hilfe in der vorliegenden Angelegenheit zu leisten und uns den geeignetsten Plan für die Verteilung der Gelder anzugeben." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 317. Deutlicher geht die unmittelbare Beteiligung Poincarés an dem „finanziellen Druck auf die französische Presse" mittels des Rubels noch aus dem Schreiben des russischen Ministerpräsidenten Kokowzow an Sasonow vom 16. Dezember 1912 (daselbst S. 392ff.) hervor. Vgl. auch Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 110ff.

* Am 6. Dezember hatte der belgische Gesandte in Petersburg Comte de Buisseret noch von einer kriegslustigen Stimmung der russischen Armee berichtet. „L'armée, cependant, souhaite la guerre. Elle y voit l'occasion de racheter la campagne russo-japonaise. L'enjeu de cette dernière laissait le peuple russe indifférent: l'animosité contre l'Autriche, au contraire, unit toutes les classes de la nation ... On exprime moins le désir de soutenir la Serbie que de régler les comptes." Zur Europäischen Politik, ed. B. Schwertfeger, IV, 110.

** Er hatte sie vielmehr aus Paris erhalten. Vgl. Nr. 12491, Fußnote*. Schon am 8. Dezember hatte Iswolsky an Sasonow telegraphiert: „Nach anderen Nachrichten wird

Nr. 12493

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 400

Pera, den 10. Dezember 1912
[pr. 13. Dezember]

In den Abendstunden des dritten dieses Monats ist der Waffenstillstand in einem Eisenbahnwaggon bei Bachtscheisch Köi in der Tschataldjalinie unterzeichnet worden. Nasim Pascha hat die Vollziehung des Protokolls zweifellos noch an demselben Abend dem Großwesirat telephonisch mitgeteilt. Die Nachricht war aber am nächsten Morgen noch nicht bis zum Minister des Auswärtigen gelangt, während auf der Botschaft bereits eine deutsche Meldung über das Geschehene via Norddeich vorlag. Tatsächlich hat Noradunghian erst durch mich erfahren, daß der Waffenstillstand abgeschlossen war. Später schickte ich den Ersten Dragoman zum Großwesir, um die Nachricht verifizieren zu lassen. Dr. Weber kehrte zurück mit der Meldung, daß, soviel er den Großwesir habe verstehen können, der Waffenstillstand unterzeichnet sei. Einschaltend darf ich bemerken, daß der Großwesir neuerdings nur bei ganz besonders feierlichen Gelegenheiten sein Gebiß anlegt, mit welchem er einigermaßen verständlich zu reden vermag. Auf die Frage Webers, ob die Verproviantierung der belagerten Plätze von den Alliierten eingeräumt sei, glaubte Dr. Weber die Antwort verstanden zu haben: „Adrianopel kann sich noch Monate halten."

Aus dem Verzicht der Türkei auf das Recht der Verproviantierung ist in einem Teile der auswärtigen Presse darauf geschlossen worden, daß die Türkei sich als geschlagen bekenne und den Fall der belagerten Festungen während der Londoner Verhandlungen bereits in ihre Berechnung eingestellt habe. Ein solcher Schluß dürfte irrtümlich oder wenigstens verfrüht sein. Augenblicklich herrscht hier ein weitgehender Optimismus bezüglich des Ausgangs der Friedensverhandlungen. Man ist überzeugt, Thrazien ganz und den Rest wenigstens der Form nach — abgesehen von kleinen Grenzberichtigungen — für die Türkei retten zu können. Man rechnet mit der Erschöpfung der gegnerischen Truppen, mit dem Zwiespalt unter den Verbündeten und mit ihrer Besorgnis vor dem Ausbruche eines europäischen Krieges, der die Ergebnisse des Balkankrieges total umwerfen könnte. Die überaus günstigen Berichte, welche über die Stimmung der Truppen in der Tschataldjdalinie einlaufen, bestärken die Regierung in der Überzeugung, daß die reorganisierte und ausgeruhte Armee von 200000 Mann, über welche die Türkei jetzt noch verfügt, dem Kriege

Österreich Serbien in allernächster Zeit, vielleicht schon am 15. Dezember neuen Stils, ein Ultimatum in dieser Frage stellen." Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 379. In Wirklichkeit dachte die österreichische Regierung trotz ihrer Rüstungsmaßregeln nicht entfernt an die Stellung eines Ultimatums an Serbien. Vgl. Nr. 12494.

eine andere Wendung zu geben imstande sein werde. Nichts deutet hier darauf hin, daß die Türkei sich etwa auf einen Friedensschluß einlassen werde, der auch nur annähernd den Hoffnungen der Verbündeten gerecht würde. Im Gegenteil gewinnt man hier den Eindruck, daß die Türkei sich zu einer energischen Fortsetzung des Krieges vorbereitet. Täglich treffen Tausende frischer Truppen aus Anatolien ein. Die rumänischen Schiffe bringen Waffen und Munition in bedeutenden Quantitäten. Auch Pferde und Tragtiere sieht man in Massen ankommen.

Aus dem Verzicht auf die Verproviantierung Adrianopels kann daher zunächst nur die Folgerung gezogen werden, daß die Türkei, noch bevor dieser Platz sich wegen Mangel an Lebensmitteln ergeben müßte, eine Entscheidung in London herbeiführen wird. Es muß damit gerechnet werden, daß die Friedensverhandlungen sehr bald von den Türken abgebrochen werden, wenn die Alliierten sich intransigent zeigen sollten.

Wangenheim

Randverfügung von Kiderlens:
Fiat Telegramm an Wangenheim, die Türken auf die Gefahren eines Wiederausbruchs des Kriegs hinzuweisen, bei dem sie als die Angreifer erscheinen und dann wohl nicht die Balkanmächte als alleinige Gegner haben würden*. K.

Nr. 12494

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 425 Wien, den 13. Dezember 1912

Vertraulich

Ich hatte bereits vor einigen Tagen von mir aus Gelegenheit genommen, den Grafen Berchtold sehr nachdrücklich auf die in der hiesigen Presse und in der öffentlichen Meinung wachsende Erregung hinzuweisen und dabei zu betonen, daß, falls nicht etwas getan werde, um der dadurch hervorgerufenen Beunruhigung entgegenzutreten, die schon jetzt sehr fühlbaren Schäden im wirtschaftlichen Leben der Monarchie und ebenso auch Deutschlands in bedauerlicher Weise gesteigert werden würden. Der Minister zeigte volles Verständnis für meine Bemerkung und bekundete seinen festen Willen, diesem Treiben der Presse zu steuern.

Kurz nach dieser unserer Unterhaltung gab dann der Statthalter von Galizien** die Euerer Exzellenz durch die Zeitungen bekannt gewordene Erklärung ab („Neue Freie Presse" Nr. 17349 vom 9. Dezember 1912), und ebenso trat der ungarische Ackerbauminister*** in einer öffentlichen Rede

---

* In diesem Sinne wurde Freiherr von Wangenheim durch Telegramm Nr. 308 vom 14. Dezember instruiert.

** Dr. M. Bobrzyński.

*** Graf Serényi von Kis-Serény.

der allgemeinen Beunruhigung entgegen, indem er das Publikum besonders davor warnte, die Gelder aus den Banken und Sparkassen zurückzuziehen. Zu gleicher Zeit erschien in dem „Pester Lloyd" der gehorsamst hier angeschlossene offiziöse Artikel*, der in wirksamer und deutlicher Weise den kursierenden alarmierenden Gerüchten entgegentritt.

Infolge Euerer Exzellenz erneuter Anregung habe ich heute dieses Thema nochmals mit Graf Berchtold eingehend besprochen. Ich hatte einige Preßstimmen mitgebracht, die ich dem Minister vorlegte, um ihm zu zeigen, daß trotz seiner Bemühungen die verhetzende Sprache einiger hiesiger und Pester Zeitungen nicht nachgelassen habe. Graf Berchtold war über diese Preßäußerungen, die nicht zu seiner Kenntnis gelangt waren, sichtlich überrascht. Er versicherte mich nochmals, daß sein ganzes Streben darauf gerichtet sei und bleiben werde, ohne Provokation und auf friedlichem Wege aus der Krise herauszukommen. Der Presse werde er noch schärfer als bisher auf die Finger sehen. Er könne mir dabei vertraulich sagen, daß er einzelnen Stellen gegenüber, von denen die Kriegshetze besonders betrieben werde, und die mir gewiß bekannt sein dürften**, sehr deutlich geworden sei und sie energisch zur Ruhe gemahnt habe.

---

* „Die Botschafterreunion und die Situation"; „Pester Lloyd" vom 9. Dezember 1912.

** Ob Graf Berchtold damit auf den General Conrad von Hötzendorf anspielen wollte, der am 12. Dezember wieder zum Chef des k. und k. Generalstabes ernannt worden war und vergeblich seinen Einfluß vor allem auf den Erzherzog-Thronfolger aufbot, um eine kriegerische Abrechnung mit Serbien herbeizuführen? Zu Conrads Tätigkeit nach seiner Wiederernennung vgl. Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, II, 376ff. Nach Äußerungen Conrads zu dem deutschen Militärattaché Graf von Kageneck, über die dieser am 17. Dezember berichtete, wären die Anstrengungen des Generalstabschefs, den Krieg mit Serbien herbeizuführen, an der Besorgnis des Kaisers Franz Joseph und auch des Thronfolgers, daß sich aus dem serbischen Krieg ein europäischer entwickeln könne, gescheitert. Es heißt in dem Bericht, der nach den Angaben Conrads die Audienz schildert, die dieser am 7. Dezember 1912 bei Kaiser Franz Joseph hatte: „Der Chef gab mir eine vertrauliche Schilderung des Vorgangs seiner Wiederernennung. Am 7. Dezember morgens erhielt Conrad ganz unerwartet eine Berufung für 9 Uhr vormittags ins Belvedere. Der Erzherzog-Thronfolger besprach mit ihm einige Aufmarschfragen. Plötzlich sagte Seine Kaiserliche Hoheit: ‚Nun möchte ich noch eine Frage an Sie stellen, die Sie mir aber gleich beantworten müssen.' Conrad habe darauf sein Einverständnis gegeben, ohne im geringsten zu ahnen, worum es sich handle. Darauf der Erzherzog: ‚Sind Sie bereit, wieder Generalstabschef zu werden?' General Conrad sagte mir, daß er unter Berücksichtigung der ernsten Zeiten und des durch die Frage zum Ausdruck gebrachten hohen Vertrauens nicht hätte ablehnen können, und gab somit seine Zustimmung. Kaum nach Hause zurückgekehrt, erreichte ihn ein Befehl, um 3 Uhr nachmittags in Schönbrunn zu erscheinen. Der Kaiser habe ihn mit den Worten empfangen: ‚Der Erzherzog Franz wünscht Sie wieder auf dem Posten des Generalstabschefs zu sehen. Ich bin bereit, dem Folge zu geben, und ernenne Sie hiermit zum Generalstabschef.' Darauf habe der Kaiser ihn Platz nehmen lassen und aufgefordert, ihm seine Ansicht über die Lage zu äußern. Er habe dem Kaiser nun folgendes gesagt: Nachdem vor drei Jahren unter im allgemeinen günstigeren Begleitumständen die Gelegenheit nicht wahrgenommen worden war, die Gegensätze mit Serbien mit Waffengewalt auszutragen, sei jetzt vielleicht die letzte Möglichkeit, mit Serbien abzurechnen. Er betrachte die serbische Frage in erster Linie als eine politische; man müsse verhindern,

Der Minister bestätigte dann, daß Österreich-Ungarn keinesfalls gewillt sei, während des Krieges der Türkei mit den Balkanstaaten einzugreifen, und daß zunächst die amtliche Dokumentierung der Ansprüche der Balkanstaaten auf der Friedenskonferenz abgewartet werden müsse. Jede direkte Verhandlung mit Serbien aber bis zur Beendigung der Besprechungen der Mächte in London zu verschieben, dafür könne er sich nicht verpflichten. Der Minister erinnerte mich hieran anschließend daran, daß auch die Kaiserliche Regierung sich seinerzeit dahin geäußert habe, es bliebe jeder Macht unbenommen, neben der Londoner Besprechung die ihr notwendig oder nützlich scheinenden Verhandlungen zu führen. Dieser Fall werde zum Beispiel in der Prochaskasache eintreten, die er nicht länger hinausschieben könne, und die nur direkt zwischen hier und Serbien zu regeln sei. Wie er mir schon gesagt, sei er aber überzeugt, daß diese Sache keine Schwierigkeiten bereiten und den Gang der Londoner Besprechungen nicht stören werde*.

---

daß von Serbien aus unter den Südslawen der Monarchie eine Irredenta angezettelt werde, die auf die innerpolitischen Verhältnisse in den neuen Provinzen, in Kroatien und Slawonien und im Küstengebiet von verderblichem Einfluß werden könne. Conrad habe dann seiner Meinung Ausdruck verliehen, daß Rußland die Serben nicht mit Waffengewalt unterstützen würde. Immerhin müsse man diese Wahrscheinlichkeit im Auge behalten. Wenn die Sache mit Serbien jetzt wieder im Sande verliefe, so hätte die Tripelentente als Gewinst zu verzeichnen:

1. daß Österreich-Ungarn durch die Rüstungen und Bereitstellungen, Stockung des Handels- und Geschäftsverkehrs finanziell bedeutend geschwächt sei,
2. daß Österreich-Ungarn und damit Deutschland, Italien und Rumänien eine Einbuße an Prestige erlitten habe, und
3. daß der jetzt nicht ausgetragene Streit zu einer den Westmächten und Rußland geeigneter erscheinenden Zeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Der Kaiser habe dem allem aufmerksam zugehört, schien jedoch unter Hinweis auf das Bedenken, daß durch einen Angriffskrieg gegen Serbien leicht ein europäischer Krieg entfacht werden könne, mit Conrads Plänen nicht einverstanden. Auf meine Frage, ob der Erzherzog-Thronfolger zu einer Operation gegen Serbien entschlossener sei, zuckte Conrad die Achseln. Ich mußte diese Bewegung als Verneinung auffassen."

Der Bericht Graf Kagenecks schließt mit folgendem Kommentar zu den Äußerungen General Conrads: „Ich habe heute den Eindruck gewonnen, daß Conrad die Bürde seiner erneuten Stellung mit Freuden auf sich genommen hätte, wenn er von der Überzeugung durchdrungen wäre, daß es zum Krieg mit Serbien kommt. Nachdem dieses — sollten die Ereignisse auf der Friedenskonferenz und infolgedessen am Balkan nicht eine unerwartete Wendung nehmen — infolge der Abneigung des Kaisers und wohl auch des Thronfolgers kaum anzunehmen ist, könnte General Baron Conrad leicht eine Wiederholung der schweren Enttäuschung erleben, an der er 1909 so stark gelitten hat. Eine Äußerung seines Neffen und gleichzeitig Personaladjutanten mir gegenüber scheint mir das zu bestätigen. Dieser sagte mir, der Chef sei in letzter Zeit in nervöser Stimmung und wolle unter Umständen nicht mehr lange mittun. Conrads Programm ist eben auf Kampf eingestellt. Er wird sich schwer mit etwas anderem abfinden können."

* Vgl. Nr. 12487. Am 17. Dezember erschien endlich ein Communiqué des österreichischen Ministeriums des Äußern über den Fall Prochaska, das auf Grund der Untersuchung durch Konsul Edl feststellte, daß „die im Umlauf gewesenen Gerüchte, wonach Konsul Prochaska serbischerseits auf seinem Posten förmlich gefangen gehalten, ja sogar mißhandelt worden wäre, jeder Grundlage entbehren". Bestehen blieb nach dem Com-

Zu der obigen Erwähnung des Grafen Berchtold über die Kreise, die hier in erster Linie Stimmung für eine kriegerische Politik zu machen für gut fänden, möchte ich bemerken, daß der Minister hiermit zweifellos die Kreise der „Reichspost" und insbesondere deren aktivsten Apostel, den Baron Leo Chlumecky, gemeint haben dürfte, der dadurch, daß er hie und da von seiten des Erzherzog-Thronfolgers und seiner Leute als Sprachrohr benutzt wird, sich hier eine gewisse Bedeutung zu verschaffen gewußt hat. Baron Chlumecky war kürzlich in Berlin. Er hat bei seiner Rückkehr hier überall erzählt, daß man in Deutschland mit Ausnahme der amtlichen Kreise überall fast mit Geringschätzung von der Langmut Österreichs spreche, und er kolportiert überall das im Reichstag gefallene Wort von der „österreichischen Lammsgeduld". Ich habe bereits selbst Gelegenheit genommen, den Baron über seine Sprache zur Rede zu stellen, von der ich ganz kurz nach seiner Rückkehr hierher von verschiedenen Seiten Kenntnis erhielt. Er hat mir erwidert, daß er allerdings von amtlicher Stelle nur die beruhigendsten Versicherungen erhalten habe, daß er aber aus seinen Gesprächen mit den verschiedensten im öffentlichen Leben Deutschlands stehenden Personen habe

---

muniqué nur die Tatsache, daß sich die serbischen Militärbehörden in Prisren dem Konsul Prochaska und seinem Personal gegenüber „vom völkerrechtlichen Standpunkt aus mehrfach ins Unrecht gesetzt hätten". Über das Wie? enthielt das Communiqué keine Angabe; es hieß nur: „Die in dieser Beziehung vorgekommenen Verstöße werden der Königlich Serbischen Regierung mit dem Begehren um entsprechende Genugtuung bekannt gegeben werden. Es ist kein Grund zur Annahme, daß die Königlich Serbische Regierung, welche sich der Mission des Delegierten des Ministeriums des Äußern gegenüber durchaus entgegenkommend verhalten hat, diese Genugtuung verweigern wird." Zu der Veröffentlichung des Communiqués, das nach dem Urteile Th. v. Sosnoskys (Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, II, 296) auf die österreichische Öffentlichkeit wie ein „eisiger Wasserstrahl" wirkte, bemerkt Botschafter von Tschirschky in einem Bericht vom 18. Dezember (Nr. 435): „Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus, ist man versucht, bei diesem etwas kläglichen Ausgang der ungeheuer aufgebauschten Angelegenheit auszurufen, und man frägt sich, warum die hiesige Regierung wochenlang dem Treiben der Presse ruhig zuschauen konnte, durch das die öffentliche Meinung in eine bedenkliche Erregung hineingesteigert wurde, und nicht zur rechten Zeit mit Nachdruck warnend und beruhigend eingriff, wenn sie doch nicht die Absicht hatte, schließlich energisch gegen Serbien vorzugehen. Man sieht aus dieser ganzen Behandlung der Frage, daß das Ministerium des Äußern in der augenblicklichen Krisis nur tastend vorgeht, und kann sich nicht wundern, wenn von den verschiedensten Seiten der Vorwurf mangelnder Entschlußfähigkeit gegen die Leitung der Politik erhoben wird, der um so verständlicher ist, als die durch die Ungeklärtheit der Lage hervorgerufene wirtschaftliche Krisis hierzulande bereits die verhängnisvollsten Folgen zu zeitigen beginnt."
Jedenfalls zeigt die Veröffentlichung des Communiqués in einem Augenblick, wo einerseits General Conrad seinen Einfluß aufbot, um den Krieg mit Serbien herbeizuführen und durch erhöhte Rüstungen (vgl. das folgende Schriftstück) aussichtsvoller zu gestalten, und wo auf der anderen Seite Iswolsky und Poincaré fortgesetzt in Sasonow drängten, die Rüstungen gegen Österreich zu verstärken auf die Gefahr hin, daß sich daraus der europäische Krieg ergebe (vgl. dazu Nr. 12491, S. 468, Fußnote), daß es dem Grafen Berchtold wirklich Ernst mit den Versicherungen war, die er dem deutschen Botschafter am 13. Dezember gab.

entnehmen müssen, daß man außer in amtlichen Kreisen durchweg die zuwartende Haltung Österreichs nicht billige. Ich habe demgegenüber bemerkt, daß, wie er wohl wisse, in Deutschland die Meinung unverantwortlicher Leute nicht in Betracht komme.

von Tschirschky

Nr. 12495

Bericht des Militärattachés in Wien Majors Grafen von Kageneck

Abschrift

Nr. 89
Geheim

Wien, den 13. Dezember 1912

Das IV. (Budapester) Korps wird nunmehr auch auf erhöhten Stand gebracht. Zwei Fliegeroffiziere mit ihren Apparaten sind nach Serajewo abgegangen, die k. und k. Eskader hat ihren Mannschaftsstand komplettiert und liegt, wie mir gestern Graf Montecuccoli* sagt, „für alle Eventualitäten" im Kriegshafen von Pola bereit.

Im österreichisch-ungarischen Generalstab berechnet man die Gesamtzahl der serbischen Streitkräfte im Falle eines Krieges gegen die Donaumonarchie mit 300 000 Mann. Dagegen müßte man sechs k. und k. Armeekorps einsetzen.

Die Balkangruppe des Evidenzbureaus berechnet, daß mit heute drei serbische Divisionen I. Ordnung im Königreich selbst eingetroffen sein können. Der Chef des Evidenzbureaus hält dies für übertrieben. Er gibt zu, daß wegen der strengen Geheimhaltung aller serbischen Militärtransporte auf der Linie Üsküb—Nisch eine Kontrolle der Agentennachrichten und Konsularberichte äußerst erschwert ist. Man vermutet im Generalstab die Verteilung der serbischen Streitkräfte zurzeit folgendermaßen:

3½ Divisionen in Albanien gegen Durazzo,

2½ Divisionen im Sandschak von Mitrowitza bis Sjeniza echeloniert,

2 Divisionen laut gestrigen Telegramms des k. und k. Militärattachés in Sofia** noch vor Adrianopel.

Die übrigen 3 Divisionen der Kronprinzenarmee werden, wie vorerwähnt, als bereits in Serbien eingetroffen angenommen. Der schwere Artilleriebelagerungspark soll nach Valjevo dirigiert sein. An der Donau- und Drinagrenze stehen Formationen III. Ordnung***.

(gez.) Graf Kageneck
Major und Flügeladjutant

---

* Kommandant der k. und k. Kriegsmarine.

** Oberstleutnant Laxa.

*** Vgl. auch Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit, II, 382ff., wo das „Maß der für einen Krieg gegen Serbien zu mobilisierenden Kräfte" eingehend entwickelt und im Anschluß daran das Bild der Lage geschildert wird, wie es sich in der Zeit vom 12. bis 23. Dezember gestaltete und veränderte.

Nr. 12496

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Nr. 8 Berlin, den 20. Dezember 1912

1. Den Erzherzog Franz Ferdinand habe ich gestern in München* nur ganz kurz sprechen können. Er sagte: „Nun, heute sehen wir uns ja im Gegensatz zum letztenmal in friedlichen Zeiten wieder. In London gehen die Sachen gut."

2. Der Prinzregent von Bayern** sagte mir, in den letzten Wochen sei allgemein die Ansicht verbreitet gewesen, Seine Majestät dränge zum Kriege. Ich habe kategorisch widersprochen.

3. Der Prinzregent äußerte ferner die Besorgnis, Seine Majestät plane eine Invasion nach England. Auf meine verwunderte Frage, woher Seine Königliche Hoheit diese absolut unwahre Mitteilung habe, antwortete er, er wisse aus völlig glaubwürdiger militärischer Quelle, die er aber nicht nennen wolle, daß Seine Majestät den Plan einer Invasion nach England militärisch habe ausarbeiten lassen. Ich habe dem Prinzregenten auf das nachdrücklichste versichert, daß nicht nur unserer Politik, sondern auch dem Kaiser persönlich alle aggressiven Absichten auf England völlig fern lägen***.

Bethmann Hollweg

Nr. 12497

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 439 Wien, den 19. Dezember 1912
[pr. 20. Dezember]

Graf Berchtold nahm gestern abend Gelegenheit, nach einem Diner bei Herrn von Bilinski† in ganz ungezwungener Weise über die Politik Österreich-Ungarns in bezug auf die gegenwärtige Krisis mit mir zu sprechen. Der Minister beurteilte die Lage als nicht ungünstig. Es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die beiden Hauptforderungen der Monarchie, die sie Europa gegenüber aufgestellt hatte, nämlich die albanesische und die serbische Hafenfrage, nach den Wünschen Österreich-Ungarns

* Am 19. Dezember hatte die Beisetzung des am 12. Dezember verstorbenen Prinzregenten Luitpold von Bayern in Gegenwart des Kaisers, des Erzherzog-Thronfolgers von Österreich, des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg u. a. stattgefunden.

** Der nachmalige König Ludwig III.

*** Die falschen Gerüchte erklären sich wohl aus erregten Äußerungen des Kaisers über die Auslassungen Lord Haldanes zu Fürst Lichnowsky vom 3. Dezember (vgl. Nr. 12489, S. 465, Fußnote und Bd. XXXVII, Kap. CCXCIII).

† Gemeinsamer Finanzminister Österreich-Ungarns.

geregelt werden würden. Hiernach scheine ihm der erste Teil seines Programms — mit Ehren aus der Sache herauszukommen — als den Umständen nach erfüllt.

Der Minister verbreitete sich im Anschluß daran des längeren über die weitere Frage der von Serbien zu leistenden Garantien für die Zukunft. Er bemerkte, daß der sichtliche Wille Serbiens, in freundschaftliche Verhandlungen mit der Monarchie zu treten, dieser Frage, wie ihm scheine, ihren akuten Charakter einigermaßen genommen habe. Er beabsichtige, mit größtem Entgegenkommen den serbischen Intentionen zu begegnen, und er hoffe, auf diesem Wege jedenfalls wenigstens vorläufig zu einem akzeptablen Ergebnis zu gelangen. Vielleicht würde es dann möglich sein, von der Aufstellung konkreter Garantieforderungen Serbien gegenüber abzusehen. Er gebe sich keinen Illusionen darüber hin, daß es wohl kaum möglich sein würde, irgendwelche wirksamen Garantien ohne einen Druck durchsetzen zu können, der mit seinen kriegerischen Gefahren mit dem zweiten Teil seines Programms — auf friedlichem Wege zu bleiben — kaum vereinbar sein würde.

Dies seien im großen und ganzen seine augenblicklichen Gedanken über die Gestaltung seiner weiteren Politik Serbien gegenüber, wobei er hoffe, daß die guten Dispositionen auf der anderen Seite andauern und keine bedauerlichen Zwischenfälle, wie sie sich etwa bei der Weigerung Serbiens, aus Albanien herauszugehen, ereignen könnten, eintreten würden.

von Tschirschky

Nr. 12498

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Wien Prinzen zu Stolberg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 872

Berlin, den 22. Dezember 1912
[abgegangen am 23. Dezember]

Auf den Bericht Nr. 439 vom 19. d. Mts.*

Auch die neuerlichen Mitteilungen des Grafen Berchtold über seine Pläne wegen weiterer Behandlung des Balkanproblems sind, wie uns scheint, nicht vollständig klar. Der Minister hat wieder von den Garantien gesprochen, die ihm Serbien für die Zukunft leisten soll, ohne auch nur andeutungsweise zu verraten, was er sich darunter vorstellt. An einer etwas eingehenderen Aufklärung sind wir aber um so mehr interessiert, als die Durchsetzung dieses Teils des österreichischen Programms nach Graf Berchtolds eigenen Worten Gefahren in sich birgt, deren Rückwirkung auf uns eintretendenfalls kaum ausbleiben dürfte.

* Siehe Nr. 12497.

In der Angelegenheit Prochaska hat uns das dortige Kabinett über das Ergebnis seiner Erhebungen und über seine Absichten bis zuletzt im unklaren gelassen. Wir haben dies hingenommen, um jeden Anschein von Mißtrauen oder Indiskretion zu vermeiden, glauben aber, daß etwas mehr Rücksicht und Vertrauen von österreichischer Seite nicht nur den Beziehungen zwischen den beiden verbündeten Mächten besser gerecht werden, sondern auch der Sache dienlich sein würde.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, sich Graf Berchtold gegenüber bei Gelegenheit im vorstehenden Sinne freundschaftlich auszusprechen.

Kiderlen

Nr. 12499

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 453 Wien, den 28. Dezember 1912

Ich habe den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 872 vom 22. d. Mts.* auftragsgemäß freundschaftlich mit Graf Berchtold besprochen. Erneut habe ich dem Minister vorgehalten, daß wir aus den bekannten Gründen ein Recht darauf hätten, rechtzeitig über die politischen Pläne der k. und k. Regierung unterrichtet zu werden, und ich bat ihn wie schon wiederholt dringend, Überraschungen uns gegenüber vermeiden zu wollen. Er habe mir neulich zwar angedeutet, daß seine Absicht jetzt nicht mehr darauf abziele, präzis formulierte Garantien von Serbien zu verlangen. Immerhin sei aber nicht völlig klargestellt, wie er sich die weitere Behandlung des Balkanproblems denke, und es sei vor allem notwendig, die Frage der sogenannten Garantien Serbien gegenüber völlig klarzustellen, da diese, wie er mir ja selbst gesagt habe, Gefahren in sich berge.

Graf Berchtold beteuerte seinerseits, daß es ihm ganz fern liege, uns etwa vor ein fait accompli zu stellen, und daß wir ja nicht glauben sollten, er halte uns gegenüber irgendwelche Pläne geheim. Für ihn liegen aber leider die Dinge so, daß er ein ganz bestimmtes Programm über die weitere Gestaltung der Beziehungen zu Serbien jetzt mit dem besten Willen nicht aufstellen könne, da wohl seine Intentionen, nämlich auf friedlichem Wege zu einer dauernden Verständigung mit dem Nachbar zu gelangen, feststänben, daß er aber den anderen Faktor — die Haltung Serbiens — nicht in der Hand habe. Auf Serbiens Stellungnahme gegenüber der Monarchie komme es aber in erster Linie an. Jetzt sei davon die Rede, daß Herr Paschitsch selbst nach Wien kommen solle, um mit ihm direkt zu verhandeln. Sollte dieser Plan wirklich zur Ausführung kommen, so würde er das freudig begrüßen, denn er glaube, daß auf diesem Wege am sichersten die Basis für ein dauernd gutes Verhältnis mit Serbien zu erreichen sein

* Siehe Nr. 12498.

würde. Er wiederhole, daß er von der Aufstellung bestimmter Garantien, die Serbien gutwillig nicht würde geben können, abzusehen gedenke. Worauf er aber bestehen müsse, sei eine Klarstellung Serbien gegenüber in dem Punkte, daß einer serbischen Propaganda vom Königreiche aus in den serbischen Ländern der Monarchie für die Zukunft ein Riegel vorgeschoben würde. Man habe seinerzeit, sagt Graf Berchtold, als sich die rumänische Propaganda in Siebenbürgen stark fühlbar machte, die Absicht gehabt, eine Erklärung von Rumänien zu verlangen, daß es sich verpflichte, in Zukunft dieser Propaganda Einhalt zu tun. Die Ausführung dieser Absicht sei durch den Anschluß Rumäniens an die Zentralmächte damals unnötig geworden, denn seitdem hätten die Wühlereien von Bukarest aus in den rumänischen Gebieten Ungarns so gut wie ganz aufgehört. Vielleicht könne man sich mit einer solchen Erklärung von Serbien begnügen.

Der Minister klagte im Anschluß hieran lebhaft über die serbischen Umtriebe in den südslawischen Provinzen, die stellenweise geradezu terroristisch wirkten. So sei es erwiesen, daß die serbische Partei im bosnisch-herzegowinischen Landtage sich von den Drohungen aus Belgrad so weit habe einschüchtern lassen, daß sie infolge derselben gegen das Eisenbahngesetz gestimmt habe. Auch sei ermittelt worden, daß die serbischen Hetzer aus dem Königreiche in Briefwechsel in Chifferschrift mit ihren Helfershelfern diesseits der Grenzen ständen. Der Landeskommandierende General Potiorek habe, um der wachsenden Agitation entgegenzutreten, zu dem Mittel gegriffen, die jungen Leute und älteren Reservisten unter die Fahnen zu rufen, damit sie den revolutionären Einflüssen entzogen würden. Dieses „ganz verzweifelte Mittel", wie sich Graf Berchtold ausdrückte, könne aber doch auf die Dauer nicht angewandt werden. Dann wäre es noch besser, den Ausnahmezustand zu proklamieren, was auch tatsächlich erwogen werde.

von Tschirschky